

Walter Krause

und

die baden-württembergische Landespolitik

in der Nachkriegszeit

Von der Fakultät für Geschichts-, Sozial- und Wirtschaftswissenschaften der
Universität Stuttgart
zur Erlangung der Würde eines Doktors der Philosophie (Dr. phil.) genehmigte
Abhandlung

Vorgelegt von
Georg Müller
aus Schwäbisch Gmünd

Hauptberichter:	Prof. Dr. F. Quarthal
Mitberichter:	Prof. Dr. G. Hirschfeld
Tag der mündlichen Prüfung:	14. September 2000

Historisches Institut, Abteilung für Landesgeschichte der Universität Stuttgart
2001

Meinen Kindern

Larissa, Matthias und Katja

Inhaltsverzeichnis

	Seitenzahlen
Zusammenfassung	4
Einleitung	9
Jugendjahre	18
Kindheit und Jugend	19
Studentenzeit	39
Politische Haltung während der NS-Zeit	56
Kriegszeit und erste Berufsjahre	68
Beruflicher Werdegang während der NS-Zeit	69
Soldat im Zweiten Weltkrieg	72
Die ersten Jahre nach dem Krieg	81
Politik zwischen Sieg und Niederlage	84
Beginn der politischen Laufbahn	85
Im Sog des Südweststaats	90
Die ersten Stufen auf der Karriereleiter	107
Verdienste in der Bildungspolitik	114
Hohes Ansehen als Bürgermeister in Mannheim	120
Aufstieg in den Fraktionsvorstand	126
Vorgeschichte und Lösung der Schulfrage	129
Die Nacht der langen Messer	149
Die Große Koalition von 1966 bis 1968	182
SPD-Landesvorsitzender - eine kurze Episode	185
Die SPD im historischen Umbruch	187
Die Landesdelegiertenkonferenz in Kehl und ihre dramatischen Folgen	211
Erfolgreicher Minister	243
Studentenproteste in Heidelberg	250
Die Verwaltungsreform	256
Das Ende der Großen Koalition	278
Krauses Wahlergebnisse als Abgeordneter	285
Oberbürgermeisterwahl in Mannheim	292
Vom Oppositionsführer zum Landtagsvizepräsidenten	302

Eppler statt Krause	307
Zum Menschen gehören auch seine Schwächen	329
Seltene bundespolitische Ambitionen	338
Krauses Unvollendete - die vereinte Kurpfalz	344
Pragmatiker mit Visionen	359
Ambivalentes Verhältnis zur eigenen Partei	363
Ein ungewöhnlicher Politiker	372
So sahen ihn andere	378
Krause über andere Politiker	386
Abseits der politischen Bühne	388
Zwischen Noten und Zahlen	389
Bilanz eines Lebens für die res publica	402
Anhang	416
1. Biographische Daten	417
2. Auszeichnungen	420
3. Veröffentlichungen von Walter Krause	422
4. Quellen	424
4.1 Schriftliche Quellen	424
4.1.1 Presseartikel	424
4.1.2 Nicht gedruckte Quellen	432
4.1.2.1 Bestände in Archiven	432
4.1.2.2 Anfragen/Schriftwechsel mit Archiven	435
4.1.3 Internet-Adressen	436
4.2 Mündliche Quellen	437
4.2.1 Möglichkeiten und Risiken der Arbeit mit mündlich überlieferter Geschichte	437
4.2.2 Gespräche mit Walter Krause	442
4.2.3 Gespräche mit Zeitzeugen	443
5. Kurzbiographien der befragten Zeitzeugen	444
6. Landtagswahlergebnisse	450
7. Literatur	454
8. Erklärung	475
9. Lebenslauf	476

Zusammenfassung

Es ist an der Zeit, die Persönlichkeiten näher zu betrachten, die die Geschicke des Bundeslandes Baden-Württemberg im 20. Jahrhundert in den Jahren nach dessen Grundsteinlegung maßgeblich bestimmt haben. Dabei standen bislang die Ministerpräsidenten und diejenigen im Mittelpunkt des Interesses, die ihr Renommee vor allem in der Bundespolitik erworben haben. Nun stellt sich die Aufgabe, sich jenen zuzuwenden, die dieses Land geprägt haben, ohne je in Bonn reüssiert zu haben. Unter den Landespolitikern, die die inneren Strukturen, den bildungspolitischen Rahmen und die verfassungsrechtlichen Grundlagen des jungen Bundeslandes entscheidend gestaltet haben, spielte Walter Krause eine herausragende Rolle.

Walter Krause hat Baden-Württemberg geprägt – bis heute und über den Tag hinaus. Hans Filbinger nannte ihn, den Vater der Kreis- und Gemeindereform, den „Innenarchitekten“ Baden-Württembergs.¹ Gemeinsam haben beide die Schulfrage gelöst. Krause zählte ohne Zweifel zur ersten Reihe sozialdemokratischer Politiker im deutschen Südwesten – neben Alex Möller, Carlo Schmid, Fritz Erler und Erhard Eppler. Gemessen an den Wahlergebnissen war er der erfolgreichste in der 125jährigen Geschichte der Sozialdemokratie im deutschen Südwesten.² Außerdem kann er von sich behaupten, daß er als einziger SPD-Politiker in diesem Jahrhundert Ministerpräsident von Baden-Württemberg hätte werden können - wenn er nur gewollt hätte.

Dies sind nicht alle, aber die wichtigsten Gründe, die es rechtfertigen, sich mit der Figur Walter Krause näher zu befassen. Dabei entstand zunächst der Gedanke, dies in Form einer politischen Biographie zu tun. Doch was ist eine politische Biographie?

Ist eine politische Biographie eine Biographie mit dem Schwerpunkt auf politischen Ereignissen, eine historische Arbeit, die die gegenseitige Abhängigkeit von politischen Entscheidungen und einem individuellen Lebenslauf aufzeigt? Natürlich hängt alles auf irgendeine Art miteinander zusammen und bedingt sich in bestimmter Weise gegenseitig.

¹ Stuttgarter Nachrichten v. 20.12.97. Ebenso Dieter Spöri in einer Rede am 22.12.87 anlässlich eines Empfangs des SPD-Landesverbandes und der SPD-Landtagsfraktion zum 75. Geburtstag von Walter Krause, veröffentlicht im Pressedienst des SPD-Landesverbandes.

Doch es gibt Unterschiede im Maß dieser gegenseitigen Bedingtheit. Es gilt, die Abhängigkeit besonderer politischer Entscheidungen von bestimmten Charaktereigenschaften des Entscheidungsträgers herauszuarbeiten. Was die dargestellte Person im Alltag machte, hat für eine politische Biographie nur sekundären Erkenntniswert.

Oder muß auch bei einer politischen Biographie die Darstellung persönlicher Eigenschaften und Eigenheiten einen größeren Raum einnehmen, der Beschreibung und Analyse politischer Ereignisse im Rang ähnlich?

Diese beiden Ansichten lassen sich bei objektiver Betrachtung wohl nicht in die Kategorien richtig und falsch einordnen, vielmehr erscheint dies als eine Frage des Standpunkts.

Bei Menschen wie Walter Krause kommt noch die Diskussion auf einer zweiten Ebene hinzu. Im Laufe der Arbeiten an dieser Dissertation stellte sich nämlich heraus, daß über Walter Krause nur wenig Persönliches bekannt ist, weil er trotz seiner Arbeit in der Öffentlichkeit relativ zurückgezogen lebte. Dagegen kann freilich eingewandt werden, daß Politik bei Walter Krause ein ganz wesentlicher Teil der Persönlichkeit war. Vielleicht gehörte Walter Krause zu jenen Menschen, für die ihr Beruf gleichzeitig Lebensinhalt war, für die speziell Politik so wichtig war, daß daneben nicht mehr viel Platz für andere Dinge blieb, mithin Politik selbst etwas sehr Persönliches darstellte.

Entscheidend ist jedoch nicht, welches Etikett diese Arbeit im Untertitel trägt. Da die Diskussion darüber nicht die Auseinandersetzung mit den Ergebnissen der vorliegenden Dissertation überlagern soll, gibt der Titel präzise ihren Inhalt wieder: Walter Krause und die baden-württembergische Landespolitik in der Nachkriegszeit. Die Zielsetzung der Arbeit ist klar. Es geht in erster Linie darum, wie Walter Krause die baden-württembergische Nachkriegspolitik geprägt hat. Und in zweiter Linie darum, wie Walter Krause zu der Persönlichkeit geworden ist, die ihre Entscheidungen so und nicht anders getroffen hat. Deshalb liegt der Schwerpunkt dieser Arbeit auf der Darstellung der ersten 20 Jahre baden-württembergischer Politik im vereinten Südwesten in Verbindung mit der Person Walter Krause.

² Als Maßstab gelten die Wahlergebnisse der Sozialdemokraten auf Landesebene.

Die Einteilung in historische Perioden oder Phasen bleibt stets subjektiv. Dies gilt natürlich auch für die Landesgeschichte in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts. Andererseits spricht einiges dafür, die Konsolidierungsphase des neuen Bundeslandes gerade mit dem Ende der Großen Koalition im Jahre 1972 unter Filbinger und Krause enden zu lassen. Im wesentlichen lassen sich dafür drei Argumente finden: Erstens votierte die badische Bevölkerung am 2. Juni 1970 mit überwältigender Mehrheit für den Erhalt des Bundeslandes Baden-Württemberg. Der badische Greif im großen Landeswappen, bislang an der Stirnseite des Landtages nur angeschraubt, konnte nun fest angeschweißt werden.³ Zweitens schufen Krause und Filbinger mit der Kreis- und Gemeindereform die innere Struktur des neuen Bundeslandes, die die alte Ordnung völlig veränderte und in ihren wesentlichen Zügen bis heute Bestand hat. Und drittens fand mit der Großen Koalition eine Ära der Landesgeschichte ihren Abschluß, in der die großen politischen Kräfte über weite Strecken gemeinsam Regierungsverantwortung trugen. Eine vom Konsens geprägte Ära ging über in die Zeit der politischen Konfrontation.

Diese Phase des Grundkonsenses in der Landespolitik war sicher auch eine Folge des Zweiten Weltkrieges und der nationalsozialistischen Herrschaft. Die maßgebenden Politiker waren geprägt von diesen Erfahrungen und dem Neubeginn. Nach ihren Erfahrungen in der Weimarer Republik und der NS-Zeit bedeutete für sie Demokratie auch die grundsätzliche Gemeinschaft der demokratischen Parteien gegen die, die die Demokratie beseitigen wollten. Aus diesem Grund werden die ersten 20 Jahre baden-württembergischer Politik, die auch Krauses wichtigste politische Jahre waren, als Ära der Nachkriegspolitik im deutschen Südwesten bezeichnet.

Das politische Wirken Walter Krauses, als Thema der Dissertation vor allem aus landesgeschichtlichem Interesse ausgewählt, erwies sich auch als ein parteigeschichtlich ergiebiges Thema. Der Wechsel von Krause zu Eppler in der Hauptrolle der baden-württembergischen SPD wirkte auf die Zeitgenossen wie eine Zeitenwende. Denn zusammen mit Krause wurde praktisch das gesamte Ensemble der führenden baden-württembergischen Sozialdemokraten ausgetauscht. In den Jahren zuvor hatte sich die Struktur der mittleren Funktionärssebene verändert. Diese wollten neue politische Inhalte und einen anderen Stil. Dabei kam Walter Krause als Symbolfigur der „alten“ SPD eine besondere Bedeutung zu. Das Jahr

³ Treffz-Eichhöfer 171

1973 markierte eine wichtige Wende, nicht nur im Leben des Walter Krause, sondern auch für die Sozialdemokraten zwischen Bodensee und Odenwald. Das Jahr, in dem sich Krause von der eigentlichen politischen Macht zurückzog, bedeutete das Ende einer Ära in der Südwest-SPD. Erhard Eppler meinte dazu: „Jede Zeit sucht sich ihre Politiker. Wenn diese vorbei ist, ist auch die Zeit dieser Politiker vorbei. Und die Zeit der frühen 70er Jahre war nicht mehr die Zeit von Walter Krause.“⁴ Ein Generalthema dieser Arbeit ist die Darstellung des politischen Einflusses einer Person als Funktion seiner Zeit sowie die Möglichkeiten und Grenzen der Einwirkung des Einzelnen auf die herrschenden Grundströmungen.

Die Dissertation hat sich zum Ziel gesetzt, die Persönlichkeit Walter Krauses im Wechselspiel mit den politischen Ereignissen darzustellen. Interessant sind hier vor allem die Vorgänge, die zur Bildung der Großen Koalition im Jahr 1966 und zur Neuauflage dieses Bündnisses nach der Landtagswahl 1968 führten. Aus parteipolitischer Sicht ist Walter Krause vor allem interessant als ein Vertreter der Generation, die, geprägt durch die Erfahrungen während der Zeit des Nationalsozialismus, nach dem Krieg in die Sozialdemokratische Partei eintrat, und aufgrund der veränderten Machtverhältnisse in dieser Partei in den siebziger Jahren zur Seite gedrängt wurde.

Aus dem Landtag schied Walter Krause im Jahr 1980 aus, seine Macht, gestaltend Politik zu betreiben, endete 1972 mit dem Ausscheiden aus der Regierung, und endgültig mit dem Rückzug vom Amt des Fraktionsvorsitzenden im Jahre 1973. Die Jahre als Landtagsvizepräsident waren eher durch Repräsentation als durch politischen Einfluß bestimmt. Die Vorgänge, um die es in dieser Arbeit geht, liegen also 30 und mehr Jahre zurück. Die Anfangsjahre des neugegründeten Bundeslandes Baden-Württemberg fordern zu einer näheren historischen Betrachtung heraus. Während die Vorgeschichte des Vereinigungsjahres 1952 relativ gut untersucht ist, wurden die Gründerjahre des neuen Bundeslandes und auch ihre gestaltenden Persönlichkeiten bislang zu wenig beachtet. Diese Arbeit soll dazu beitragen, diese Lücke zu schließen.

Wie oben erwähnt, hat sich die vorliegende Arbeit zur Aufgabe gestellt, neben den großen politischen Ereignissen auch den Einfluß einer Persönlichkeit auf politische Entscheidungen darzustellen. Aus Gründen der historischen Objektivität, aber auch aus Rücksicht vor

⁴ Eppler (1997)

lebenden Personen, wurde darauf verzichtet, Stellungnahmen aus anderen Wissenschaftsdisziplinen einzuholen. Mit Bedacht erfolgte eine Beschränkung auf historisch anerkannte Quellen. Für die Biographie Walter Krauses steht seit der Gründung des Bundeslandes Baden-Württemberg genügend schriftliches Material zur Verfügung, das freilich der Sichtung bedurfte. Für die ersten Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg und insbesondere die Zeit davor ist die Quellenlage dagegen äußerst dürftig.

Es wurde versucht, diese Lücke mit Hilfe mündlich überlieferter Geschichte zu schließen. Da die Dissertation in den 90er Jahren geschrieben wurde, war es noch möglich, die meisten Zeitzeugen persönlich zu befragen, darunter zu Beginn dieser wissenschaftlichen Arbeit auch noch Walter Krause selbst. Diese sogenannte erinnerte Geschichte trägt aber auch dazu bei, die wichtigen Hintergründe für die Zeiten zu erhellen, in denen schriftliche Quellen zwar in ausreichender Zahl zur Verfügung stehen, aber nicht immer mit einem Inhalt, der alle Vorgänge hinlänglich erklärt. Wo immer möglich, soll der Wahrheitsgehalt dieser mündlichen Quellen anhand des schriftlichen Materials überprüft werden.

Einleitung

Die vorliegende Dissertation befaßt sich mit der Biographie eines Landespolitikers, der niemals Ministerpräsident war, und wendet sich damit einer Thematik zu, die in der Landesgeschichte bislang relativ wenig bearbeitet wurde. Von den handelnden Personen der Nachkriegszeit, oder genauer gesagt, der Geschichte Baden-Württembergs, fanden vor allem die ersten Ministerpräsidenten Reinhold Maier, Gebhard Müller und Kurt-Georg Kiesinger bisher größere Beachtung. In zweiter Linie waren es Politiker wie Alex Möller,⁵ die zumindest einen Teil ihrer Reputation in der Bundespolitik gewannen. Die Vernachlässigung von Politikern, die nicht das Ministerpräsidententamt bekleideten und in der Bundespolitik nicht besonders auffielen, liegt sicher zum guten Teil daran, daß der Abstand zu diesen Ereignissen für eine distanzierte historische Betrachtung bisher als zu gering erschien. Vielleicht liegt es aber auch an einer Eigenart der Menschen, die schon Tacitus beschrieb: „Dum vetera extollimus recentium incuriosi.“ Sinngemäß übersetzt: Während wir längst Vergangenes schätzen, interessieren uns die Ereignisse der uns nahe stehenden Vergangenheit weniger.⁶

Sekundärliteratur zu Walter Krause gibt es bislang nur sehr wenig. Die einzige umfangreichere Veröffentlichung ist die Festschrift zu seinem 80. Geburtstag. Sie ist jedoch unter

⁵ Alex Möller (1903-1985), geboren in Dortmund, Journalist und Angestellter in Wirtschaftsverbänden, trat 1922 in die SPD ein. Zwischen 1928 und 1933 gehörte er dem Preußischen Landtag an. 1933 wurde er in sogenannte „Schutzhaft“ genommen. Später war er im Versicherungswesen tätig und bis 1945 Organisationschef der Karlsruher Lebensversicherungs AG und stellvertretendes Mitglied des Vorstands. Nach Kriegsende wurde Möller Vorstandsmitglied und Generaldirektor („Genosse Generaldirektor“). 1946 wurde er in die Verfassunggebende Landesversammlung von Württemberg-Baden gewählt. Von 1946 bis 1952 gehörte er dem Landtag von Württemberg-Baden an, von 1952 bis 1961 der Verfassunggebenden Landesversammlung von Baden-Württemberg und dem Landtag von Baden-Württemberg. Von 1961 bis 1976 war er Mitglied des Deutschen Bundestages und von 1969 bis 1971 Bundesfinanzminister. (Munzinger 45/85). (Notiz in Feuchte (s.u.): Geboren am 26.4.1903 (Unter diesem Datum ist die Geburt beim Standesamt Dortmund - Innenstadt beurkundet (Reg.-Nr. 2170/1903). Das manchmal behauptete Geburtsjahr 1897 (Baring, Machtwechsel, S.179) ist nicht nachgewiesen. Es beruht wohl auf einer Angabe im Handbuch des Preußischen Landtags.) Literatur von und zu Alex Möller: Feuchte, Paul, Möller, Alex, in: Baden-Württembergische Biographien, Bd.1(1994), S.240-245; Schwebler, Robert (Hg.), Jahre der Wende 1968-1978, Bestandsaufnahme eines Jahrzehnts – Alex Möller zum 75. Geburtstag, Karlsruhe 1978; Grünwald, Armin, Das finanzielle Gewissen der Sozialdemokraten. Zum Tode von Alex Möller, in: Stuttgarter Zeitung v. 3.10.85; Möller, Alex, Blick zurück nach vorn. Ein Interview im Süddeutschen Rundfunk Stuttgart zum Thema Baden-Württemberg am 25.4.83, Festaussgabe des Landtags von Baden-Württemberg aus Anlaß des 80. Geburtstags von Alex Möller, Stuttgart 1983; Möller, Alex, Tatort Politik, Eine eindrucksvolle Bilanz der Geschichte Deutschlands von Weimar bis heute, Stuttgart 1984; Alex Möller, 60 Jahre Sozialdemokrat, Festveranstaltung der SPD Baden-Württemberg, 26.3.1982, im Landtag zu Baden-Württemberg, SPD-Landesverband Baden-Württemberg, Ulrich Lang (u.a.), Stuttgart 1982; Schmidt, Helmut, An den älteren Bruder, in: Alex Möller, Stuttgart 1982, S.6-11.

⁶ Vgl. Luther 6

dem Vorbehalt zu sehen, unter dem alle Schriften dieser Art stehen.⁷ Daneben gibt es außer Zeitungsartikeln und gedruckten Festreden keine Publikationen zu seiner Person.

Diesem Mangel an Sekundärliteratur steht eine Fülle an Quellenmaterial gegenüber. So stellt zum Beispiel das Archiv des Landtags von Baden-Württemberg eine ergiebige Fundgrube dar, nicht zuletzt wegen der dort archivierten Landtagsdebatten. Das Archiv der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn enthält interessantes Material, ebenso das eigentliche SPD-Bundesarchiv. Die Akten des Innenministeriums, die Angaben zur Person von Walter Krause enthalten müßten, waren dagegen noch nicht zugänglich. Im Hauptstaatsarchiv Stuttgart ist insbesondere die Verwaltungsreform gut dokumentiert. Das Stadtarchiv Mannheim bot Einblicke in Krauses Arbeit als Bürgermeister und sein Engagement für die Kurpfalz, das Erzbischöfliche Archiv in Freiburg gab Informationen zur Schulreform.

Eine Anfrage beim „Stasi-Archiv“ des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik („Gauk-Behörde“) ergab, daß dort zwar eine Akte „Walter Krause“ existiert, allerdings ohne sensationellen Inhalt. Die Stasi hat offenbar den baden-württembergischen Innenminister nicht besonders intensiv beobachten lassen. Die gesammelten Artikel und Analysen belegen aber einen überraschenden Schwerpunkt im Interesse der DDR an Walter Krause, nämlich seine hierzulande kaum beachtete Initiative, das Wahlrecht zu ändern.⁸

Als schwierig erwies sich die Quellenlage dagegen für die gesamte Schul- und Jugendzeit Krauses einschließlich der Zeit als junger Erwachsener. Im Grunde gilt diese Feststellung für die gesamte Phase bis zu seiner Wahl in den Landtag im Jahre 1952. In den Archiven der Stadt Glogau, Heimat seiner Kindheit, in Breslau und in anderen Städten, in denen Krauses Familie lebte, konnte kaum Material gefunden werden. Ebenso dürftig ist die Schulzeit Krauses schriftlich dokumentiert. Im Generallandesarchiv Karlsruhe fand sich zwar ein Jugendfoto Krauses, ansonsten aber nur Jahresberichte über Vorgänge an der Schule, und keine persönlichen Zeugnisse. Dagegen ist die Studienzeit Krauses besser be-

⁷ Widder, Gerhard und Klaus E.R. Lindemann, Walter Krause zum 80. Geburtstag, Karlsruhe 1993; erschienen in der Reihe: Profile der Region, Band 12; Schmid, Carlo, Erinnerungen, München 1981

⁸ Wie penibel der Staatssicherheitsdienst der ehemaligen DDR arbeitete, zeigte sich am Beispiel Krause daran, daß für ihn bereits eine Akte angelegt wurde, als er noch Bürgermeister von Mannheim und „einfacher“ Landtagsabgeordneter war.

legt. Im Archiv der Universität Heidelberg fanden sich aufgrund der temporären Relegation Krauses vom Universitätsbetrieb interessante Dokumente.

Ferner wurden die Unternehmen befragt, bei denen Krause seine ersten Berufsjahre verbrachte, nämlich Siemens und der Flughafen Nürnberg. Obwohl sich beide Institutionen in erfreulicher Weise um Unterlagen zu Walter Krause bemühten, ließen sich zu seiner Person keine Akten mehr finden.

Besser stellte sich die Quellenlage für die Militärzeit Krauses dar. Immerhin hat er den Zweiten Weltkrieg vom ersten bis zum letzten Tag als Soldat mitgemacht. Im Militärarchiv in Freiburg fanden sich keine Vorgänge zu seiner Person, dafür um so mehr in der Zentralnachweisstelle in Aachen. Die dort befindlichen Unterlagen enthielten Informationen zur Biographie Walter Krauses, die über das rein Militärische hinaus interessant sind, zum Beispiel die Überprüfung der politischen Zuverlässigkeit durch die Gestapo.

Daneben wurden für diese Dissertation noch andere Archive herangezogen, die weitere Tätigkeiten Krauses dokumentieren, wie zum Beispiel das Archiv der Deutschen Bahn AG bzw. der Bundesbahn, in deren Verwaltungsrat Krause viele Jahre Mitglied gewesen war. Die Berufstätigkeit Krauses als Meteorologe und Mathematiker in den ersten Jahren nach dem Krieg wurde vor allem auf der Grundlage eines regen Schriftwechsels mit früheren Dienststellen und einem historisch ambitionierten Meteorologen dargestellt.

Die Zeit, in der Krause hauptberuflich als Politiker tätig war, ist über weite Strecken gut dokumentiert. Dies gilt insbesondere für die 1960er und die folgenden Jahre. Die Überlieferung für die 1950er Jahre ist im Umfang noch viel geringer. Echte Lücken aber gab es nur für den Zeitraum, in dem Walter Krause seine politische Karriere in der SPD begann, ohne noch ein Mandat zu haben. Insbesondere zur Haltung Krauses zur Volksabstimmung über Baden-Württemberg sind wir auf retrospektive Darstellungen und persönliche Berichte Krauses angewiesen. Umgekehrt ist hinsichtlich der politischen Dokumentation der siebziger Jahre noch manches unter Verschuß. Im Archiv des baden-württembergischen Landtags finden sich allerdings eine Fülle von Reden und anderen Materialien zu Krauses Zeit als Abgeordneter, Minister und stellvertretender Landtagspräsident.

Die aus parteipolitischer Sicht interessantesten Akten liegen im Archiv der sozialen Demokratie in Bonn. Restbestände befinden sich noch im Archiv des Landesverbandes Baden-Württemberg. Bemerkenswert ist, daß die Dokumentation der historischen Landesdelegiertenversammlung in Kehl im Jahre 1968 nirgends auffindbar war, während die Akten früherer und späterer Parteitage und Delegiertenversammlungen lückenlos abgelegt waren.

An dieser Stelle möchte ich allen Archiven und ihren Mitarbeitern für ihre Hilfe danken. Mein ganz besonderer Dank gilt dem Archiv des baden-württembergischen Landtags, seinem Leiter, Herrn Dr. Bradler, und Frau Stephani.

Eine wichtige Informationsquelle stellen naturgemäß Zeitungen und Zeitschriften dar, die eine kaum überschaubare Menge an Informationen und Meinungen zum Politiker Walter Krause lieferten. Für die 1940er und 1950er Jahre stellt sich die Situation allerdings anders dar. In den Zeitungen, die damals nur wenige Seiten zählten, fehlten Hinweise zu Krauses persönlichem Engagement im Wahlkampf zur Volksabstimmung über die Bildung des Bundeslandes Baden-Württemberg und zur Wahl für die Verfassungegebende Landesversammlung. Auch zum politischen Aufstieg Walter Krauses in der Mannheimer Lokalpolitik bis zu seinem Einzug in die Verfassungegebende Landesversammlung finden sich nur wenige Hinweise.

Problematisch hinsichtlich der Rekonstruktion der Fakten war demnach vor allem die Zeit bis zum Jahr 1952. Bei anderen berühmten Persönlichkeiten der Zeitgeschichte, bei denen eine ähnliche Lücke in der Quellenbasis besteht, wird diese häufig durch ausführliche autobiographische Darstellungen der eigenen Jugend teilweise kompensiert. Krause dagegen, der sich selbst engen Bekannten gegenüber kaum öffnete, äußerte sich in der Öffentlichkeit so gut wie nie über private Angelegenheiten. So zahlreich die Reden und Artikel über Krause anlässlich seiner runden Geburtstage waren, so dürftig war ihr Informationsgehalt zu seiner Jugend und allem Privatem. Die Zeitungen berichteten deshalb stets dasselbe, häufig sogar mit ähnlich lautenden Formulierungen.

Diese Lücke in der Quellenbasis konnte nur mit Hilfe der Befragung von Zeitzeugen einigermaßen geschlossen werden, von denen viele noch lebten und in der Lage waren, über

die damaligen Ereignisse zu berichten. Die Gesprächspartner lieferten Informationen, die sonst für immer verloren gewesen wären.

Um zu einem möglichst ausgewogenen Urteil zu kommen, wurden nicht nur Politiker befragt, die mit Walter Krause politisch weitgehend übereingestimmt haben, sondern auch frühere innerparteiliche Gegner von Walter Krause: Erhard Eppler,⁹ Partei- und Fraktionsvorsitzender in Baden-Württemberg, und sein Nachfolger Ulrich Lang,¹⁰ der langjährige

⁹ Erhard Eppler (geb. 1926) wechselte 1956 von der Gesamtdeutschen Volkspartei zur SPD, gehörte von 1961 bis 1976 dem Deutschen Bundestag an, war von 1968 bis 1974 Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, von 1976 bis 1982 baden-württembergischer Landtagsabgeordneter, von 1973 bis 1980 Landesvorsitzender der SPD Baden-Württemberg, von 1976 bis 1980 außerdem SPD-Fraktionsvorsitzender im baden-württembergischen Landtag. (Munzinger 40/96; vgl. die ausführliche Darstellung in dieser Dissertation im Kapitel „Eppler statt Krause“ und in den Kurzbiographien der befragten Zeitzeugen im Anhang) - Literatur von und zu Erhard Eppler: Albrecht Bregenzer (Hg.), Einsprüche - Zeugnisse einer politischen Biographie, Freiburg 1986; Eppler, Erhard, Als Wahrheit verordnet wurde - Briefe an meine Enkelin, Frankfurt/M. 1994; Eppler, Erhard, Komplettes Stückwerk - Erfahrungen aus fünfzig Jahren Politik, Frankfurt/Main 1996; Rapp, Wolfgang, Glaubwürdig und unbequem - Erhard Eppler zum 70. Geburtstag, Baden-Baden 1996; Eppler, Erhard, Das Schwerste ist Glaubwürdigkeit, Gespräche über ein Politikerleben mit Freimut Duve, Hamburg 1981; Witter, Ben, „Ich glaube nicht, daß ich ein Moralist bin“ - Erhard Eppler, in: Witter, Ben, Spaziergänge mit Prominenten, Hamburg 1982, S.67-74

¹⁰ Ulrich Lang (geb. 1933), war von 1972 bis 1992 Landtagsabgeordneter, von 1980 bis 1988 Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion. (Munzinger 7/88; vgl. Kurzbiographien der befragten Zeitzeugen im Anhang). Ulrich Lang wurde als Sohn eines Pfarrers in Sulz am Neckar geboren, wuchs in Heilbronn auf und lebte später in Michelbach an der Bilz nahe Schwäbisch Hall. Wie sein Mentor Erhard Eppler war Ulrich Lang Lehrer, engagierte sich schon früh bei Heinemanns Gesamtdeutscher Volkspartei und ging dann zur SPD, wo er sich zunächst als Bildungspolitiker einen Namen machte. Im Landtag begann seine große Zeit, als Erhard Eppler im Jahre 1976 von Stuttgart nach Bonn wechselte und Ulrich Lang dessen rechte Hand wurde. Nach der Niederlage bei der Landtagswahl im Jahre 1980 verzichtete Eppler zunächst auf die Position des Fraktionschefs, dann auf die des Parteivorsitzenden. Beide Ämter gingen an Ulrich Lang. Lang wirkte nicht als bequemer Parteivorsitzender, sondern versuchte, seine Überzeugungen mit dem Alltagsgeschäft in Übereinstimmung zu bringen und verlangte auch von anderen Grundsatztreue und Konsequenz. Aber auch unter seiner Führung geriet die SPD gegenüber der CDU und Ministerpräsident Lothar Späth immer mehr ins Hintertreffen. Nach der Bundestagswahl 1987, bei der die Partei unter die 30-Prozent-Marke gerutscht war, zog Lang, nicht ohne massiven Druck aus den eigenen Reihen, die Konsequenzen und verzichtete auf den Vorsitz der Landespartei. In dieser Funktion folgte ihm Ulrich Maurer. Den Fraktionsvorsitz übernahm nach der Landtagswahl 1988 Dieter Spöri. Beide hatte Ulrich Lang selbst vorgeschlagen. Der Journalist Klaus Fischer schrieb: „Ulrich Lang hatte nicht den Ehrgeiz, jedermanns Freund zu sein. Aber er genoß jedermanns Respekt. Und das gilt bis heute.“ (Stuttgarter Zeitung v. 23.7.98)

Bundestagsabgeordnete Peter Conradi¹¹ und Rolf Böhme, Oberbürgermeister von Freiburg.¹²

Will man von einer historisch relevanten Persönlichkeit ein abgerundetes Bild erhalten, ist es m.E. notwendig, nicht nur Prominente zu befragen, sondern auch enge Mitarbeiter, die diesen Menschen aus einer ganz anderen Perspektive erlebt haben. Der Autor hatte die Möglichkeit, mit wichtigen Mitarbeitern aus Krauses Ministerzeit reden zu können: Gerhard Lang, im Innenministerium Krauses Verbindungsmann zur SPD, Ulrich Hieber, Krauses Persönlicher Referent, Manfred Lehmann, geistiger Urheber der Verwaltungsreform, Reiner Heeb, unter Krause in der Kommunalabteilung tätig, und Peter Bogusch, zu Krauses Ministerzeiten im Justizministerium beschäftigt. Neben diesen Politikern und ihren Beratern wurde auch der Journalist Klaus Fischer befragt, seit vielen Jahren so etwas wie der Nestor der Berichtersteller über die baden-württembergische Landespolitik. Fischer hatte in seinen ersten Berufsjahren Walter Krause als führenden Landespolitiker noch selbst erlebt.

Über Krauses Jugend ist schriftlich nur sehr wenig überliefert. Auch er selbst erzählte darüber in der Öffentlichkeit fast nie mehr als die üblichen Standardinformationen. Dies ist deshalb so bedauerlich, weil viele Politiker häufig ihr eigenes Weltbild, nach dem sie später agieren, in jungen Jahren formen. Deshalb war es ein glücklicher Umstand, daß zu Beginn dieser Arbeit auch Walter Krause selbst noch zu mehreren Gesprächen zur Verfügung stehen konnte. Bei dieser Gelegenheit führte er den Verfasser auch in das unter dem Dach seiner Villa gelegene Studierzimmer, gewährte Einblick in seinen Schriftverkehr und über-

¹¹ Peter Conradi (geb. 1932) machte 1951 Abitur und danach zunächst ein Zimmermannspraktikum. Es schloß sich von 1952 bis 1953 ein sozialwissenschaftliches Studium in den USA an. 1953 bis 1961 studierte er an der TH Stuttgart Architektur. Von 1961 bis 1963 arbeitete der Architekt bei der Hochbauverwaltung Baden-Württemberg, dann von 1963 bis 1967 als Assistent an der Universität Stuttgart. Von 1967 bis 1972 war er erneut bei der Hochbauverwaltung Baden-Württemberg beschäftigt, ehe er von 1969 bis 1972 Leiter des Staatlichen Hochbauamts in Stuttgart wurde. Von 1958 bis 1960 gehörte er dem Sozialistischen Deutschen Studentenbund an. 1959 trat er in die SPD ein. Von 1968 bis 1972 war er Mitglied des Landesvorstands der SPD Baden-Württemberg, von 1972 bis 1977 SPD-Kreisvorsitzender von Stuttgart. Von 1979 bis 1993 gehörte er dem Parteirat, von 1984 bis 1993 der SPD-Kontrollkommission an. Von 1972 bis 1998 war Conradi Abgeordneter im Deutschen Bundestag. (Deutscher Bundestag, 12. Wahlperiode 1990, Darmstadt 1991, S. 76 und Auskunft der Verwaltung des Deutschen Bundestags vom Mai 1998; vgl. Kurzbiographien der befragten Zeitzeugen im Anhang; Internet: <http://www.bundestag.de>)

¹² Rolf Böhme (geb. 1934) war von 1972 bis 1982 Abgeordneter des Deutschen Bundestages und zwischen 1978 und 1982 Staatssekretär im Bundesfinanzministerium. Seit 1982 wirkte er als Oberbürgermeister von Freiburg. (Munzinger 1/98; vgl. Kurzbiographien der befragten Zeitzeugen im Anhang).

gab einige Schriftstücke, darunter auch Originaldokumente.¹³ Bei diesen Begegnungen in den Jahren 1993 und 1994 war Krause zwar anzumerken, daß er das 80. Lebensjahr überschritten hatte, aber er war geistig noch rege und konnte Vergangenes zusammenhängend erzählen und Aktuelles wertend einordnen.¹⁴

Für sein Verhältnis zum Nationalsozialismus und sein Wirken im Widerstand war seine eigene Darstellung die wichtigste Quelle. Der Autor stand vor der Frage, diesen Teil mit dem Hinweis wiederzugeben, daß die Aussagen dahingehend hinterfragt werden müssen, welches Interesse Walter Krause mit seinen Erzählungen verfolgt haben könnte, oder diese Phase seines Lebens praktisch ganz wegzulassen, weil es keine andere ergiebige Quelle gibt.

Die Entscheidung fiel zugunsten der ersten Möglichkeit. Sie fiel deshalb leichter, weil Walter Krause seine eigenen Verdienste nicht über Gebühr herausstellte. Auch wenn er kein Widerstandskämpfer der ersten Reihe war, so hätten andere Politiker ihr resistentes Verhalten während der NS-Zeit, wenn es dies denn gegeben hätte, später politisch ganz anders verkauft. Krause dagegen hat in Veröffentlichungen oder öffentlichen Reden fast nie auf seine Rolle im Widerstand gegen den Nationalsozialismus Bezug genommen. Deshalb fehlen entsprechende Hinweise auch in öffentlichen Würdigungen seiner Person.

Hilfreich für die Darstellung war der Glücksfall, daß mit dem Journalisten Erhard Becker noch ein Zeitzeuge befragt werden konnte, der zumindest über die politischen Aktivitäten des Studenten Walter Krause aus seiner Sicht berichten konnte und wir hier nicht allein auf die Darstellung Walter Krauses angewiesen sind.¹⁵

¹³ Zur Zeitform, in der diese Arbeit verfaßt wurde: Einerseits sind Walter Krause und viele der Zeitzeugen, die in dieser Arbeit genannt werden, noch am Leben, andererseits liegen die politischen Vorgänge, um die es in dieser Darstellung geht, im wesentlichen mehr als ein Vierteljahrhundert zurück. Dieser Ambivalenz wurde Rechnung getragen, indem meist die Vergangenheitsform, in seltenen Fällen auch die Gegenwartsform gewählt wurde. – Die Dissertation ist nach den alten Rechtschreibregeln verfaßt.

¹⁴ Im Laufe der letzten Jahre verschlechterte sich Krauses Gesundheitszustand so sehr, daß seine Tochter Annelie, die ihre Eltern pflegte, alles von ihrem Vater fern hielt. Wie die Tochter berichtete, war ihr Vater zu jener Zeit auf den Rollstuhl angewiesen und geistig immer häufiger abwesend. Die Gespräche des Verfassers mit Krause, die in den Jahren 1993 und 1994 geführt wurden, fanden im Grunde zum letztmöglichen Zeitpunkt statt.

¹⁵ Erhard Becker und Walter Krause gehören beide dem Jahrgang 1912 an. Becker stand nach eigener Darstellung mit Walter Krause lange Jahre in Verbindung, ohne daß man den Kontakt als Freundschaft bezeichnen konnte. („Wir haben uns gefreut, wenn wir uns gesehen haben.“ (Becker (1999)). Beide kannten sich nach Angaben Beckers spätestens seit dem Wintersemester 1932/33, „vielleicht auch schon flüchtig seit dem Sommersemester 1932“. Becker hatte im Jahr 1932 den Demokratischen Studentenbund wieder gegründet, nachdem dieser eine Zeit lang eingeschlafen war. Im Wintersemester 1932/33 war er dessen Vorsitzender.

So wie ein Politiker von seiner Jugend geprägt wird, so wird er auch von seinem familiären Umfeld beeinflusst. Deshalb nimmt die vorliegende Arbeit auf die privaten Verhältnisse dort Bezug, wo die Familie für Krauses Leben und sein politisches Handeln von Bedeutung war. Krause berichtete selbst nur wenig über seine Frau und seine Tochter. Auch seine Mitarbeiter und viele Weggefährten wissen kaum etwas Substantielles zu erzählen. Es gab nur einen, seinen Ministerkollegen Hans-Otto Schwarz, der zumindest ein klein wenig den Menschen Walter Krause kannte und etwas hinter die Kulissen seiner Familie blicken durfte.

An dieser Stelle möchte ich allen meinen Gesprächspartnern danken für die Informationen, die sie mir zugänglich gemacht haben, für die Zeit und die Geduld, die sie aufgebracht haben, und für ihre Erzählfreude, die Geschichte plastisch und manche Motivation anschaulich werden ließ.

In dieser Dissertation findet sich in mancher Fußnote auch ein Verweis auf Internet-Seiten. Dies mag für eine historische Arbeit aus dem Jahre 2000 vielleicht noch etwas ungewöhnlich erscheinen. Der Verfasser hat das Für und Wider behutsam abgewogen. Gegen einen solchen Hinweis spricht, daß ein Leser dieser Arbeit in einigen Jahren vergeblich nach den genannten Internet-Seiten suchen könnte, weil sich die Adressen geändert haben. Für solche Internet-Verweise spricht, daß die Informationen für die Nutzer schnell, einfach und orts- und zeitunabhängig zugänglich sind. Außerdem werden die Daten an den Fundstellen häufig aktualisiert. Deshalb entschied sich der Verfasser an einigen Stellen für einen Verweis auf das Internet.¹⁶

Walter Krause hat die Geschichte Baden-Württembergs an maßgeblicher Position mit geprägt, insbesondere in der Phase der Konsolidierung des neuen Bundeslandes. Die vorliegende Arbeit will einen Mosaikstein zur Darstellung der jüngeren Landesgeschichte beitragen und Walter Krauses Leistung für das Land gerecht werden.

Mehr zu Becker: siehe Kapitel „Kurzbiographien der befragten Zeitzeugen“ und Stuttgarter Zeitung v. 9.1.99 („Als Alfred Hugenberg zum Essen ins Elternhaus kam“).

¹⁶ Quellenmaterial wie freigegebene Akten oder auch nur alte Zeitungen sind im Internet noch kaum vorhanden. An dieser Stelle sei die Prognose gewagt, daß sich dies in Zukunft ändern wird und Dissertationen in zehn oder zwanzig Jahren das Internet für ihre Recherche ganz anders nutzen können als dies heute möglich ist.

Jugendjahre

Kindheit und Jugend

Als Politiker agierte Walter Krause ausschließlich zwischen Rhein und Neckar, wo er auch den größten Teil seines Lebens verbrachte.¹⁷ Mit dem Kopf, so meinten manche, setzte er sich für Baden-Württemberg ein, mit dem Herzen für seine neue Heimat, Mannheim und die Kurpfalz.¹⁸ Seine Abstammung weist ihn jedoch, obgleich nicht dort geboren, als Schlesier aus. Sein Großvater väterlicherseits, Heinrich Krause, wurde am 15. Dezember 1846 in Hermannsdorf (Kreis Breslau) geboren und übte den Beruf des Tischlers aus. Dessen Frau Marie, geborene Kirmis, wurde am 18. Juli 1848 in Muschlitz (Kreis Festenberg) geboren und war Hausfrau. Die Großeltern mütterlicherseits stammten aus dem Kreis Oepeln. Julius Hildebrandt wurde am 3. Oktober 1825 in Schwartwasser geboren und übte die Berufe Forsthäusler und Maurer aus. Dessen Frau Luise, geborene Schaary, wurde am 5. März 1833 in Blumenthal geboren und war Hausfrau. Beide Familien waren evangelisch.¹⁹

Sein Vater Martin Heinrich Karl Krause stammte aus Breslau, wo er am 28. Juli 1876 geboren wurde, seine Mutter Emma Luise wurde am 29. Januar 1878 wie ihr Vater in Schwartwasser geboren.²⁰ Die beiden hatten sich kennengelernt, als Emma, eine geborene Hildebrandt, beruflich nach Breslau kam. 1902 haben die beiden in Breslau geheiratet. 1903 wurde ihr erstes Kind geboren, eine Tochter namens Agnes.²¹ Erst neun Jahre später bekam sie einen Bruder. In den frühen Morgenstunden des 21. Dezember 1912 um 5 Uhr kam Walter Richard Erwin Krause in der elterlichen Wohnung zur Welt. Die Krauses

¹⁷ Wo keine andere Quelle genannt ist, beruht das gesamte Kapitel „Kindheit und Jugend“ auf Gesprächen des Verfassers mit Walter Krause am 18.12.93 und am 24.2.94 in dessen Haus in der Schauinslandstraße 2 in Mannheim.

¹⁸ Aktuelle Informationen über Mannheim finden sich im Internet unter der Adresse: <http://www.mannheim.de>.

¹⁹ Ahnen-Nachweis vom 5. Juli 1934 (Studentenakte an der Universität Heidelberg)

²⁰ Interessant ist, daß Walter Krause, nach dem Beruf seines Vaters gefragt, auch zu Zeiten, als sein Vater längst Handelsvertreter war, lieber Obermaschinenmeister als Handelsvertreter angab. Bei der Immatrikulation an der Universität Heidelberg nach der vorübergehenden Relegation gab er „Buchdrucker“ an, auf einem Formular der Deutschen Studentenschaft aus dem Jahr 1935 oder 1936 „Vertreter für Druckereibedarfsartikel“. Im Ahnennachweis vom 5. Juli 1934 gab er jedoch „Vertreter“ an. (Studentenakte an der Universität Heidelberg).

²¹ Da ihre Tante auch Agnes hieß, wurde Walters Schwester immer Anni gerufen. Sie hat die Übersiedlung der Familie nach Mannheim mitgemacht, wo sie zunächst im Haus der Eltern im Stadtteil Schönau lebte. Dort war die Diakonisse als Gemeindegewerkschaft tätig. Später ging sie nach Reutlingen, bevor sie nach Mannheim zurückkehrte. Zuletzt lebte sie im Diakonissen-Mutterhaus in Mannheim, nur wenige Kilometer von Walter Krauses Domizil in der Schauinslandstraße entfernt. Krause besuchte sie nach seinen Worten jeden Sonntag. Wie Walter Krause berichtete, war auch seine Schwester Agnes ein Musiktalent. Sie hat Mu-

lebten damals gerade in München, weil der Vater hier eine Anstellung gefunden hatte. Schon kurze Zeit später zogen die Krauses wieder weg. Ihr Sohn hatte deshalb zu seiner Geburtsstadt nie eine besondere Beziehung. Walter wurde evangelisch getauft.²²

Agnes und Walter waren nicht die einzigen Kinder von Martin und Emma Krause. Walter Krause berichtete mündlich von Zwillingen, die seine Mutter gebar - Jungen, die nur wenige Wochen alt wurden.²³ Die Existenz dieser früh verstorbenen Geschwister ist nur durch diesen mündlichen Bericht Walter Krauses gegenüber dem Verfasser belegt. Natürlich würde man einen Hinweis darauf nicht in Presseberichten erwarten, wohl aber in dem einen oder anderen offiziellen Lebenslauf. Dies ist aber nicht der Fall.



Der kleine Walter mit seiner Schwester Agnes im Jahre 1916
(Quelle:privat)

sik studiert und in ihrem Orden bei festlichen Anlässen für die musikalische Umrahmung gesorgt. Ihre Instrumente waren Klavier und Flöte. Sie starb kurz vor Vollendung ihres 90. Lebensjahres.

²² Die Eltern gaben ihm als zweiten Vornamen „Richard“. Diesen zweiten Vornamen gab Krause auch in offiziellen Lebensläufen kaum an, noch weniger seinen dritten Vornamen Erwin. Diesen habe ich dem einzigen vertraulichen Lebenslauf entnommen, der mir zugänglich war, verfaßt am 23. Januar 1942 bei der Wehrmacht im Rahmen seines Antrags zur Übernahme ins Beamtenverhältnis.

²³ An schriftlichen Quellen ist zu diesen beiden Brüdern von Walter Krause nichts mehr auffindbar. Ein Anschreiben an die Stadtverwaltung Glogau (heute Polen) blieb ohne Ergebnis.

Der Umzug ins Bayerische, nach München, bildete nur eine kurze Episode im Leben der Krauses. Offensichtlich war die Anstellung in München nicht das, was sich Martin Krause erhofft hatte. Auf die Frage, warum die Eltern überhaupt in die bayerische Landeshauptstadt gezogen sind, antwortete Walter Krause: „Buchdrucker haben damals häufig die Stellung gewechselt.“

Bereits im Jahr 1914 ist dann die Familie nach Leipzig übersiedelt. Die Erinnerungen an die Kindheit und den Ersten Weltkrieg sind eher blaß. „Ich war sechs Jahre alt, als der Krieg zu Ende ging. Wir haben damals Zuckerrüben gegessen. Meine Mutter hat Kuchen aus Rüben gemacht. Da hat der Sand zwischen den Zähnen geknirscht.“ Der Vater, so Krause, war nicht Soldat. Er arbeitete während des Ersten Weltkrieges in der sächsischen Metropole. Nach Kriegsende, im Jahre 1919, zogen die Krauses weiter in das kleine schlesische Städtchen Glogau, wo der kleine Walter auch die ersten Schuljahre verbrachte.

Da die Familie finanziell gerade so ihr Auskommen hatte, suchte sie nach einem neuen Standort, der bessere wirtschaftliche Voraussetzungen versprach. Martin Krause glaubte, diesen in Mannheim zu finden, wo er Mitte der zwanziger Jahre Arbeit beim Verlag Gegenbach und Hahn fand. Zunächst ging er allein ins Badische, bis seine Frau mit den beiden Kindern nachkam. Jetzt, nach vielen Wanderjahren, wurden die Krauses in Mannheim sesshaft und blieben es bis auf eine kurze, kriegsbedingte Unterbrechung. Zunächst wohnten sie in der Werderstraße 23 im Bereich der Oststadt, einer Wohngegend, in der die normale Mittelschicht zuhause war. Danach zogen die Krauses in die Augartenstraße 3, ein nahe gelegenes Quartier in der Schwetzingen Stadt.²⁴ Auch die nächste Adresse der Krauses in Mannheim, die Brucknerstraße 4, liegt in der gleichen Wohngegend und entspricht diesem Milieu.²⁵

²⁴In der Augartenstraße 3 waren sie auch noch im Jahr 1937 zuhause, wie aus den Schreiben der Abwehrstelle Wiesbaden v. 22.4.1937, der Gestapo Karlsruhe v. 4.5.1937 und der Gestapo Mannheim v. 10.5.1937 hervorgeht. (Vgl. Studentenakte der Universität Heidelberg.)

²⁵Bei dem Gebäude Brucknerstraße 4 handelt es sich um eine mehrstöckige Wohnanlage, die der GBG-Mannheimer Wohnungsbaugesellschaft gehört. Hier wohnten die Krauses vom 20.1.1953 bis zum 31.12.1962. Das Gebäude wurde im Jahr 1928 erstellt, 1943 bis auf die Grundmauern zerstört und 1952/1953 wieder neu errichtet. Von den üblichen Sanierungen abgesehen, ist das Gebäude bis heute unverändert geblieben. (Das Stadtarchiv Mannheim baut gerade das Archiv der GBG auf.) - Das Domizil in der Schauinslandstraße 2, in der Walter und Anna Krause bis zu ihrem Tod mit ihrer Tochter Annelie lebten, hebt sich hiervon deutlich ab. Es ist im noblen Stadtviertel Lindenhof gelegen. Erhard Becker meinte, das Anwesen sei keineswegs ein Palast, trotzdem habe es in der Bevölkerung und besonders innerhalb der SPD „einiges Gemecker“ gegeben. (Becker (1999))

In welchem sozialen und wirtschaftlichen Umfeld erlebte Walter Krause seine entscheidende Prägung?

An der Mündung des Neckars in den Rhein hatte sich unter dem Sog der Mannheimer Industrie die Bevölkerung seit dem späten 19. Jahrhundert besonders dicht konzentriert. Langsam bildete sich das Rhein-Neckar-Ballungsgebiet heraus. Mit der Industrialisierung seit Mitte des 19. Jahrhunderts ging der Anteil der in der Landwirtschaft tätigen Personen ständig zurück. Nach der Berufszählung im Jahre 1925 waren nur noch 28,2 Prozent der badischen Bevölkerung in der Landwirtschaft tätig. Dieser Wert lag zwar über dem Reichsdurchschnitt, aber unter den Vergleichszahlen von Württemberg und Bayern.²⁶

Baden hatte im Jahre 1933 2,4 Millionen Einwohner, die bis zum Kriegsausbruch noch um 100 000 zunahmen. Über ein Drittel der Bevölkerung lebte in den Amtsbezirken Mannheim, Heidelberg, Karlsruhe und Pforzheim, 435 000 davon allein in den Großstädten Mannheim und Karlsruhe. 1933 waren 58,4 Prozent der Bevölkerung katholisch und 38,2 Prozent evangelisch, 1,4 Prozent gehörten sonstigen christlichen Religionsgemeinschaften an, 0,9 Prozent waren Israeliten und 1,1, Prozent Religionslose. Die überwiegende Mehrheit der evangelischen Bevölkerung lebte in den ehemals kurpfälzischen und baden-durlachischen Gebieten Nordbadens, während die Katholiken besonders stark in dem agrarisch bestimmten nordöstlichen Teil Nordbadens (um Bruchsal), sowie in Mittel- und Südbaden lebten.²⁷

Für Walter Krause, dem seine schlesische Herkunft immer anzumerken war, wurde Mannheim eine echte Heimat.²⁸ Er kam mit 13 Jahren nach Baden und erfuhr dort seine wichtigste gesellschaftliche und politische Prägung. Mannheims Oberbürgermeister Gerhard Widder²⁹ beschreibt, wie sich Mannheim in den „Goldenen Zwanzigern“, als die Krauses hier

²⁶ Verfolgung 43

²⁷ Ebd. 41

²⁸ Eine kompakte Übersicht der Geschichte Mannheims findet sich bei Probst, Hansjörg, Mannheim, in: Schweickert, Alexander, Kurpfalz, Band 25 der Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs, Stuttgart 1997, S.300-325

²⁹ Gerhard Widder (geb. 1940 in Mannheim) (SPD) studierte von 1959 bis 1963 an der Städtischen, dann Staatlichen Ingenieurschule in Mannheim und legte im Jahr 1963 die Ingenieurprüfung im Fachbereich Elektrotechnik ab. 1967 machte er die zweite Dienstprüfung für das Lehramt und unterrichtete von 1968 bis 1983 als Lehrer an der Werner-von-Siemens-Schule in Mannheim. Er wurde 1975 Mitglied des Gemeinderats der Stadt Mannheim und übernahm 1980 die Führung der SPD-Gemeinderatsfraktion. Von 1983 an war er Oberbürgermeister der Stadt Mannheim. (Munzinger 14/98; Brach 132).

heimisch wurden, als „lebendige Stadt“ präsentierte. Die Depression infolge des Ersten Weltkrieges war beendet, und es habe jene Aufbruchstimmung geherrscht, die dem „jungen Mann Walter Krause einen langwirkenden Impuls gab“.³⁰ Wichtige Eindrücke, die Walter Krause in seinen Jugendjahren in Mannheim gemacht und später als Politiker in praktisches Handeln umgesetzt hat, bezogen sich auf die Simultanschule. Mannheims Stadtschulrat Professor Anton Sickinger beispielsweise forderte in einer enthusiastisch aufgenommenen Rede anlässlich des 50jährigen Bestehens der badischen Simultanschule im Jahre 1926 vor dem Badischen Lehrerverein in Karlsruhe, daß dieser Schultyp gesichert und geschützt werden müsse „als der Mark- und Meilenstein, der der deutschen Volksschule die Zukunft weist.“³¹

Ganz so golden, wie es Widder schilderte, waren die zwanziger Jahre für Mannheim aber nicht. Durch den Versailler Vertrag verlor Mannheim seine Garnison. Es verlor auch den Sitz der internationalen Rheinschiffahrtskommission, der nach Straßburg verlegt wurde.³² Außerdem waren Teile der Stadt für längere Zeit von den französischen Streitkräften besetzt. „Am Samstag, den 3. März in der Morgenfrühe bemächtigt sich ein französisches Aufgebot von etwa 1000 Mann des Mannheimer Hafengebiets“, wird in einer Chronik der Beginn der Besatzungszeit im Jahre 1923 beschrieben.³³ Staatspräsident Remmele³⁴ und

³⁰ Widder (2) 5

³¹ Auch Parteien wie die süddeutsche Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Volkspartei traten für die Simultanschule ein. (Walter (Bd. II) 62)

³² Probst 319

³³ Walter (Bd. I) 302

³⁴ Adam Remmele (1877-1951) (SPD) gehörte zu den bedeutendsten Politikern der badischen Sozialdemokratie während der Weimarer Republik. Wie sein Vater erlernte er den Beruf des Müllers. Nach der Gesellenprüfung im Jahre 1893 folgten Wanderjahre in Süddeutschland. Er war von 1903 bis 1906 Leiter des städtischen Arbeitsamtes in Ludwigshafen, von 1906 bis 1908 Vorstandsmitglied im Deutschen Mühlenarbeiter-Verband, von 1908 bis 1919 Redakteur der Volksstimme und Stadtrat in Mannheim, von 1919 bis 1929 Innenminister und Mitglied des Landtags, von 1922 bis 1923 und von 1927 bis 1928 Staatspräsident, von 1925 bis 1926 und von 1929 bis 1931 Kultusminister, von 1928 bis 1933 Mitglied des Reichstages und von 1929 bis 1931 Justizminister. Nach langen und heftigen Angriffen rechtsgerichteter Politiker und Medien trat Remmele am 30.6.1931 von seinen Ministerposten zurück. Für Baden begann damit ein Abstieg aus einer für die Zeit beispiellosen Stabilität in labile politische Verhältnisse, weil die Demokratie in der Zeit der Krise einen ihrer bewährtesten Streiter verloren hatte. Remmele übersiedelte 1932 nach Hamburg und übernahm dort den Posten eines Vorstands im Zentralverband deutscher Konsumvereine. Obwohl er gar nicht mehr in Baden politisch aktiv war, zählte er bald zu den Opfern nationalsozialistischer Willkür. Im März 1933 wurde ihm die Ministerpension aberkannt. Im Mai 1933 wurde er in Hamburg verhaftet und nach Karlsruhe überführt. Am 16. Mai wurde er auf einem offenem Lastwagen durch die Stadt gefahren und ins Konzentrationslager Kislau gebracht. Nach zehn Monaten Haft ging Remmele zurück nach Hamburg. Nachdem er die NS-Zeit in kümmerlichen Verhältnissen zugebracht hatte, begann er nach dem Krieg mit dem Wiederaufbau der Konsumvereine in Deutschland. Die Stadt Karlsruhe machte ihn im Mai 1948 zum Ehrenbürger. Remmele ließ auch diejenigen nicht im Stich, die in schwerer Stunde Verständnis für seine Nöte gezeigt hatten. So sagte er als Entlastungszeuge im Entnazifizierungsprozeß für Mohr aus, der ihm als KZ-Kommandant in Kislau für die Beerdigung seiner Frau Sonderurlaub auf Ehrenwort gewährt hatte. (Otnad 226-228)

Finanzminister Köhler³⁵ statteten Mannheim sofort einen Besuch ab und versprachen den Bewohnern jegliche Hilfe.³⁶ Die Mannheimer Bevölkerung nahm die Teilung ihrer Heimatstadt in einen besetzten und einen unbesetzten Teil mit ohnmächtiger Wut hin. Oberbürgermeister Kutzer sagte am 21. März 1923: „Weder Vergeltungsmaßnahmen noch die Handhabung des Friedensvertrages von Versailles können für diesen Einbruch Vorwände bieten.“³⁷ Ausschreitungen von Soldaten, Zusammenstöße mit der Polizei und nächtliche Schießereien steigerten die Spannungen zwischen Besatzern und Bevölkerung. Am 18. Mai 1923 wurde der von den Franzosen verhaftete Polizeiwachtmeister Karl Traub auf der Flucht über die Neckarwiese durch einen Kopfschuß tödlich verletzt. An der Trauerfeier im Schloßhof nahmen mehr als 1000 Menschen teil.³⁸ Auch die wirtschaftliche Lage verschlechterte sich infolge der Teilung. Nicht weniger als 265 Firmen mit 17000 Beschäftigten, ein Viertel aller Werkstätten, lagen im besetzten Gebiet.³⁹

Nach und nach besetzten die Franzosen weitere Teile des Stadtgebietes: am 31. März 1923 die Neckarstadt, am 20. September das Mannheimer Schloß. Am 18. Oktober 1923 wurde der Ausnahmezustand über Mannheim verhängt. Die Situation änderte sich erst, nachdem in London am 16. August 1924 das Abkommen zur Durchführung des Dawes-Plans unterzeichnet worden war. Sieben Wochen nach Inkrafttreten des Abkommens zogen die Franzosen am 21. Oktober 1924 aus Mannheim ab: „Am Vormittag des genannten Tages geht

³⁵ Heinrich Köhler (1878-1949) (Zentrum) übernahm 1919 das Amt des Staatsrats und den Posten des Kabinettschefs in Baden. Von 1920 bis 1927 war er badischer Finanzminister und von 1923 bis 1924 badischer Staatspräsident. 1926 wurde er erneut gewählt, jedoch erreichte ihn im Januar 1927 die Berufung zum Leiter des Reichsfinanzministeriums im IV. Kabinett Marx (29.1.27 bis 29.6.28). Von 1928 bis 1932 gehörte er dem Reichstag an. Nach dem Ausscheiden aus der aktiven Politik durch den Verzicht auf eine neue Reichstagskandidatur war Köhler bis zum Beginn des Zweiten Weltkriegs in der Wirtschaft tätig. Im September 1945 übernahm er als Nachfolger von Karl Holl die Leitung der deutschen Zivilverwaltung für den amerikanisch besetzten Teil Badens. Nach der gegen seinen Widerstand herbeigeführten Vereinigung von Nordbaden und Nordwürttemberg trat er, inzwischen der CDU angehörend, als stellvertretender Ministerpräsident in das Stuttgarter Kabinett ein, in dem er im Frühjahr 1946 das Wirtschaftsministerium, im Dezember des gleichen Jahres das Finanzministerium übernahm, das er ebenso wie das Landespräsidium Nordbaden bis zu seinem Tode führte. Zunächst entschiedenster Vertreter des altbadischen Gedankens, verfocht Köhler seit Sommer 1948 die Südweststaatsidee, die er in zähen Verhandlungen mit seinem südbadischen Kontrahenten Wohleb zu fördern suchte (vgl. (Sauer (1977/1) 41). Mit Wirth war er der letzte Vertreter einer Generation badischer Politiker, die, im Erbe der 48er Revolution wurzelnd, einen eigenen Beitrag zur Gestalt der ersten deutschen Republik geleistet haben - mit Hermann Dietrich der einzige, der auch nach der Zäsur des Nationalsozialismus seinen Erfahrungsschatz in einer bedeutsamen Position einbringen konnte. (Neue Deutsche Biographie, Bd. 12, S. 306-307; Matz (1991) 41-43) - Vgl. Heinrich Köhlers Lebenserinnerungen, hg. von Josef Becker (=Veröffentlichungen der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg A/11. Bd.), Stuttgart 1964

³⁶ Walter, Bd. 1, 393

³⁷ Ebd., 393

³⁸ Ebd., 394

³⁹ Ebd., 395

unter den Klängen der Marseillaise die Trikolore auf dem Mittelbau des Schlosses nieder und die im Ehrenhof versammelten französischen Truppen rücken durch das Mittelportal über die Rheinbrücke ab. In lauten Jubel bricht die das Schloß umsäumende Menschenmenge aus, als die badische Flagge emporsteigt, und damit das Ende der Besatzungszeit angekündigt wird.“ Reichspräsident Ebert⁴⁰ wünschte der Stadt, daß sie sich bald von der Besatzungszeit erholen und in einen neuen Abschnitt ihrer Entwicklung eintreten werde.⁴¹

Als Folge der Besetzung der linksrheinischen Pfalz durch die Franzosen war Mannheim praktisch Grenzstadt geworden. Die wirtschaftliche Lage hatte sich seit 1924 stabilisiert, Aufschwungtendenzen waren zu erkennen. Die Bauwirtschaft erlebte geradezu einen Boom, so daß sich die erdrückende Situation auf dem Wohnungsmarkt entspannte. Aber auch in der Kulturszene gab es wichtige Impulse. Kino, Kleinkunst und Varieté erlebten eine Blüte, große Stadtfeste begeisterten die Menschen aus nah und fern.⁴² Mannheim war bestrebt, das Image der Industriemetropole abzustreifen und sich als Kulturzentrum zu präsentieren. 1926 feierte die Stadt die Übernahme des Schlosses, die Eröffnung des Schloßmuseums und die Wiedereröffnung der Schloßgalerie. 1924 spielten die Wiener Philharmoniker, 1925 die Berliner Philharmoniker unter Furtwängler in Mannheim. 1926 dirigierte Richard Strauß in der Quadratestadt,⁴³ ein Jahr später war der Komponist bei der Aufführung der Salome in der Stadt anwesend. Ein Katalog der Kunsthalle aus dem Sommer 1925, mit Bildern von Max Beckmann, Otto Dix, George Groß, Alexander Kanoldt und Georg Schrimpf, gab mit seinem Titel („Neue Sachlichkeit, Deutsche Malerei seit dem Expressionismus“) einer ganzen Kunstrichtung seinen Namen. Kunstschulen entstanden wie die private Freie Akademie der bildenden Kunst. Das Nationaltheater spielte ein modernes Programm von Autoren wie Bertolt Brecht („Dreigroschenoper“ und „Trommeln in

⁴⁰ Friedrich Ebert (geb. 1871 in Heidelberg, gest. 1925 in Berlin) (SPD) erlernte den Sattlerberuf. 1900 wurde er Vorsitzender der SPD-Fraktion in der Bremer Bürgerschaft. Seit 1912 war er Mitglied des Reichstages, 1913 wurde er neben Haase Parteivorsitzender. Im 1. Weltkrieg trat Ebert für Burgfrieden und Landesverteidigung, aber auch für innere Reformen und Verständigungsfrieden ein. 1916 wurde er Vorsitzender der SPD-Fraktion und 1918 des Hauptausschusses im Reichstag. Bei Ausbruch der Novemberrevolution, die Ebert zu verhindern suchte, übergab ihm Prinz Max von Baden am 9. November 1918 das Amt des Reichskanzlers. Am 10. November 1918 übernahm Ebert neben Haase den Vorsitz im Rat der Volksbeauftragten. Sein Pakt mit General Groener wurde die Basis der antirevolutionären Ordnungspolitik. Als Reichspräsident (1919-1925) trug Ebert zur relativen Stabilisierung der krisengeschüttelten Republik bei. (Meyers Bd. 6., S. 24). Vgl. Schadt, Jörg, Der erste Reichspräsident und Mannheim – Zur politischen Herkunft Friedrich Eberts, in: Mannheimer Hefte 3 (1973), S.20-26

⁴¹ Walter (Bd. I) 415-416

⁴² Widder (2) 5

⁴³ Synonym für Mannheim aufgrund der barocken Stadtanlage mit Schachbrettgrundriß (143 Quadrate, die mit Buchstaben und Ziffern bezeichnet werden).

der Nacht“), Carl Zuckmayr und Frank Wedekind.⁴⁴ Mit großem finanziellen Aufwand förderte die Stadtverwaltung den Ausbau der Schulen.⁴⁵

Gegen Ende des Jahrzehnts verfinsterte sich jedoch auch in Mannheim der wirtschaftliche und politische Himmel. Rationalisierungen und Fusionen halfen auf Dauer ebensowenig weiter wie Neuansiedlungen, Umstellungen und kommunales Entgegenkommen. Stilllegungen, Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit nahmen zu, auch in Mannheim kam es Anfang der dreißiger Jahre zu einer schweren wirtschaftlichen Krise.⁴⁶

Die wirtschaftliche Krise nach 1929 war eine der Ursachen für den Aufstieg der NSDAP in Deutschland.⁴⁷ Für Mannheim wirkte es sich besonders nachteilig aus, daß der Export, der zum Aufschwung der Mannheimer Industrie erheblich beigetragen hatte und mehr als ein Drittel der Industrieproduktion abgenommen hatte, fast völlig zum Erliegen kam. Dies war der Grund für den Zusammenbruch vieler Handelsfirmen. In den Jahren 1932 und 1933 wurden vor dem Arbeitsgericht Mannheim 312 Konkursverfahren abgewickelt.⁴⁸

Die Zahl der Arbeitsuchenden stieg in Mannheim von 25 990 am 31.1.1931 bis auf 34 911 am 31.1.1932 an, blieb dann ein Jahr lang in etwa konstant, um danach rasch abzunehmen.⁴⁹ Die wenigsten erhielten Arbeitslosenunterstützung: Am 31.1.1931 waren es 11 079, ein Jahr später nur noch 8 374. Ein großer Teil der Erwerbslosen war auf die städtische Fürsorge und Wohlfahrtspflege angewiesen und stellte die durch Steuerausfälle gezeichneten städtischen Finanzen vor kaum lösbare Probleme. Die starke Zunahme der Arbeitslosigkeit war begleitet von einer noch schnelleren Abnahme der zur Verfügung stehenden Arbeitsplätze. Nach der Krankenkassenstatistik halbierte sich die Zahl der in Arbeit stehenden von Anfang 1929 bis Ende 1932. Zu Beginn des Jahres 1933 standen den rund 35 000 Arbeitsuchenden noch etwa 57 000 Arbeitende gegenüber.⁵⁰ Der Index der indu-

⁴⁴ Walter, (Bd. II), 44-61

⁴⁵ Ebd., 61-64

⁴⁶ Ebd., 132. Zur Wirtschaftsstruktur Mannheims in den 20er und Anfang der 30er Jahre vgl. Hoffmann 33-36

⁴⁷ Hoffmann 36

⁴⁸ Ebd., 40

⁴⁹ So waren am 31.7.1935 noch 12 676 Menschen arbeitssuchend gemeldet.

⁵⁰ Hoffmann 40-42

striellen Produktion fiel rasant ab. Im August 1932 betrug er in Mannheim nur noch 59 Prozent im Vergleich zum Jahr 1928.⁵¹

Die wachsende Arbeitslosigkeit sorgte für sozialen Sprengstoff, der sich in immer härteren Konfrontationen zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten widerspiegelte. In diesem unruhigen Deutschland war Baden ein Ort der relativen politischen Ruhe. Die Weimarer Republik wurde in Baden von einer schwarz-roten Koalition entscheidend geprägt.⁵² Die Sozialdemokraten und das Zentrum arbeiteten gut zusammen. Die SPD wurde von Remmele, dem langjährigen Innenminister, beherrscht. Die bestimmende Figur beim Zentrum war nicht der badische Staatspräsident Gustav Trunk⁵³, sondern der Parteivorsitzende Prälat Josef Schofer.⁵⁴ Der Dauerhaftigkeit dieser Koalition verdankte Baden die relative Konsolidierung seiner Verhältnisse im Vergleich zu anderen Ländern im Deutschen Reich.⁵⁵

Für das gute Funktionieren der Großen Koalition von 1966 bis 1972 war es sicher mehr als nur ein gutes Omen, daß ihre führenden Köpfe, Ministerpräsident Hans Filbinger (Jahrgang 1913)⁵⁶ auf der einen, und sein Stellvertreter, Innenminister Walter Krause auf der anderen Seite (Jahrgang 1912), im Baden der Weimarer Zeit ihre politische Prägung erfuhren. Der Zufall wollte es, daß beide auch noch in derselben Stadt, nämlich in Mannheim, aufwuchsen. Bewußt sind sie sich in dieser Zeit nicht begegnet. Aber wer will ausschließen, daß sich ihre Wege damals doch irgendwo gekreuzt haben? Mit Sicherheit wurden beide beeinflußt vom Kurs der politischen Vernunft, den beide Lager, Zentrum und

⁵¹ Salm 12

⁵² Vgl. Kaller, Gerhard, Baden 1918-1933, in: Die Regierungen der deutschen Mittel- und Kleinstaaten 1815-1933, hg. von Klaus Schwabe, Boppard 1983, 154-155, 318; Zier, Hans Georg, Politische Geschichte Badens 1918 bis 1933, in: Badische Geschichte, Stuttgart 1979, S.143-167

⁵³ Gustav Trunk (1871-1936), Anwalt, Zentrumspolitiker, 1919-1929 badischer Justizminister, einige Male Staatspräsident. (Hans Fenske, Der liberale Südwesten, hg. von der Landeszentrale für politische Bildung, Stuttgart 1981, S. 271)

⁵⁴ Josef Schofer (1866-1930), katholischer Geistlicher und Politiker, wurde auch als der ungekrönte Großherzog von Baden bezeichnet. Andererseits hieß er wegen seiner Herkunft und seiner volkstümlichen Art auch der „Sepperle vom Bühlertal“. (Lautenschlager 539)

⁵⁵ Filbinger (1997) – Vgl. Zier, Hans Georg, Politische Geschichte Badens 1918-1933, in: Badische Geschichte, Stuttgart 1987, S.143-167; Klotz, Reinhard, Zwischen Kaiserreich und Diktatur (1900-1932), in: Land um Rhein und Schwarzwald, Kehl 1980, S. 161-170; Breitsohl, Theo, Die Kirchen- und Schulpolitik der Weimarer Parteien 1918-1919 – Ein Beitrag zur Parteiengeschichte der Weimarer Republik, Tübingen 1978; Brandel, Hermann, Staatliche Maßnahmen gegen den politischen Radikalismus in Baden 1930-33, Heidelberg 1976; Stehling, Jutta, Weimarer Koalition und SPD in Baden – Ein Beitrag zur Geschichte der Partei- und Kulturpolitik in der Weimarer Republik, Frankfurt a.M. 1976; Schnabel, Thomas, Südbaden in der Weimarer Republik, in: Der Oberrhein in Geschichte und Gegenwart, Freiburg 1986, S. 162-178

⁵⁶ Hans Filbinger (geb. 1913 in Mannheim), 1960-1966 Innenminister und von 1966-1978 Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg (Munzinger 42/97, vgl. auch Kurzbiographien der befragten Zeitzeugen im Anhang).

SPD, damals unter dem Einfluß der führenden Persönlichkeiten zum Wohle des Landes einschlugen.

Während die Weimarer Republik an ihrer politischen Instabilität (20 Reichsregierungen in 14 Jahren) im Reich zerbrach, war Baden gekennzeichnet durch die Kontinuität einer christlich-sozialen Koalition. Ihren Führern Schofer und Remmele gelang es immer wieder, auch in schwierigen, ideologiebehafteten Fragen gegen Widerstände der „Falken“ in den eigenen Reihen einen Konsens zu erzielen.⁵⁷ Nach dem Ersten Weltkrieg hatten sich Zentrum, Sozialdemokraten und Deutsche Demokratische Partei in Baden in der Weimarer Koalition zusammengefunden. Bei der Wahl zur Badischen Nationalversammlung am 5. Januar 1919 erhielt das Zentrum 39 Abgeordnete, die MSPD 36, die Deutsche Demokratische Partei 25 und die DNVP 7 Abgeordnete. Diese Parteien⁵⁸ verloren zwar beständig Wähler (von 92,5 Prozent im Jahre 1919 bis auf 38,8 Prozent im Jahre 1933), hielten sich aber besser als im Reich und in Württemberg. Erst bei den Reichstagswahlen vom Juli 1932 sank ihr Anteil unter 50 Prozent. Baden erwies sich damit als eines der demokratisch stabilsten Länder im Deutschen Reich.⁵⁹

An dieser Stelle soll die Geschichte der Sozialdemokratie in Baden und in Mannheim kurz dargestellt werden.⁶⁰ Die ersten Spuren badischer Sozialdemokraten finden sich in Mannheim, Karlsruhe und Pforzheim, wo Anhänger Ferdinand Lassalles ab 1868 Ortsvereine

⁵⁷ Filbinger (1997) 37 - 38. Was Filbinger über Josef Schofer zu Papier brachte, liest sich wie ein Manifest über das, was er selbst angestrebt hat: „Er war ein Realpolitiker, der eine ‚Vernunftfehe‘ eingegangen war, und hatte ein warmes Herz für die sozialen Anliegen seines Hauptkoalitionspartners. Doch ließ er keinen Zweifel daran, daß ein gläubiger Christ erst dann zur Sozialdemokratie stoßen könnte, wenn diese die ‚materialistischen Eierschalen‘ ablegen würde. Deshalb hat ihn der später erhobene Vorwurf, er hätte die alten Grundsätze des Zentrums bei der Koalition mit der SPD verlassen, tief gekränkt. Sein politisches Ringen ging immer um die Erhaltung der Weimarer Koalition, ohne die anderen Parteien von einer verantwortungsfreudigen Mitarbeit ausschließen zu wollen.“ (S. 40) An dieser Stelle wird die Parallele zur 1966 erfolgten Einigung zwischen CDU und SPD besonders deutlich. Und es liest sich wie ein eigenes Vermächtnis, wenn Filbinger über Josef Schofer schrieb: „Dieser Zentrumspolitiker will nichts für sich persönlich; er erstrebt das Beste für das Land. Die Bekundungen der Verehrung und der Anhänglichkeit beim Volk waren überaus deutlich, ja sie waren im Laufe der Zeit überwältigend.“ (Seite 43)

⁵⁸ Ab 1930 Deutsche Staatspartei statt DDP. - Zur Deutschen Staatspartei: vgl. Rothmund (1979/1) 176-178

⁵⁹ Die DDP schied 1925/26 und endgültig 1929 aus und die DVP trat 1931 der Koalition bei (Hoffmann 55). - In Württemberg kamen die Parteien der Weimarer Koalition bei den Reichstagswahlen am 5. März 1933 noch auf 34,5 Prozent, im Deutschen Reich nur noch auf 33,1 Prozent. (Verfolgung 41-42). Andererseits erzielte die NSDAP in Baden (mit einem fast doppelt so hohen Katholikenanteil wie Württemberg) entgegen den landläufigen Erklärungen über die soziologische Struktur der NSDAP-Wähler bei allen Wahlen ab 1928 erheblich bessere Resultate als die Nationalsozialisten in Württemberg. (Schnabel (1986) 641)

⁶⁰ Folgende Darstellungen beleuchten verschiedene Aspekte während der Gründungsphase der Sozialdemokratie in Baden: Hartmut Soell, Wirtschaftliche Verhältnisse in Baden im 19. Jahrhundert und die Lage der Arbeiterschaft und der Landbevölkerung, in: SPD-Landesverband (1980) S.6-7; Hartmut Soell, Die badische

des „Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins“ gründeten, und wo die ein Jahr später von August Bebel und Wilhelm Liebknecht gegründete „Sozialdemokratische Arbeiterpartei“ (SDAP) erste Sympathisanten fand. Die SDAP machte nach 1871 in den Industriestädten zwar rasch organisatorische Fortschritte, eine nachhaltige Wirkung auf die Arbeiterschaft gelang den Agitationskomitees jedoch erst nach der Vereinigung von Lassalleanern und Eisenachern zur „Sozialistischen Arbeiterpartei“ (SAP) im Jahre 1875.⁶¹

Die Position, die die Mannheimer SPD-Organisation innerhalb der badischen Partei einnahm, kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Erhard Eppler schrieb, daß Mannheim bereits in der Gründungszeit die Hochburg der Arbeiterbewegung im damaligen Großherzogtum Baden und im Deutschen Reich war. Die Mannheimer SPD stellte das Hauptkontingent des Landes zum Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein. Nach dem Einigungskongreß in Gotha⁶² verzeichneten die Sozialdemokraten nicht nur einen bemerkenswerten Mitgliederzuwachs, sie bildeten auch ein spürbares Gegengewicht zu den bürgerlichen Parteien, besonders zu den Demokraten und Nationalliberalen.⁶³

Von Beginn an dominierte in der Mannheimer Sozialdemokratie evolutionäres, reformistisches Gedankengut über revolutionäre Tendenzen. Diese Tendenz wurde durch frühe Wahlerfolge gestärkt.⁶⁴ Im Jahr 1878, als Bismarck die Sozialistengesetze einführte, errangen sie bei den Stadtverordnetenwahlen in Mannheim innerhalb der dritten Klasse ihren ersten Sieg. Alle ihre Kandidaten wurden gewählt und erzielten damit einen der frühesten Wahlerfolge der Sozialdemokratie in Südwestdeutschland.⁶⁵ Von 1878 an erhielten die Sozialdemokraten bei den Wahlen in Mannheim kontinuierlich mehr Stimmen, bis sie mit dem Jahr 1890 zur unumstrittenen Partei der dritten Klasse avancierten.⁶⁶ Der Aufstieg fiel zusammen mit der Zeit eines umfassenden Strukturwandels, als Mannheim im amerikanischen Tempo wuchs und sich zur Handels- und Industriemetropole entwickelte.⁶⁷ Der starke Zustrom an Industriearbeitern nach Mannheim kam in den folgenden Jahren den Sozial-

Sozialdemokratie während des Sozialistengesetzes (1878-1890), ebd., S.24-25; Hartmut Soell, Die Sozialdemokratie in Baden als Landespartei (1890-1914), S.30-31

⁶¹ Kreuz 76-77

⁶² In Gotha vereinigten sich im Jahre 1875 der 1863 in Leipzig von Ferdinand Lassalle gegründete „Allgemeine Deutsche Arbeiterverein“ mit der 1869 von August Bebel und Wilhelm Liebknecht gegründeten „Sozialdemokratischen Arbeiterpartei“ zur „Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands“.

⁶³ Eppler (1978) 9

⁶⁴ Hoffmann 54

⁶⁵ Schadt (1978) 19

⁶⁶ Ebd. 34-35

demokraten zugute, so daß diese bei den Kommunalwahlen zwischen der Jahrhundertwende und dem Beginn des Ersten Weltkriegs jeweils 70 Prozent und mehr Stimmen in der dritten Klasse gewannen.⁶⁸

Eine wichtige politische Weichenstellung ergab sich gegen Ende des 19. Jahrhunderts, als sich 1891 Zentrum, Sozialdemokraten und Demokraten im Kampf um das gleiche und direkte Wahlrecht gegen die Nationalliberalen zusammenschlossen. Nachdem dieses Ziel erreicht worden war, arbeiteten seit den Landtagsstichwahlen des Jahres 1905 Nationalliberale und Sozialdemokraten im sogenannten Großblock zusammen, um eine liberale Kulturpolitik durchzusetzen.⁶⁹

Von der Einsicht getragen, daß parlamentarischer Einfluß unter den Bedingungen des Mehrheitswahlrechts und Klassenwahl nur über eine Zusammenarbeit mit dem liberalen Bürgertum zu erreichen war, betrieb die SPD in Mannheim trotz heftigster Auseinandersetzungen mit dem linken Flügel eine konsequente Taktik der konstruktiven parlamentarischen Partizipation.⁷⁰ Baden entwickelte sich zu einem Musterland sozialdemokratischer Kommunalpolitik, wobei vor allem Mannheim unter ihrer Leitfigur August Dreesbach⁷¹ Maßstäbe setzte. Im Jahre 1896 entwarf er für Baden das erste sozialdemokratische Kommunalprogramm, das in Deutschland beschlossen wurde.⁷²

Bei den Reichstagswahlen des Jahres 1890 gelang Dreesbach, dem früheren hauptamtlichen „Agitator“ des ADAV, mit Unterstützung von Zentrum und Demokraten der Durchbruch. Auch wenn er drei Jahre später sein Mandat nochmals an den nationalliberalen Emil Bassermann verlor, war der Aufstieg der SAP in Mannheim nicht mehr aufzuhalten.

⁶⁷ Schadt (1978) 20-21

⁶⁸ Ebd. 35-36

⁶⁹ Vgl. Kreuz 77

⁷⁰ Hoffmann 54

⁷¹ August Dreesbach (1844-1906) zählte zu den ersten Führungspersonlichkeiten in der Mannheimer Arbeiterschaft. Als junger Tischlergeselle wurde er von Ferdinand Lassalle dazu animiert, in den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein einzutreten. 1878 wurde er in den Bürgerausschuß gewählt, 1884 in den Stadtrat, 1890 in den Reichstag und 1891 in die Zweite Kammer des Badischen Landtags. Er prägte die Sozialdemokratie in der badischen Industriemetropole und darüberhinaus durch sein pragmatisches Handeln. Unter Dreesbachs Führung bewilligte die sozialdemokratische Fraktion im Jahre 1899 erstmals in Deutschland das Gesamtbudget und stellte sich damit auf den Boden des Staates. In der Reichstagsfraktion der SPD stand August Dreesbach auf dem rechten Flügel. (Anton Fendrich in Badische Biographien, VI. Teil (1901-1906), Heidelberg 1935, S. 277-280.)

⁷² Schadt (1978) 31

Sie stellte ab 1898 alle Mannheimer Reichstagsabgeordneten. Im Jahre 1907 gewann Ludwig Frank seinen Wahlkreis zum ersten Mal mit absoluter Mehrheit.⁷³

Die SPD genoß bei der badischen Landesregierung und der Mannheimer Stadtverwaltung großes Ansehen, während sie gleichzeitig durch Untergliederungen und Umfeldorganisationen breite Schichten besonders in Arbeiterschaft und Jugend einbezog.⁷⁴ Ludwig Frank machte das sogenannte „Mannheimer Modell“ vor dem Ersten Weltkrieg zu einer wichtigen Stütze des revisionistischen Flügels innerhalb der SPD.⁷⁵

Die Neuwahl der Stadtverordnetenversammlung nach dem Krieg am 18. Mai 1919 wurde erstmals nach freien demokratischen Grundsätzen durchgeführt. Es gab kein Dreiklassenwahlrecht mehr, die Frauen erhielten das aktive und passive Wahlrecht und das Wahlalter wurde von 25 auf 20 Jahre gesenkt. Die Wahl brachte einen eindeutigen Sieg der Sozialdemokratie.⁷⁶ Die Mehrheitssozialisten gewannen 36 Mandate, die Unabhängigen Sozialisten 16. Alle übrigen Parteien erhielten zusammen nur 44 Sitze. Gemäß einer Wahlanalyse erreichten die Mehrheitssozialisten im Stadtteil Sandhofen die absolute Mehrheit, in der westlichen Neckarstadt rund 46 Prozent sowie in Feudenheim rund 43 Prozent. Die USPD kam im Stadtteil Waldhof auf 33 Prozent und in der westlichen Neckarstadt auf 28 Prozent. Nimmt man die beiden sozialdemokratischen Linksparteien zusammen, so steht in diesem Fall Waldhof mit rund 76 Prozent an der Spitze vor der Neckarstadt mit 74 Prozent, gefolgt von Neckarau mit 62 Prozent und der Schwetzingerstadt mit rund 57 Prozent.⁷⁷

Bei der Wahl zum Bürgerausschuß des Jahres 1922 traten Mehrheitssozialisten und Unabhängige Sozialisten wieder gemeinsam unter dem Namen SPD an. Allerdings brachte dies nicht den erhofften Erfolg. Die SPD errang mit 37,1 Prozent der Stimmen nur etwas mehr als die Mehrheitssozialisten drei Jahre zuvor (36,4 Prozent) allein erzielt hatten. Eindeutiger Gewinner der Wahl waren die Kommunisten, die 10,8 Prozent der Stimmen erreichten.

⁷³ Kreuz 77

⁷⁴ Schadt/Caroli 117

⁷⁵ Probst 319

⁷⁶ Zur Geschichte der Sozialdemokratie in der Weimarer Zeit; vgl. Hartmut Soell, Der Freistaat Baden im Zeichen der Weimarer Koalition (1918-1932), in: SPD-Landesverband (1980), S. 57-59

⁷⁷ Gutzler 51

Die SPD erreichte wie vormals die Mehrheitssozialisten im Stadtteil Sandhofen die absolute Mehrheit. Weitere Hochburgen waren die Westliche Neckarstadt mit 46,3 Prozent, Feudenheim mit 43,3 Prozent und die Schwetzingenstadt mit 40 Prozent. Die Kommunisten erzielten ihr bestes Resultat in der bisherigen USPD-Hochburg, in Waldhof mit 35,5 Prozent der Stimmen.⁷⁸

Beide Parteien, sowohl die SPD als auch die KPD, hatten in Mannheim besonders viele Mitglieder.⁷⁹ Von 1901 bis 1906 und dann wieder seit 1908 hatte der badische Landesvorstand der SPD hier seinen Sitz. Männer wie August Dreesbach, Ludwig Frank und Oskar Geck stritten bis zum Ersten Weltkrieg für den parlamentarischen Reformkurs der SPD.⁸⁰ Auch die KPD hatte ihre Bezirksleitung für Baden, später auch für die Pfalz, in Mannheim.⁸¹

Auch das Umfeld der beiden Linksparteien war in Mannheim gut organisiert. Noch während der französischen Besatzungszeit gründeten die republikanischen Frontkämpfer im Sommer 1924 gegen die militärisch organisierten völkischen Bünde das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.⁸² Der Gau Baden gab in Mannheim sein offizielles Nachrichtenblatt „Der Reichsbannerkamerad“ heraus. Im September 1924 errichtete das Reichsbanner das Ludwig-Frank-Denkmal am Rande des Luisenparks.⁸³

Außerdem war Mannheim in der Weimarer Republik der Veranstaltungsort der „Reichsarbeitersporttage“ (R.A.S.T), die als Demonstration der Stärke der Arbeiterklasse verstanden

⁷⁸ Gutzler 51-53

⁷⁹ Die Mannheimer SPD zählte 1906 noch 3896 Mitglieder, im Jahre 1914 aber bereits 7655. 1925 war die Mitgliederzahl auf 5281 zurückgegangen, bevor sie bis 1929 wieder auf 6254 anstieg. Für die KPD in Mannheim gibt es keine genauen Zahlen (Hoffmann 57).

⁸⁰ Hoffmann 54

⁸¹ Schadt/Caroli 122

⁸² Der Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold war der größte republikanische Schutzverband der Weimarer Zeit. 1924 in Weimar gegründet, vereinigte das Reichsbanner Ende der zwanziger Jahre etwa drei Millionen Mitglieder, vor allem aus der Sozialdemokratie und aus den Gewerkschaften. In den Wahlauseinandersetzungen stärkte er den Anhängern der Weimarer Republik den Rücken. Besonders entschlossene Mitglieder des Verbandes bildeten sogenannte „Schutzformationen“ (Schufo), um Veranstaltungen und Einrichtungen der Parteien zu schützen, die sich zur Republik bekannten. Im Dezember 1931 schlossen sich Sozialdemokraten, Freie Gewerkschaften, das Reichsbanner und Arbeitersportvereine zur Eisernen Front zusammen. Während des Staatsstreichs Franz von Papens gegen Preußen am 20. Juli 1932 stand das Reichsbanner in Alarmbereitschaft, wurde aber von der SPD-Führung nicht mobilisiert. Während der NS-Zeit war ein Teil des Reichsbanners im Untergrund tätig, bis auch diese Gruppierungen im Oktober 1935 von der Gestapo aufgelöst wurden. (Lexikon 151) – Literatur: Rohe, K., Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold – Ein Beitrag zur Geschichte und Struktur der politischen Kampfverbände zur Zeit der Weimarer Republik, Düsseldorf 1966.

⁸³ Walter, Bd. 1, 401-402

wurden. So beteiligten sich im Jahre 1920 am R.A.S.T. über 1200 Sportler an den Staffelläufen „Rund um den Wasserturm“ und 1000 Kinder machten Freiübungen auf dem Marktplatz. 1926 kam es im „Nibelungensaal“ des Rosengartens zu einem Ringerwettkampf zwischen Rußland und Mannheim. 1928 feierte die Bewegung mit über 25.000 Arbeitersportlern das „Südwestdeutsche Arbeiter-Turn- und Sportfest“.⁸⁴

Obwohl die Nationalsozialisten zur Kommunalwahl des Jahres 1926 noch nicht antraten, zeigten sich schon jetzt erste Tendenzen einer Radikalisierung des politischen Lebens. Die Kommunisten steigerten die Zahl ihrer Mandate von 9 auf 13 und gewannen zum Beispiel in der Westlichen Neckarstadt 27,4 Prozent und in Waldhof 26,4 Prozent der Stimmen. Die SPD stellte nur noch 26 statt 33 Abgeordnete in der Stadtverordnetenversammlung. Stärkster SPD-Bezirk war diesmal Rheinau mit 41,4 Prozent, gefolgt von Waldhof mit 40,9 Prozent und Sandhofen mit 37,7 Prozent.⁸⁵

Im Jahre 1928 schied der bisherige Oberbürgermeister Theodor Kutzer aus seinem Amt aus. Der Oberbürgermeister wurde damals nicht direkt vom Volk, sondern von den kommunalen Mandatsträgern gewählt. Die großen Parteien einigten sich auf Hermann Heimerich,⁸⁶ der am 15. April 1928 zum ersten sozialdemokratischen Oberbürgermeister Mannheims gewählt wurde.⁸⁷

Im Laufe der Kommunalwahlen in den zwanziger Jahren verlor die SPD immer mehr an Stimmen, wohl zum größten Teil an die Kommunisten.⁸⁸ Die letzte Kommunalwahl in Mannheim während der Weimarer Republik am 16. November 1930 fand kurz nach der Reichstagswahl am 14. September statt und endete mit dem eindeutigen Sieg der rechts- und linksradikalen Parteien. Hitler war eigens zu diesem Kommunalwahlkampf nach Mannheim gekommen. Die SPD war zwar mit 28,4 Prozent der Stimmen immer noch die stärkste Partei und stellte mit 25 Stadtverordneten die stärkste Fraktion, doch standen ihr mit KPD, NSDAP und Zentrum drei starke Fraktionen mit jeweils 14 Abgeordneten ge-

⁸⁴ Unser 3-4

⁸⁵ Gutzler 53

⁸⁶ Hermann Heimerich (1885-1963) war zunächst von 1925 bis 1928 Bürgermeister der Stadt Kiel, anschließend von 1928 bis 1933 Oberbürgermeister der Stadt Mannheim. Dieses Amt hatte er dann noch einmal von 1949 bis 1955 inne. (Gutzler 69; Brach 54). Eine weitere Kandidatur Heimerichs wurde vom Ersten Bürgermeister Jakob Trumpfheller (ebenfalls SPD) mit der Bemerkung verhindert, Heimerich sei zu alt. (Becker (1999). Im Jahre 1955 wurde ihm die Ehrenbürgerwürde der Stadt Mannheim verliehen. (Brach 54)

⁸⁷ Gutzler 68-70

genüber. Die SPD verlor vor allem in ihren Hochburgen. In der Neckarstadt kam sie nur noch auf 35 Prozent der Stimmen, in Waldhof auf rund 30 Prozent und in Sandhofen nur noch auf 33 Prozent. In Rheinau erzielte sie ihr bestes Vorortergebnis mit rund einem Drittel der Stimmen. Die Kommunisten erhielten in Waldhof mit 37 Prozent mehr Stimmen als die SPD, in Sandhofen und Rheinau und in der Schwetzingenstadt kamen sie immerhin noch auf rund 30 Prozent. Die Nationalsozialisten gewannen ihre Stimmen vor allem auf Kosten der bürgerlichen Parteien. In der Oststadt und in Neuostheim erhielten sie rund ein Viertel der Stimmen, in der Oberstadt 23 Prozent, in Lindenhof und in Feudenheim waren es 21 Prozent.⁸⁹

Bei den Reichstagswahlen von 1928 bis 1930 büßte die SPD fast ein Viertel ihres Stimmenanteils ein (von 35,4 Prozent auf 27,9 Prozent). Gleichzeitig verbuchte die KPD beträchtliche Gewinne (von 16,4 Prozent auf 20,1 Prozent). Für die Linksparteien zusammen ergibt sich damit ein Minus von 3,8 Prozent. Eindeutiger Gewinner der Wahlen vom 14. September 1930 war die NSDAP, die ihren Stimmenanteil von 1,9 Prozent auf 13,5 Prozent ausbaute. Starke Einbußen mußten dagegen die liberalen Parteien hinnehmen. DVP und DStP verloren mehr als ein Drittel ihres Wähleranteils und sackten von 21,9 auf 14,2 Prozent ab.⁹⁰

Es ist aber nicht nur interessant, die prozentualen Stimmenanteile zu untersuchen, aufschlußreich ist auch eine Analyse der absoluten Stimmenzahlen. Bemerkenswert ist die relativ große Konstanz der SPD. Sie verlor von 1928 bis 1933 nur 8,5 Prozent ihrer Wähler. Die KPD konnte bis November 1932 die Zahl ihrer Wähler sogar verdoppeln. Die NSDAP gewann demnach die Wähler für ihren Aufstieg vor allem aus der Gruppe der Nichtwähler und dem Potential der bürgerlichen Parteien. Selbst die letzten Wahlen am 5. März 1933 belegen eine enorme Geschlossenheit der linken Wählerschaft. Die KPD verlor zwar 13 Prozent ihrer Wähler, von denen aber nur wenige zur NSDAP gewechselt sein dürften. Etwa 6 Prozent wechselten zurück zur SPD, der man unter der NS-Herrschaft vermutlich größere Überlebenschancen zutraute.⁹¹

⁸⁸ Hoffmann 56

⁸⁹ Gutzler 53-55

⁹⁰ Hoffmann 87

⁹¹ Ebd.

Betrachtet man die Linksparteien zusammen, dann konnten SPD und KPD über den Zeitraum von 1928 bis November 1932 ihren Wählerstamm um etwa ein Fünftel steigern. Dabei verschoben sich die Gewichte eindeutig zugunsten der KPD. Das katholische Zentrum konnte im Laufe dieser Zeit erheblich mehr Wähler mobilisieren. Dabei dürfte es sich in erster Linie um Nichtwähler und in geringerem Umfang um katholische Arbeiter gehandelt haben, die sich von der SPD abgewandt hatten. Die liberale Mitte, DDP/DStP und DVP, büßte fast zwei Drittel ihrer Wähler ein, die sehr wahrscheinlich nun die NSDAP gewählt haben. Insgesamt verloren auch in Mannheim die Parteien der Großen Koalition die absolute Mehrheit, die sich noch 1928 mit 65,61 Prozent behauptet hatten. Im November 1932 votierten 43,91 Prozent der Wähler für die Nationalsozialisten.⁹²

Das Zentrum blieb am Ende der Weimarer Republik in Mannheim sehr stabil. Dieses Potential war für die Propaganda der NSDAP ebensowenig erreichbar wie die Masse der Arbeiter. Dagegen nahm der schleichende Niedergang der Parteien der bürgerlichen Mitte gegen Ende der Weimarer Republik dramatische Formen an. Ihre Wähler machten einen großen Teil der Zugewinne der Nationalsozialisten aus, die in Mannheim im Jahre 1932 zur stärksten politischen Kraft avancierten.⁹³

Dennoch gab es in Mannheim einen anhaltenden Widerstand gegen die Nationalsozialisten, der sich zum Beispiel bei einer Veranstaltung nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 zeigte. Als der Fackelzug der 600 bis 700 Nationalsozialisten auf dem Marktplatz eintraf, wo Gauinspektor Wetzel zum „Endkampf in Mannheim gegen das rote Gesindel“ aufrief, wurden sie von lautstarken Sprechchören empfangen. Als nach der Kundgebung eine SA-Einheit über den Neckar in die Neckarstadt vordringen wollte, wurde sie von Arbeitern aufgehalten. Es kam zu einer Straßenschlacht, die nur durch massiven Polizeieinsatz in Grenzen gehalten werden konnte. Die geplante Siegesfeier der Nationalsozialisten geriet so zur öffentlichen Blamage.⁹⁴

Die Wirtschaftskrise, die die große Politik stark beeinflusste, machte auch vor der Familie Krause nicht halt. 1931 wurde der Vater arbeitslos. Da er keine Hoffnung hatte, bald wieder eine Stelle als Arbeitnehmer zu finden, machte er sich als Handelsvertreter im Druck-

⁹² Hoffmann 88

⁹³ Ebd. 90

⁹⁴ Ebd. 132-133

gewerbe selbständig. Der Sohn half schon bald im Büro mit. Walter Krause erzählte, daß die Familie durchkam, ohne je wohlhabend oder regelrecht verarmt gewesen zu sein. Der Beruf des Vertreters sei seinem Vater nicht auf den Leib geschrieben gewesen. Ansonsten berichtete Walter Krause über seinen Vater nichts Persönliches. Allerdings klang durch, daß er von seinen beruflichen Erfolgen nicht gerade begeistert war.

Seit dem Jahr 1926 besuchte Walter Krause die Tulla-Oberrealschule in Mannheim. Seine Schulkameraden sagten zu ihm häufiger: „Sprich deutlicher“. Sie hänselten ihn, daß er ihr Idiom nicht verstehe. Für Krause klang der badische Dialekt zunächst wie eine Fremdsprache. Das ging ihm, wie er erzählte, lange nach. Es ist nicht objektiv belegbar, aber naheliegender, daß zu jener Zeit in Walter Krause der tiefe Wunsch entstand, dazuzugehören, als echter Mannheimer zu gelten: der Grundstein seines lebenslangen politischen Engagements für die kurpfälzische Region.⁹⁵

Krause berichtete rückblickend von sich selbst, er sei ein guter Schüler gewesen. Nur bei Fremdsprachen schnitt er nicht so gut ab. „Ich habe mich immer gewundert, wie die das machen. Dann habe ich gemerkt, daß sie ihre Hefte manipuliert hatten. Da habe ich auch gelernt, mit diesen Tricks zu arbeiten.“

Am liebsten aber mochte er schon damals mit Zahlen umgehen. Schon als Schüler habe er oft gedacht: „Das hätte ich jetzt aber besser erklären können als der Lehrer.“ Und wenn ein Problem für die Mitschüler unlösbar war, dachte er: „Das hätte ich aber besser machen können.“ Noch als 80jähriger stellte er fest: „Normalerweise wäre ich Mathematiklehrer geworden. Aber dann bin ich bei der Politik hängengeblieben.“ Als er 1931 an der Tulla-Oberrealschule die Reifeprüfung ablegte, war für ihn klar, daß er Mathematik studieren wollte.⁹⁶

⁹⁵ Einen Überblick zum aktuellen Forschungsstand zur Kurpfalz gibt Schweickert, Alexander (Hg.), Kurpfalz, erschienen in den Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs, Band 25, hg. von der Landeszentrale für politische Bildung.

⁹⁶ Die Akten der Tulla-Oberrealschule liegen im Generallandesarchiv in Karlsruhe. Die Durchsicht der Akten brachte ein Jugendfoto von Walter Krause zum Vorschein. Sein Abiturzeugnis ist in diesen Akten nicht enthalten. Die Jahresberichte des Ministeriums für Kultus und Unterricht berichten über die Organisation, den Lehrkörper, die Lehramtsreferendare, den Gesundheitszustand und Beurlaubungen der Lehrer, die Religionslehrer, Besichtigungen der Schule durch übergeordnete Stellen und Feierlichkeiten. Über den von Krause genannten Professor Dr. Uebel ist zu lesen, daß er vom 28. September bis 5. Oktober 1929 an der Tagung der Gesellschaft für deutsche Bildung teilgenommen hat. Im Schuljahr 1930/1931 zählte „die Anstalt“ 29 Klassen (26 der Oberrealschule und 3 der Handelsrealschule) gegenüber 27 Klassen im Schuljahr 1929/30. Der „Schlußakt des Schuljahres 1930/1931“, zugleich die Abiturfeier für Krauses Jahrgang, fand am 28. März

Neben der Prägung durch die politischen Verhältnisse in Baden erlebte Walter Krause eine nachhaltige politische „Schulung“ an der Oberrealschule: „Da ging es hoch her. Wir haben eine stark politisierte Klasse gehabt. Wir hatten Nationalsozialisten, Sozialdemokraten und einen Kommunisten. Wir haben heftig diskutiert. Unser Lehrer war Nationalsozialist, er hieß Dr. Uebel. Er hat Deutsch und Geschichte unterrichtet. Er wurde gleich Direktor, als die Nationalsozialisten dran kamen.“

Walter Krause, der im Kaiserreich geboren wurde, die Weimarer Republik, das Dritte Reich, den Zweiten Weltkrieg, den Zusammenbruch und die Teilung Deutschlands sowie die Wiedervereinigung miterlebte, bezeichnete ausgerechnet die Weimarer Republik, einen relativ kurzen, frühen Abschnitt seines Lebens, als denjenigen, der ihn am meisten berührt und geprägt hat!⁹⁷

1931 im Musensaal des Rosengartens statt. Sie galt dem Gedenken an Wolfgang Amadeus Mozart, der eine Zeitlang in Mannheim gelebt hat. Die Hauptrede wurde von dem Abiturienten Albrecht Mansar gehalten. Die Verfassungsfeier wurde in Verbindung mit einer Feier zu Ehren des Freiherrn von Stein am 31. Juli 1931 begangen. Die Festrede hielt, bereits ganz im Trend der Zeit, der Nationalsozialist Dr. Uebel. - Aus der Besoldungsberechnung des Luftgaukommandos XII (Az. 60 b 16) A II 7 (b) v. 22.7.1943 geht hervor, daß Walter Krause am 20. Februar 1931 die Reifeprüfung ablegte. Dies wird auch in Walter Krauses Anmeldung zur Immatrikulation an der Universität Heidelberg bestätigt. (Studentenakte, Archiv der Universität Heidelberg).

⁹⁷ Lindemann 12 - Krause erzählte von sich selbst, daß er in der Volkshochschule während der Weimarer Republik seine entscheidende politische Prägung erfuhr (Ufer 118) - In einem Lebenslauf Krauses, enthalten in den Beständen der SPD-Gemeinderatsfraktion Mannheim, ist vermerkt, daß Walter Krause in den Jahren 1929 bis 1932 die Volkshochschule besucht hat.



Walter Krause als Abiturient im Jahre 1931
(Tulla-Oberrealschule Mannheim)
(Quelle: Generallandesarchiv Karlsruhe)

Studentenzeit

Weil es zu jener Zeit keine allgemeine Wehrpflicht gab, schloß sich das Studium nahtlos an die Schulzeit an.⁹⁸ Der junge Walter Krause studierte seit dem Sommersemester 1931 in Heidelberg Mathematik und Naturwissenschaften, wie es damals hieß. In der heute gültigen Terminologie würde man sagen, daß er Mathematik und Physik (Hauptfächer) und Chemie (Nebenfach) studierte.⁹⁹ Zu Beginn seines Studiums war Walter Krause erstmals politisch aktiv.¹⁰⁰ Wie hoch der Politisierungsgrad damals war, zeigte sich daran, daß selbst in der Mensa die Wimpel der politischen Gruppierungen auf den Tischen standen, damit man sich nicht einmal beim Mittagessen mit Vertretern des anderen Lagers zusammen tun mußte.¹⁰¹ Daneben gehörten auch Schießübungen zur „politischen Ausbildung“.¹⁰²

Bereits im Jahr 1931 wurde Krause Mitglied der Sozialistischen Studentengruppe.¹⁰³ Einer der wenigen, die über Walter Krauses Aktivitäten in jener Zeit aus eigener Anschauung berichten können, ist Erhard Becker. Der Jurastudent engagierte sich zu jener Zeit im Demokratischen Studentenbund der Universität Heidelberg. Er berichtete, daß Walter Krause in den Versammlungen, aber auch bei den Diskussionszirkeln in Kaffeehäusern nicht besonders in Erscheinung getreten sei.¹⁰⁴

Beckers Aussage widerspricht in einem Punkt der Darstellung von Walter Krause. Walter Krause hatte in den Gesprächen mit dem Verfasser angegeben, im letzten Semester vor der

⁹⁸ Krause begann sein Studium am 20.4.1931 (Studentenakte; Brief der Universität Heidelberg v. 15.7.1996). Das Studium dauerte laut Studentenakte bis zum Ende des Sommersemesters 1933 sowie vom 9.5.1934 bis zum Ende des Sommersemesters 1935. Seine Papiere enthalten den „Ahnennachweis“ und verzeichnen Kenntnisse in Stenographie und Klavier. - Die Studentenakte enthält eine interessante Randnotiz: Bei der Immatrikulation am 20. April 1931 gab Walter Krause bei Staatsangehörigkeit „Baden und Preußen“ an. Anlässlich der Immatrikulation am 27. April 1934 nach seiner Relegation machte er unter demselben Stichwort die Angabe „Deutschland“. Auf einem Formular der Deutschen Studentenschaft aus dem Jahr 1935 oder 1936 gab er „Reichsdeutscher“ an. (Studentenakte im Archiv der Universität Heidelberg).

⁹⁹ Mannheimer Morgen v. 16.12.92; Brief der Universität Heidelberg v. 9.7.98

¹⁰⁰ Widder (2) 5 beschreibt diese Politisierung so: „Aufgewachsen in einer sozialdemokratisch orientierten Familie und in einer von den - zwar zerstrittenen - Parteien der Arbeiterbewegung dominierten Stadt, hatte er sich der sozialistischen Studentenschaft angeschlossen.“

¹⁰¹ Becker 14

¹⁰² Ebd.

¹⁰³ Die Organisation der sozialistischen Studenten in Heidelberg wurde etwa im Jahr 1919 als „Sozialistische Studentengruppe“ gegründet, firmierte aber gleichzeitig auch als „Sozialistische Gruppe (der) Universität Heidelberg“. 1920 trat sie dann als „Arbeitsgemeinschaft sozialistischer und kommunistischer Studenten“ auf, von der 1922 ein Teil um Carlo Mierendorf unter dem Namen „Sozialistischer Bund“ an die Öffentlichkeit ging. Ab 1924 war dann wieder der Name „Sozialistische Studentengruppe“ geläufig. (Archiv der Universität Heidelberg, Signaturen B-8412/11, B-8412/12 und B-8412/14)

¹⁰⁴ Ein beliebter Treffpunkt für linke Heidelberger Studenten war in jener Zeit das Café Krall.

Machtergreifung durch die Nationalsozialisten Vorsitzender des Sozialistischen Studentebundes gewesen zu sein. Becker berichtete, Walter Krause habe es auch ihm gegenüber nach dem Krieg so dargestellt, daß er der maßgebende Mann im Sozialistischen Studentebund gewesen sei. Becker dagegen war der Ansicht, dies sei Hermann Trittelvitz gewesen. Allerdings gab Becker zu bedenken, daß er sich nicht hundertprozentig genau erinnern könne. Becker wußte allerdings noch genau, daß er mit Trittelvitz und nicht mit Krause das gemeinsame Auftreten der demokratischen Studenten bei den letzten freien AStA-Wahlen vorbereitet habe. Zur Aufstellung der gemeinsamen Liste vom Demokratischen und Sozialistischen Studentebund trafen sich Becker mit Trittelvitz in dessen kleiner Zwei-Zimmer-Wohnung.¹⁰⁵

Nach den Erinnerungen von Becker wurde die Liste alternierend besetzt. Angeführt habe die Liste Hermann Trittelvitz vom Sozialistischen Studentebund, gefolgt von Erhard Becker vom Demokratischen Studentebund und Walter Krause.¹⁰⁶ Im Archiv der Universität Heidelberg finden sich zwar keine Unterlagen, die per se belegen, wer zu jener Zeit Vorsitzender des Republikanischen Hochschulblocks gewesen war. Die Reihenfolge der Kandidaten auf der Liste belegt aber mit sehr großer Wahrscheinlichkeit, daß die Erinnerungen Beckers richtig sind. An der Spitze der Liste des Republikanischen Hochschulblocks kandidierte Hermann Trittelvitz, gefolgt von Erhard Becker und Walter Krause. Auf Platz 7 rangierte Alfred Frisch und auf dem letzten und zehnten Platz Joachim von Gilgenheim.¹⁰⁷

Im Jahr 1933 wurde in Heidelberg ein neuer AStA gewählt. Die demokratischen Studentenorganisationen schlossen sich gegen die Nazis und andere rechte Gruppierungen zu einem Bündnis zusammen, dem „Republikanischen Hochschulblock“.¹⁰⁸ Dazu gehörte zum einen der Demokratische Studentebund, zum anderen die Sozialistische Studentengruppe, die mit der SPD verbunden war. Die Wahl, Mitte Januar 1933 ein paar Tage vor Hitlers Machtergreifung durchgeführt, geriet für die Demokraten zum Desaster. Der „Republikanische Hochschulblock“ errang lediglich vier Mandate, zwei für jede der beiden Gruppie-

¹⁰⁵ Becker (1999)

¹⁰⁶ Ebd.

¹⁰⁷ Archiv der Universität Heidelberg (Schreiben des Hochschulblocks vom 10.1.1933 an das Sekretariat der Universität Heidelberg)

¹⁰⁸ Für die Zulassung zur Wahl benötigte eine Liste 40 Unterschriften. Die Kommunisten bekamen diese nicht zusammen und durften deshalb an der Wahl nicht teilnehmen. (Becker (1999))

rungen.¹⁰⁹ Damit verloren die Demokraten sechs ihrer zehn Mandate. Dagegen konnten die „Nationalen Gruppen“ (Nationalsozialisten und Nationaler Block) ihre 1930 errungene absolute Mehrheit auf zwei Drittel der Sitze ausbauen. Das mit Abstand beste Ergebnis erzielte der NS-Studentenbund, weit vor den Gruppen der Konservativen und den katholischen Vertretern.¹¹⁰

Auf der Liste 1 der Nationalsozialisten mit Gustav Adolf Scheel¹¹¹ an der Spitze entfielen 1097 Stimmen, auf Liste 2 (Nationaler Block) 476 Stimmen. Da Liste 1 und 2 verbunden waren, entfielen auf die rechten Gruppierungen zusammen 27 Sitze. Die Katholische Studentenschaft bekam 402 Stimmen (6 Sitze), der Republikanische Hochschulblock 257 Stimmen (4 Sitze) und die Rote Studentenfront 118 Stimmen (2 Sitze).¹¹²

Auf der konstituierenden Sitzung des AStA am 25. Januar 1933 wurde Gustav Adolf Scheel mit 32 Stimmen bei 7 Enthaltungen zum 1. Vorsitzenden gewählt. Mit demselben Ergebnis wurde Erich Hübinger vom Nationalen Block zum 2. Vorsitzenden sowie die nationalsozialistischen Studenten Fritz Sturm und Gerhard Vogdt zu Schriftführern gewählt. Erich Berberich von der Katholischen Studentenschaft erhielt bei der Wahl zum Kassen-

¹⁰⁹ Zwei der vier Mandatsträger des Republikanischen Hochschulblocks wurden später Minister mit SPD-Parteibuch: Neben Krause noch Hermann Trittelvitz im Saarland. Trittelvitz stammte aus einer alteingesessenen Honoratiorenfamilie in Greifswald, die an der Gründung der dortigen Universität mitgewirkt hatte. Die Mutter von Hermann Trittelvitz war die Tochter eines schwedischen Reichstagsabgeordneten. Hermann Trittelvitz führte damals eine der ersten Studentenehen. Verheiratet war er mit der Tochter eines jüdischen Tabakhändlers. Im Winter 1932/33 bekamen sie ihr erstes Kind. Hermann Trittelvitz hat mit ihr und seinen vier Kindern den Krieg und die NS-Zeit in Norddeutschland überstanden, wurde nach 1945 Landrat im Landkreis Homburg (Saar) und 1953 auf der Landesliste des Saarlandes Abgeordneter im Deutschen Bundestag. Dafür wurde er aus dem Saarland, das damals unter französischer Verwaltung stand, ausgebürgert. Schon zuvor hatte er gegenüber der französischen Verwaltung Zivilcourage bewiesen. Er war der einzige Landrat des Saarlandes, der nicht der offiziellen Vereinigung zur Förderung des endgültigen Anschlusses des Saarlandes an Frankreich beigetreten war. (Becker 15; Becker (1999)). Im Februar 1955 wurde er im Saarland (wieder eingegliedert) Minister für Arbeit. - Der Dritte im Bunde der republikanisch gesinnten Studentenvertreter, Erhard Becker, arbeitete später als Journalist. (Ein Foto von Erhard Becker findet sich in: Raumordnungsverband Rhein-Neckar, Kooperation im Rhein-Neckar-Raum, Mannheim 1985, S.16 - anlässlich der Verleihung der Hermann-Heimerich-Plakette an Walter Krause im Jahre 1985). Der Vierte, Joachim von Gilgenheim, ist im Krieg gefallen. Zu ihm fiel Becker (1999) noch ein, daß er aus einer verarmten schlesischen Adelsfamilie aus der Grafschaft Glatz stammte.

¹¹⁰ Hoffmann 120 - Becker (1999) erinnerte sich an folgende Zahlen: Von 40 AStA-Sitzen entfielen auf den Republikanischen Hochschulblock vier, auf die Konservativen sechs, auf die Katholische Liste sieben, während die Nationalsozialisten die absolute Mehrheit besaßen.

¹¹¹ Gustav Adolf Scheel war der Sohn eines evangelischen Pfarrers aus Mannheim, Medizinstudent, der später hohe Ränge in der SS bekleidete und bis zum Gauleiter in Salzburg aufstieg. (Becker (1999)). - Birgit Arnold zeichnete in ihrer Kurzbiographie ein ambivalentes Porträt von Gustav Adolf Scheel, der in Hitlers Testament als Reichskulturminister vorgesehen war. Scheel war überzeugter Nationalsozialist, gefiel sich aber gleichzeitig als derjenige, der aus seiner Machtposition heraus Andersdenkende begnadigte. (Arnold 567-594).

¹¹² Archiv der Universität Heidelberg (Schreiben vom 10.1.1933) (Faszikel B-8305)

wart 35 Stimmen bei 4 Enthaltungen. Die Vermutung liegt nahe, daß die Katholische Studentenschaft bei den Vorstandswahlen mit den rechten Gruppierungen gestimmt hat und dafür einen Sitz im Vorstand bekam. In kleinere Kommissionen wurden sogar Vertreter des Republikanischen Hochschulblocks - Trittelvitz und Becker - gewählt. Krause wurde mit keinem Amt bedacht.¹¹³

Die nationalsozialistischen Studenten haben nach der für sie erfolgreichen Wahl sofort die Fraktionsgröße auf fünf Abgeordnete neu festgelegt, damit den Demokraten der Fraktionsstatus abhanden kam. In den zwei oder drei AStA-Sitzungen, die bis zum Ende des Semesters noch stattgefunden haben, wurde die Unterdrückung der linken Studenten eher geschäftsordnungsmäßig betrieben. Zu erbitterten Redeschlachten oder gar tumultartigen Szenen kam es dagegen nicht.¹¹⁴

Bei der am 18. Januar 1933 in der Aula der Universität durchgeführten traditionellen Reichsgründungsfeier traten deutschnationale und nationalsozialistische Studenten, Stahlhelmformationen und SA-Einheiten gemeinsam auf. Allerdings war diese Gruppierung kein homogener Block gleichberechtigter Parteien. In den Tagen nach dieser politischen Demonstration versuchte die NSDAP und ihre Presse dem Eindruck entgegenzuwirken, sie ließe sich durch die anderen rechten Gruppierungen in irgendeiner Form einbinden. Auch in Heidelberg meldeten die Nationalsozialisten unverhohlen ihren Führungsanspruch an.¹¹⁵

Das Wahlergebnis der Heidelberger Studentenschaft spiegelte ziemlich genau die politischen Verhältnisse in der deutschen Studentenschaft kurz vor Hitlers Machtübernahme wider. Die Studenten wählten damals „brauner“ als die deutsche Bevölkerung insgesamt, die den Nationalsozialisten bei der Reichstagswahl im November 1932 eine deutliche Schlappe bereitet hatten.¹¹⁶ Dieter Langewiesche beschrieb am Beispiel der Universität

¹¹³ Archiv der Universität Heidelberg (AStA-Sitzungsbericht vom 25.1.1933) (Faszikel B-8306/1)

¹¹⁴ Becker (1999)

¹¹⁵ Hoffmann 121

¹¹⁶ Die NSDAP ging gegenüber der Wahl im Juli 1932 von 230 auf 196 Sitze zurück. Die SPD konnte sich mit 121 Mandaten behaupten, während die KPD ihren absoluten Höchststand mit 100 Abgeordneten erreichte. - Literatur zur politischen Haltung der Studentenschaft in der NS-Zeit: Giovannini, Norbert, Heidelberger Studentenschaft im Nationalsozialismus, in: Verführt und verraten, Heidelberg 1995, S.63-75; Klingmann, Carsten, Das „Institut für Sozial- und Staatswissenschaften“ an der Universität Heidelberg zum Ende der Weimarer Republik und während des Nationalsozialismus, in: Klingmann, Carsten, Soziologie im Dritten Reich, Baden-Baden 1996, S. 120-158; Weisert, Hermann, Die Studentenhilfe der Universität Heidelberg (1921-1975), in: Heidelberger Jahrbücher, Bd.39 (1995), S.131-151; Giovannini, Norbert, Zwischen Republik und Faschismus - Heidelberger Studentinnen und Studenten 1918-1945, Weinheim 1990; Mussgnug,

Tübingen die politische Ausrichtung der deutschen Universitäten zur Zeit des Nationalsozialismus und kam dabei zu dem Ergebnis, daß Widerstand von den deutschen Universitäten nicht ausgegangen sei. Sie seien vielmehr in einer Mischung aus Gleichschaltung und Selbstgleichschaltung in den neuen Staat eingefügt worden. Es habe zwar Widerstand aus der Universität heraus gegeben, aber dies sei nicht der Widerstand der Universität gewesen. Nicht der Widerstand der wenigen, sondern die Normalität der Anpassung habe den Geist der damaligen Universität verkörpert.¹¹⁷

Auch die Sopade¹¹⁸, die gewöhnlich gut informiert war, stellte in ihren Berichten fest, daß die anfängliche Euphorie unter Dozenten und Studenten zwar gewichen sei, von groß angelegtem Widerstand könne aber keine Rede sein. Vielmehr stellten die Berichte bereits im Jahre 1935 ein „starkes politisches Ruhebedürfnis“ fest. Mit der „Enttäuschung“ sei aber keine „kämpferische Gegnerschaft“ gegen das NS-Regime verbunden gewesen. Deshalb sei es unmöglich, „unter den Studenten irgendeine illegale politische Organisation zu schaffen“. Die eher diffuse Kritik der Studentenschaft ging jedoch nicht in eine gezielte Opposition über. Im Jahre 1939 berichtete die Sopade schließlich, daß die große Masse der Studenten sich geradezu weigere nachzudenken. Sie wollten sich nicht aus der Ruhe bringen lassen und gingen deshalb allen Diskussionen aus dem Weg, noch mehr als die Arbeiter. Es herrsche allgemeine Indifferenz und Entpolitisierung.¹¹⁹

Der Hauptbeitrag der deutschen Universitäten gegen den Totalitätsanspruch des NS-Regimes bestand in der Vermeidung einer vollkommenen fachwissenschaftlichen und institu-

Dorothee, Die vertriebenen Heidelberger Dozenten - Zur Geschichte der Ruprecht-Karls-Universität nach 1933, Heidelberg 1988; Wolgast, Elke, Die Universität Heidelberg in der Zeit des Nationalsozialismus, in: Zeitschrift für die Geschichte des Oberrhein, N.F. 96 – Bd. 135 (1987), S.357-406; Schadt, Jörg und Michael Caroli (Hg.), Heidelberg unter dem Nationalsozialismus – Studien zu Verfolgung, Widerstand und Anpassung, Heidelberg 1985; Wagner, Ulrich, Die NS-Bewegung in Heidelberg bis 1933, in: Ruperto Carola, 35 (1983), S.201-206; Andreas, Willy, Immatrikulationsrede zum Sommersemester 1933, Sonderdruck aus Heidelberger Neueste Nachrichten v. 15.5.33; Carmon, Arye Zvi, The University of Heidelberg and National Socialism 1930-1935, Dissertation University of Wisconsin 1974

¹¹⁷ Langewiesche 618

¹¹⁸ Mit Sopade wird meistens der SPD-Parteivorstand im Exil oder dessen Büro, manchmal auch die gesamte Exil-SPD bezeichnet. - Der Sopade-Vorstand baute Grenzsekretariate für Parteibezirke in Deutschland auf, versuchte, eine illegale Reichsleitung in Berlin zu schaffen und begann mit einer umfangreichen publizistisch-propagandistischen Arbeit. In Prag erschien im Juni 1933 der „Neue Vorwärts“ mit einem programmatischen Aufruf zum Kampf gegen das NS-Regime. Über ein weitverzweigtes Netz erhielt die Prager Zentrale Berichte über die Lage in Deutschland. Die zwischen 1935 und 1938 vom ZK der KPD dem Sopade-Vorstand angebotene Aktionseinheit kam aufgrund tiefgreifender politischer Differenzen nicht zustande. Im Frühjahr 1938 verlegte der Vorstand der Sopade seinen Sitz nach Paris und 1940 nach London. (Lexikon 179) – Literatur: Deutschlandberichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Sopade) 1934-1940, 7 Bde., Frankfurt a. M. 1980

tionellen Auslieferung an die Nationalsozialisten. Was an Widerstand über diese begrenzte Selbstbehauptung hinaus gegangen sei, so schrieb Langewiesche, sei das Werk einzelner gewesen, die aus dem Schutz der Fachwissenschaft und der Institution herausgetreten seien und sich gegen den Unrechtsstaat gestellt hätten. Die Universität als Institution und Korporation von Forschenden, Lehrenden und Lernenden habe dazu weder die Kraft noch den Willen aufgebracht.¹²⁰

Ein Weggefährte Krauses beim Sozialistischen Studentenbund war Alfred Frisch, ein Jude, der später Journalist wurde.¹²¹ Er beschrieb die Gruppe von „11 oder 12 Aufrechten“ als „kleinen Verein, der sich im Meer der Nationalen, der Nationalsozialistischen und der gleichgültig Passiven kaum zu behaupten vermochte“.¹²² Die Sozialistische Studentengruppe war zwar eine der SPD nahestehende Organisation, ihr beizutreten bedeutete aber nicht, auch der SPD anzugehören. Auch Walter Krause trat der SPD bis zu ihrem Verbot im Jahre 1933 nicht bei. „Zum Glück“, wie er rückblickend erzählte, „bin ich damals nicht in die SPD eingetreten. Hätte ich dies getan, hätte ich die NS-Zeit wahrscheinlich nicht überlebt.“¹²³

Hochinteressant wäre die Beantwortung der Frage, ob Walter Krause bei seinem ersten politischen Engagement bereits dieselben Einstellungen und Eigenschaften bewiesen hat wie später als berufsmäßiger Politiker. War er damals innerhalb der linken Gruppierungen eher der Mitte zuzuordnen oder mehr links eingestellt? Bewies er besonderen Mut durch Redebeiträge im AStA, die die Nationalsozialisten herausgefordert haben? Eine Antwort hätte vielleicht Erhard Becker geben können. Um Objektivität bemüht hat Becker jedoch erwidert, daß er diese Fragen nicht beantworten könne. Er habe mit Walter Krause nie in einer Weise diskutiert, daß er heute eine fundierte Meinung darüber haben könnte, ob Krause damals nun sehr weit links gestanden hätte oder nicht. Und im AStA, so Becker, sei es gar nicht zu großen politischen Auseinandersetzungen gekommen. Deshalb könne er auch nicht sagen, ob Krauses Angst vor politischer Konfrontation schon damals vorhanden

¹¹⁹ Langewiesche 643-644

¹²⁰ Langewiesche 646

¹²¹ Frisch emigrierte vor den Nationalsozialisten über die Tschechoslowakei nach Frankreich und wurde später Auslandskorrespondent in Paris. (Mehr über ihn im Kapitel: „Politische Haltung während der NS-Zeit“)

¹²² Frisch 28

¹²³ Krause (1994/1)

gewesen oder erst durch seine Erfahrungen mit dem Nationalsozialismus hervorgerufen worden sei.¹²⁴

Bezeichnend für Krause war, daß er später als Politiker nie viel Aufhebens darum machte, als junger Mann für einige Zeit aktiv im Widerstand gegen die Nationalsozialisten gewesen zu sein. In Reden oder Veröffentlichungen vermied er Hinweise darauf, wegen seiner politischen Tätigkeit im Sozialistischen Studentenbund vorübergehend vom Studium ausgeschlossen worden zu sein. Die Akten belegen, daß er gemäß Erlaß vom „18.8.1933 No. A 22236 (betr. Säuberung der Hochschulen von marxistischen und sonstigen volksfeindlichen Studierenden) für 3 Semester vom Studium an der Universität Heidelberg ausgeschlossen“ wurde. Dies wird Walter Krause mit Schreiben vom 23. Januar 1934 mitgeteilt.¹²⁵ Letztlich währte die Zwangsexmatrikulation aber nur für ein Semester, das Wintersemester 1933/34.¹²⁶

Der badische Kultusminister hatte in einer Auslegung des nationalsozialistischen Erlasses vom 11. Juli 1933 am 18. August desselben Jahres in einem Schreiben an die Universität Heidelberg verfügt, daß alle Mitglieder der KPD vom Studium ausgeschlossen werden müßten. Gegenüber den Mitgliedern anderer, den Nationalsozialisten nicht genehmer politischer Verbindungen solle dagegen nicht allzu streng verfahren werden, sofern sie lediglich aus Unreife oder aus Verhetzung heraus zeitweise dem Marxismus oder anderen volksfeindlichen Bestrebungen gehuldigt hätten. Bei Mitgliedern anderer politischer Verbindungen als der Nationalsozialisten genüge die bloße Mitgliedschaft nicht für einen Ausschluß, vielmehr müssen eine Betätigung „in Gestalt einer Beschimpfung der nationalen Bewegung oder ihrer Führer in Wort oder Schrift, des rücksichtslosen Kampfes gegen die national gesinnte Studentenschaft und deren Führer“ vorliegen, um einen Ausschluß zu bewirken.¹²⁷

Wenn Walter Krause, der ja nicht einmal Mitglied der SPD gewesen war, sondern nur für den Republikanischen Hochschulblock kandidiert hatte, dennoch vom Studium ausgeschlossen worden ist, so läßt dies dennoch keinen eindeutigen Rückschluß auf seine politische Haltung zu. Es ist zwar möglich, daß Walter Krause vor dem 30. Januar 1933 öffentlich gegen die Nationalsozialisten agitiert hat. Es ist aber auch denkbar, daß er den NS-

¹²⁴ Becker (1999)

¹²⁵ Studentenakte der Universität Heidelberg.

¹²⁶ Ebd. - siehe z.B. Immatrikulation von Walter Krause vom 20.4.1931

¹²⁷ Archiv der Universität Heidelberg - Schreiben des badischen Kultusministeriums mit der Nr. A 22236 v. 18.8.33. (Faszikel B-8057/3)

Studentenführern einfach als „kluger Kopf“ gefährlich erschien, oder daß auf dem politischen Weg persönliche Rechnungen beglichen wurden.

In einem Schreiben vom 6. November 1933 an das Rektorat der Universität Heidelberg stellte der hochschulpolitische Referent der Heidelberger Studentenschaft fest, der „Cand.math. Walter Krause“ habe sich „sowohl an der Universität als auch im sonstigen Leben agitatorisch lange Zeit für die SPD eingesetzt. In der sozialistischen Hochschulgruppe war er bis zur Auflösung einer der aktivsten und stand auf der Vorschlagliste des Republikanischen Hochschulblocks zur AStA-Wahl im Januar 1933 an dritter Stelle.“ In einer Aussprache mit dem Führer der Heidelberger Studentenschaft habe Krause zu Beginn des Monats März versichert, daß er sich nicht mehr politisch betätigen wolle und auch die Verbindung mit sozialistischen Studierenden nicht mehr aufrechterhalte. Trotz dieses Versprechens habe man aber festgestellt, daß Krause mit dem „in Mannheim berüchtigten Kommunisten Feith“ öfters zusammengekommen sei und mit diesem, solange er im Gefängnis gesessen sei, korrespondiert habe. Darauf stellte der hochschulpolitische Referent im Einvernehmen mit dem Führer der Studentenschaft den Antrag, Krause für zwei Semester zu relegieren und diesem Antrag „unbedingt“ stattzugeben.¹²⁸

In einem Schreiben der Studentenschaft vom 9. Dezember 1933 an das Rektorat der Universität Heidelberg wurde in einem langen handschriftlichen Vermerk dann sogar festgelegt, daß Walter Krause für drei Semester vom Studium ausgeschlossen wird. Im selben Schreiben wurde verfügt, daß der Geologiestudent Karl Grathwohl mit einem Semester, der Mathematikstudent Erwin Berlinghof mit zwei Semestern und der Jurastudent Alfred Frisch mit vier Jahren Ausschluß bestraft werden.¹²⁹

In einem langen Schreiben vom 15. Februar 1934 an den badischen Kultusminister bat Walter Krause darum, den Ausschluß vom Studium zurückzunehmen. Als entlastend führte Walter Krause an, er habe nie einer Partei, sondern lediglich der Sozialistischen Studentengruppe angehört. Sein Vater gehöre dem Arbeiterstand an und sei seit zwei Jahren arbeitslos. Schule und Studium seien ihm nur durch Stipendien und Privatunterricht möglich gewesen. Seine Leistungen und sein Fleiß seien immer mit sehr gut bewertet worden. Im Sommer 1933 habe er an den Wehrsportübungen der Heidelberger Studentenschaft und an

¹²⁸ Archiv der Universität Heidelberg (B-8057/3)

einem dreiwöchigen Geländesportlager teilgenommen. Sein Engagement für den Sozialismus begründete er damit, daß „unsere Nation nie zu einer Volksgemeinschaft kommen kann, wenn die sozialen Spannungen nicht beseitigt werden.“ Obwohl er sich nach einige-Zeit von den Erfolgen der nationalen Regierung habe überzeugen lassen, wollte er nicht mit den „Allzuschneellen“ zu den Nationalsozialisten überlaufen. Allerdings sei er am 17. Januar 1934 beim Führer der Heidelberger Studentenschaft, G.A. Scheel, gewesen, um in die SA einzutreten. Dabei habe er zu seiner Überraschung erfahren, daß gegen ihn ein Ausschlußverfahren laufe. „Ich hatte und habe unverändert die Hoffnung, daß keine Hand, die sich dem Nationalsozialismus ehrlich entgegenstreckt, zurückgewiesen wird“, schrieb Krause.¹³⁰

Am 10. März 1934 folgte ein weiterer Brief Walter Krauses an den Rektor der Universität Heidelberg mit der Bitte, seinen Ausschluß vom Studienbetrieb wieder rückgängig zu machen. Er habe die Mitteilung erhalten, bis zum 10. März 1933 die Studiengebühren zu bezahlen. Der zuständige Beamte wolle jedoch eine Entscheidung, ob das vergangene Semester Krause angerechnet werde oder nicht. Walter Krause bat, dies zu genehmigen, weil er bestimmte Pflichtveranstaltungen belegt habe, die erst in vier Semestern wieder angeboten würden.¹³¹

Am 23. Februar 1934 schrieb die Studentenschaft der Universität Heidelberg in einer Stellungnahme an den „Führer der Universität Heidelberg“, Prof. Dr. Groh, daß der Ausschluß von Walter Krause für drei Semester bestehen bleiben müsse. Am 26. Februar 1934 wiederholte die Studentenschaft diese Forderung in einem Schreiben an den Vizekanzler Himmel.¹³²

Am 21. März 1934 setzte sich der Minister für Kultus, Unterricht und Justiz endgültig über die Einwände der Studentenschaft hinweg und erklärte: „Nachdem die Gesuchsteller Berlinghof¹³³ und Krause sich ernstlich bereit erklärt haben, sich dem nationalen Staat unter-

¹²⁹ Ebd. (B-8057/3) - Außerdem liegt ein undatierter maschinengeschriebener Entwurf bei.

¹³⁰ Archiv der Universität Heidelberg (B-8057/3)

¹³¹ Ebd.

¹³² Ebenso solle der Ausschluß der Studenten Böhler und Berlinghoff bestehen bleiben. (Archiv der Universität Heidelberg (B-8057/3))

¹³³ Am 12. Oktober 1933 listete die Studentenschaft der Universität Heidelberg in einem Schreiben an das Rektorat die vermeintlichen Vergehen verschiedener Studenten auf. In dieser Aufzählung fehlte der Name von Walter Krause. Über den Mathematikstudenten Erwin Berlinghof wurde vermerkt, daß er 1927 auf

zuordnen und nachdem in letzter Zeit Nachteiliges über sie nicht bekannt geworden ist, wird mit Rücksicht auf ihre wirtschaftlichen Verhältnisse ihre Ausschließung vom Studium an der Universität Heidelberg mit Wirkung vom Beginn des kommenden Sommerhalbjahres gnadenweise aufgehoben. Ich ersuche, die Gesuchsteller hiervon zu verständigen und ihnen bekanntzugeben, daß, falls irgendwelche weiteren Aussetzungen an ihrem Verhalten erfolgen müßten, eine dauernde Ausschließung Platz greifen müsse.“¹³⁴

Nach der Aktenlage wurde Krause also während des Wintersemesters 1933/1934 zunächst für drei Semester vom Studienbetrieb ausgeschlossen. Es fehlte jedoch eine eindeutige Angabe zum Beginn des Ausschlusses. Walter Krause nahm anscheinend auch nach der Zustellung des Ausschlußbescheides an den Lehrveranstaltungen teil und wurde zum Beginn des folgenden Sommersemesters „gnadenweise“ wieder zugelassen. Ohne besonderen Hinweis im Bescheid des Kultusministeriums wurden im praktischen Universitätsbetrieb auch die Leistungen während des Wintersemesters, in dem Krause der Ausschlußbescheid zugegangen war, anerkannt. Auf diese Weise hielten sich die Nachteile für Walter Krause in Grenzen.¹³⁵

Becker berichtete in diesem Zusammenhang von der Rolle Gustav Adolf Scheels, des nationalsozialistischen Studentenführers. Der war nach Einschätzung Beckers ein strammer Nationalsozialist, der sich aber auch in einer gewissen Toleranz gefiel. Becker war der Überzeugung, daß seine und Walter Krauses Aktivitäten an anderen Hochschulen zum dauernden Ausschluß vom Studienbetrieb oder zu noch härteren Maßnahmen geführt hätten. Becker: „Wenn Walter Krause nur mit einem Semester Ausschluß bestraft worden ist, dann ist er damit im Vergleich zu anderen Universitäten gut weggekommen.“ Diese relative Toleranz in Heidelberg sei auf Gustav Adolf Scheel zurückzuführen gewesen.¹³⁶

Wunsch seines Vaters der SPD beigetreten sei. Er sei schon seit 1921 Mitglied der Freien Turnerschaft gewesen. Obwohl sein Vater im Jahr 1932 der NSDAP beigetreten sei, sei sein Sohn aus Überzeugung Mitglied der SPD geblieben. Die Studenten warfen ihm insbesondere vor, daß er die Vernehmung durch sie nicht ernst genommen habe und sich noch nicht auf die neue Zeit eingestellt habe. Er habe noch nicht einmal das Programm der Nationalsozialisten studiert, was um so schwerer wiege, weil er beabsichtige, Lehrer zu werden. Deshalb schlug die Studentenschaft vor, ihn für ein Semester vom Studium zu relegieren. (Archiv der Universität Heidelberg (B-8057/3))

¹³⁴ Das Schreiben Nr. A.7080, unterzeichnet von Fehrlé, befindet sich in Krauses Studentenakte (Universitätsarchiv Heidelberg). Den Ausschluß vom Studium im WS 1933/34 bestätigte indirekt auch die Abschrift des Badischen Ministeriums für Kultus und Unterricht von Krauses Zeugnis für das wissenschaftliche Lehramt.

¹³⁵ Studentenakte der Universität Heidelberg

¹³⁶ Becker erzählte, wie er selbst im Juni 1933 kurzzeitig festgenommen worden sei. Seine Verhaftung habe damals in Heidelberg für viel Unruhe gesorgt. Anschließend schrieb er an Scheel einen „kräftigen“ Brief, der

Nach der Rückname der Relegation mußte sich Walter Krause am 27. April 1934 erneut einschreiben. Gegenüber seiner ursprünglichen Immatrikulation vom 20. April 1931 ergaben sich kleinere Änderungen. Zum Beispiel gab Walter Krause 1931 neben den beiden Hauptfächern Mathematik und Physik noch das Nebenfach Chemie an. Drei Jahre später schrieb er sich nur noch für Mathematik und Physik ein. Im Formblatt des Jahres 1931 wurde der Student nach der Fakultät gefragt, für die er sich einzuschreiben beabsichtige. Hier gab Walter Krause die „naturwissenschaftlich-mathematische“ an. Im Jahr 1934 findet sich an gleicher Stelle die Frage, für welches Studium der Student sich immatrikulieren will. Krause gab jetzt „Mittelschullehrer“ an. Er hatte also zu diesem Zeitpunkt die Hoffnung auf eine Anstellung als Lehrer noch nicht aufgegeben.¹³⁷ In den Scheinen, die Walter Krause als Student bekam, wird ihm fast durchweg „sehr guter Erfolg“ und ausnahmslos „sehr großer Fleiß“ attestiert.¹³⁸

Im Jahr 1935 leistete Walter Krause pflichtgemäß vom 1. April bis zum 30. September seinen sechsmonatigen Arbeitsdienst in der Hermann-Göring-Kaserne in Mannheim-Sandhofen ab. Wie aus der Studentenakte hervorgeht, war er in diesem Semester beurlaubt.¹³⁹ Am 7. Januar 1936 beantragte Walter Krause wegen der Meldung zur Staatsprüfung seine Exmatrikulation.¹⁴⁰ Am 29. Mai 1936 wurde Walter Krause zur Staatsexamenprüfung zugelassen. Das hieß nach der damals gültigen Prüfungsordnung, daß ein gesellschaftswissenschaftliches und ein fachwissenschaftliches Thema bearbeitet werden mußte.

aber ohne Folgen blieb. (Becker (1999)). - Becker wies auch darauf hin, daß zwischen den politisch aktiven Studenten im Heidelberg jener Zeit eine Gemeinsamkeit geherrscht habe - auch über alle weltanschaulichen Gegensätze hinweg. Er führte dies auf das gemeinsame Erleben in einem gewissen Rahmen zurück. (Becker (1999)).

¹³⁷ Studentenakte der Universität Heidelberg - siehe z.B. die Immatrikulation von Walter Krause vom 27.4.1934

¹³⁸ Ebd.

¹³⁹ Quellen: Brief der Universität Heidelberg v. 15.7.1996, Personalnachweis v. 23.1.1942 und mehrere Schreiben in der Studentenakte. In dieser Akte befindet sich ein Schreiben der Universität Heidelberg vom 13.4.1935, in dem es heißt: „Stud. math. Walter Krause, der im Sommersemester 1935 Arbeitsdienst leistet, wird für dieses Semester beurlaubt. Gebühren oder Beiträge sind nicht zu entrichten.“ Diese Gebühren aber hatte Walter Krause schon im voraus am 9. Januar 1935 überwiesen. In einem handschriftlichen Brief vom 12. April 1935 bat er um Rücküberweisung der 29,10 DM. Bereits am 5. Mai 1935 schrieb er aus der Hermann-Göring-Kaserne erneut (diesmal eine Postkarte) an die Universität und bat um Rücküberweisung der Semestergebühren. - Der Arbeitsdienst, den Walter Krause bei der Abteilung I/270 (Mannheim) leistete, dauerte vom 1. April bis zum 30. September 1935. - Das Sommersemester begann damals am 15. April, das Wintersemester am 15. Oktober (Quelle: Vorlesungsverzeichnisse. Archiv: Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg, Universitätsarchiv, Postanschrift: Postfach 105760, 69047 Heidelberg, Hausanschrift: Friedrich-Ebert-Platz 2, 69117 Heidelberg).

Krause erhielt als schriftliche Hausarbeit zum einen die „Politische Erziehung bei Platon („Staat““ und als Facharbeit die Erörterung der „Hauptergebnisse der Theorie der geodätischen Abbildung mit Beweisen“. Im November und Dezember 1936 unterzog er sich der mündlichen Allgemeinen Prüfung und der schriftlichen und mündlichen Fachprüfung. Am 5. Dezember 1936 bestand er die Prüfung für das wissenschaftliche Lehramt in der Allgemeinen Prüfung (Philosophie) mit der Note „ziemlich gut“, die Fachprüfung in Mathematik mit gut, in Physik mit ziemlich gut und in Meteorologie mit gut. Insgesamt erhielt Walter Krause die Note gut.¹⁴¹



(Quelle: Studentenakte der Universität Heidelberg)

Krause gehörte nicht zu jenen, die für ihren Widerstand gegen Hitler ihr Leben ließen oder jahrelang im Gefängnis saßen. Aber er zählte weder zu den Hitler-Anhängern noch den

¹⁴⁰ Studentenakte der Universität Heidelberg

¹⁴¹ Zeugnis vom 30. Januar 1936. Schreiben des Reichsministers der Luftwaffe zum Vorschlag zur Ernennung zum Regierungsrat (Az 25 c 33) (Bundesarchiv - Zentralnachweisstelle - in Aachen)

Mitläufern und anfangs auch nicht zu jener Gruppe, die ihre Abneigung gegen die Nationalsozialisten nur in den eigenen vier Wänden artikulierten. Die Form seines Widerstands wandelte sich allerdings nach einer aktiven Phase während der Anfangszeit der NS-Herrschaft, eine Entwicklung, die Krause mit anderen Gleichgesinnten teilte.

Der Begriff des Widerstands ist umstritten. In der Regel werden mit dem Wort Widerstand Reaktionen eines Menschen oder von Gruppen auf Machtmißbrauch, Verfassungsbruch und Menschenrechtsverletzungen bezeichnet. Deshalb erscheint Widerstand in der allgemeinen Auffassung immer dann als geboten oder gerechtfertigt, wenn Grundsätze des modernen Naturrechts oder Grundprinzipien einer demokratischen, freiheitlichen und rechtsstaatlichen Ordnung gegen Übergriffe verteidigt werden müssen. Meist wird Widerstand durch Attribute präzisiert, um deutlich zu machen, daß der Widerstandsbegriff ein breites Verhaltensspektrum abdeckt – vom passiven Widerstand und der Verweigerung über die innere Emigration, den ideologischen Gegensatz und die bewußte Nonkonformität zum Protest, zur offenen Ablehnung und schließlich zur Konspiration, die sich sowohl auf die gedankliche Vorbereitung der Neuordnung nach dem Ende des NS-Staates konzentrierte als auch versuchte, aktiv den Umsturz des Regimes vorzubereiten und durchzuführen.¹⁴²

Widerstand im politischen Sinn bezeichnet ein breites Verhaltensspektrum, dessen Voraussetzungen in Vorbehalten gegenüber dem Regime (Resistenz), in der inneren Kraft zur be-

¹⁴² Kißener 96-97 beschreibt am Beispiel der beiden bis 1933 amtierenden Staatspräsidenten der Länder Baden und Württemberg, Josef Schmitt und Eugen Bolz, die Spannweite der bürgerlichen Widerständigkeit. Während beide noch in letzter Minute durch die Anklageerhebung beim Staatsgerichtshof die Gleichschaltung der Länder zu verhindern suchten, gingen sie danach unterschiedliche Wege. Schmitt, der nur wenige Stunden in „Schutzhaft“ verbringen mußte, erneuerte am 19. März 1933 seine Klage gegen die rechtswidrige Einsetzung eines Reichskommissars beim Staatsgerichtshof, beantragte aber schon am 30. April „die Sache ruhen zu lassen“ und zog sich aus dem öffentlichen Leben zurück, ohne daß er seine innere Ablehnung aufgab. Er starb schon 1939. Eugen Bolz genügte ein solches „resistentes“ Verhalten nicht. Nach einer vorsichtig kritischen Rede zu den Verhältnissen in Deutschland Anfang Mai 1933 beim Parteitag der Christlich Sozialen Partei in Österreich wurde er von der Gestapo in „Schutzhaft“ genommen. Später mußte er um die Zuerkennung einer angemessenen Pension kämpfen, die ihm verweigert wurde. Im Winter 1941/42 bekam er Kontakt zum ehemaligen Leipziger Oberbürgermeister Carl Friedrich Goerdeler, zu dieser Zeit Mitarbeiter der Firma Robert Bosch in Stuttgart. Goerdeler, der zu den führenden Köpfen des Widerstandes gegen Hitler gehörte, sah Bolz als Reichsinnen-, später Kultusminister in einer Regierung nach Hitler vor. Nach dem fehlgeschlagenen Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 wurde Eugen Bolz verhaftet, nach einem Schauprozeß vor dem Volksgerichtshof am 23. Januar 1945 hingerichtet. - Literatur zu Josef Schmitt: Bartilla, Michael-Josef, Der badische Staatsmann und Jurist Josef Schmitt (1874-1939). Ein Beitrag zur badischen Geschichte und zur Geschichte des Staatskirchenrechts in der Weimarer Republik, Frankfurt a.M. 1980, S.24-41, 161,180. - Literatur zu Bolz im Widerstand: Köhler, Joachim (Hg.), Christentum und Politik, Dokumente des Widerstands, Sigmaringen 1985, S.33; Miller, Max, Eugen Bolz. Staatsmann und Bekenner, Stuttgart 1951 - Literatur zu Goerdeler: Kosthorst, Erich, Carl Friedrich Goerdeler, in: Rudolf Lill/Heinrich Oberreuter (Hg.): 20. Juli - Porträts des Widerstands, München 1989, S.111-133 - Literatur zum 20. Juli 1944 in Südwestdeutschland: Scholtyssek, Joachim, Der Stuttgarter Kreis, in: Rudolf Lill/Michael Kißener (Hg.), 20. Juli 1944 in Baden und Württemberg, Konstanz 1994

wußten Distanzierung von den politischen Konventionen der Zeit und die Befähigung, traditionell vermittelte Wertvorstellungen zu bewahren, liegen. In Deutschland bezeichnete der Begriff Widerstand im Zusammenhang mit dem Nationalsozialismus jedes aktive und passive Verhalten, das sich gegen das NS-Regime oder einen erheblichen Teilbereich der NS-Ideologie richtete und mit hohen persönlichen Risiken verbunden war.¹⁴³

Broszat ging von der These aus, daß die Diskussion über den Widerstand gegen den Nationalsozialismus wesentlich durch den zeitgeschichtlichen und politischen Kontext, in dem der historische Beitrag zum Widerstand entstanden ist, bestimmt wurde und wird. So beherrschten gemäß Broszat nach dem Krieg vor allem Legitimationsbedürfnisse die Betrachtung des Widerstandes. Man wollte beweisen, daß es auch in dieser dunklen Zeit aufrechte Menschen gab, um so eine politische Brücke bauen zu können von der Vor- in die Nach-Hitler-Ära. Entsprechend neigten die Darstellungen des Widerstands aus jener Zeit zu einer aktivistisch-fundamentalistischen Version des Widerstandsbegriffs und zu einer Heroisierung derjenigen, die am Widerstand beteiligt gewesen waren.¹⁴⁴

Auffällig an der Geschichtsschreibung des Widerstands ist, daß sowohl in der Bundesrepublik als auch in der DDR diejenige Form des politischen Widerstands betont wurde, die dem jeweiligen Weltbild am ehesten entsprach. Während dies in Ostdeutschland vor allem der kommunistische Widerstand war, galt im Westen die größte Aufmerksamkeit den Männern und Frauen des 20. Juli 1944.¹⁴⁵ Die Einengung des Widerstandsbegriffs auf die Form des aktiven, umstürzlerischen Widerstands wurde durch das Bundesverwaltungsgericht gefördert, das im Jahre 1962 Widerstand als ein „der politischen Überzeugung des Täters entspringendes Verhalten“ definiert hat, „welches dazu bestimmt ist und, wenigstens in der Vorstellung des Täters, auch dazu geeignet war, das abgelehnte Regime als solches über den Rahmen des Einzelfalls hinaus zu beeinträchtigen“.¹⁴⁶ Bereits ein Jahr zuvor hatte der Bundesgerichtshof den „Erfolg“ als ein wesentliches Kriterium für die Beurteilung des Widerstands bezeichnet.¹⁴⁷ Damit verschwanden zunächst Formen des Wi-

¹⁴³ Lexikon 228 - 229 - Weitere Literatur: Gotto, Klaus, Hockerts, Günter, Repgen, Konrad, Nationalsozialistische Herausforderung und kirchliche Antwort. Eine Bilanz, in: Karl Dietrich Bracher, Manfred Funke, Hans-Adolf Jacobsen (Hg.), Nationalsozialistische Diktatur 1933-1945, Düsseldorf 1983, S.655-668.

¹⁴⁴ Broszat 312-313, 315

¹⁴⁵ Steinbach (1994/1) 15, Steinbach (1994/2) 597

¹⁴⁶ Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts vom 11. Januar 1962 (Steinbach (1994/2) 601-602)

¹⁴⁷ Urteil des Bundesgerichtshofs vom 14. Juli 1961 (Steinbach (1994/2) 602)

derstands aus dem Blickfeld, die Steinbach mit Begriffen wie Widerständigkeit, Protest, Resistenz, Verweigerung, Umsturzhoffnung und aktive Konspiration bezeichnete.¹⁴⁸

Mit der Abschwächung des Legitimationsbedürfnisses kam man zur einer differenzierten Darstellung der am Widerstand Beteiligten, die sowohl auf kommunistischer Seite als auch bei den Männern des 20. Juli keineswegs immer ein demokratisches Grundverständnis hatten. Das Ergebnis verstärkter Widerstandsforschung seit den siebziger Jahren war, wie Broszat schreibt, „weniger spektakuläre, auch weniger tadellose Fälle des Widerstands, aber doch meistens Geschichten und Handlungsprofile, die wegen ihrer menschlichen Authentizität oft stärker berührten als das ein pietätvolles Schweigen auslösende Märtyrertum des Widerstandes“. Oft sei das Leben der am Widerstand beteiligten Männer und Frauen voller Irrungen und Wirrungen, in vielen Fällen sei der Widerstand nur halbherzig, reichlich spät oder außerordentlich schwankend erfolgt.¹⁴⁹

Broszat unterscheidet drei Phasen des Widerstandes: zunächst der breite kommunistisch-sozialistische Widerstand in der Anfangsphase der Konstituierung des NS-Regimes, vor allem in den Jahren 1933 und 1934. Danach folgte die Zeit der partiellen Resistenz, etwa in den Jahren 1935 bis 1940/41, dem sich die Phase des konservativen Widerstands in der zweiten Hälfte des Krieges anschloß, kulminierend im Attentat des 20. Juli 1944.¹⁵⁰

Aktiven Widerstand in größerem Ausmaß gab es nach Broszat nur in der Anfangs- und Endphase des Regimes. In der Anfangszeit wurden der Machtwille und das Durchsetzungsvermögen der Nationalsozialisten von ihren Gegnern unterschätzt. Der breite sozialistische Widerstand kann als Fortsetzung der bürgerkriegsähnlichen Konfrontation der Nationalsozialisten mit den linken Parteien während der Endzeit der Weimarer Republik angesehen werden. Der illegale Widerstand aus den Reihen der sozialistischen Arbeiterschaft wurde von Hunderten lokaler Gruppen getragen. Es handelte sich dabei um die einzige Form politischer Opposition auf breiter Basis, die es während der NS-Zeit überhaupt gab.¹⁵¹

Die Art, wie Krause den Widerstand gegen die Nationalsozialisten betrieb, paßt gut zu Broszats Darstellung. Und auch dessen Differenzierung des Verhaltens von Kommunisten

¹⁴⁸ Steinbach (1994/1) 22

¹⁴⁹ Broszat 313-319

¹⁵⁰ Ebd. 320

und Sozialdemokraten stimmt mit Krauses individuellem Verhaltensmuster überein. Der hartnäckige Widerstand der kommunistischen Gruppen hing nach Broszat auch damit zusammen, daß dieser von sozial desintegrierten Personen getragen wurde. Dagegen besaßen die Sozialdemokraten meist eine respektierte soziale Stellung, die sie durch leichtfertige verschwörerische Aktivitäten nicht aufs Spiel setzen wollten. Ihr Verhalten definierte er mit partieller beziehungsweise passiver Resistenz. Damit meinte er die Festigkeit unverführbarer Distanz zu Hitler und seinen Gefolgsleuten, ohne aktiv deren Sturz zu betreiben.¹⁵² Dies entspricht ziemlich genau dem Verhalten Walter Krauses, der nach der Zerschlagung seiner Widerstandsgruppe nach allem, was bekannt wurde, keinen direkten Kontakt zum aktiven Widerstand suchte, die für sein berufliches Fortkommen unumgänglichen Mitgliedschaften in politischen Vorkampfordorganisationen der Nationalsozialisten einging, innerlich aber in kritischer Distanz zu den Nationalsozialisten blieb. Wie bei vielen anderen Sozialdemokraten ließ sich auch bei ihm nach einem anfänglichen Engagement im Widerstand und ersten Erfahrungen mit den brutalen Unterdrückungsmethoden des nationalsozialistischen Gewaltstaates ein Rückzug ins Private feststellen, ohne daß es zu einer Änderung der inneren Einstellung gekommen wäre.

Als Beispiele partieller Resistenz bezeichnet Broszat:

- ▶ Das attentative Verhalten der Mehrheit ehemals demokratischer und sozialdemokratischer Politiker, die sich in eine unauffällige beruflich-soziale Existenz zurückzogen, dabei aber Kontakte mit ihren Gesinnungsfreunden aufrecht erhielten
- ▶ Demonstrative Formen kollektiver Nonkonformität wie die Teilnahme an katholischen Massenkundgebungen
- ▶ Kollektive Arbeitsverweigerungen bzw. wilde Streiks zur Durchsetzung materieller Interessen
- ▶ Die vielfältigen Formen geistig-kultureller Resistenz und Dissidenz in Schule und Universität, Literatur und Theater¹⁵³

Der erste und vierte Fall sind durchaus geeignet, das Verhalten Walter Krauses während der NS-Zeit zu beschreiben.

¹⁵¹ Ebd. 320-321

¹⁵² Broszat 323-324. Kießener 98 bezeichnet mit diesem Begriff die beharrliche Selbstbehauptung, das unbeirrte Festhalten an der eigenen politischen Überzeugung. Vgl. Wichers 45

¹⁵³ Ebd. 324

Neben Broszat hat sich auch Steinbach mit den verschiedenen Formen des Widerstands und der Definition des Widerstandsbegriffs in der Diskussion der Widerstandsforschung auseinandergesetzt.¹⁵⁴ Die in der Forschung intensiv diskutierte Frage lautet: Wie ist der Begriff des Widerstands angesichts der Vielfalt von Erscheinungsformen und –möglichkeiten zu fassen? Neben den schon bei Broszat zitierten Beispielen und Begriffen werden folgende Formen des Widerstands genannt: Ämterrücktritt, Sabotage, Gehorsamsverweigerung, Desertion, Selbstmord oder Emigration.¹⁵⁵

Zur Präzisierung des Widerstandsbegriffs bezieht sich Steinbach auf zwei Aufsätze von Bethge und Repgen.¹⁵⁶ Bethge unterscheidet fünf Stufen des christlich motivierten Widerstands, die sich jedoch auch auf andere Formen des Widerstands übertragen lassen: Dem „einfachen, passiven Widerstand“ folgte der „offene ideologische Gegensatz“ und als dritte Stufe die „Mitwisserschaft an Umsturzvorbereitungen“. Viertens und fünftens nennt er „aktive Vorbereitungen für das Danach“ und „aktive Konspiration“. Im Alltag äußerten sich diese verschiedenen Abstufungen der individuellen Bereitschaft zum Widerstand in Handlungen wie der Verweigerung des Deutschen Grußes oder der Winterhilfswerkspende, Deckung von Aktivitäten gegen NS-Normen bis hin zur Ermöglichung von Anschlag und Umsturz.¹⁵⁷ Auch Repgen beschreibt ein breites Spektrum der Verhaltensmöglichkeiten im Widerstand, von der Nonkonformität bis zum Umsturz. Widerstand könne sich punktuell entzünden und sich über eine partielle Dimension bis zum generellen Entzug der Loyalität steigern. Er ging auch auf das Problem der Abgrenzung von Kooperation und prinzipiell motiviertem Widerstand ein. Repgen hielt es für denkbar, daß sich Menschen in totalitären Staaten auch dann, wenn sie das System grundsätzlich ablehnten, in Bereichen, die für sie weltanschaulich und sittlich neutral waren, mit den Trägern des Unrechtssystems partiell kooperieren.¹⁵⁸

¹⁵⁴ Steinbach, Peter, Widerstandsforschung im politischen Spannungsfeld, in: Steinbach, Peter, Tuchel, Johannes, Widerstand gegen den Nationalsozialismus, Bonn 1994, S. 597-622

¹⁵⁵ Steinbach (1994/2) 606

¹⁵⁶ Bethge, Eberhard, Adam von Trott und der deutsche Widerstand, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 11 (1963), S.213 ff., bes. S.221 f.; Repgen, Konrad, Katholizismus und Nationalsozialismus: Zeitgeschichtliche Interpretationen und Probleme, Köln 1983, S.10 f.

¹⁵⁷ Steinbach (1994/2) 619

¹⁵⁸ Ebd. 619-620

Politische Haltung während der NS-Zeit

Um das Verhalten von Walter Krause richtig einordnen zu können, ist es wichtig, das Milieu im Mannheim jener Zeit zu kennen. An diese Stelle sei deshalb auf das Kapitel „Kindheit und Jugend“ verwiesen.

Auch in Baden führte die Weltwirtschaftskrise zu einer Radikalisierung der Wählerschaft. Die Arbeitslosigkeit nahm nach der Höchstbeschäftigung im Jahre 1929 rasch zu, erreichte nach der Jahreswende 1932/33 ihren Höhepunkt und flaute nach der Belebung der Binnenwirtschaft nach 1933 schnell ab. Sie traf Baden schwerer als Württemberg, erreichte aber nicht das Ausmaß wie im Reich. Da viele Fabrikarbeiter noch als Nebenerwerbslandwirte tätig waren, war die Auswirkung der Krise auf diesen Personenkreis nicht ganz so hart.¹⁵⁹

Die Kommunisten nutzten diese Radikalisierung für Stimmengewinne, wenn auch die Ergebnisse der KPD in Baden hinter denen im Reich zurückblieben. Ihre Hochburgen waren die Städte und Arbeiterwohndörfer der industriell stärker erschlossenen Amtsbezirke Mannheim, Weinheim, Lörrach, Heidelberg, Karlsruhe, Pforzheim und Rastatt. Ein Drittel aller kommunistischen Stimmen kam allein aus dem Amtsbezirk Mannheim.¹⁶⁰ Am meisten profitierten jedoch die Nationalsozialisten von der wirtschaftlichen Krise. Anfangs hatten sie ihre Hochburgen in den vorwiegend evangelischen und eher ländlichen Gebieten Nordbadens (Amtsbezirke Wertheim, Mosbach, Adelsheim und Sinheim) und Mittelbadens (Amtsbezirk Kehl), konnten aber auch in den städtischen Amtsbezirken Nordbadens (Amtsbezirke Weinheim, Heidelberg und Karlsruhe) Fuß fassen. Es handelte sich vorwiegend um die Gegenden, in denen in den neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts die Antisemitenpartei Erfolge erzielen konnte. Die NSDAP übernahm die Wähler der zerfallenden liberalen Parteien und mittelständischen Gruppen und verstand es zusehends, wahlmüde und jugendliche Schichten zu mobilisieren. Dennoch lagen die demokratischen Parteien bei den Reichstagswahlen im März 1933 noch knapp vor der NSDAP und der Kampffront Schwarz-Weiß-Rot.¹⁶¹

¹⁵⁹ Verfolgung 44

¹⁶⁰ Ebd. 44-45

¹⁶¹ Ebd. 45

Nach der Machtergreifung gingen die Nationalsozialisten zunächst gegen die führenden Repräsentanten der Arbeiterbewegung vor. Am 11. und 12. März 1933 verhafteten Polizei und SA beinahe die gesamte Führung der Mannheimer SPD. Die Presse wurde zerschlagen und am 30. März verbot die Reichsregierung alle Vereine der Arbeiterkultur- und -sportbewegung. Am 22. Juni 1933 wurde die SPD endgültig verboten.¹⁶²

Wie im übrigen Reich auch gingen in Baden Männer und Frauen in den Widerstand gegen die NSDAP.¹⁶³ Dazu zählten zum Beispiel der badische Landesvorsitzende Georg Reinbold,¹⁶⁴ der badische Reichstagsabgeordnete Ernst Roth und der württembergische Parteisekretär Erwin Schoettle,¹⁶⁵ die sich der Verhaftung entziehen konnten. Sie versuchten, zunächst aus dem Untergrund, später aus dem Ausland, Widerstandsgruppen zu organisieren.

¹⁶² Wichers 29-31

¹⁶³ Die Geschichte der südwestdeutschen Arbeiterschaft und die Geschichte ihres Widerstandes sind bisher nur punktuell oder in Ansätzen aufgearbeitet - im Gegensatz zu Ländern und Regionen wie Bayern, dem Ruhrgebiet oder dem Saarland. Das liegt zum einen an der schwachen Position von SPD und KPD in den beiden südwestdeutschen Ländern, zum anderen an der lange Jahre vergleichsweise schlechten Quellenlage. (Wichers 26-27)

¹⁶⁴ Johann Georg Reinbold (1885-1946) wuchs in ärmlichen Verhältnissen in Triberg auf. Nach einer Schloßerlehre engagierte er sich früh als Gewerkschafter und wurde deshalb immer wieder verfolgt. 1924 wurde er zum Landesvorsitzenden der badischen SPD gewählt. Von 1925 bis 1933 war er Abgeordneter im badischen Landtag, dessen 1. Vizepräsident er seit 1931 war. Als stellvertretender Gauvorsitzender des badischen Reichsbanners war er besonders im Abwehrkampf gegen die Nationalsozialisten engagiert und deshalb bei diesen besonders verhaßt. Im März 1933 floh Reinbold deshalb nach Straßburg, um von dort den Widerstand gegen den Nationalsozialismus zu organisieren. Jede Zusammenarbeit mit den Kommunisten strikt ablehnend war Reinbold maßgeblich an der Erarbeitung und Durchführung des für die SPD charakteristisch gewordenen Widerstandskonzepts („Wahrheitsoffensive“) beteiligt. Als Leiter der „Grenzstelle Südwest“ (Baden und Pfalz, zeitweise auch Teile Württembergs und Südhessens) organisierte Reinbold den Grenzschnuggel mittels Kurierlinien und leitete Berichte aus dem Reich an die Sopade, die im Exil fortbestehende Partei, in Prag weiter. Mitte 1934 mußte Reinbold Frankreich verlassen und beteiligte sich im Saarkampf im Sinne des status quo. Nach dem Anschluß des Saargebiets mußte Reinbold erneut fliehen und setzte seinen Widerstand von Luxemburg aus bis zu dessen Besetzung im Jahre 1940 fort. 1940 und 1941 flüchtete Reinbold mit seiner Frau Liesl auf abenteuerliche Weise über Portugal in die USA. Dort brach Reinbold nach seinen seelischen und körperlichen Strapazen gesundheitlich zusammen. In den USA litt Reinbold besonders unter dem pauschalen Verdikt, alle Deutschen seien Nazis. Kurz bevor er die Rückreise nach Deutschland antreten konnte, starb er 1946 in New York. (Ottmad 225-226; Schadt/Caroli 117-120, Wichers 29, 39)

¹⁶⁵ Erwin Schoettle (1899-1976) (SPD) gehörte 1933 dem Württembergischen Landtag an, war von 1946 bis 1947 Mitglied im Württemberg-Badischen Landtag und von 1949 bis 1972 Bundestagsabgeordneter. (Munzinger 12/76). Schoettle gehörte während der Zeit des Nationalsozialismus zu den führenden Köpfen des sozialdemokratischen Widerstandes im deutschen Südwesten. Im Sommer 1933 übernahm er von Sankt Gallen aus die Funktion des württembergischen Grenzsekretärs der Sopade. Er gründete eine streng konspirativ aufgebaute Gruppe von etwa 50 Sozialdemokraten in Stuttgart, die auch zu anderen Widerstandsgruppen im Land Kontakt hatte. Helene Schoettle folgte ihrem Mann im Mai 1934 ins Exil. Im Herbst 1936 gelang der Gestapo der entscheidende Schlag gegen Schoettles Organisation. Letzte sporadische Kontakte von Schoettle in den nördlichen Bodenseeraum sind bis 1938 zu verfolgen. (Wichers 41-43) Später ging er nach London ins Exil, von wo aus er im Frühjahr 1946 nach Stuttgart zurückkehrte. Trotz spürbarer Vorbehalte gegen Emigranten übernahm er den Landesvorsitz der SPD in Württemberg-Baden. (Wichers 50)

ren. Besonders erfolgreich waren sie dabei in den sozialdemokratischen Hochburgen Mannheim und Stuttgart.¹⁶⁶

Wegen der polizeilichen Überwachung in der Weimarer Zeit waren die Kommunisten dem Zugriff der Nationalsozialisten leichter ausgesetzt. Andererseits hatten sie mehr Erfahrung mit der Illegalität, so daß sie sich schneller auf die Arbeit im Untergrund einstellen konnten. In Karlsruhe und Mittelbaden, in den Industrieorten nahe der Schweizer Grenze, vor allem aber in Mannheim bildeten sich zahlreiche Widerstandsgruppen.¹⁶⁷ Das bekannteste Beispiel in Baden ist die im Rhein-Neckar-Gebiet tätige Gruppe des Landtagsabgeordneten Georg Lechleiter, von der in den Jahren 1942 und 1943 insgesamt 19 Mitglieder, Kommunisten und Sozialdemokraten, hingerichtet wurden.¹⁶⁸

Besonders Mannheim errang eine zentrale Funktion innerhalb des Widerstands in Südwestdeutschland. Hier befand sich die Zentralabgestellte der aus dem Ausland eingeführten Druckschriften, von der aus die SPD-Gruppen in Nordbaden, Württemberg und Hessen beliefert wurden.¹⁶⁹ Der sozialdemokratische Widerstand in Mannheim und Umgebung umfaßte in der zweiten Hälfte des Jahres 1933 wahrscheinlich etwa 1500 Mitglieder.¹⁷⁰ Diese waren keine vollkommen homogene Einheit, sondern in verschiedene Gruppen aufgeteilt, zwischen denen es immer wieder zu Reibereien kam. Auf der einen Seite agierte

¹⁶⁶ Eine sehr gute Übersicht über den Widerstand in Mannheim bietet: Matthias, Erich und Weber, Hermann, Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Mannheim, Mannheim 1984. Informationen zu diesem Themenkomplex finden sich ferner in: Walter, Arnold, Der Widerstand der Mannheimer Sozialdemokraten gegen den Nationalsozialismus in den Jahren 1933 bis 1939, Staatsex., masch., o.O.u.J. Hoffmann, Herbert, Im Gleichschritt in die Diktatur? Die nationalsozialistische Machtergreifung in Heidelberg und Mannheim 1930 bis 1935, Frankfurt a. M. 1985 - Über den Widerstand in Baden berichtet Schadt, Jörg, Verfolgung und Widerstand unter dem Nationalsozialismus in Baden - Die Lageberichte der Gestapo und des Generalstaatsanwalts Karlsruhe 1933 - 1940, Stuttgart 1976. - Mehr über den Widerstand in Württemberg ist nachzulesen in: Schnabel (1986), Thomas, Württemberg zwischen Weimar und Bonn 1928-1945/46, hg. von der Landeszentrale für politische Bildung, erschienen in der Schriftenreihe zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs, Bd. 13, Stuttgart 1986. - Über den Widerstand im deutschen Südwesten berichten Bosch, Michael und Wolfgang Niess (Hg.), Der Widerstand im deutschen Südwesten 1933 bis 1945 (Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs, 10), Stuttgart 1984. - Weitere Literatur: Formen des Widerstands im deutschen Südwesten 1933 - 1945. Scheitern und Nachwirken. Hg. von der Landeszentrale für politische Bildung und dem Haus der Geschichte Baden-Württemberg, Ulm 1994. - Wenke, Bettina, Interviews mit Überlebenden - Verfolgung und Widerstand in Südwestdeutschland, hg. von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Stuttgart 1980

¹⁶⁷ Verfolgung 46

¹⁶⁸ Ebd. 47

¹⁶⁹ Vgl. Wichers 39

¹⁷⁰ Vgl. Gall, Klaus Dieter, Die Mannheimer SPD in den letzten Jahren der Weimarer Republik und der sozialdemokratische Widerstand gegen den Nationalsozialismus, Univ. Mannheim, phil. Staatsexamensarbeit, 1978. Vgl. Verfolgung 46. Wichers 39 spricht von einem Kern von etwa 150 bis 200 Vertrauensleuten, um den sich eine breitere Peripherie von Gesinnungsfreunden bildete.

Georg Reinbold in vollkommener Übereinstimmung mit dem Exilvorstand der SPD in Prag, der Sopade. Auf der anderen Seite bemühte sich die Widerstandsgruppe von Emil Henk, die sich von Heidelberg aus bildete, später auch in Mannheim Mitglieder rekrutierte, zunächst regional, später auch überregional, um eine von der Sopade unabhängige Position.¹⁷¹ Sie war sozialistisch ausgerichtet und nannte sich nach einem Pseudonym Henks „Rechberg-Gruppe“.¹⁷²

Nach dem Verbot des Sozialistischen Studentenbundes hat sich Walter Krause Henks „Rechberg“-Gruppe angeschlossen.¹⁷³ Etwa gegen Ende des Jahres 1933, so erinnerte sich Krause, habe er erstmals an Treffen der „Rechberger“ teilgenommen. Geleitet wurden sie von Emil Henk, der nach Krauses Erinnerung in Heidelberg in der Kaiserstraße 33 wohnte. Über Henks berufliche Tätigkeit erzählte Krause: „Er hatte dann später in Heidelberg einen pharmazeutischen Betrieb. Das war so ein Brotberuf. Aber er selbst hätte immer gesagt, er sei Schriftsteller. Er hatte so eine Neigung“. Krause bekam die Aufgabe, als Kurier Flugblätter von Heidelberg nach Mannheim zu schmuggeln.¹⁷⁴ Als Kurier der Gruppe ist Krause von Heidelberg nach Mannheim geradelt. „Die Gestapo hat mich glücklicherweise nie erwischt, obwohl deren Chef gerade gegenüber in der Augartenstraße gewohnt hat.“¹⁷⁵

¹⁷¹ Wie auch im Bericht des Geheimen Staatspolizeiamtes Karlsruhe vom 30. Mai 1936 festgehalten ist, spaltete sich der Widerstand der SPD in zwei Gruppen, in die „Prager Richtung“ und die „Rechberg-Gruppe“. Während sich die Anhänger der „Prager Richtung“ bedingungslos der Führung der Exil-SPD unterordneten, versuchte die „Rechberg-Gruppe“ unter Ausschaltung der Emigranten einen Neuanfang der SPD im Untergrund. (Verfolgung 190).

¹⁷² Matthias 139-143. Emil Henk wurde 1893 in Heidelberg geboren. Er studierte zunächst Nationalökonomie in München, nach dem Kriegsdienst als Unteroffizier setzte er sein unterbrochenes Studium in Heidelberg fort, belegte vor allem Literaturgeschichte und stand dem George-Kreis nahe. Zu Beginn der Weimarer Republik nahm er eine führende Position im badischen „Wandervogel“ ein, später kam er in Kontakt mit dem „Heidelberger Kreis“ um Carl Zuckmayer, Carlo Mierendorff, Theodor Haubach und Henry Goverts. Aufgrund zahlreicher Diskussionen in dieser Runde hatte sich Henk sozialistischen Ideen genähert, allerdings ohne Parteimitglied zu werden. Mit dem Aufkommen der Nationalsozialisten wurde er aktiver Sozialdemokrat. Die Rechberg-Gruppe gewann Mitglieder aus dem Parteinachwuchs der SPD, vor allem aus studentischen und akademischen Kreisen. Die Mannheimer Dependence der Rechberg-Gruppe lag in den Händen von Erhard Alterthum, der als ehemaliger Reichsbanner-Funktionär über Kontakte zu den Mannheimer Genossen verfügte. Erhard Alterthum (geb. 1891), seit 1925 Apotheker in Mannheim, gehörte seit 1921 der DDP an, war Mitglied des Ortsvorstands des Reichsbanners und wurde im April/Mai 1933 in „Schutzhaft“ genommen. Im Oktober 1934 wurde er erneut verhaftet und 1935 zu 14 Monaten Haft verurteilt. (Matthias 142). An anderer Stelle ist von acht Monaten Gefängnis die Rede. (Verfolgung 189) Nach dem Krieg gehörte Emil Henk zu den führenden Sozialdemokraten in Heidelberg. (Becker (1999))

¹⁷³ Becker berichtete, daß Walter Krause ihm nach dem Krieg erzählt habe, daß er nach dem Verbot des Sozialistischen Studentenbundes zunächst versucht habe, diesen im Untergrund fortzuführen. Becker hielt dies für glaubhaft. (Becker (1999))

¹⁷⁴ Schadt/Caroli 119 erwähnen, daß sich die Rechberg-Gruppe vom übrigen sozialdemokratischen Widerstand in taktischer und strategischer Hinsicht unterschied, erläutern dies aber nicht näher. Emil Henk soll auch an gewaltsame Aktionen gedacht haben. So war geplant, Carlo Mierendorff aus dem Konzentrationslager Osthofen zu befreien (Schadt/Caroli 122).

¹⁷⁵ Mannheimer Morgen v. 16.12.92

Henk und seine Gruppe versuchten mit Hilfe selbst erstellter Nachrichtenblätter, die Bevölkerung über die politische und wirtschaftliche Situation aufzuklären. Die dafür benötigten Informationen bezog Henk vor allem aus ausländischen Zeitungen. Henk berichtete später, daß die von ihm hergestellten Flugblätter in Mannheim fotografiert und im Format stark verkleinert wurden. Mit Hilfe einer mit Wasser gefüllten Medizinflasche wurde der Text wieder vergrößert und lesbar gemacht. Die Blätter wurden aus Sicherheitsgründen oft nicht gedruckt, sondern vom Manuskript abfotografiert und unentwickelt an ihren Bestimmungsort gebracht. Krause gab die Blätter in Mannheim in der Apotheke von Erhard Alterthum in der Innenstadt ab. Von dort nahmen sie ihren Weg zu anderen Gruppenmitgliedern wie Kurt Layer und Karl Jattiot,¹⁷⁶ und einige Exemplare gelangten in den Widerstandsapparat der Mannheimer Sozialdemokraten, die in der Regel keine eigenen Schriften erstellten, sondern diese vom Exilvorstand der SPD bezogen.¹⁷⁷ Etwa seit Mai 1933, fast zwei Monate nach dem offiziellen Verbot der SPD, hatten Mannheimer SPD-Funktionäre damit begonnen, ihre Partei in illegale Organisationsformen überzuführen. Maßgebend daran beteiligt war Jakob Ott, nach 1945 bekannt geworden als Parteisekretär und sozialdemokratischer Stadtrat.¹⁷⁸

Zwischen der „Rechberg-Gruppe“ um Henk und der Mannheimer Organisation des SPD-Widerstandes gab es seit Herbst 1933 zwar Kontakte, aber das Verhältnis zwischen den Exponenten dieser Gruppen war belastet. Sie unterschieden sich hinsichtlich ihrer Haltung zum Prager Exilvorstand der SPD, aber auch in Bezug auf die Technik illegaler Arbeit und

¹⁷⁶ Kurt Layer, geb. 1906, war ein Bruder von Walter Krauses Frau Anna Katharina. Nach einer kaufmännischen Lehre war er in verschiedenen Anstellungen, u.a. als Kontorist tätig. 1927 trat er in die SPD ein. Außerdem war er Mitglied des Reichsbanners. Im Oktober 1934 wurde er verhaftet und 1935 zu acht Monaten Gefängnis verurteilt. - Karl Jattiot, geb. 1911, war nach einer Lehre als Techniker arbeitslos. Er gehörte dem Reichsbanner an, wurde im Oktober 1934 verhaftet und 1935 zu acht Monaten Gefängnis verurteilt. (Matthias 151 Fn.176)

¹⁷⁷ Matthias (S. 151): „Walter Krause, der nach der Zerschlagung der ‚Rechberg-Gruppe‘ dem Mannheimer Widerstand der Sozialdemokraten angehörte, berichtet, daß eine von ihm formierte Gruppe ‚Flugschriften und ähnliches‘ herstellte. ... Darüber hinaus gibt es keine Anhaltspunkte zur Herstellung von illegalem Propagandamaterial.“

¹⁷⁸ Salm 142. Bereits bei ihrer ersten Beratung griff die Polizei unter dem Vorwand zu, einige der Teilnehmer hätten Waffen bei sich. Ott und 25 andere Funktionäre wurden verhaftet. Ott wurde für fünf Monate im KZ Heuberg interniert. Vgl. Wichers 39-40. Jakob Ott war in den Jahren 1933/34 Verbindungsmann für illegale Gruppen der SPD in Baden, Pfalz und Hessen. Im Jahr 1934 floh er vor der Verhaftung über Frankreich ins Saargebiet. In den Jahren 1934/35 betätigte er sich als Agitator gegen den Anschluß des Saargebiets an das Deutsche Reich. Von 1935 bis 1939 lebte er als saarländischer Flüchtling in Frankreich und betätigte sich außerdem als Kurier der illegalen SPD. Von 1939 bis 1940 diente er als „Edouard Foulet“ in der französischen Armee. Von 1940 bis 1945 war er als französischer Kriegsgefangener in Deutschland. Danach lebte er bis 1946 als Zimmermann in Frankreich, bevor er nach Deutschland zurückkehrte. Von 1947 bis 1966 war er SPD-Parteisekretär in Mannheim und von 1947 bis 1966 saß er im Gemeinderat der Stadt Mannheim. (Brach 90)

die strategischen Formen des Widerstands.¹⁷⁹ Emil Henk formulierte es so: „Das Generationenproblem sprach mit. Die Initiatoren der Rechberg-Gruppe kamen nicht aus dem Parteiapparat, sondern aus dem Parteinachwuchs und der inneren Opposition. Man war enttäuscht über die Parteiführung. Es war ein ‚Neubeginn‘ in dieser Gruppe.“¹⁸⁰

Henk hatte einen Drang zur Tat und kritisierte das seiner Meinung nach zu zögerliche Konzept des Widerstands, wie es von der SPD unter Leitung des Exilvorstands entwickelt wurde. Henk schrieb nach Prag mit der Intention, den Widerstandsapparat so zu organisieren, damit jederzeit der von ihm erwartete entscheidende Schlag gegen die NS-Diktatur geführt werden könne. Außerdem plädierte er im Gegensatz zur Sopade für ein geeintes Vorgehen aller linken Gruppierungen mit Ausnahme der „stalinistischen Sozialisten“. Er nahm deshalb unter anderem zum Widerstand der SAP (Sozialistische Arbeiter-Partei) Kontakt auf. Nach anfänglichem Zögern auf beiden Seiten begann dann doch eine Zusammenarbeit zwischen den „Rechbergern“ und dem „regulären“ SPD-Widerstand. Der SPD-Widerstand, von Georg Reinbold organisiert, benötigte die Aktionskraft und die Verbindungen der „Rechberger“, die bis weit ins Innere des Landes reichten. Die Rechberg-Gruppe wiederum war auf die finanziellen Mittel der SPD, die von Reinbold verwaltet wurden, angewiesen. Diese Kooperation bekam jedoch infolge der ideologischen und konzeptionellen Gegensätze, aber auch wegen der persönlichen Auseinandersetzungen zwischen Reinbold und Henk bald Risse, bevor sie schließlich in den August- und Septemberwochen 1934 ganz zerbrach. Zuvor hatte Henk an die Sopade geschrieben mit dem Ziel, Reinbold als Verbindungsmann abzulösen. Dabei bekannte sich Henk zu seinen linkssozialistischen Positionen und kündigte außerdem die Möglichkeit an, inhaftierte Genossen gewaltsam aus den Konzentrationslagern zu befreien. Reinbold und seine politischen Freunde sahen solche Pläne als gefährliche Illusion an.¹⁸¹

Der Widerstand in Mannheim teilte sich nicht nur in diese beiden Gruppierungen, die beide zum sozialdemokratischen Widerstand gerechnet wurden. Daneben gab es nach heutigem Wissen noch folgende Widerstandsgruppen: die KPD, die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAP), die sich 1931 vom linken Flügel der SPD abgespalten hatte, die Gruppe „Neu Beginnen“, eine kleine, stark links orientierte und konspirativ agierende Or-

¹⁷⁹ Vgl. Salm 142

¹⁸⁰ Matthias 170-171

ganisation, die kleine Gruppe der sogenannten Anarchosyndikalisten, den christlichen Widerstand, der in den der Katholiken, Protestanten und kleinerer Glaubensgemeinschaften zerfiel, und der „Volksopposition“ genannte, unorganisierte Widerstand.¹⁸²

Interessant ist eine statistische Untersuchung des politischen Widerstands in Mannheim. Von den 1069 Personen gehörte der weitaus größte Teil, nämlich 56,9 Prozent, dem kommunistischen Widerstand an. Zum SPD-Widerstand zählten nur 13,8 Prozent, zum Widerstand der relativ kleinen SAP immerhin noch 7,5 Prozent und zum christlichen Widerstand 7,7 Prozent. Der Rest verteilte sich auf die kleinen Gruppen und den unorganisierten Widerstand. 70 Prozent der Widerstandskämpfer entstammten den Jahrgängen 1890 bis 1910. Das Durchschnittsalter der sozialdemokratischen Widerständler betrug 32,3 Jahre. Die KPD-Widerständler waren mit 32,4 Jahren im Schnitt genauso alt, die christlichen Widerstandskämpfer mit 42,0 Jahren älter, die Mitglieder des SAP-Widerstands mit 25,7 Jahren erheblich jünger.¹⁸³ Untersucht man die berufliche Zugehörigkeit der Mitglieder des SPD-Widerstands, so waren 44,6 Prozent Facharbeiter, 20,1 Prozent Angestellte und 15,1 Prozent Ungelernte. Der Anteil der Studenten war zu gering, um statistisch ermittelt zu werden. Der Anteil derjenigen „ohne Beruf“ betrug 2,9 Prozent.¹⁸⁴

Walter Krauses Engagement im Widerstand fällt in mehrfacher Hinsicht aus dem Rahmen. Er war damals Anfang zwanzig und damit deutlich jünger als der Durchschnitt der Widerstandskämpfer in den Reihen der SPD, aber auch derjenigen, die in anderen Gruppen gegen Hitler agierten.¹⁸⁵ Außerdem gehörte Krause keiner der für die SPD typischen Berufsgruppen an. Auch die (Nicht-) Bestrafung Krauses ist eher ungewöhnlich. Von 147 im Widerstand erfaßten Sozialdemokraten wurden 111 verhaftet bzw. verurteilt. 101 erhielten eine Freiheitsstrafe. Lediglich was das Ende der Widerstandstätigkeit betrifft, teilte Walter Krause das Schicksal der meisten Sozialdemokraten. 86,5 Prozent schieden in den Jahren 1934 bis 1936 aus dem Widerstand aus.¹⁸⁶

¹⁸¹ Ebd. 172-174. - Zu den Auseinandersetzungen zwischen den sozialdemokratischen Gruppierungen um Henk und Reinbold vgl. Wichers 40.

¹⁸² Matthias u.a. 7-10

¹⁸³ Ebd. 511-513

¹⁸⁴ Ebd. 514

¹⁸⁵ Obwohl die Rechberg-Gruppe nicht der Sopade-Politik folgte, zählte sie dennoch im weiteren Sinne zum SPD-dominierten Widerstand.

¹⁸⁶ Matthias 513-517

Politisch bemerkenswert ist, daß sich Krause nicht dem „offiziellen“ SPD-Widerstand anschloß, sondern der „Rechberg-Gruppe“, deren führende Persönlichkeit Emil Henk für linkssozialistische Ideen und einen kämpferischen Widerstand eintrat. Linker Sozialismus und umstürzlerische, mit hohem Risiko behaftete Ideen waren so gar nicht die Sache des Politikers Walter Krause, wie er sich nach dem Zweiten Weltkrieg in den vier Jahrzehnten seiner politischen Laufbahn der Öffentlichkeit präsentierte. Da Aussagen von Krause wie auch die von Zeitzeugen vollkommen fehlen, bleiben zur Erklärung nur Hypothesen. Einmal könnte es sein, daß Walter Krause in jungen Jahren weiter links stand und, vielleicht als Folge seiner Erfahrungen während der NS-Zeit, nach dem Krieg zur Mitte hin tendierte. Es ist aber auch denkbar, daß Krause eher zufällig in den Widerstandskreis um Henk geriet und die inhaltlichen Debatten zwischen Henk und Reinbold nur beiläufig verfolgte. Genau das vermutete Erhard Becker. Er glaubte, daß Krause sich nicht deshalb an die Rechberg-Gruppe angeschlossen habe, weil diese eine bestimmte politische Ausrichtung hatte, sondern weil er zu bestimmten Personen Kontakt hatte.¹⁸⁷

Die mündlichen Ausführungen Krauses zu seinen Aktivitäten im Widerstand gegen die Nationalsozialisten waren im übrigen ein guter Beleg für die Aufrichtigkeit Krauses in den Gesprächen mit dem Autor. Im Buch von Matthias über den Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Mannheim werden Krauses mündliche Aussagen bestätigt. Krause gehörte demnach „seit 1931 der Sozialistischen Studentengruppe an und wurde 1933 deren letzter Vorsitzender, außerdem Mitglied des AStA. Krause nahm an illegalen Veranstaltungen der Uni Heidelberg teil und lernte dabei Emil Henk kennen, der ihn als Kurier zwischen Heidelberg und Mannheim gewann. Weder 1934, als die ‚Rechberg-Gruppe‘ aufflog, noch später wurde Krause von der Gestapo ermittelt. Nach dem Lehramtsstudium wurde er von den Nazis mit Berufsverbot belegt.“¹⁸⁸ In der Dokumentation von Matthias über den Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Mannheim wurde Krause in der Liste der 1323 Personen aufgeführt, die am Widerstand gegen den Nationalsozialismus im Raum Mannheim beteiligt waren, und zu denen Akten der Verfolgungsbehörden vorliegen. In

¹⁸⁷ Becker (1999)

¹⁸⁸ Matthias 151 Fn. 175 - Matthias gibt auch an, daß Krause der letzte Vorsitzende des Sozialistischen Studentenbundes vor 1933 gewesen sei. Nach den oben dargestellten Recherchen ist dies mit großer Wahrscheinlichkeit nicht richtig. Matthias nennt keine Quelle für seine Ausführungen. Aufgrund des Inhalts liegt die Vermutung nahe, daß Matthias' Informationen letztlich auf Krause selbst zurückgehen. Wenn dem so ist, wäre dieses schriftliche Zeugnis natürlich kein Beleg für Krauses mündliche Berichte.

dieser Aufstellung fällt auf, daß Walter Krause einer von insgesamt nur vier Studenten war.¹⁸⁹

Bemerkenswert, was Krause dazu im Rückblick zu sagen hatte: „Wenn ich das heute sehe, mit meiner Erfahrung in der Politik, dann muß ich sagen: Was wir da gemacht haben, das war Wahnsinn. Wir haben nichts gemacht, was politisch bedeutsam gewesen wäre.“ Außerdem resümierte er: „An Mut haben wir lange nicht gedacht. Wir haben es halt gemacht. Das konnte alles schief gehen. Es ist auch schief gegangen. An einem Tag sind alle von der Gruppe geschnappt worden. Das war 1934 oder 1935. Die Verhafteten saßen zwei, drei Jahre im Gefängnis oder im KZ.“¹⁹⁰

Die Untergrundarbeit der Mannheimer Sozialdemokraten war der Gestapo zunächst relativ lange verborgen geblieben. Noch im August 1934 ließ sie sich zu der Fehleinschätzung verleiten, „daß die SPD als Organisation völlig erledigt“ sei.¹⁹¹ Im Spätsommer 1934 verunglückte zwischen Landau und Ludwigshafen ein Kurier der Rechberg-Gruppe, der Druckmaterial mit sich führte. Nach seiner Verhaftung holte die Landespolizeidirektion Ludwigshafen am 25. September 1934 zum großen Schlag gegen linksrheinische Mitglieder aus, dem am 6. Oktober 1934 eine rechtsrheinische Verhaftungsaktion folgte.¹⁹² Emil Henk wurde im Oktober 1934 verhaftet. Am 29. März 1935 wurde er vom Oberlandesgericht Karlsruhe zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahr und acht Monaten verurteilt.¹⁹³

Am 23. März 1935 fand noch einmal ein großes Treffen führender Sozialdemokraten statt, das von Georg Reinbold organisiert worden war.¹⁹⁴ Die systematische Überwachung durch die Gestapo führte schließlich im Dezember 1935 und im Frühjahr 1936 zu großangelegten Verhaftungen. Am 30. Mai 1936 stellte die Gestapo in einem Schlußbericht das Ende des organisierten Widerstands von SPD und KPD fest.¹⁹⁵ Länger hielten sich nur die illegalen

¹⁸⁹ Matthias 465-510

¹⁹⁰ Diese persönlichen Erinnerungen decken sich ziemlich genau mit den oben dargestellten schriftlichen Zeugnissen.

¹⁹¹ Wichers 39

¹⁹² Verfolgung 189; Vgl. Wichers 39-40

¹⁹³ Salm 143

¹⁹⁴ Schadt/Caroli 120

¹⁹⁵ Schadt 31; Schmidt/Caroli 119 - 120; Verfolgung 46. - Am längsten hielt die Sozialistische Arbeiterpartei ihren Widerstand aufrecht. Sie hatte sich am Ende der Weimarer Republik gebildet, mit dem Ziel, die Spal-

Organisationen der Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP). Ihre Mitglieder wurden in konspirativen Techniken besonders geschult, was wesentlich zu ihrem langen Überleben im Widerstand beitrug. Erst der Verrat eines Mitglieds und die dadurch ausgelösten Verhaftungswellen im Jahre 1938 beendeten den organisierten Widerstand dieser Partei.¹⁹⁶

Zum Widerstand zählten aber nicht nur politische Parteien, sondern zum Beispiel auch die Arbeitersportvereine. Diese wurden aufgelöst und ihr Vermögen eingezogen. Einige Mitglieder zog es daraufhin in die Illegalität. Diejenigen, die gefaßt wurden, kamen in Schutzhaft, andere wurden zu hohen Zuchthausstrafen verurteilt. 1938 war auch dieser Widerstand ausgelöscht.¹⁹⁷

Noch als alter Mann wußte Krause das große Glück seiner Nicht-Verhaftung zu schätzen: „Ich bin über die ganze Zeit hinweggekommen und hatte einen Schutzengel.“ Man möchte hinzufügen „auch gute Freunde“, denn diese verrieten auch unter den Verhören der Gestapo Walter Krause nicht.¹⁹⁸ Widder dagegen nahm an, daß Krauses Glück der Nicht-Verhaftung daher rührte, daß er nicht an seinem Studienort, sondern noch bei seinen Eltern in Mannheim gewohnt habe.¹⁹⁹ In den Gesprächen mit dem Verfasser vertrat Walter Krause die Ansicht, die damalige SPD-Führung hätte seiner Meinung nach sagen müssen: „Laßt die Finger davon.“ Denn der Widerstand sei zwecklos gewesen. „Wir haben in Wirklichkeit keinen Stich gemacht. Wenn ich heute in der SPD-Führung säße, würde ich alle davor warnen, so etwas zu machen.“²⁰⁰

In den folgenden Jahren der nationalsozialistischen Diktatur blieb Krause nach allem, was bekannt ist, dem Widerstand fern. Er verhielt sich wie die meisten Deutschen in jener Zeit. Er machte den Krieg pflichtbewußt, aber ohne große Begeisterung mit, zwar mit einer größeren inneren Distanz als viele Zeitgenossen, ohne aber auch noch einmal in den Verdacht

tung der Arbeiterbewegung zu verhindern. Ihr gehörte im übrigen auch Willy Brandt an. In Mannheim waren für diese Partei zwischen 80 und 100 Männer und Frauen im Untergrund tätig. (Schadt/Caroli 121).

¹⁹⁶ Verfolgung 47

¹⁹⁷ Unser 11-14

¹⁹⁸ Mannheimer Morgen v. 16.12.92

¹⁹⁹ Widder (2) 7. Lang berichtete, der frühere, inzwischen verstorbene Landesgeschäftsführer der SPD, Hugo Pettirsch, habe immer voller Hochachtung von Krauses Leistungen im Widerstand berichtet. Dieser habe einer ganzen Reihe von Menschen bei Singen die Flucht in die Schweiz ermöglicht. Krause hat über diesen Abschnitt seines Lebens selbst mit seinen engsten Mitarbeitern so gut wie nie gesprochen. Andere Belege für diesen Vorgang als die indirekt übermittelte Aussage von Pettirsch gibt es nicht. (Lang (1996))

²⁰⁰ Krause

des aktiven oder passiven Widerstands, der Sabotage oder des Umsturzes zu geraten. Er konzentrierte sich aufs Überleben und auf seine junge Familie.

In den Gesprächen mit Krause wurde auch seine Haltung zu Hitler und zum NS-Regime angesprochen. Auf die Frage, ob er geglaubt habe, daß Hitler tatsächlich all das machen werde, was er angekündigt habe, antwortete Krause: „Das haben wir alle nicht geglaubt. Obwohl alles in ‚Mein Kampf‘ stand. Das Buch habe ich nach dem Krieg gelesen. Man hätte es vorher lesen müssen. Während des Krieges haben wir gedacht: Was ist jetzt schlimmer: der Hitler oder der Krieg?“ Die Faszination, die Hitler über das Radio erzeugte, war nach den Worten Krauses enorm. „Ich war dagegen immun. Die Familie auch. Aber nicht mal mein Vater wußte, was ich so treibe.“ Außer seiner späteren Frau, die er damals kennenlernte, erzählte er niemandem, nicht einmal seinen Eltern, von seiner Tätigkeit im Widerstand, um keinen zu gefährden.

An den 20. Juli 1944 erinnerte er sich noch als alter Mann sehr genau. Er war damals in Berlin beim Luftwaffenkommando Reich eingesetzt. Sein Vorgesetzter war Generaloberst Stumpf. Ausgerechnet dieser General Stumpf bekam den Auftrag, den Aufstand niederzuschlagen. Krause: „Ich habe Blut geschwitzt. Ich saß zwischen allen Stühlen und war sehr traurig, daß das alles passieren mußte.“ Mehr war von Krause über die Ereignisse des 20. Juli nicht zu erfahren. Über Generaloberst Stumpf erzählte er: „Der war ein netter Kerl. Mit dem habe ich mich immer gut vertragen. Er hat auch gespürt, daß ich mehr bot, als er von einem Untergebenen erwarten konnte.“²⁰¹

Außerdem berichtete Krause noch von einem anderen aktiven Gegner der Nationalsozialisten, den er persönlich gekannt hat. Es handelte sich um Alfred Frisch, seinen Weggefährten aus Tagen des Sozialistischen Studentenbundes, der während der NS-Zeit lange in Paris gelebt hat. Frisch, so Krause, habe schon 1933 vorausgesehen, wie lange der Nazi-Spuk dauern würde: „Zehn, zwölf Jahre.“ Sie hätten auch während der NS-Zeit lange Zeit Kontakt gehabt, bis zum Einmarsch in die Tschechoslowakei. Dann sei die Verbindung abgerissen.“ 1946 hat es dann bei mir an der Wohnungstür geklingelt. Frisch stand plötzlich da.“ Er hatte Krause ausfindig gemacht. Frischs ganze Familie - Vater, Mutter und

²⁰¹ Krause (1994/1)

Schwester - war in Auschwitz ermordet worden. Alfred Frisch selbst, so erzählte es Krause, sei auf abenteuerliche Weise von einem Gefangenentransport geflohen.²⁰²

Im Zusammenhang mit der Judenverfolgung erinnerte sich Krause an ein persönliches Erlebnis. Er erzählte dem Verfasser von einem KZ, nämlich dem in Quedlinburg/Halberstadt. Dort sei er im Chaos des Kriegsendes vorbeigekommen und habe KZ-Häftlinge beim Außendienst gesehen. „Das Erlebnis war bewegend. Die Leute haben Gras gefressen.“ Auf die Frage, ob er schon damals vom Massenmord an den Juden etwas gehört habe, antwortete Krause: „Ja, das war für mich von Anfang an glaubhaft.“²⁰³

²⁰² Krause (1994/2)

²⁰³ Ebd.

Kriegszeit und erste Berufsjahre

Beruflicher Werdegang während der NS-Zeit

Dem jungen Walter Krause war schon als Student klar, daß er aus Sicht der Nationalsozialisten als politisch vorbelastet galt und während der NS-Zeit nicht Lehrer werden konnte. Bei der Bewältigung dieser Situation zeigte sich eine seiner Stärken: Er erkannte die Realitäten an und reagierte flexibel, indem er neben den Examina in Mathematik und Naturwissenschaften einen weiteren beruflichen Abschluß anstrebte, der ihm ein Auskommen außerhalb der Schulen ermöglichte. Von der Neigung her, so erzählte Krause, kamen für ihn Versicherungswirtschaft und Meteorologie in Frage. Schließlich entschied er sich für Meteorologie. Mit seinem Studium der Mathematik und Naturwissenschaften sowie dem Staatsexamen für das höhere Lehramt erfüllte er in der damaligen Zeit die Voraussetzungen für den Eintritt in den Reichswetterdienst.²⁰⁴

Obwohl die Ausbildung zum Meteorologen dem nüchternen Kalkül des politisch Machbaren entsprang, entwickelte er zu diesem Beruf doch eine innere Beziehung. Das zeigte sich auch viel später, als er schon längst nicht mehr als Meteorologe tätig war. So ließ er sich als Innenminister jeden Morgen die Wetterkarte auf den Tisch legen, um Polizeieinsätze zu planen. Seine Mitarbeiter im baden-württembergischen Innenministerium betrachteten dies als lebenswürdige Marotte ihres Chefs. Noch im hohen Alter interessierte er sich in seinem Heim in der Schauinslandstraße in Mannheim sehr für das Wetter. Morgens führte ihn sein Weg zuerst nach draußen in den Garten, um an einem Meßapparat die Niederschlagsmenge zu kontrollieren.²⁰⁵

„Ich bin einer der wenigen,“ so Krause, „die verstanden haben, daß Politik und Meteorologie viel gemeinsam haben. Man kann vieles berechnen, braucht aber auch Fingerspitzengefühl.“²⁰⁶ Auch andere äußerten sich zu diesem Zusammenhang zwischen Meteorologie und Politik wie beispielsweise Freiburgs Oberbürgermeister Rolf Böhme, der Krause „Wetterfühligkeit“ in der Politik bescheinigte.²⁰⁷ Krause war auch Lehrer wie so viele andere Spitzenpolitiker der SPD, aber „er war eben doch mehr Meteorologe als Lehrer“, war die Sicht von Ulrich Lang. Seine Interpretation: Krause habe mehr in sich selbst geruht, habe

²⁰⁴ Brief von Prof. Schirmer v. 27.12.96

²⁰⁵ Krause (1994/3)

²⁰⁶ Lindemann 8

²⁰⁷ Böhme 18

selbst gewußt, was richtig sei. Ausufernde Diskussionen seien nicht seine Sache gewesen.²⁰⁸

Im Dezember 1936 hat Krause sein Examen an der Universität Heidelberg abgelegt. Was er in den Monaten danach gemacht hat, ist nicht ganz klar. Vielleicht hat er im Geschäft seines Vaters geholfen und sich um seine erste Stelle beworben. Interessante Hinweise auf Krauses politische Einstellung gab die Gestapo, die über Krause im Zusammenhang mit dessen Bewerbung als Berechnungsingenieur im Maschinenbau bei Siemens in Nürnberg eine Akte anlegte. Die Geheime Staatspolizei wurde wegen der „Beschäftigung in einem geschützten Betrieb“ eingeschaltet, um zu prüfen, ob gegen den „Studienreferendar“ Walter Krause Bedenken bestünden.²⁰⁹ Am 10. Mai 1937 erstellte der Mannheimer Mitarbeiter der Gestapo seinen Bericht, den die Staatspolizeileitstelle Karlsruhe am 28. Mai der Abwehrstelle Wiesbaden zusandte. Darin wurden gegen eine Beschäftigung von Walter Krause, dessen Beruf nun als Mathematiker angegeben wird, keine Einwände erhoben. Wörtlich stand in dem Bericht: „Laut Meldekarte ist Angefragter evangelischer Konfession, Reichsangehöriger und noch ledig. Er entstammt einer guten Familie. Der Vater ist von Beruf Buchdrucker, doch hat er Vertretungen in Papierwaren. Die Familie lebt in geordneten Verhältnissen. Angefragter selbst hilft im Geschäft seines Vaters mit. Der Ruf und der Leumund ist nicht zu beanstanden. Strafen sind hier nicht vermerkt. Krause wurde mir als ruhiger Mann geschildert, gegen den nichts einzuwenden ist. Als Schuldenmacher ist er nicht bekannt geworden. Politisch und spionagepolizeilich sind Vorgänge hier nicht vorhanden. Umstände, die Zweifel an seiner vaterländischen Gesinnung rechtfertigen, sind nicht feststellbar. Krause macht den besten Eindruck. Bezüglich seiner Zuverlässigkeit sind Bedenken nicht erhoben worden.“²¹⁰

An dieser Aussage fallen insbesondere zwei Dinge ins Auge. Zum einen machte Krause auf die Gestapo einen zuverlässigen Eindruck. Entweder konnte er sich nach außen hin perfekt verstellen oder er hat sich, bei aller innerer Unzufriedenheit, soweit mit dem System arrangiert, daß es ihm keine allzu große Mühe mehr machte, sich anzupassen. Zweitens ist bemerkenswert, daß die Gestapo die Vorgänge an der Universität Heidelberg, die zum vorübergehenden Ausschluß Krauses vom Studium führten, nicht erwähnt. Die Gründe hierfür

²⁰⁸ Ulrich Lang (1998)

²⁰⁹ Schreiben der Abwehrstelle Wiesbaden v. 22.4.1937, der Gestapo Karlsruhe v. 4.5.1937 und der Gestapo Mannheim v. 10.5.1937

bleiben im dunkeln. Hat der Berichterstatter der Gestapo Verständnis für Krause und sein Engagement für den Sozialistischen Studentenbund gehabt oder handelte es sich um einen Fehler der Bürokratie, die Unterlagen an der richtigen Stelle zusammenzuführen? Wenn man sich den überlegten Krause vorstellt, wie er die beiden Vorgänge bedächtig abwägend miteinander vergleicht, so liegt der Schluß nahe, daß er spätestens hier eine wichtige Erkenntnis für sein späteres politisches Leben gezogen hat: Widerstand gegen die vorherrschende Meinung wird bestraft, Anpassung zahlt sich aus.

Einer Beschäftigung Krauses bei Siemens stand nichts mehr im Wege. Am 1. September 1937 begann er seinen Berufsweg als Berechnungsingenieur im Gleichstrom-Maschinenbau bei den Siemens-Schuckert-Werken in Nürnberg.²¹¹ Vor den Verhandlungen zu seiner ersten Anstellung hat Krause seine Frau gefragt: „Was soll ich verlangen?“ Sie hat geantwortet: „Verlange das, was die anderen kriegen.“ Er erhielt dann 260 Mark, nach seinen Worten für die damalige Zeit viel Geld. Das Ehepaar Krause zog daraufhin nach Nürnberg, in die Komotauerstraße 101.²¹²

Wenn Krause in den Gesprächen mit dem Verfasser Rückschau auf sein eigenes Leben hielt, dann war häufig eine gute Portion Selbstbewußtsein mit im Spiel: „Die bei Siemens haben gedacht: Das ist ein gescheiter Kerl. Die haben mich sehr gern bei sich gehabt und in weiche Watte gewickelt.“ Bei Siemens war er zuständig für die Berechnung von Pendel-, Hochstrom- und Schiffsmaschinen, obwohl dies gar nicht seiner Ausbildung entsprach. Das war auch der Grund, warum er die Firma wieder verlassen wollte. Er suchte eine Beschäftigung in seinem erlernten Beruf als Meteorologe. Doch die Leute von Siemens, so erzählte es Krause, wollten ihn unbedingt halten. Doch Krause blieb bei seiner Entscheidung, fortan als Meteorologe arbeiten zu wollen. Nach gut einem Jahr, am 1. Oktober des Jahres 1938, verließ er Siemens und ging zur Wetterdienststelle der Flughafenleitung Nürnberg. Damit war er im höheren Reichswetterdienst angestellt, zunächst als Meteorologenpraktikant und dann als Meteorologe bei der Wetterbezirkszentrale Nürnberg.²¹³

²¹⁰ Schreiben der Geheimen Staatspolizei v. 28.5.1937 (Az 19268/37 III-7b)

²¹¹ Personalausweis v. 23.1.1942

²¹² Krause (1994/2)

²¹³ Brief von Siemens vom 12.8.96. Schreiben des Reichsministers der Luftwaffe vom 17. April 1942. Schreiben des Reichsministers der Luftfahrt Az. 25 c 33

Soldat im Zweiten Weltkrieg

Krause gehört zu den Jahrgängen, die zunächst keinen Wehrdienst leisteten, weil es in Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg nur eine Berufsarmee gab. Hitlers Rüstungspolitik war der Grund, warum er dann doch noch mit 24 Jahren am 14. April 1937 in Mannheim beim Wehrbezirkskommando I gemustert wurde. Er wurde für tauglich befunden.²¹⁴ Im sogenannten „Beurlaubtenstand“ wurde er in kurzen zeitlichen Abständen zu Übungen einberufen. Vom 19. bis 22. September 1938 wurde er als Meteorologe zum Luftgaukommando XIII eingezogen und leistete vom 26. September bis 18. Oktober 1938 als Leiter der Wetterberatungsstelle auf dem Fliegerhorst Herzogenaurach seinen Dienst.²¹⁵

Den Zweiten Weltkrieg erlebte der junge Walter Krause vom ersten bis zum letzten Tag als Soldat. Besonders gut erinnerte er sich später an die Anfangs- und Endphase. „Ich bin eingezogen worden am ersten Mobilmachungstag 1939. Das war etwa fünf Tage vor Kriegsausbruch. Ich erinnere mich noch genau, wie eines Nachts der Briefträger den Gestellungsbefehl brachte. Es war morgens so um vier oder fünf Uhr. Dann mußte ich mich sofort bei der Dienststelle melden.“ Die Akten bestätigen Krauses mündlichen Bericht. Am 26. August 1939 wurde er als Regierungsrat auf Kriegsdauer zur Wetterbezirkszentrale Nürnberg abgeordnet.²¹⁶ Er arbeitete dann als Angehöriger der Luftwaffe bis zum 28. September 1939 zunächst auf derselben Stelle, wo er zuletzt als Zivilist beschäftigt war, nämlich auf dem Flughafen Nürnberg.²¹⁷

Am 29. September 1939 wurde Krause vom Luftgaukommando XIII zur Wetterberatungszentrale Giebelstadt versetzt, der er bis zum 20. Oktober 1940 angehörte.²¹⁸ Während dieser Zeit erhielt er vom 9. Januar bis zum 7. Februar 1940 seine militärische Grundausbildung bei der 3. Kompanie des Flugausbildungsbataillons 63 in Eger. Dort lernte er unter anderem den Umgang mit dem Karabiner 98 k. Am 23. Januar 1940 wurde Walter Krause in Eger vereidigt und mit Wirkung vom 1. Februar 1940 zum Gefreiten der Reserve und Unterführeranwärter ernannt.²¹⁹ Ein kurzes Intermezzo war Krauses Abordnung zur Wet-

²¹⁴ Er erhielt den Tauglichkeitsgrad 2 (Auszug aus dem Wehrpaß v. 4. 4.1942)

²¹⁵ Auszug aus dem Wehrpaß v. 4. 4.1942

²¹⁶ Personalausweis v. 23.1.1942. Seine militärische Dienstzeit rechnete ab dem 1.11.1939 (Auszug aus dem Wehrpaß v. 4. 4.1942)

²¹⁷ Auszug aus dem Wehrpaß v. 4. 4.1942

²¹⁸ Personalausweis v. 23.1.1942

²¹⁹ Auszug aus dem Wehrpaß v. 4. 4.1942

terzentrale des Luftflottenkommandos 3, die nur vom 21. Oktober 1940 bis zum 31. Oktober 1940 dauerte.²²⁰ Am 1. November 1940 kam er nach Paris zum IV. Fliegerkorps, das von General Curt Pflugbeil kommandiert wurde.²²¹ In seinem Wehrpaß ist im Abschnitt „Im Kriege mitgemachte Gefechte, Schlachten, Unternehmungen“ vermerkt, daß er sowohl beim Luftflottenkommando 3 als auch beim Generalkommando des IV. Fliegerkorps am „Einsatz im Operationsgebiet West und gegen England“ teilgenommen hat.²²²

In den ersten Kriegsjahren vervollständigte Krause seine Ausbildung zum Meteorologen und betrieb seine Ernennung zum Beamten. Am 29. Februar 1940 legte er als Regierungsrat auf Kriegsdauer (a.Kr.) in München unter dem Vorsitz des in Kreisen der Wetterkundler berühmten Geheimrats Prof. Dr. Schmauß die meteorologische Ergänzungsprüfung ab. In der schriftlichen Prüfung erhielt er „Noch gut“ als Zensur, in der mündlichen Prüfung bekam er die Note „Gut“. Am 13./14. März 1941 folgte die fachliche Eignungsprüfung (für den Reichswetterdienst), die er mit der Note „Gut“ ablegte.²²³

In Paris blieb Krause bis Mitte 1941.²²⁴ Was danach geschah, schilderte er selbst so:

„Dann kam ich in einen Zug mit unbekanntem Ziel. Der fuhr über den Schwarzwald und

²²⁰ Personalausweis v. 23.1.1942; Auszug aus dem Wehrpaß v. 4. 4.1942

²²¹ General Curt Pflugbeil wurde am 9.5.1890 in Hütten bei Königstein (Elbe) geboren und starb am 31.5.1955 in Weende (Kreis Göttingen). Er diente zunächst von 1910 bis 1928 im Heer, wurde 1931 reaktiviert und trat am 1.10.1933 in die Luftwaffe ein. 1915 erhielt er das Ritterkreuz, 1918 das Ritterkreuz mit Schwertern. 1941 wurde er erneut mit dem Ritterkreuz ausgezeichnet, 1944 dann mit Eichenlaub. Am 1.1.1939 wurde Pflugbeil zum Generalmajor ernannt, am 1.9.1940 zum Generalleutnant und am 1.2.1942 zum General der Flieger. Im Zweiten Weltkrieg war Pflugbeil zunächst bis zum 23.6.1940 Kommandeur des Luftgastabes z.b.V. Vom 24.6.1940 bis zum 20.8.1940 diente er als Kommandierender General und Befehlshaber im Luftgau Belgien-Nordfrankreich. Vom 20.8.1940 bis zum 3.9.1943 war er Kommandierender General des IV. Fliegerkorps. Vom 4.9.1943 bis zum 17.4.1945 war er Chef, ab Sommer 1944 Oberbefehlshaber der Luftflotte I. Vom 17.4.1945 bis zum 8.5.1945 diente er als Befehlshaber des Luftwaffenkommandos Kurland. Vom 8.5.1945 an war er in sowjetischer Kriegsgefangenschaft und wurde zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Am 4.1.1954 wurde er aus der Gefangenschaft entlassen.

²²² Auszug aus dem Wehrpaß v. 4. 4.1942

²²³ Akten aus der Zentralnachweisstelle des Bundesarchivs (Aachen); Prüfungsniederschrift als Meteorologe v. 20. März 1941; Bescheinigung über die meteorologische Ergänzungsprüfung an der Universität München v. 20.3.1940. Dort ist vermerkt, daß Krause das Thema „Vertikale Luftbewegungen, ihre Entstehung und ihre Verwertung in der Flugberatung“ bearbeitete. Dr. Schmauß notierte im Zeugnis, daß Walter Krause die Entstehungsmöglichkeiten der wichtigsten vertikalen Luftbewegungen richtig dargestellt habe, für die daraus für die Flugberatung zu ziehenden Schlußfolgerungen allerdings nur „kurze Andeutungen“ gegeben habe. In der mündlichen Prüfung wurde Krause über „die Bewegung der Depressionen, über die Bewegungsregeln, insbesondere die Zugstraße Vb, über die Charakterisierung der Luftmassen, die Entstehung der Wolken, die Bedingungen für Nebelbildung, Kondensations- und Sublimationskerne, Äquivalenttemperaturen, Unterschiede der elektrischen Leitfähigkeit in Metallen und Elektrolyten, Ionenleitung in Gasen, Ionisationsquellen, Interferenz des Lichtes, Wirkungen von Ultrarot und Ultraviolett und ihre Wertigkeit befragt.“ Damit habe der Studienreferendar Walter Krause die Voraussetzungen für die Anwartschaft im Reichswetterdienst erfüllt.

²²⁴ Zwischen dem Parisaufenthalt und dem Feldzug gegen die Sowjetunion muß auch noch ein Heimataufenthalt gelegen haben (Tochter Annelie kam am 4. Januar 1942 zur Welt), den Krause in den Gesprächen aber

das Donautal bis nach Wien. Von Wien ging es über die ungarische Pußta bis nach Rumänien. In Rumänien wurden wir eingeladen.“ Bis zu diesem Zeitpunkt wußten die Soldaten von Krauses Einheit nicht, warum sie hierher gebracht wurden. Erst dort erfuhren sie, was bevorstand: das „Unternehmen Barbarossa“ - der Krieg gegen die Sowjetunion.²²⁵

Vom Rußlandfeldzug kehrte Krause mit Genehmigung seiner Vorgesetzten vorzeitig nach Hause zurück. Warum und wann dies war, daran kann sich Krause nicht mehr erinnern. Aber er schilderte sehr anschaulich die abenteuerliche Rückkehr nach Deutschland. „Wir sind mit einer JU 52 geflogen, dicht über dem Boden. Die Maschine sackte mehrmals ab. Dann schrie der Flugzeugführer: ‚Alles nach vorne.‘ Wir haben uns daraufhin wie in einer Sardinenbüchse nach vorn gedrängt, damit die Maschine den Schwanz wieder hoch bekam. Wir flogen nur zehn, zwanzig, dreißig Meter über dem Boden.“²²⁶ Krause blieb während des Rußlandfeldzugs bei derselben Einheit, der er zuvor angehört hatte, dem IV. Fliegerkorps, ehe er am 5. Oktober 1941 erneut zur Wetterbezirkszentrale Nürnberg versetzt wurde, also dorthin, wo er seinen Kriegsdienst begonnen hatte.²²⁷

Am 1. Januar 1943 wurde er zum Regierungsrat (Beamter auf Widerruf) ernannt.²²⁸ Interessant sind die schriftlichen Unterlagen zu diesem Vorgang. Routinemäßig mußten die Behörden die Frage beantworten, ob der Vorgeschlagene nach seinem Verhalten die Gewähr bietet, daß „er jederzeit rückhaltlos für den nationalsozialistischen Staat“ eintritt. Der Beamte im Reichsluftfahrtministerium beschied dies mit einem „Ja“. Die deutschblütige Abstammung des Ehepaars Krause bis zu den Großeltern väterlicherseits und mütterlicherseits wurde durch Urkunden bestätigt.²²⁹ In der Spalte 9 des Antragsbogens unter „Bei Abweichung von den Reichsgrundsätzen: Ist die Zustimmung der Reichsminister des Innern und der Finanzen eingeholt?“ ist ein „beantragt“ vermerkt.²³⁰ Krause selbst versicherte eben-

nicht erwähnte. Im Schreiben des Reichsministers der Luftfahrt Az. 25 c 33 steht, daß Krause nach der Zeit bei der Wetterberatungszentrale Giebelstadt zum Luftwaffenkommando 3 beim Generalkommando IV. Fliegerkorps abkommandiert wurde.

²²⁵ Dies deckt sich mit den Eintragungen in seinem Wehrpaß. Dort ist die Teilnahme am Krieg gegen die Sowjetunion vom 13.6.1941 bis zum 4.10.1941 vermerkt.

²²⁶ Über die Gründe seiner Heimkehr kann zwar nur spekuliert werden. Es liegt aber nahe, daß Walter Krause bei der Anfang Januar 1942 bevorstehenden Geburt seiner Tochter Annelie in der Nähe seiner Frau sein wollte.

²²⁷ Auszug aus dem Wehrpaß v. 4. 4.1942. Im Personalschein v. 23.1.1942 ist der 9. Oktober vermerkt.

²²⁸ Besoldungsgruppe A 2 c 2 (Schreiben des Luftgaukommandos XII (Az. 60 b 16) A II 7 (b) v. 22.7.1943)

²²⁹ Bescheinigung über den Nachweis deutschblütiger Abstammung v. 23.3.1942

²³⁰ Schreiben des Reichsministers der Luftfahrt vom 17. April 1942, Az. 25 c 33. Militärisch war Krause zu jener Zeit Gefreiter der Reserve und Unterführeranwärter („Ufa“) bei der Luftwaffe.

falls, daß gegen ihn weder gerichtlich, parteigerichtlich noch dienststrafrechtlich etwas vorliege.²³¹

Gegen den Beamtenkandidaten Krause gab es also offensichtlich weder politische noch andere Einwände. Krause wurde zum Regierungsrat bei der Luftwaffe ernannt, obwohl natürlich bekannt sein mußte, daß er von Mai 1932 bis Februar 1933 Mitglied des Sozialistischen Studentenbundes war. Dies ist auch im Antragsformular so vermerkt.

Interessant ist auch eine andere Notiz. In einer Erklärung vom 7. April 1942 über die Zugehörigkeit zu Parteien und politischen Organisationen machte Krause auf die Frage: „Welchen politischen Parteien, Verbänden oder Organisationen haben Sie bisher angehört?“ keine Angaben. Er verneinte auch die Mitgliedschaft im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold und anderen demokratischen und republikanischen Organisationen. Andererseits erwähnte Walter Krause die Mitgliedschaft in verschiedenen nationalsozialistischen Organisationen. Zum einen gab er zu Protokoll, daß er seit dem 25. November 1935 dem Marinesturm 4/7 Mannheim der SA angehörte und seit dem 1. Januar 1938 dem Marinesturm 2/110 Nürnberg (seit Kriegsbeginn inaktiv). Seit dem 1. August 1939 war er Mitglied beim Reichsluftschutzbund (RLB) und seit dem 1. Oktober 1938 bei der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (NSV).²³² In dem von ihm unterschriebenen Formular der Deutschen Studentenschaft aus dem Jahr 1935 oder 1936 gab Walter Krause außerdem an, daß er seit dem Sommersemester 1934 dem Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund und seit Mai 1934 dem SA-Sturm 34/110 im Dienstgrad eines SA-Anwärters angehörte.²³³

Über die Gründe für Krauses Eintritt in die SA und die Art seines Engagements dort gibt es keine schriftlichen Vorgänge. Er selbst äußerte sich ebensowenig dazu wie Weggefährten aus jener Zeit. Aus der Mitgliedschaft in Organisationen wie dem Marinesturm, dem Reichsluftschutzbund und der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt läßt sich allerdings mit ziemlich großer Sicherheit ableiten, daß Krause in diese eher marginalen Organisatio-

²³¹ Erklärung über Vorstrafen v. 25.3.1942

²³² Beim NSV gibt Krause auch seine Mitgliedsnummer an: 11051537. Erklärung zur Zugehörigkeit bei Parteien und politischen Organisationen v. 7.4.1942

²³³ In der Spalte „Leibesübungen“ hat Walter Krause für die Sommersemester 1931 und 1932 jeweils Leichtathletik und Spiele angegeben, in der Spalte „Geländesport“ Wehrsport der Heidelberger Studentenschaft (Sommersemester 1933) und die Teilnahme an den Geländesporttagen (1. bis 21. August 1933). (Quelle: Studentenakte im Archiv der Universität Heidelberg.) Das Formular trägt die Unterschrift Walter Krauses,

nen im Umfeld der NSDAP lediglich eintrat, um keine beruflichen Schwierigkeiten zu bekommen.²³⁴

Das Innenministerium, das wegen der Ernennung Krauses befragt wurde, hatte dagegen ebensowenig Bedenken wie die NSDAP, die ebenfalls ihre Einwilligung gab. Mit der Ernennungsurkunde des Reichsministers der Luftfahrt vom 27. November 1942 wurde Krause mit Wirkung vom 1. Januar 1943 zum Regierungsrat im Reichswetterdienst (Beamter auf Widerruf) ernannt. Am 28. Dezember 1942 erfolgte die Vereidigung.²³⁵

Wieder nach Deutschland zurückgekehrt, kam Krause erneut zum Flughafen Nürnberg, danach zur Wetterbezirksstelle Wiesbaden-Erbenheim. Anschließend sollte er zum Luftwaffenkommando 2 versetzt werden. Die Verwaltung des Luftgaukommandos XII, Verwaltung A II 9, Wiesbaden, erhob dagegen Einspruch und beantragte, statt dessen einen anderen Meteorologen zum Luftwaffenkommando 2 zu versetzen und Walter Krause bei der Wetterberatungsstelle Wiesbaden-Stadt einzusetzen. Nach einigem Hin und Her wurde Krause tatsächlich nach Wiesbaden-Stadt versetzt. Erst etwa ein halbes Jahr später, im Oktober 1943, sandte das Luftgaukommando XII eine Begründung für diese Maßnahme an den Reichsminister der Luftfahrt. Darin hieß es, daß Walter Krause in Wiesbaden-Erbenheim „für ein Spezialgebiet des Führungswetterdienstes und zwar für die Beratung der gesamten Luftverteidigungskräfte im westlichen Bereich des Luftgaukommandos“ zuständig sei. Nach der Übertragung dieser Aufgabe auf die Wetterberatungsstelle Wiesbaden-Stadt gebe es dort niemanden, der diese Aufgabe erfüllen könne. Anschließend wird nochmals gebeten, Krause nicht zum Luftwaffenkommando 2, sondern zur Wetterberatungsstelle Wiesbaden-Stadt zu versetzen. Am 15. Oktober versetzte das Reichsluftfahrtministerium

aber ohne Datum. Am Rand befindet sich ein Eintrag der Deutschen Studentenschaft, daß es sich um eine Karteikarte für die Semester 1934/35 und 1935/36 handelt.

²³⁴ Schreiben des Reichsministers der Luftfahrt Az. 25 c 33 - Walter Krause trat mit Sicherheit nie offensiv für den Nationalsozialismus ein. Er zählte zu den ganz wenigen, die eine Zeit lang aktiv Widerstand geleistet haben. Später ging er jedoch wie viele andere den Weg der Anpassung, um keine Schwierigkeiten zu bekommen. Wenige Beispiele zeigen, daß es auch anders ging. Wilhelm Hahn, später Kultusminister im Kabinett Filbinger/Krause, vermied es beispielsweise während der gesamten Zeit des Nationalsozialismus, in irgendeine Parteigliederung einzutreten. Er schied sogar aus einer studentischen Korporation, dem Verein Deutscher Studenten aus (VDSt.), nachdem dieser die nationalsozialistische Weltanschauung betont übernommen hatte, mit der Begründung aus, daß er diese Ansichten nicht teile (Hahn, Wilhelm, 26/27). Wilhelm Hahn wurde nie verhaftet, obwohl er sein Nicht-Einverständnis mit dem Nationalsozialismus öffentlich gemacht hat. Er selbst vermutete, dies habe damit zu tun, daß sein Vater von sowjetischen Kommunisten im Jahr 1919 ermordet worden war (Hahn, Wilhelm, 41).

²³⁵ Schreiben des Reichsministers des Innern v. 29.4. 1942 (P1 - K.27/42 - 2661); Schreiben des Reichsministers der Luftfahrt v. 15.12.1942 (Az. 25e33); Schreiben des Luftgaukommandos XII (Az. 15 g 16 (We) Verw. A II 9 v. 9.2.1943. Schreiben der NSDAP v. 30. April 1942 (Az III P - Mu - 2191/Lu 4954)

Krause dann endgültig nach Wiesbaden-Stadt und billigte damit die Abkommandierung durch das Luftgaukommando XII.²³⁶

Als sich der Krieg dem Ende zuneigte, wurde Walter Krause mit Wirkung vom 7. Januar 1944 nach Berlin (Luftwaffenbefehlshaber Mitte) abkommandiert. Dort diente er als meteorologischer Berater im Stab des Generaloberst Hans-Jürgen Stumpff,²³⁷ der später am 8. Mai 1945 in Berlin für die Luftwaffe die Kapitulation Deutschlands unterzeichnen sollte.²³⁸ Krause erinnert sich noch an eine Begebenheit ziemlich genau: „Als ich zum Luftwaffenkommando Reich²³⁹ kam, wurde gerade festgestellt, daß die 7. Jagddivision in München nicht den befohlenen Einsatz geflogen war. Ich habe damals als Meteorologe entschieden, daß man hätte fliegen können. Daraufhin hat es einen Kriegsgerichtsprozeß gegeben. Es war ungeheuer, was ich damals gewagt habe. Ich sagte vor dem Kriegsgericht aus. Ich habe meinen Standpunkt vertreten und bekam auch recht. Ich hatte dann einen guten Stand beim Generaloberst Stumpff.“ General Hut von der 7. Division wurde daraufhin degradiert, so berichtet es Krause. „Das war mein Einstieg beim Generaloberst Stumpff. Wenn er mich in meiner Funktion als Meteorologe später vor Einsätzen der Luftwaffe fragte: ‚Was wissen Sie über das Wetter?‘ konnte ich sagen: ‚Herr General, ich kann Ihnen gar nichts sagen. Ich weiß nämlich nichts.‘ Das hätte ich nicht wagen können, wenn ich nicht so einen Stand gehabt hätte.“²⁴⁰

²³⁶ Fernschreiben des Reichsluftfahrtministeriums v. 26. März 1943 (L D Ag. vier 12); Fernschreiben des Luftgaukommandos XII, Verwaltung A II 9 Wiesbaden (ohne Datum) (mit Bezug auf o.g. Schreiben); Schreiben des Luftgaukommandos XII v. 1. Oktober 1943 (Az 25 g 18 (We)); Schreiben des Reichsluftfahrtministeriums (Az. 25g18 (h.We.) Krause (LD Ag. IV 12) v. 15. Oktober 1943

²³⁷ General Stumpff wurde am 15.6.1889 in Kolberg geboren und starb am 9.3.1968 in Frankfurt/Main. Er trat am 1.4.1907 in das Heer ein und am 19.1933 in die Luftwaffe über. Am 18.9.1941 wurde Stumpff mit dem Ritterkreuz geehrt. Zu Kriegsbeginn war er Chef der Luftwehr/RLM. Vom 12.1.1940 bis zum 10.5.1940 diente er als Chef der Luftflotte 1, vom 10.5.1940 bis zum 6.11.1943 als Chef der Luftflotte 5. Vom 7.11.1943 bis zum 5.1.1944 war er Führerreserve OKL. Vom 6.1.1944 bis zum 8.2.1944 war Stumpff Luftwaffenbefehlshaber Mitte. Vom 9.2.1944 bis zum 8.5.1945 war er Chef, ab Sommer 1944 Oberbefehlshaber der Luftflotte Reich. Vom 8. bis zum 23.5.1945 diente er als Chef des Generalstabs der Luftwaffe und war zugleich mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Oberbefehlshabers der Luftwaffe beauftragt. Vom 23.5.1945 bis zum Oktober 1947 war er in Kriegsgefangenschaft bzw. in alliierter Haft. Im Prozeß vor einem britischen Militärgericht wurde er von der Anklage freigesprochen, den Befehl erteilt zu haben, abgeschossene alliierte Flieger vor Gewalttätigkeiten der Zivilbevölkerung nicht zu schützen.

²³⁸ Krause war im Krieg als Meteorologe Regierungsrat bei der Luftwaffe. Schreiben des Luftgaukommandos XII (Az 25 g 18 (We) - Verw.A II 9b v. 14.1.1944.

²³⁹ Die Luftflotte Reich entstand am 3.2.1944 durch Umbenennung aus Luftwaffenbefehlshaber Mitte. Diese wiederum ging aus dem Befehlshaber der Luftverteidigung in den Luftgauen III und IV (früher I. Flakkorps) in Berlin hervor. Diese Einheit wurde gebildet für die Reichsluftverteidigung, zunächst nur in den nördlichen Luftgauen, später dann auf das ganze Reich (einschließlich Dänemark und Ungarn) ausgedehnt.

²⁴⁰ Krause (1994/2)

Krause berichtete auch von der guten Zusammenarbeit der Meteorologen bei der Luftwaffe. „Wir haben immer versucht, uns im ganzen Deutschen Reich abzusprechen, was wir den Militärs sagen. Daß man die Wahrheit nicht einfach sagen konnte, das war klar. Aber daß man ein Ziel absprechen und eine bestimmte Linie durchhalten mußte, das war eine neue Erfahrung, die ich erst noch machen mußte.“ Eine Erfahrung, die ihm bei seiner politischen Laufbahn zugute kommen sollte.²⁴¹

Krause war nicht bis zum Kriegsende in Berlin. Nach etwa einem Jahr wurde er mit der Einheit von Generaloberst Stumpff in die Nähe von Koblenz verlegt, um an der Bastogne-Offensive teilzunehmen, dem verzweifelten Versuch der deutschen Wehrmacht, das Blatt nochmals zu wenden. Als dies scheiterte, sah Stumpff die Sinnlosigkeit einer Fortsetzung des Krieges ein, gab seinen Leuten die Freiheit, sich abzusetzen, und zog sich selbst in seine Heimat nach Schleswig-Holstein zurück.²⁴²

Sehr detailliert schilderte Krause dem Verfasser seine Erlebnisse in den letzten Kriegstagen, wie er sich auf eigene Faust zu seiner Familie durchgeschlagen hat. Hier zeigte sich erneut, welche charakterlichen und intellektuellen Fähigkeiten Krause auszeichneten. Klug analysierte er die verworrene Situation am Kriegsende, traf unabhängig von anderen seine ihm richtig erscheinende Entscheidung und setzte diese ruhig, aber entschlossen um. Sein Verhalten erscheint aus heutiger Sicht geradezu zwingend, versetzt man sich aber in die Situation des Kriegsendes, als das Chaos herrschte, alles drunter und drüber ging, als ein Gerücht das nächste jagte und unsinnige Befehle erteilt wurden, ist Krauses Vorgehen ein beeindruckender Beleg für sein logisches Denken, gepaart mit Übersicht und nüchternem Abwägen.

Krause erzählte, daß General Stumpff seinen Marschbefehl nach München unterschrieben habe. Auf dem Weg dorthin machte er in Nürnberg Station. Dort hieß es: „Mach', daß Du wegkommst. Hier tobt der Streicher²⁴³ sich aus, sammelt alle ausgerissenen Soldaten ein.“ Krause verließ deshalb Nürnberg sofort wieder und zog weiter nach München. Dort trafen

²⁴¹ Ebd.

²⁴² Ebd.

²⁴³ Julius Streicher (1885-1946 (hingerichtet)) trat 1922 in die NSDAP ein und war maßgeblich am Hitlerputsch im Jahr 1923 beteiligt. Streicher war von 1928 bis 1940 NSDAP-Gauleiter in Franken. Er galt als einer der fanatischsten und zügellosesten Propagandisten des Antisemitismus. Seit 1923 gab er das Hetzblatt „Der Stürmer“ heraus. 1946 wurde er vom Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg zum Tode verurteilt. (Meyers (1987) Bd. 21)

sich kurz vor Kriegsende alle Meteorologen aus Süddeutschland in der Kaserne Oberföhring und wurden auch gemeinsam gefangengenommen. Dazu Krause wörtlich: „Ich dachte mir: So schlau wie ihr bin ich noch lange.“ Er wollte der Gefangennahme in München entgehen und hat sich als Zivilist verkleidet. Krause wartete ab, bis die Amerikaner in die bayerische Landeshauptstadt einmarschierten. Dann fuhr er den hereinfahrenden Panzern mit dem Fahrrad entgegen und nutzte die chaotischen Verhältnisse bei der Machtübernahme durch die Amerikaner, um aus München zu entkommen. Zunächst schlug er sich bis Ingolstadt durch, wo er einen Bahnbeamten kannte, von dem er sich verpflegen und über die Donau setzen ließ. Dann ging es weiter durchs Altmühltal - immer ein Ziel vor Augen: nach Hause zu seiner Familie.²⁴⁴

Auf seiner Flucht traf er einen jungen Soldaten, der Krause anflehte, ihn mitzunehmen. Es war ein ausgerissener Soldat, der Krause nicht mehr von der Pelle ging. Als sie in der Kaserne in Zirndorf übernachteten, fiel ein Revolver zu Boden. Krause erinnerte sich noch gut an die Szene: „Wenn Du das Ding nicht sofort wegwirfst, fahre ich nicht mehr mit Dir weiter“, sagte er zu dem jungen Soldaten, worauf der erwiderte: „Nein, den werfe ich nicht weg.“ Daraufhin wollte ihn Krause unbedingt loswerden, denn wenn man in diesen Tagen in Zivil mit Waffen gefaßt wurde, konnte man standrechtlich erschossen werden. Erst mit viel Mühe ist es ihm gelungen, seinen lästigen Begleiter abzuschütteln.²⁴⁵

Über die Heimkehr zu seiner Familie, die er am letzten Kriegstag wiedersah, berichtete er: „Mein Zielpunkt war Illnhausen am Vogelsberg in Hessen.“ Von seiner Dienststelle Wiesbaden aus hatte er es während des Krieges so arrangiert, daß seine Frau mit seiner Tochter und seinen Eltern ein Bauernhaus im hessischen Illnhausen anmietete, um außerhalb der von Luftangriffen bedrohten Großstadt Mannheim den Krieg zu überleben. Um dorthin zu kommen, benötigte Krause am Kriegsende von München aus sieben Tage, „die längste Radtour meines Lebens.“ Kurz vor dem Ziel, der Zufluchtsstätte seiner Familie in Illnhausen, zeigte sich wieder die Eigenart Krauses, wohlüberlegt vorzugehen, nur nichts zu überstürzen. Krause hatte seine Gefühle immer unter Kontrolle, nie ließ er sich von ihnen überwältigen. Als er „das Haus in der Sonne liegen sieht“, wo seine Frau, seine Tochter und seine Eltern lebten, „bin ich sehr vorsichtig gewesen, weil ich nicht wußte, ob es ge-

²⁴⁴ Krause (1994/2)

²⁴⁵ Ebd.

fährlich ist. Die haben nicht schlecht gestaunt, als ich am Tag der Kapitulation zuhause ankam. Das war schon ein toller Augenblick.“²⁴⁶

Versetzt man sich in die Situation, so spürt man, das ist einer jener Augenblicke, die Krauses Charaktereigenschaften am besten auf den Punkt bringen. Da kam er nach langer Trennung zurück zu seiner Familie, nach einer Zeit, in der er nie wußte, ob er am nächsten Tag noch leben würde, in der er nie sicher sein konnte, seine Frau, sein Kind und seine Eltern je wieder zu sehen. Und dann hatte er das Ziel endlich vor Augen, der Krieg war aus. Wer würde da nicht einfach losrennen, seine Familie umarmen? Krause eben nicht. Er überlegte und wartete ab, bis er alles prüfend beobachtet hatte.

Die Kriegsgefangenschaft konnte Krause umgehen. Er berichtete, wie die Besatzungsbehörden den Aufruf erließen, alle ausgerissenen Soldaten sollten sich melden. Krause stellte sich und wurde von einem CIC²⁴⁷-Offizier verhört. Der hieß Grünberg und war ein deutscher Jude, der in die USA ausgewandert war. Dabei stellte sich heraus, daß beide gemeinsame Bekannte hatten. Krause hat es in den Gesprächen mit dem Autor zwar nicht erwähnt, es ist aber naheliegend, daß er Grünberg von seiner Zeit im Widerstand berichtet hat. Nur so ist seine Äußerung zu verstehen: „Dann hat er mir geglaubt. Er gab mir den Schein, der mich offiziell aus dem Kriegsgefangenenlager entließ, in dem ich nie war.“²⁴⁸

Walter Krause gehörte der Kriegsgeneration und den Jahrgängen an, die den Krieg vom ersten bis zum letzten Tag mitgemacht haben. Innerhalb dieses schweren Schicksals kam er noch relativ glimpflich davon, denn er war so gut wie nie an der Front und mußte nicht in die Kriegsgefangenschaft. Aber auch in seiner Funktion als Meteorologe kam Krause in gefährliche Situationen, besonders während der Endphase des Krieges. Diese Gefahren meisterte er mit der ihm eigenen Intellektualität, kühl berechnend und analysierend.

²⁴⁶ Krause (1994/2)

²⁴⁷ Amerikanische Geheimpolizei

²⁴⁸ Krause (1994/2)

Die ersten Jahre nach dem Krieg

Mannheim war seit dem Jahre 1942 in über 150 Großangriffen alliierter Bomber schwer getroffen worden. Drei Viertel der historischen Stadt sanken in Schutt und Asche, alle Gebäude der Kurfürstenzeit brannten völlig aus. Nach Evakuierungen war die Zahl der Einwohner im Frühjahr 1945 auf 102 000 gesunken. Im März 1945 drangen die Amerikaner bis an den Rhein vor. Am 28. März gingen sie bei Sandhofen und Neckarau über den Strom, am 29. März wurde die Stadt übergeben. Nach dem Krieg kamen die evakuierten und ausgebombten Bürger nach und nach zurück.²⁴⁹

Schon bald nach Kriegsende zog es die Krauses zurück nach Mannheim, das in der amerikanischen Besatzungszone lag. Als er von Illnhausen zu seiner ersten Erkundungsfahrt in die zerstörte Großstadt aufbrach, fragte Walter Krause einen Bahnbeamten nach der ersten Klasse. „Die werden Sie gleich sehen“, antwortete der und wies auf die anrollenden Viehwagen. Krause ließ sich weder davon noch von den anderen widrigen Umständen entmutigen. Mannheim bot damals einen schrecklichen Anblick. Krause rückblickend: „Mannheim lag in Schutt und Asche. Man konnte von einem Ende der Stadt zum anderen sehen.“²⁵⁰ Ob er es wußte oder ahnte: Für ihn bot die Zeit des Zusammenbruchs Deutschlands genau das Umfeld, in dem er seine Stärken ausspielen konnte. Jetzt war die Zeit für Leute, die gestalten wollten und konnten, jetzt war die Zeit für logische, pragmatische Lösungen im Sinne des Wiederaufbaus.²⁵¹

Bis zum Eintritt Walter Krauses in die große Politik war es noch ein paar Jahre hin. Jetzt galt es erst einmal, sich um das private Umfeld zu kümmern. Auch bei den Krauses hatte die Suche nach einer geeigneten Wohnung oberste Priorität. Die erste Unterkunft fanden sie beim Bruder von Anna Krause, der in Ladenburg wohnte. Das nächste Problem war, Arbeit zu bekommen. Walter Krause fand diese noch im Jahre 1945 beim amerikanischen Wetterdienst auf der Rhein-Main-Air-Base. Ein Jahr blieb er bei den Amerikanern, bevor er im Jahre 1946 zum Rhein-Main-Flughafen wechselte.²⁵²

²⁴⁹ Probst 322

²⁵⁰ Krause (1994/2). - Lindemann 8 - Literatur: Peters, Christian, Mannheim 1945-1949 - Der Anfang nach dem Ende, Mannheim 1986

²⁵¹ Weitere Informationen über das Mannheim der Nachkriegszeit in: Irek, Joachim, Schadt, Jörg, Mannheim in den Jahren 1945-1949, Geschichte einer Stadt zwischen Diktatur und Republik, Stuttgart 1983.

²⁵² Krause (1994/1) - Die Rhein-Main-Air-Base ist der ehemalige Zeppelin-Flughafen auf der Südseite des Rhein-Main-Flughafens. (Prof. Schirmer v. 11.2.97)

Dies war gleichzeitig seine letzte Station als Meteorologe - ein Beruf, den er, die Militärzeit mit eingerechnet, immerhin fast zehn Jahre ausgeübt hatte. Am 27. Mai 1947 begann für Walter Krause ein neues Kapitel seiner beruflichen Laufbahn, an das er sich später stets gern erinnerte. Er wurde einer der sieben Dozenten, mit denen die Städtische Ingenieurschule Mannheim, die damals noch Diesterweg-Schule hieß, ihren Dienstbetrieb aufnahm. Krause unterrichtete die Fächer Mathematik und Physik. Als Dozent für diese naturwissenschaftlichen Fächer konnte er seine beiden herausragenden Begabungen, die Fähigkeit zum klaren, logischen Denken und sein rhetorisches Talent hervorragend einsetzen.²⁵³

Zu Krauses Aufgaben neben der Lehrtätigkeit gehörte es, die Lehrpläne der mathematisch-naturwissenschaftlichen Grundlagenfächer neu zu gestalten. Außerdem war er Sozialreferent, verantwortlich für ähnliche Aufgaben, wie sie heute das Studentenwerk wahrnimmt. Ihm oblag auch die Beratung in Fragen der Stipendienvergabe und die Entscheidung, besonders Begabten die damals noch üblichen Studiengebühren ganz oder teilweise zu erlassen. Die Städtische Ingenieurschule war damals als Stätte des sozialen Aufstiegs bekannt. Im Gegensatz zu staatlichen Schulen ermöglichte sie auch Hauptschülern mit einer abgeschlossenen Lehre den Zugang zur Ingenieurausbildung. Krause setzte sich, auch nach der Beendigung seiner Lehrtätigkeit, für die Beibehaltung dieser Zugangsmöglichkeit ein.²⁵⁴

Krause war „Lehrer aus Leidenschaft, im Kollegenkreis hochgeachtet und bei den Studenten außerordentlich beliebt“. Deshalb war es sicher nicht nur für die Studenten und die Ingenieurschule, sondern auch für ihn selbst ein Verlust, daß er nach seiner Wahl in die Verfassunggebende Landesversammlung 1952 seine Lehrtätigkeit nur noch teilweise ausüben konnte. Nach seiner Wahl zum Mannheimer Bürgermeister im Jahr 1955 mußte er sie ganz beenden.²⁵⁵

²⁵³ 1971 wurde daraus die Fachhochschule Mannheim (Hochschule für Technik und Gestaltung). Die Geschichte der Fachhochschule und ihrer Vorläufer-Institutionen ist nachzulesen in: Wolfram Förster, 100 Jahre Fachhochschule Mannheim 1898-1998, Teil 1 - Die Geschichtliche Entwicklung, Teil 2 - Die Gegenwart, Mannheim 1998. Zum 75jährigen Bestehen der Fachhochschule erschien folgender Band: Hans Willig, Fachhochschule für Technik Mannheim, 75 Jahre Ingenieurausbildung 1898 - 1973, hg. von der Fachhochschule für Technik Mannheim in Zusammenarbeit mit dem Verein der Freunde der Fachhochschule für Technik Mannheim, Mannheim 1973. Das Archiv der Fachhochschule Mannheim befindet sich in deren Räumlichkeiten in der Windeckstraße 110, 68163 Mannheim. Seit 1986 gibt es eine Jahreszeitschrift, das sogenannte FH-Profil, eine Aufsatzsammlung zu aktuellen Themen. Schulfestschriften o.ä. aus früheren Jahren sind nicht vorhanden. Seit dem Jahre 1953 sind Studienführer erhalten. Weitere Informationen über Krauses Zeit an der Ingenieurschule Mannheim: Schreiben von Prof. Bohrmann vom 1.8.96.

²⁵⁴ Wolfram Förster, 100 Jahre Fachhochschule Mannheim 1898-1998, Teil 1 - Die Geschichtliche Entwicklung, Teil 2 - Die Gegenwart, Mannheim 1998.

²⁵⁵ Hoyningen-Huene 48

Später hat sich Walter Krause auch in seiner Funktion als Schulbürgermeister für „seine“ Schule eingesetzt. So hat er zum Beispiel für die Neubauten der verfahrenstechnischen Abteilung der Ingenieurschule durch zähes Verhandeln hohe Finanzausschüsse des Landes nach Mannheim geholt. 1958 war er einer der Initiatoren bei der Gründung des Vereins der Freunde der Ingenieurschule. 1962 hat er die Verhandlungen zur Verstaatlichung der Ingenieurschule begleitet. Die spätere Fachhochschule für Technik hat ihm diese Verdienste mit der Verleihung der Ehrensator-Würde im Jahr 1982 gedankt.²⁵⁶

Selbst 40 Jahre nach Beendigung seiner Lehrtätigkeit war an der Fachhochschule die Erinnerung an Professor Krause immer noch wach, an seine Sachkenntnis ebenso wie an seine Pädagogischen Fähigkeiten. Er war wegen seines sozialen Engagements bei Kollegen und Studenten gleichermaßen hoch geschätzt. „Bei ihm“, so Professor Bohrmann, „verband sich die Neigung zu exaktem, abstraktem Denken mit der Leidenschaft für politisches Wirken“.²⁵⁷

Auch Krause selbst rühmte sich gern seiner pädagogischen Fähigkeiten. In den Gesprächen mit dem Verfasser dieser Arbeit sagte er: „Die Studenten haben geglaubt, sie lernen die Mathematik nie.“ Er habe jedoch die Welt der Zahlen sehr gut erklären können - „eine Naturbegabung. Ich bin dazu gekommen zu glauben, daß man jedem die Mathematik beibringen könne. Da brauche man eben Geduld. Auch das eine Naturbegabung, die ich besitze.“²⁵⁸

²⁵⁶ Hoyningen-Huene 48

²⁵⁷ Brief v. 1.8.96

²⁵⁸ In diese Richtung äußerte er sich auch im Gespräch mit Lindemann 8.

**Politik zwischen
Sieg und
Niederlage**

Beginn der politischen Laufbahn

Vor der Machtergreifung der Nationalsozialisten war Krause zwar Mitglied des Sozialistischen Studentenbundes an der Universität Heidelberg gewesen, aber er war nicht in die SPD eingetreten. Wie sehr Walter Krause die Politik faszinierte und fesselte, zeigte sich schon kurz nach Kriegsende im Jahre 1945, als er den Weg in die Politik fand, während die Menschen in Deutschland noch um das tägliche Überleben kämpften. Walter Krause trat am 1. November 1945 der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands bei.²⁵⁹

Warum trat Walter Krause in die SPD und nicht in eine andere Partei ein? Dafür gab es nicht nur programmatische Gründe. Denn die Politik, die er später machte, war nie ausgesprochen „links“. Wenn man Walter Krause im üblichen politischen Koordinatenkreuz einordnen möchte, dann war er ein ausgewiesener „Mann der Mitte“. Zumindest während seiner der Öffentlichkeit bekannten politischen Karriere blieb er dieser Grundhaltung treu.²⁶⁰ Er war kein Ideologe, sondern Pragmatiker aus Überzeugung. Seine Entscheidung zum Eintritt in die SPD liegt sicher zu einem Teil in seinem persönlichen Umfeld begründet. Seine Eltern waren zwar keine Parteimitglieder, sehr wohl aber Sympathisanten der Sozialdemokraten. Alfred Frisch, sein Studienfreund aus dem Sozialistischen Studentenbund, beschrieb sie als „politisch ebenso standfest wie der Sohn“.²⁶¹ Die Krauses waren zum Beispiel mit Paul Kleefoot bekannt, dem sozialdemokratischer Bürgermeister von Ludwigshafen, der von den Nazis 1933 aus dem Amt gejagt worden war. Insbesondere das evangelische und kleinbürgerliche Milieu ließ die Krauses eher der Sozialdemokratie zu-neigen als den Christdemokraten.²⁶²

Außerdem war Mannheim, wie oben dargestellt, eine sozialdemokratisch geprägte Stadt.²⁶³ Das „rote“ Mannheim, in dem die beiden Arbeiterparteien lange die Mehrheit der Wähler

²⁵⁹ Vgl. Müller, Werner, Die Wiederentstehung von Gewerkschaften und Parteien in Mannheim nach 1945, in: Rhein-Neckar-Raum an der Schwelle des Industriezeitalters, Mannheim 1984, S.313-435 - Zum Wiedergebinn der SPD im deutschen Südwesten: vgl. Hartmut Soell, Wieder- und Neubeginn, in: SPD-Landesverband (1980), S.76-89

²⁶⁰ Wie oben beschrieben ist über Walter Krauses politische Haltung als Student kein Nachweis mehr vorhanden. Auch sein Eintritt in die linkssozialistische Rechberg-Gruppe muß nicht wegen der politischen Ausrichtung dieser Widerstandsgruppe erfolgt sein, sondern kann auf persönlichen Kontakten beruht haben.

²⁶¹ Frisch 28

²⁶² Kleefoot 53. Dessen Urenkel Uwe Kleefoot wurde Oberbürgermeister von Weinheim und im Jahre 1985 Nachfolger Krauses als Vorsitzender der SPD-Fraktion im Raumordnungsverband Rhein-Neckar.

²⁶³ Andere bedeutende Mannheimer Sozialdemokraten nach dem Krieg waren Carlo Schmid, Kurt Angstmann und Lena Maurer. Im Unterschied zu seiner Zeit, so Krause (1994/2), hätten die heutigen Mannheimer

hinter sich hatten, war so etwas wie die Hauptstadt der sozialistischen Bewegung in Baden, als die Nationalsozialisten die Macht übernahmen.²⁶⁴ Nach dem Krieg spielten die Verfolgten und Widerstandskämpfer eine große Rolle beim Aufbau der Demokratie und der kommunalen Selbstverwaltung. Es ist sicher kein Zufall, daß sich unter den Männern und Frauen der „ersten Stunde“, die das Nachkriegs-Mannheim als Bürgermeister und Stadträte entscheidend prägten, viele jener sozialdemokratischen Widerstandskämpfer befanden, die im Kampf gegen den Nationalsozialismus eine Rolle gespielt hatten: Jakob Baumann, Karl Mayer, Jakob Ott, Jakob Trumpfheller,²⁶⁵ Walter Krause, Jakob Sommer, Karl Breiling, Adolf Brüstle und Georg Gräber.²⁶⁶ Die gemeinsamen Erfahrungen im Widerstand gegen die Nationalsozialisten prägten Freundschaften auch über Parteigrenzen hinweg und waren die Grundlage für einen politischen Grundkonsens nach 1945. Dieser Erfahrungsschatz hat sicher auch das Denken und Handeln von Walter Krause maßgeblich beeinflusst.²⁶⁷

Und worauf führte Walter Krause selbst seine politische Prägung zurück? Er gab an, daß er den Volkshochschulbesuchen in der Zeit der Weimarer Republik sein politisches Bewußtsein verdanke. Auf die Frage: „Sie schlossen sich der SPD an. Gab es für Sie denkbare Alternativen?“, antwortete er mit einem klaren „Nein“.²⁶⁸ Der journalistische Beobach-

Landtagsabgeordneten „nicht mehr viel zu sagen“. Vor dem Krieg stellte Mannheim bereits einen Reichskanzler, Hermann Müller. Auch der Reichspräsident Friedrich Ebert (SPD) verbrachte in Mannheim einen Teil seiner Jugend. Literatur dazu zum Beispiel: Weber, Hermann, Politik für Mannheim - 100 Jahre SPD-Gemeinderatsfraktion, Mannheim 1978; Riegl, Ingeborg, Schadt, Jörg, Mannheim ehemals, gestern und heute, 3. Auflage, Mannheim 1992; Weber, Petra, Carlo Schmid - Demokrat und Europäer, Mannheim 1996. - Der Reichskanzler Hermann Müller (1876-1931) (SPD) war von 1916 bis 1918, von 1920 bis 1931 Reichstagsabgeordneter, von 1920 bis 1928 Vorsitzender der SPD-Fraktion und von 1919 bis 1927 außerdem einer der Parteivorsitzenden der SPD. In seine Amtszeit als Reichsaußenminister (Juni 1919 - März 1920) fiel die Unterzeichnung des Versailler Vertrages. Von März bis Juni 1920 und von 1928 bis 1930 war Hermann Müller Reichskanzler. (Meyers Bd. 15 S.61) – Vgl. Vogt, Martin, Hermann Müller, in: Die deutschen Kanzler, Königstein 1985, S.191-206. - Magdalena (Lena) Maurer, Mannheimer Stadträtin von 1948 bis 1951 und von 1968 bis 1980, gehörte von 1949 bis 1952 dem Landtag von Württemberg-Baden, 1952/53 der Verfassungsgebenden Landesversammlung und bis 1968 dem Landtag von Baden-Württemberg an. (Brach 84)

²⁶⁴ Schmidt/Caroli 117

²⁶⁵ Jakob Trumpfheller (1887-1975) war von 1919 bis 1927 Mitglied des Mannheimer Bürgerausschusses, 1927 bis 1933 Mitglied des Stadtrates (dazwischen von 1928/1929 Mitglied des badischen Landtages), 1946 bis 1959 Bürgermeister und von 1955 bis 1959 Erster Bürgermeister. 1964 wurde er Ehrenbürger der Stadt Mannheim. (Rhein-Neckar-Zeitung v. 27.12.58; Brach 122-123).

²⁶⁶ Matthias 205 - Zum Neubeginn des politischen Lebens in Mannheim nach dem Zweiten Weltkrieg sind folgende Titel erschienen: Irek, Joachim, Mannheim in den Jahren 1945-1949, Geschichte einer Stadt zwischen Diktatur und Republik, Bd. 1: Darstellung (Veröffentlichung des Stadtarchivs Mannheim Bd.9), Stuttgart 1983; Irek, Joachim, Mannheim in den Jahren 1945-1949, Geschichte einer Stadt zwischen Diktatur und Republik, Bd. 2: Dokumente (Veröffentlichung des Stadtarchivs Mannheim Bd.10), Stuttgart 1983; Peters, Christian, Der Anfang vom Ende, Mannheim 1945-1949, Redaktion Michael Caroli (Bildbände zur Mannheimer Stadtgeschichte, Sonderveröffentlichung des Stadtarchivs Mannheim Nr. 12), Mannheim 3. Auflage 1995.

²⁶⁷ Schadt/Caroli 122

²⁶⁸ Lindemann 8; Ufer 118

ter Klaus Fischer führte Krauses Eintritt in die SPD vor allem auf zwei Gründe zurück: Zum einen sei diese dem Einfluß seiner Jugend in einem kleinbürgerlichen Elternhaus in der Arbeiterstadt Mannheim zuzuschreiben, zum anderen sei diese politische Grundentscheidung als Reaktion auf die nationalsozialistische Herrschaft zu verstehen.²⁶⁹ Fischers journalistischer Kollege Erhard Becker, der Walter Krause seit seiner Studentenzeit gekannt hatte, führte Walter Krauses politische Prägung vor allem auf sein soziales Umfeld zurück. Er bezog sich dabei insbesondere auf die Städtische Ingenieurschule, an der Walter Krause von 1947 bis 1955 unterrichtet hatte. Diese sei damals, so Becker, so etwas wie eine „Kaderschule“ für sozialdemokratische Politiker gewesen. Dort haben zum Beispiel auch Ludwig Ratzel, der spätere Oberbürgermeister, Kurt Angstmann, der spätere baden-württembergischer Finanzminister, und Stadtrat Walter Hertz, unterrichtet.²⁷⁰

Schnell strebte Walter Krause politisch nach oben. Bereits im Jahre 1948 wurde er in den Kreisvorstand der SPD gewählt.²⁷¹ Danach kam der nächste Karriereschritt, die Wahl in den Landtag. Entscheidend ist dafür in den seltensten Fällen der eigentliche Wahltag. Viel wichtiger ist die Entscheidung, ob ein Kandidat durch die eigene Partei nominiert wird oder nicht.²⁷² Da Mannheim damals für SPD-Kandidaten einen sicheren Wahlkreis zu bieten hatte, war der tatsächliche Einzug in den Landtag nach der Nominierung durch die Partei praktisch nur noch Formsache. Die Kreisdelegiertenkonferenz entschied sich schließlich für Walter Krause.²⁷³

²⁶⁹ Fischer (1997)

²⁷⁰ Becker (1999) – Die heutige Fachhochschule Mannheim war bis 1962 Städtische Ingenieurschule, von 1962 bis 1971 Staatliche Ingenieurschule, anschließend wurde sie wie alle Höheren Fachschulen als Fachhochschule in den Hochschulbereich übernommen. Ludwig Ratzel war von 1947 bis 1955 Dozent für Mathematik und Physik und von 1952 bis 1955 Direktor der Städtischen Ingenieurschule. (Brach 95) - Kurt Angstmann lehrte von 1956 bis 1978 als Dozent, 1969 wurde er zum Professor ernannt. (Brach 19) - Walter Hertz war von 1951 bis 1975 Dozent. (Mitteilung des Stadtarchivs Mannheim v. 14.9.99).

²⁷¹ Krause blieb bis zu seinem Ausscheiden im Jahr 1981 ohne Unterbrechung Mitglied des Mannheimer Kreisvorstandes.

²⁷² Zur Bedeutung und zu Kriterien der Kandidatenauslese vgl. Bodo Zeuner, Kandidatenaufstellung zur Bundestagswahl 1965, Den Haag 1970. Die Nominierung von Parlamentariern liegt in der Bundesrepublik Deutschland (im Unterschied zum Beispiel zu den USA mit den „primaries“ genannten Vorwahlen) ausschließlich in der Hand der Parteien. Im Jahre 1965 waren etwa drei Prozent der wahlberechtigten Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland Mitglied bei einer der vier Bundestagsparteien CDU, CSU, SPD und FDP. (Zeuner 6) Die große Mehrheit der Mitglieder hatte allerdings kaum einen Einfluß auf die Nominierung der Kandidaten. Das formal entscheidende Gremium war die Delegiertenkonferenz. Diese bestand vornehmlich aus Funktionären. (Zeuner 52) Die Auswahl trafen oligarchische Gruppen, deren Kern jeweils die engeren Kreisvorstände bildeten. Die einfachen Parteimitglieder waren an der Auswahl der Wahlkreiskandidaten in ebenso geringem Umfang beteiligt wie an anderen in der Partei gefällten politischen Entscheidungen. (Zeuner 84) Die Auswahl erfolgte nur selten als Instrument der politischen Richtungsbestimmungen, statt dessen viel häufiger anhand persönlicher Kriterien. (Zeuner 86)

²⁷³ Trotz intensiver Recherche ist es nicht gelungen, dazu schriftliches Material ausfindig zu machen. Der Mannheimer Morgen berichtete kurz über die Nominierung der anderen Landtagskandidaten, nicht jedoch

Welche Gründe sind maßgebend für die Entscheidung einer Partei für den einen oder anderen Wahlkreiskandidaten? Da für die Landtagswahl 1952 keine derartigen Untersuchungen vorliegen, sei auf eine Untersuchung von Zeuner zur Kandidatenaufstellung zur Bundestagswahl 1965 verwiesen. In der SPD hatten damals in der Partei bewährte, nicht negativ aufgefallene, auf Spezialgebieten sachkundige, zwischen 40 und 50 Jahre alte Kandidaten mit einem guten Kontakt zum Wahlkreis besonders gute Chancen. Diese Kriterien erfüllte Krause in besonderem Maße.²⁷⁴ In der Rückschau glaubt er selbst, daß die Delegierten bei seiner Nominierung so entschieden haben, weil sie dachten: „Krause ist ein junger, gescheiter Kerl, den wählen wir.“²⁷⁵ Damit war der Politiker Walter Krause geboren.²⁷⁶

Walter Krause erinnerte sich später besonders lebhaft an seine erste Landtagswahl im Jahre 1952, die zugleich die Wahl zur Verfassunggebenden Landesversammlung von Baden-Württemberg war. Krause selbst bezeichnet seinen Wahlkreis III, den Mannheimer Süden, als den schwierigsten in Mannheim. „Ich bin damals in viele Wohnungen gegangen und wurde auch von den Leuten in ihre Wohnungen eingeladen. Das gab es später nicht mehr“, erinnerte er sich. Nachdem er den Wahlkreis mit 40,9 Prozent der Stimmen direkt gewonnen hatte, zog er in die Verfassunggebende Landesversammlung ein.²⁷⁷ Diesem persönlichen Eindruck widersprechen allerdings die Presseberichte. Dort stand über den Wahlkampf in Mannheim zu lesen, daß sich die Menschen kaum für die Wahl interessierten, am „geringsten noch für die im Stadtgebiet aufgestellten dreimal sieben Kandidaten“. Auch

über die Wahl Krauses. Auch im Archiv des Landtags von Baden-Württemberg finden sich keine Informationen zur Aufstellung Krauses als Wahlkreiskandidat. – Am 28. Februar 1952 kündigt der Mannheimer Morgen in seiner Veranstaltungsübersicht „Kleine Chronik der großen Stadt“ über einen gemeinsamen Wahlkampfauftritt von Walter Krause, Kandidat im Wahlkreis III, und Bürgermeister Trumpfheller am nächsten Tag an. Am 7. März 1952 stellt der Mannheimer Morgen die fünf SPD-Landtagskandidaten für Mannheim-Stadt und –Land mit Bild und kurzem Text vor.

²⁷⁴ Die Auswahl der Kandidaten geschah nach folgenden Gesichtspunkten: das Prestige des bereits innegehabten Mandats, die Ortsverbundenheit, die Bewährung innerhalb der Partei und der erwartete Kontakt zu den Parteiorganisationen im Wahlkreis. Bewährung in der Kommunalpolitik war eine nicht notwendige, aber doch hilfreiche Voraussetzung für eine Nominierung. In diesen Kriterien waren sich CDU/CSU sowie SPD ähnlich. Sie unterschieden sich darin, daß für einen christdemokratischen Kandidaten die Verbindungen zu außerparteilichen Gruppen wie die erwartete Wirkung auf die Wähler wichtiger waren als für einen sozialdemokratischen Bewerber. 1965 bestanden für jüngere Interessenten an einem Bundestagsmandat in der CDU/CSU größere Chancen als bei der SPD. (Zeuner 144).

²⁷⁵ Krause (1994/1)

²⁷⁶ Krause brachte bei seinem Eintritt in die hauptamtliche Politik etwas mit, was vielen Politikern heute fehle: Erfahrung in einem anderen Beruf. Darauf wies Bogusch (1996) ausdrücklich hin.

²⁷⁷ Vgl. Kapitel „Krauses Wahlergebnisse als Abgeordneter“ - Zur erstmaligen Aufstellung von Walter Krause als Kandidat für den Landtag (genauer, die Verfassunggebende Versammlung) war keine Pressenotiz mehr zu finden. Auf der Landesliste der SPD war Krause nicht abgesichert. (Staatsanzeiger v. 11.2.52). Der Staatsanzeiger verkündete am 5.3.52 die Kandidaten der Parteien in Württemberg-Baden, unter ihnen im Wahlkreis Mannheim III den Namen Walter Krause.

damals sei es bei den Kundgebungen zur Landtagswahl fast ausschließlich um Bundespolitik gegangen.²⁷⁸

²⁷⁸ Stuttgarter Nachrichten v. 8.3.52

Im Sog des Südweststaats

Am Ende des 20. Jahrhunderts erscheint das Bundesland Baden-Württemberg vielen Menschen im deutschen Südwesten wie eine Selbstverständlichkeit. Doch es konnte nur entstehen, weil tatkräftige Befürworter des Südweststaats und glückliche Umstände zusammenwirkten.²⁷⁹ Der Zusammenschluß von Baden und Württemberg hatte für Walter Krauses politisches Wirken eine sehr große Bedeutung. Deshalb soll dieser historische Vorgang an dieser Stelle in kompakter Form dargestellt werden. Walter Krause selbst zeigte sich immer als großer Anhänger eines vereinten Südweststaats. In den Gesprächen mit dem Verfasser gab er an, sich an den Auseinandersetzungen um die Entstehung des Südweststaates aktiv beteiligt zu haben. Darüber ist allerdings kein schriftlicher Beleg zu finden.²⁸⁰

Eine entscheidende Voraussetzung für den geglückten Zusammenschluß von Baden und Württemberg lieferten die Besatzungsmächte. Erst auf der Konferenz von Jalta im Februar 1945 hatten die Alliierten Frankreich eine eigene Besatzungszone zugestanden. Da Stalin nicht bereit war, Frankreich Konzessionen auf Kosten seines Zonengebietes zu machen, mußte die französische Zone aus der amerikanischen und britischen herausgeschnitten

²⁷⁹ Theodor Eschenburg, Die Entstehung des Bundeslandes Baden-Württemberg, in: Bauschinger, Eschenburg, u.a., Baden-Württemberg - Eine politische Landeskunde, erschienen in den Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs, hg. von der Landeszentrale für politische Bildung, Stuttgart, 4. Auflage, 1996, Seite 43-66, liefert einen guten Überblick über die Entstehung des Südweststaats und macht Angaben zu weiterführender Literatur. Aus der Reihe der zahlreich erschienen Publikationen seien genannt: Wehling, Hans-Georg, Ungleiche Brüder? Zur politischen Kultur Badens und Württembergs, in: Schlatterer, Bert, 120 Jahre Verein der Württemberger zu Berlin e.V. 1869 – 1989, Geschichte und Umfeld, Berlin 1989, S.141-148; Vgl. auch Weinacht, Paul-Ludwig, Neugliederungsbestrebungen im deutschen Südwesten und die politischen Parteien (1945-1951), in: Landesgeschichte und Zeitgeschichte, Karlsruhe 1980, S.329-354; Weinacht, Paul-Ludwig, Sauer, Paul, Die politische Nachkriegsentwicklung und die Auseinandersetzungen um den Südweststaat, in: Badische Geschichte, Stuttgart 1979, S. 206-257; Landtag von Baden-Württemberg (Hg.) unter Mitarbeit von Paul Sauer, Die Entstehung des Bundeslandes Baden-Württemberg, Ulm 1977; Müller, Gebhard, 25 Jahre Baden-Württemberg, Rückblick auf die Entstehung eines Bundeslandes, Festansprache zur Eröffnung der Ausstellung des Landtags am 22.1.1978 im Foyer des Rathauses in Aalen, Aalen 1978; Müller, Gebhard, Der Kampf um den Südweststaat, Die Bilanz nach 25 Jahren ist positiv, in: Der Bürger im Staat, 27 (1977), S.I-IV; Sauer, Paul, Demokratischer Neubeginn in Not und Elend – Das Land Württemberg-Baden von 1945-1952, Ulm 1978; Eschenburg, Theodor, Bilanz zur silbernen Hochzeit, in: Republik im Staufeland, Stuttgart 1977, S.10-28; 25 Jahre Baden-Württemberg im Staatsanzeiger für Baden-Württemberg, 26 (1977), Beilage; Krause, Walter, 25 Jahre Baden-Württemberg – Ein Modellfall deutscher Möglichkeiten zur Problematik der Neugliederung des Bundesgebietes – Vortrag anlässlich der Eröffnung der Ausstellung „25 Jahre Baden-Württemberg“ in Bonn, Stuttgart 1978. - Die wichtigsten Quellensammlungen sind: Der Kampf um den Südweststaat (=Veröffentlichungen des Instituts für Staatslehre und Politik e.V. in Mainz Bd. 1), München 1952; Die Entstehung des Bundeslandes Baden-Württemberg, eine Dokumentation, bearb. v. Paul Sauer, hg. vom Landtag von Baden-Württemberg, Ulm 1977; Feuchte, Paul, Verfassungsgeschichte von Baden-Württemberg (Veröffentlichungen zur Verfassungsgeschichte von Baden-Württemberg seit 1945), Stuttgart 1983 ff

²⁸⁰ Die Sozialdemokraten gehörten zu den entschiedensten Befürwortern des Südweststaats. Vgl. Hartmut Soell, Die SPD als die „Südweststaats“-Partei, in: SPD-Landesverband (1980), S. 90-91

werden.²⁸¹ Die Demarkationslinie verlief im Südwesten längs der Autobahn Karlsruhe - Stuttgart - Ulm, also mitten durch die Länder Baden und Württemberg. Weil die Militärbehörden der Zonen die gesamte öffentliche Gewalt ausübten, durfte sich kein Land über zwei Besetzungszonen erstrecken. Deshalb war eine Teilung Württembergs und Badens unumgänglich, denn Nordwürttemberg und Nordbaden gehörten zur amerikanischen, Südwürttemberg und Südbaden zur französischen Zone. Weil die Amerikaner es für einfacher hielten, größere Länder zu verwalten, schlossen sie, gegen den Widerstand der deutschen Politiker, Nordwürttemberg und Nordbaden zum Land Württemberg-Baden zusammen.²⁸² Die Franzosen dagegen hielten kleinere Länder für besser kontrollierbar und gründeten die Länder Württemberg-Hohenzollern und, auf das ehemalige Südbaden beschränkt, das Land Baden.²⁸³

Auch Walter Krause erkannte rückblickend den (unbeabsichtigten) Beitrag der Alliierten zur Geburt des Landes Baden-Württemberg. Die willkürliche Grenzziehung zwischen der amerikanischen und der französischen Besetzungszone entlang der Autobahn Karlsruhe - Stuttgart - Ulm wurde in der Bevölkerung als unsinnig empfunden.²⁸⁴ Die amerikanische Besatzungsmacht förderte durch ihre Politik aktiv die Zusammenarbeit zwischen den nördlichen Landesteilen des ehemaligen Baden und Württemberg, während die Franzosen indirekt dasselbe taten, allerdings unter negativen Vorzeichen. So rechtfertigte der aus Baden stammende stellvertretende Ministerpräsident und Finanzminister Heinrich Köhler sein Eintreten für das neue Bundesland Württemberg-Baden mit der Rettung Badens vor einem französischen Rheinstaat.²⁸⁵ In Nordbaden und Nordwürttemberg spürte man, daß sich der Zusammenschluß dieses Raumes bewährte. Deshalb beharrte Württemberg-Baden in der Diskussion um die Neugliederung des deutschen Südwestens darauf, daß Nordbaden und Nordwürttemberg nicht mehr auseinandergerissen würden.²⁸⁶

²⁸¹ Vgl. Jäckel 269-273

²⁸² Eine detaillierte Darstellung der Gründung des Landes Württemberg-Baden findet sich in Sauer (1978) 43-58

²⁸³ Eschenburg 45-47

²⁸⁴ Lindemann 11

²⁸⁵ Sauer (1978) 57

²⁸⁶ Schon am 5. Juli 1948 faßte der Ständige Ausschuß des Stuttgarter Landtags einen entsprechenden Beschluß. (Sauer (1977/1) 41) - Der Kultusminister von Württemberg-Baden und spätere Bundespräsident Theodor Heuss war schon nach dem Wegfall der Dynastien am Ende des Ersten Weltkrieges für eine Vereinigung von Baden und Württemberg zu einem gemeinsamen Staat eingetreten. In einer Denkschrift, unmittelbar nach Ende des Zweiten Weltkrieges für die Amerikaner angefertigt, wies er auf die „ziemlich vielen zeitbedingten Zufälligkeiten“ bei der Grenzziehung zwischen beiden Staaten in napoleonischer Zeit hin. Die moderne Industrie habe sich ohne Rücksicht auf diese historisch-politischen Grenzen entwickelt. Trotzdem sei es bisher versäumt worden, eine den wirtschaftlichen Bedürfnissen entsprechende Neugliederung vorzu-

Eine entscheidende Rolle kam dem Parlamentarischen Rat zu, der sich am 1. September 1948 zur Ausarbeitung des Grundgesetzes konstituiert hatte. Im Frühjahr 1949, als die Südweststaatsdiskussion in die entscheidende Phase eintrat, stand der Parlamentarische Rat kurz vor Vollendung seiner Arbeit. In Artikel 29 des Grundgesetzes hatte er sich auf ein kompliziertes Verfahren zur Länderneugliederung geeinigt, das aber offenkundig in absehbarer Zeit keinen Weg zur Schaffung eines Südweststaates eröffnet hätte.²⁸⁷ Wäre es bei dieser Regelung geblieben, wäre die Bildung des Bundeslandes sehr viel schwerer zu erreichen gewesen. Angesichts dieser Lage ergriff Gebhard Müller im Einverständnis mit Reinhold Maier die Initiative und setzte in letzter Minute eine Sonderregelung für die staatliche Neugliederung des deutschen Südwestens durch. Am 12. Mai 1949 billigte der Parlamentarische Rat diese Bestimmung und fügte sie als Artikel 118 in das Grundgesetz ein. Dieser besagte: „Die Neugliederung in dem die Länder Baden, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern umfassenden Gebiet kann abweichend von den Vorschriften des Artikels 29 durch Vereinbarung der beteiligten Länder erfolgen. Kommt eine Vereinbarung nicht zustande, so wird die Neugliederung durch Bundesgesetz geregelt, das eine Volksbefragung vorsehen muß.“ Der Artikel 118, der auf eine Klärung der umstrittenen Frage (Zusammenschluß - ja oder nein) verzichtete, trug dennoch entscheidend zur Bildung des Südweststaats bei, indem er verhinderte, daß das Problem auf die lange Bank geschoben wurde. Allerdings genehmigten die Alliierten das Grundgesetz nur unter Vorbehalt. Einer betraf die Artikel 29 und 118 zur Länderneugliederung. Erst am 30. April 1950 informierten die Hohen Kommissare Bundeskanzler Adenauer, daß sie den Artikel 118 als rechtswirksamen Bestandteil des Grundgesetzes ansehen.²⁸⁸ Dagegen blieb der Artikel 29 bis zum Jahr 1955 suspendiert.²⁸⁹

Nach der Verabschiedung des Grundgesetzes ergriff Gebhard Müller die Initiative, um die ins Stocken geratenen Südweststaatverhandlungen wieder aufzunehmen. Von vornherein war klar, daß nicht einfach alle Stimmen im Gebiet des angestrebten neuen Bundeslandes zusammengezählt werden und allein die Mehrheit im gesamten Südwesten entscheiden

nehmen. Für die Verbindung von Nordwürttemberg und Nordbaden spräche, daß ein größeres Land bessere „wirtschaftliche Ausweichmöglichkeiten und Gesundungskräfte“ besitze, im besonderen spreche die Verkehrsstransversale Karlsruhe - Stuttgart - Ulm, die Eisenbahnverbindung Mannheim - Bruchsal - Stuttgart und der Wasserweg Neckar dafür. (Sauer (1978) 44-45)

²⁸⁷ Vgl. Kiesinger, Kurt Georg, Der Kampf im Bundestag um den Südweststaat – Vom Artikel 118 GG zum Neugliederungsgesetz – Ein Erfahrungsbericht, in: Beiträge zur Landeskunde 1982, S.11-13

²⁸⁸ Sauer (1977/1) 65-67

²⁸⁹ Krause 111 in Schaab (1993)

sollte. Angesichts der klaren Mehrheit für einen vereinten Südwesten im alten Württemberg war von vornherein sicher, daß der deutsche Südwesten insgesamt für die Vereinigung stimmen würde. Aber es ging natürlich nicht an, daß sich ein größeres Gebiet auf diese Weise eine kleinere Region „einverleiben“ konnte. Deshalb mußte man ein anderes Abstimmungssystem finden. Aber welches?

Auf einer Tagung der CDU-Vorstände der südwestdeutschen Länder in Freudenstadt am 22. Oktober 1949, an der auch die Staatspräsidenten Müller und Wohleb teilnahmen, einigte man sich darauf, der Bevölkerung lediglich die Alternativfrage, Vereinigung der drei bestehenden Länder oder Wiederherstellung der alten Länder Baden und Württemberg einschließlich Hohenzollern, zur Entscheidung vorzulegen und zur Ermittlung der Stimmenmehrheit nach den beiden alten Ländern getrennt durchzuzählen.²⁹⁰ Die Regierung von Württemberg-Baden stimmte dem jedoch nicht zu. Sie hatte die Sorge, daß das Land bei einer Anwendung des Freudenstädter Abstimmungsmodus mit seiner Auflösung rechnen müsse, weil die zu erwartende große Zustimmung in (Süd-)Baden für das alte Land Baden die Abstimmung in Nordbaden majorisieren könnte. Deshalb verlangte sie am 7. Dezember 1949 eine Abstimmung nach vier Bezirken (Nord- und Südbaden, Nord- und Südwürttemberg), wobei der vereinigte Südweststaat zustande gekommen wäre, wenn eine Stimmenmehrheit in drei der vier Bezirke ausreichen sollte. Staatspräsident Wohleb wies diesen Vorschlag erwartungsgemäß zurück, womit die Verhandlungen wieder in einer Sackgasse gelandet waren. Als sich die Regierungschefs der drei Länder, Reinhold Maier,²⁹¹

Gebhard Müller²⁹² und Leo Wohleb²⁹³ nicht auf ein gemeinsames Vorgehen einigen konnten, machte Gebhard Müller bei der Konferenz in Freudenstadt am 15. April 1950 den

²⁹⁰ Zu den Spannungen in der CDU, die als einzige Partei in der Südweststaats-Frage gespalten war, vergleiche: Konstanzer, Eberhard, Die Entstehung des Landes Baden-Württemberg 1945-52, Stuttgart 1969

²⁹¹ Reinhold Maier (1889-1971) war zwischen 1924 und 1933 Abgeordneter im Württembergischen Landtag und im Reichstag, außerdem von 1929 bis 1933 württembergischer Wirtschaftsminister. Nach dem Krieg wollte er eigentlich nicht mehr in die Politik zurückkehren. Er ließ sich jedoch von einer Offiziersdelegation der US-Militärregierung unter Führung von Oberst Dawson umstimmen, der ihm das Amt des Ministerpräsidenten antrug. Von 1945 bis 1952 war Maier dann Ministerpräsident von Württemberg-Baden, von 1952 bis 1953 Regierungschef von Baden-Württemberg. Von 1953 bis 1956 und von 1957 bis 1959 gehörte Maier dem Deutschen Bundestag an. Von 1957 bis 1960 war Maier Bundesvorsitzender der FDP. (Munzinger 38/71; Sauer (1978) 46). - Vgl. Maier, Reinhold, Erinnerungen 1948-1953, Stuttgart 1966; Matz, Klaus-Jürgen, Reinhold Maier (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der Politischen Parteien, Bd. 89), Düsseldorf 1989

²⁹² Gebhard Müller (1900-1990) wurde 1947 zum CDU-Landesvorsitzenden in Württemberg-Hohenzollern gewählt und 1948 zum Staatspräsidenten von Württemberg-Hohenzollern. Dies blieb er bis zum Jahre 1952. Von 1953 bis 1958 war er Ministerpräsident von Baden-Württemberg, anschließend bis 1971 Präsident des Bundesverfassungsgerichts. (Munzinger 42/90) - Literatur zu Gebhard Müller: Wie ich das Kriegsende 1945

Vorschlag, eine informative, aber unverbindliche Volksbefragung über den Zusammenschluß ihrer Länder durchzuführen. Müller bezeichnete es als Zweck der unverbindlichen Abstimmung, die sich auf die Alternativfrage, Zusammenschluß der bestehenden Länder zu einem Staat oder Wiederherstellung der alten Länder Baden und Württemberg, beschränkte, ein exaktes Bild von der Einstellung der Bevölkerung zum Südweststaatproblem zu erlangen. Alle drei Regierungschefs stimmten dieser Vereinbarung zu. Die drei Regierungen einigten sich auf den 24. September 1950 als Termin für die Volksbefragung.²⁹⁴

Im August 1950 ließ die amerikanische Hohe Kommission die württembergisch-badische Regierung wissen, daß sie das Ergebnis der Volksbefragung, gleichgültig wie es ausfalle, respektieren werde. Auch von französischer Seite waren keine schwerwiegenden Einwände mehr zu befürchten. Das Ergebnis der Volksbefragung war in den württembergischen Ab-

erlebte ... In: Heimatkundliche Blätter für den Kreis Biberach, Bd 9 (1986), S.37-40; Müller, Gebhard, Ernstes und Heiteres am Rande der Politik, hg. von der Vereinigung ehemaliger Mitglieder des Landtags von Baden-Württemberg, Stuttgart 1984; Gayer, Kurt, Gebhard Müller - Ministerpräsident von 1953-1958, in: Die Villa Reitzenstein und ihre Herren, Stuttgart 1988, S. 169-185; Bradler, Günther: Lorenz Bock und Gebhard Müller, in: Treuhänder des deutschen Volkes, Melsungen 1991, S.79-93; Baden-Württemberg: Ausgewählte Dokumente zur Landeszeitgeschichte Baden-Württembergs - Zur Erinnerung an Gebhard Müller - Dokumentation des Landtags von Baden-Württemberg in Verbindung mit dem Hauptstaatsarchiv Stuttgart, hg. vom Präsidenten des Landtags von Baden-Württemberg (Red. G. Bradler), Stuttgart 1990; Bradler, Günther: Ausgewählte Dokumente zur Landeszeitgeschichte Baden-Württembergs - Zur Erinnerung an Gebhard Müller, in: Verein deutscher Archivare/Fachgruppe 6: Mitteilungen, Bd.16 (1990), S.27-46; Bischoff, Jörg, Ein Baumeister des Südweststaats - Gebhard Müller zum 80. Geburtstag, in: Stuttgarter Zeitung v. 17.4.80; Fromme, Friedrich Karl, Nach harter Arbeit im Alter die Skepsis - Zum 80. Geburtstag von Gebhard Müller, in: FAZ v. 17.4.80; Gebhard Müller blickt zurück - Der ehemalige Staatspräsident von Württemberg-Hohenzollern, Ministerpräsident von Baden-Württemberg und Präsident des Bundesverfassungsgerichts im Gespräch mit dem Intendanten des Süddeutschen Rundfunks Stuttgart, Hans Bausch, am 16.5.1980 (gesendet am 4.9.1980), Festaussgabe des Landtages von Baden-Württemberg aus Anlaß des 80. des Geburtstages von Gebhard Müller, Stuttgart 1980; Schneider, Hans, Gebhard Müller als Person der Zeitgeschichte - Ansprache bei der am 12.11.1980 vorgenommenen Verleihung der Ehrenmitgliedschaft des Württembergischen Geschichts- und Altertumsvereins, in: Zeitschrift für württembergische Landesgeschichte 39 (1980), S.5-11; Wurm, Theo, Der Vater des Südweststaats wird 80, in: Süddeutsche Zeitung v. 17.4.1980

²⁹³ Leo Wohleb (1888-1955) (CDU) war von 1946 bis 1952 badischer Staatspräsident. (Ihme 976) Während Wohleb in der Zeit der Auseinandersetzungen um den Südweststaat außerhalb Badens von vielen scharf angegriffen wurde, so ist er nach seinem frühen Tod innerhalb Badens zum Heros verklärt worden. Vgl. Matz (1991), Klaus-Jürgen, Baden, in: Thierfelder, Jörg und Uwe Uffelman, Der Weg zum Südweststaat, hg. von der Landeszentrale für politische Bildung, Karlsruhe 1991, S.45-54. Mehr über Wohleb ist nachzulesen in: Gelb-rot-gelbe Regierungsjahre. Badische Politik nach 1945. Gedenkschrift zum 100. Geburtstag Leo Wohlebs (1888 - 1955). Hg.: Paul-Ludwig Weinacht, Sigmaringendorf 1988; Albiez, Robert, Leo Wohleb - Zum 100. Geburtstag des letzten badischen Staatspräsidenten am 2.9.88, in: Badische Heimat, Bd. 68 (1988), S. 457-464; Schill, Emil, Zum Gedenken an Leo Wohleb, in: Der Lichtgang, Bd. 38 (1988), S.36-37; Ausstellungsverzeichnis Badens letzter Staatspräsident Leo Wohleb - Ausstellung des Staatsarchivs Freiburg vom 2. bis 30. September 1988, bearbeitet von Werner Baumann, Freiburg 1988; Weinacht, Paul-Ludwig, Leo Wohleb, in: Treuhänder des deutschen Volkes, Melsungen 1991, S.35-51; Falk, Walter, Leo Wohleb, in: Christen im Widerstand gegen das Dritte Reich, Stuttgart 1988, S. 447-452; Weinacht, Paul-Ludwig, Wohleb, Leo, in: Badische Biographien, N.F. Bd.3 (1990), S. 301-306; Baumann, Werner, Leo Wohleb, in: Große Badener, Stuttgart 1994, S.254-261; Weinacht, Paul-Ludwig (Hg.), Leo Wohleb - der andere politische Kurs, Dokumente und Kommentare, Freiburg 1975

²⁹⁴ Sauer (1977/1) 68-69

stimmungsbezirken eine überwältigende Mehrheit für den Südweststaat (947 899 Ja-, 69 604 Nein-Stimmen), in den badischen Bezirken dagegen eine geringfügige Mehrheit (1,1 Prozent) für eine Wiederherstellung der alten Länder. Die von Reinhold Maier befürchtete Majorisierung Nordbadens durch Südbaden war tatsächlich eingetreten: In Nordbaden hatten 331 113 Bürger für den Südweststaat gestimmt, in Südbaden 214 931.²⁹⁵ Für die Wiederherstellung der alten Länder hatten sich in Nordbaden 247 962 Wahlberechtigte ausgesprochen, in Südbaden 316 696. In ganz Baden ergab das eine Mehrheit von 16 614 für die alten Länder. Leo Wohleb fühlte sich als Sieger der Abstimmung. Die Fronten im deutschen Südwesten hatten sich durch die Volksbefragung verhärtet, denn auch das Land Württemberg-Baden zeigte sich durch das Abstimmungsergebnis bestätigt.²⁹⁶

Nach drei ergebnislosen Treffen der drei Regierungschefs am 12. Oktober in Wildbad, am 7. November in Baden-Baden und am 4. Dezember 1950 in Bad Dürkheim blieb nur noch der Weg über den Bund. Am 18. Dezember 1950 nahm das Tübinger Kabinett Gebhard Müllers Vorschlag an, in Bonn einen Gesetzentwurf zu unterbreiten, der im Prinzip die württembergisch-badischen Vorstellungen aufgriff: Ein Südweststaat sollte zustande kommen, wenn sich im gesamten Abstimmungsgebiet und in drei der vier Abstimmungsbezirke Nordbaden, Südbaden, Nordwürttemberg und Württemberg-Hohenzollern eine Mehrheit dafür entscheiden sollte.²⁹⁷ Dieser Auszählungsmodus, entscheidend für das Zustandekommen des Südweststaates, wurde durch den Weinheimer Industriellen und Politiker Richard Freudenberg initiiert.²⁹⁸ Trotz zahlreicher Widerstände entschied sich der Bundestag am 25. April 1951 mit einer eindrucksvollen Mehrheit für das auf dem Tübinger Antrag beruhende Neugliederungsgesetz. Im Bundesrat votierten lediglich Bremen und Rheinland-Pfalz für den (alt-)badischen Antrag, während sich Bayern und Nordrhein-Westfalen der Stimme enthielten und die übrigen Länder den Antrag ablehnten.²⁹⁹

²⁹⁵ Die CDU Badens war in dieser wichtigen Frage tief gespalten. Die protestantische Seite neigte eher dem Südweststaat zu, während die katholische Seite, insbesondere der Klerus, mehrheitlich die Wiederherstellung Badens wünschte. Die Auseinandersetzung um diese Frage brachte die Partei bis an den Rand der Selbstauflösung. (Weinacht (1978/2) 101-102) Als eine Folge der Gründung des Südweststaats konstituierte sich, von Prälat Föhr maßgeblich gefördert, das Zentrum mit dem Wahlspruch „katholisch, gut badisch“ neu. Dieser Gründung war allerdings kein Erfolg beschieden. (Weinacht (1978/3) 195).

²⁹⁶ Sauer (1977/1) 102-104

²⁹⁷ Ebd. 117-119

²⁹⁸ Stephan 109

²⁹⁹ Sauer (1977/1) 129. Das Bundesverfassungsgericht erklärte das Gesetz in seinem Urteil vom 23. Oktober 1951 als mit dem Grundgesetz vereinbar. (Sauer (1978) 489-490) - Auf Seiten der Südweststaat-Befürworter und -Gegner bildeten sich Organisationen zur Propagierung der jeweiligen Vorstellungen: die „Vereinigung Südwest“ und die „Arbeitsgemeinschaft der Badener“. Literatur zu dieser und anderen Vereinigungen, die sich im Rahmen der Abstimmung über den Südweststaat engagierten: Bury, Carola, Der Volksentscheid in

Die Volksabstimmung vom 9. Dezember 1951 erbrachte in Nord- und Südwürttemberg sowie in Nordbaden eine Mehrheit für den neuen Südweststaat. Den Altbadenern war es allerdings gelungen, ihren Stimmenanteil im Vergleich zur Volksbefragung am 24. September 1950 zu erhöhen. In ganz Baden erreichten die Befürworter der Wiederherstellung des alten Landes Baden 52,2 Prozent der Stimmen, also die Mehrheit. Wohleb sah sich deshalb durch das Ergebnis bestätigt und brachte im Bundestag einen Gesetzentwurf ein mit dem Ziel, den Vollzug des Neugliederungsgesetzes auszusetzen. Der Bundestag lehnte dies am 16. Januar 1952 ab.³⁰⁰

Letztlich war der Sieg der Befürworter des Südweststaates in Nordbaden entscheidend für die Vereinigung von Baden und Württemberg. Innerhalb Nordbadens waren es vor allem die „kurpfälzischen“ Gebiete, die klare Mehrheiten für den Südweststaat erzielten: Landkreis Sinsheim 78,2 %, Landkreis Mosbach 74,4 %, Stadtkreis Heidelberg 70,4 %, Landkreis Mannheim 63,6 %, Stadtkreis Mannheim 63,0 %, Landkreis Heidelberg 59,1 %, Landkreis Buchen 56,0 %.³⁰¹ Im Kern gab der Rhein-Neckar-Raum den Ausschlag für das Zustandekommen des Südweststaats.³⁰² Dagegen betrug die Zustimmung zum neuen Bundesland im Landkreis Karlsruhe nur 42,5 Prozent, in der Stadt Karlsruhe sogar nur 31,6 Prozent. Sie war also in Karlsruhe gerade mal halb so groß wie in Mannheim oder Heidelberg.³⁰³

Untersucht man das Abstimmungsverhalten der Bevölkerung nicht nach regionalen, sondern nach sozialen Aspekten, so waren es vor allem die Vertriebenen, die den Ausschlag gaben.³⁰⁴ Diese waren naturgemäß mit ihrer neuen badischen Heimat nicht so stark verwurzelt wie alteingesessene Badener. Die überzogene Propaganda der Altbadener, an der

Baden. Die „Arbeitsgemeinschaft der Badener“ und die „Arbeitsgemeinschaft für die Vereinigung Baden-Württemberg“. Ein Beitrag zu den Auseinandersetzungen um die Bildung des Landes Baden-Württemberg. (Europäische Hochschulschriften III, 271), Frankfurt 1985. Vgl. auch Schnabel, Thomas, Schneider, Harald, Die Vertriebenen in Südwestdeutschland, in: Thierfelder, Jörg und Uwe Uffelman, Der Weg zum Südweststaat, hg. von der Landeszentrale für politische Bildung, Karlsruhe 1991; S. 127-129; Weinacht, Paul-Ludwig, Der Weg in den Südweststaat, in: Thierfelder, Jörg und Uwe Uffelman, Der Weg zum Südweststaat, hg. von der Landeszentrale für politische Bildung, Karlsruhe 1991; S. 310-323

³⁰⁰ Sauer (1977/1) 148-149

³⁰¹ Stephan 109

³⁰² Matz (1997) 241-242

³⁰³ Birzele 3

³⁰⁴ Thierfelder 14. Eine gute Zusammenfassung der Bedeutung der Heimatvertriebenen für den Aufbau im deutschen Südwesten und das Zustandekommen Baden-Württembergs bringt Schnabel, Thomas, Schneider, Harald, Die Vertriebenen in Südwestdeutschland, in: Thierfelder, Jörg und Uwe Uffelman, Der Weg zum Südweststaat, hg. von der Landeszentrale für politische Bildung, Karlsruhe 1991; S. 112-131

Spitze der ehemalige Reichskanzler Wirth, tat ein übriges.³⁰⁵ Diese versuchten den Badenern einzureden, die Bildung eines gemeinsamen Bundeslandes mit Württemberg würde dem Verlust ihrer Heimat gleichkommen. Die Vertriebenen aus dem deutschen Osten, die ihre Heimat vor kurzem wirklich verloren hatten, mußten einen solchen Vergleich als anmaßend empfinden.³⁰⁶

Weil sich die französische Besatzungsmacht zunächst weigerte, in ihrer Zone Flüchtlinge aufzunehmen, wurde (Süd-)Baden erst seit 1949 mit deren Zuzug konfrontiert. Dagegen stellten Heimatvertriebene und Flüchtlinge im badischen (und württembergischen) Teil von Württemberg-Baden ein großes Stimmenpotential dar. Weil die badische Regierung nicht ohne Grund fürchtete, die Vertriebenen könnten mehrheitlich für ein vereintes Württemberg-Baden stimmen, schlug sie vor, daß nur der wählen können sollte, der mindestens seit einem Jahr den einzigen Wohnsitz im Lande hatte oder wer im Lande geboren war. In der Konsequenz hätte das bedeutet, daß ein großer Teil der Flüchtlinge in Baden nicht hätte abstimmen dürfen. Auf der anderen Seite wären geborene Badener, auch wenn sie außer-

³⁰⁵ Vgl. Sauer (1977/1) 109, Staatsarchiv Freiburg: A 2 Bd. 8736 - Joseph Wirth (1879-1956) war Mitglied der Zentrumsparlei. Er gehörte von 1914 bis 1918 dem Reichstag an, in den Jahren 1919 und 1920 der Nationalversammlung und bis 1933 wieder dem Reichstag. Er war während der Weimarer Republik Innen-, Finanz- und Außenminister und von 1921 bis 1922 Reichskanzler. Er war mitverantwortlich für den Rapallo-Vertrag. 1933 ging er ins Exil, zunächst nach Paris, dann in die Schweiz. Nach der Rückkehr aus dem Exil schloß er sich den Altbadenern um Staatspräsident Leo Wohleb (CDU) und seinem Adlatus Paul Zürcher (CDU), dem Präsidenten des Freiburger Oberlandesgerichts, an. (Zu Zürcher: Weinacht (1978/2) S. 105). Im Grunde war dies ein unnatürliches Bündnis, waren doch Wohleb und Zürcher föderalistisch ausgerichtet, Wirth dagegen zentralistisch. Wirth hoffte, auf diesem Weg wieder die Bühne der Politik betreten zu können. (Küppers 316-322) 1948 gründet er die Partei „Union der Mitte“ und 1953 den „Bund der Deutschen“. Er war ein politischer Gegner Konrad Adenauers, lehnte die Westintegration der Bundesrepublik Deutschland ab und trat für eine Verständigung mit der Sowjetunion ein. (Meyers Bd. 24, S.164). Von Ostberlin wurde Wirth propagandistisch benutzt und erhielt 1955 den Stalin-Friedenspreis. Wirth starb am 4. Januar 1956. Die Traueransprache hielt Prälat Ernst Föhr, obwohl er und Wirth politisch häufig unterschiedlicher Meinung gewesen waren. (Küppers 322-328). Erhard Eppler begegnete dem „Bund der Deutschen“ (BdD) sehr kritisch, dessen Abhängigkeit und Steuerung von Ostberlin er schon damals erkannte. Die „graue Eminenz“ beim BdD war ein Oberst a.D. Josef Weber, nach Epplers Worten der Verbindungsmann nach „drüben“. Als Eppler dreißig Jahre später den „Krefelder Appell“ gegen die Nachrüstung zur Unterschrift zugeschickt bekam, lehnte er diese ab, weil auch Josef Weber zu den Initiatoren gehörte. (Eppler (1996) 37). - Heinrich Küppers beschreibt das Leben Wirths in seinem Buch: Joseph Wirth - Parlamentarier, Minister und Kanzler der Weimarer Republik, Historische Mitteilungen im Auftrag der Ranke-Gesellschaft, Vereinigung für Geschichte im öffentlichen Leben e.V., hg. von Michael Salewski und Jürgen Elvert, Beiheft 27, Stuttgart 1998 - Weitere Literatur: Ott, Hugo, Joseph Wirth - der Freiburger, eine Würdigung des Weimarer Reichskanzlers, in: Freiburg, Freiburger Forum, Bd.18 (1992), S.38-42; Ulrike Hörster-Philipps: Joseph Wirth 1879-1956. Eine politische Biographie, Paderborn 1998; Heinrich Küppers, Joseph Wirth, Parlamentarier, Minister und Kanzler der Weimarer Republik, Stuttgart 1997. - Zu Wirth auch Merz 57.

³⁰⁶ Krause (1994/1). Zur Thematik der Heimatvertriebenen im deutschen Südwesten: Matthias Beer (Hg.), Zur Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen im deutschen Südwesten nach 1945. Bestandsaufnahme und Perspektiven der Forschung. Ergebnisse des Kolloquiums vom 11. und 12. November 1993 in Tübingen (Schriftenreihe des Instituts für donauschwäbische Geschichte und Landeskunde, 3), Sigmaringen 1994.

halb der drei Länder gelebt hätten, abstimmungsberechtigt gewesen. Letztlich konnte sich die badische Regierung mit dieser weitgehenden Forderung nicht durchsetzen.³⁰⁷

Im Unterschied zu den Altbadenern trafen die Anhänger eines vereinten Baden-Württembergs das Hauptanliegen der Vertriebenen, nämlich bessere materielle Lebensbedingungen, indem sie argumentierten, ein vereintes, größeres Bundesland mit dem wirtschaftlich stärkeren Württemberg schaffe dafür bessere Voraussetzungen als das alte Baden.³⁰⁸ Letztlich waren die Anhänger Baden-Württembergs mit ihrer Strategie bei den Heimatvertriebenen erfolgreich.³⁰⁹ Der „Landesverband der Vertriebenen Deutschen“ (LvD) bezog „aus wirtschaftlichen und heimatpolitischen Gründen“ für den Südweststaat Stellung.³¹⁰ Am Ende stimmten bei der Probeabstimmung im Jahre 1950 80 Prozent der Flüchtlinge in Nordbaden für den Südweststaat.³¹¹

Walter Krauses Familie gehörte nicht zu den Heimatvertriebenen, denn sie war schon in den zwanziger Jahren von Schlesien nach Mannheim übersiedelt. Dennoch zählte sie zu den Neubürgern, die eine andere Beziehung zum Land Baden hatten als die alteingesessenen Familien. Von seiner schlesischen und evangelischen Provenienz und seinem Wohnort Mannheim zählte Walter Krause zu der Gruppe, die den Ausschlag zugunsten Baden-Württembergs gab. Die individuellen Ansichten des Politikers Krause deckten sich also mit der sozio-politischen Analyse der Bevölkerungsgruppe, zu der seine Familie zählte.

Die Gründung des neuen Bundeslandes hatte für den Rhein-Neckar-Raum dann auch positive Wirkungen für den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur. So lag zum Beispiel der Neckarkanal, für dessen Bau in den 20er Jahren noch komplizierte Staatsverträge abgeschlossen werden mußten, nun in seiner ganzen Länge im Gebiet eines Bundeslandes. Die Bahnverbindung zwischen Mannheim und Stuttgart wurde in einer Weise ausgebaut, wie dies wohl nur unter dem Dach eines Bundeslandes möglich war.³¹² Allerdings fühlte sich Mannheim

³⁰⁷ Schnabel (1991) 126

³⁰⁸ Vgl. Sauer, Paul, Der Kampf gegen Hunger und Not in Württemberg-Baden 1945 bis 1948, in: Bausteine zur geschichtlichen Landeskunde Baden-Württemberg, Stuttgart 1979, S. 481-504

³⁰⁹ Die „Vereinigung Südwest“ taktierte geschickt, indem sie von Anfang an einen exponierten Vertreter der Heimatvertriebenen in ihren Aktionsausschuß berief. (Schnabel (1991) 127-128)

³¹⁰ Schnabel (1991) 127-128

³¹¹ Ebd. 128

³¹² Matz (1997) 242

durch die Vereinigung von Baden und Württemberg auch benachteiligt. Aus Mannheimer Sicht hat sich die Regierung in Stuttgart vor allem um die Integration derjenigen Landes-teile bemüht, die mit großen Mehrheiten für den Erhalt Alt-Badens gestimmt hatten. Die Befürworter des Südweststaats kamen aus ihrer Sicht schlechter weg. Oberbürgermeister Heimerich gelang es trotz massiven Drängens nicht, wichtige zentrale Einrichtungen nach Mannheim zu holen. Das Autobahnamt blieb entgegen fester Zusagen in Stuttgart. Als Kompensation erhielt Mannheim schließlich den Verwaltungsgerichtshof, den Minister-präsident Gebhard Müller ursprünglich in Sigmaringen ansiedeln wollte. Nicht zuletzt gab es, mit wenigen Ausnahmen wie etwa Walter Krause, nur wenige Politiker aus Mannheim, die nach 1952 eine bedeutende Rolle in der Landespolitik spielen konnten.³¹³

Nach dem Erfolg der Südweststaatbefürworter bei der Volksabstimmung am 9. Dezember 1951 trat der Ministerrat, bestehend aus vier Vertretern der württembergisch-badischen und je zwei Vertretern der badischen und der württembergisch-hohenzollerischen Regierung, am 27. Dezember 1951 in Stuttgart zusammen und wählte Reinhold Maier zum Vor-sitzenden. Die Wahl der Verfassungsgebenden Landesversammlung wurde auf den 9. März 1952 festgesetzt. Die CDU gewann dabei 50 Sitze, die SPD 38, die FDP/DVP 23, der BHE 6 und die KPD 4 Sitze.³¹⁴

Nach der Wahl zur Verfassungsgebenden Landesversammlung rückte die Frage „Wer wird Ministerpräsident?“ in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. Die Antwort hing vom Ausgang der Koalitionsverhandlungen ab, für die es mehrere Möglichkeiten gab: eine große Koalition von CDU, SPD und FDP, eine Koalition CDU/FDP entsprechend der zur Zeit amtierenden Bundesregierung, eine Koalition CDU/SPD sowie eine kleine Koalition SPD, FDP und BHE. In Anbetracht der großen Probleme, die auf das neu gebildete Land so kurz nach Kriegsende zukamen, erschien vielen Beobachtern eine große Koalition auf möglichst breiter Basis als die vernünftigste Lösung. In den beiden großen Parteien gab es angesichts der scharfen Gegensätze zwischen den Parteien im Deutschen Bundestag allerdings auch

³¹³ Ebd. 242-243 - Zu den wenigen Mannheimer Politikern mit Einfluß in der Landespolitik zählte zum Bei-spiel der an anderer Stelle schon genannte Kurt Angstmann, Finanzminister im ersten Kabinett von Filbinger und Krause. - Im Dezember 1985 löste die SPD im Landtag eine Mannheim-Debatte aus, in der sie dem Ministerpräsidenten Späth eine Benachteiligung der nordbadischen Großstädte Mannheim und Karlsruhe und eine einseitige Bevorzugung des Großraums Stuttgart in der Technologieförderung vorwarf. Der erwiderte, für strukturpolitische Hilfen zugunsten Mannheim gebe es kein Patentrezept. (Borst 21)

³¹⁴ Sauer (1977/1) 168-169 – Wahlberichte und – ergebnisse (mit einer interessanten Übersicht über Baden, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern) im Mannheimer Morgen v. 10. und 11. März 1952

Gegner einer solchen Lösung. Allgemein wurde erwartet, daß die CDU ihren Führungsanspruch durchsetzen und Gebhard Müller Ministerpräsident werden würde. Doch das zunächst kaum Wahrscheinliche geschah. SPD, FDP und BHE einigten sich auf eine Koalition. Reinhold Maier erhielt bei der Wahl des Ministerpräsidenten am 25. April 64 Stimmen, Gebhard Müller 50, sechs Stimmzettel waren leer.³¹⁵ Nach der überraschend vorgenommenen Vorstellung seines gesamten Kabinetts zog Reinhold Maier seine altväterliche Uhr aus der Westentasche und verkündete: „Die Länder Baden, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern sind im gegenwärtigen Zeitpunkt, 12.30 Uhr, zu einem Bundesland vereinigt. Gott schütze das neue Bundesland!“³¹⁶

Juristisch betrachtet war Maier bei seiner Wahl im Recht, doch gab es an seinem Vorgehen harsche Kritik, weil er die stärkste Partei, die CDU, die zudem in Baden und Württemberg-Hohenzollern die Mehrheit der Bevölkerung hinter sich hatte, von der Regierung ausgeschlossen hatte.³¹⁷ Viele Gegner des Südweststaats fühlten sich durch die überstürzte Art der Regierungsbildung in ihren Befürchtungen vor eine Majorisierung durch Württemberg-Baden bestätigt.³¹⁸

Walter Krause war von Beginn an ein entschiedener Anhänger des Südweststaates. Er war sich darin mit der Mehrheit in der SPD einig. Beim 40. Geburtstag des Landes Baden-Württemberg bezeichnete er das Zustandekommen des neuen Bundeslandes als einmaligen Glücksfall der deutschen Geschichte.³¹⁹ Im nachhinein hielt er die größte Stadt Badens, „sein“ Mannheim, sogar für den Schlüssel zum Erfolg der Südweststaatbefürworter. „Ohne Mannheim“, so sagte er, „gäbe es kein Baden-Württemberg“.³²⁰ Dabei war die Ausgangslage für die Befürworter des Südweststaates nicht leicht. Denn die Ressentiments der Badener gegenüber den Schwaben saßen tief. „Die kriegen das Frischfleisch und wir fressen

³¹⁵ Sauer (1977/1) 179-180

³¹⁶ Treffz-Eichhöfer 132; vgl. Sauer (1977/1) 185; Hauptstaatsarchiv Stuttgart: EA 1/20 P 32 Bü 5

³¹⁷ Möglicherweise war diese Haltung Reinhold Maiers auch eine Reaktion auf das Verhalten der CDU nach der Wahl zum zweiten württembergisch-badischen Landtag am 19. November 1950. Die CDU entzog sich nach einem für sie enttäuschenden Wahlergebnis dem nachhaltigen Werben Maiers um Teilnahme an einer CDU/DVP-Koalition, und zwar auch dann noch, als ein erster Wahlgang um das Amt des Ministerpräsidenten zwischen Reinhold Maier und Hermann Veit ergebnislos blieb. Als sich SPD und DVP schließlich doch noch auf Reinhold Maier als Ministerpräsidenten geeinigt hatten, kritisierte Maier die CDU scharf für ihre Verweigerungshaltung. (Sauer (1978) 468-470).

³¹⁸ Sauer (1977/1) 180; vgl. Adam 258-259

³¹⁹ Pressemitteilung des Landtags von Baden-Württemberg Nr. 57/92 v. 22.9.92; Krause (1978/1).

³²⁰ Krause (1994/1)

die Konserven“, oder „die sitzen näher am Brotlaib“ waren damals beliebte Redewendungen in Baden.³²¹

Es gab aber auch Gruppierungen, die sich mit der Niederlage von 1951 nicht abfinden wollten. Nach der Abstimmung gingen die „Altbadener“ zum Bundesverfassungsgericht. Dies entschied, daß das Bundesland Baden-Württemberg nach dem gemäß Artikel 118 Grundgesetz erlassenen 2. Neugliederungsgesetz rechtmäßig zustandegekommen sei. Die Altbadener könnten allerdings nach Artikel 29 Grundgesetz ein Volksbegehren zur Wiederherstellung des früheren Bundeslandes Baden fordern. Dieses Volksbegehren war erfolgreich. Vom 3. bis 16. September 1956 trugen sich über 15 Prozent der wahlberechtigten Bevölkerung in Baden (zehn Prozent wären nur notwendig gewesen) in die ausliegenden Listen ein.³²²

Die Altbadener wähten sich am Ziel. Doch Versuche, im Bundestag einen Gesetzentwurf über die Volksabstimmung in Baden durchzubringen, scheiterten. Gebiete, in denen ebenfalls erfolgreiche Volksbegehren stattgefunden hatten (Koblenz-Trier, Montaubaur, Rheinhessen, Oldenburg, Schaumburg-Lippe) wehrten sich gegen eine isolierte Behandlung der Badenfrage.³²³ Auf der Grundlage eines Entwurfs von Fritz Erler (SPD)³²⁴ machte der Bundestag im Jahr 1970 endlich den Weg für einen Volksentscheid frei.³²⁵ Abstimmungs-

³²¹ Schwäbische Post v. 19.5.83; Hepp 124 - Literatur zu diesem Thema: Koziol, Klaus, Badener und Württemberger - Zwei ungleiche Brüder, Stuttgart 1987 - Nach eigenen Aussagen engagierte sich Krause für die „Vereinigung Südwest“ und machte Wahlkampfveranstaltungen bis an die Schweizer Grenze. Allerdings gibt es dafür keine schriftlichen Belege. Ebenso fehlen in der Presse Belege für andere Aktivitäten Krauses für den Südweststaat. Darin ist allerdings keineswegs ein Beleg dafür zu sehen, daß Krauses eigene Darstellung, er habe sich sehr für den Südweststaat engagiert, nicht den Tatsachen entspricht. Denn angesichts ihres sehr begrenzten Umfangs hatten die damals erscheinenden Zeitungen einfach keinen Platz, um die Unternehmungen eines unbekanntenen Mannheimer Wahlkreiskandidaten zu würdigen.

³²² Sauer (1977/1) 214

³²³ Ebd.

³²⁴ Fritz Erler (1913-1967), entstammte einer sozialdemokratischen Familie im Berliner Arbeiterbezirk Prenzlauer Berg. Er wurde 1929 Mitglied der Sozialistischen Arbeiterjugend und trat 1931 der SPD bei. Sein Eintreten für eine organisierte illegale Tätigkeit unter der NS-Herrschaft führte im März 1933 zum Parteiausschluß. Erler nahm an Schulungskursen einer konspirativ arbeitenden Gruppe teil, aus der später die Widerstandsgruppe „Neu Beginnen“ hervorging. Im September 1938 wurden Erler und viele andere Mitglieder dieser Gruppe verhaftet. Der Volksgerichtshof verurteilte ihn 1939 zu zehn Jahren Zuchthaus. 1945 konnte er aus einem Transport zum KZ Dachau fliehen. Die französische Militärregierung setzte ihn im Mai 1945 als Landrat in Biberach ein, brachte ihn aber im Januar 1946 ins Internierungslager Balingen, aus dem er im Mai 1946 entlassen wurde. Seit 1946 gehörte er der Beratenden Landesversammlung und dem ersten Landtag von Württemberg-Hohenzollern an. Von 1949 bis 1967 war er Mitglied des Deutschen Bundestages. (Munzinger 12/67; Lexikon 52). - Weitere Literatur: R. Löwenthal, Die Widerstandsgruppe „Neu Beginnen“, hg. von der Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Berlin 1985.

³²⁵ Beschlossen wurde das Gesetz über den Volksentscheid im Gebietsteil Baden des Landes Baden-Württemberg gemäß Artikel 29 Abs. 3 des Grundgesetzes und die Neufassung des Gesetzes über Volksbegehren

berechtigt war die Bevölkerung innerhalb der Grenzen des alten Landes Baden. Die Wähler hatten die Wahl zwischen dem bestehenden Land Baden-Württemberg und der Wiederherstellung des alten Landes Baden. Am 2. Juni 1970 votierten 81,9 Prozent der Wähler für den Verbleib bei Baden-Württemberg.³²⁶ Das Ergebnis war auch deshalb so aussagekräftig, weil die Wahlbeteiligung mit 62,5 Prozent relativ hoch war. Damit wurde das Ergebnis der Abstimmung von 1951 eindeutig bestätigt.³²⁷ Für Walter Krause war es persönlich eine große Genugtuung, daß ein Altbadener wie der frühere Landtagspräsident Gurk anlässlich des zehnjährigen Bestehens des Landes Baden-Württemberg erklärte, er habe etwas Besseres gefunden, nämlich die Liebe, die nach der Heirat komme.³²⁸

Trotz der Mängel, die auf der Entstehungsgeschichte des Landes Baden-Württemberg liegen - keine Durchzählung der Stimmen im alten Land Baden, Verzögerung des zweiten Volksentscheids - hat sich das Land gut entwickelt. Weinacht schrieb, Baden-Württemberg sei gleich dreimal entstanden: zweimal von Bonn her, in der Entscheidung für ein Neugliederungsgesetz (1951) sowie in der Verzögerung des zweiten Volksentscheids (1970), und ein drittes Mal von innen heraus: „aus der Freigabe seiner historischen und Kulturlandschaften zu einem je unterschiedlichen baden-württembergischen Landesbewußtsein, das einer südwestdeutschen Geschichtslegende nicht mehr bedarf.“³²⁹

Baden-Württemberg blieb bis heute das einzige Beispiel einer erfolgreichen Länderneugliederung in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Walter Krause gestand: „Wir haben uns lange darauf sehr viel eingebildet.“ Je mehr er aber Abstand zu den Ereignissen gewinne, um so mehr werde ihm bewußt, „daß wir viel Glück gehabt haben, sehr viel Glück“. Für den Zusammenschluß von Baden und Württemberg hätten dabei besonders günstige Umstände sehr geholfen. An erster Stelle nennt Krause dabei die Politik der Amerikaner mit ihrer Grenzziehung entlang der Autobahn Karlsruhe - Stuttgart - Ulm - München, die nur militärische Gründe hatte. Krause ging sogar soweit zu behaupten: „Hätten sie sorgfältiger Rücksicht genommen auf die innerdeutschen Strukturen, dann hätten wir das Land Baden-Württemberg heute nicht.“ Denn die Integrationsbewegung in

und Volksentscheid bei Neugliederung des Bundesgebietes nach Artikel 29 Abs. 2 bis 6 des Grundgesetzes im Bundesgesetzblatt Teil I vom 28. Februar 1970 (Nr. 17).

³²⁶ Weinacht 321

³²⁷ Endemann 69

³²⁸ Krause 111 in Schaab (1993)

³²⁹ Weinacht 321

Baden und Württemberg hätte durch die willkürliche Querschneidung der alten Länder einen natürlichen Impuls bekommen. Als weitere, unentbehrliche Voraussetzung für das Zusammengehen von Baden und Württemberg bezeichnete Krause den Umstand, daß es Gebhard Müller und Theodor Eschenburg gelungen sei, mit dem Artikel 118 einen Neugliederungsartikel für den deutschen Südwesten in das Grundgesetz einzubringen. Wäre das nicht so gewesen und eine Neugliederung im Südwesten erst 1955 nach der Aufhebung der Suspendierung des Artikels 29 möglich gewesen, so hätte sich, wie Krause sagt, der Markt verlaufen. Dann hätten viele Leute die Meinung vertreten, die alten Länder seien das Nonplusultra.³³⁰

Demgegenüber gibt es aber auch kritische Stimmen, die beklagen, daß bei der Integration des neuen Landes Chancen vertan worden sind. Borst verwies vor allem auf die seiner Ansicht nach unbefriedigende Namensgebung für das neue Land. Der zusammengesetzte Name Baden-Württemberg mit seinem Bindestrichcharakter verhindere das Entstehen eines einheitlichen Staatsbewußtseins. Dieses Handicap erschwere die Bezeichnung von Eigenschaften, Eigenheiten oder Leistungen des Landes mit einem einprägsamen Adjektiv wie zum Beispiel „bayerisch“. Stattdessen hielt Borst einen nur aus einem Wort bestehenden Landesnamen für besser. Historisch angemessen für das neue Bundesland wäre seiner Ansicht nach die von den Archivverwaltungen vorgeschlagene Bezeichnung „Schwaben“ gewesen.³³¹

Als Beispiel für die ungenügenden Anstrengungen der baden-württembergischen Landesregierungen zur Schaffung einer gemeinsamen Identität nennt Borst den nachlässigen Umgang mit den Heimattagen Baden-Württemberg.³³² Auch eine gemeinsame Landeshymne könnte nach Meinung Borsts dazu beitragen, zwischen Wertheim und Meersburg ein Zusammengehörigkeitsgefühl entstehen zu lassen. Doch auch dieses Vorhaben sei gescheitert, weil ein entschiedener Wille dazu gefehlt habe.³³³ Die Folgen dieser unzureichenden Politik belegt eine Allensbach-Umfrage aus dem Jahre 1992. Zum ersten Mal führte das Institut für Demoskopie damals eine Umfrage zum Wir-Gefühl der baden-württembergischen Bevölkerung durch und hat dieses an der Landesfahne festgemacht. Die Frage lautete: „Freuen Sie sich eigentlich, wenn Sie die hiesige Landesfahne sehen?“ 38

³³⁰ Krause 111 in Schaab (1993)

³³¹ Borst 6

³³² Ebd. 8-15

Prozent antworteten mit einem Ja, 22 Prozent antworteten mit einem Nein und immerhin 40 Prozent waren Unentschieden.³³⁴ Borst stellt die sicher provokante These auf, ein Staatsgefühl im kollektiven Sinne werde „von oben“ gemacht. Es wachse nicht wie das Heckenröslein am Wegesrand, es werde nicht von Predigern oder Historikern gemacht, sondern durch die pragmatische und politische, an „Staatsbewußtsein“ zunächst gar nicht denkende Gestaltung und Entscheidung. Dieses Bewußtsein sei nicht die „Tat“, sondern die Reflexion, die der Tat folge. „Es berührt den emotionalen Lebensbezirk und meint menschliche Wärme und Aufgehobenheit. In diese Etage von Vertrauen und Heimatgefühl vorzudringen, wäre das höchste Geschenk für einen Bundesstaat wie Baden-Württemberg.“³³⁵

Diese Thesen von Borst führten auf einem Kolloquium anlässlich des 40jährigen Bestehens des Landes Baden-Württemberg zu heftigen Diskussionen.³³⁶ Siegfried Schiele, Direktor der Landeszentrale für politische Bildung, bezeichnete Baden-Württemberg als ein Land, das vielleicht nicht geliebt, aber dafür respektiert und nicht in Frage gestellt werde. Viele Menschen würden sich mit ihm identifizieren, weil es in vielen Bereichen hervorragende Leistungen erbringe. Er halte es geradezu für gefährlich, mit einer Hymne oder ähnlichem bestimmte Gefühle künstlich zu erzeugen.³³⁷ Ähnlich argumentierte Professor Mußnug. Der wirtschaftliche Erfolg sei wichtiger als die Farben der Landesflagge. Die Baden-Württemberger sollten sich damit trösten, daß das Geld für die Musikanten, die in Niedersachsen ihr „Wir sind die Niedersachsen, sturmfest und erdverwachsen“ schmettern, aus den Finanzausgleichszahlungen Baden-Württembergs stamme.³³⁸ Im Unterschied dazu brachte Professor Weinacht den Emotionen, die Bürger an einen Staat binden, Verständnis entgegen. Seine positiven Gefühle galten aber ausschließlich dem Land Baden. Baden-Württemberg war für ihn auch nach 40 Jahren noch ein Kunstprodukt, auf Krücken in die Welt gekommen, schräg und schief in das Buch der Geschichte eingeschrieben. Doch da es heute stehe, funktioniere es auch. Er stimmt mit Schiele darin überein, daß man keine Vergleiche zu Bayern mit seiner tausendjährigen Tradition ziehen dürfe.³³⁹ Ähnlich argumen-

³³³ Borst 15-19

³³⁴ Allensbach, ID, Umfrage 5104 vom Februar 1992

³³⁵ Borst 32

³³⁶ Publiziert ist das Kolloquium unter: Schaab, Meinrad (Hg.), 40 Jahre Baden-Württemberg - Versuch einer historischen Bilanz (1952-1992) - Kolloquium am 2. Juli 1992 in Freiburg i.Br., Veröffentlichungen der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg, Reihe B - Forschungen, 134. Band, Stuttgart 1993

³³⁷ Schiele 103

³³⁸ Mußnug 110 in Schaab (1993)

³³⁹ Weinacht 103-104 in Schaab (1993)

tierte auch Oberarchivrat Andermann. Das Finden einer baden-württembergischen Identität sei letztlich eine Frage der Zeit.³⁴⁰ Professor Wehling von der Landeszentrale für politische Bildung widersprach dem Ansinnen von Borst, das Zusammenwachsen von oben steuern zu wollen. Man solle den Bürgern selbst überlassen, worauf sie stolz sein wollen. Das könne auch der Mercedes-Stern sein.³⁴¹ Der SPD-Landtagsabgeordnete Walter Mogg³⁴² ging in diesem Zusammenhang auch auf die neuerdings wieder häufiger diskutierte Baden-Frage ein. Die SPD-Fraktion hätte im Jahre 1987 noch lange gezögert, bis sie dieses Schlagwort in die politische Debatte einbrachte, aus Furcht, unkalkulierbaren Entwicklungen Vorschub zu leisten. Letztlich aber haben diejenigen in der Fraktion obsiegt, die argumentierten, das Land sei so gefestigt, daß es solche Schlagworte aushalte. Wie schwer sich das Land auch heute noch mit gemeinschaftlichen Symbolen tue, sei ihm klar geworden, als der Landtagspräsident bei der Verabschiedung des Landtags im Jahre 1992 gewünscht habe, das Baden-Württemberg-Lied zu singen. Man habe dazu den Text auf den Tisch gelegt, allerdings ohne Noten. Deshalb sei das Ergebnis dementsprechend gewesen. In der SPD-Fraktion helfe man sich da auf gemeinsamen Ausfahrten auf andere Weise. Man singe dann das Badnerlied und anschließend „Preisend mit viel schönen Reden“.³⁴³ Professor Reinhard hielt denen, die an der Rechtmäßigkeit des Zustandekommens des gemeinsamen Bundeslandes aufgrund der bei der Abstimmung im Jahre 1951 erfolgten Auszählung in vier Bezirken zweifelten, die zweite Abstimmung im Jahre 1970 entgegen, die ein eindeutiges Votum für Baden-Württemberg erbracht hätte. Darin liege für ihn die demokratische Legitimation Baden-Württembergs.³⁴⁴

³⁴⁰ Andermann 105 in Schaab (1993)

³⁴¹ Weinacht 106 in Schaab (1993)

³⁴² Walter Mogg vertrat von 1984 bis 1996 den Wahlkreis Hechingen-Münsingen im Landtag. (Auskunft Pressestelle des Landtages vom 4.8.99)

³⁴³ Mogg 109-110 in Schaab (1993)

³⁴⁴ Reinhard 115 in Schaab (1993) - Trotz der nun fast fünf Jahrzehnte dauernden Geschichte Baden-Württembergs, die über weite Strecken eine wirtschaftliche Erfolgsgeschichte war, scheint ganz langsam, aber sicher die Badenfrage neu zu erstehen. Das leidenschaftliche Absingen des Badnerliedes vor Heimspielen des SC Freiburg oder des Karlsruher Sportclubs, das heftige Klagen badischer Politiker über jede Entscheidung der Landesregierung pro Stuttgart oder die neuerdings diskutierte Frage einer Baden-Partei sind dafür nur einige Indizien. (Stuttgarter Nachrichten v. 24.7.99; Stuttgarter Zeitung v. 28.6.99)



Klassentreffen des Abiturjahrgangs 1931 der Tulla-Oberrealschule Mannheim
am 25. Mai 1957
(Quelle: privat)

Die ersten Stufen auf der Karriereleiter

Walter Krause hätte zeitlebens als Meteorologe oder Mathematik-Dozent arbeiten können, wie er dies in jüngeren Jahren tat. Daß er in der zweiten Lebenshälfte Politiker wurde und auch blieb, entschied sich in den ersten Jahren seiner politischen Arbeit im Landtag. Dafür waren drei glückliche Fügungen maßgebend. Zum einen gab die gesellschaftliche Atmosphäre jener Zeit einer Persönlichkeit, wie Walter Krause sie war, eine reelle Chance. Zweitens bot das neu geschaffene Bundesland, so kurz nach dem Krieg entstanden, gerade jungen Leuten die Möglichkeit, relativ schnell aufzusteigen. Und drittens fand Walter Krause in Alex Möller einen Mentor, der das politische Talent des Walter Krause erkannte und förderte.

Walter Krause erinnerte sich noch als alter Mann an die harte Schule des Alex Möller. Er habe Möller viel zu verdanken gehabt. Der „Genosse Generaldirektor“ war es, der Krause, obwohl noch jung an Jahren und kein Jurist, aus der Mitte der Verfassungsgebenden Versammlung in den Verfassungsausschuß beordnete.

Dem Verfassungsausschuß unter dem Vorsitz Gebhard Müllers gehörten 11 Mitglieder der CDU, 8 Abgeordnete der SPD, 5 Mitglieder der FDP/DVP und 1 Mitglied des BHE an. Die Verhärtung der Fronten zwischen Regierungskoalition und CDU-Opposition unter Ministerpräsident Reinhold Maier erbrachte immer wieder das Abstimmungsergebnis von 14:11, die Atmosphäre war teilweise sehr erregt.³⁴⁵ Die härtesten Auseinandersetzungen entzündeten sich an der Schulfrage.³⁴⁶

In der Verfassungsgebenden Landesversammlung bewegte sich Krause auf einem Terrain, das für ihn geradezu ideal war. Die Themen kamen ihm entgegen, die parteiinternen Auseinandersetzungen innerhalb der SPD waren noch nicht so heftig. Seinem Verhältnis zum Staat und seinem ausgeprägt logischem Denken entsprach die Verbindung staatsbürgerlicher Themen mit juristischer Argumentation. Bei den Diskussionen in diesem Ausschuß kam ihm auch seine mathematische Intelligenz zugute. Es war für ihn, den Mathematiker und Meteorologen, wie ein Ritterschlag, als ihn ein Abgeordneter-Kollege, der Krauses

³⁴⁵ Adam 260-263

³⁴⁶ Ebd. 261-262. Mit der Erledigung des Schulartikels wich später die permanente Spannung unter den Abgeordneten einer gelösteren Stimmung. (Adam 263)

berufliche Herkunft nicht kannte, fragte: „Herr Kollege, Sie sind sicher auch Jurist?“³⁴⁷

Bei der Diskussion über die Verankerung der Grundrechte in der Landesverfassung vertrat er die Auffassung, daß es nicht richtig sei, die Grundrechte in der Landesverfassung zu wiederholen oder zumindest auf sie zu verweisen, weil das Land nur ein Gliedstaat sei und der Inhalt des Grundgesetzes natürlich auch im Land gelte. Viel wirkungsvoller sei es da, sich in der Präambel der Landesverfassung zum Grundgesetz zu bekennen.³⁴⁸

Wie gelang es dem jungen Nachwuchspolitiker, in der Runde der alten Männer, die fast ohne Ausnahme in der Weimarer Republik großgeworden waren, zu bestehen? Krauses Rezept klang simpel: „Ein normaler Abgeordneter ist wie ein normaler Mensch nicht besonders fleißig. In der Politik ist es wie in anderen Berufen. Wer etwas bietet, der hat schnell das Wort.“³⁴⁹ Sein Erfolgsgeheimnis war, daß er gründlicher als andere vorbereitet war. Dies erledigte er auf den Bahnfahrten zwischen Mannheim und Stuttgart. Aufgrund seines Fleißes und seiner klugen Beiträge stieg er bald zum Wortführer der SPD im Verfassungsausschuß auf.³⁵⁰

Krause war nicht nur Mitglied im Verfassungsausschuß, er gehörte auch einem kleinen Zirkel in diesem Ausschuß an, der Kompromißausschuß genannt wurde, und in strittigen Fragen nach einer Lösung suchte. Außerdem war er im Verfassungsausschuß Berichterstatter für den Teil „Regierung“.³⁵¹ Angesichts von Krauses Charakter nimmt es nicht wun-

³⁴⁷ Krause (1994/1). Krause hat sich im Landtag schon sehr früh als kommunalpolitisch interessierter Abgeordneter profiliert. Dabei hat er sich mit seiner Meinung nicht immer durchsetzen können. So hat er sich zum Beispiel für die Einführung einer Magistratsverfassung für Großstädte ausgesprochen, die den Oberbürgermeister in seinen Befugnissen stärker eingeschränkt hätte als die letztlich beschlossene Gemeinderatsverfassung. (Landtagsdebatte am 15. Mai 1955).

³⁴⁸ Krause, Landtagsdebatte am 16. Juni 1953

³⁴⁹ Krause (1994/1). Krause war bekannt für seinen Fleiß und seine Genauigkeit, die manchmal aber auch in Pedanterie umschlug: „Ich will nur darauf hinweisen, daß im Absatz 3 in der vierten Zeile das Semikolon in ein Komma zu ändern ist.“ (Landtagsdebatte am 8. Juni 1955) oder: „Darf ich bitten, daß Sie in der vorletzten Zeile korrigieren, daß es da nicht heißt „Religionsunterrichtes“, sondern „Religionunterrichts“? (Landtagsdebatte am 23. Juni 1953).

³⁵⁰ Krause (1994/1). Ein Beispiel sind seine Ausführungen zur Frage der Aufnahme der Grundrechte in die Landesverfassung in der Landtagsdebatte am 16. Juni 1953.

³⁵¹ Krause (1994/1). Außerdem haben zu den zehn Mitgliedern dieses Ausschusses Politiker wie Franz Gurk (CDU), Wilhelm Sempendörfer (CDU), Otto Gönnerwein (FDP/DVP), Willi Lausen (SPD) und Erwin Feller (BHE) gezählt. - Erwin Feller (geb. 1911) gehörte von 1952 bis 1953 der Verfassungsgebenden Landesversammlung an und war von 1953 bis 1957 außerdem Mitglied des Deutschen Bundestages (Weik 34). - Franz Gurk (1898-1984) trat 1945 in die CDU ein, gehörte von 1952 bis 1972 dem baden-württembergischen Landtag an und war von 1964 bis 1968 dessen Präsident (Munzinger 42/84). - Wilhelm Sempendörfer (1888-1973) gehörte 1945 zu den Mitbegründern der CDU in Baden-Württemberg. Von 1946 bis 1947 war er Kultusminister in Württemberg-Baden, von 1953 bis 1958 von Baden-Württemberg. 1971 trat er wegen der Ostpolitik aus der CDU aus (Munzinger 33-34/73). - Otto Gönnerwein (1896-1963) gehörte von 1950 bis 1952 dem Landtag von Württemberg-Baden, anschließend der Verfassungsgebenden Landesversammlung

der, daß er an der Arbeit im Verfassungsausschuß die Bereitschaft, sich gegenseitig zuzuhören, als besonders angenehm empfand.³⁵² Im Landtag führte er damals im Zusammenhang mit den Diskussionen um den Artikel 12 (Erziehung und Unterricht) aus: „Es ist dies, wenn Sie so wollen, auch das Ergebnis eines echten Gesprächs, das wir im Verfassungsausschuß gehabt haben, das Ergebnis einer echten Begegnung, die von dem Bemühen gekennzeichnet war, zu einer Einigung zu kommen.“³⁵³

Nach der Bundestagswahl am 6. September 1953 war der Ausschluß der Christdemokraten aus der baden-württembergischen Landesregierung vollends unhaltbar geworden. Die baden-württembergische CDU hatte die Bundestagswahl unter landespolitischen Gesichtspunkten geführt und Reinhold Maier hatte den Ausgang der Wahlen zu einer Entscheidung über seine Landes- und Bundesratspolitik gemacht.³⁵⁴ Das entscheidende Gespräch zur Ablösung der Regierung Maier durch ein Kabinett Müller fand allerdings schon vor der Wahl „in einer versteckten Ecke des Ratskellers in Ludwigsburg“ statt.³⁵⁵ SPD-Chef Alex Möller traf sich dort mit Gebhard Müller (CDU). Die beiden handelten Kompromisse in der Schulfrage und anderen wichtigen Themen aus und regelten die Zusammensetzung der neuen Regierung. Reinhold Maier erfuhr davon und trat sofort zurück. Am 30. September wählte eine Allparteien-Koalition aus CDU, SPD, FDP/DVP und GB/BHE Gebhard Müller zum neuen Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg.³⁵⁶

Die Koalition war schnell perfekt. Es wurde eine Kommission aus acht Abgeordneten (darunter der junge Walter Krause) ins Leben gerufen, um einen Kompromiß in den strittigen Fragen zu finden: Schulform, Elternrecht,³⁵⁷ christliche Gemeinschaftsschule, Lehrer-

und bis 1963 dem Landtag von Baden-Württemberg an. (Weik 41). - Willi Lausen (1901-1972) gehörte von 1947 bis 1949 dem Landtag von Württemberg-Baden und von 1952 bis 1958 der Verfassungsgebenden Landesversammlung bzw. dem Landtag von Baden-Württemberg an (Weik 74).

³⁵² Krause (1979) 13

³⁵³ Krause, Landtagsdebatte am 18. Juni 1953

³⁵⁴ Adam 265

³⁵⁵ Ebd. 266

³⁵⁶ Eschenburg 66. Vgl. Adam 266. Krause (1994/1) gab an, über das Treffen Müller/Möller vorab informiert gewesen zu sein.

³⁵⁷ Mit Elternrecht bezeichnet man das Recht der Eltern auf Erziehung und Ausbildung ihrer Kinder. Bruno Mascello, Elternrecht und Privatschulfreiheit, dargestellt an der Volksschule in der Schweiz und in Deutschland, Sankt Gallen 1994, (für Deutschland insbesondere die Seiten 209 bis 247) befaßte sich mit juristischen Aspekten des Bildungswesens, insbesondere mit der Freiheit der Privatschulen auf der Ebene der Volksschulen und mit dem korrespondierenden Elternrecht. - Fischer (1952) 21 unterteilte das Elternrecht in das Recht zur Bestimmung der Schulform, das Recht zur Mitaufsicht, das Recht zur Mitverwaltung und das Recht zur Miterziehung. Albert Fischer schilderte in dem Band „Zur Schulfrage in Baden-Württemberg“ (1952), ausführlich, allerdings auch sehr parteiisch, die Auseinandersetzungen um die Auslegung des Elternrechts bei

bildung, Schulgeld- und Lernmittelfreiheit, Privatschulen und Kirchenverträge.³⁵⁸ Die Art und Weise, wie dieser Kompromiß in den Sachfragen, unter dem Druck der Regierungsbildung, zustande kam, war für den jungen Politiker Krause ein prägendes Erlebnis. In der Schulfrage einigten sich die Parteien auf die Festschreibung des Status quo, festgehalten in Artikel 15 der Landesverfassung: „Die Formen der Volksschule bleiben in den einzelnen Landesteilen nach den Grundsätzen der Bestimmungen erhalten, die am 9. Dezember 1951 - das war der Abstimmungstag - gegolten haben.“ Den Beteiligten war klar, daß dies nur ein Kompromiß auf Zeit sein konnte. Aber nur so war die Bildung der Allparteienregierung unter Gebhard Müller und die Verabschiedung der Verfassung mit einer großen Mehrheit möglich.³⁵⁹

Das Kunststück der Lösung aller Probleme gelang dem sogenannten Kompromißausschuß an einem einzigen Tag, dem 21. September 1953. Kompromisse, so Krause in einer generalisierenden Feststellung, seien immer dann möglich, wenn alle Beteiligten die Verständigung anstrebten.³⁶⁰ Im Anschluß an die Bildung der Regierung wurden sofort die Ergebnisse des Koalitionskompromisses in die Verfassunggebende Landesversammlung eingebracht. Die Verfassung wurde am 4. und 5. November nochmals beraten und in der dritten Lesung am 11. November 1953 endgültig verabschiedet. Damit trat die baden-württembergische Landesverfassung in Kraft. Aus der Verfassunggebenden Landesversammlung wurde der erste Landtag des neuen Bundeslandes Baden-Württemberg.³⁶¹

der Bestimmung der Schulform auf dem Hintergrund der Diskussionen um den Schulparagrafen in den Verfassungen von Württemberg-Hohenzollern und Baden-Württemberg. Er zitierte beispielsweise den Landeselternbeirat der Volks- und Mittelschulen von Nordwürttemberg, der in einer Entschließung vom 28. Juni 1952 den „Mißbrauch“ des Elternrechts zur Festlegung einer bestimmten Schulform und fordert das Mitspracherecht der Eltern in allen die Kinder und Jugendlichen betreffenden Fragen. (Fischer (1952) 23).

³⁵⁸ Krause (1994/1). Krause übergab dem Verfasser dieser Arbeit bei einem der Gespräche eine Kopie des Originalpapiers zum Verfassungskompromiß, von Krause persönlich auf der eigenen Schreibmaschine geschrieben. Auf die Zugehörigkeit zur sogenannten Kleinen Kommission, die den Kompromiß aushandelte, wies Krause auch später noch gerne hin. Dies war für ihn auch so etwas wie ein Lehrbeispiel für das Ausloten eines fairen Kompromisses: „Das haben wir damals in wenigen Stunden geschafft, weil jeder vom anderen ganz genau wußte, was er denkt, wieweit es bei ihm geht und wo die Grenze des Möglichen liegt.“ (Landtagsdebatte am 22.9.66)

³⁵⁹ Die Sozialdemokraten waren nicht prinzipiell gegen Privatschulen. Krause erklärte in der Landtagsdebatte am 3. Februar 1956, daß die SPD Privatschulen in einem bestimmten Bereich für „wünschenswert und unterstützungswürdig halte, vor allem solche Schulen, die sich auf dem Gebiete der pädagogischen Forschung und des pädagogischen Reformversuchs bemühen.“ Dem Verfassungskompromiß des Artikels 14 Absatz 2 Satz der Landesverfassung habe die SPD zugestimmt, damit der Schulgeldersatz für die Privatschulen gesichert werde, soweit sie Schulgeldfreiheit gewähren.

³⁶⁰ Krause (1994/1)

Der die Schulfrage regelnde Artikel 11 der Landesverfassung lautete:

(1) Jeder junge Mensch hat ohne Rücksicht auf Herkunft oder wirtschaftliche Lage das Recht auf eine seiner Begabung entsprechende Erziehung und Ausbildung.

(2) Das öffentliche Schulwesen ist nach diesem Grundsatz zu gestalten.

Im Vergleich zu früheren Verfassungen, die nur „Erleichterungen für begabte Kinder minderbemittelter Eltern“ vorsahen, war dies ein großer Fortschritt hinsichtlich Chancengleichheit. Dieser Kompromiß wurde in einer großen, offenen Aussprache gefunden. Walter Krause erinnerte sich noch besonders gern an eine Aussage des Abgeordneten Simpfendorfer, der am 18. Juni 1953 im Landtag sagte: „Ich kann dem Herrn Abgeordneten und Kollegen Krause zustimmen, wenn er gerade gesagt hat, daß es bei der Beratung gerade dieses Artikels zu einem wirklichen Gespräch und zu einer echten Begegnung gekommen ist, und das Ergebnis entspricht dieser Arbeit.“³⁶²

Die Schulfrage hing eng mit der Frage der Gültigkeit der Konkordate zusammen.³⁶³ Im Artikel 11 b der Landesverfassung wurde festgelegt, daß die im früheren Land Baden und dem ehemaligen preußischen Regierungsbezirk Sigmaringen mit der katholischen und evangelischen Kirche abgeschlossenen Verträge für diese Gebiete weiterhin gelten. Dabei handelte es sich um das badische Konkordat vom 12. Oktober 1932, den Kirchenvertrag mit der evangelisch-protestantischen Landeskirche vom 14. November 1932 für das Gebiet des früheren Landes Baden, den Vertrag des Freistaates Preußen mit den evangelischen Landeskirchen vom 11. Mai 1931 und den Vertrag des Freistaates Preußen mit dem Heiligen Stuhl vom 14. Juni 1929 für das Gebiet des früheren Regierungsbezirks Sigmaringen.³⁶⁴ Diese Landeskondate und Verträge garantierten aber weder die Bekenntnisschule oder das Elternrecht noch die Lehrerbildung auf der Grundlage des Glaubensbekenntnisses. Das badische Konkordat beispielsweise erwähnte die Schulfrage gar nicht, weil darüber keine Einigung zu erzielen war. Baden wollte an der „Simultanschule mit christlichem Charakter im überlieferten badischen Sinn“ festhalten.³⁶⁵ Walter Krause begründete die ablehnende Haltung der SPD zur Gültigkeit des Reichskonkordats mit Bestimmungen, die noch „den Stempel des Nationalsozialismus tragen“. So legte das Reichs-

³⁶¹ Verfassung des Landes Baden-Württemberg vom 11. November 1953 (GBl. 53 S. 173)

³⁶² Pressemitteilung Nr. 57/92 v. 22.9.92 des Landtags von Baden-Württemberg („Prof. Walter Krause: Baden-Württemberg - Glücksfall der Geschichte“)

³⁶³ Vgl. dazu auch die Ausführungen im Kapitel „Vorgeschichte und Lösung der Schulfrage“

³⁶⁴ Walter Krause erkannte diese Verträge in der Landtagsdebatte am 17. Juni 1953 vorbehaltlos an.

³⁶⁵ Pflücker, Susanne, Das badische Konkordat vom 12. Oktober 1932, Mainz 1984. Vgl. Föhr, Ernst, Geschichte des badischen Konkordats, Freiburg 1958

konkordat unter anderem fest, daß die Bischöfe den Eid in die Hand des Reichsstatthalters bzw. des Reichspräsidenten zu geben hätten.³⁶⁶

Krause nahm in seiner Argumentation Bezug auf das preußische Konkordat von 1929. Anlässlich des Abschlusses habe der Apostolische Nuntius an den preußischen Ministerpräsidenten eine Note gerichtet, in der er das Bedauern zum Ausdruck gebracht hätte, daß keine Einigung in der Schulfrage erzielt worden sei. Dem habe der preußische Ministerpräsident Otto Braun entgegengehalten, daß es in Preußen aber keine Mehrheit für eine solche Festlegung gegeben habe.³⁶⁷ Dies sei deshalb so bemerkenswert, weil Preußen damals, abgesehen von Nassau, Konfessionsschulen besessen habe. Preußen aber habe sich nicht auf Dauer binden wollen, wie es vom Heiligen Stuhl gefordert worden war.³⁶⁸

Außerdem verwies Krause auf die Beratungen zum Grundgesetz in dieser Frage. In der Beschlußfassung zum Artikel 123 Absatz 2 des Grundgesetzes hieß es, daß die vom Deutschen Reich abgeschlossenen Staatsverträge in Kraft bleiben, wenn sie nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen gültig seien, unter Vorbehalt aller Rechte und Einwendungen der Beteiligten. Durch die Berichterstattung vor dem Parlamentarischen Rat sei zweifelsfrei klar gestellt worden, daß der Parlamentarische Rat sich in der Frage des Reichskonkordats ganz bewußt weder positiv noch negativ entschieden habe. Genüßlich zitierte Krause in der Debatte Heinrich von Brentano,³⁶⁹ den Fraktionsvorsitzenden der CDU im Bundestag, der in der Sitzung des Parlamentarischen Rates am 6. Mai 1949 ausgeführt hat: „Der Parlamentarische Rat konnte es nicht als im Rahmen seiner Zuständigkeit liegend erachten, zu der Frage der völkerrechtlichen und innerstaatlichen Weitergeltung der vom Deutschen Reich abgeschlossenen internationalen Verträge, so auch des Reichskonkordats von 1933, Stellung zu nehmen. Die Gültigkeit solcher Verträge ist, wie aus Artikel 123 hervorgeht,

³⁶⁶ Walter Krause, Landtagsdebatte am 17. Juni 1953

³⁶⁷ Otto Braun (1872 - 1955) (SPD) war von 1920 bis 1933 preußischer Ministerpräsident („Roter Zar von Preußen“) (Meyers Bd. 4 S.25)

³⁶⁸ Krause, Landtagsdebatte am 17. Juni 1953

³⁶⁹ Heinrich von Brentano (1904 - 1964), Mitbegründer der CDU in Hessen, war von 1955 bis 1961 Außenminister und von 1949 bis 1964 Mitglied des Bundestages. (Meyers Bd. 4 S.40)

nach den allgemein gültigen Reichsgrundsätzen zu beurteilen. In Artikel 123 wird darüber nicht entschieden.“³⁷⁰

Krause zitierte außerdem das Gutachten von Professor Kern, in dem es heißt, daß es „eine offenbare Zumutung wäre, die Zwangsregelung von 1933 anzuerkennen, und dies ist der Fall in der Schulfrage. Es handelt sich, bei Lichte besehen, um eine Art Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts“. Das Gutachten schließt mit der Bemerkung: „Ich komme daher zu dem Ergebnis, daß eine vertragsmäßige Bindung des deutschen Volkes und speziell des Landes Baden-Württemberg an das Konkordat nicht mehr besteht.“³⁷¹ Demgegenüber hielt Gebhard Müller für die CDU-Fraktion daran fest, daß das Konkordat in vollem Umfang gültig sei. Der Streit um die Gültigkeit des Konkordats wurde dann so gelöst, daß Rechte und Pflichten, die sich aus den Kirchenverträgen ergeben, von der Verfassung unberührt blieben.³⁷²

Bei der Frage der Volkswahl des Staatspräsidenten vertrat die CDU die Auffassung, daß der Staatspräsident auf sechs Jahre vom Volk gewählt werden solle. Der Staatspräsident solle so zu einem ruhenden Pol in der Auseinandersetzung zwischen den Parteien werden. Dem hielt die SPD die Gefahr ernster Konflikte zwischen Parlament und Regierung entgegen. Die Gegner einer Direktwahl des Staatspräsidenten, zu denen auch Krause zählte, kritisierten die Zwitterstellung einer solchen Institution, die einerseits plebiszitär gewählt, andererseits aber in die parlamentarische Kontrolle eingebunden sei. Krause führte als Argument auch die schlechten Erfahrungen mit der Direktwahl des Reichspräsidenten in der Weimarer Republik ins Feld. Die Verfassungsgebende Landesversammlung lehnte letztendlich die Einführung der Institution eines Staatspräsidenten ab.³⁷³

³⁷⁰ Krause, Landtagsdebatte am 17. Juni 1953

³⁷¹ Krause, Landtagsdebatte am 17. Juni 1953. In der großen bildungspolitischen Debatte am 22.9.66 erklärte der damalige Abgeordnete Schieler jedoch, daß das Bundesverfassungsgericht am 26. März 1957 die Gültigkeit des Reichskonkordats grundsätzlich bejahe, es jedoch den Ländern überlasse, „in eigener Verantwortung und in freier Entscheidung darüber zu befinden, wie sie ihr Schulrecht gestalten wollen“.

³⁷² Krause (1979) 14

³⁷³ Krause, Landtagsdebatte am 8. Oktober 1953

Verdienste in der Bildungspolitik

Krauses heimliche Leidenschaft war die Bildungspolitik, die damals, in den 60er und 70er Jahren, einen relativ hohen Stellenwert besaß. Für die Sozialdemokraten waren gleiche Bildungschancen der Schlüssel zum gesellschaftlichen Aufstieg. Damit bewegte sich Krause auf sicherem sozialdemokratischem Terrain.³⁷⁴

Auch auf Parteitagen meldete er sich zu diesem Thema zu Wort. 1956 erläuterte er auf dem SPD-Bundesparteitag in München, wie neue bildungspolitische Erkenntnisse in praktische Politik umgesetzt werden könnten.³⁷⁵ 1962 auf dem Parteitag in Köln sprach er vom „Generalgrundsatz“ sozialdemokratischer Forderungen, der auch sein eigener war: „Jeder junge Mensch muß die Möglichkeit erhalten, sich entsprechend seinen Fähigkeiten zu entfalten.“³⁷⁶

Schon früh nannte er fünf bildungspolitische Forderungen der SPD: erstens den Aufbau einer Volksschule mit neunjähriger Schulpflicht, zweitens den Aufbau eines zweiten Bildungsweges, der den Aufstieg von der Volksschule über die Berufsausbildung bis zur Hochschulreife ermöglichte, drittens die finanzielle Förderung von jungen Menschen, deren Eltern kein Studium finanzieren konnten, viertens den Ausbau der Erwachsenenbildung und fünftens die Hochschulreform.³⁷⁷ Es spricht für den Politiker Krause, für seine Vertrauenswürdigkeit und Ernsthaftigkeit, daß er während seiner Bürgermeisterzeit in Mannheim all dies verwirklichte, noch bevor es im Land Pflicht bzw. Standard wurde. In seiner Funktion als Kabinettsmitglied der Großen Koalition setzte er dann einige dieser Forderungen im ganzen Land um.

Maßgebliche Schulnormen in der Landesverfassung gehen auf Krause zurück, der schon während der Beratungen der Verfassungegebenden Landesversammlung seinen Einfluß als Mitglied des Verfassungsausschusses zu diesem Zwecke nutzte. So machte er sich frühzeitig für die Schulgeld- und Lernmittelfreiheit stark.³⁷⁸ Später folgten, gleichsam als Zeugnis

³⁷⁴ Schäfer 95

³⁷⁵ Schulz 104

³⁷⁶ SPD-Parteitag 1962 S. 393

³⁷⁷ Mannheimer Morgen v. 10.7.63. Diese Forderungen erhob Krause bereits in der Landtagsdebatte am 29. November 1961.

³⁷⁸ Krause, Landtagsdebatten am 18.6.53 und am 21.10.53

für die bildungspolitischen Anstrengungen der Großen Koalition unter Filbinger und Krause, die Abschaffung der Konfessionsschule und der einklassigen Zwergschule, eine durchgängige Schulreform von unten bis oben und ein neues Hochschulgesetz. Die Einführung der christlichen Gemeinschaftsschule und der simultanen Lehrerbildung im ganzen Land wird im Zusammenhang mit den Regierungsbildungen in den Jahren 1966 und 1968 noch ausführlich beschrieben werden. Außerdem sei noch erwähnt, daß Krause einer der geistigen Väter der 1972 neu errichteten Landeszentrale für politische Bildung war.³⁷⁹

In den ersten Jahren des neuen Bundeslandes stand neben der Abschaffung des konfessionell getrennten Unterrichts die Einführung des neunten Pflichtschuljahres im Zentrum der bildungspolitischen Diskussion. Krause war einer der entscheidenden Vorkämpfer für diese Reform.³⁸⁰ Man merkte Krause an, daß er voll und ganz hinter seinen Argumenten stand, wenn er sich gegen Vorwürfe seitens der Wirtschaft wehrte, die Forderung nach dem neunten Pflichtschuljahr habe nur etwas mit der aktuellen Lehrstellensituation zu tun. „Mit solchen wirtschaftlichen Argumenten ist zu allen Zeiten gegen eine Verlängerung der Schulpflicht gekämpft worden; diese Argumente können für uns nicht entscheidend sein.“ Die Sozialdemokraten würden dagegen die Frage nur aus der Sicht des Kindes betrachten. Er sei der Überzeugung, daß ein Kind nach acht Schuljahren keine ausreichende Basis für sein berufliches Leben habe.³⁸¹ Die seelisch-geistige Entwicklung der Kinder sei, so Krause, nach dem achten Schuljahr mit 14 Jahren noch nicht reif für den Eintritt ins Berufsleben. Zweitens kritisierten viele Stimmen aus der Industrie, aber auch aus dem Gewerbe und der Landwirtschaft, daß es den Kindern mit 14 Jahren an der Allgemeinbildung und am Verständnis für die Zusammenhänge im Leben der Menschen noch fehle. Drittens erfordere der wachsende internationale Kontakt eine verstärkte Ausbildung. Und viertens seien die 14jährigen mit der Wahl des richtigen Berufs überfordert. Letztlich ist es der Kraft dieser Argumente zuzuschreiben, daß am Ende der Diskussion auch in Baden-Württemberg das neunte Pflichtschuljahr eingeführt wurde.³⁸²

³⁷⁹ Lauber 63-65

³⁸⁰ Krause, Landtagsdebatte am 25.2.53; SPD-Parteitag 1962 S. 395; vgl. Krause, Landtagsdebatte am 11. Oktober 1962

³⁸¹ Krause, Landtagsdebatte am 11.2.53; vgl. Landtagsdebatte am 25.2.53 - Immer wieder sprach Krause im Landtag auch zu anderen schulpolitischen Fragen: zum Beispiel am 20. Mai 1953 zur Unterhaltshilfe für Studienreferendare, am 28. Oktober zur Finanzierung von Schulbauten, am 25. November 1952 zur staatsbürgerlichen Erziehung.

³⁸² Krause, Landtagsdebatte am 21. Juli 1960, Landtagsdebatte am 5. Oktober 1960

Daneben gab es aber auch bildungspolitische Initiativen der SPD während der Krause-Ära, die aus unterschiedlichen Gründen keinen Erfolg hatten. Im Oktober 1969 legte die SPD-Fraktion ein „Denkmodell zur Demokratisierung“ des Schulwesens vor. Am 30. Juli 1970 brachten die Sozialdemokraten dazu zwei wichtige Gesetzesentwürfe ein. Diese wurden jedoch bis zum Ende der Legislaturperiode nicht abschließend behandelt. Dabei handelte es sich um die Aufnahme der Gesamtschule als Regelschule und um eine verstärkte Mitbestimmung von Lehrern, Eltern, Schülern und Schulträgern bei den inneren Angelegenheiten der Schulen. Die Schulleiter, so die Vorstellung der Sozialdemokraten, sollten von den Lehrern der Schule und von Vertretern der anderen in der Schule beteiligten Gruppen gewählt werden.³⁸³

Nicht viele Freunde in linken Kreisen machte sich Krause, als er gemeinsam mit seinen SPD-Kabinettskollegen der Ersten Novelle zum Landeshochschulgesetz zustimmte, die die Auflösung der verfaßten Studentenschaft zum Ziel hatte. Der Vollzug dieses Beschlusses wurde nur wegen der Beratungen im Bund über ein Hochschulrahmengesetz vertagt.³⁸⁴

In Krauses Politikerzeit stand das Thema „Bildung“ ganz oben auf der politischen Tagesordnung. Neben der Verwaltungsreform errang Krause auf diesem Gebiet seine größten und nachhaltigsten Erfolge, die die bildungspolitische Landschaft in Baden-Württemberg entscheidend geprägt haben und bis heute nachwirken. Krause verschrieb sich dem Thema „Bildung“ nicht, um sich im Sinne einer politischen Karriere zu profilieren. Wenn es um Bildung ging, spürte jedermann, daß Krause für die in Artikel 11 der Landesverfassung verankerten Bildungsrechte mit voller Überzeugung kämpfte.³⁸⁵

Krause hatte selbst den Wert einer guten Bildung am eigenen Leib erfahren. Aus kleinbürgerlichen Verhältnissen stammend, ermöglichte ihm die Bildung den sozialen Aufstieg. Diese persönlichen Erfahrungen waren mit großer Wahrscheinlichkeit der Motor für sein lebenslanges Engagement, die Bildungschancen für breite Bevölkerungsschichten zu ver-

³⁸³ Schadt 285

³⁸⁴ Ebd.

³⁸⁵ Krause, Landtagsdebatte am 29. November 1961. Krause war Bildungspolitiker mit Leib und Seele. Ein Beispiel: Krauses Interesse an der wenig publicityträchtigen Volkshochschularbeit. So tauchte er zum Beispiel auch noch als prominenter Politiker häufig in Veranstaltungen der Volkshochschule auf, unangemeldet und ohne auf namentliche Begrüßung zu bestehen. Von 1962 bis 1967 gehörte er dem Vorstand der Mannheimer Volkshochschule an.

bessern.³⁸⁶ Als Hans-Jochen Vogel, der damals als Berichterstatter fungierte, auf dem SPD-Bundesparteitag des Jahres 1962 in Köln einen Antrag dahingehend abschwächen wollte, daß der Ausbau der Volksschule, des berufsbildenden Schulwesens und des zweiten Bildungswesens „nicht zu kurz kommen“ solle, widersprach Krause und verlangte, daß „das Schwergewicht“ auf den genannten Punkten liegen müsse.³⁸⁷

Die Bildungspolitik war außerdem der entscheidende, vielleicht sogar der einzig wichtige Politikbereich, über den neutrale Beobachter Krause als Sozialdemokraten identifizieren konnten. Die Verwaltungsreform war weder „typisch SPD“ noch „typisch CDU“. Leidenschaftliche Reden zu Pazifismus oder Abrüstung hielt Krause ebensowenig wie er klassenkämpferische Parolen mochte. Bezeichnend für Krauses Forderungen in der Bildungspolitik war, daß es sich dabei um Neuerungen handelte, die heute als selbstverständlich gelten und von niemandem mehr in Zweifel gezogen werden. Zu Krauses Zeit war dies anders. Damals mußten noch manche von der Wichtigkeit und Finanzierbarkeit dieser Maßnahmen überzeugt werden. Für Krauses politische Identifikation mit der SPD war es ein großer Vorteil, daß seine praktische Vernunft und das SPD-Bildungsprogramm jener Zeit übereinstimmten. Über die Bildungspolitik fand er ein Stück Heimat in der SPD.

Ende der 60er Jahre, Anfang der 70er Jahre liefen die bildungspolitischen Ansichten Krauses und die der Mehrheit in der SPD zunehmend auseinander. Während sich die Mehrheit der Sozialdemokraten der Gesamtschule verschrieb, hielt sich Krause bei diesem Thema zurück. Er hat sich zwar nie ausdrücklich dagegen ausgesprochen, aber er hat sich erkennbar wenig dafür interessiert. Ulrich Lang, der spätere Partei- und Fraktionsvorsitzende, erinnerte sich, „wie uns damals Fragen wie Gesamtschule oder dreigliedriges Schulsystem bewegt haben“. Von Krause war dazu kaum etwas zu hören. „Dazu hat er nichts Überzeugendes gesagt. Was er dazu eingebracht hat, habe ich als „typischen Krause“ verinnerlicht, nämlich Organisationsfragen.“ Ulrich Lang konnte sich noch 20 Jahre später gut erinnern, wie Krause nach seiner Nominierung für das Schattenkabinett von Erhard Eppler bei der Landtagswahl 1976 zu ihm gekommen sei, um über bildungspolitische Themen zu reden. Lang empfand es irgendwie als merkwürdig, daß sich ein potentieller Bildungsminister bei einem jungen Mann wie ihm Ratschläge hole. Er gewann den Eindruck, daß das, was

³⁸⁶ Daß Sachkenntnis und Leidenschaft durchaus zusammenpassen, macht gerade Krauses entschlossenes Eintreten für die Einführung des neunten Pflichtschuljahres deutlich. Siehe z.B. Landtagsdebatte am 3. Juli 1957, Landtagsdebatte am 11. Oktober 1962

Krause zur aktuellen Bildungspolitik zu sagen hatte, doch „sehr angelesen“ gewirkt habe. Zu den „soziologischen, pädagogischen und gesellschaftspolitischen Fragen“ habe er keinen richtigen Zugang gehabt. Als die Wahl dann verloren gegangen sei, habe sich Krause dafür auch nicht mehr interessiert.³⁸⁸

Auch Noller hat beobachtet, daß sich Krause in den siebziger Jahren für die Bildungspolitik nur interessiert hat, „soweit das politisch notwendig war.“³⁸⁹ Die von Picht³⁹⁰ angestobene bildungspolitische Diskussion, mit der Erörterung von allgemeinen Erziehungsfragen und pädagogischen Zielen sei erkennbar nicht mehr seine Zeit gewesen.³⁹¹ Krause wäre ein anderer gewesen, hätte er sich dem Gesamtschulkonzept seiner Partei offen widersetzt. Bezeichnend ist Nollers Antwort auf die Frage, ob Krause für die Gesamtschule gewesen sei. „Er war dafür, aber ob er auch innerlich dafür war, weiß ich nicht.“ Und er fügte hinzu: „Das war ja so unter Eppler - man mußte immer was raushängen.“ Krause gehörte zu einer Generation von sozialdemokratischen Politikern, die auf Chancengleichheit, aber auch auf das Leistungsprinzip setzten. Jeder sollte die Möglichkeit haben, die Leistung auch in der Schule unter Beweis zu stellen, unabhängig von den finanziellen Möglichkeiten der Eltern.³⁹²

Gerhard Noller, der sich in den siebziger Jahren intensiv der Bildungspolitik widmete, wollte „eine andere Qualität in der Bildung, keine quantitative Erweiterung“. Er befürwortete zunächst die Gesamtschule, weil er sich davon mehr Chancengleichheit versprach. Später jedoch lehnte er die Gesamtschule ab, als er merkte, daß diese ideologisch besetzt war, als die Befürworter dort „einen besseren Menschen erziehen wollten“.³⁹³ Im Unter-

³⁸⁷ SPD-Parteitag 1962, S.420

³⁸⁸ Ulrich Lang (1998)

³⁸⁹ Noller (1998)

³⁹⁰ Georg Picht (1913-1982), deutscher Pädagoge und Religionsphilosoph, Professor in Heidelberg, war mit seiner Kritik am Bildungswesen einer der Wegbereiter der Bildungsreformen („Die deutsche Bildungskatastrophe“ (1964)). (Meyers, Bd. 17, 3. aktualisierte Auflage, Mannheim 1990)

³⁹¹ Ulrich Lang (1998)

³⁹² Noller (1998). Noller (geb. 1922) (SPD) war von 1968 bis 1980 Landtagsabgeordneter. Vgl. auch Kurzbiographien der befragten Zeitzeugen im Anhang.

³⁹³ Er hatte dazu ein prägendes Erlebnis, als er einmal die Modell-Gesamtschule in Weinheim besuchte und dort große Unordnung („Papier lag auf dem Boden rum. Es sah aus, als ob es gestürmt hätte. Es war nichts aufgeräumt. Die antiautoritäre Erziehung kam dazwischen.“) beobachtete. Vor diesen Karren wollte er sich nicht spannen lassen. (Noller (1998)). - Auch ein anderer Mitstreiter Krauses im Kampf für die Abschaffung der Konfessionsschulen, Wilhelm Hahn, kämpfte vehement gegen die Gesamtschule. Das eigentliche Motiv für die Forderung nach Einführung der Gesamtschule war für ihn nicht ein pädagogisches, sondern ein gesellschaftspolitisches. Aus der Sicht von Hahn sollte die Gesamtschule die egalitäre Gesellschaft einführen: „Die ideologische Basis der Forderung nach der Gesamtschule ist, wie bereits erwähnt, die Behauptung der

schied zu den bildungspolitischen Maßnahmen, die Krause und seine „Weg-Genossen“ durchgesetzt hatten, hat sich die Gesamtschule auch nach 25 Jahren noch nicht etabliert. Die Bewertung der Gesamtschule muß subjektiv bleiben. Sie bleibt ideologisch umstritten. Damit war sie auch kein geeignetes Umfeld für einen wie Krause.³⁹⁴

Im Laufe der Jahre verstärkte sich der Konflikt zwischen Krause und Teilen der SPD auch im Bereich der Bildungspolitik. Auslöser war der finanzielle Aspekt der Bildungsreformen. Krauses Haltung, mit weniger Geld und weniger Personal die zusätzlichen Aufgaben zu bewältigen, fand in der SPD nicht viel Resonanz. Zum offenen Streit mit seiner Partei kam es wohl nur deshalb nicht, weil Krauses Ministerzeit im Jahre 1972 endete.³⁹⁵

Gleichheit aller Menschen. Nichts ist unrealistischer und muß zu größeren Enttäuschungen führen. Denn nun werden die gleichen Anforderungen an völlig verschieden veranlagte Menschen gestellt, die ganz unterschiedliche Leistungen erbringen könnten, nun aber einseitig auf ihre rationalen Leistungen geprüft werden. (Hahn, Wilhelm 138-140).

³⁹⁴ Die Literatur zur Bildungs- und Gesamtschuldiskussion in den 70er Jahren ist nahezu unüberschaubar. An dieser Stelle nur ein sehr kleiner Ausschnitt: H. Becker, R. Dahrendorf, P. Glotz, H. Maier, Die Bildungsreform - eine Bilanz, Stuttgart 1976; Referat Öffentlichkeitsarbeit des Presse- und Informationszentrums des Deutschen Bundestages (Hg.), Bildungspolitik (I) - Bildungsbericht, Hochschulbauförderung und Bildungsgesamtplan (Zur Sache 5/72; Themen Parlamentarischer Beratung) - Aus den Bundestagssitzungen vom 14. Oktober 1970; vom 9. Juni und 24. September 1971 und vom 12. April 1972 (72., 126., 136. und 180. Sitzung der 6. Legislaturperiode), Bonn o.J., mit einem Beitrag von Wilhelm Hahn zu den Themen „Leistungen der Länder - Zentralisierung - Reform - Finanzplanung - Vermehrung des Lehrpersonals - Zahl der Abiturienten - Defizit an Studienplätzen - Finanzierung“, S.36-42; Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Landesverband Baden-Württemberg, Gesamtschule in Baden-Württemberg, Stuttgart 1980.

³⁹⁵ Schwäbisches Tagblatt v. 6.6.67 - Zur Bildungsprogrammatik der SPD in den 70er Jahren: Anhörung der Landtagsfraktionen der SPD und der FDP/DVP zur „Situation der Gesamtschulen“ am 27. September 1977, Stuttgart, Landtag, o.J., ohne Herausgeber (Signatur in der Württembergischen Landesbibliothek: 32 a 1851); Vorstand der SPD, Bildungspolitische Leitsätze der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Stuttgart o.J.; Vorstand der SPD (Hg.), Entwurf - Modell für ein demokratisches Bildungswesen, Bad Godesberg o.J. .

Hohes Ansehen als Bürgermeister in Mannheim

Will man die Leistungen von Lehrern und Schülern in der Nachkriegszeit richtig würdigen, darf man nicht vergessen, in welcher Situation sich die Schulen damals befanden. Kurz vor Ende des Krieges wurde der Unterricht beendet, zunächst in den bombardierten Städten, später auch auf dem Land. Ende des Jahres 1945 begann an einigen Schulen wieder der Unterricht. Von den 240 000 Volksschülern erhielten zu dieser Zeit 40 Prozent normalen Unterricht, 48 Prozent mußten mit der Hälfte des Unterrichtsangebots aus der Weimarer Zeit zufrieden sein, 12 Prozent der Kinder wurden im Notbetrieb nur wenige Wochenstunden unterrichtet. Viele entwurzelte Kinder von Heimatvertriebenen mußten integriert werden. Die Schulgebäude waren nicht nur in Mannheim größtenteils zerstört. Wegen Platzmangels wurde häufig in denselben Räumlichkeiten im Schichtbetrieb unterrichtet. Es fehlte an Lehr- und Lernmitteln, in einer Klasse saßen oft 40 und mehr Schüler.³⁹⁶

Neben den Schulräumen fehlte infolge von Tod, Verwundung und Kriegsgefangenschaft sowie politischer Säuberung qualifiziertes Lehrpersonal. Von den 3136 württembergischen Volksschullehrern, die zum Ende der NS-Zeit im öffentlichen Schuldienst beschäftigt waren, standen Ende 1945 nur knapp 20 Prozent zur Verfügung. Die Schulverwaltung erhöhte deshalb die durchschnittliche Klassenstärke an den Volksschulen auf etwa 70 Schüler. Häufig war ein Lehrer für zwei bis drei Klassen verantwortlich, die sich im Schichtbetrieb die wenigen Klassenzimmer teilten.³⁹⁷

Andererseits entwickelten sich schon bald rege schulische Aktivitäten. Im Frühjahr 1946 fanden die ersten Schulsportfeste statt, findige Lehrer organisierten Klassenfahrten mit dem Fahrrad, dem Omnibus oder auf zugigen Lastwagen zu Sehenswürdigkeiten der Heimat. Der Mangel an Büchern und Vorschriften ermöglichte auch einen größeren pädagogischen Freiraum. Mit den Jahren 1947/48 nahm die Zahl der Verwaltungsvorschriften, Erlasse, Bekanntmachungen und schriftlichen Weisungen deutlich zu. Die Amtsblätter der Kultusministerien wurden umfangreicher und in gleichem Maße die schulrechtlichen Handbücher für die Lehrer zahlreicher. Im Einzelfall waren all diese Regelungen sinnvoll, aufs Ganze gesehen aber bewirkten sie Ende der vierziger, Anfang der fünfziger Jahre eine

³⁹⁶ Friederich 246

Abkehr von der pädagogischen Aufbruchstimmung der ersten Nachkriegsjahre, eine Umkehr von der „Arbeitsschule“ zur „Lernschule“. Die Not der Anfangsjahre hatte dazu gezwungen, sich auf die elementaren Bildungsinhalte zu beschränken. Der Mangel an Lehrbüchern hatte den Aufbau einer „Buchsche“ verhindert und die Selbständigkeit der Schüler gefördert. Botanische und mineralogische Sammlungen, Begegnungen mit Persönlichkeiten des öffentlichen und kulturellen Lebens, Bastelarbeiten zum Geschichts-, Geographie-, Biologie- und Physikunterricht und vieles andere mehr ersetzten die Buchlektionen, schufen einen Gemeinschaftssinn in den Schulklassen und zwangen die Lehrer zur didaktischen Findigkeit. Das Schulleben war in den Jahren kurz nach dem Krieg reichhaltiger und bunter als jemals zuvor oder danach.³⁹⁸ Trotz der widrigen äußeren Bedingungen für das Lernen und Lehren in der Schule erzielten die Schüler bemerkenswerte Lernergebnisse. Da dies die Fachleute erstaunte, wurde die Volksschulprüfung des Jahres 1950 genau analysiert. Die Aufsatzleistungen waren „besonders erfreulich“, die Rechenergebnisse „im allgemeinen befriedigend“ und die Rechtschreibung „sehr gut“.³⁹⁹

Walter Krause wurde im Jahr 1955, als die materiellen Bedingungen schon wesentlich besser waren als bei Kriegsende, verglichen mit heute sich aber immer noch bescheiden ausnahmen, vom Mannheimer Gemeinderat zum Bürgermeister gewählt.⁴⁰⁰ Elf Jahre diente er in dieser Funktion seiner ihm zur Heimat gewordenen Stadt Mannheim, zuständig für Kultur, Schule und Sport. In der Bildungspolitik hieß dies zunächst einmal die Erweiterung des vorhandenen Schulraums, der Ausbau des Schulsystems und eine Bildungsoffensive für breite Schichten. Einer seiner Leitsätze war: „Wir bauen nicht für heute, wir bauen für morgen.“ Insgesamt gab Mannheim während seiner Ägide 100 Millionen Mark für den Schulbau aus.⁴⁰¹

Aber Krause begnügte sich nicht mit der Reparatur der größten Schäden an den Gebäuden. Er baute auch die Konzeption des Schulsystems richtungsweisend aus. Einer seiner großen Entscheidungen war die Einführung des neunten Schuljahres, noch bevor es im

³⁹⁷ Ebd. 242-243 - Becker erinnerte sich, daß es in Mannheim auch in den fünfziger Jahren noch Schichtunterricht gegeben habe. Krause, „der Mathematiker“, habe in dieser schwierigen Situation musterhafte Stundenpläne aufgestellt. (Becker (1999))

³⁹⁸ Friederich 243-248

³⁹⁹ 70,8 Prozent der Prüflinge hatten im Diktat weniger als fünf Fehler. (Friederich 250)

⁴⁰⁰ Zunächst war Krause nur für Schule und Sport zuständig, ab dem 1.1.1962 auch für den Kultusbereich.

⁴⁰¹ Mannheimer Morgen v. 4.8.68

ganzen Land Pflicht wurde. Dasselbe galt für den Fremdsprachenunterricht in der Hauptschule. In beiden Fällen galt es, Kultusministerium und Eltern zu überzeugen.⁴⁰²

Bei der Realisierung eines Pilotprojektes wie der Einführung des neunten Schuljahres war es natürlich ein großer Vorteil, daß Krause auch Abgeordneter im baden-württembergischen Landtag war. Andererseits bedeutete diese Doppelfunktion natürlich auch eine enorme zeitliche Belastung. Schließlich war Krause nicht nur einfacher Landtagsabgeordneter, sondern von 1958 bis 1961 stellvertretender Fraktionsvorsitzender, von 1961 bis 1964 gleichberechtigter Fraktionsvorsitzender gemeinsam mit Hermann Veit⁴⁰³ und von 1964 bis 1966 alleiniger Fraktionschef der SPD im Landtag. Krause hatte zu dieser Belastung seine ganz eigene Einstellung: „Ich habe mich nie über die Arbeit beklagt. Das ganze Gejammer ist vordergründig. Wenn man eine Sache gern macht, kann man sehr viel bewältigen.“⁴⁰⁴

Für Mannheim hat sich die Doppelfunktion von Walter Krause ohne Zweifel ausgezahlt, zum Beispiel im Hinblick auf die Universität. In seiner Rede vor dem Landtag am 2. Februar 1961 legte er die Notwendigkeiten für den Ausbau der Wirtschaftshochschule zur Universität dar. Die langdauernden, äußerst harmonischen Beziehungen zwischen der Hochschule und ihrem wirkungsvollsten Förderer würdigte die Alma mater 1974 mit der Ernennung Krauses zum Ehrensator.⁴⁰⁵

⁴⁰² Wacker 124

⁴⁰³ Hermann Veit (1897-1973) (SPD) war während der NS-Zeit Strafverteidiger von bekannten Sozialdemokraten und nach dem Krieg Oberbürgermeister von Karlsruhe. Er gehörte von 1946 bis 1949 und von 1950 bis 1951 dem Württembergisch-Badischen Landtag an. Von 1949 bis 1953 war er Bundestagsabgeordneter und von 1956 bis 1973 Abgeordneter im Landtag von Baden-Württemberg. Veit war von 1946 bis 1952 Wirtschaftsminister von Württemberg-Baden. Von 1952 bis 1960 bekleidete er dasselbe Amt in Baden-Württemberg. Außerdem war er stellvertretender Ministerpräsident von Württemberg-Baden (1951-1952) und von Baden-Württemberg (1952-1960). (Weik 125 und 152). - Literatur zu Hermann Veit: Feuchte, Paul, Hermann Veit, in: Baden-Württembergische Biographien, Bd. 1 (1994), S.368-372; Trauerfeier für Prof. Dr. E.h. Hermann Veit, Erster stellvertretender Präsident des Landtages, Wirtschaftsminister a.D. – am 21.3.1973 im Haus des Landtages, Stuttgart 1973

⁴⁰⁴ Krause (1994/2). Mitte der 60er Jahre unterschied sich die politische Arbeit allerdings deutlich von den Verhältnissen am Ende des Jahrhunderts. Ein Beispiel: Walter Krause begab sich im Jahr 1965 in seinen Funktionen als Schulbürgermeister in Mannheim und als Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion auf eine sechswöchige Informationsreise durch die USA. Dreißig Jahre später ist so etwas kaum noch vorstellbar. Bei dieser Gelegenheit wurde ihm die Ehrenbürgerwürde von New Orleans verliehen. (Deutsches Volksblatt v. 13.3.65 und v. 1.4.65); Feuchte, Paul, Veit, Hermann, in: Baden-Württembergische Biographien, Bd.1 (1994), S.368-372

⁴⁰⁵ Jacobs 49. Mehr über die Universität Mannheim und ihre Geschichte ist nachzulesen in: König, Heinz, Die Universität Mannheim in Vergangenheit und Gegenwart, Mannheim 1982; Rektorat der Universität Mannheim, Gesellschaft und Universität - Probleme und Perspektiven, Mannheim 1982; Mönch, Walter, Wirtschaftshochschule Mannheim, Basel/Berlin o.J.; Gaugler, Eduard (Hg.), Die Universität Mannheim in Vergangenheit und Gegenwart, Mannheim 1976. - Das Archiv der Universität Mannheim ist wie folgt zu

Der Bürgermeister Krause bemühte sich auch darum, die Voraussetzungen für eine innere Reform der Hauptschule zu schaffen. Um die praktische Ausbildung zu verbessern, wich er in den Hauptschulneubauten von der „Einraumlösung“ ab und ließ Fachräume für „Physik/Chemie“ und „Werken“ errichten. Wie richtig Walter Krause mit dieser Idee lag, zeigt sich daran, daß sich Fachräume später nach und nach durchsetzten. Krause ging aber noch einen pädagogischen Schritt weiter. Die Monotonie des naturwissenschaftlichen Unterrichts sollte abgelöst werden durch eine größere Vielfalt der Arbeitsmöglichkeiten. Außer dem üblichen „Demonstrationssaal“ für Physik und Chemie wurde deshalb ein Schülerexperimentiersaal eingerichtet, in dem die Schüler gemeinsam in Gruppen Versuche durchführen konnten. Und er ließ spezielle Räume für technisches Werken und kreatives Arbeiten einbauen. Wie der langjährige Mannheimer Schulrat Kurt Wacker berichtete, entwickelten die Schüler in der Folge mehr Selbständigkeit, mehr geistige Aktivitäten und eine bessere Motivation.⁴⁰⁶

Auch in anderen Bereichen vertrat Walter Krause pädagogische Vorstellungen, die auch noch 40 Jahre später als fortschrittlich galten. Er wollte Teamgeist, Kontaktbildung, Dialogfähigkeit und selbständiges Arbeiten fördern und den Schülern ein mehr demokratisch orientiertes Verhalten beibringen. Um diese Erziehungsziele zu erreichen, ließ Krause in den Neubauten Kurs- und Gruppenräume einrichten.⁴⁰⁷

Wenn Krause seine drei Ressorts (Schule, Sport und Kultur) in der Rückschau miteinander verglich, so hielt er sich selbst zugute, im Bereich Kultur neue Akzente gesetzt zu haben, insbesondere bei den Theatern, der Kunsthalle, der Volksbibliothek und dem Reiß-Museum. Der Sport war für ihn bei seinem Amtsantritt ein neues Metier. Doch es war auch ein „relativ leichtes Geschäft verglichen mit der Schule“, wie er selbst meinte.⁴⁰⁸

In seiner Zehnjahres-Bilanz als Bürgermeister im Jahre 1965 erhielt er durchweg gute Noten. In seiner Amtszeit als Bürgermeister wurden etwa ein Dutzend neue Schulen und ebenso viele Turnhallen gebaut. Krause machte Mannheim zu einem Musterbeispiel für

erreichen: Universitätsarchiv - Universitätsverwaltung, Dezernat 1, L 9, 7, 68131 Mannheim. Aktuelle Informationen im Internet unter <http://www.uni.mannheim.de>.

⁴⁰⁶ Wacker 124 - vgl. den Aufsatz von Walter Krause zur Peter-Petersen-Schule in den Mannheimer Heften, Jg. 1960, Heft 2

⁴⁰⁷ Ebd. 125

⁴⁰⁸ Krause war Ehrenmitglied bei den beiden großen Mannheimer Fußballklubs, Waldhof und VfR.

eine schulfreundliche Stadt, setzte das neunte Schuljahr allen Angriffen zum Trotz durch, schuf ein Zentrum des zweiten Bildungsweges, baute das berufsbildende Schulwesen und die Institutionen der Erwachsenenbildung aus und sorgte für die Lehrerfort- und -ausbildung.⁴⁰⁹



Walter Krause als Bürgermeister in Mannheim

1. Reihe von links nach rechts: Schulrat Heitzelmann, Stadträtin Gleisberg, Stadtrat Gerpert, Bürgermeister Krause, Stadtrat Kuhn, Stadtrat Starke, Direktorin Beck

(Quelle: privat)

Insgesamt gesehen war Krause als Kommunalpolitiker sehr erfolgreich. Dieses Urteil hat Bestand, auch wenn Kritik natürlich nicht ausbleiben konnte. Als Krause schon Innenmini-

⁴⁰⁹ Allgemeine Zeitung v. 16.9.65; Mannheimer Morgen v. 4.8.65. (Im Archiv der Stadt Mannheim ist zu diesem Anlaß kein Bericht zu finden).

ster war, kritisierte beispielsweise der CDU-Landtagsabgeordnete Kimmel,⁴¹⁰ Krause habe aus parteitaktischen Gründen den Volksschulbau auf Kosten dringend notwendiger Gymnasialbauten vorangetrieben. Außerdem habe Krause den zweiten Bildungsweg forciert, ohne zu erkennen, daß es auf dem traditionellen Bildungsweg Engpässe gebe. Gegen diese Kritik wurde Krause von Oberbürgermeister Reschke⁴¹¹ nachdrücklich in Schutz genommen.⁴¹²

⁴¹⁰ Willibald Kimmel (geb. 1929) (CDU) war von 1960 bis 1984 Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg. (Weik 64).

⁴¹¹ Hans Reschke (1904-1995) (parteilos) war von 1951 bis 1954 Hauptgeschäftsführer der Kommunalen Arbeitsgemeinschaft Rhein-Neckar und Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer in Mannheim, bevor er als parteiloser Kandidat im Jahre 1955 zum Oberbürgermeister von Mannheim gewählt wurde. Das blieb er bis 1972. In diesem Jahr verlieh ihm die Stadt Mannheim die Ehrenbürgerwürde. (Munzinger 3/96). Probst 323-324 bezeichnete Reschke als Glücksfall für Mannheim, der sich bis weit über die Stadtgrenzen Ansehen erworben habe. U.a. war er Mitglied der Kommission des Bundesinnenministeriums für die Neugliederung des Bundesgebietes, Vorsitzender der Kommission für die Reform der Verwaltung in Baden-Württemberg und Senator der Max-Planck-Gesellschaft. Er gewann die Herzen der Mannheimer, so daß er bei seiner Wiederwahl im Jahre 1964 von allen Parteien nominiert wurde. Während seiner Amtszeit erhielt Mannheim ein neues Gesicht. 1970 zählte die Quadratestadt 335 000 Einwohner. 45 000 neue Wohnungen entstanden, ganze Stadtteile wie der Vogelstand entstanden neu. Es wurden 19 Schulen, zwei Rhein- und zwei Neckarbrücken wurden gebaut und aus der Ingenieurschule wurde eine Fachhochschule. Den Rosengarten ließ er zu einem der bedeutendsten Kongreßzentren in Deutschland ausbauen. Nach dem Scheitern der Länderneugliederung, an der Mannheim sehr gelegen war, galten seine ganzen Bestrebungen dem Bemühen, die Folgen der Grenzziehung durch den Ballungsraum an Rhein und Neckar durch kommunale und regionale Zusammenarbeit abzumildern. (Probst 323-324) (Vgl. Brach 98)

⁴¹² Stuttgarter Zeitung v. 29.6.67; Stuttgarter Nachrichten v. 1.7.67; Stuttgarter Zeitung v. 4.7.67

Aufstieg in den Fraktionsvorstand

In den Anfangsjahren seiner Landtagstätigkeit fungierte Krause als kultur- und bildungspolitischer Sprecher seiner Fraktion. Mit einer herausgehobenen Funktion wurde Krauses Leistung erstmals im Jahr 1958 honoriert. Er wurde zum Stellvertreter Alex Möllers gewählt.⁴¹³

Im Jahr 1961 veröffentlichten die „Stuttgarter Nachrichten“ einen Artikel über Walter Krause unter der Überschrift „Junge Politiker auf dem Weg nach oben?“, wobei sie bei Krause noch konkreter fragten: „Baden-Württembergs Oppositionsführer von morgen?“ Die Zeitung lag mit ihrer Vermutung richtig und ihre Charakterisierung von Walter Krause hat über den Tag hinaus Gültigkeit: „Wenn Walter mit ernster Miene an das Rednerpult des Landtags tritt, um die Auffassungen der SPD darzulegen, dann spricht er zwar manchmal mit messerscharfer Stimme, bleibt aber immer ruhig und wird nie polemisch. Seine Reden - meist frei gehalten - sind klar, einfach und prägnant. Krause ist ein Meister der Debatte, überschreitet nie die Grenzen der gebotenen Fairneß und bleibt bei aller Härte versöhnlich. Er ist der geborene Parlamentarier, und die SPD-Fraktion könnte kaum einen geeigneteren Politiker als Walter Krause an ihre Spitze stellen, wenn der bisherige Oppositionsführer Alex Möller im Herbst in den Bundestag wechselt.“⁴¹⁴

Der Weggang von Alex Möller nach der Bundestagswahl 1961 aus der Landes- in die Bundespolitik bedeutete dennoch zunächst eine Schwächung der Landes-SPD, deren unangefochtene Autorität Möller gewesen war. Durch den Abgang ihres Vormannes kam die Landtagsfraktion in eine schwierige Situation. Denn einerseits wollte man Krause als Nachfolger, weil man ihn für den besseren Mann hielt, auf der anderen Seite konnte man den altgedienten Hermann Veit nicht vollends verprellen. Aus der Not wurde deshalb eine

⁴¹³ Krause (1994/2)

⁴¹⁴ Stuttgarter Nachrichten v. 18.7.61- Die Behauptung, Krause sei nie polemisch geworden, wird in dieser Grundsätzlichkeit nicht von allen geteilt. Wie viele intellektuell begabte Menschen, die auch noch gute Redner sind, benutzte Krause gern ironische Bemerkungen, wobei die Grenzen zur Polemik von jedem anders gezogen werden: Als der Abgeordnete Ganzenmüller einige Argumente anführte, warum das neunte Pflichtschuljahr noch nicht eingeführt werden könne, antwortete Krause, man könne den Schluß ziehen, „sie würden jetzt die Abschaffung des achten Schuljahres beantragen.“ (Landtagsdebatte am 5. Oktober 1960). Wenn Walter Krause sich herausgefordert fühlte, konnte er auch zurückschlagen. Ein Beispiel: Als der Abgeordnete Burger (CDU) einmal sagte: „Nicht einmal ein Diktaturstaat hat das so gemacht“, spitzte Krause diese Aussage in seiner Replik auf ein „er hat von einem Diktaturstaat gesprochen“ zu. (Landtagsdebatte am 13.3.57) (Josef Burger (1900-1972) gehörte von 1946 bis 1947 der Beratenden Landesversammlung Baden und von

Doppelspitze Krause/Veit geboren. Walter Krause selbst hatte diese Doppellösung vorgeschlagen.⁴¹⁵ Dieses System funktionierte jedoch mehr schlecht als recht, wie sich der ehemalige Wirtschaftsminister Schwarz erinnert. Allen war klar, daß dies nur eine Übergangslösung sein konnte.⁴¹⁶

Die Partei hatte jedoch nach einigen Jahren das Gefühl, daß ihr Erscheinungsbild nicht immer eindeutig erkennbar sei und der Wähler nicht wisse, wer nun der Vormann der SPD sei. Die Fraktion machte deshalb nach der Landtagswahl 1964 Hermann Veit zum Vizepräsidenten des Landtags und Walter Krause zu ihrem alleinigen Vorsitzenden. Seine Stellvertreter wurden Oskar Kalbfell⁴¹⁷ und Fritz Ulrich,⁴¹⁸ ab Januar 1966 die beiden jungen Abgeordneten Rudolf Schieler und Hans-Otto Schwarz. Dieses Beispiel verdeutlicht im übrigen eine weitere Eigenschaft von Walter Krause. Er besaß ein gutes Fingerspitzengefühl in der Personalführung. So wie er später im Ministerium bei seinen Mitarbeitern hohes Ansehen genoß, so zollte ihm auch die Fraktion für seine Amtsführung Respekt.⁴¹⁹ Wer mit ihm zusammenarbeitete, mußte Sachkompetenz haben, fleißig sein und guten Willen beweisen. „Dann waren Sie ein gradliniger, verbindlicher und freundlicher Partner, aber einer, der sein Ziel immer mit Hartnäckigkeit verfolgte“, lobte ihn Landrat Albert Neckenauer, damals Vorsitzender des Raumordnungsverbandes Rhein-Neckar.⁴²⁰

Insbesondere erkannte Krause politische Talente und förderte sie. In der Fraktion waren dies neben Hans-Otto Schwarz und Rudolf Schieler noch Walter Hirrlinger und Heinz Bühringer. Zu Ministerzeiten berief er in seinen persönlichen Mitarbeiterstab junge Leute,

1947 bis 1952 dem Badischen Landtag an. Von 1952 bis 1964 war er Mitglied der Verfassunggebende Landesversammlung von Baden-Württemberg und des Landtages von Baden-Württemberg.) (Weik 24).

⁴¹⁵ Hermann Veit litt darunter, daß er immer nur zweiter Mann war: in der Regierung hinter Reinhold Maier und Gebhard Müller und in der SPD-Fraktion hinter Alex Möller, mit dem er sich nicht vertrug. Nun sollte er nicht auch noch gegenüber Walter Krause den kürzeren ziehen.

⁴¹⁶ Schwarz (1996)

⁴¹⁷ Oskar Kalbfell (1897-1979) (SPD) war von 1945 bis 1973 Oberbürgermeister von Reutlingen. Außerdem gehörte er zwischen 1946 und 1947 der Beratenden Landesversammlung von Württemberg-Hohenzollern, von 1947 bis 1952 dem Landtag von Württemberg-Hohenzollern und von 1952 bis 1968 dem Landtag von Baden-Württemberg an. Außerdem war er von 1949 bis 1953 Bundestagsabgeordneter. (Munzinger 5/80)

⁴¹⁸ Fritz Ulrich (1888-1969) (SPD) gehörte von 1919 bis 1933 dem Württembergischen Landtag an und war von 1930 bis 1933 Reichstagsabgeordneter. 1946 zog er in die Verfassunggebende Landesversammlung von Württemberg-Baden ein und gehörte von 1946 bis 1952 dem Landtag von Württemberg-Baden an. Von 1952 bis 1968 war er Abgeordneter im Landtag von Baden-Württemberg, und von 1945 bis 1952 Innenminister von Württemberg-Baden. Von 1952 bis 1956 übte er das gleiche Amt in Baden-Württemberg aus. (Munzinger 17/70; Weik 233)

⁴¹⁹ Hans-Otto Schwarz erinnert sich, daß es in der Zeit, als Krause Fraktionsvorsitzender und er Fraktionsgeschäftsführer war, kaum eine Abstufung gegeben habe, höchstens wie „1a und 1b“. (Schwarz (1996))

⁴²⁰ Neckenauer (1985) 11

die noch Karriere machen sollten: zum Beispiel Gerhard Lang, später Erster Bürgermeister in Stuttgart, oder Reiner Heeb. Auch Ulrich Hieber und Manfred Lehmann schlugen eine erfolgreiche Ministeriallaufbahn ein, obwohl nach dem Ende der Großen Koalition ein großer Teil ihrer Berufstätigkeit in die Zeit der CDU-Alleinregierung fiel.⁴²¹

⁴²¹ Schieler 98

Vorgeschichte und Lösung der Schulfrage

Die Auseinandersetzungen um die Schulfrage haben die ersten 20 Jahre der Geschichte Baden-Württembergs in hohem Maße geprägt.⁴²² Um die Bedeutung der Lösung der Schulfrage durch Filbinger und Krause im Jahre 1967 würdigen zu können, soll an dieser Stelle die Geschichte der Auseinandersetzungen um die Schulfrage skizziert werden. Die Tatsache, daß die Frage Simultan- oder Bekenntnisschule, die jahrzehntelang die politische Auseinandersetzung um die Schule beherrscht hatte, trotz des Kampfes ums tägliche Überleben schon wenige Wochen nach Kriegsende wieder auflebte, zeigt, von welcher fundamentalen Art diese Auseinandersetzung war.⁴²³ In der Schulfrage ging es aus katholischer Sicht in erster Linie um ein Erziehungs-, nicht um ein Bildungsproblem. Die katholische Kirche berief sich auf das Naturrecht der Eltern auf Erziehung ihrer Kinder. Daraus leite sich das Primat der Entscheidung über die Art der Erziehung ihrer Kinder vor dem Staat ab. Die Schule sei deshalb eine subsidiäre Einrichtung, in der die in Familie und Kirche begonnene Erziehung im Rahmen der von den Eltern abgesteckten Ziele und Werte weiterzuführen sei.⁴²⁴ Dies war die Grundlage für einen heftigen Widerstand der katholischen Kirche gegen alle weltlichen Bestrebungen, die Schule zu einer Bildungseinrichtung ohne weltanschauliche Ausrichtung zu machen.⁴²⁵

Die Grundlage der katholischen Kirche bei den Auseinandersetzungen um die Schulfrage bildeten das kirchliche Gesetzbuch, der Codex Juris Canonici (CIC) und die Enzyklika Pius XI. „Divini illius Magistri“. Im Codex Juris Canonici (CIC)⁴²⁶ wurde der Anspruch erhoben, Religionsunterricht zu erteilen und aus der Schule alle Elemente zu vertreiben, die den wahren Glauben und die guten Sitten gefährden könnten. Obwohl der Begriff „Bekenntnisschule“ nicht erwähnt wurde, so ergab sich aus den Bestimmungen mit zwingender Notwendigkeit die Forderung nach konfessioneller Trennung der Schüler.⁴²⁷ Die Bestim-

⁴²² Vgl. hierzu auch die Ausführungen im Kapitel „Die ersten Stufen auf der Karriereleiter“

⁴²³ Winkeler 43

⁴²⁴ In Paragraph 1 des baden-württembergischen Schulgesetzes heißt es in Absatz 2: „Über die Vermittlung von Wissen, Fähigkeiten und Fertigkeiten hinaus ist die Schule insbesondere gehalten, die Schüler in Verantwortung vor Gott, im Geiste christlicher Nächstenliebe, zur Menschlichkeit und Friedensliebe, in der Liebe zu Volk und Heimat, zur Achtung der Würde und der Überzeugung anderer, zu Leistungswillen und zur Eigenverantwortung sowie zu sozialer Bewährung zu erziehen und in der Entfaltung ihrer Persönlichkeit und Begabung zu fördern.“ (Hoffelder 15, 19-24)

⁴²⁵ Meißner 155-156

⁴²⁶ Vgl. Codex Juris Canonici Pii X Pontificis Maximi Iussu Digestus Benedicti Papae XV Auctoritate Promulgatus, Romae 1917.

⁴²⁷ Winkeler 38-39

mungen des kirchlichen Gesetzbuches wurden in der Enzyklika „Divini illius Magistri“ bestätigt und dogmatisch begründet. Eine weltliche Schule wurde ebenso abgelehnt wie eine religiös neutrale Schule und eine Simultanschule, auch wenn in dieser der Religionsunterricht konfessionell getrennt erteilt wurde. Bischof Johannes Baptista Sproll formulierte das katholische Schulideal im Jahre 1945 so: „Was wir wollen, ist eine echt katholische, christliche Schule. Katholische Schule mit katholischen Lehrern, katholischer Schulleinrichtung, katholischen Büchern, katholischer Erziehung.“⁴²⁸

Die bildungspolitischen Ziele der Sozialdemokraten beschrieb der damalige Abgeordnete Hans-Otto Schwarz: „Bessere Bildung, solideres Wissen und gleiche Aufstiegschancen für alle Kinder in Stadt und Land nach ihrer jeweiligen Begabung sind bildungspolitische Ziele ersten Ranges in unserer Zeit.“⁴²⁹ Dies war untrennbar verbunden mit der Einführung christlicher Gemeinschaftsschulen, denn nur so konnte die Landschulreform durchgeführt werden, die die Chancengleichheit der Kinder in Stadt und Land sicherstellen sollte.⁴³⁰ Schwarz war der Ansicht, daß „der Ausbau des ländlichen Schulwesens eine schlichte Notwendigkeit war, um viele Begabungen in unserem Volk an die richtige Stelle unserer Gesellschaft zu bringen und andererseits menschliches Unrecht aus der Welt zu schaffen, wenn wir jedem Kind ohne Rücksicht auf den Geldbeutel des Vaters, den Wohnsitz der Eltern und deren Verständnis für das Fortkommen ihres Kindes eine echte Chance bieten.“⁴³¹ Außerdem reklamierten die Sozialdemokraten, das konfessionelle Elternrecht finde seine Grenzen im Elternrecht konfessioneller Minderheiten, denn die Mehrheit könne nicht einfach das Anliegen der Minderheit bezüglich der Erziehung ihrer Kinder ignorieren.⁴³²

Die Sozialdemokraten und die übrigen Anhänger der Christlichen Gemeinschaftsschule führten zahlreiche Argumente in die Debatte ein. So wiesen sie zum Beispiel darauf hin, daß die Mitglieder der beiden christlichen Konfessionen ihr Leben gemeinsam verbrachten, sei es am Arbeitsplatz, am Wohnort oder in der Berufsschule, im Gymnasium oder an der

⁴²⁸ Winkler 39

⁴²⁹ Schwarz, Landtagsdebatte am 22.9.66

⁴³⁰ Krause, Landtagsdebatte am 22.9.66

⁴³¹ Schwarz, Landtagsdebatte am 22.9.66

⁴³² Ebd. Vgl. Fischer (1952) 26. Wie wenig diese Minderheiten in der Praxis geschützt waren, belegt Fischer mit eindrucksvollen Zahlen. Nach der Abstimmung über die Schulformen gab es in Württemberg-Hohenzollern in nur fünf Städten alle drei Schulformen (Katholische und Evangelische Bekenntnisschule, Christliche Gemeinschaftsschule). In 41 Orten gab es zwei Schulformen, in 940 Orten aber nur eine Schulform. (Fischer (1952) 30).

Universität. Nirgends gebe es Bedenken gegen ein Miteinander, nur eben in den ersten vier Grundschulklassen.⁴³³ Ein anderes Argument betraf die Kinder der Flüchtlinge und Heimatvertriebenen. Diese bildeten nach dem Krieg in ihren neuen Heimatorten häufig eine konfessionelle Minderheit. Eine Trennung des Unterrichts in Konfessionen würde in diesen Fällen als eine Trennung nach der Herkunft empfunden und die Integration von Einheimischen und Neubürgern deutlich erschweren.⁴³⁴ Außerdem verwiesen die Befürworter einer gemeinschaftlichen Volksschule für alle Kinder darauf, daß die Kinder entweder lange Anfahrtszeiten auf sich nehmen müßten oder aber Zwergschulen die Qualität der Ausbildung verringerten. In jedem Fall entstünden höhere Kosten, die an anderer Stelle effektiver in die Ausbildung der Kinder investiert werden könnten.⁴³⁵

Im Deutschen Reich waren noch während der Weimarer Republik die weitaus meisten öffentlichen Volksschulen Bekenntnisschulen. Eine Statistik aus dem Jahre 1923 wies 52743 Volksschulen aus, davon waren 29439 evangelische, 15008 katholische und 207 israelische Bekenntnisschulen. 2150 zählten zu den Sonstigen, während 5939, also nur etwas mehr als zehn Prozent aller Volksschulen, christliche Gemeinschaftsschulen waren. Diese waren zudem äußerst ungleich verteilt. Das verhältnismäßig kleine Baden hatte alle seine 1600 Volksschulen in Simultanschulen umgewandelt, in ganz Preußen gab es 1331, während es in Thüringen immerhin 1542 waren.⁴³⁶

Obwohl Hitler im Reichskonkordat von 1933 den Bestand der Bekenntnisschulen gegenüber dem Vatikan ausdrücklich garantiert hatte, hat er überall im Deutschen Reich die Bekenntnisschulen in simultane „Deutsche Volksschulen“ umgewandelt.⁴³⁷ Seit dem Jahr 1939 war der Religionsunterricht sogar aus dem Fächerkatalog der öffentlichen Schulen verschwunden und durch den Weltanschauungsunterricht abgelöst worden.⁴³⁸

Die Haltung des Staates in den drei Ländern auf dem Gebiet des heutigen Baden-Württemberg war unterschiedlich, obwohl in den beiden alten Ländern Württemberg und Baden am

⁴³³ Fischer (1952) 36

⁴³⁴ Ebd. (1952) 44-45

⁴³⁵ Ebd. (1952) 43-44 und 47-49

⁴³⁶ Föhr 7-8

⁴³⁷ Vgl. Maier, Joachim, *Schulkampf in Baden 1933-1945. Die Reaktion der katholischen Kirche auf die nationalsozialistische Schulpolitik, dargestellt am Beispiel des Religionsunterrichts in den badischen Volksschulen*, Mainz 1983

⁴³⁸ Meißner 15

Kriegsende die Gemeinschaftsschule bestanden hatte und in allen drei neuen Ländern auch zunächst bestehen geblieben war.⁴³⁹

Im folgenden soll die Ausgangssituation für die Diskussion der Schulfrage in den drei Ländern im deutschen Südwesten kurz dargestellt werden.

Württemberg-Baden

In dem nach dem Krieg neu gebildeten Land Württemberg-Baden trafen zwei Traditionen aufeinander. Im alten Land Württemberg war bis zum 15. Juli 1936 die geltende Schulform für die Volksschule allein die Bekenntnisschule. Charakteristisch für die württembergische Bekenntnisschule war, daß sie für Schüler und Lehrer desselben Bekenntnisses eingerichtet wurde und in ihr nicht nur der Religionsunterricht, sondern der gesamte Unterricht im Geist des religiösen Bekenntnisses erteilt wurde. Es existierten parallel zwei voneinander unabhängige, konfessionell geprägte Schulsysteme. Lehrbücher, Lehrstoffe und Lehrmethoden entsprachen den Vorstellungen der jeweiligen Konfession. Auch die Lehrerbildung erfolgte in konfessionell getrennten Lehrerseminaren. Als die Nationalsozialisten im Jahre 1936 rechtswidrig die Konfessionsschule aufhoben und durch die simultane „Deutsche Schule“ ersetzten, stießen sie auf den Widerstand der Kirchen, insbesondere der katholischen, erhielten jedoch die Zustimmung weiter Bevölkerungskreise und der Mehrheit der Lehrerschaft.⁴⁴⁰ Die Kirchen fanden sich schließlich mit der neuen Schule ab, als der nationalsozialistische Kultusminister Mergenthaler den Kirchen versicherte, daß der Religionsunterricht nicht angetastet werde. Dieses Versprechen wurde jedoch gebrochen, als in der neu errichteten „Deutschen Schule“ der Religionsunterricht behindert und durch den nationalsozialistischen Weltanschauungsunterricht ersetzt wurde. Diese Maßnahmen wurden von den Kirchen, der Bevölkerung und der Lehrerschaft abgelehnt.⁴⁴¹

⁴³⁹ Eine übersichtliche Zusammenfassung der Situation in den drei Ländern findet sich bei Friederich 254-255. Hier ist auch der Einfluß der Besatzungsmächte beschrieben. So haben die französischen Militärs in Freiburg und Tübingen - unter Berufung auf den Alliierten Kontrollratsbeschluß vom 25. Juni 1947 und die Struktur des französischen Schulwesens vor Augen - zunächst auf einer Neuordnung der Volksschullehrerbildung und auf simultanem Unterricht in den Volksschulen bestanden.

⁴⁴⁰ Das war auch der Grund dafür, daß die deutsche Kultusverwaltung in Württemberg-Hohenzollern die Konfessionsschule zunächst nicht wiederherstellen wollte. Sie betrachteten die leidige „Schulfrage“, die in der Weimarer Zeit ständig zu Reibereien zwischen Kirche, Lehrerschaft und Geistlichen geführt hatte, als gelöst im Sinne der Simultanschule. (Winkeler 30).

⁴⁴¹ Winkeler 30-31

In den Volksschulen in Baden gab es dagegen seit dem Jahr 1876, als Reaktion auf die zunehmende konfessionelle Mischung der Bevölkerung, die „Badische Simultanschule“. Grundsätzlich galt, daß der Unterricht mit Ausnahme des Religionsunterrichts allen Volksschülern gemeinsam erteilt wurde.⁴⁴²

Aus diesen Erfahrungen heraus gab es in Württemberg-Baden ganz unterschiedliche Auffassungen darüber, welche Form der Volksschule erhalten werden sollte. Für die SPD, DVP und KPD war klar, daß sie für eine Gemeinschaftsschule eintraten. Für sie ging es nur um die Frage, ob der Charakter dieser Schule als christlich festgelegt werden sollte oder nicht. Die CDU stellte dagegen wiederum die Bekenntnisschule zur Diskussion.⁴⁴³

Während der Beratungen zur Verfassung von Württemberg-Baden mußten sich die 41 CDU-Abgeordneten der Mehrheit (32 SPD-, 17 DVP- und 10 KPD-Parlamentarier) beugen. Der für die Schulfrage relevante Artikel 37 ging unverändert in die Verfassung ein. Die zentralen Aussagen lauteten: „Die öffentlichen Volksschulen sind christliche Gemeinschaftsschulen. ... Der Unterricht wird sämtlichen Schülern gemeinsam erteilt mit Ausnahme des Religionsunterrichts, wenn die Schüler verschiedenen religiösen Bekenntnissen angehören.“⁴⁴⁴ Im Jahr 1946 stimmte die Bevölkerung Württemberg-Badens in einer Volksabstimmung mit 86,6 Prozent der Stimmen der Verfassung zu. Am 24. Oktober 1946 nahm die Verfassungsgebende Landesversammlung die Verfassung an.⁴⁴⁵

⁴⁴² Meißner 14

⁴⁴³ Ebd. 15

⁴⁴⁴ Die Schulartikel 17, 36, 37 und 39 sind in vollem Wortlaut nachzulesen bei Fischer (1952) 7

⁴⁴⁵ Fischer (1952) 8; vgl. Meißner 21; vgl. Friederich 254; vgl. Sauer, Paul, Quellen zur Entstehung der Verfassung von Württemberg-Baden. 1. Teil: Februar bis Juni 1946, hg. von der Kommission für geschichtliche Landeskunde, Stuttgart 1995

Württemberg-Hohenzollern

Die Regierung in Tübingen hat nach der Teilung Württembergs durch die Alliierten zunächst das Prinzip der Abwesenheitspflege beschlossen. Dies besagte, daß Tübingen der Regierung Württemberg-Badens in allen Entscheidungen folgte, um eine spätere Wiedervereinigung der nördlichen und südlichen Teile Württembergs so einfach wie möglich zu machen. In einem sehr wichtigen Punkt wichen sie jedoch von diesem Vorhaben ab. Die Christdemokraten in Württemberg-Hohenzollern setzten nach dem Zweiten Weltkrieg mit ihrer absoluten Mehrheit die Bekenntnisschule durch.⁴⁴⁶

In Württemberg-Hohenzollern engagierten sich nicht nur Kirche und Politik, sondern auch die Bevölkerung für die Bekenntnisschule. Maßgebend waren die Katholiken, die sowohl in Südwürttemberg wie auch in Hohenzollern die Mehrheit der Bevölkerung stellten. Gestützt wurde diese Ansicht durch das Argument, das NS-Regime hätte in katholischen Gegenden wenig Schaden anrichten können, weil ihm die katholische Elternschaft grundsätzlich feindlich gegenübergestanden sei. Dem fügte man theologische (die christliche Religion findet nur in Form der jeweiligen Konfession ihren Ausdruck), rechtliche (die am 15. Juli 1936 eingeführte „Deutsche Volksschule“ sei verfassungswidrig gewesen) und pädagogische Begründungen (Schule und Elternhaus müssen gemeinsam erziehen, also haben die Eltern ein schulisches Mitspracherecht) hinzu.⁴⁴⁷

Die französische Besatzungsmacht sah in der Einflußnahme auf das Schulwesen eine willkommene Gelegenheit, die deutsche Bevölkerung im Sinne von Demokratie und Friedensbereitschaft umzuerziehen. Der Neuorganisation der Lehrerbildung wurde nicht nur für das schulische, sondern auch für das gesamte öffentliche Leben eine ausgesprochene Schlüssel-funktion zugeschrieben. Nach Ansicht der Militärregierung war die verfehlte Konzeption der Lehrerbildung eine der wesentlichen Ursachen für die Entwicklung des Nationalsozialismus in Deutschland. Diesen Vorwurf machten die Franzosen nicht nur der hochschulähnlichen Pädagogischen Akademie, sondern auch der alten Form der konfessionellen Lehrerseminare. Deshalb wurden die konfessionell getrennten Lehrerbildungsanstalten, die erst wenige Monate zuvor von der deutschen Kultusverwaltung eingerichtet worden waren, von

⁴⁴⁶ Friederich 254

⁴⁴⁷ Eschenburg 51-52

Lehrerseminaren französischer Prägung abgelöst, in denen geeignet erscheinende Volksschüler in einer vier Jahre dauernden allgemeinbildenden und einer zwei Jahre dauernden beruflichen Ausbildung auf ihre zukünftige Tätigkeit als Lehrer vorbereitet wurden.⁴⁴⁸ Die Militärregierung forderte die deutsche Kultusverwaltung in einer Weisung auf, die Lehrpläne im Sinne einer laizistischen, wenngleich nicht christentumsfeindlichen Schule zu ändern. Es fehlt der Gedanke einer christlichen Erziehung, geschweige denn der eines bekenntnismäßig orientierten Unterrichts.⁴⁴⁹

Eine Elternbefragung durch die Landesdirektion für Kultus, Erziehung und Kunst im Jahre 1946 hatte ergeben, daß etwa 90 Prozent der katholischen Eltern die Konfessionsschulen wünschten, während sich die evangelischen Eltern mehrheitlich der Abstimmung enthielten. Deshalb wurden zu Beginn des Schuljahres 1946/47 die Volksschulen nach Bekenntnissen getrennt. Der Status der Volksschulen von Württemberg-Hohenzollern war bewußt nicht festgelegt worden. Das sollte der Verfassung des Landes vorbehalten bleiben.⁴⁵⁰

In der Verfassungsgebenden Landesversammlung besaß die CDU deutlich die absolute Mehrheit (42 CDU, 14 SPD, 8 DVP und 4 KPD). Dennoch kam es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen den Parteien, innerhalb der CDU und zwischen der Mehrheit des Parlaments und der französischen Besatzungsmacht. Schließlich einigte man sich auf den Schulartikel 114. In ihm wurde festgelegt, daß die öffentlichen Schulen christliche Schulen sind. Maßgebend für die Gestaltung der Schulform sei der Wille der Erziehungsberechtigten. Die zentralen Sätze lauteten: „Die öffentlichen Schulen sind christliche Schulen. Maßgebend für die Gestaltung der Schulform ist der Wille der Erziehungsberechtigten. Ihm wird Rechnung getragen, wenn die Zahl der Schüler es erlaubt. Ein Schulgesetz regelt das Nähere.“ Dieser Entwurf ging unverändert in die Verfassung von Württemberg-Hohenzollern ein.⁴⁵¹ Die Bekenntnisschule wurde darin nicht erwähnt. Dies geschah dann in dem in der Verfassung erwähnten Schulgesetz.⁴⁵²

⁴⁴⁸ Winkeler 13-22

⁴⁴⁹ Ebd. 26

⁴⁵⁰ Meißner 22

⁴⁵¹ Die Verfassung wurde am 18. Mai 1947 bei einer Volksabstimmung mit 268 701 Ja-Stimmen bei 116 045 Nein-Stimmen angenommen. Die die Schule betreffenden Artikel 106, 109 bis 111 und 113 bis 115 sind nachzulesen bei Fischer (1952) 9-10.

⁴⁵² Meißner 31. Der Text des Schulgesetzes vom 26. August 1948 ist nachzulesen in Fischer (1952) 11-12. Das Schulgesetz war am 13. August 1948 vom Landtag mit 32:26 Stimmen verabschiedet worden.

Das Schulgesetz schrieb eine Abstimmung der Eltern vor, die dann am 12. Dezember 1948 durchgeführt wurde.⁴⁵³ Das Ergebnis war für die südwürttembergische CDU sehr erfreulich. Von den abgegebenen 340 035 Stimmen entfielen auf die katholische Bekenntnisschule 187 678 Stimmen (55,19 Prozent), auf die evangelische Bekenntnisschule 78 897 Stimmen (23,20 Prozent) und auf die christliche Gemeinschaftsschulen 73 477 Stimmen (21,61 Prozent).⁴⁵⁴ Damit übertraf der Stimmenanteil für die Katholischen Bekenntnisschulen sogar noch den des katholischen Bevölkerungsanteils (53,5 Prozent), während sich der evangelische Bevölkerungsanteil von 44,3 Prozent ziemlich genau auf Evangelische Bekenntnisschulen und Christliche Gemeinschaftsschulen aufteilte.⁴⁵⁵

In den katholischen Kreisen Oberschwabens und Hohenzollerns ergab sich eine eindeutige Mehrheit für die katholische Bekenntnisschule. Die evangelischen Kreise boten dagegen ein uneinheitlicheres Bild. Während sich die pietistisch geprägten Gebiete um Freudenstadt, Münsingen und Calw mit einem hohen Stimmenanteil für die evangelische Bekenntnisschule aussprachen, gaben die Bewohner der Kreise Reutlingen und Tübingen der christlichen Gemeinschaftsschule den Vorzug.⁴⁵⁶

Paragraph 10 des Schulgesetzes räumte die Möglichkeit ein, die eigenen Kinder entgegen dem Abstimmungsergebnis für eine bestimmte Schulform anzumelden. Deshalb entsprechen die letztlich gebildeten Schulformen nicht dem Abstimmungsergebnis.⁴⁵⁷ Es gab einige bemerkenswerte Verschiebungen. 14 evangelische Bekenntnisschulen kamen nicht zustande, weil die Eltern es vorzogen, die Kinder auf eine gleichzeitig bestehende Gemeinschaftsschule zu schicken. Von den katholischen Bekenntnisschulen ist nichts Ähnliches bekannt. Außerdem wurden 45 christliche Gemeinschaftsschulen nicht eingerichtet. In 22 Fällen verteilten sich die Kinder auf die beiden bestehenden Bekenntnisschulen, in 16 Fäl-

⁴⁵³ Abstimmungsberechtigt waren nur Eltern von schulpflichtigen Kindern. Dabei bekam jeder Erziehungsrechtige für jedes Kind eine Stimme. Danach konnten zum Beispiel auch Eltern, deren Kinder noch im schulpflichtigen Alter waren und das Gymnasium besuchten, über die Schulform der Volksschule abstimmen. (Fischer (1952) 11-13)

⁴⁵⁴ Fischer (1952) 17-18; vgl. Winkeler 98

⁴⁵⁵ Meißner 33-34

⁴⁵⁶ Winkeler 98

⁴⁵⁷ Fischer (1952) 18-19

len wurden sie in der evangelischen und in sieben Fällen in der katholischen Bekenntnisschule angemeldet.⁴⁵⁸

Das Ergebnis der Schüleranmeldung im Januar 1949 lautete: 649 katholische Volksschulen, 319 evangelische Volksschulen und 86 christliche Gemeinschaftsschulen.⁴⁵⁹ Damit hatten 540 Gemeinden nur eine Schule, 41 Gemeinden hatten zwei und nur sechs Gemeinden besaßen drei Schulformen.⁴⁶⁰ Das Ergebnis konnte aus Sicht der Katholischen Kirche nicht besser sein: 96,6 Prozent der katholischen Schüler besuchten damit eine Konfessionsschule ihres Glaubens.⁴⁶¹

Baden

Baden nahm nicht nur im Südwesten, sondern in ganz Deutschland in schulischer Hinsicht eine Vorreiterrolle ein, weil es schon im 19. Jahrhundert die Simultanschule zur alleinigen Regelschule gemacht hatte. Föhr beschrieb detailliert, wie die badische Simultanschule eingeführt wurde.⁴⁶² Das Elementarunterrichtsgesetz aus dem Jahre 1868 beließ es im Grundsatz bei konfessionellen Schulen, überließ es aber der Entscheidung jeder Gemeinde, freiwillig eine konfessionell gemischte Schule einzuführen. Der von den Liberalen erhoffte Durchbruch der Gemeinschaftsschulen blieb aber aus. Bis zum 1. August 1875 waren nach Abstimmungen nur 34 Simultanschulen gebildet worden, für Föhr ein Beleg, daß die Bevölkerung diese im Grunde gar nicht wollte. Die Liberalen drängten deshalb auf die

⁴⁵⁸ Winkeler 98

⁴⁵⁹ Winkeler nennt etwas andere Zahlen: 647 katholische Volksschulen, 312 evangelische Volksschulen und 81 christliche Gemeinschaftsschulen. (Seite 98)

⁴⁶⁰ Winkeler 98

⁴⁶¹ Meißner 33-34. 2,2 Prozent der Bevölkerung gehörten anderen Religionen an (Meißner 33). Endemann 80 nennt folgende Zahlen: 989 Bekenntnisschulen und 82 Gemeinschaftsschulen.

⁴⁶² Ernst Föhr, Bekenntnisschule oder Simultanschule in Baden?, Karlsruhe 1927. Vgl. Witz, Cornelia, Simultanschule und Bekenntnisschule im Widerstreit, Die Schulfrage im Erzbistum Freiburg 1945-1953, in: Freiburger Diözesanarchiv 105 (1985), S.373-446; Sickinger, Anton, Fünfzig Jahre badische Simultanschule, Rede, Bühl 1926; Bier, Helmut, Der Kampf um die badische Simultanschule in Vergangenheit und Gegenwart, Pforzheim 1929 (Erlanger phil. Diss.); Albrecht, E., Die Simultanschule in Baden zur Debatte gestellt? Eine Erwiderung an Herrn Prof. Dr. Fleig, Freiburg im Breisgau, in: Süddeutsche Schulzeitung 15 (1961), S. 150-152; Fleig, Paul, Die badische Simultanschule, in: Der katholische Erzieher 14 (1961), S. 284-287; Reeber, E., Prüfung der Lehrgegenstände und der Lehrart für Volksschulen mit Bezug auf die Frage: Ist die Vereinigung der Kinder in eine Volksschule ohne Rücksicht der Religionsverschiedenheit pädagogischen Grundsätzen angemessen? Mannheim 1811; Adresse der Generalkonferenz des badischen Klerus an Seine Königliche Hoheit den Großherzog (7. Oktober 1863 gegen den Entwurf des Direktors des Oberschulrats, Dr. Knies, für die Reform des Schulwesens), in: Freiburger katholisches Kirchenblatt 7 (1863), S. 345-346; 75 Jahre Lehrerverein und 75 Jahre badische Simultanschule, Festschrift zur Jubiläumstagung am 28. März 1951 in Karlsruhe, Bühl 1951

zwangsweise Einführung der Simultanschule. Nach langer Gegenwehr unterschrieb Großherzog Friedrich I. am 29. November 1875 das entsprechende Gesetz.⁴⁶³

Leo Wohleb und die regierende Badische Christlich-Soziale Volkspartei (BCSV, Vorläuferin der CDU) knüpften nach dem Krieg an die alte Tradition der badischen Simultanschule an. Im Unterschied zur Schwesterpartei in Württemberg-Hohenzollern betrieben sie keine Rekonfessionalisierung des Schulwesens und wurden dabei auch vom Freiburger Erzbischof unterstützt. In der Verfassunggebenden Landesversammlung ergab sich zwischen den Parteien nur hinsichtlich der von der BCSV gewünschten Umbenennung der Simultanschule in christliche Gemeinschaftsschule eine Unstimmigkeit. Die anderen Parteien lehnten dies ab, weil sie davon eine Konfessionalisierung durch die Hintertür befürchteten. Man einigte sich schließlich auf die Formel: „Die öffentlichen Schulen sind Simultanschulen mit christlichem Charakter im überlieferten badischen Sinn.“⁴⁶⁴ Dieser Begriff bezog sich auf das badische Simultanschulgesetz von 1910 und beinhaltete folgende Regelungen:

- ▶ Der Unterricht in der Volksschule wird allen schulpflichtigen Kindern gemeinsam erteilt. Die einzige Ausnahme bildete der Religionsunterricht.
- ▶ An allen Schulen sind beim Unterricht die religiösen Empfindungen aller zu achten.
- ▶ Der Lehrer hat in jedem Fach auf die religiösen und weltanschaulichen Empfindungen aller Schüler Rücksicht zu nehmen und die unterschiedlichen Auffassungen sachlich darzustellen.
- ▶ Lehrern darf aufgrund ihrer Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zu einem religiösen Bekenntnis kein Nachteil erwachsen.
- ▶ Bei der Besetzung von Lehrerstellen an Volksschulen sollte auf das religiöse Bekenntnis der Schüler Rücksicht genommen werden. Insbesondere sollte an Schulen, in die nur Kinder eines Bekenntnisses gehen, nur Lehrer mit dieser Religionszugehörigkeit unterrichten.

Die Verfassung mit den entsprechenden Schulparagrafen wurde am 18. Mai 1947 in einer Volksabstimmung mit 67,9 Prozent Ja-Stimmen angenommen.⁴⁶⁵

⁴⁶³ Föhr 9-31

⁴⁶⁴ Artikel 28. Dieser und die anderen die Schulfrage betreffenden Artikel 25-27 sind nachzulesen in Fischer (1952) 8-9.

⁴⁶⁵ Matz (1991) 47

Als Ergebnis der Verfassungsberatungen in den drei südwestdeutschen Ländern ließ sich folgendes festhalten: In Württemberg-Baden wurde die Christliche Gemeinschaftsschule in die Verfassung aufgenommen, in Baden unter Rückgriff auf das Badische Schulgesetz von 1910 die Simultanschule im überlieferten badischen Sinn. In Württemberg-Hohenzollern legte die Verfassung keine einheitliche Schulform fest, sondern betonte nur die Christlichkeit der Schule und die Bedeutung des Elternwillens für die Wahl der Schulform. Ein Schulgesetz regelte das Nähere. Die darin festgelegte Abstimmung hatte zur Folge, daß fast alle katholischen Kinder eine Bekenntnisschule ihres Glaubens besuchten.⁴⁶⁶

Diese unterschiedlichen Regelungen in den drei südwestdeutschen Nachkriegsländern waren eines der großen Hindernisse für eine Einigung in der baden-württembergischen Schulfrage. Das andere Problem war der Konflikt um die Gültigkeit des Reichskonkordats, das am 20. Juli 1933 vom damaligen Kardinal-Staatssekretär Eugenio Pacelli, dem späteren Papst Pius XII., und dem deutschen Vizekanzler von Papen im Vatikan unterzeichnet worden war.⁴⁶⁷ Die Voraussetzung für die schnelle Einigung der beiden ungleichen Partner waren sich ergänzende Interessen. Hitler war um außenpolitische Anerkennung bemüht, der Vatikan wollte die Lage der Katholiken unter der NS-Herrschaft sichern. Dazu zählte auch das Schulwesen. Im Jahre 1933 waren 83 Prozent der deutschen Grundschulen Bekenntnisschulen.⁴⁶⁸

Das Reichskonkordat enthielt zwei Schlüsselstellen. Zum einen kam die katholische Kirche Hitler entgegen, indem sie ihren Klerus auf politische Neutralität verpflichtete, was jegliche Parteizugehörigkeit und politische Aktivität ausschloß. Im Gegenzug garantierte Hitler überall in Deutschland katholische Bekenntnisschulen. Für die Schuldiskussion in Baden-Württemberg war zudem interessant, daß das Reichskonkordat das Sonderkonkordat mit Baden (sowie das mit Bayern und Preußen) bestehen ließ.⁴⁶⁹

Nach 1945 kam es zu jahrelangen Diskussionen um die Gültigkeit des Konkordats, die sich unter anderem um folgende Fragen drehten:

⁴⁶⁶ Meißner 38

⁴⁶⁷ Vgl. hierzu die Ausführungen im Kapitel „Die ersten Stufen auf der Karriereleiter“

⁴⁶⁸ Konkordat zwischen dem Heiligen Stuhl und dem Deutschen Reich vom 20. Juli 1933, in: Reichsgesetzblatt II, Nr. 38/1933 vom 18. September, S. 679-690. Meißner 44

⁴⁶⁹ Meißner 45

- ▶ Kam das Konkordat überhaupt rechtmäßig zustande? Nach dem Ermächtigungsgesetz war die parlamentarische Zustimmung zu den Verträgen nicht mehr erforderlich. Deshalb wurde das Gesetz einfach von Reichspräsident Hindenburg ratifiziert.
- ▶ Galt das Konkordat nach der Kapitulation des Deutschen Reiches fort?
- ▶ Gingen die Regelungen des Konkordats auf die Nachkriegsländer über?
- ▶ Im Falle Baden-Württembergs stellte sich außerdem die Frage, ob die Ansprüche des Konkordats von den Nachkriegsländern auf den Südweststaat übergegangen waren?
- ▶ Hinzu kam die Frage, welche Ansprüche die katholische Kirche an den Südweststaat richten konnte, wenn doch klar war, daß - vorausgesetzt, das Reichskonkordat besaß überhaupt noch Gültigkeit - nur die württembergischen Landesteile dem Artikel 23 des Reichskonkordats unterlagen, während es unstrittig war, daß für die badischen Landesteile das Badische Konkordat fortbestand.

Von juristischer Seite war zunächst keine Klärung dieser Fragen möglich. Die Sachverständigen kamen zu gegensätzlichen Einschätzungen. Später hat das Bundesverfassungsgericht die Gültigkeit des Reichskonkordats bejaht, allerdings nur mit Bindungswirkung für den Bund.⁴⁷⁰

In dem am 23. Mai 1949 verabschiedeten Grundgesetz regelten die Artikel 6 und 7 Fragen des Elternrechts und des Schulwesens. Im Artikel 6 GG wurden eine Reihe von Wertentscheidungen und Anspruchsbegründungen vorgenommen. Die Absätze 1 bis 3 (Ehe, Familie, Elternrecht) erweitern den Grundrechtskatalog auf den privaten Familienbereich. Dieser wird gegenüber dem Staat ausdrücklich als eigener Bereich anerkannt und abgegrenzt. Absatz 4 und 5 betreffen Mütter und nicht-eheliche Kinder. Vieles von dem, was der Verwirklichung des Art. 6 GG dient, ist Sache der Länder geblieben (Art. 30, 70 GG): so vor allem das schulische und nichtschulische Erziehungswesen. Die Vorschriften der Landesverfassungen, soweit sie das Elternrecht garantieren, gelten danach fort (Art. 31, 142 GG).⁴⁷¹

Artikel 7 GG regelt das deutsche Schulwesen. Er enthält folgende institutionelle Garantien: die Staatsaufsicht über das Schulwesen (Abs. 1), die Regelung des Religionsunterrichts (Abs. 2 und 3) und die Garantie der Privatschulen (Abs. 4 und 5). Außerdem garantiert Art.

⁴⁷⁰ Meißner 46; Endemann 78

7 echte Grundrechte: das Recht der Eltern, über die Teilnahme am Religionsunterricht zu bestimmen (Abs. 2), das Recht des Lehrers, die Erteilung des Religionsunterrichts zu verweigern (Abs. 3, Satz 3) und das Recht, Privatschulen zu errichten und zu betreiben (Abs. 4 Satz 1). Die Rechte der Erziehungsberechtigten ergeben sich aus dem in Art. 6 Abs. 2 Satz 1 GG garantierten Elternrecht. Art. 7 behandelt lediglich einen Abschnitt daraus für den Bereich der Schule.⁴⁷²

Der Religionsunterricht ist gemäß Art. 7 Abs. 3 Satz 1 GG ordentliches Lehrfach. Das heißt, er darf weder räumlich noch sachlich aus dem Bereich der Schule ausgeklammert werden. Die einzige ausdrückliche Normierung des individuell durchsetzbaren Elternrechts auch innerhalb der Schulorganisation findet sich in Art. 7 Abs. 2 GG: „Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.“⁴⁷³ Dies entspricht der älteren Ansicht, wonach der Staat im schulischen Bereich eine umfassende Regelungsbefugnis besitzt und sich das Recht der Eltern auf die häusliche Gemeinschaft und die Familie beschränkt. In Rechtsprechung und Lehre setzte sich mit der Zeit eine umfassende Anwendbarkeit des Elternrechts durch. Am Ende dieser Entwicklung stand dann ein gleichberechtigtes Miteinander von Elternrecht und Schule.⁴⁷⁴

Gemäß Art.7 Abs.4 GG haben die Eltern mit der Gewährung des Rechts auf Errichtung privater Schulen die Wahl und das freie Entscheidungsrecht zwischen staatlicher und privater Schule. Dieses Wahlrecht ermöglicht es den Eltern in gewissem Rahmen, ihren Kindern eine nach eigenen Vorstellungen geprägte Erziehung und Bildung in der Schule zu vermitteln. Insofern korrespondiert das Recht der Eltern zur Errichtung von Privatschulen mit dem elterlichen Erziehungsrecht und ist als eine grundsätzliche Absage an ein staatliches Schulmonopol zu verstehen.⁴⁷⁵ Das Bundesverfassungsgericht hat in seiner grundlegenden Entscheidung zur Subvention von Privatschulen den freiheitssichernden Aspekt der institutionellen Garantie von privaten Schulen deutlich herausgearbeitet: „Die Privatschulfreiheit ist im Blick auf das Bekenntnis des Grundgesetzes zur Würde des Menschen (Art.1 Abs.1 GG) zur Entfaltung der Persönlichkeit in Freiheit und Selbstverantwortlichkeit (Art.2 Abs.1 GG), zur Religions- und Gewissensfreiheit (Art.4 Abs.1 GG), zur religiösen

⁴⁷¹ Mascello 209-230

⁴⁷² Mascello 231

⁴⁷³ Ebd. 240

⁴⁷⁴ Roewer 124

⁴⁷⁵ Vgl. Mascello 248-276

und weltanschaulichen Neutralität des Staates und zum natürlichen Elternrecht (Art.6 Abs.2 Satz1 GG) zu würdigen.“⁴⁷⁶ Mit dieser institutionellen Garantie der Privatschule korrespondiert das Recht des Schulträgers, einen eigenverantwortlichen gestalteten Unterricht insbesondere auch in Hinsicht auf die Erziehungsziele, die weltanschauliche Basis sowie die Lerninhalte und Lehrmethoden zu verwirklichen.⁴⁷⁷

Walter Krause bezeichnete in der Landtagsdebatte am 23. Juni 1953 das Abstimmungsergebnis bei der Wahl zur Verfassunggebenden Landesversammlung am 9. März 1952 als Votum für die Gemeinschaftsschule, denn im Mittelpunkt des Wahlkampfes hätte die Schulfrage gestanden. Außerdem zeichnete er eine Grenze des Elternrechts auf. Denn neben Rechten und Pflichten der Eltern gebe es auch Rechte und Pflichten des Staates und der Kirchen. Die Erziehung in Konfessionsschulen behindere auch das Zusammenwachsen von Kindern Einheimischer und Heimatvertriebener, die in ihrer neuen Heimat häufig eine konfessionelle Minderheit bildeten. Er stellte in einer Landtagsdebatte die Frage: „Können Sie im Ernst behaupten, so frage ich Sie, daß die nach Konfessionen getrennte Erziehung eine bessere Vorbereitung für dieses gemeinsame Leben der Menschen ist als die gemeinsame Erziehung in einer Gemeinschaftsschule?“⁴⁷⁸

Auch später wurde im Landtag immer wieder über den Konfessionsunterricht an Schulen debattiert. 1957 ging es zum Beispiel um konfessionell getrennte Klassen an eigentlich simultanen Schulen. Walter Krause setzte sich vehement dafür ein, daß die Schulaufsicht diese konfessionelle Trennung durch die Hintertür unterbinde.⁴⁷⁹

Die Diskussion im Parlament wurde von einer lebhaften Auseinandersetzung in den Verbänden und in der Bevölkerung begleitet. So sprach sich die Arbeitsgemeinschaft der südwestdeutschen Lehrerverbände, der mit rund 12 000 Mitgliedern der überwiegende Teil der Volksschullehrer angehörte, bereits am 17. Februar 1952 für die Christliche Gemeinschaftsschule aus.⁴⁸⁰

⁴⁷⁶ BverfGE 75, 40 (62f.)

⁴⁷⁷ Jach 49

⁴⁷⁸ Krause, Landtagsdebatte am 23.6.53

⁴⁷⁹ Krause, Landtagsdebatte am 2. Oktober 1957. Später verteidigte Walter Krause das Recht des Landtags, das Bildungswesen im Land zu bestimmen, auch gegen internationale Versuche, darauf Einfluß zu nehmen. Als dem Landtag beispielsweise eine UNESCO-Resolution zur Nicht-Diskriminierung im Unterrichtswesen vorlag, der die SPD im Prinzip zustimmte, kritisierte Krause die Passage, daß das Land auch alle künftigen Resolutionen „auf das Sorgfältigste zu beachten“ habe. (Landtagsdebatte am 24. Oktober 1963).

⁴⁸⁰ Fischer (1952) 5

Im folgenden Jahrzehnt rangen die CDU auf der einen und die anderen Parteien unter Führung der SPD auf der anderen Seite um eine für das ganze Land einheitliche Lösung. Aus der Sicht der SPD waren die Konfessionsschulen „ein echtes Hindernis für das, was wir uns kulturpolitisch vorgenommen hatten“, erinnerte sich Hans-Otto Schwarz.⁴⁸¹ Die CDU andererseits fühlte sich, so formulierte es Gebhard Müller, an die Grundsätze des katholischen Kirchenrechts für die Erziehung der Kinder gebunden.⁴⁸² Es muß allerdings hinzugefügt werden, daß diese Haltung der Partei, genau genommen, die Überzeugung des katholischen Teils der CDU widerspiegelte, der freilich die Mehrheit der Partei repräsentierte.⁴⁸³ Wilhelm Hahn gab offen zu, zwischen den Fronten von katholischer CDU auf der einen und SPD und FDP auf der anderen Seite zu stehen.⁴⁸⁴

Im Frühjahr 1964 hat der Landtag von Baden-Württemberg das Schulverwaltungsgesetz verabschiedet, das die Einführung des 9. Schuljahres, den Aufbau der Hauptschule und die Schaffung von Nachbarschaftsschulen beinhaltet.⁴⁸⁵ Daraus ergab sich zwangsläufig die Frage nach einer einheitlichen Schulform im ganzen Land. Die SPD-Fraktion brachte deshalb im Juni 1965 im Landtag eine Große Anfrage ein, in der unter anderem gefragt wurde: „Wie gedenkt die Landesregierung die bei der Neuordnung des Schulwesens, insbesondere bei der Errichtung voll ausgebauter Nachbarschaftsschulen, bezüglich der Schulform bestehenden Probleme zu lösen?“ Die Lösung dieser Frage konnte aus Sicht der SPD nur die Einführung der Christlichen Gemeinschaftsschule sein.⁴⁸⁶

Daß die Parteien und Politiker schließlich während der berühmten „Nacht der langen Messer“⁴⁸⁷ in einer Frage, die die Landespolitik zwei Jahrzehnte bewegt hatte, den entscheidenden Kompromiß in kürzester Zeit, im Grunde in wenigen Minuten, finden konnten, lag mit Sicherheit zum einen an den außergewöhnlichen Umständen dieses dramatischen Tages.⁴⁸⁸ Zum anderen hatten Walter Krause und Hans-Otto Schwarz in vorausschauenden Sondie-

⁴⁸¹ Schwarz (1996)

⁴⁸² Im Gegensatz zu Filbinger wich sein Vorgänger im Amt des Ministerpräsidenten, Gebhard Müller, aus tieferer innerer Überzeugung in der Schulfrage nicht von seiner ursprünglichen Position ab. (Siehe auch Hinweis von Krause in der Landtagsdebatte am 22.9.66).

⁴⁸³ Wilhelm Hahn schrieb auf Seite 92 seiner Autobiographie zur Gründung eines evangelischen Arbeitskreises in der CDU/CSU, daß die CDU damals trotz aller Bemühungen von Adenauer um Gleichberechtigung der Protestanten immer noch eine überwiegend katholisch geprägte Partei gewesen sei.

⁴⁸⁴ Hahn, Wilhelm 129

⁴⁸⁵ SPD-Landtagsfraktion 6

⁴⁸⁶ Ebd.

⁴⁸⁷ Gemeint ist der Abend des 12. Dezember 1966

⁴⁸⁸ Siehe Kapitel „Bildung der Großen Koalition“

zungsgesprächen den Boden dafür bereitet. Der Weg zu einer Einigung mit der CDU und damit auch mit der Diözese Rottenburg führte über das Ordinariat in Freiburg. Bereits ein halbes Jahr vor der Bildung der Großen Koalition, als noch niemand ahnen konnte, daß Ministerpräsident Kiesinger⁴⁸⁹ bald nach Bonn gehen und die CDU/FDP-Koalition in Stuttgart auseinanderbrechen würde, waren die beiden SPD-Spitzenpolitiker nach Freiburg zum einflußreichen Generalvikar Ernst Föhr gereist, um mit ihm Möglichkeiten für einen Kompromiß auszuloten.⁴⁹⁰ Diese Gespräche zwischen der SPD und der Diözese Freiburg

⁴⁸⁹ Kurt Georg Kiesinger (1904-1988) (CDU) war von 1960 bis 1966 Abgeordneter im Landtag von Baden-Württemberg. Von 1949 bis 1959 und von 1969 bis 1980 gehörte er dem Deutschen Bundestag an. Kiesinger war von 1958 bis 1966 Ministerpräsident von Baden-Württemberg und von 1966 bis 1969 Bundeskanzler. (Munzinger 19/88). - Literatur zu Kiesinger: Kiesinger, Kurt-Georg: Dunkle und helle Jahre - Erinnerungen 1904-1958, hg. vom Reinhard Schmoeckel, Stuttgart 1989; Gayer, Kurt, Kurt Georg Kiesinger - Ministerpräsident von 1953-1958, in: Die Villa Reitzenstein und ihre Herren, Stuttgart 1988, S. 187-206; Dahrendorf, Ralf, Kurt Georg Kiesinger - Der Politiker und die Intellektuellen, in: Dahrendorf, Ralf, Liberale und andere, Stuttgart 1994, S.277-286; Ziegler, Gerhard, Kurt Georg Kiesinger, in: Die deutschen Kanzler, Frankfurt/M. 1994, S.407-417; Kiesinger, Kurt Georg, Schwäbische Kindheit - Kurt Georg Kiesinger über seine Jugendjahre auf der Zollernalb und im Bäratal, in: Schönes Schwaben, Bd. 12 (1996), S.11-14; Bollmann, Werner, Ein Grandseigneur im Lager der Union: Kurt Georg Kiesinger – Der Vater der Großen Koalition in Bonn wird 75 Jahre alt, in: Stuttgarter Nachrichten v. 4.4.79; Oberndörfer, Dieter (Hg.), Begegnungen mit Kurt Georg Kiesinger, Festgabe zum 80. Geburtstag, Stuttgart 1984

⁴⁹⁰ Prälat Dr. rer.pol., Dr. theol. h.c. Ernst Föhr war von 1958 bis 1968 unter Erzbischof Dr. Hermann Schäufele Generalvikar der Erzdiözese Freiburg und als solcher Stellvertreter des Erzbischofs (Brief v. 30.10.96). Seine Biographie ist sehr interessant. Ernst Föhr wurde am 15. April 1892 in Josefslust im Oberamt Sigmaaringen geboren. Nach Abitur und Theologiestudium in Freiburg und Rom und Priesterweihe am 30.6.1915 im Erzbischöflichen Priesterseminar St. Peter nahm er als Lazarettgeistlicher am Ersten Weltkrieg teil. Dann meldete er sich freiwillig als Feldgeistlicher an die Front, machte die schweren Stellungskämpfe zwischen Maas und Mosel mit und wurde mit dem Eisernen Kreuz 2. Klasse und dem Ehrenkreuz für Frontkämpfer ausgezeichnet. Nach dem Krieg promovierte er mit dem Thema „Die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Waldarbeiter im badischen Schwarzwald unter besonderer Berücksichtigung der durch Krieg und Revolution gewordenen Verhältnisse“ im Jahr 1920 zum Dr. rer. pol. 1921 zog Föhr als Abgeordneter der badischen Zentrumsparterie in den badischen Landtag ein. Insgesamt war er zwölf Jahre Abgeordneter im Landtag und fünf Jahre im deutschen Reichstag. Nachdem Föhr Vorsitzender der badischen Zentrumsparterie geworden war, wurde er zum Schmied des badischen Konkordats. Während der NS-Zeit zog es Föhr in die innere Emigration in die kleine Pfarrei Sölden. Die Nationalsozialisten beobachteten ihn sehr genau. Die Gestapo verhörte ihn und versuchte, ihm Hochverrat nachzuweisen. Doch Föhr blieb standhaft. Nach dem Zweiten Weltkrieg wollte Föhr eine konfessionelle Volkspartei nach dem Vorbild des Zentrums wiederbeleben und war deshalb zunächst ein Gegner der überkonfessionellen CDU, die er zum Beispiel auf einer Seelsorgerkonferenz 1951 in Freiburg scharf angriff. Föhr wollte nach dem Vorbild Südwürttembergs auch in Südbaden Konfessionsschulen einführen. Dies scheiterte jedoch ebenso wie sein Versuch, die alte Zentrumsparterie wiederzubeleben. 1958 wurde Föhr vom Erzbischof Hermann Schäufele zum Generalvikar ernannt und blieb fast zehn Jahre die rechte Hand des Erzbischofs. Der Papst ernannte ihn 1963 zum Apostolischen Protonotar und die theologische Fakultät der Universität Freiburg verlieh ihm 1965 die Ehrendoktorwürde. 1968 trat Föhr, fast 76jährig, von seinem Amt zurück, nachdem es Differenzen mit dem Erzbischof und der Landesregierung über das neue Schulgesetz gegeben hatte. Am 19. Januar 1976 starb Föhr an den Folgen eines Herzversagens. Er ist auf dem Freiburger Hauptfriedhof beigesetzt (Kern-Sonderdruck). Schwarz erzählte, von Föhr sei bekannt gewesen, daß er als Mitglied des alten badischen Zentrums mehr zur SPD geneigt habe als zu den Konservativen. Krause und Schwarz führten die Gespräche im Namen der SPD mit Föhr in der Hoffnung, daß dieser auf Rottenburg Einfluß nehmen sollte, damit Südwürttemberg die Gemeinschaftsschule badischer Prägung akzeptieren würde. Als gewiefter Taktiker habe sich Föhr zu einer konkreten Aussage gegenüber Rottenburg nicht hinreißen lassen, gab aber zu verstehen, daß die Verwirklichung der Simultanschule in Südwürttemberg nach den Vorstellungen der SPD von der Diözese Freiburg als Bestätigung ihrer Linie aufgefaßt würde. Nicht nur deshalb erinnerte sich Schwarz gern an die Gespräche mit Föhr, sondern auch des guten badischen Weines wegen, den man zusammen in Föhrs „Kabüle“ in Freiburg ge-

konnten keine unmittelbaren Auswirkungen haben, denn die umstrittenen Konfessionsschulen lagen in der Diözese Rottenburg. Krause und Schwarz verfolgten mit den Gesprächen vielmehr die Absicht, indirekt Einfluß auf die Diskussion in der katholischen Kirche zu nehmen. Die Freiburger Katholiken, seit langem mit der Simultanschule lebend, sollten über die Öffentlichkeit und in vertraulichen Gesprächen mit den Glaubensbrüdern in Rottenburg die Erfahrung vermitteln, eine christliche Gemeinschaftsschule bedeute keineswegs den Untergang des Katholizismus, wie dies die Anhänger der Konfessionsschulen gern Glauben machen wollten. Diese Erwartung an Erzbischof Schäufele⁴⁹¹ und Generalvikar Föhr wurde von den SPD-Männern nie konkret angesprochen, aber indirekt zum Ausdruck gebracht.⁴⁹²

Föhr schrieb in der Badischen Volkszeitung zum Schulgesetzentwurf der SPD: „Was Baden angeht, könnte man wohl mit dieser Regelung einverstanden sein. Der Grund dafür liegt darin, daß man unterstellen kann, die Mehrheit der badischen Eltern sei mit der jetzigen Schule zufrieden. Das bedeutet, daß sie (Anm.: die badische Simultanschule) den Wünschen der Eltern entspricht, als auch in Baden dem Elternrecht tatsächlich Rechnung getragen ist.“⁴⁹³ Föhr wurde für die SPD damit zum Kronzeugen, daß die von der SPD favorisierte Lösung, im Kern der badischen Simultanschule sehr ähnlich, durchaus dem christlichen Weltbild genüge tue. Dies wurde für die SPD zu einem Trumpf, den sie im Landtag gerne ausspielte.⁴⁹⁴

Die Strategie von Krause und Schwarz hatte letzten Endes den gewünschten Erfolg. Bei den Gesprächen in Freiburg tasteten sich die Vertreter der SPD langsam an die Formel heran, die dann am 12. Dezember 1966 relativ schnell als Koalitionsvereinbarung festgelegt

trunken habe. Zum Verhältnis Föhr - Schäufele erinnerte sich Schwarz an einen damals bekannten Spruch: „Wer anderen eine Grube schäufelt, föhrt selbst hinein.“ Schwarz berichtete, daß bei den Gesprächen mit den SPD-Vertretern immer Föhr das Wort geführt habe, nicht Schäufele. Die beiden katholischen Spitzenrepräsentanten verstanden sich offensichtlich nicht so gut. Schwarz glaubte aber nicht, daß Föhr wegen sachlicher Differenzen mit dem Erzbischof Schäufele zurückgetreten sei. Er vermutete vielmehr Kompetenzgerangel. (Schwarz (1996)) - Zu Föhr siehe auch Merz 46-47, 87-90. - Walter Krause schien geradezu ein Faible für katholische Würdenträger in politischen Funktionen zu haben. Auch mit Franz Hermann, dem letzten „politischen Prälaten“, verband ihn ein freundschaftliches Verhältnis. Hermann (1904-1993), Landtagsabgeordneter von 1952-1960, war von 1953 bis 1960 CDU-Fraktionsvorsitzender. (Necrologium Friburgense, FDA 116, 1996) Auch dieses persönliche Verhältnis trug nicht unwesentlich zur Lösung der Schulfrage bei. (Schreiben des Erzbischöflichen Ordinariats vom 7. April 1999).

⁴⁹¹ Hermann Schäufele (1906-1977) war von 1958 bis 1977 Erzbischof von Freiburg. (Munzinger 35/77)

⁴⁹² Krause (1994/2); Schwarz (1996)

⁴⁹³ Badische Volkszeitung v. 3.9.66. Von Walter Krause am 22.9.66 im Landtag zitiert.

⁴⁹⁴ Krause und Schwarz in der Landtagsdebatte am 22.9.66

wurde.⁴⁹⁵ Die etwa 1000 in Südwürttemberg-Hohenzollern bestehenden Bekenntnisschulen sollten demnach in christliche Gemeinschaftsschulen umgewandelt werden. Gleichzeitig wollte man private Bekenntnisschulen durch eine großzügige staatliche Förderung weiter am Leben erhalten. Dieser Vorschlag, eingebracht von den Sozialdemokraten, hat damals viele überrascht. Er gab den Ausschlag, daß in der Nacht von 12. auf 13. Dezember 1966 die Große Koalition besiegelt werden konnte.⁴⁹⁶

Der Vorschlag besagte, daß dort, wo bisher öffentliche Bekenntnisschulen bestanden, nun unter bestimmten Bedingungen die Umwandlung in eine Privatschule zugelassen wurde, wenn die Eltern dies wünschten und das öffentliche Schulwesen nicht in Gefahr geriet. „Die Entscheidung“, so Krause, „ist für unser Land von ebenso großer Bedeutung wie die Einführung der badischen Simultanschule im vorigen Jahrhundert: Sie ist eine Entscheidung von säkularer Bedeutung.“⁴⁹⁷

Zwar wurde die Hauptlinie des Kompromisses zwischen CDU und SPD in der sogenannten „Nacht der langen Messer“ ausgehandelt, aber in den Wochen danach gab es noch ein heftiges Ringen um Details.⁴⁹⁸ Am 8. Februar 1967, einem Aschermittwoch (daher die Bezeichnung „Aschermittwochsgesetz“) wurde das Gesetz dann verabschiedet.⁴⁹⁹ Artikel 15 Abs. 2 der Landesverfassung erhielt folgende Fassung: „Öffentliche Volksschulen (Grund- und Hauptschulen) in Südwürttemberg-Hohenzollern, die am 31. März 1966 als Bekenntnisschulen eingerichtet waren, können auf Antrag der Erziehungsberechtigten in staatlich geförderte private Volksschulen desselben Bekenntnisses umgewandelt werden.“⁵⁰⁰ Es besiegelte die christliche Gemeinschaftsschule als einzige Form der öffentlichen Volksschule in Baden-Württemberg und zog einen Schlußstrich unter einen 20 Jahre dauernden Schulkonflikt. Bestehende öffentliche Konfessionsschulen konnten nach diesem Gesetz auf

⁴⁹⁵ Walter Krause ging in der Landtagsdebatte am 11. Oktober 1962 auch auf das Gerücht ein, die SPD sei um den Preis einer Regierungsbeteiligung zur Konfessionalisierung des Schulwesens bereit gewesen. Da es zwischen 1960 und 1966 keine Beteiligung der SPD an der Regierung gab und die SPD im Jahr 1966 auf das Amt des Ministerpräsidenten zugunsten der Lösung der Schulfrage in ihrem Sinne verzichtete, spricht einiges dafür, daß Krause die Wahrheit sagte, als er die oben angeführte Unterstellung als unrichtig bezeichnete.

⁴⁹⁶ Pressemitteilung Nr. 57/92 v. 22.9.92 des Landtags von Baden-Württemberg („Baden-Württemberg - Glücksfall der deutschen Geschichte“)

⁴⁹⁷ Stuttgarter Zeitung v. 19.1.67

⁴⁹⁸ Stuttgarter Zeitung v. 10.2.67

⁴⁹⁹ Falsche Datumsangabe („8. Januar 1967) bei Adam 272

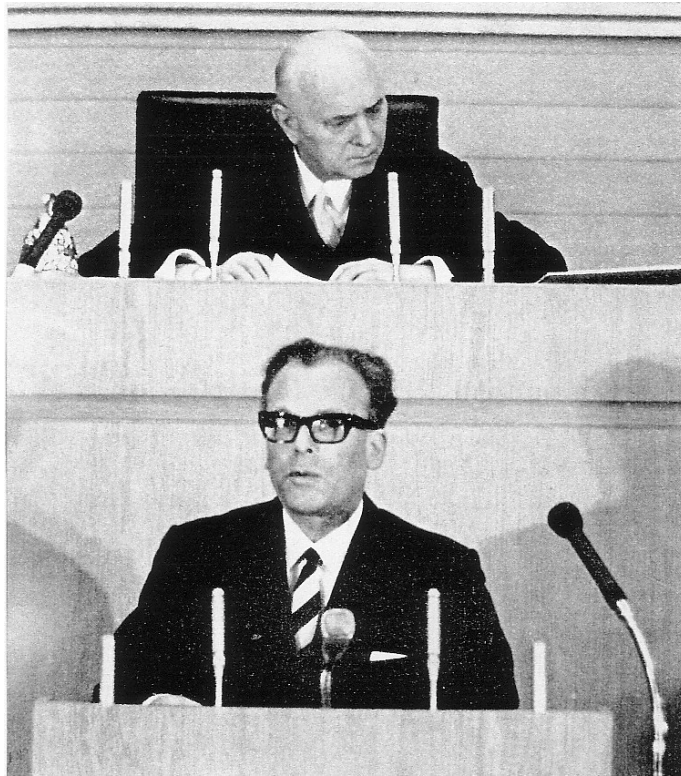
⁵⁰⁰ Hofmann 278

Antrag der Eltern bis 1973 in Privatschulen umgewandelt werden. Der Landtag billigte das Gesetz mit 89 zu 21 Stimmen. Die FDP und immerhin acht CDU-Abgeordnete stimmten dagegen.⁵⁰¹

Die Schulfrage darf aber nicht nur verengt auf die Frage der Bekenntnisschulen gesehen werden. Vielmehr muß die ganze Diskussion auf dem Hintergrund einer allgemeinen Schulreform betrachtet werden. Das Kultusministerium appellierte an die Eltern, ihren Kindern eine bessere Schulbildung zu ermöglichen. Aus diesem Grund sollten mehr weiterführende Schulen in zentraler Lage gegründet werden. Das war bei der Größe der meisten Bekenntnisschulen aber nicht möglich. Deshalb mußte es allen Schülern erlaubt werden, unabhängig von ihrem religiösen Bekenntnis die gleichen Schulen besuchen zu können. Darauf hatte Walter Krause am 24. November kurz vor Bildung der Großen Koalition im Landtag hingewiesen: „Es geht um die Landschulreform, es geht um gleiche Bildungschancen für alle Kinder in unserem Lande.“⁵⁰² Diese allgemeine Schulreform, die von allen Parteien als richtig erkannt wurde, war ein starkes Motiv, die Bekenntnisschulen abzuschaffen oder zumindest einzuschränken.

⁵⁰¹ Gesetz vom 8. Februar 1967 (GBl. 69 S.15). Vgl. Endemann 80

⁵⁰² Krause, Landtagsdebatte am 24.11.66



Oppositionsführer Walter Krause bei seiner Erklärung zur Schulfrage am
22. September 1966

(Quelle: SPD (Hg.) Miteinander – schon in der Schule. Aus der Schuldebatte
des Landtags am 22. September 1966, o.O. o.J., Württembergische Landes-
bibliothek 23C/200)

Die Nacht der langen Messer

Die Bildung der Großen Koalition im Jahre 1966 gehört zu den spannendsten Kapiteln in der baden-württembergischen Landesgeschichte.⁵⁰³ Wie Hofmann schreibt, ist es schwierig, in das verworrene Geschehen dieser Tage eine klare Linie zu bringen. Hofmann sieht den Grund darin, daß viele der handelnden Personen selbst den berühmten roten Faden verloren hätten und nach den Ereignissen mit Hilfe der Schilderung ihr Verhalten nachträglich gerechtfertigt hätten.⁵⁰⁴ Statt klarer Absichten begann sich ein unentwirrbares Knäuel „von lauterer und weniger lauterer Absichten, von vordergründiger parteipolitischer Taktik, Ungeschicklichkeit, Unsicherheit, Irrtum, Mißverständnis und Täuschung zu verflechten. Nur wenige Akteure, welcher Couleur auch immer, waren nicht in dieses Spiel verwickelt.“ In keinem politischen Lager habe eine einheitliche Meinung existiert, „am ehesten noch bei der bisherigen SPD-Opposition“,⁵⁰⁵ stattdessen habe man sich treiben lassen und wartete aus sehr unterschiedlichen Motiven, wohin die Trift sich wohl bewege.⁵⁰⁶ Die Rekonstruktion der Ereignisse und Motive ist zudem ein gutes Beispiel für den Sinn mündlich überlieferter Geschichte. Werner Fuchshuber, der die einzige detaillierte Darstellung der Ereignisse lieferte, schrieb, daß er zwar das Gerüst der Darstellung Zeitungsberichten entnommen habe. „Doch wie es zu all den Ereignissen kam, wer die ‚Drahtzieher‘ waren und wie im geheimen agiert wurde,“ das sei nur durch Informationen zu klären gewesen, die der Presse nicht bekannt gewesen seien oder von denen sie keinen Gebrauch gemacht hätten. Fuchshuber führte deshalb zahlreiche Gespräche mit Politikern, ihren Beratern und Journalisten, darunter auch Walter Krause, Hans Filbinger und Gerhard Mayer-Vorfelder, der zum Zeitpunkt der Gespräche mit Fuchshuber noch Regierungsdirektor war.⁵⁰⁷

An einem einzigen Tag, dem 12. Dezember 1966, in die Geschichte eingegangen als die „Nacht der langen Messer“, entschied sich das Schicksal zweier Politiker, Hans Filbinger

⁵⁰³ Darstellungen der Ereignisse dieses Tages in Buchform gibt es gleichwohl nur wenige. Ein relativ kleines Bändchen, als Zulassungsarbeit an der Pädagogischen Hochschule Schwäbisch Gmünd vorgelegt, widmet sich ausschließlich dieser Thematik und stellt die Ereignisse und Hintergründe minutiös und ausführlich dar: Werner Fuchshuber, Als Kiesinger nach Bonn ging - Was geschah in Stuttgart ?, Schwäbisch Gmünd 1971. Darauf zum Teil aufbauend: Hofmann, Wilhelm, Die Zeit der Regierungsbeteiligung, in: Rothmund, Paul, und Wiehn, Erhard (Hg.), Die F.D.P./DVP in Baden-Württemberg und ihre Geschichte, Band 4 der Reihe Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs, Stuttgart 1979, S.272-278

⁵⁰⁴ Hofmann 272

⁵⁰⁵ Dabei handelte es sich freilich um eine Fehleinschätzung, wie noch zu zeigen sein wird.

⁵⁰⁶ Hofmann 273

⁵⁰⁷ Ausführliche Liste: Fuchshuber 96-97

und Walter Krause, aber auch auf Jahre hinaus das von CDU und SPD. Und die FDP wurde letztlich durch Fehler, begangen an einem einzigen Tag, für drei Jahrzehnte auf die Oppositionsbänke verbannt.⁵⁰⁸

Wer Walter Krause verstehen will, der muß diesen Tag verstehen, ein Tag, an dem er die Möglichkeit ausschlug, Ministerpräsident zu werden. Umgekehrt kann man das Verhalten Krauses bei diesen Verhandlungen aber nur begreifen, wenn man seine politischen und persönlichen Erfahrungen kennt. An keinem anderen Tag trat seine Persönlichkeit, seine Auffassung, Politik zu gestalten, deutlicher zutage als an jenem 12. Dezember des Jahres 1966.

Nicht nur für Krause war dies ein entscheidender Tag, sondern auch für Hans Filbinger. Dieser hatte sich zunächst am 5. Dezember 1966 in einer Kampfabstimmung in der CDU-Fraktion gegen Wilhelm Hahn⁵⁰⁹ durchsetzen müssen.⁵¹⁰ Doch Filbinger war damit noch

⁵⁰⁸ Darstellungen und Hinweise zu diesem Tag finden sich bei: Stuttgarter Zeitung v. 12.12.96. - Fehler in der Darstellung bei Adam (1978/1) S.287, der schreibt, Filbinger sei mit den Stimmen von CDU und FDP (!) zum Ministerpräsidenten gewählt worden.

⁵⁰⁹ Wilhelm Hahn wurde am 14. Mai 1909 in Dorpat (Estland) geboren. Er studierte evangelische Theologie und wurde 1937 Gemeindepfarrer im westfälischen Minden. 1950 erhielt er einen Ruf als Professor für Geschichte und Theorie der Predigt, Liturgie und Katechetik der Universität Heidelberg, zu deren Rektor er 1958 gewählt wurde. 1956 trat Hahn in die CDU ein, in der er von Anfang an „weder Parteisoldat noch Karrierist“ war, schrieb die FAZ. 1962 wurde er in den Bundestag gewählt, bevor ihn Kurt-Georg Kiesinger 1964 als Kultusminister nach Stuttgart holte. Die 68er Bewegung stilisierte Hahn zum Feindbild. Hahn versammelte jedoch kritische Köpfe wie Ralf Dahrendorf als Berater um sich und machte sein Ministerium zur ersten Adresse unter den deutschen Bildungsreformern. Er baute die berufliche Bildung aus und gründete die ersten Berufsakademien. Außerdem sind die Gründungen der Universitäten Ulm und Konstanz mit seinem Namen verbunden. Für das baden-württembergische Hochschulgesetz erntete er 1978 stürmische Proteste, weil es unter anderem Regelstudienzeiten einführte. Als Filbinger im selben Jahr das Kultusressort zweiteilte, schied Hahn im Zorn. Seine Nachfolger wurden Roman Herzog für Schulen und Sport sowie Helmut Engler für Hochschulen und Forschung. 1979 zog Hahn ins Europaparlament ein, dem er bis 1987 angehörte. Im Dezember 1996 starb er im Alter von 87 Jahren (Staatsanzeiger v. 16.12.96) (Munzinger 12/97). - Hahns Autobiographie unter dem Titel „Ich stehe dazu“ erschien im Jahre 1981 (Stuttgart). Weitere Literatur: Kuntz, Edwin, Ein Leben im Bannstrahl von Politik und Kunst, in: Der Kunsthändler, Bd. 79 (1987), S. 13-14; Hahn, Wilhelm, Europäische Kulturpolitik, Aufsätze über Bildung, Medien und Kirche, Sindelfingen 1987; Hahn, Wilhelm, Das Verhältnis von pädagogischer Theorie und bildungspolitischer Verwirklichung in biographischer Darstellung, in: Mit Bildung Politik machen, Stuttgart 1991, S. 34-56. Dahrendorf, Ralf, Wilhelm Hahn – Gesamtplan und Realpolitik, in: Dahrendorf, Ralf, Liberale und andere, Stuttgart 1994, S. 255-276; Trost, Karl, In memoriam Wilhelm Hahn, in: Lehren und Lernen, Villingen-Schwenningen Bd.23 (1997); Hahn, Wilhelm, Europäische Kulturpolitik, Aufsätze über Bildung, Medien und Kirche, Sindelfingen 1987; Filbinger, Hans (u.a.), Bildungspolitik mit Ziel und Maß - Wilhelm Hahn zu seinem zehnjährigen Wirken gewidmet, Stuttgart 1974; Rau, Wilhelm, Grenzgänger zwischen Anfechtung und Zuversicht – Wilhelm Hahn z. 70. Geburtstag, in: Ruperto Carola, Bd. 64 (1980), S.83-86; Piazzolo, Paul Harro, Die Ära Hahn in persönlicher Schau, in: Kultus und Unterricht, 1978, S.N. 191-212, auch in: Lehren und Lernen, 4 (1978), S.1-2; Kreuz-Wege, Festschrift für Kultusminister a.D. Wilhelm Hahn zum 75. Geburtstag, hg. von Heinz Reutlinger u. Gunther G. Wolf, Heidelberg 1984 – darin enthalten u.a.: Kohl, Helmut, Wilhelm Hahn – Politiker aus christlicher Verantwortung (S.4-9); Reutlinger, Heinz, Bitter, Klaus, Das Leben und Wirken von Professor Wilhelm Hahn (S. 10-24); Kiesinger, Kurt Georg, Die Aufgaben eines Kulturpolitikers (S.32-36); Hassel,

lange nicht Ministerpräsident. Leicht hätte er auch Oppositionsführer werden können. Dem zurückweichenden Walter Krause, aber auch seinem eigenen entschlossenen Zupacken hat er es zu verdanken, daß er der eigentliche Gewinner jener denkwürdigen „Nacht der langen Messer“ war. Filbinger, als Innenminister vorher von vielen unterschätzt, hatte allen Kritikern bewiesen, daß er im entscheidenden Moment zu handeln wußte.⁵¹¹

Aber es waren nicht nur individuelle Schicksale, die sich an diesem Tag entschieden. Es war nicht nur der freiwillige Verzicht eines Politikers auf das Spitzenamt zugunsten einer Sachfrage, ein Vorgang, der in der deutschen Nachkriegsgeschichte seinesgleichen sucht. Es war auch der Tag der drei baden-württembergischen Alt-Parteien.

Um die Tragweite der Entscheidungen der Parteien und Politiker einschätzen zu können, sei eine kurze kontrafaktische Betrachtung eingefügt. Die SPD vergab die auf dem Silbertablett dargebotene Chance, zum ersten und einzigen Mal in diesem Jahrhundert den Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg zu stellen.⁵¹² Es ist zwar nicht zu beweisen, aber durchaus wahrscheinlich, daß die SPD durch den Beweis, das Land auch in führender

Kai-Uwe, Die Europäische Einigung und Wilhelm Hahn (S.118-135); Herzog, Roman, Der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU und Wilhelm Hahn (S.196-200); Schröder, Gerhard, Von Dorpat nach Straßburg (S. 316-317)

⁵¹⁰ Hofmann 272 - Die entscheidende Abstimmung in der CDU-Landtagsfraktion gewann Filbinger relativ knapp mit 31 zu 25 Stimmen. Hahn selbst schrieb, daß er über den Ausgang der Abstimmung nicht unglücklich gewesen sei. Er sei viel lieber Kultusminister geblieben, da ihm dieses Amt auf den Leib geschrieben gewesen sei. (Hahn, Wilhelm, 130/131).

⁵¹¹ Kiesinger hatte vor seinem Abgang nach Bonn sein Haus nicht bestellt. Er rechnete jedoch damit, daß Wilhelm Hahn sein Nachfolger werden würde und war überrascht, als Filbinger sich durchsetzte. (Fischer (1997))

⁵¹² Interessant ist ein Vergleich mit Württemberg-Baden nach der Wahl am 19. November 1950. Die SPD wurde damals mit 34 Sitzen stärkste Fraktion, gefolgt von der CDU mit 28, der DVP mit 22 und der DG/BHE mit 16 Sitzen. In dieser Position meldete die SPD ihren Anspruch an, als stärkste politische Kraft im Lande die politische Führung zu übernehmen und den Ministerpräsidenten zu stellen. Doch der Wunsch-Koalitionspartner, die DVP, versagte sich einer Koalition mit den Sozialdemokraten und strebte stattdessen ein Bündnis mit den Christdemokraten an. Diese entschieden sich nach der für sie enttäuschenden Wahl für die Opposition. Am 12. Dezember 1950 präsentierten sich dem Landtag zwei Kandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten: Reinhold Maier und der bisherige Wirtschaftsminister Hermann Veit (SPD). Veit erhielt 33 Stimmen, Maier nur 23. 41 Stimmzettel wurden unbeschrieben abgegeben, weil sich CDU und DG/BHE fast geschlossen der Stimme enthalten hatten. Da nach Artikel 70 Absatz 1 der württembergisch-badischen Verfassung ein Ministerpräsident mit mindestens den Stimmen der Hälfte der gesetzlichen Zahl der Landtagsabgeordneten gewählt werden mußte, hatte die Wahl noch kein Ergebnis gebracht. Ein zweiter Wahlgang war notwendig. In dieser Zeit versuchte Maier, die CDU für die Teilhabe an der Regierung zu bewegen, was aber mißlang. Schließlich signalisierte die SPD Konzessionsbereitschaft. Am 11. Januar 1951 wurde Reinhold Maier erneut zum Ministerpräsidenten gewählt, Hermann Veit trat als stellvertretender Ministerpräsident und Wirtschaftsminister ins SPD/DVP-Kabinett ein. Im Unterschied zu Krause im Jahr 1966 versuchte Veit wirklich, Ministerpräsident zu werden. Er mußte sich aber den realen Machtverhältnissen beugen. (Sauer (1978) 468-470)

Position regieren zu können, ihre Position langfristig verbessert hätte, wenn sie einmal diesen Posten besetzt hätte.⁵¹³

Umgekehrt standen die Vorzeichen bei der CDU. Was wäre geschehen, wenn die CDU damals in die Opposition gemußt hätte? Wäre sie schon 1968 wieder in die Regierung zurückgekehrt oder wäre sie, zum Beispiel wegen Unbeweglichkeit in der Schulfrage, lange in der Opposition geblieben?

Sehr wahrscheinlich ist, daß die FDP in der Geschichte Baden-Württembergs in den 70er und 80er Jahren eine wesentlich wichtigere Rolle gespielt hätte, hätte sie nicht 1966 auf so sträfliche Weise die Regierungsbeteiligung aufs Spiel gesetzt.⁵¹⁴ In Baden-Württemberg behielt die FDP ihre Oppositionsrolle 30 Jahre. Es dauerte bis zum Jahre 1996, bis die Urnenkel von Maier und die Enkel von Haußmann⁵¹⁵ wieder ins Kabinett in der Villa Reitzenstein einzogen.

Der 12. Dezember 1966 ist aber auch aus überparteilichen Sicht von Interesse. Denn dieser Tag steht für eine Konstellation, die sehr selten geworden ist in der deutschen Politik: nämlich daß die Entscheidung für oder gegen einen Koalitionspartner, also über die Zusammensetzung der Regierung, wirklich von den handelnden Personen abhängt. In der deutschen Politik der Gegenwart wird zwar in den meisten Fällen intensiv über die Bedingungen einer Koalition verhandelt. Die Frage, mit wem die Koalition gebildet wird, wird zwar gestellt, um Druck auf den Verhandlungspartner aufzubauen, ist aber in Wirklichkeit nur in seltenen Fällen wirklich offen. Durch den Druck der Parteibasis oder der öffentlichen Meinung ist die grundsätzliche Frage, wer mit wem die Koalition bildet, häufig schon vorentschieden, bevor die Politiker am Verhandlungstisch Platz genommen haben. Ganz außer-

⁵¹³ Schon einmal, in den 50er Jahren, hatte die SPD kontrovers über die Bildung einer Großen Koalition in Stuttgart diskutiert. Alex Möller wollte ein solches Bündnis nach der Landtagswahl 1956, Fritz Erler verhinderte es und setzte stattdessen ein Dreier-Bündnis unter Einschluß der FDP durch. Gebhard Müller und Hermann Veit bildeten das Führungstandem.

⁵¹⁴ Neben der noch ausführlich zu schildernden, uneinheitlichen Position der FDP hinsichtlich des Wunschpartners für eine neue Koalition verunsicherte die FDP ihre möglichen Partner noch durch einen anderen „Umfaller“. Im November 1966 einigten sich SPD und FDP im „Ständigen Ausschuß“ des Landtages auf einen gemeinsamen Antrag zur Schulfrage. Im Plenum des Landtags schlug sich die FDP dann wenige Tage später wieder auf die Seite der CDU und beschloß gemeinsam mit den Christdemokraten, den eigenen Antrag an den Ausschuß zurückzuweisen. (Adam 272).

⁵¹⁵ Wolfgang Haußmann (FDP/DVP) (1903-1989) war von 1946 bis 1952 Mitglied der Verfassungsgebenden Landesversammlung und des Landtags von Württemberg-Baden. Von 1952 bis 1972 gehörte er dem Landtag von Baden-Württemberg an. Von 1953 bis 1966 war er Justizminister. (Munzinger 16/89). - Auch Matz 494 sieht die FDP als Verlierer der turbulenten Koalitionsverhandlungen des Jahres 1966.

gewöhnlich (mir ist kein ähnlicher Fall bekannt) ist jedoch der Umstand, daß die Entscheidung, wer mit wem eine Koalition bildet, in einer Nachtsitzung fällt, deren Ausgang wie ein spannendes Fußballspiel bis zur letzten Minute offen ist.

Besondere Beachtung verdienen deshalb die Umstände, die in der sogenannten „Nacht der langen Messer“⁵¹⁶ innerhalb weniger Stunden zur Großen Koalition von 1966 geführt haben: Die führenden Persönlichkeiten besaßen im Dezember 1966 eine Handlungsfreiheit, die ihnen in der Gegenwart nur selten zukommt. Auch deshalb verdient dieser Tag Beachtung.⁵¹⁷

Die Vorgeschichte spielte auf der bundespolitischen Bühne. Dort war die CDU/FDP-Regierung unter Kanzler Ludwig Erhard⁵¹⁸ und Erich Mende⁵¹⁹ auseinandergebrochen und durch eine Große Koalition, die erste in Bonn, unter Bundeskanzler Kurt-Georg Kiesinger und Außenminister Willy Brandt ersetzt worden.⁵²⁰ Der Prolog begann bereits 1962, als auf Seiten der Union Paul Lücke⁵²¹ und Karl Theodor Freiherr von und zu Guttenberg⁵²² im Auftrag Adenauers gemeinsam mit Herbert Wehner die Möglichkeit einer Großen Koalition ernsthaft, aber letztlich vergeblich sondierten.⁵²³ Danach riß der Kontakt insbesondere zwischen Guttenberg und Wehner nicht mehr ab. Vor der Bundestagswahl am 19. September 1965 spielten sie erneut die Möglichkeit einer Großen Koalition durch. Nach dem un-

⁵¹⁶ Für die Vorgänge jener Nacht hat sich bei den Beteiligten diese sehr bildhafte Bezeichnung eingepreßt, die vermutlich von einer legendären Sonderprüfung bei der Rallye Monte Carlo entlehnt ist.

⁵¹⁷ Zur Erhellung der Vorgänge rund um die „Nacht der langen Messer“ hat sich der Autor mit den zur damaligen Zeit maßgebenden Entscheidungsträgern unterhalten, Hans Filbinger und Walter Krause, sowie mit wichtigen Zeitzeugen wie Hans-Otto Schwarz, Walter Hirrlinger, Rudolf Schieler, Heinz Bühringer und Mitarbeitern der Referentenebene.

⁵¹⁸ Ludwig Erhard (1897-1977) (CDU) war von 1949 bis 1963 Wirtschaftsminister und galt als der Vater der sozialen Marktwirtschaft und des deutschen Wirtschaftswunders. Von 1963 bis 1966 war Erhard Bundeskanzler. (Munzinger 30-31/77).

⁵¹⁹ Erich Mende (1916-1998) (FDP, ab 1970 CDU) war von 1949 bis 1967 und von 1970 bis 1980 Mitglied des Deutschen Bundestages. Mende war 1960 bis 1968 Vorsitzender der FDP, von 1963 bis 1966 Vizekanzler und Minister für gesamtdeutsche Fragen unter Kanzler Erhard. Er trat 1970 aus Protest gegen die sozialliberale Koalition zur CDU über. (Munzinger 11/88).

⁵²⁰ Eine prägnante, spannend zu lesende Darstellung findet sich bei: Morsey, Rudolf, Die Vorbereitung der Großen Koalition von 1966 - Unionspolitiker im Zusammenspiel mit Herbert Wehner seit 1962, in: Kocka, Jürgen, Puhle, Hans-Jürgen und Tenfelde, Klaus (Hg.), Von der Arbeiterbewegung zum modernen Sozialstaat, München 1994, S.462-478. Vgl. Hofmann 272-273

⁵²¹ Paul Lücke war seit dem Jahre 1949 Bundestagsabgeordneter für den Rheinisch-Bergischen Kreis und amtierte seit 1957 als Bundesminister für Wohnungsbau, seit 1961 für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung. Er war ein Exponent des sozialen Katholizismus und Vorkämpfer für ein Mehrheiten bildendes Wahlrecht. (Morsey 462)

⁵²² Der fränkische Abgeordnete Karl Theodor Freiherr von und zu Guttenberg zählte zu den führenden Außenpolitikern seiner Fraktion. (Morsey 462)

⁵²³ Morsey 463

erwartet hohen Wahlsieg Ludwig Erhards konnte dieser zunächst die Koalition mit der FDP fortsetzen.⁵²⁴

Jedoch begann bald darauf die Demontage Erhards durch seine eigene Partei, die sich im Laufe des Jahres 1966 immer mehr verstärkte. Am 2. November 1966 erklärte Wehner: „Wir wollen regieren. Und wir werden auch eines Tages regieren.“ Am gleichen Tag kündigte Erhard seinen Rückzug vom Amt des Bundeskanzlers an, der sich dann in dramatischer Schnelligkeit vollzog. In der CDU wurden vier Politiker als mögliche Nachfolger genannt: Barzel, Gerstenmaier (der seine Kandidatur später zurückzog), Kiesinger und Schröder. Am 10. November wählte die Unionsfraktion Kurt Georg Kiesinger zum Kanzlerkandidaten. Bei den Koalitionsgesprächen mit der SPD spielten insbesondere die Finanzreform, das Stabilitätsgesetz und die heftig diskutierte Änderung des Wahlrechts hin zu einem mehrheitsbildenden Wahlrecht eine große Rolle. Am 30. November 1966 war die Große Koalition in Bonn perfekt, Erhard trat zurück und Kiesinger wurde am nächsten Tag zum Bundeskanzler gewählt.⁵²⁵

Als Reaktion auf die Vorgänge in Bonn verließ die FDP auch in Stuttgart die Regierung.⁵²⁶ Die Mehrheitsverhältnisse ließen drei Möglichkeiten zu: eine Große Koalition, eine CDU/FDP-Regierung oder ein SPD/FDP-Kabinett.⁵²⁷ „Jedermann“, so der Journalist Klaus Fischer, ging aber davon aus, daß die CDU/FDP-Koalition in Stuttgart fortgesetzt werde, weil sie so gut funktioniert habe. Allerdings, so räumte er ein, habe die Große Koalition in Bonn dieselbe Konstellation für Stuttgart zumindest denkbar gemacht.⁵²⁸

Filbinger selbst berichtete rückblickend über die Ereignisse des Jahres 1966, daß er ursprünglich eine Koalition mit der FDP angestrebt habe. Eine Frage von Krause, ob er eventuell auch mit der SPD koalieren möchte, hatte er noch am 6. Dezember abschlägig beantwortet. In der CDU-Fraktion gab es jedoch auch die Meinung, man solle der SPD

⁵²⁴ Morsey 464-465

⁵²⁵ Ebd. 468-472

⁵²⁶ Nach der Wahl im Jahr 1964 hatten sich beide Koalitionspartner versichert, daß ihr Bündnis für vier Jahre geschlossen werde, und dabei noch ausdrücklich betont, dies gelte auch für den Fall, daß es einen Wechsel in der Regierungsspitze in Bonn oder Veränderungen in Bonn gebe (Rüdric 4). Ebenso Hofmann 273.

⁵²⁷ Die Sitzverteilung im Landtag: CDU 59, SPD 47, FDP/DVP 14.

⁵²⁸ Fischer (1997)

doch echte Gespräche anbieten, um auszuloten, was die SPD für eine Beteiligung an der Regierung zu bieten habe. Vermutlich wollten die Christdemokraten damit ihren bisherigen Regierungspartner nur etwas unter Druck setzen, um ihn bei den Verhandlungen gefügiger zu machen.⁵²⁹

Die Funktionärsriege der FDP „einschließlich Reinhold Maier“ führte zu diesem Zeitpunkt offizielle Verhandlungen mit Filbinger. Als FDP-Anhänger einer Koalition mit der CDU bezeichnete Filbinger außerdem den Fraktionsvorsitzenden Friedrich Stock,⁵³⁰ den bisherigen Justizminister Wolfgang Haußmann und den Bundestagsabgeordneten Hermann Saam.⁵³¹ Die führenden Repräsentanten der FDP traten demnach für die Fortsetzung der Koalition mit den Christdemokraten ein. Mit diesen FDP-Politikern verhandelte Filbinger etwa 14 Tage lang, beginnend Ende November/Anfang Dezember 1966.⁵³² Diese Aussagen werden im Prinzip durch die Darstellung Hofmanns bestätigt. Danach teilte Filbinger sofort nach seiner Wahl zum Ministerpräsidentenkandidat durch die CDU-Fraktion dem FDP-Fraktionsvorsitzenden Friedrich Stock telefonisch mit, daß die bestehende Koalition mit den Liberalen fortgeführt und nur das Innenministerium neu besetzt werden sollte. Mit der SPD, so Filbinger, würden nur formelle Gespräche geführt. Auch bei der FDP war man der Ansicht, daß Verhandlungen um Sachthemen nicht notwendig seien, da nur personelle Fragen geklärt werden müßten. Das Regierungsprogramm habe man 1964 festgelegt, ebenso die Dauer der Koalition auf vier Jahre.⁵³³ Dann allerdings bekamen die Ereignisse eine Eigendynamik, die anscheinend keiner der Akteure mehr voll überblickte, geschweige denn kontrollieren konnte.

Bei den Verhandlungen über ein Regierungsbündnis ging es im wesentlichen um drei Fragen. Problem Nummer eins war die Schulfrage. Bei den Koalitionsverhandlungen nach der Landtagswahl 1964 hatten sich CDU und FDP auf ein „Stillhalteabkommen“ geeinigt. Im Juni 1965 legte die Regierung einen Schulentwicklungsplan vor, der zum Ziel hatte, die sogenannten Zwergschulen auf dem Land aufzulösen, die Hauptschulen in Jahrgangsklassen zu gliedern und größere Nachbarschaftsschulen mit einem entsprechenden Einzugsge-

⁵²⁹ Hofmann 273; Krause (1994/2)

⁵³⁰ Friedrich Stock (1913-1978) (FDP) war von 1956 bis 1972 Abgeordneter im Landtag von Baden-Württemberg. (Weik 119).

⁵³¹ Hermann Saam (geb. 1910) (FDP) war von 1952 bis 1955 und von 1960 bis 1964 Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg. Von 1965 bis 1969 gehörte er dem Deutschen Bundestag an. (Weik 101).

⁵³² Filbinger (1997)

⁵³³ Hofmann 272

biet zu bilden. Im Jahr darauf brachten sowohl die Freien Demokraten als auch die Sozialdemokraten Gesetzentwürfe ein, die den Schulentwicklungsplan als Argument benutzten, die christliche Gemeinschaftsschule im ganzen Land einzuführen. Die FDP argumentierte, es sei nicht zu vertreten, wenn Schüler, die zu konfessionellen Minderheiten zählten, bekenntnisgebundene Nachbarschaftsschulen besuchen müßten. Ministerpräsident Kiesinger und die CDU-Fraktion waren jedoch unbeugsame Verfechter des konfessionellen Elternrechts. Im Ständigen Ausschuß des Landtags kam es am 10. November 1966 zu einer bemerkenswerten Abstimmung. Es ergab sich eine Mehrheit von 13 Stimmen, bestehend aus Abgeordneten der SPD und der FDP, gegen 12 Stimmen der CDU. Die Koalition der Schulreformer schlug vor, die christliche Gemeinschaftsschule im ganzen Land einzuführen. Kultusminister Hahn bemühte sich um einen Kompromiß, der vorsah, das konfessionelle Elternrecht in eine Privatschullösung mit großzügiger öffentlicher Förderung einzubringen. Wahrscheinlich hätte man dafür die für eine Verfassungsänderung erforderliche Zweidrittelmehrheit im Landtag gefunden, obwohl ein harter Kern von CDU-Abgeordneten gegen eine solche Lösung war.⁵³⁴

Neben der Schulfrage gab es zwischen CDU und FDP noch zwei weitere Probleme, die beide das Wahlrecht betrafen. Beim Landtagswahlrecht wollte die FDP, daß die Stimmentauszählung im ganzen Land und nicht auf der Ebene der Regierungsbezirke als Grundlage für die Verteilung der Mandate dienen sollte. Dies hätte der FDP einen Vorteil gebracht. Gravierender war die von der gerade gebildeten Großen Koalition in Bonn geplante Einführung des Mehrheitswahlrechts,⁵³⁵ das das Ende der FDP bedeutet hätte. Die FDP wollte erreichen, daß die baden-württembergische Landesregierung im Bundestag dem Gesetz nicht zustimmen werde.⁵³⁶

Auf diesem Hintergrund kamen die Landespolitiker zu ihren Verhandlungen zusammen. Am Nachmittag des 7. Dezember 1966 traf eine FDP-Delegation, bestehend aus dem Landesvorsitzenden Hermann Saam, dem Fraktionsvorsitzenden Friedrich Stock, Reinhold Maier, Walter Erbe, Paul Meyle und Guntram Palm in der Villa Reitzenstein ein. Der FDP-Fraktionsvorsitzende Stock erklärte später, Filbinger habe ihn zuvor angerufen und mitgeteilt, mit der SPD werde es nur rein formelle Gespräche geben. Dennoch war die Atmo-

⁵³⁴ Hofmann 273-274

⁵³⁵ Der Spiegel v. 7.7.69 S.42

⁵³⁶ Hofmann 275

sphäre bei den ersten Koalitionsverhandlungen nicht gerade freundschaftlich. Die CDU, angeführt von Hans Filbinger und Camill Wurz, wollte die FDP in der Schulfrage auf den Prüfstand stellen. Die CDU lotete aus, wie weit sie mit der FDP gehen konnte. Während die FDP signalisierte, nochmals über die Antragsschule sprechen zu wollen, lehnte die CDU alle Wünsche der Liberalen ab.⁵³⁷

Am 8. Dezember fand das erste Gespräch zwischen CDU und SPD statt. Während die FDP und auch die SPD davon ausgingen, daß die CDU nur formal mit der SPD verhandelte, hatten sich bei einigen CDU-Abgeordneten die Gewichte hin zu ernsthaften Verhandlungen verschoben. Sie wollten in Erfahrung bringen, ob sie ihre politischen Ziele mit der SPD besser als mit der FDP durchsetzen könnten.⁵³⁸

Den Befürwortern einer Fortsetzung der Koalition mit der CDU stand, so Filbinger, eine andere Gruppe innerhalb der Liberalen gegenüber, die eine Koalition mit der SPD vorzogen.⁵³⁹ An deren Spitze stand der Tübinger Universitätsprofessor Walter Erbe,⁵⁴⁰ der, so Filbinger, Kultusminister werden wollte. Das hätte er in einer Koalition mit der CDU jedoch nicht können, da der Posten durch Wilhelm Hahn besetzt war.⁵⁴¹ Nach den Worten Filbingers stand auch Guntram Palm⁵⁴² an Erbes Seite, der später zur CDU überwechseln sollte, im letzten Kabinett Filbinger Justizminister war und unter Späth die Ressorts Inneres und Finanzen leitete.⁵⁴³

⁵³⁷ Hofmann 275, Fuchshuber 16-17, 37: Das Gespräch dauerte von 16 bis 19 Uhr. Zu den Teilnehmern gehörte auch Reinhold Maier.

⁵³⁸ Ebd. - Fuchshuber 40 nennt auch die Teilnehmer an dieser Runde. Von der SPD waren es: Walter Krause, Kurt Angstmann, Heinz Bühringer, Walter Hirtlinger, Rudolf Schieler, Hans-Otto Schwarz und Hermann Veit.

⁵³⁹ Hofmann 277 nannte Wolfgang Haußmann und Eduard Leuze als Befürworter einer Koalition mit der CDU.

⁵⁴⁰ Walter Erbe (1909-1967) (FDP) war von 1952 bis 1967 Mitglied der Verfassunggebenden Landesversammlung und des Landtags von Baden-Württemberg. (Weik 33).

⁵⁴¹ Professor Erbe starb knapp elf Monate nach den dramatischen Vorgängen im Landtag im Alter von nur 58 Jahren.

⁵⁴² Guntram Palm (geb. 1931) saß von 1964 bis 1972 als Abgeordneter der FDP im Landtag von Baden-Württemberg. 1975 trat er zur CDU über und war von 1980 bis 1992 wieder Landtagsabgeordneter. Palm war von 1977 bis 1981 Justiz-, von 1978 bis 1980 Innen- und von 1980 bis 1991 Finanzminister. Später wurde er Präsident der Landeszentralbank. (Munzinger 18/96). Literatur zu Guntram Palm: Kiel, Friedrich-Wilhelm, Dr. Guntram Palm zum Fünfundsechzigsten, in: An Rems und Murr, Bd. 22 (1995/96), S.6-7

⁵⁴³ Hofmann 277 bestätigt dies. - Schwarz hat eine andere Erklärung für die Wende mancher Liberaler zur SPD: Die damaligen Spitzenleute der SPD hätten durch fleißiges Arbeiten die CDU in der Sache überholt. (Schwarz (1996)). Schieler über Palm: „Ursprünglich ein Linkliberaler, der später eine große Wandlung mitgemacht hat.“ (Schieler (1997))

Am Morgen des 9. Dezember traf sich die CDU-Delegation erneut mit den FDP-Vertretern. Beim Landtagswahlrecht und in der Schulfrage fand man Kompromißformeln. Die Stimmen bei der Landtagswahl sollten nicht wie bisher nach Regierungsbezirken und wie von der FDP gewünscht im ganzen Land ausgezählt werden, sondern in den alten Ländern. In der Schulfrage sollte der Artikel 15 Absatz 2 der Landesverfassung, in der das Erziehungsrecht der Eltern festgelegt ist, bestehen bleiben. Haupt- und Grundschulen waren in der Regel christliche Gemeinschaftsschulen, auf Antrag konnten Bekenntnisschulen eingerichtet werden. Wenn es nicht möglich sein sollte, die SPD für die notwendige Zweidrittelmehrheit für eine Verfassungsänderung zu gewinnen, sollte eine Privatschullösung verwirklicht werden.⁵⁴⁴

Die CDU, zu diesem Zeitpunkt immer noch die bestimmende Kraft in den Verhandlungen, nutzte diese Position am selben Tag, dem 9. Dezember 1999 nachmittags, zu einer weiteren Verhandlung mit der SPD. Bei dieser Gelegenheit gab die SPD zu verstehen, daß mit ihr eine begrenzte Anzahl bestehender Konfessionsschulen in Württemberg-Hohenzollern in staatlich geförderte private Volksschulen umgewandelt werden könnte. Noch immer herrschte aber der Eindruck vor, daß die CDU mit der SPD keine ernsthafte Koalitionsab-sprache treffen wollte.⁵⁴⁵

Parallel dazu gab es, mehr oder weniger offen, Gespräche zwischen FDP und SPD. Trotz unterschiedlicher Darstellung im Detail ist klar, daß die FDP ein doppeltes Spiel trieb, vermutlich weniger aus strategischem Kalkül, sondern wohl eher wegen Uneinigkeit innerhalb der eigenen Führungsmannschaft. Beide große Parteien, CDU und SPD, gewannen den Eindruck, mit der offiziellen FDP zu verhandeln. Fest steht, daß die ersten Kontakte zwischen SPD und FDP von den durch nachbarschaftliche Nähe verbundenen Abgeordneten Heinz Bühringer (Waiblingen) und Guntram Palm (Korb) geknüpft worden sind.⁵⁴⁶ Als Bühringer davon der SPD-Spitze berichtete, beauftragte diese den stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Rudolf Schieler, die Absichten der FDP auszuloten. Ein erstes Gespräch zwischen beiden Parteien, vertreten durch Schieler und Bühringer auf der einen und Palm auf der anderen Seite, fand im Hotel Schloßgarten in Stuttgart im November 1966 statt. Danach kam es zu offiziellen Verhandlungen zwischen beiden Parteien. Der Delegation der

⁵⁴⁴ Hofmann 275 - vgl. Fuchshuber 41-45

⁵⁴⁵ Ebd. 276 - vgl. Fuchshuber 45-49

⁵⁴⁶ Diese Aussage wird von Fuchshuber 26-27 bestätigt.

SPD gehörten neben Walter Krause noch Hans-Otto Schwarz, Hermann Veit, Rudolf Schieler und Heinz Bühringer an. Dabei erzielte man volle Übereinstimmung darüber, daß die konfessionelle Schul- und Lehrerausbildung abgeschafft und das Wahlrecht nicht angetastet werden sollten. Dies war ein Punkt, der der FDP verständlicherweise sehr wichtig war. Die SPD-Fraktion hatte diesem Verhandlungsergebnis (vor dem 12. Dezember 1966!) bereits zugestimmt. Beiden Verhandlungspartnern war klar, daß die Verfassungsänderung zur Abschaffung der konfessionellen Schulbildung nur über eine Volksabstimmung möglich war, da die Kleine Koalition weit von der 2/3-Mehrheit entfernt war, die man benötigte, um eine Verfassungsänderung im Parlament beschließen zu können.⁵⁴⁷

In der FDP gab es zwei Gruppierungen. Die eine, die nach außen hin als die offizielle FDP in Erscheinung trat, wollte die Koalition mit der CDU ungeachtet der bestehenden Differenzen fortsetzen. Die andere Gruppe, so schilderte es Filbinger, habe „hinter unserem Rücken“ etwa eine Woche lang mit der SPD verhandelt. Stock habe davon gewußt und sich gegenüber Filbinger so geäußert, man könne andere nicht daran hindern, anders zu denken. Aber Stock zeigte sich sicher, daß er sich in der Fraktion mit seiner Meinung durchsetzen würde.⁵⁴⁸ Andere Nachrichten über die Geheimverhandlungen der FDP-Gruppe mit der SPD erhielt Filbinger „unter strengstem Stillschweigen“. Er erinnerte sich noch gut an einen Anruf des von ihm sehr geschätzten Reinhold Maier am Sonntag, den 11. Dezember 1966, um 7 Uhr morgens. Maier fragte zu dieser ungewöhnlichen Stunde, ob Filbinger noch ein „Lösungsmittel“ habe, damit sich die FDP restlos für die CDU entscheiden könne.⁵⁴⁹ Filbinger hat dies sofort als ein Signal aufgefaßt, daß Maier vor einem Abgleiten der FDP zur SPD warnen wollte. Maier habe gegen die Gruppe um Erbe gekämpft und versucht, Guntram Palm, seinen „politischen Sohn“, in diesem Sinne zu beeinflussen.⁵⁵⁰

An diesem Wochenende kam es zu Verhandlungen zwischen einer SPD- und einer FDP-Delegation auf der Solitude.⁵⁵¹ Krause schilderte das Ergebnis der Verhandlungen so, daß an diesem Tag völlige Einigkeit zwischen SPD und FDP erzielt worden sei. Wenn er ge-

⁵⁴⁷ Schieler (1997). Die inhaltliche Übereinstimmung von SPD und FDP bei den Koalitionsverhandlungen betonte auch Rüdric (Seite 10). In der Schulfrage wollte man nur einige wenige konfessionelle Privatschulen als befristete Übergangslösung für Südwürttemberg-Hohenzollern zulassen.

⁵⁴⁸ Filbinger (1997)

⁵⁴⁹ Fuchshuber 56 bestätigte die Telefongespräche zwischen Filbinger und Maier.

⁵⁵⁰ Filbinger (1997)

⁵⁵¹ Krause (1994/2). Schwarz meinte, daß von seiten der FDP unter anderem auch Reinhold Maier und Guntram Palm teilgenommen hätten. (Schwarz 1996).

wollt hätte, hätte er Ministerpräsident werden können. Die FDP soll dabei mit ihrer gesamten Führungsriege vertreten gewesen sein, also auch mit Friedrich Stock, Hermann Saam und Reinhold Maier,⁵⁵² die als Befürworter einer bürgerlichen Koalition galten. Sie alle sollen sich an diesem Tag für eine SPD/FDP-Koalition ausgesprochen haben.⁵⁵³

Hofmann berichtet von zwei Verhandlungsrunden zwischen SPD und FDP, die am 10. Dezember im Schloßhotel „Solitude“ und am 12. Dezember im Staatsministerium (!) stattfanden.⁵⁵⁴ Die beiden Delegationen einigten sich darauf, die Schulfrage in einer Volksabstimmung klären zu lassen, wenn eine parlamentarische Lösung scheitern sollte. Sie kamen ferner überein, konfessionelle Privatschulen in Baden und Nordwürttemberg nicht über die Bestimmungen des Privatschulgesetzes hinaus zu fördern. Die SPD gestand der FDP eine Reform des Landtagswahlrechts zu und versprach, einer Grundgesetzänderung zugunsten des Mehrheitswahlrechts nicht zuzustimmen. Man war sich, so wird berichtet, in den Sachfragen rasch einig, die Atmosphäre sei freundlich gewesen. Bei dieser Unterredung wurden auch Personalfragen angesprochen, die SPD wich einer Entscheidung aber aus. Dies lag auch daran, daß für das Amt des Ministerpräsidenten zwei Leute in Frage kamen: Krause oder Veit. Eine Entscheidung in dieser wichtigen Angelegenheit habe man erst später treffen wollen. Guntram Palm (FDP) vermutete, daß es wohl Krause werden würde, den die FDP favorisierte.⁵⁵⁵ Auch Fuchshubers Recherchen kamen zu dem Ergebnis, daß sich SPD und FDP weitgehend geeinigt hatten. Die FDP war aber in sich gespalten. Die Fraktion und der Landesvorstand der Liberalen tagten am Sonntag, 11. Dezember, mehr als sieben Stunden. Eine Entscheidung war nicht in Sicht, die Tendenz sprach jedoch für eine FDP-Entscheidung zugunsten der SPD.⁵⁵⁶

⁵⁵² Fuchshuber 49 bestätigt, daß beide Fraktionen dieselben Delegationsmitglieder entsandten, die vorher die Gespräche mit der CDU geführt hatten. - Die Maier-Biographie von Klaus-Jürgen Matz (S.493-494) geht auf solche Details nicht ein, bestätigt jedoch die große Linie der Ereignisse. Matz schreibt, die Freien Demokraten erlebten ihren Tag der Geprellten. Reinhold Maier sah nach dem Ergebnis der Koalitionsverhandlungen zwei Verlierer: seine eigene Partei und den Bischof von Rottenburg. „Während jedoch letzterer seine Schäflein sicher bald in gute Ordnung bringen werde, müßten die abseits gehüpften Lämmer der FDP-Fraktion ihren Weg erst zurückfinden.“ Daneben gehörte auch Reinhold Maier selbst zu den Verlierern, weil er fortan in seiner Partei als Mann der Vergangenheit galt, der den Zwang zur Neuorientierung nicht begriffen habe.

⁵⁵³ Schieler (1997). Umgekehrt wußte auch die SPD, daß die FDP mit der CDU verhandelte. Die SPD hielt das für einen normalen demokratischen Vorgang, daß die FDP auch mit dem alten Koalitionspartner über die Fortsetzung dieser Koalition verhandelte, war aber der Überzeugung, daß die FDP auf ein Bündnis mit der SPD aus war. (Schieler (1997).

⁵⁵⁴ Die Verhandlungen auf der Solitude bestätigte indirekt auch Walter Krause in den Gesprächen mit dem Verfasser, ohne daß er sich an das genaue Datum erinnern konnte. - Fuchshuber 49-55

⁵⁵⁵ Fuchshuber 51-55

⁵⁵⁶ Ebd. 55-56, Hofmann 276

Bei einer Kleinen Koalition war es nicht sicher, ob diese überhaupt eine Mehrheit für die Wahl des Ministerpräsidenten zustande bringen würde. Formal verfügte sie zwar über 61 Abgeordnete, doch hatte beispielsweise der amtierende Wirtschaftsminister Eduard Leuze (FDP)⁵⁵⁷ erklärt, daß er keinen SPD-Ministerpräsidenten wählen würde. Diese Unsicherheit hing als Damoklesschwert über den Verhandlungen der beiden Parteien. Doch nach dem oben beschriebenen Treffen zweier Parteidelegationen auf der Solitude hatte die SPD den Eindruck gewonnen, die Koalition mit der FDP sei beschlossene Sache. Die FDP wollte sich nach eigenen Worten am 12. Dezember auf der Villa Reitzenstein nur noch mal mit der CDU treffen, um dieser mitzuteilen, daß sie die Koalition mit den Christdemokraten nicht fortsetzen wolle.⁵⁵⁸

Ursprünglich wollten sich Christ- und Freidemokraten erst am Dienstag, 13. Dezember, zu erneuten Koalitionsgesprächen treffen. Als Filbinger von der wahrscheinlichen FDP-Entscheidung für die SPD erfuhr, lud er die FDP bereits für Montag zu einer erneuten Verhandlungsrunde ein.⁵⁵⁹ Die FDP und die CDU begannen dieses dritte Koalitionsgespräch am 12. Dezember 1966 um 13.30 Uhr auf der Villa Reitzenstein. Die CDU gestand der FDP beim Landtagswahlrecht nun das Durchzählen der Stimmen im ganzen Land zu. Beim Bundestagswahlrecht stellte Filbinger in Aussicht, daß zu gegebener Zeit neue Verhandlungen stattfinden sollten. In der Schulfrage gab es bei der FDP unterschiedliche Standpunkte. Während Hermann Saam auf die bereits getroffene Übereinkunft hinwies, plädierte Walter Erbe für eine auf Württemberg-Hohenzollern beschränkte Privatschullösung. Es herrschte der Eindruck vor, die Position der CDU, gewarnt durch die positiven Gespräche zwischen SPD und FDP, sei geschwächt. Dies äußerte sich in Zugeständnissen an die Freien Demokraten.⁵⁶⁰

⁵⁵⁷ Eduard Leuze (1906-1973) (FDP) gehörte von 1946 bis 1952 der Beratenden Landesversammlung und dem Landtag von Württemberg-Hohenzollern an und war zwischen 1956 und 1972 Abgeordneter im Landtag von Baden-Württemberg. Von 1952 bis 1953 war er außerdem Bundestagsabgeordneter. Er war von 1960 bis 1966 Wirtschaftsminister in Baden-Württemberg und von 1956 bis 1960 und noch einmal von 1968 bis 1969 Fraktionsvorsitzender der FDP. (Munzinger 4/74).

⁵⁵⁸ Schieler (1997). Schieler berichtete als einziger, daß es innerhalb der SPD hinter vorgehaltener Hand Diskussionen gegeben habe, wer im Falle einer Kleinen Koalition Ministerpräsident werden solle. Dafür sei zwar „in erster Linie“ Walter Krause in Frage gekommen, aber es habe auch Stimmen gegeben, die Hermann Veit, den früheren stellvertretenden Ministerpräsidenten, nominieren wollten. - Die Bildung der Großen Koalition aus Sicht der CDU ist bei Adam (1978/1) 287-289 beschrieben. - Fuchshuber 54-55 bestätigt die Ausführungen Schieler.

⁵⁵⁹ Fuchshuber 56

⁵⁶⁰ Hofmann 276

Bei dieser Zusammenkunft stimmten die dort vertretenen FDP-Repräsentanten einer Koalition mit der CDU zu, was für die SPD nach den Solitude-Gesprächen vollkommen überraschend gewesen sein mußte. Filbinger fragte jedes Mitglied der FDP-Delegation, ob es für eine Koalition mit der CDU eintrete. Etwa gegen 16 Uhr seien die Koalitionsverhandlungen beendet gewesen. Die beiden Delegationen haben sich per Handschlag voneinander verabschiedet. Filbinger habe noch gefragt, auf wann er die Landespresse bestellen solle, um die Regierungsbildung bekanntzugeben. Die CDU wollte dies in einer Stunde tun, die FDP in zwei. Man habe schließlich beschlossen, die Pressekonferenz auf 18 Uhr einzuberufen.⁵⁶¹ Bei ihrem gemeinsamen Presseauftritt vor der Villa Reitzenstein verkündeten die anwesenden Vertreter beider Parteien: „Die Koalition zwischen CDU und FDP wird fortgesetzt.“ Was hat die Repräsentanten der FDP zu diesem Schritt bewogen? Oder wird die Aussage der FDP an die CDU im nachhinein nur als sichere Koalitionszusage dargestellt und war in Wirklichkeit nur eine vage Absichtserklärung? Wenn es sich doch um eine anscheinend verbindliche Zusage handelte, wollten die FDP-Vertreter vermutlich ihre widerstrebenden Fraktionskollegen öffentlich unter Druck setzen. Die Journalisten fragten Filbinger und Stock, wie der Tag nun weitergehe. Daraufhin antworteten die beiden Politiker, sie gingen jetzt zu ihren Fraktionen in den Landtag. „Eine halbe Stunde werde ich brauchen“, sagte Filbinger zu den Journalisten. Stock äußerte sinngemäß, daß es bei ihm wohl etwas länger dauern werde, „aber in eineinhalb Stunden bin auch ich fertig.“ Nachdem sie im Landtag eingetroffen waren, gingen sie zu getrennten Fraktionssitzungen. Filbinger schilderte seiner Fraktion die Situation und fragte sie, ob sie mit einer CDU/FDP-Koalition einverstanden seien: „Alle Arme gingen nach oben.“⁵⁶² Um den potentiellen Koalitionspartner nicht unnötig unter Druck zu setzen, verfügte er, daß kein Abgeordneter den Saal verlassen und mit den wartenden Journalisten sprechen dürfe.⁵⁶³

Auch Wilhelm Hahn schilderte in seiner Autobiographie die parallel verlaufenden Koalitionsverhandlungen zwischen CDU, SPD und FDP aus seiner Erinnerung. Er wußte, daß eine Reihe von FDP-Abgeordneten unter Führung von Professor Erbe ein Bündnis mit der SPD bevorzugte. Hahn berichtete ohne Angabe eines Datums, daß ihn seine Ministerkollegen aus der zurückgetretenen CDU/FDP-Koalition am Bahnhof in Stuttgart abgeholt hätten, um ihn auf die prekäre Situation in der FDP aufmerksam zu machen. Dann sei es je-

⁵⁶¹ Fuchshuber 59

⁵⁶² Hofmann 276

⁵⁶³ Filbinger (1997)

doch zu einem „Akkord“ mit der FDP gekommen, bei der zwei offizielle Verhandlungskommissionen zu einer Vereinbarung gekommen seien. Daraufhin sei es, wie von allen anderen beschrieben, in der FDP-Landtagsfraktion zu einer langen Debatte gekommen.⁵⁶⁴

Nach etwa einer Stunde Warten begann sich in der CDU-Fraktion eine gewisse Unruhe breit zu machen. Filbinger beruhigte zwar und sagte, man solle die abgesprochenen eineinhalb Stunden abwarten. Doch schon nach einer Stunde hatte er das Gefühl, daß es in der FDP nicht so gelaufen war, „wie der Stock das wollte.“ Er bat daraufhin den Fraktionsvorstand in ein Nebenzimmer und erörterte die Frage, was geschehen solle, wenn sich die FDP anders entscheiden sollte. Filbinger schlug vor, daß man auf die SPD zugehen solle, um mit ihr die Möglichkeit einer Koalition zu erörtern. Dazu war, das war allen klar, ein Kompromiß in der Schulfrage notwendig. Der Fraktionsvorstand stimmte Filbingers Vorschlag zu. Diese neue Wendung sickerte auch nach draußen durch. Dort hatte sich inzwischen die Meinung breit gemacht, daß es doch merkwürdig sei, daß die kleinste Fraktion die Großen im Regen stehen lasse. Von mehreren Zeitzeugen wird berichtet, daß die Pressevertreter durch ihre Fragen („Warum laßt Ihr Euch von den paar Hansels an der Nase herum führen?“) nicht unwesentlich zum Meinungsumschwung bei Christ- und Sozialdemokraten beitrugen.⁵⁶⁵ In dieser sich wandelnden Atmosphäre ging Filbinger wieder in seine Fraktion und fragte sie, ob sie, nachdem die mit der FDP abgesprochene zeitliche Frist bei weitem überschritten war, mit Koalitionsverhandlungen mit der SPD einverstanden sei. Filbinger sprach von „Bedingungen, ähnlich denen einer Koalition mit der FDP“, die bezüglich der Schulfrage geänderten Formulierungen hätten keine grundsätzliche Bedeutung. Wieder war das Votum der Fraktion ein einstimmiges „Ja“.⁵⁶⁶ Die CDU schickte daraufhin den Abgeordneten Erich Ganzenmüller,⁵⁶⁷ einen der maßgeblichen Befürworter einer Großen Koalition, zu den Sozialdemokraten, um ihnen förmliche Koalitionsverhandlungen anzubieten.⁵⁶⁸

⁵⁶⁴ Hahn, Wilhelm 131

⁵⁶⁵ Vgl. Fuchshuber 67

⁵⁶⁶ Filbinger (1997)

⁵⁶⁷ Erich Ganzenmüller (1914-1983) (CDU), Professor an der Pädagogischen Hochschule Schwäbisch Gmünd, war zwischen 1960 und 1980 Abgeordneter im Landtag von Baden-Württemberg, 1968 bis 1972 Vorsitzender der CDU-Fraktion und von 1976 bis 1980 Landtagspräsident. (Munzinger 49/83)

⁵⁶⁸ Schieler (1997). Dies bestätigt auch Klaus Fischer (1997), der die Szene als Zeitzeuge miterlebt hat: „Ganzenmüller ging, an einem Brötchen mit vollen Backen kauend, zu ein paar ‚jungen Hüpfern‘ um Rudi Schieler von der SPD, um sie zu fragen: ‚Kann man eigentlich mit Euch nemma‘ schwätze?‘ Worauf die antworteten: ‚Mit uns kann man immer reden.‘“

In welcher Lage befanden sich zu diesem Zeitpunkt die Sozialdemokraten? Nach dem um die Mittagszeit über die Medien verkündeten Bekenntnis von Filbinger und Stock zur Fortsetzung der CDU/FDP-Koalition war die SPD wie vor den Kopf gestoßen. Es wurden Stimmen laut, die fragten: „Wie konntet Ihr denen überhaupt vertrauen?“ Doch dann wendete sich das Blatt und die SPD spürte, daß Stock in seiner FDP-Fraktion Probleme bekam. Eine Gruppe um Guntram Palm und Walter Erbe widersetzte sich einer Fortsetzung der Koalition mit der CDU. Deshalb steigerte sich auch bei der SPD die Spannung von Minute zu Minute.⁵⁶⁹

Seit dem Ausstieg der Liberalen aus der CDU/FDP-Landesregierung hatte sich für die Sozialdemokraten die Möglichkeit, wieder am Kabinetttisch Platz zu nehmen, angedeutet, zunächst nur als vager Streifen am Horizont, dann in immer kräftigeren Farben. Aber auch am Morgen des 12. Dezember wußte bei den Sozialdemokraten noch niemand, ob dieser Krimi mit einem Happy End enden würde. Hans-Otto Schwarz zum Beispiel berichtete, daß er am Vormittag noch als Lehrer in Nürtingen unterrichtete, dann am Mittag in den Landtag fuhr und am Abend Wirtschaftsminister des Landes Baden-Württemberg war. Wie die FDP waren auch die Sozialdemokraten gespalten. Nach den Geheimverhandlungen mit einem Teil der FDP wußten sie, daß sie die große Chance hatten, Seniorpartner in der Landesregierung zu werden und zum ersten Mal den Ministerpräsidenten zu stellen. Zu den Anhängern einer solchen SPD-geführten Kleinen Koalition gehörte zum Beispiel Heinz Bühringer. Auf der anderen Seite standen die Befürworter einer Großen Koalition um Walter Krause und Hans-Otto Schwarz.⁵⁷⁰

Als Erich Ganzenmüller kam, um ihnen Sondierungsgespräche anzubieten, sagten die Sozialdemokraten zu, um sich alle Optionen offenzuhalten.⁵⁷¹ Schon zehn Minuten später, kurz nach acht Uhr abends, begann das Treffen, das als historisch bezeichnet werden kann.⁵⁷² Der Delegation der SPD, angeführt von Walter Krause, gehörten noch Walter Hirrlinger und Hans-Otto Schwarz an. Die CDU war neben Hans Filbinger mit dem Fraktionsvorsitzenden Camill Wurz⁵⁷³, Landwirtschaftsminister Eugen Leibfried⁵⁷⁴ und dem

⁵⁶⁹ Fuchshuber 60-67

⁵⁷⁰ Schieler (1997)

⁵⁷¹ Nach Hofmann 277 fanden die Gespräche im Zimmer des Landtagspräsidenten statt.

⁵⁷² Auch Klaus Fischer (1997) bestätigte, wie schnell dieses Treffen zustande kam. - Vgl. Fuchshuber 70

⁵⁷³ Camill Wurz (1905-1986) (CDU) war von 1956 bis 1976 Abgeordneter im Landtag von Baden-Württemberg, dessen Präsident er von 1968 bis 1976 war. Außerdem amtierte er von 1960 bis 1968 als Fraktionsvorsitzender der CDU (Munzinger 11/86).

späteren Minister für Bundesangelegenheiten, Eduard Adorno,⁵⁷⁵ vertreten. Nach Aussagen der Beteiligten fragte Krause Filbinger zunächst, was er zu bieten habe. Es folgte ein erstes Abtasten der unterschiedlichen Positionen, insbesondere in der Schulfrage. Walter Krause erklärte, daß die SPD über die Antragsschule nicht reden könne, wohl aber über die Privatschullösung.⁵⁷⁶ Wilhelm Hahn beschrieb die zwei verschiedenen Positionen: Der katholische Teil der CDU forderte die Antragsschule, nach der Eltern beantragen konnten, staatlich geförderte konfessionelle Privatschulen zu errichten, und zwar im ganzen Land Baden-Württemberg. Die SPD und FDP sprachen sich gegen diese Antragsschule aus. Die SPD wollte im Prinzip das Modell der badischen christlichen Gemeinschaftsschule auf das ganze Land ausdehnen. Sie führten für ihre Haltung prinzipielle Gründe an, aber auch finanzielle Belastungen für den Staatshaushalt. Außerdem fürchteten sie um den Aufbau leistungsfähiger Zentralschulen.⁵⁷⁷ Bei der SPD entstand in dieser Phase der Verhandlungen der Eindruck, daß Filbinger die SPD nur hinhalten wolle.⁵⁷⁸

Dann folgte der Auftritt des jungen Gerhard Mayer-Vorfelder,⁵⁷⁹ damals mit 33 Jahren Persönlicher Referent von Hans Filbinger. Filbinger hatte Mayer-Vorfelder als „Horchposten“ vor die Türen der FDP-Fraktion geschickt, weil er sich nicht sicher war, wie die Liberalen entscheiden würden. Damit ihn Mayer-Vorfelder unauffällig unterrichten konnte, hatte Filbinger einen Kassiber geschrieben mit zwei Formulierungen. Die eine hieß: „Die Fraktion erwartet Sie“ und bedeutete, die FDP habe sich für die CDU entschieden. Die andere Formulierung („Die Fraktion wartet“) signalisierte eine Koalitionsentscheidung der FDP für die SPD. Mayer-Vorfelder mußte dann nur den Satz ankreuzen, der in Frage kam. Diese verschlüsselte Form der Botschaft hatte Filbinger gewählt, weil er wußte, daß ihm Mayer-Vorfelder den Zettel in die Verhandlungen mit der SPD reichen mußte, und alle am Tisch die Zeilen lesen würden. Die anderen sollten aber nicht erfahren, was damit gemeint war. Als Mayer-Vorfelder mit dem angekreuzten Satz zurückkam, wußte Filbinger, daß die

⁵⁷⁴ Eugen Leibfried (1897-1978) (CDU) war von 1949 bis 1956 Bundestags- und von 1956 bis 1972 Landtagsabgeordneter. Von 1953 bis 1968 war er Landwirtschaftsminister von Baden-Württemberg. (Munzinger 50/78).

⁵⁷⁵ Eduard Adorno (geb. 1920) (CDU) gehörte von 1961 bis 1972 dem Deutschen Bundestag an. Von 1972 bis 1980 war er Minister für Bundesangelegenheiten und Bevollmächtigter Baden-Württembergs beim Bund. (Munzinger 42/80).

⁵⁷⁶ Hofmann 277

⁵⁷⁷ Hahn, Wilhelm 129

⁵⁷⁸ Schieler (1997)

⁵⁷⁹ Gerhard Mayer-Vorfelder (geb. 1933 in Mannheim) wurde 1980 in den Landtag von Baden-Württemberg gewählt. Von 1980 bis 1991 war er Kultusminister, von 1991 bis 1998 Finanzminister von Baden-Württemberg. (Weik 82)

FDP mit der SPD gehen wollte. In diesem Moment war für Filbinger klar, daß er mit der SPD auf jeden Fall zu einer Einigung kommen mußte.⁵⁸⁰ Die Schilderung von Filbinger wird bis zu diesem Punkt von der SPD-Seite bestätigt.⁵⁸¹

Die Berichte darüber, was sich nun ereignete, gehen auseinander. Bühringer, Mitglied der Verhandlungskommission der SPD, erinnerte sich noch, wie Ganzenmüller zur SPD kam und die Genossen zu Gesprächen einlud. Als Bühringer diese Nachricht der FDP überbrachte, teilte die ihm mit, daß sich die FDP gerade für die SPD entschieden habe. Bühringer ging daraufhin zu dem Raum zurück, wo sich die Unterhändler von CDU und SPD versammelt hatten, und sagte zu seinen Parteifreunden, sie könnten gleich wieder gehen. Die FDP habe sich für die Sozialdemokraten entschieden. Laut Hofmann haben die Delegationsmitglieder der SPD später behauptet, vom Koalitionsangebot der FDP erst nach dem Treffen mit der CDU erfahren zu haben.⁵⁸² Dies ist jedoch nicht richtig. Krause antwortete Bühringer sinngemäß, sie wollten erst einmal prüfen, was die CDU zu bieten habe. Als Filbinger von der Entscheidung der FDP erfuhr, habe er „von jetzt auf nachher“ (in nicht mal einer halben Minute!) in der Schulfrage einen totalen Schwenk vollzogen.⁵⁸³ Kurz zuvor habe Krause Filbinger gefragt, wie seine abschließende Haltung in der Schulfrage sei. Daraufhin habe Filbinger zunächst ablehnend auf die Position der SPD reagiert, mit dem Hinweis auf die Prügel, die die CDU bei einem Zurückweichen von ihrer Klientel beziehen würde. Da könne die CDU nie nachgeben, so Filbinger. Nachdem ihm Gerhard Mayer-Vorfelder den Zettel mit der Nachricht vom Schwenk der FDP zugesteckt hatte, habe Filbinger den Satz zu Ende gesprochen, sich zurückgelehnt, tief Luft geholt und dann gesagt: „Ich mache Ihnen einen neuen Vorschlag. Wir lösen die Schulfrage nach Ihren Vorstellungen.“⁵⁸⁴

⁵⁸⁰ Filbinger (1997)

⁵⁸¹ Ebenso Hofmann 277

⁵⁸² Hofmann 277

⁵⁸³ Von einer hochinteressanten Begegnung mit Gebhard Müller, dem früheren Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg und damaligen Präsidenten des Bundesverfassungsgerichtes, ein Jahr nach der Bildung der Großen Koalition, berichtete Bühringer. Müller habe ihm gesagt: „Wenn Sie mit mir über die Große Koalition verhandelt und die Lösung der Schulfrage mittels Verfassungsänderung zur Bedingung gemacht hätten, hätte ich nie und nimmer zugestimmt.“ Die Kleine Koalition zwischen SPD und FDP kam also nur deshalb nicht zustande, weil Krause zur FDP nicht „Ja“ gesagt habe, und weil der Chef der CDU im Lande Filbinger hieß und nicht Gebhard Müller. (Bühringer (1996))

⁵⁸⁴ Bühringer (1996). Noch in der Landtagsdebatte am 22. September 1966 hatte die CDU ihre alten Positionen im wesentlichen bestätigt. Insbesondere Walter Krause und der spätere Landtagspräsident Camill Wurz hatten sich dabei ein heftiges Wortgefecht geliefert. Sogar noch am 24. November 1966 hatte Krause im Landtag mit den CDU-Abgeordneten Gleichauf und Person über die Landschulreform im Zusammenhang mit der Beibehaltung oder Abschaffung der konfessionellen Trennung der Schüler diskutiert. - Robert Gleichauf (1914-1992) (CDU) gehörte von 1952 bis 1953 der Verfassungsgebenden Landesversammlung und bis 1980

Bühringer nahm an, für diese Kehrtwende um 180 Grad sei sowohl der unbedingte Wille zur Macht maßgebend gewesen, aber auch das Bestreben, im Bundesrat die Mehrheit für die Christdemokraten zu sichern. Außerdem war die Konfessionsschule auch innerhalb der CDU umstritten, vor allem beim evangelischen Teil. Bühringer erinnert sich, wie er nach dem Zustandekommen der Großen Koalition neben Wilhelm Hahn, dem gebürtigen Estländer, beim Essen saß und der protestantische Kultusminister sagte: „Das ist die schönste Stunde in meinem politischen Leben.“⁵⁸⁵

Filbinger selbst schilderte sein Verhalten in diesem entscheidenden Punkt anders als die oben ausgeführte Darstellung, die im übrigen auch die in der Presse kolportierte Version ist. Filbinger selbst führte aus, er habe keineswegs weitere substantielle Zugeständnisse an die SPD gemacht. Er habe lediglich das, was er bereits früher zur Schulfrage gesagt habe, konkretisiert. Vor der Nachricht von Mayer-Vorfelder habe er zur SPD gesagt, in der CDU-Fraktion gebe es eine „Geneigtheit“, mit den Sozialdemokraten zu koalieren. Dazu müsse man in der Schulfrage zu einem Kompromiß finden. Er habe der SPD ein Angebot gemacht, das aber noch nicht scharf umrissen gewesen sei. Die genauen Formulierungen, so Filbinger, hätten noch gefehlt. Nach Eintreffen des Kassibers habe er gesagt, daß sie sich auf den Text einigen könnten, der während der Verhandlungen auf dem Tisch gelegen hätte, wobei sich an dem Konsens, der sich abgezeichnet habe, im Grunde nichts geändert habe. Im Ergebnis sah Filbinger infolge der großzügigen staatlichen Unterstützung keinen Nachteil für die privaten Konfessionsschulen.⁵⁸⁶

Hahn stützte in seiner Autobiographie die Version der SPD. Er erinnerte sich, daß Filbinger in dieser Entscheidungsstunde um die Regierungsmacht „sofort“ auf die Forderungen der SPD eingegangen sei.⁵⁸⁷

dem Landtag von Baden-Württemberg an, also zeitgleich mit Walter Krause. Er war von 1968 bis 1980 Finanzminister und von 1978 bis 1980 stellvertretender Ministerpräsident von Baden-Württemberg. (Munzinger 4/93). - Hermann Person (geb. 1913) (zunächst Zentrum, später CDU) war von 1953 bis 1967 Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg. (Munzinger 23/71).

⁵⁸⁵ Bühringer (1996). In der Großen Koalition wurde damals vereinbart, sich im Bundesrat bei strittigen Fragen zu enthalten.

⁵⁸⁶ Filbinger (1997). Im Ergebnis fand man ein System, das es erlaubte, staatliche Schulen unter bestimmten Umständen in private Konfessionsschulen umzuwandeln. Das staatliche Schulwesen wurde nach den Regeln des badischen Schulwesens gestaltet. (Schwarz (1996))

⁵⁸⁷ Hahn, Wilhelm 131

Wie sah dieser Kompromiß in der Schulfrage aus? Die neuen Koalitionäre erfanden, wie sich Krause ausdrückte, die Antragschule. Das heißt, wenn Eltern Schulen, getrennt nach Konfessionen, beantragten und durch Abstimmung forderten, mußten sie eine solche Schule auch bekommen. Allerdings, und das war der Unterschied zu Filbingers ursprünglicher Verhandlungsposition, konnten Eltern einen solchen Antrag nur in Württemberg-Hohenzollern stellen. Als dieser Kompromiß später in der Praxis durchgeführt wurde, kam es allerdings nicht zu einem Antragsberg, wie von der CDU erhofft und von der SPD wohl insgeheim befürchtet worden war. Die Realität sah später so aus, daß nur sechs Privatschulen beantragt und geschaffen wurden. Wilhelm Hahn führte dies auf die allgemeine Zustimmung zurück, die die Umwandlung der christlichen Gemeinschaftsschulen bei Eltern und in der Öffentlichkeit auch in Württemberg-Hohenzollern erfahren hatte.⁵⁸⁸

Ermöglicht wurde der Kompromiß, weil beide Seiten aufeinander zingingen. Die CDU machte ein erhebliches Zugeständnis, indem sie auf staatliche Konfessionsschulen in Württemberg-Hohenzollern verzichtete. Im Gegenzug wurden die nun möglichen privaten Konfessionsschulen großzügig gefördert. Auch die SPD mußte über ihren Schatten springen. Denn Filbinger hatte in den Jahren zuvor die SPD wegen ihrer kompromißlosen Haltung in der Schulfrage für nicht regierungsfähig gehalten.⁵⁸⁹ Die SPD kam der CDU ausserdem bei der religiösen Komponente der Lehrerausbildung entgegen.⁵⁹⁰

Hahn erörterte die Frage, warum die Schulfrage ein so großes politisches Gewicht bekommen konnte, was aus der Sicht nachfolgender Generationen kaum noch verständlich sei. Er berücksichtigte dabei auch Aspekte, die in anderen Beschreibungen nicht erwähnt werden. Nach Hahn handelte es sich um die erste Umwandlung von Konfessionsschulen in christliche Gemeinschaftsschulen seit langer Zeit. Der Vatikan glaubte dadurch das Reichskonkordat von 1933 tangiert und drohte, seine Haltung zur kirchlichen Verwaltung der ehemals deutschen Ostgebiete zu ändern. Der Vatikan hielt damals noch an der Diözesaneinteilung aus deutscher Zeit fest, was einer Nichtanerkennung der Abtrennung der deutschen Ostprovinzen gleichkam. Der damalige Außenminister Willy Brandt wollte keinen Ärger

⁵⁸⁸ Ebd. 132

⁵⁸⁹ Krause (1994/2)

⁵⁹⁰ Filbinger 24

mit dem Vatikan und steuerte deshalb einen besonders kirchenfreundlichen Kurs. Auf diese Weise erhielt die Schulfrage in Württemberg-Hohenzollern auch außenpolitische Bedeutung.⁵⁹¹

Auch was die Ministerposten anging, kam man schnell zu einer einvernehmlichen Lösung. Filbinger machte der SPD auf eine entsprechende Frage von Krause folgenden Vorschlag: „Sie bekommen die, die frei werden.“ Das bedeutete das Justiz-, Finanz- und Wirtschaftsministerium, die bisher von der FDP verwaltet worden waren, und das Innenministerium, das Filbinger selbst innehatte. Dieses großzügige Angebot habe die SPD offenbar überrascht, berichtete Filbinger.⁵⁹² Auch in diesem Punkt weicht die Darstellung der SPD-Seite etwas ab. Nach deren Erinnerung war es so, daß Filbinger „die drei Ministerien der FDP plus das Innenministerium“ erst angeboten habe, nachdem Mayer-Vorfelder seine Botschaft an Filbinger überbracht hatte, zuvor habe Filbinger „von höchstens drei“ Ministerposten gesprochen.⁵⁹³

Schieler meinte, daß es kaum länger als fünf Minuten gedauert habe, bis die strittigen Fragen um die Konfessionsschulen und die Zahl der Ministerposten einvernehmlich geklärt worden seien. Wahrscheinlich gebe es in der ganzen bundesdeutschen Parlamentsgeschichte keine Koalitionsverhandlungen, die schneller zu einem Ende geführt worden seien. Dies sei um so erstaunlicher gewesen, sei es doch um die Schulfrage gegangen, die das Land seit seiner Gründung im Jahr 1952 gespalten hatte!⁵⁹⁴ Schieler widersprach auch Filbingers Darstellung, er, Filbinger, habe nach dem Eintreffen der Meldung über den Schwenk der FDP in der Schulfrage keine substantiellen Zugeständnisse gemacht. Filbinger, so die Meinung von Schieler, sehe das heute im Rückblick subjektiv wirklich so, habe damals aber sehr wohl in kürzester Zeit frühere Positionen der CDU geräumt. Sein Gesichtsausdruck habe sich beim Eintreffen der Nachricht von Mayer-Vorfelder in Sekundenschnelle geändert. Anschließend habe er „eiskalt“ reagiert.⁵⁹⁵

⁵⁹¹ Hahn, Wilhelm 132

⁵⁹² Filbinger (1997)

⁵⁹³ Südwest-Presse v. 12.12.91; Bühringer (1996). Schwarz (1996)

⁵⁹⁴ Auch um das Bemerkenswerte an diesen Koalitionsverhandlungen in der Nacht der langen Messer deutlich zu machen, wurde die Schulfrage oben so ausführlich dargestellt.

⁵⁹⁵ Schieler (1997)

Die Verhandlungskommissionen von CDU und SPD waren sich um 21.00 Uhr einig. Nach dem Abschluß der Beratungen mit der SPD-Spitze ging Filbinger in seine Fraktion und bat sie um Zustimmung zur Koalition mit der SPD. Wieder bekam er einhellige Zustimmung, ein Beweis für seine Führungsstärke, aber auch ein Beleg für das Vertrauen, das die führenden Sozialdemokraten damals bei der CDU genossen hätten.⁵⁹⁶ Um 21.50 Uhr hatte sich die CDU für die SPD entschieden. Von 59 christdemokratischen Abgeordneten seien nur noch 37 anwesend gewesen. 34 hätten für die Große Koalition gestimmt, einer dagegen und zwei Abgeordnete hätten sich der Stimme enthalten.⁵⁹⁷

Auch in der SPD setzte sich eine Mehrheit für die Große Koalition schnell durch. Dies war bei den Genossen auch deshalb relativ einfach, weil seit dem Landesparteitag 1966 in Offenburg Fraktions- und Parteiführung in einer Hand, in der Krauses, lagen.⁵⁹⁸ Auf diese Weise konnte es in Stuttgart nicht zu denselben Unstimmigkeiten kommen wie in Bonn, wo sich Brandt lange gegen die von Wehner eingefädelteten Verhandlungen mit der CDU gesträubt hatte. Neben Walter Krause war vor allem Hans-Otto Schwarz der Motor dieser Entscheidung für eine Große Koalition.⁵⁹⁹ Die SPD führte um 22.10 Uhr ihre entscheidende Abstimmung durch. Von den anwesenden Abgeordneten stimmten 30 für die CDU, zwölf für die FDP.⁶⁰⁰ Die Koalition zwischen CDU und SPD stand fest.⁶⁰¹

Um 22.30 Uhr trafen sich die Verhandlungsdelegationen von CDU und SPD nochmals, um sich die Namen ihrer Ministerkandidaten mitzuteilen. Bei der anschließenden improvisierten Pressekonferenz teilten Filbinger und Krause der Presse ihre Einigung mit. Dabei redete Krause Filbinger bereits mit „Herr Ministerpräsident“ an und Filbinger Krause mit „Herr Innenminister“. Die anschließende Feier in der Landtagsgaststätte glich nach den Aussagen von Teilnehmern einer überaus herzlichen Verbrüderungsfeier.⁶⁰² Walter Krause

⁵⁹⁶ Hofmann 277

⁵⁹⁷ Fuchshuber 73-74

⁵⁹⁸ Krause war am 23.4.1966 zum Landesvorsitzender der SPD gewählt worden.

⁵⁹⁹ Wie schnell damals alles ging, belegt eine Äußerung von Schieler: „Die FDP war zu lange mit sich selbst beschäftigt. Sie ist eine halbe Stunde zu spät gekommen.“ (Schieler (1997))

⁶⁰⁰ Fuchshuber 73-74

⁶⁰¹ Adam (1978/1) 288 - Allerdings hat es in der Nachkriegsgeschichte des deutschen Südwestens schon einige Regierungskoalitionen gegeben, in die CDU und SPD eingebunden waren: in (Süd-)Baden 1946-1947/48, in Württemberg-Baden 1946-1950, in Württemberg-Hohenzollern 1946-1952 und in Baden-Württemberg 1953-1960. (Weinacht (1978/1) 22)

⁶⁰² Die SPD-Fraktion zahlte für die Feier 498,60 DM. (Fuchshuber 75)

hatte noch die unangenehme Aufgabe, allein vor der FDP-Fraktion dieser die Entscheidung der SPD mitzuteilen.⁶⁰³

Der journalistische Beobachter Klaus Fischer führte die überaus rasche Einigung zwischen CDU und SPD auf die Verdienste von Krause und seinen Mitstreitern zurück, die auf diese, im Grunde unvorhersehbare Situation bestens vorbereitet gewesen seien. Sie hatten nur ihre Mappe zu öffnen brauchen, in der sich konkrete Vorschläge und Antworten zu allen erdenklichen Fragen befunden hätten.⁶⁰⁴ Die Grundlage für die Einigung zwischen CDU und SPD bildete der Kompromiß in der Schulfrage. Daß dieser nach jahrzehntelangem Streit so schnell gefunden werden konnte, habe an der vorausschauenden „Geheimdiplomatie“ der führenden Sozialdemokraten mit der katholischen Kirche gelegen, insbesondere an den Unterredungen von Krause und Schwarz mit dem Freiburger Generalvikar Ernst Föhr.⁶⁰⁵

Die Sozialdemokraten brauchten in der „Nacht der langen Messer“ nicht lange, um die ihnen zugeordneten Ministerien zu verteilen: Krause nahm sich das Innenministerium und den Posten des stellvertretenden Ministerpräsidenten. Hermann Veit, der frühere Wirtschaftsminister, erklärte, ohne die Funktion des Stellvertreters des Ministerpräsidenten stehe er für einen Kabinettsposten nicht mehr zur Verfügung. Darauf erklärte Schwarz, Wirtschaftsminister werden zu wollen.⁶⁰⁶ Dann hat sich Rudolf Schieler selbst als Justizminister vorgeschlagen, ehe sich Kurt Angstmann für das Finanzressort entschieden habe.⁶⁰⁷ Die Fraktion und der Landesvorstand stimmten dem zu. Die Wahl Filbinger zum Ministerpräsidenten und die Vereidigung des neuen Kabinetts fand am 16. Dezember 1966 statt.

⁶⁰³ Fuchshuber 74-75

⁶⁰⁴ Fischer (1997)

⁶⁰⁵ Schieler (1997). Auch Fischer (1997) bestätigte die Bedeutung dieser inoffiziellen Gespräche.

⁶⁰⁶ Randnotiz zu Hans-Otto Schwarz: Im Gespräch mit dem Verfasser erwähnte Schwarz, daß im Vorfeld der Stuttgarter Oberbürgermeisterwahl des Jahres 1973 Sozialdemokraten aus drei Wahlbezirken auf ihn zugekommen seien, um ihn zur Kandidatur zu bewegen. Doch Schwarz, damals seit wenigen Monaten im Vorstand der GVS (Gasversorgung Süddeutschland) tätig, habe abgewunken. Hans Filbinger habe ihm später im vertraulichen Gespräch gesagt: Wenn Sie kandidiert hätten, dann hätte ich Manfred Rommel nicht aufgestellt. Ebenso wenig wäre Manfred Rommel nach eigenem Bekunden gegen Jürgen Hahn, den damaligen Ersten Bürgermeister der Landeshauptstadt, angetreten. Doch die Stuttgarter SPD nominierte nicht Hahn, sondern den jungen, linken Bundestagsabgeordneten Peter Conradi, der gegen Rommel deutlich verlor. (Schwarz 1996). Bei der Festveranstaltung zur Verabschiedung von Hans-Otto Schwarz als Vorstandsvorsitzender der GVS sprach auch der damalige Minister Erwin Vetter, zu Zeiten der Großen Koalition noch Oberregierungsrat bei Filbinger. Er erinnerte daran, daß die CDU zu Zeiten der ersten Großen Koalition vor zwei SPD-Ministern Respekt hatte, weil sie ihr gefährlich werden konnten: Walter Krause und Hans-Otto Schwarz.

Das Innenministerium war im übrigen nicht Krauses erste Wahl. Der Mannheimer wäre lieber Kultusminister geworden.⁶⁰⁸ Dem stand aber der erfolgreiche Amtsinhaber Wilhelm Hahn (CDU), seit 1964 Kultusminister, im Wege. Deshalb wich Krause auf das Innenressort aus. Wilhelm Hahn war von Kiesinger zum Kultusminister berufen worden, um Baden-Württemberg zum führenden Bundesland der Bildungsreform in Deutschland zu machen.⁶⁰⁹

Nachdem ihre führenden Männer Minister geworden waren, mußte die SPD-Fraktion einen neuen Fraktionsvorstand wählen. Die Fraktionskollegen gingen zunächst auf Heinz Bühringer zu, um ihn dazu zu bewegen, den Fraktionsvorsitz zu übernehmen. Doch der lehnte mit dem Hinweis ab, daß andere wie Walter Hirrlinger länger dabei seien. Schließlich wurde Hirrlinger Fraktionschef und Bühringer übernahm den Vorsitz im Finanzausschuß. Er und Hermann Veit wurden außerdem zu stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden gewählt.⁶¹⁰ Später, in der Neuauflage der Großen Koalition im Jahre 1968, nach dem Wechsel von Walter Hirrlinger ins Sozialministerium, wurde Bühringer dann doch noch Fraktionsvorsitzender.⁶¹¹

Der große Verlierer dieser blitzschnellen Verständigung zwischen CDU und SPD war die FDP. Die Fraktion debattierte über die vereinbarte Zeit hinaus, stimmte viermal mit wechselnden Ergebnissen ab, bis sie sich schließlich zu einer Aussage zugunsten der SPD durchrang.⁶¹² Als der amtierende Finanzminister Hermann Müller (FDP)⁶¹³ nach der tur-

⁶⁰⁷ Kurt Angstmann (1915-1978) war gebürtiger Mannheimer, zwischen 1946 und 1972 Landtagsabgeordneter und zwischen 1966 und 1968 baden-württembergischer Finanzminister. Er war mit einer Tochter des Bürgermeisters Jakob Trumpfheller verheiratet. (Brach 19; Munzinger 3/78).

⁶⁰⁸ Krause (1994/2)

⁶⁰⁹ Hahn, Wilhelm, 100

⁶¹⁰ Hirrlinger berichtet von einer kleinen Episode am Rande. Eigentlich, so Hirrlinger, hätte er schon 1966 Arbeitsminister werden sollen. Aber dieses Ansinnen wies Filbinger mit der Begründung zurück, der bisherige Minister Josef Schüttler sei noch nicht lange genug Minister, um Pensionsansprüche zu haben. So blieb Schüttler Arbeits- und Sozialminister und Kurt Angstmann wurde für die SPD Finanzminister. (Hirrlinger (1997))

⁶¹¹ Bühringer (1996)

⁶¹² Hofmann 276

⁶¹³ Hermann Müller (FDP) (1913-1991) war von 1956 bis 1972 Abgeordneter im Landtag von Baden-Württemberg, von 1960 bis 1966 Finanzminister und von 1967 bis 1971 Landesvorsitzender der FDP. Er war der Sohn des früheren Reichskanzlers Hermann Müller (SPD). (Munzinger 10/92). – Vgl. Morlock, Jürgen, D'r Müller isch siebzich gwä, in: Liberale Perspektiven, Stuttgart 1983, S.19-26. – Die Namensgleichheit von Vater und Sohn Hermann Müller führte leicht zu Verwechslungen. Selbst die Landesbibliographie ist davor nicht gefeit. In Bd. 6 (1983/85), S.719, führt sie den o.g. Band von Jürgen Morlock über den baden-württembergischen Finanzminister unter Müller, Hermann, Reichskanzler, auf.

bulenten Sitzung, die vier Stunden und 20 Minuten gedauert hatte, vor das Fraktionszimmer trat, um die Entscheidung zugunsten der SPD öffentlich bekanntzugeben, rief ihm ein Journalist zu: „Zu spät, CDU und SPD haben sich bereits geeinigt.“⁶¹⁴ Deren Abgeordnete tranken in der Zwischenzeit schon Sekt.⁶¹⁵ Wie dramatisch es in dieser Nacht zugeht, zeigte sich auch daran, daß noch kurz zuvor die parlamentarischen Berater von SPD und FDP zusammengestanden waren, um zu erörtern, wie die Politik der neuen Regierung unter Walter Krause aussehen könnte. Dann hatte sich der Wind in wenigen Minuten vollkommen gedreht.⁶¹⁶

Betrachtet man die Ereignisse mit einem Abstand von 30 Jahren, so ist zunächst einmal das Verhalten der SPD im allgemeinen und das von Walter Krause im besonderen erklärungsbedürftig. Warum schlägt eine Partei die, wie wir heute wissen, einzige Chance in diesem Jahrhundert aus, den Ministerpräsidenten in Baden-Württemberg zu stellen? Und warum verweigert sich ein Politiker dem höchsten Posten, den für ihn in seiner beruflichen Laufbahn zu erreichen war?

Die sozialdemokratischen Befürworter einer Großen Koalition unter Führung der CDU nannten für ihre Entscheidung verschiedene Argumente. Der wichtigste war die Lösung der Schulfrage. Seit Gründung des Landes Baden-Württemberg habe man versucht, die christliche Gemeinschaftsschule als Regelschule im ganzen Land einzuführen. Jetzt, wo sich die Möglichkeit dazu bot, wollte man diese unbedingt nutzen. Man stellte also eine Sachfrage über persönliche und Parteiinteressen.⁶¹⁷

Für Walter Krause war außerdem bereits im Jahr 1966 die Verwirklichung der Kreis- und Gemeindereform ein wichtiges Argument für die Große Koalition. Das hat Erhard Becker aus verschiedenen Bemerkungen Krauses erfahren. Der habe schon zu jener Zeit diese große Reform im Auge gehabt und gewußt, daß ein so tiefer Einschnitt in die Strukturen des

⁶¹⁴ Bei Adam (1978/1) wird die Situation so geschildert: „Als jedenfalls der FDP-Fraktionsvorsitzende Friedrich Stock mit dem Ruf: 'Entscheidung für die SPD' aus dem Beratungsraum unter die wartenden Journalisten stürzte, erhob sich Gelächter. Die Liberalen hatten ihre Rolle überschätzt und sich selbst aus der Regierung manövriert.“ (Adam (1978/1) 288)

⁶¹⁵ Stuttgarter Zeitung v. 12.12.96

⁶¹⁶ Lang (1996); Rüdric 11 - Die Schilderung der Nacht der langen Messer wird, kurzgefaßt, von Adam (1978/1) S.288 im wesentlichen bestätigt.

⁶¹⁷ Schwarz (1996). Hieber (1996)

Landes mit einer so knappen Mehrheit, wie sie eine SPD/FDP-Regierung gehabt hätte, nicht zu machen gewesen wäre.⁶¹⁸

Demgegenüber gab es innerhalb der SPD auch Befürworter einer Kleinen Koalition, an deren Spitze Heinz Bühringer stand.⁶¹⁹ Er entkräftete auch das stärkste Argument der Befürworter einer Großen Koalition, nämlich die Lösung der Schulfrage, weil man diese auch mit einer Kleinen Koalition mit Hilfe einer Volksabstimmung hätten lösen können.⁶²⁰ Deren Ausgang war nicht ganz gewiß, doch, so sein Argument, wer in einer Demokratie etwas ändern möchte, sollte darauf vertrauen, daß dies auch die Bevölkerung wolle. Deshalb hätten sich die Befürworter einer Großen Koalition, die mit der Schulfrage argumentierten, durchaus auf eine Volksabstimmung, vielleicht in Zusammenhang mit einer vorgezogenen Landtagswahl, einlassen sollen. Zumal die Erfolgsaussichten einer solchen Volksabstimmung gut gewesen wären. Das immer wieder ins Feld geführte Argument, die christliche Gemeinschaftsschule sei nur in einer Großen Koalition mit der CDU durchzusetzen gewesen, taugt also nur bedingt.⁶²¹

Viele Anhänger einer Großen Koalition innerhalb der SPD führten auch die knappe Mehrheit einer Kleinen Koalition als Argument für ihre Entscheidung ins Feld.⁶²² Die CDU hatte 59 Sitze, die SPD 47 und die FDP/DVP 14 Mandate. Das hieß, bei einer Koalition zwischen SPD und FDP hätte es zwischen Regierung und Opposition 61:59 gestanden. Das oft genannte Argument, daß eine Kleine Koalition nur einen Sitz Mehrheit gehabt hätte, traf also nicht zu. Tatsächlich waren es zwei Stimmen Differenz. Dies macht einen wichtigen Unterschied, denn zu einer Patt-Situation wäre es notwendig gewesen, daß ein Abgeordneter der Regierungsparteien mit der Opposition gestimmt hätte (und alle Abgeordneten der Opposition geschlossen für ihre Position). Es kommt aber nicht selten vor, daß ein Ab-

⁶¹⁸ Becker (1999)

⁶¹⁹ Bühringer berichtete zum Beispiel, wie Guntram Palm von der FDP auf ihn zugekommen sei, um mit ihm die Möglichkeiten einer Kleinen Koalition auszuloten. Zusammen mit Rudolf Schieler habe er dann die Ernsthaftigkeit des Angebots der FDP geprüft. (1996).

⁶²⁰ Die Verfassung kann mit einer 2/3-Mehrheit im Parlament oder durch Volksabstimmung geändert werden. (Artikel 64 der Landesverfassung in der Fassung vom 15. Februar 1995, publiziert als „Grundgesetz - Landesverfassung“ vom Landtag von Baden-Württemberg gemeinsam mit der Landesregierung und der Landeszentrale für politische Bildung, (ohne Ortsangabe) 1996).

⁶²¹ Bühringer (1996)

⁶²² Südwest-Presse v. 12.12.91. Auch Bogusch bezeichnete die Unsicherheit über das Verhalten einzelner FDP-Abgeordneter bei wichtigen Abstimmungen angesichts der knappen Mehrheitsverhältnisse bei einer SPD/FDP-Regierung als Hauptargument gegen eine solche Kleine Koalition (1996). Ähnlich Lehmann (1996) und Lang (1996).

geordneter der Regierungskoalition zwar nicht mit der eigenen Regierung stimmt, aber sich der Stimme enthält, anstatt mit der Opposition zu stimmen.

Andererseits bestand die Gefahr, daß eine Kleine Koalition in der damaligen Zusammensetzung nicht hätte regieren können. Das lag an der Unberechenbarkeit der FDP. Hätte die FDP-Fraktion nach den schweren Auseinandersetzungen um die richtige Koalition bei der entscheidenden Abstimmung geschlossen für Walter Krause als Ministerpräsident gestimmt? In der Tat war das fraglich. Gewichtige Persönlichkeiten, der sogenannte Ministerflügel um Hermann Müller, Eduard Leuze und Wolfgang Haußmann sowie der Fraktionsvorsitzende Friedrich Stock, hatten sich für die Fortsetzung der CDU/FDP-Koalition ausgesprochen.⁶²³ Der Reutlinger Oberbürgermeister Kalbfell verkündete beispielsweise während der Koalitionsverhandlungen, „mit so unsicheren Kantonisten wie Haußmann und Leuze“ könne man keine Koalition machen.⁶²⁴ Auch Hofmann bezeichnete die Unberechenbarkeit der FDP-Koalition als wichtigstes Argument derjenigen SPD-Abgeordneten, die sich für ein Bündnis mit der CDU entschieden hatten.⁶²⁵ Erhard Becker vertrat die Auffassung, daß ganz allgemein große Fraktionen leichter zu führen seien als kleine, die aus lauter Individualisten bestünden.⁶²⁶ Für Walter Krause selbst war das unkalkulierbare Abstimmungsverhalten der FDP-Fraktion nach der Lösung der Schulfrage der wichtigste Beweggrund für eine Große Koalition.⁶²⁷

Dieses Argument Krauses ist in der Tat von großem Gewicht, wie ein anderes Beispiel belegt. In Bonn hätte Willy Brandt schon im Jahr 1966 nach dem Auseinanderbrechen der CDU/FDP-Koalition rein rechnerisch Kanzler werden können, denn eine SPD/FDP-Koalition hätte sechs Stimmen mehr gehabt als CDU/CSU. Allerdings lag eine solche Koalition mit 251 Stimmen nur zwei Stimmen über der sogenannten Kanzlermehrheit von 249 Stimmen. Die SPD entschied sich damals auch nach 17 Jahren in der Opposition gegen diese verlockende Möglichkeit, weil sie das Mißtrauen gegen die „Individualisten-Partei“ FDP nicht überwinden konnte, von der Helmut Schmidt⁶²⁸ einmal sagte, sie sei mehr „parla-

⁶²³ Dies bestätigt auch Rüdric 11.

⁶²⁴ Fuchshuber 80-81

⁶²⁵ Hofmann 278

⁶²⁶ Becker (1999)

⁶²⁷ Krause (1994/2)

⁶²⁸ Helmut Schmidt (geb. 1918), war von 1953 bis 1962 und von 1965 bis 1987 Mitglied des Deutschen Bundestages. Von 1961 bis 1965 war er Hamburger Innensenator, von 1967 bis 1969 Fraktionsvorsitzender der SPD im Deutschen Bundestag, von 1969 bis 1972 Verteidigungs-, 1972 Wirtschafts- und Finanz-, 1972

mentarischer Klub“ als Partei. Die Sorge um die Unzuverlässigkeit der FDP überwog die dargebotene Chance, erstmals nach dem Krieg den Kanzler zu stellen.⁶²⁹

In einer Rede auf einer Tagung von SPD-Ortsvereinsvorsitzenden in Bad Godesberg im November 1966, die in die spannende Zeit der Bildung der Großen Koalition fiel, begründete Willy Brandt die Entscheidung der Führungsspitze der SPD gegen eine Kleine Koalition unter seiner Führung vor allem mit der nur sehr knappen Mehrheit, die eine mögliche SPD/FDP-Regierung gehabt hätte. Der Kommission, die letztlich die Entscheidung für eine stabile Regierung und gegen einen sozialdemokratischen Kanzler getroffen hat, gehörten neben Willy Brandt, Herbert Wehner, Karl Schiller, Helmut Schmidt und Heinz Kühn auch Alex Möller von der baden-württembergischen SPD an.⁶³⁰

Willy Brandt erklärte seinen Parteifreunden, daß eine mögliche Koalition mit der FDP keine wirkliche Alternative zu einem Bündnis mit der CDU/CSU sei. Er begründete das damit, daß es nicht nur um die Kanzlerwahl gehe, sondern auch um Gesetze, die man verabschieden müsse. Dabei dürfe man nicht von zwei oder drei Leuten abhängig sein, die ihre eigene „individualistische Geschichte durchsetzen wollen“. Die Entscheidung wurde von der SPD-Spitze getroffen, obwohl viele Sozialdemokraten an der Basis die Führung drängten, nach 37 Jahren wieder einen sozialdemokratischen Kanzler zu wählen, der dann mit großer Wahrscheinlichkeit Willy Brandt geheißen hätte.⁶³¹

bis 1974 Finanzminister. Nach dem Rücktritt von Willy Brandt wurde er im Jahre 1974 deutscher Bundeskanzler und blieb dies bis 1982, als er nach einem konstruktiven Mißtrauensvotum von Helmut Kohl abgelöst wurde. Seit 1983 ist er Mitherausgeber der Wochenzeitung „Die Zeit“. (Munzinger 33/93; Meyers Bd. 19 S.275).

⁶²⁹ Schneider, Franz (1968) 41 - ebenso Miller 45: „Eine Alternative (Anm.: zur Großen Koalition) wäre die Regierungsbildung mit der FDP gewesen, bei der die SPD den Kanzler gestellt hätte und dem Partner gegenüber in einer weit überlegenen Position gewesen wäre. Die SPD konnte sich jedoch nicht entschließen, das Risiko einer Regierung mit so knapper parlamentarischer Mehrheit einzugehen, das durch die Divergenzen innerhalb der FDP noch erhöht worden wäre.“ Erst das Votum der Freien Demokraten für Gustav Heinemann als Bundespräsident beseitigte bei den Sozialdemokraten den Zweifel an der Zuverlässigkeit der FDP. (Miller 41, 49).

⁶³⁰ Brandt 217-219

⁶³¹ Brandt 217-218. Bei dieser sehr schwierigen innerparteilichen Gratwanderung mußte Brandt nicht nur die Entscheidung zwischen CDU/CSU und FDP vor der Partei rechtfertigen, sondern auch das Vorziehen der Regierungsbeteiligung als Juniorpartner gegenüber der Opposition. Brandt befand sich damals in einer ähnlichen Situation wie der baden-württembergische SPD-Landesvorstand bei der Entscheidung im Jahre 1968. Allerdings war die Ausgangssituation für Brandt 1968 insofern besser als die der SPD-Führung 1968 in Baden-Württemberg, als die SPD-Basis in Baden-Württemberg auf dem Hintergrund für sie enttäuschender, ganz aktueller Erfahrungen mit einer Großen Koalition entscheiden mußte, während sich die Situation für die SPD im Bund im Jahre 1966 nach einer schier endlosen Zeit in der Opposition ganz anders darstellte. Politisch geschickt verwies Brandt auf Beispiele in der eigenen Geschichte wie im Ausland, wo beispielsweise in Österreich Sozialdemokraten mit politischen Gegnern an einem Kabinettstisch saßen. (Brandt 212; 221).

Aber was wäre in Stuttgart passiert, wenn einige FDP-Abgeordnete Walter Krause bei einer möglichen Ministerpräsidentenwahl die Zustimmung verweigert hätten? Die Befürworter einer Großen Koalition innerhalb der SPD fürchteten, daß Filbinger ihnen dann kein Angebot mehr machen würde. Was aber hätte Filbinger tun können? Eher mit der FDP koalieren, die vor kurzem aus der Koalition mit der CDU ausgeschieden war und dann mit der SPD eine Regierung gegen die CDU versucht hätte? Fragen, die nicht verbindlich beantwortet werden können, weil sie Spekulation bleiben müssen, die aber hier gestellt werden sollen, um die verschiedenen Handlungsmöglichkeiten der Politiker aufzuzeigen. Jedenfalls kann man festhalten, daß es durchaus im Bereich des Möglichen lag, daß Filbinger nach einem vergeblichen Versuch der SPD, mit der FDP eine Regierung zu bilden, den Sozialdemokraten ein weiteres Koalitionsangebot gemacht hätte. Es wäre allerdings wahrscheinlich gewesen, daß er den Sozialdemokraten dann andere, für die CDU günstigere Bedingungen hätte diktieren können als beim tatsächlich erfolgten Koalitionsschluß.

Hans-Otto Schwarz nannte ein weiteres Argument für eine Große Koalition. Man müsse realistisch feststellen, daß man in Baden-Württemberg nicht gegen die CDU regieren könne. Ein Ministerpräsident Walter Krause, so eine allgemein verbreitete Einschätzung, hätte nur eineinhalb Jahre bis zur nächsten Landtagswahl amtierem können.⁶³² Als Juniorpartner in einer Großen Koalition konnte man durchaus darauf hoffen, daß die CDU die Koalition fortsetzen würde. Wenn Krause das Amt des Ministerpräsidenten angenommen und die CDU verdrängt hätte, hätte die CDU die Sozialdemokraten bei der nächsten Wahl womöglich wieder aus der Regierung geworfen und erneut mit der FDP koalitiert.⁶³³

Die sozialdemokratischen Befürworter einer Kleinen Koalition konnten für ihre Haltung ebenfalls gewichtige Argumente anführen. Eines der wichtigsten war die Bundesratsmehrheit, die die SPD dann gehabt hätte. Außerdem, so die Leute um Bühninger, hätte sich die SPD als Partei des Ministerpräsidenten und als führende Partei in der Koalition viel besser profilieren können als als Juniorpartner der CDU. Dann hätte man den Baden-Württembergern zeigen können, daß auch die SPD das Land in eine sichere Zukunft zu führen in der Lage ist. Ein anderes Argument Bühningers ist spekulativ, hat aber aufgrund

Außerdem argumentierte Brandt mit der häufig praktizierten Zusammenarbeit von Sozial- und Christdemokraten in der Kommunalpolitik. (Brandt 215-216)

⁶³² Schwarz (1996)

seiner Wahrscheinlichkeit Gewicht: Bühringer war der Überzeugung, daß man die Person Walter Krause als Ministerpräsident noch besser hätte verkaufen können.⁶³⁴

Wenn man nach den Ursachen für die Entscheidung der SPD und Walter Krauses sucht, darf nicht nur auf politische Beweggründe geachtet werden. Auch andere Motive spielten eine Rolle. Bühringer beispielsweise erkannte bei einigen Kollegen in der SPD-Fraktion regelrecht Furcht („Bammel“, wie er sich ausdrückte) vor der Regierungsverantwortung als bestimmender Koalitionspartner in einem SPD/FDP-Bündnis.⁶³⁵ Vermutlich aber war es die Persönlichkeit Walter Krauses, die in jener Nacht den Ausschlag gab für die Große Koalition und gegen das Ministerpräsidentenamt für ihn selbst. Gerhard Lang, der die Ereignisse damals hautnah miterlebte, ging sogar soweit, daß er sagte: „Das war eine typische Krause-Entscheidung. Es ging ihm um die Sache und nicht um die Person.“ Die Abschaffung der Konfessionsschule und die Einführung der Gemeinschaftsschule habe damals die dominierende Rolle gespielt. Mit der CDU hatte man die verfassungsändernde Mehrheit, mit der FDP nicht. Walter Krause sei darauf, „linear wie er war, voll zugegangen“.⁶³⁶

Lang verwies auch darauf, daß sich jeder, der die Vorgänge von damals politisch interpretieren wolle, die außergewöhnliche Hektik jener Nacht vor Augen halten müsse. Da habe sich dann das „lineare“ Denken von Walter Krause durchgesetzt; nicht die Emotion, Ministerpräsident zu werden, sondern das Verantwortungsbewußtsein, jetzt die Mehrheit für eine Verfassungsänderung zu haben.⁶³⁷ Hofmann bestätigte dies. Er beschrieb die Atmosphäre dieses Tages und dieses Abends so: „Hektisches Getriebe auf den Gängen des Landtags, Journalisten, Abgeordnete der beiden großen Fraktionen, Mitarbeiter der Geschäftsstellen stehen herum, warten, unterhalten sich. Das Gespräch konzentriert sich auf die FDP, das Zünglein an der Waage, man wird ungeduldig. Alles muß warten, auf die kleine Partei. Ein Wort gibt das andere. Habt ihr das nötig? fragt vielleicht ein Journalist. Haben wir das nötig? sagen CDU-Abgeordnete. Können wir nicht noch einmal miteinander sprechen? fragen sie die SPD-Leute.“⁶³⁸

⁶³³ Ebd.

⁶³⁴ Bühringer (1996); Bühringer 19

⁶³⁵ Ebd. (1996)

⁶³⁶ Lang (1996)

⁶³⁷ Lang (1996)

⁶³⁸ Hofmann 277

Auch Eppler, der die „Nacht der langen Messer“ nicht im Landtag miterlebt hat, sondern als Bundestagsabgeordneter von Bonn aus das Ereignis verfolgte, glaubte, daß die Entscheidung für die Große Koalition viel mit den handelnden Personen zu tun hatte, speziell mit Walter Krause. Dem war die Arbeit als Innenminister „viel eher auf den Leib geschrieben - das hat er selbst gespürt - als die Aufgabe eines Ministerpräsidenten in einer ganz polarisierten Atmosphäre.“ Es wäre zu befürchten gewesen, daß die CDU die Landesregierung aufs heftigste attackiert hätte, wenn sie, wie 1952 unter Reinhold Maier geschehen, als stärkste Partei in die Opposition gemußt hätte. Es falle ihm schwer, sich Walter Krause in dieser Situation als „charismatischen Ministerpräsidenten“ vorzustellen, der eine wütende CDU-Opposition in die Schranken gewiesen hätte. Eppler dachte auch darüber nach, was er getan hätte, wäre er in dieser Situation gewesen: „Möglicherweise hätte ich das andere gewählt. Aber daß Walter Krause das so gemacht hat, war in sich konsequent. Es war für ihn eine angemessene, richtige Entscheidung.“ Daß der Walter Krause die Schulfrage in den Vordergrund gestellt habe, hänge damit zusammen, daß er ein ausgesprochen sachbezogener Mensch gewesen sei mit einem durchaus bescheidenen politischen Machttrieb, verglichen mit anderen. Eppler bezeichnete es als eine Charakterstärke Krauses, daß er die Lösung einer Sachfrage über seine eigenen Ambitionen gestellt habe.⁶³⁹

Wie lautet die Bilanz der Ereignisse am 12. Dezember 1966?⁶⁴⁰

Die CDU hatte es dank des kraftvollen Zupackens von Hans Filbinger vermieden, ein zweites Mal in der Geschichte Baden-Württembergs auf die Oppositionsbänke zu müssen. Nie außer bei der Bildung der Regierung Reinhold Maier war für die CDU die Gefahr größer, diesen harten Weg gehen zu müssen. Es war nicht die Lösung der Schulfrage, die die CDU bewog, eine Große Koalition zu bilden. Es war eher andersherum: Als es um die Macht ging, rückte die CDU (oder besser: Filbinger) von lange vertretenen inhaltlichen Positionen ab.

Die Art und Weise, wie Filbinger als Verhandlungsführer seiner Partei in einer sehr schwierigen Situation eine neue Regierung unter Führung der CDU zustande brachte, zeugt von großem Gespür für Macht und Taktik. Die Einigung auf eine neue Koalition geschah nicht nur äußerst schnell, Filbinger gelang es auch noch, in der Öffentlichkeit den Eindruck

⁶³⁹ Eppler (1997)

zu erzeugen, er sei es gewesen, der die leidige Schulfrage gelöst habe. Nicht nur die CDU, sondern auch sein Amtsvorgänger Kurt Georg Kiesinger, hatten den früheren Innenminister unterschätzt. Die SPD hatte geglaubt, einen nachgiebigen Partner gefunden zu haben, der vor allem an der Macht interessiert war. Als Filbinger jedoch erst einmal in Amt und Würden war, hat er es verstanden, die Anliegen der CDU wirkungsvoll umzusetzen.

Die FDP, die seit 1946 in Württemberg-Baden und seit 1952 in Baden-Württemberg mitregiert hatte, kam wegen eigener Unzulänglichkeiten nicht mehr in die Regierung.⁶⁴¹ Niemand bei den Liberalen hat damals wohl gehant, daß die Verbannung auf die Oppositionsbänke 30 Jahre dauern würde.⁶⁴² Den führenden Freidemokraten dieser Zeit wurde „mangelndes Verhandlungsgeschick, wechselnde Aussagen von Delegationsmitgliedern, eine gewisse Führungsschwäche in den entscheidenden Gremien, ein Schwanken zwischen liberalen Grundsatzpositionen und dem Wunsch nach Teilhabe an der Macht, die Furcht vor einer kritischen Wählerschicht, ein Zuviel an Reden und ein Zuwenig an Handeln“ vorgeworfen.⁶⁴³

Und die SPD? Sie kam 1966 immerhin in die Regierung, angesichts einer möglichen CDU/FDP-Regierung keine Selbstverständlichkeit. Wirft man einen Blick auf die ersten, annähernd 50 Jahre der Geschichte des vereinten Bundeslandes Baden-Württembergs, so ist eine Regierungsbeteiligung der Sozialdemokraten eher die Ausnahme als die Regel. Ist also das Zustandekommen der Großen Koalition für die SPD ein Erfolg? Während die Bilanz des 12. Dezember 1966 bei den Christ- und Freidemokraten einigermaßen eindeutig ausfällt, bleibt sie bei den Sozialdemokraten ambivalent. Denn ihr Vormann Walter Krause schlug die Möglichkeit aus, Ministerpräsident zu werden und seine Partei zur wichtigsten Kraft im Land zu machen. Bezeichnend seine Worte: „Ich bin nicht in die Politik gegangen, um Ministerpräsident zu werden.“⁶⁴⁴

⁶⁴⁰ Hofmann 278

⁶⁴¹ Erhard Becker hatte am Abend des 12. Dezember 1966 eine Vorstandssitzung des Deutschen Journalisten-Verbandes in Stuttgart und fuhr mit demselben Spätzug von Stuttgart zurück wie einige Abgeordnete, die ihm ihre noch ganz frischen Eindrücke von den dramatischen Ereignissen im Landtag berichteten. Darunter war auch der FDP-Abgeordnete Arnold Schmidt-Brücken (1905 - 1986, Landtagsabgeordneter 1964-1972), der sich über das Nicht-Zustandekommen der Kleinen Koalition tief enttäuscht zeigte und dies als Katastrophe empfand. (Becker (1999)

⁶⁴² Vgl. Hofmann 278

⁶⁴³ Hofmann 277

Außerdem kann festgestellt werden, daß in der SPD damals nur diskutiert wurde, ob eine Große oder Kleine Koalition die bessere Lösung sei. Im Gegensatz zu den Auseinandersetzungen nur zwei Jahre später, die die Partei an den Rand einer Spaltung bringen sollte, sprachen sich 1966 alle maßgeblichen Kräfte für den Eintritt in die Regierung aus. Erstaunlicherweise gab es bei dieser ersten Großen Koalition nur bei der CDU innerparteiliche Kritiker. Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende August Hagmann⁶⁴⁵ trat wegen des Nachgebens in der Schulfrage von seinem Posten zurück.⁶⁴⁶

⁶⁴⁴ Krause (1994/2). Im Gespräch mit Lindemann 11 gab er aber zu: „Natürlich wäre ich auch gerne Ministerpräsident geworden.“

⁶⁴⁵ August Hagmann (CDU) (1914-1969) war von 1960 bis 1968 Landtagsabgeordneter. (Weik 48)

⁶⁴⁶ Rüdich 12

Die Große Koalition von 1966 bis 1968

Wie nicht anders zu erwarten war, zog Walter Krause nach einem halben Jahr Regierungsverantwortung seiner Partei eine positive Bilanz der Großen Koalition sowohl für das Land als auch für seine Partei. Auf der Habenseite verbuchte er: gleiche Bildungschancen für alle Schüler (nun auch in Württemberg-Hohenzollern) dank der Einführung der christlichen Gemeinschaftsschule als Regelschule; Verbesserung der finanziellen Situation der Gemeinden; Förderung des sozialen Wohnungsbaus; Beginn der Hochschulreform; Start der Verwaltungsreform.⁶⁴⁷ In für ihn ungewöhnlich scharfen Formulierungen attackierte er bei dieser Gelegenheit die frühere Politik der CDU/FDP-Regierung: „Die Schluderei des Vonder-Hand-in-den-Mund-Lebens, durch die das Land in eine Finanzmisere hineingeschlittert ist, hat aufgehört“.⁶⁴⁸ Die CDU wurde dagegen vom Landesvorsitzenden der Jungen Union Nordwürttemberg, Wilfried Steuer,⁶⁴⁹ in Schutz genommen.⁶⁵⁰ Auch der Landesvorsitzende der FDP/DVP, Hermann Müller, wies diese Bilanz als Eigenlob Krauses zurück.⁶⁵¹

Krause erkannte aber auch, wie wichtig es war, diese positiven Errungenschaften in der Bevölkerung entsprechend darzustellen. Deshalb regte er noch im Jahr 1967 an, die SPD solle ein Jahr vor der Landtagswahl ihre Öffentlichkeitsarbeit verstärken und deutlich machen, was sie in der Regierung bewegt habe, und warum sie ohne Wahlen in die Regierung eingetreten sei.⁶⁵²

Nach eineinhalb Jahren Großer Koalition konnte die CDU/SPD-Regierung unter Filbinger und Krause eine beachtliche Bilanz vorlegen:

⁶⁴⁷ Stuttgarter Zeitung v. 3.8.67

⁶⁴⁸ Schwäbische Zeitung v. 3.8.67

⁶⁴⁹ Wilfried Steuer (geb. 1933) (CDU), studierte Landwirtschaft und Rechtswissenschaften. Nach der Promotion begann er 1962 als Persönlicher Referent und Pressesprecher von Landwirtschaftsminister Eugen Leibfried (CDU). 24 Jahre war er Landrat in Oberschwaben, und zwar zunächst in Saulgau und nach der Kreisreform 1973 in Biberach. Von 1972 bis 1992 gehörte er als direkt gewählter Biberacher Abgeordneter dem baden-württembergischen Landtag an. Von 1978 bis 1991 war er Aufsichtsratsvorsitzender der Energieversorgung Schwaben (EVS), von 1991 bis 1998 deren Vorstandsvorsitzender. Er gilt als Architekt und Förderer der Energiefusion in Baden-Württemberg, die zur Gründung der Energie Baden-Württemberg AG (EnBW) führte. (Weik 119)

⁶⁵⁰ Stuttgarter Nachrichten v. 4.8.67; Stuttgarter Zeitung v. 4.8.67

⁶⁵¹ Stuttgarter Nachrichten v. 8.8.67

⁶⁵² Rhein-Neckar-Zeitung v. 2.5.67

- ▶ Als erstes Bundesland Einführung der mittelfristigen Finanzplanung (eine Idee des neuen Bundeswirtschaftsministers Karl Schiller (SPD)⁶⁵³)
- ▶ Verabschiedung des ersten Landeskonjunkturprogramms zur Sicherung der Arbeitsplätze und Ankurbelung der Wirtschaft
- ▶ Strukturentwicklungsprogramm zur Förderung der gewerblichen Wirtschaft
- ▶ Maßnahmen der Verwaltungsreform zur Stärkung der Verwaltungskraft kleinerer Gemeinden
- ▶ Verabschiedung des Landesentwicklungsplans
- ▶ Verbesserung der Gesundheitsvorsorge
- ▶ Einstieg in die Hochschulreform
- ▶ Initiativen für Gesamt- und Ganztagschulen
- ▶ Verbesserung des Landespersonalvertretungsgesetzes⁶⁵⁴

Diese durchaus sehenswerte Bilanz für nur eineinhalb Jahre Regierungsbeteiligung, ein populärer Spitzenkandidat und die erstmalige Beteiligung an der Macht in Bonn nützten der SPD bei der Landtagswahl am 28. April 1968 nichts.⁶⁵⁵ Die Sozialdemokraten erlitten eine schwere Niederlage. Sie büßten 8,3 Prozent der Stimmen ein und erreichten nur noch 29 Prozent. Erst 1992 kam die Partei wieder in die Nähe dieser Negativmarke, ehe das Desaster der 96er-Wahl alle vorangegangenen Niederlagen in den Schatten stellte. Die Süddeutsche Zeitung schrieb: „Die Große Koalition in Baden-Württemberg hat sich - daran ist überhaupt nicht zu zweifeln - gegen die SPD und gegen die Demokratie ausgewirkt.“ Es war nur ein schwacher Trost für die SPD, daß auch die CDU kräftig an Boden verlor.⁶⁵⁶

⁶⁵³ Karl Schiller (1911-1994) (SPD) war von 1965 bis 1972 Abgeordneter im Bundestag, von 1948 bis 1953 Wirtschafts- und Verkehrssenator in Hamburg, von 1961 bis 1965 Wirtschaftssenator in Berlin, von 1966 bis 1972 Bundeswirtschaftsminister und von 1971 bis 1972 zugleich Finanzminister. Er trat 1972 aus der SPD aus und 1980 wieder ein. (Munzinger 9/95)

⁶⁵⁴ Schadt 276

⁶⁵⁵ Zur Landtagswahl 1968 vgl. Kurt Füller, Die Landtagswahl 1968 - Vorbereitung, Durchführung und Ergebnisse, o.O. o. J.. Kurt Füller war stellvertretender Kreiswahlleiter im Wahlkreis Ulm - Stadt. Die Arbeit konzentriert sich auf die Darstellung der Wahlorganisation und der Wahlergebnisse in diesem Wahlkreis. Eine politische Analyse der Wahlergebnisse ist nicht enthalten.

⁶⁵⁶ Wie widersprüchlich beziehungsweise situationsbezogen die Wähler auf eine Große Koalition reagieren, zeigte eine Umfrage vom Dezember 1967 zur Großen Koalition in Bonn. Die Bundesbürger wurden gefragt: „Sind Sie für die Große Koalition oder halten Sie es für besser, wenn eine der großen Parteien in der Regierung sitzt und die andere ist in der Opposition?“ 40 Prozent hielten eine Große Koalition für besser, 42 Prozent befanden, daß besser eine Partei in der Opposition sei und 18 Prozent waren unentschieden. Die Gegner der Großen Koalition waren vor allem junge, gebildete Leute. Während bei den Über-60jährigen 42 Prozent für eine Große Koalition waren und nur 33 Prozent dagegen, waren von den 16- bis 29jährigen nur 34 Prozent dafür, aber 48 Prozent dagegen. Volksschüler votierten in der Umfrage mit 42 : 37 - Prozent für eine Große Koalition, diejenigen mit Höherer Schulbildung mit 59 : 32 - Prozent dagegen. Interessant ist, daß die SPD-Wähler bei der Umfrage kaum anders reagierten als CDU/CSU-Anhänger. Sie waren im Verhältnis 46 :

Kaum eine Landtagswahl wird allein durch landespolitische Themen entschieden. Die 68er Wahl in Baden-Württemberg wurde in ungewöhnlich hohem Maße durch die Bundespolitik beeinflusst. Die Wahl fand in einer beispiellos aufgeheizten Atmosphäre statt. Die APO, Rudi Dutschke,⁶⁵⁷ Benno Ohnesorg, Anti-Schah- und -Vietnam-Demonstrationen und die Kommune K1 bestimmten die politische und gesellschaftliche Diskussionen. Oberbürgermeister Rolf Böhme, damals Wahlkampfleiter des Justizministers Rudolf Schieler in Freiburg, erinnerte sich noch gut, wie die CDU kurz nach dem Attentat auf Rudi Dutschke auf Plakaten mit schwarzen Buchstaben auf weißem Grund mit dem Slogan „Für Sicherheit und Ordnung“ warb. Dies habe genau die Stimmung der Leute getroffen.⁶⁵⁸ Der SPD wurde Sympathie für den Neomarxismus vorgeworfen. Die NPD nutzte die Ängste vor der APO und die wirtschaftliche Krise für sich aus. Ein neues, bis dahin unbekanntes rüdes Klima zeichnete die Wahlkampfveranstaltungen in Baden-Württemberg bis weit in die siebziger Jahre aus. Nicht selten wurden Veranstaltungen gestört, manchmal kam es auch zu Saalschlachten.⁶⁵⁹ Peter Conradi rief noch einmal das Ausnahmejahr 1968 in Erinnerung mit den studentischen Unruhen in Paris, an der Spitze Daniel Cohn-Bendit,⁶⁶⁰ mit dem Besuch De Gaulles⁶⁶¹ im Schwarzwald, um sich seiner Regimenter zu versichern, mit dem Attentat auf Rudi Dutschke.⁶⁶² In solchen Unruhezeiten, so seine Ansicht, wähle die Mehrheit des Volkes eben rechts. Man sprach damals von einer Hottentottenwahl in Anspielung auf einen Aufstand in Afrika zu Beginn des Jahrhunderts, der die gleichzeitig stattfindende Reichstagswahl beeinflusst hatte.⁶⁶³

44 für eine Große Koalition, die Unionswähler sprachen sich im Verhältnis 43 : 38 für eine Große Koalition aus. Die Gegner einer solchen Regierung waren naturgemäß die FDP-Wähler, die sich mit 53 : 31 Prozent dagegen aussprachen. (Allensbach (1974), S.272).

⁶⁵⁷ Rudi Dutschke (1940-1979) war Mitbegründer und führender Vertreter der Außerparlamentarischen Opposition (APO). 1968 wurde er bei einem Attentat schwer verletzt, an dessen Spätfolgen er 1979 starb. (Munzinger 7/70, Meyers Bd. 6 S. 16)

⁶⁵⁸ Böhme (1998)

⁶⁵⁹ Sepainter 19

⁶⁶⁰ Daniel Cohn-Bendit (geb. 1945) führte die Pariser Mai-Revolution des Jahres 1968 an und wurde im selben Jahr aus Frankreich ausgewiesen. Er zählte zur Frankfurter Sponti-Szene und schloß sich 1984 den Grünen an. 1989 wurde er vom Frankfurter Stadtrat zum ehrenamtlichen Dezernenten für multikulturelle Angelegenheiten gewählt. Seit 1994 ist er Abgeordneter des Europäischen Parlaments. (Munzinger 42/97).

⁶⁶¹ Charles de Gaulle (1890-1970) wurde 1943 Chef der französischen Exilregierung. 1945/1946 wurde er als Ministerpräsident bestätigt und zum provisorischen Staatsoberhaupt gewählt. 1953 zog er sich aus dem politischen Leben zurück. Doch fünf Jahre später wurde er zum ersten Präsidenten der Fünften Republik gewählt. Dies blieb er bis 1969. In dieser Zeit betrieb er mit Adenauer die deutsch-französische Aussöhnung. (Munzinger 6/71).

⁶⁶² Vgl. Gilcher-Holtey, Ingrid, „Die Phantasie an die Macht“ - Mai 68 in Frankreich, Frankfurt a. M. 1995. Facettenreich und spannend beschreibt sie De Gaulles „Flucht“ nach Baden-Baden. Der Hubschrauber des Präsidenten flog über den Militärflughafen Baden-Oos zum Fremersberg, an dessen Nordhang sich in einem im 18. Jahrhundert vom Markgrafen von Baden erbauten Jagdschloß die Residenz des Kommandanten der 5. französischen Armee, General Jacques Massu, eines alten Kampfgefährten, befand. (S. 394 - 419)

⁶⁶³ Conradi (1998)

SPD-Landesvorsitzender - eine kurze Episode

Als Krause im Jahre 1966 zum Landesvorsitzenden der SPD gewählt wurde, nannte ihn die Presse einen der drei „zornigen jungen Männer“ der SPD. Ob man den Mannheimer mit 53 Jahren als „jung“ bezeichnen kann, sei dahingestellt, ihn „zornig“ zu nennen, trifft sicher nicht zu.⁶⁶⁴ Wer sich die SPD als fortschrittliche Volkspartei der Mitte wünschte, der wird den Vorsitzenden Krause wohlwollend betrachtet haben. Anders urteilten diejenigen, die die SPD als linke Programmpartei sahen, die eher Sozialist als Sozialdemokrat sein wollten. Für sie war Krause ein Nicht-Vorsitzender, vielleicht sogar ein Anti-Vorsitzender. Denn er verzichtete auf jegliche linke Rhetorik und Programmatik. Gewerkschaftsparolen, Unternehmenschelte oder pazifistische Thesen suchte man bei ihm vergebens. Erhard Eppler urteilte über seinen Vorvorgänger als SPD-Landeschef: „Er konnte ihn (Anmerkung: den SPD-Landesverband) sauber führen, er konnte menschlich anständig Sitzungen abwickeln. Er genoß Vertrauen von ganz vielen. Aber er war überhaupt kein Volkstribun. Es war nicht seine Art, einem Landesverband ein bestimmtes Profil zu geben. Das empfand er auch nicht als seine Aufgabe.“ So weit gehen, Krause als Fehlbesetzung in diesem Amt zu bezeichnen, aber wolle er nicht. Er habe bestimmte Eigenschaften, die ein Landesvorsitzender braucht, sehr wohl gehabt: Man konnte Vertrauen zu ihm haben, er habe Verlässlichkeit ausgestrahlt und ein menschlich angenehmes Klima geschaffen. Allerdings kritisierte Eppler, daß Krause kein Vorsitzender gewesen sei, der seiner Partei den Weg gewiesen oder ihr ein eigenes Selbstbewußtsein gegeben habe.⁶⁶⁵

Eppler selbst hatte als SPD-Landesvorsitzender ganz andere Ziele. Als er im Jahr 1973 dieses Amt übernahm, stellte er fest, daß „in dieser CDU-beherrschten politischen Landschaft“ selbst die Maßstäbe für die Sozialdemokraten von der CDU bestimmt würden. So sei es für viele Sozialdemokraten das höchste Lob gewesen, wenn ein Christdemokrat sich sinngemäß so äußerte, das sei zwar ein Sozialdemokrat, aber im übrigen ein netter Mensch. Eppler war der Ansicht, die SPD komme in Baden-Württemberg nie auf einen grünen Zweig, wenn sich daran nichts ändere. Die SPD müsse deshalb erst mal ein eigenes Selbst-

⁶⁶⁴ Die anderen beiden waren der damalige Fraktionsgeschäftsführer Hans-Otto Schwarz und der Freiburger Rudolf Schieler, der später als Justizminister mit Walter Krause am Kabinetttisch saß. (Böhme 16) Zwei Jahre zuvor, im Jahre 1964, war Krause selbst auf dem Landesparteitag in Göppingen zum Stellvertreter von Alex Möller gewählt worden. Er erhielt damals 301 von 305 Stimmen. Der andere Stellvertreter, Walter Hirrlinger, bekam 273 Stimmen. (Mannheimer Morgen v. 22.6.64)

⁶⁶⁵ Eppler (1997)

bewußtsein aufbauen. Deshalb habe er Abstand genommen von einer Politik, die auf Einzelaussagen aufbaue wie „diese Autobahn ja und diese nicht“. Er habe vielmehr eine eigene Programmatik entwickelt. Die Partei habe dadurch ein sehr scharfes Profil bekommen, das angezogen und abgestoßen habe. Dies sei ihm schon damals klar geworden.⁶⁶⁶ Eppler nimmt für sich selbst in Anspruch, daß er mehr Leute für die SPD angezogen, aber auch mehr abgestoßen habe als Krause. Unter dem Strich sei bei Wahlen dasselbe Ergebnis herausgekommen, meinte Eppler.⁶⁶⁷ Diese Aussage ist jedoch bei einem Blick auf die Landtagswahlergebnisse stark in Zweifel zu ziehen. Selbst derjenige, der Eppler Recht gibt und die Ergebnisse bei den beiden Landtagswahlen mit Walter Krause als Spitzenkandidat, den Negativrekord im Jahre 1968 (29,0 Prozent) und das Spitzenergebnis 1972 (37,6 Prozent), vor allem auf bundespolitische Einflüsse zurückführt, wird nicht umhin können, den unaufhaltsamen Abstieg der SPD bei den folgenden Landtagswahlen auch mit dem Kurs in Verbindung zu bringen, den die Sozialdemokraten im Südwesten seit Eppler steuern.⁶⁶⁸

⁶⁶⁶ Eppler wußte, daß er diese Polarisierung bis in die Reihen seiner eigenen Fraktion trug. (Vgl. zum Beispiel die Landtagsdebatte um die Energiepolitik am 17.3.77)

⁶⁶⁷ Eppler (1997)

⁶⁶⁸ Eine gute grafische Übersicht über die Landtagswahlergebnisse der SPD und ihre führenden Persönlichkeiten ist auf der Baden-Württemberg-Seite der Calwer Kreisnachrichten vom 16.1.99 zu finden. (Darin allerdings ein Fehler: Der Spitzenkandidat der SPD bei der Landtagswahl 1972 war nicht Heinz Bühringer, sondern Walter Krause).

Die SPD im historischen Umbruch

In den 50er und 60er Jahren erlebte die SPD eine sich zwar nur allmählich vollziehende, letztlich aber revolutionäre Wandlung von einer Klassen- zur Volkspartei. Diese Entwicklung verlief nicht in allen Teilen Deutschlands synchron, sondern zeigte regionale Unterschiede.⁶⁶⁹ Helga Grebing kam bei ihrer Untersuchung der Landesverbände in Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Bayern zu dem Ergebnis, daß es den Einheits-Königsweg der SPD von der Klassen- zur Staatspartei nicht gegeben habe. Vielmehr ließen sich keineswegs synchrone Verläufe der Modernisierung der SPD in den einzelnen Bundesländern in den 1950er und 1960er Jahren mit entsprechenden Vorgaben bereits in der zweiten Hälfte der 1940er Jahre feststellen. Zwar gebe es auch innerhalb der Länder zum Teil regionale Unterschiede,⁶⁷⁰ aber die Länder stellten doch relativ autonome politische Handlungseinheiten dar, die unter den Parteien Vereinheitlichungsprozesse hervorgerufen hätten. Lebensweisen, Mentalitäten und Gefühlswelten hätten dabei eine erhebliche Rolle gespielt. Der Homogenisierungsprozeß zur Volkspartei sei über Leitfiguren gelaufen, über den symbolischen Bedeutungsgehalt von Programmen und die „Stellvertretung der kleinen Leute“. Parteiorganisatorische Strukturen seien dabei offenbar weniger wichtig gewesen.⁶⁷¹ Als Ergebnis ihres Vergleichs der SPD in den vier westdeutschen, von ihr untersuchten Länder entwickelte Grebing drei Modelle: 1. Frühstarter des Modernisierungsprozesses wie Hessen und, mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung, Niedersachsen. 2. Aufholer wie Nordrhein-Westfalen und 3. Landesparteien wie die in Bayern, die sich ihres Erachtens vergeblich bemühten.⁶⁷²

Dieser historischen Veränderung von der Klassen- zur Volkspartei folgte ein weiterer, nicht minder bedeutender Prozeß, der die Mitgliederstruktur der Partei entscheidend veränderte. Für diesen Vorgang, den man als langsame Revolution bezeichnen könnte, gibt es keine durchgehende soziologische Untersuchung, dafür aber Indizien, die Veränderungen

⁶⁶⁹ Grebing, Helga, Von der „Traditionskompanie“ zur „Staatspartei“. Die Modernisierung der Sozialdemokratie in den 1950er und 1960er Jahren im regionalen Vergleich, in: Kocka, Jürgen, Puhle, Hans-Jürgen und Tenfelde, Klaus (Hg.), Von der Arbeiterbewegung zum modernen Sozialstaat, München 1994, S.205-221

⁶⁷⁰ Obwohl sich Grebing sonst nicht mit der SPD im deutschen Südwesten befaßte, bezeichnete sie Baden-Württemberg als ein Beispiel für regionale Unterschiede innerhalb eines Bundeslandes. Hier sei die SPD nicht generell „unterentwickelt“, sondern vor allem in Württemberg, aber keineswegs in Baden. (Grebing 205).

⁶⁷¹ Grebing 205, 217

belegen, die der einstigen Arbeiterpartei einen neuen Kopf und ein neues Gesicht gegeben haben. Die Veränderungen in der Mitgliederstruktur und insbesondere auf der mittleren Funktionärssebene haben Politiker wie Helmut Schmidt und Walter Krause das Leben schwer gemacht und sie letztlich auch zum Abgang gezwungen. Peter Conradi beschrieb diese Entwicklung aus seiner subjektiven Sicht so, daß die SPD in den 60er Jahren eine Menge neuer, junger Mitglieder bekommen habe, „den Böhme, den Maurer, den Harald Schäfer, die Däubler-Gmelin, die Helga Solinger,⁶⁷³ die kamen damals und verlangten ein klares Bild der SPD“. Er betonte, daß der Umbruch in der SPD, den es damals ohne Zweifel gegeben habe, nicht durch ihn und die Anführer der innerparteilichen Revolution ausgelöst worden sei, sondern eben durch die jungen Leute, die damals in die SPD eingetreten seien. Begonnen haben die massiven Eintritte engagierter Leute nach der Beobachtung Conrads mit dem Jahre 1966, als die SPD in Bonn in die Große Koalition eintrat, vor allem aber im Zusammenhang mit dem Reformdruck, der damals überall zu spüren gewesen sei.⁶⁷⁴

Die junge Generation unterschied sich unter anderem durch ihre Diskussionsfreude vom herrschenden Parteiestablishment, das nach deren Ansicht weniger aktiv und diskussionsbereit gewesen sei als die Partei vor 1933. Abendroth⁶⁷⁵ begründete das mit der unbewiesenen, aber nachvollziehbaren These, daß die Partei nach dem Krieg von Persönlichkeiten geführt worden sei, die während der NS-Zeit aufgewachsen seien, ohne Erfahrungen mit innerparteilichen Auseinandersetzungen zu machen.⁶⁷⁶ Die neue Generation machte vor allem folgende Faktoren aus, die einer verstärkten innerparteilichen Willensbildung hemmend entgegengestanden seien: die personelle und in der Folge auch ideologische Verfestigung der Führung, die institutionelle Oligarchie der Vorstände und Bürokraten, der lokale

⁶⁷² Ebd. 205-206. - Für die DDR respektive Sowjetische Besatzungszone kam Grebing zu dem Schluß, daß vielversprechende Anfänge einer erfolgreichen Sozialdemokratisierung durch die Zwangsvereinigung der SPD mit der KPD im April 1946 jäh abgebrochen seien. (Grebing 206)

⁶⁷³ Helga Solinger (geb. 1939) (SPD) gehörte seit 1984 dem Landtag von Baden-Württemberg an. Von 1992 bis 1996 war sie in Baden-Württemberg Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales. (Weik 116).

⁶⁷⁴ Conradi (1998). Die Unzufriedenheit der neuen, jungen Mitglieder traf nicht nur Walter Krause, sondern auch den jungen Willy Brandt. „Der war anfangs ein schlechter Redner und uns zu brav.“ Conradi erinnerte sich, wie er im Jahre 1961 Erhard Eppler nach einer Veranstaltung in Stuttgart mit dem Auto zum Bahnhof fuhr, und Eppler meinte, daß es mit Brandt nicht lange gehen werde. Der habe sich erst mit der Zeit zu einer mitreißenden Persönlichkeit entwickelt. (Conradi 1998).

⁶⁷⁵ Wolfgang Abendroth war Mitglied beim Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS). Nach dem Unvereinbarkeitsbeschuß der SPD hinsichtlich der gleichzeitigen Mitgliedschaft in der SPD und im SDS wurde Professor Abendroth aus der Partei ausgeschlossen. (Butterwegge 20).

⁶⁷⁶ Abendroth, Wolfgang, Aufstieg und Krise der deutschen Sozialdemokratie, Frankfurt a.M. 1969, S.75

Informationsmangel in den Ortsvereinen, die Mitgliederzahl, finanzielle und organisatorische Rahmenbedingungen sowie das Selbstverständnis und Image der Partei.⁶⁷⁷

Diese Veränderungen innerhalb der SPD lassen sich zum Beispiel am Ausleseverfahren bei der Kandidatennominierung ablesen. Die SPD scheute offen ausgetragene innerparteiliche Auseinandersetzungen, auch um Personalfragen, stärker als die CDU/CSU. Das galt auch noch für die Bundestagswahl 1965.⁶⁷⁸ Oligarchische Führungsgruppen besaßen dank ihres Monopols innerparteilicher Machtmittel, insbesondere hinsichtlich Information, Kommunikation, Ansehen sowie der Leitung und Einberufung von Versammlungen, größeren Einfluß auf die Listen- und Wahlkreisnominierung als die Spitzen der anderen Parteien.⁶⁷⁹ Bei der Nominierung spielte der Gesichtspunkt der politischen Richtung nicht nur keine Rolle, er wurde sogar bewußt verdrängt.⁶⁸⁰ Anläßlich der Bundestagswahl 1969 war dann in der SPD die Bereitschaft zur offenen Austragung von Personalkonflikten viel größer als noch vier Jahre zuvor.⁶⁸¹ In den Jahren zwischen 1965 und 1969 fand ein dramatischer Wandel bei der Nominierung der Kandidaten statt. Während es 1965 bei der SPD zu 23 Kampfabstimmungen gekommen war und bei CDU/CSU zu 48, waren es vier Jahre später bei CDU/CSU beinahe unverändert 46, dagegen schnellte der Wert bei der SPD auf 76 hoch.⁶⁸²

Die Zahlen der Christdemokraten täuschen allerdings über die Veränderungen innerhalb der CDU/CSU hinweg. Denn in zahlreichen Fällen hatte die Junge Union ihren Angriff auf das alte Parteiestablishment bereits durchgeführt, bevor es zur Abstimmung kam. Ausserdem spielten sich die Auseinandersetzungen bei CDU/CSU vor allem in Wahlkreisen mit garantierten CDU-Mehrheiten ab, während die SPD-internen Konflikte um die Kandidatennominierung vornehmlich in aussichtslosen Wahlkreisen stattfanden. Dies deutet darauf hin, daß es bei der Auseinandersetzung „jung gegen alt“ in der CDU vor allem um den

⁶⁷⁷ Eutebach 29-31; 51-53

⁶⁷⁸ Einen Sonderfall bildete die SPD in Baden-Württemberg. Zu Alternativabstimmungen kam es hier aber fast nur in aussichtslosen Wahlkreisen. Ein wesentlicher Grund dafür war, daß der Landesvorstand den Parteiorganisationen in den Wahlkreisen wenig Orientierungshilfen bei der Abschätzung der Listenchancen ihrer Kandidaten gab. Erst nach Abschluß fast aller Wahlkreisnominierungen setzte der Landesvorstand eine Kommission zur Vorbereitung der Landesliste ein. (Zeuner 37)

⁶⁷⁹ Zeuner 230 - Anläßlich der Bundestagswahl 1969 stellte der „Spiegel“ fest, daß weniger als ein viertel Prozent der Bevölkerung, nämlich ein Zehntel der eingeschriebenen Parteimitglieder die Entscheidung über die Wahlkreiskandidaten treffe. (Der Spiegel v. 7.7.69 S.32)

⁶⁸⁰ Zeuner 220-221, 229

⁶⁸¹ Ebd. XIII

⁶⁸² Der Spiegel v. 7.7.69 S.33 - Es ist allerdings zu beachten, daß Zeuner für die Zahlen des Jahres 1965 nur 228 (von insgesamt 248) Wahlkreise untersuchte, während Der Spiegel 1969 alle 248 Wahlkreise recherchierte.

persönlichen Zugang zur Macht ging, während bei der SPD der Streit um Personen nur als Vehikel für programmatische Richtungskämpfe diente.⁶⁸³

Dabei gab es innerhalb der SPD deutliche regionale Unterschiede. Während es in den fünf saarländischen Wahlkreisen zu keiner Kampfabstimmung kam und in den 44 bayerischen Wahlkreisen nur zu fünf, war dies in Rheinland-Pfalz, Hessen und Nordrhein-Westfalen in rund einem Drittel der Wahlkreise der Fall. Spitzenreiter war der baden-württembergische Landesverband. Die Sozialdemokraten im Südwesten hatten in der Hälfte ihrer 36 Wahlkreise mindestens zwei Kandidaten zur Auswahl, ein Beleg dafür, daß der SPD-interne Richtungsstreit im Südwesten besonders heftig war.⁶⁸⁴

Die SPD-Linke sah bei ihrer Kandidatennominierung nach über zwei Jahren frustrierender Opposition gegen die offizielle Parteilinie endlich ihre Chance gekommen, ihr politisches Programm in personalisierter Form nach vorn zu bringen. Die „Süddeutsche Zeitung“ konstatierte am Beispiel der SPD in Hessen einen „Aufstand ohne Beispiel“. Zum Teil seien die Rebellen frontal gegen die alten Parteikader angerannt, zum Teil hätten sie ihren Angriff mit pragmatischen Argumenten getarnt und sich mit dieser Taktik durchgesetzt.⁶⁸⁵ Dabei zeigte sich, daß die linke Opposition dann, wenn sie in der Auseinandersetzung offen für politische Grundsätze eintrat, nur in einem einzigen Fall Erfolg hatte. Erfolgreicher war sie, wenn sie nicht als „programmorientierte Gruppen“ auftrat.⁶⁸⁶

Obwohl die Opposition in der SPD zunächst nicht viele ihrer Kandidaten durchbrachte, hat sie doch die politische Kultur innerhalb der SPD wesentlich verändert. Dort, wo die Entscheidung zwischen Alternativen, die eigentlich als demokratischer Normalfall gelten sollte, als negativ bewerteter Ausnahmefall betrachtet wurde, hielt nun plötzlich innerparteiliche Demokratie in die Versammlungsräume Einzug. Der „Stilbruch“ der Kampfabstim-

⁶⁸³ Der Spiegel v. 7.7.69 S.33, 36

⁶⁸⁴ Der Spiegel v. 7.7.69 S.33

⁶⁸⁵ Der Spiegel v. 7.7.69 S.32

⁶⁸⁶ Der Spiegel v. 7.7.69 S.35-36 - Faktoren, die bei der Nominierung der Kandidaten durch die Delegierten wichtig waren: Prestige des amtierenden Abgeordneten, Anziehungskraft auf neue Wähler, fachliche Eignung, Funktion in der Partei, Ortsverbundenheit, Bewährung in der Kommunalpolitik, Erwartung hoher Wahlkreis-Aktivität. (Der Spiegel v. 7.7.69 S.40)

⁶⁸⁷ Der Spiegel v. 7.7.69 S.36

mung sei, wie die Frankfurter Rundschau schrieb, zu einem „Hoffnungsschimmer“ geworden.⁶⁸⁷

Besonders schnell sichtbar wurden die Veränderungen bei den Jungsozialisten. Befanden sich die Jungsozialisten nach dem Krieg eher in der Rolle der angepaßten Nachwuchsorganisation, die hauptsächlich als Karrieresprungbrett und als Basis zur Sicherung des Führungsnachwuchses diente,⁶⁸⁸ so wandelte sich ihr Selbstverständnis seit Mitte der 60er Jahre. Es ist nicht einfach, dieses im Rahmen der politischen Biographie von Walter Krause in wenigen Worten zu umreißen. Die Jungsozialisten verstanden sich mehr und mehr als „sozialistische Fraktion in der Partei“. Ihre Aufgabe sei es, die sozialistischen Kräfte in der SPD so zu stärken, damit sie von einer Minderheit zur Mehrheit werden könnten. Nach Übernahme der innerparteilichen Macht sollten antikapitalistische Strukturreformen eingeleitet werden, deren Ziel es war, das herrschende System zu überwinden und ein demokratisches und sozialistisches Wirtschafts- und Gesellschaftssystem einzuführen, das auf Selbstbestimmung der Arbeitnehmer basierte.⁶⁸⁹ Das Godesberger Programm des Jahres 1959, bei dem die SPD die Forderung nach einer Vergesellschaftung der Produktionsmittel fallengelassen hatte,⁶⁹⁰ wurde abgelehnt, gerade weil es die Anpassung der SPD an die herrschenden Vorstellungen und den Abschied von den Marxschen Thesen bedeutete.⁶⁹¹ Innerparteilich betrieben die Jungsozialisten die sogenannte Kipp-Strategie, mit der etablierte Vorstände innerhalb der SPD aus dem Amt „gekippt“ und mit einem den Jungsozialisten genehmen Vorstand ersetzt werden sollte.⁶⁹²

Erste Ansätze dieses neuen politischen Selbstverständnisses zeigten sich 1965 auf dem Hamburger Jungsozialistenkongreß. Zwei Jahre später kam es auf dem Kongreß in Mainz erstmals zur Machtprobe. Zwar stellte die parteikonforme Fraktion mit Peter Corterier weiterhin den Vorsitzenden, im Bundesvorstand der Jungsozialisten waren aber der gemäßigte und der linke Flügel gleich stark vertreten.⁶⁹³ Mit dem Bundeskongreß des Jahres 1969 in München traten die Jungsozialisten als Kritiker der SPD ins Bewußtsein der Öffentlichkeit. Die SPD-Spitze reagierte auf die Änderung des Selbstverständnisses ihrer

⁶⁸⁸ Eutebach 42-46; vgl. Butterwegge 22

⁶⁸⁹ Ebd. 53-54; vgl. Butterwegge 138. Die Jungsozialisten formulierten auch als Ziel der Kommunalpolitik die Parteinahme für die Lohnabhängigen und Benachteiligten. Pragmatische Kommunalpolitik wurde als „Ideologie des zweckmäßigen Randsteinsetzens“ diffamiert. (Eutebach 56-57)

⁶⁹⁰ Butterwegge 18-19

⁶⁹¹ Eutebach 71

⁶⁹² Ebd. 74

Nachwuchsorganisation sowohl mit dem Versuch der Einbindung als auch mit Sanktionen, die bis zum Parteiausschluß reichten.⁶⁹⁴

Woran läßt sich diese einschneidende Veränderung der Mitgliederstruktur ablesen? Von den SPD-Mitgliedern des Jahres 1978, insgesamt etwa eine Million, waren bei der Verabschiedung des Godesberger Programms im Jahre 1959 zwei Drittel noch nicht Mitglied der Partei.⁶⁹⁵ Im Zeitraum von Anfang 1957 bis Ende 1968 erhöhte die SPD ihren Mitgliederbestand jährlich um etwa 1,5 Prozent. Außergewöhnlich war der Mitgliederzuwachs in den Jahren 1964 und 1965 um durchschnittlich 4,6 bzw. 4,7 Prozent. Mitte 1967, ein halbes Jahr nach Bildung der Großen Koalition in Bonn, wurden aus den Zuwachsraten Verlustquoten. Erst im 4. Quartal 1968 konnte wieder ein Nettogewinn an Mitgliedern festgestellt werden, der sich 1969 kräftig erhöhte.⁶⁹⁶ Aus den Veränderungen der Zusammensetzung der jährlichen Neuaufnahmen kann geschlossen werden, daß sich die sozio-ökonomische Struktur der Partei schrittweise wesentlich gewandelt hat. Der Anteil der Arbeiter innerhalb der Mitgliedschaft der SPD hat sich seit der Verabschiedung des Godesberger Programms verringert, während der der Beamten und Angestellten zugenommen hat. Zudem hat sich die SPD deutlich verjüngt.⁶⁹⁷ Die Rebellion der Jugend gegen das Establishment veränderte nicht nur die Gesellschaft, sondern auch die politischen Parteien. Dies betraf insbesondere die SPD mit ihrer Nähe zur linken Studentenschaft. Die Jungsozialisten dominierten in der Folge zunehmend die lokalen Gliederungen der SPD, während sich die Arbeiter mehr und mehr von der aktiven Parteiarbeit zurückzogen.⁶⁹⁸ Die jungen Parteimitglieder sorgten für eine Renaissance der Ideologie, mit allen positiven und negativen Konsequenzen. Der rechte Flügel der SPD geriet in dieser Debatte zunächst in die Defensive und mußte erst eine theoretische Basis für seine Aktivitäten finden.⁶⁹⁹

Die Jungsozialisten, bei denen die Veränderung der Binnenstruktur ihrer Mitglieder am schnellsten vor sich ging, gewannen an der Basis zum Teil erheblichen Einfluß auf die

⁶⁹³ Ebd. 47-48

⁶⁹⁴ Ebd. 55-64

⁶⁹⁵ Einen relativ guten Einblick in die Sozialstruktur der Genossen lieferte eine im Auftrag des Parteivorstandes durchgeführte Befragung. Sie wurde von den Instituten infas und Infratest 1977 bei einem repräsentativen Querschnitt von SPD-Mitgliedern durchgeführt. Damals waren 30 Prozent der Mitglieder jünger als 34 Jahre. (Quelle: Röntgenbild einer modernen Volkspartei, Sozialstruktur, Parteiaktivität und Informationsverhalten der SPD-Mitglieder, hg. vom Parteivorstand Bonn)

⁶⁹⁶ Arend 33

⁶⁹⁷ Ebd. 43

⁶⁹⁸ Braunthal 291

Willensbildung in der Mutterpartei. Eine Untersuchung im relativ linken Bezirk Hessen-Süd, dessen Struktur nicht in allen Punkten mit einem eher rechten SPD-Bezirk vergleichbar ist, zeigte, daß manche kleine Ortsvereine zum Teil ganz von Jungsozialisten beherrscht wurden, und daß Jungsozialisten im Vergleich zu ihrer Mitgliederzahl bei der Aufstellung von Delegierten durchweg überrepräsentiert waren. Schüler und Studenten waren auf allen Ebenen, insbesondere im aktiven Kern, stärker vertreten als es ihrem Anteil an der Bevölkerung entsprach.⁷⁰⁰

Arend hat die innerparteiliche Entwicklung der SPD in den Jahren 1966 bis 1975 untersucht und kam dabei zu dem Ergebnis, daß in den Jahren 1966 bis 1973 die innerparteiliche Opposition erstarbt ist und die traditionellen SPD-Positionen wachsende Bedeutung erlangt haben.⁷⁰¹ Er sieht dafür folgende Ursachen:

- ▶ Die Diskrepanz zwischen der programmatischen Aussage als Oppositionspartei und den Möglichkeiten als Regierungspartei
- ▶ Die Parteiführung und ihre Opponenten haben sich wechselseitig die Verantwortung für einschneidende Landtagswahl-niederlagen gegeben.
- ▶ Nach dem Funktionswechsel der Partei von der Oppositionspartei zur Regierungspartei hat sich die Veränderung der sozioökonomischen Struktur von Mitglied- und Wählerschaft verändert. Die fortschreitende Entwicklung von der Klassen- zur Integrationspartei führte zwangsläufig zum Verlust weitgehender Homogenität der in der SPD vertretenen sozialen und wirtschaftlichen Interessen, zur Verschärfung von Gegensätzen und daraus sich ergebenden Spannungen.
- ▶ Schüler, Studenten und Jungakademiker, die sich durch überdurchschnittliche Partizipationsbereitschaft auszeichneten, haben die sich zunächst außerhalb der Partei bei Teilen der jungen Generation entwickelnden Radikalisierungstendenzen mittels der Juso-AG in die SPD hineingetragen.

⁶⁹⁹ Ebd. 292

⁷⁰⁰ Im untersuchten Bezirk Hessen-Süd waren alle Leiter einer Juso-Arbeitsgemeinschaft Männer, höchstens 25 Jahre alt, mehr als die Hälfte hatten Abitur und waren weniger als zwei Jahre Mitglied in der SPD. (Eutebach 64-65)

⁷⁰¹ Arend, Die innerparteiliche Entwicklung der SPD 1966-1975, Bonn 1975, ist von der Konrad-Adenauer-Stiftung herausgegeben und deshalb unter dem Gesichtspunkt eventueller Parteilichkeit kritisch zu betrachten. Allerdings ist die Arbeit von Polemik weit entfernt.

- ▶ Mit der Wandlung der Juso-AG zur „informellen sozialistischen Fraktion“ haben sich die in einer Integrationspartei selbstverständlichen zentrifugalen Kräfte verstärkt.⁷⁰²

Interessant ist, welche Anzeichen Arend dafür erkennt, daß die innerparteiliche Opposition nach dem Regierungseintritt den Kurs der SPD zumindest partiell beeinflussen konnte:

- ▶ Ablehnung der 1966 in Bonn gebildeten Großen Koalition durch jedes fünfte Mitglied der Parteiführungsgremien, nahezu jeden dritten Bundestagsabgeordneten, beinahe jeden zweiten Delegierten des Nürnberger Parteitages von 1968, etwa ein Drittel der 22 Landes- bzw. Bezirksverbände sowie zahlreiche Unterbezirksparteitage und Ortsvereinsversammlungen
- ▶ Ablehnung des von den Koalitionspartnern CDU/CSU und SPD geschlossenen Kompromisses hinsichtlich einer Notstandsregelung durch jeden vierten Bundestagsabgeordneten, nahezu jeden dritten Delegierten des Nürnberger Parteitages, fast einhellige Voten von Untergliederungen - u.a. des Bezirks Hessen-Süd
- ▶ Verhinderung der in der Regierungserklärung der Großen Koalition angekündigten Wahlrechtsreform durch mehr als die Hälfte aller Landes- und Bezirksverbände

1973 blieb es nicht bei der vom Parteivorstand geplanten Fortsetzung der in den Jahren 1968 und 1970 begonnenen sukzessiven „Öffnung nach links“. Dem „linken Flügel“ gelang es vielmehr, im personalpolitischen Bündnis mit der „Partei-Mitte“ ungefähr ein Drittel der Vorstandssitze mit Politikern seines Vertrauens zu besetzen und damit erstmals eine seiner innerparteilichen Bedeutung in etwa entsprechende Vertretung im Bundesvorstand zu erreichen. In acht der 22 Landes- bzw. Bezirksverbänden wurden im Untersuchungszeitraum Vorsitzende gewählt, die als - mehr oder weniger weit - „links“ von ihren Vorgängern stehend betrachtet wurden. Anfang des Jahres 1973 waren nahezu 40 Prozent der Landes- bzw. Bezirksvorsitzenden der „linken Mitte“ bzw. dem „linken Flügel“ der SPD zuzuordnen.⁷⁰³

Arend stellte auch fest, daß das Ausmaß innerparteilicher Opposition nicht nur vom Gegenstand der Auseinandersetzung abhing, sondern auch von der Region. Bereits vor dem

⁷⁰² Die Frage der Jungsozialisten als „Partei in der Partei“ problematisieren aus Sicht der SPD Wolf-Dieter Narr, Hermann Scheer und Dieter Spöri in: SPD - Staatspartei oder Reformpartei?, IV. Kapitel: Die Herausforderung durch die Jungsozialisten, S. 125-146, München 1976.

⁷⁰³ Arend 186-190

Funktionswechsel der SPD im Regierungssystem bildeten der Landesverband Schleswig-Holstein und der Bezirk Hessen-Süd regionale Schwerpunkte innerparteilicher Opposition. Zu den Bezirken mit einer starken innerparteilichen Opposition zählte er auch die baden-württembergische SPD.⁷⁰⁴

Das Allensbacher Institut führte in den Jahren 1971 bis 1973 einige Umfragen zum Einfluß der Jungsozialisten in der SPD durch. Im April 1973 meinten immerhin 44 Prozent der Befragten, die Jungsozialisten hätten einen großen Einfluß auf die Politik der SPD, während 29 Prozent der Befragten dies verneinten. 34 Prozent waren der Meinung, die Parteiführung gebe den linken Gruppen zuviel nach, 31 Prozent hielten diesen Vorwurf für unrechtmäßig. Die Pläne der Jungsozialisten, höhere Einkommen kräftig zu besteuern, sorgten damals für lebhaftere Diskussionen. 43 Prozent der Befragten lehnten diese Pläne ab, nur 17 Prozent waren dafür. Bei der SPD betrug die Ablehnung nur 33 : 30, während diese bei CDU/CSU-Anhängern mit 56 : 8 viel deutlicher ausfiel.⁷⁰⁵

Ein anderes Problem dieser für die SPD neuen Art der Programmdiskussion lag darin, daß die Parteiführung nicht in der Lage war, aus den verschiedenen Fachpolitiken ein schlüssiges Gesamtkonzept zu formen. Politiker, die bestimmte Themenfelder bearbeiten, neigen allgemein dazu, nicht genügend auf die Durchsetzbarkeit ihrer Ideen unter machtpolitischen und finanziellen Aspekten zu achten. Es hätte einer starken Macht innerhalb der Partei bedurft, die unterschiedlichen Klientelinteressen unter das Dach einer allgemein akzeptierten Gesamtstrategie zu zwingen. Daran hat es in der SPD gemangelt.⁷⁰⁶

Viele neue Mitglieder übersahen, daß die von ihnen diskutierten Probleme wie die Reform der Hochschulen zwar Studenten, Hochschulen und die Fachleute im Landtag interessierten, nicht aber die traditionellen Mitglieder und Wähler der SPD. Die Folge war, daß die alten Mitglieder den neuen „Fachidioten“ ohne Stallgeruch mißtrauten.⁷⁰⁷ Eine typische Begegnung zwischen diesen beiden SPD-Generationen hat der Journalist Manfred Thier am Rande der historischen SPD-Delegiertenversammlung 1968 in Kehl beobachtet: „Ein Delegierter, der ebenfalls für die Große Koalition gestimmt hatte, schimpfte über die Politologen und Soziologen der Tübinger, Heidelberger und Freiburger Delegationen: richtige

⁷⁰⁴ Ebd. 192

⁷⁰⁵ Allensbach (1974), S.309-311

⁷⁰⁶ Mann 289

Sektierer seien das, denen die Reinheit der Lehre wichtiger sei als die Möglichkeit, Politik zu machen. Ihm hielt ein anderer, eine Anti-Notstandsgesetz-Plakette am Jackett, entgegen, daß irgendwann einmal ein neuer Anfang gemacht werden müsse, und je eher, desto besser.⁷⁰⁸ Rolf Böhme beschrieb denselben Konflikt auf einer anderen, abstrahierten Ebene. Es seien zwei Biographien aufeinandergestoßen: die eine, geprägt von der Erfahrung, und die andere, beseelt vom Drang, die Verhältnisse zu verändern.⁷⁰⁹ Dies führte dann, so Conradi, zu nerven- und zeitraubenden Veranstaltungen auf jeder Parteebene. Die Diskussionen hätten sich bis 24 Uhr hingezogen. Ab 23 Uhr, wenn die Arbeiter nach Hause mußten, hätten dann die Jungen die Beschlüsse gefaßt. Auch wenn diese Darstellung natürlich vereinfacht sei, so könne man doch sagen, es habe Richtungskämpfe gegeben zwischen „jung und links“ auf der einen und „rechts, älter und konservativ“ auf der anderen Seite.⁷¹⁰

Einen ersten innerparteilichen Erfolg auf Landesebene erzielten die neuen Mitglieder auf der Delegiertenkonferenz im November 1965 in Heilbronn, als eine „Kleine Kommission“ zur Partiereform eingesetzt wurde, die ausschließlich mit Vertretern dieser Generation besetzt war: Michael Fülgraff (Mitglied des Landesvorstandes von 1964 bis 1968, später Präsident des Bundesgesundheitsamtes in Berlin), Peter Conradi (später Initiator des Tübinger Kreises, MdB seit 1972) und Heinz Rapp⁷¹¹ (Mitbegründer des Tübinger Kreises und ebenfalls Bundestagsabgeordneter seit 1972).⁷¹²

Die Landesdelegiertenkonferenz in Kehl stellte einen sehr wichtigen Einschnitt in der Geschichte der baden-württembergischen SPD dar. Aus zwei Gründen setzte sie einen Meilenstein hinsichtlich der politischen Neuorientierung der Mehrheit der Südwest-Genossen, zum einen, weil die neue Mehrheit ihren ersten großen Abstimmungserfolg erzielte, zum anderen, weil Kehl die Initialzündung für die innere Organisation der neuen Gruppierung war.⁷¹³ Im Vorfeld der Konferenz trafen sich jüngere SPD-Mitglieder, in ihrer Mehrzahl Akademiker, mit Gewerkschaftern, um die Strategie für die Delegiertenkonferenz in Kehl abzusprechen. Sie wollten dort für den Austritt aus der Regierung stimmen, waren aber von

⁷⁰⁷ Ebd. 290

⁷⁰⁸ Stuttgarter Zeitung v. 20.5.68

⁷⁰⁹ Böhme (1998)

⁷¹⁰ Conradi (1998)

⁷¹¹ Heinz Rapp kam beruflich von der Bundesbank und gehörte von 1972 bis 1987 dem Deutschen Bundestag an. Er war Mitglied der Grundwerte- und Programmkommission der SPD und im Zentralkomitee der deutschen Katholiken. (Rapp (I) 69)

⁷¹² Mann 290

ihrem Sieg keineswegs überzeugt.⁷¹⁴ Ihr Ziel war eine Alternative zum Landesvorstand und zur Landtagsfraktion. In Kehl errangen sie dann, selbst für den Kern des Widerstands gegen die Etablierten überraschend, den Sieg.⁷¹⁵

Es war jedoch erst die Entscheidung der Landtagsfraktion am 10. Juni 1968, dem Beschluß von Kehl nicht zu folgen und die Große Koalition fortzusetzen, die den Unmut unter den jungen Linken so verstärkte, daß sich diese in einer eigenen Gruppierung zusammenfanden. Peter Conradi (Stuttgart), Alfred Braun (Tübingen) und Fritz Scharpf (Konstanz) luden interessierte Sozialdemokraten ein, gemeinsam über die Zukunft der SPD in Baden-Württemberg nachzudenken. In ihrem Schreiben, das vom 1. Juli 1968 datiert, hieß es: „Im Mittelpunkt dieser Diskussion steht nicht mehr die Frage nach der Regierungsbildung in Baden-Württemberg allein, hinzu kommen die Fragen nach dem zukünftigen politischen Standort der Partei und nach ihrer innerparteilichen demokratischen Struktur.“⁷¹⁶ Der geschäftsführende Vorsitzende Erwin Schoettle sprach in einem Antwortschreiben an die Initiatoren von einem „Konventikel“.⁷¹⁷

Am 31. August 1968 traf sich das erste Mal eine größere Zahl überwiegend jüngerer SPD-Mitglieder in Tübingen. Sie stammten vor allem aus den Universitätsstädten Freiburg, Heidelberg, Karlsruhe, Konstanz, Mannheim, Stuttgart und Tübingen. Der „Tübinger Kreis“, wie er seitdem hieß, wurde im Zeitraum zwischen den Parteitag der Jahre 1968 und 1973 schrittweise zur beherrschenden Gruppe in der SPD. Mit der Wahl von Erhard Eppler zum Parteivorsitzenden übernahm sie auch nach außen dokumentiert die Vorherrschaft in der Südwest-SPD.⁷¹⁸

Die Tübinger waren von der Vorstellung geprägt, daß der SPD die innerparteiliche Demokratie abhanden gekommen sei. In ihrem Schreiben, das sie von Tübingen aus am 31. August 1968 an viele Genossen im Land verschickten, fand sich ein Satz, der auch als ihr Motto bezeichnet werden könnte: „Eine Partei der Reform kann nicht auf die Reform der

⁷¹³ Siehe dazu das Kapitel „Die Landesdelegiertenkonferenz in Kehl und ihre dramatischen Folgen“

⁷¹⁴ Müller-Rommel 111

⁷¹⁵ Siehe Kapitel „Kehl 1968“

⁷¹⁶ Mann 292; Dokumentation Conradi

⁷¹⁷ Brief von Erwin Schoettle v. 25.7.68

⁷¹⁸ Hahn (1971). Im Herbst 1970 waren in der Adressenkartei des Tübinger Kreises etwa 700 Parteimitglieder registriert. Ihr politisches Gewicht gewann diese an sich nicht hohe Zahl dadurch, daß es sich zum größten Teil um sehr aktive, auf Parteitagern erfahrene Mitglieder handelte.

Partei verzichten.⁷¹⁹ Zu den 15 Unterzeichnern zählten Rolf Böhme (Freiburg), Alfred Braun (Tübingen), Peter Conradi (Stuttgart), Werner Gessler (Freiburg), Ulrich Lang (Michelbach), Christof Müller-Wirth (Karlsruhe), Harald B. Schäfer (Eppelheim), Fritz Scharpf (Konstanz)⁷²⁰, Hans-Martin Sempendörfer (Weikersheim), Ernst Ulrich von Weizsäcker (Freiburg)⁷²¹ und Karl P. Wettstein (Plankstadt).⁷²²

Wenn er es heute auch sehr viel differenzierter sehe, so waren für die Jungen, wie sich Ulrich Lang erinnert, die SPD-Minister im Kabinett der Großen Koalition damals alle Exponenten dieser aus der Sicht der Jugend „demokratiefeindlichen“ innerparteilichen Politik.⁷²³ Doch auch die Tübinger strebten nicht nur nach dem hehren Ziel von mehr Demokratie in der Partei. Sie hatten immer auch die innerparteiliche Macht im Auge. Wer bestimmte Ziele, und wenn auch nur organisationspolitischer Art, erreichen wolle, müsse um Führungspositionen kämpfen - eine Strategie, die selbstverständlich jede Mehrheits- oder Minderheitsgruppe in einer Partei praktiziere, schrieb Mann, der dem Tübinger Kreis nahestand. Im Jahr 1968, als der pragmatisch orientierte Heinz Bühringer auf dem Mannheimer Landesparteitag zum Vorsitzenden gewählt wurde, schafften einige Mitglieder des Tübinger Kreises, die eher dem linken Flügel zugerechnet wurden, die Wahl in den Vorstand: Peter Conradi, Erhard Eppler, Harald B. Schäfer, Ernst v. Weizsäcker und Peter Zoller.⁷²⁴

⁷¹⁹ Schreiben des Tübinger Kreises v. 31.8.68

⁷²⁰ Prof. Dr. Fritz W. Scharpf wurde in den siebziger Jahren Mitglied der Sachverständigenkommission zur Länderneugliederung. (Ernst 71)

⁷²¹ Ernst-Ulrich von Weizsäcker wurde am 25. Juni 1939 in Zürich als Sohn des berühmten Physikers und Philosophen Carl Friedrich von Weizsäcker geboren. Sein Urgroßvater war in Stuttgart unter König Wilhelm II. Ministerpräsident, sein Onkel Richard Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland. Ernst-Ulrich wuchs in Berlin, Straßburg und Göttingen auf. Er studierte Chemie und Physik in Hamburg, worauf sich in den Jahren 1966 bis 1969 ein Promotionsstudium Biologie in Freiburg anschloß. In dieser Zeit fuhr er als Mitglied des Landesvorstandes der SPD regelmäßig zu dessen Sitzungen nach Stuttgart und war einer der schärfsten Widersacher von Walter Krause. Von 1969 bis 1972 war von Weizsäcker wissenschaftlicher Referent der Evangelischen Studiengemeinschaft Heidelberg, von 1972 bis 1975 ordentlicher Professor für Biologie an der Universität Essen, von 1975 bis 1980 Präsident der Universität Kassel, von 1981 bis 1984 Direktor am UNO-Zentrum für Wissenschaft und Technologie New York, von 1984 bis 1991 Direktor des Instituts für Europäische Umweltpolitik und seit 1991 Präsident des Instituts für Klima, Umwelt, Energie in Wuppertal. Von 1988 bis 1991 war er Vorsitzender des Club of Rome. Seine politische Laufbahn begann er 1965 im AStA der Universität Hamburg. 1966 trat er in die SPD ein, war von 1966 bis 1968 Vorsitzender der Freiburger Jungsozialisten und von 1968 bis 1972 Mitglied im Landesvorstand der SPD Baden-Württemberg. 1998 zog er in den Deutschen Bundestag ein. (Munzinger 13/98; Stuttgarter Zeitung v. 25.9.98; Internet: <http://www.bundestag.de>)

⁷²² Schreiben des Tübinger Kreises v. 31.8.68 - Karl-Peter Wettstein (SPD) (geb. 1940) gehört dem baden-württembergischen Landtag seit 1972 an. 1960 war er Mitbegründer des Sozialdemokratischen Hochschulbundes. (Landtag (1960) 81)

⁷²³ Ulrich Lang (1998)

⁷²⁴ Mann 294 - Die Wahlen fanden am 1.11.1968 statt.

Die „Tübinger“ wollten die Gesellschaft demokratisieren, zunächst aber die Partei selbst. Dafür empfanden manche wie Eppler Sympathie.⁷²⁵ Ulrich Lang beschrieb die Strategie der Tübinger, die ganz untypisch für die SPD zur damaligen Zeit gewesen sei: Man habe sich nicht in erster Linie bei regulären Parteiveranstaltungen der Basis engagiert, sondern sich mit anderen, gleichgesinnten, parteitagserfahrenen Leuten getroffen, um Parteitage durch Absprachen vorzubereiten. Auf diesen Delegiertentreffen habe man dann zunächst eine Debatte um die Zusammensetzung des Präsidiums angestoßen und Diskussionen um die Tagesordnung regelrecht vom Zaun gebrochen, um zu zeigen, daß es sich dabei um demokratische Akte handle. Dies sei für das parteipolitische Innenleben eine Revolution gewesen.⁷²⁶

In der Folge perfektionierten die Tübinger das System der innerparteilichen Machtergreifung. Ulrich Lang erzählte, nach Kehl habe es keinen Parteitag mehr gegeben, auf dem die Delegierten die Tübinger nicht als wichtigen Machtfaktor beachtet hätten.⁷²⁷ Durch Absprachen versuchten sie, ihre Kandidaten durchzubringen. Das Pendeln der Emissäre zwischen den Parteiflügeln gehörte fortan zu den Ritualen von Wahlparteitagen. Für Heinz Bühringer war diese Fraktionierung der Anfang vom Ende einer in sich geschlossenen Partei. Als er auf einem Treffen der SPD-Landeschefs in der Wohnung von Willy Brandt auf das Problem dieser Gruppenbildung hingewiesen habe, habe ihn Willy Brandt in der anschließenden Diskussion im Regen stehen lassen. Der damalige Bundeskanzler und Parteivorsitzende war mit dieser parteiinternen Entwicklung offensichtlich einverstanden, nicht zuletzt weil er selbst auf diese Weise Karriere gemacht hatte. Ohne die Verbindung zum Ernst-Reuter-Arbeitskreis in Berlin wäre Brandt nicht Parlamentspräsident geworden. Ohne diese Funktion wäre er wiederum nicht Landeschef und damit auch nicht Bundesvorsitzender geworden. Ohne den Ernst-Reuter-Arbeitskreis, so seine Schlußfolgerung, gäbe es also keinen Kanzler Brandt. Also, was wollt ihr? lautete das für Bühringer ernüchternde Fazit. Für Bühringer war diese Zustimmung des Parteivorsitzenden zur Fraktionierung der SPD ein entscheidender Grund, 1973 nicht mehr als Parteivorsitzender zu kandidieren.⁷²⁸

⁷²⁵ „Dafür war ich, in Grenzen, zu haben.“ (Eppler (1996) 131)

⁷²⁶ Ulrich Lang (1998)

⁷²⁷ Ebd. Dies führte nach der Beobachtung von Ulrich Lang in der Folge dazu, daß sich „alle möglichen Leute“ plötzlich zum Tübinger Kreis zählten, weil sie dies für ihre Karriere für förderlich hielten.

⁷²⁸ Bühringer (1996)

Die Mittel, mit denen die „Tübinger“ das Meinungsbild der Partei zu prägen versuchten, waren nicht immer ganz korrekt. Neben ausufernden Geschäftsordnungsdiskussionen war die Arbeit in sogenannten Arbeitskreisen eine ihrer beliebtesten Taktiken. Der kulturpolitische Arbeitskreis zum Beispiel tagte hin und wieder mit nur einer Person, nämlich mit Peter Conradi. Bühringer bezeichnete ein solches Verhalten als nahe an der Manipulation gelegen. Er glaube nicht, so Bühringer, daß Taktieren allein schon Politik sei.⁷²⁹

Erhard Eppler differenzierte zwischen den „68ern“ und den „Rotkehlchen“ (der in Kehl siegreichen Gruppierung), die politisch dieselbe Zielrichtung verfolgten wie die „Tübinger“. Die „Rotkehlchen“ charakterisierte er als eine Bewegung, die nicht mehr aus den Gewerkschaften gekommen sei, aber „so schrecklich intellektuell“ seien sie nun auch wieder nicht gewesen. Er verwies auf „interessante Leute“, die aus dem Tübinger Kreis hervorgegangen seien und keineswegs nur intellektuelle Politik gemacht hätten, beispielsweise Rolf Böhme, heute Oberbürgermeister in Freiburg, oder Heinz Rapp, finanz- und wirtschaftspolitischer Sprecher in Bonn. Der Tübinger Kreis habe eine ganze Reihe von politischen Begabungen hervorgebracht. Kein Landesverband hatte damals nach Ansicht Epplers so viele, für verschiedene politische Tätigkeitsfelder brauchbare Leute nach Bonn geschickt wie der Landesverband Baden-Württemberg.⁷³⁰

Die „Rotkehlchen“ seien keine intellektuelle Spielerei gewesen wie die 68er, es seien keine Soziologen, die da aufgetreten seien, sondern junge, stark linksliberale Politiker, im Grunde gar nicht dogmatisch-marxistisch, sondern radikal-demokratische Gruppierungen, die eigentlich ganz gut in das Bild des Landes gepaßt hätten.⁷³¹ Er hielt die These für richtig, daß Kehl 1968 ein entscheidender Meilenstein in der Geschichte der SPD war, der eine Richtungsänderung markiert habe. Aber Kehl sei mitnichten der Durchbruch der „68er“ gewesen. Die „68er“ waren für ihn in der Mehrzahl junge, linke Studenten, zu den „Rotkehlchen“ gehörten dagegen auch schon etwas ältere, gestandene Leute, die sich für eine Öffnung und Demokratisierung ihrer Partei einsetzten und für eine größere Unabhängigkeit von den Gewerkschaften. Sie hätten gegen die Notstandsgesetze und den Radikalenerlaß gekämpft, nicht weil sie darunter gefallen wären wie die 68er, sondern aus grundsätzlichen Erwägungen. Weiter sagte der Mann, den viele als die Galionsfigur der neuen Bewegung

⁷²⁹ Ebd.

⁷³⁰ Eppler (1997)

⁷³¹ Ebd.

betrachteten: „Es war ein richtiger Aufbruch. Ich selber war daran aber nicht beteiligt. Ich habe ihn nicht gemacht. Aber er hat mich dann nachher zum Landesvorsitzenden gemacht.“⁷³² An anderer Stelle bekannte Erhard Eppler, den viele, zum Beispiel auch Helmut Schmidt, für eine der Leitfiguren der in die SPD integrierten 68er-Bewegung hielten: „Ich war nie in Versuchung, ein Achtundsechziger zu werden.“⁷³³

Die Delegierten aus den Universitätsstädten gaben der SPD, so sieht es der frühere Wirtschaftsminister Hans-Otto Schwarz, einen kräftigen Linksruck. Der stand und stehe in „krassem Widerspruch“ zur Mehrheit der baden-württembergischen Bevölkerung. Ein Handwerker habe sich in der SPD schon nicht mehr sehen lassen können, er sei angefeindet worden, empörte sich Schwarz über die Veränderungen seiner Partei Anfang der siebziger Jahre. Die SPD sei verakademisiert worden, die „Lehrer und Pfarrer“ hätten seit dieser Zeit das Sagen gehabt.⁷³⁴

Als Beispiel für das neue Erscheinungsbild der SPD bezeichnete Heinz Bühringer die Vorgänge rund um den Schah-Besuch in Heidelberg. Damals kam es zu Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und den Demonstranten. Daraufhin forderte der Kreisvorstand der Stuttgarter SPD den Rücktritt von Innenminister Walter Krause und Justizminister Rudolf Schieler, ohne mit den beiden Sozialdemokraten gesprochen zu haben. Diese Rücktrittsforderung wurde zudem mit einer Pressemitteilung publik gemacht. Als der damalige SPD-Landesvorsitzende Bühringer den Drahtzieher hinter den Stuttgarter SPD-Kulissen, Peter Conradi, fragte, warum er dies getan habe, habe er geantwortet, Krause und Schieler hätten sie ja auch nicht gefragt, bevor sie die Polizei eingesetzt hätten. Außerdem habe er gedroht, wenn sie mit ihrem Antrag nicht durchkämen, bedeute dies die Spaltung der Partei. Darauf stellte Bühringer die Gegenfrage, ob dann für Conradi noch Platz in der Partei sei.⁷³⁵

In der darauffolgenden Sitzung des Landesvorstands seien Krause und Schieler, so berichtete es Bühringer, drei Stunden ins Kreuzverhör genommen worden. Anschließend wollten

⁷³² Eppler (1997). Er berichtete, daß nach dem Rückzug Bühringers zunächst auch Ehmke für den Landesvorsitz im Gespräch gewesen sei, dann aber doch er aufs Schild gehoben worden sei, vielleicht weil er zuverlässiger gewirkt habe.

⁷³³ Eppler (1996) 72

⁷³⁴ Schwarz (1996)

⁷³⁵ Bühringer (1996)

Conradi und seine Gefolgsleute nicht über den Antrag zum Rücktritt abstimmen lassen, denn sie befürchteten angesichts der Mehrheitsverhältnisse eine Niederlage. Das brachte Bühringer vollends in Rage. Der setzte dann doch eine Abstimmung durch, die klar zugunsten von Krause und Schieler ausging - 19:2 gegen die Rücktrittsforderungen. Peter Conradi und Ernst-Ulrich von Weizsäcker blieben damals isoliert.⁷³⁶

In der Partei kam es im Laufe dieser Umbruchjahre dennoch zum Durchmarsch der Tübinger. 1969 schafften zwar nur drei von ihnen den Sprung in den Bundestag: Erhard Eppler, Horst Ehmke⁷³⁷ und Volker Hauff.⁷³⁸ 1972 waren von den 28 sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten aus Baden-Württemberg schon zehn Tübinger: Rolf Böhme, Peter Conradi, Herta Däubler-Gmelin,⁷³⁹ Horst Ehmke, Erhard Eppler, Volker Hauff, Gunter Huonker,⁷⁴⁰ Heinz Rapp, Harald B. Schäfer und Hans-Martin Simpfendörfer. Außerdem schafften es die Tübinger, Schlüsselgremien wie den Ausschuß für organisationspolitische Fragen mit ihren Leuten zu besetzen.⁷⁴¹

Für den Nominierungsparteitag dachten sich die „Tübinger“ etwas aus, was damals als ungeheuerlich empfunden wurde: ein sogenannter Kandidatenspiegel.⁷⁴² Dem lag die Idee zugrunde, den Delegierten auch unbekanntere Kandidaten für die Listenplätze zur Bundestagswahl näher vorzustellen. 15 Sozialdemokraten, unter ihnen Rolf Böhme, Peter Con-

⁷³⁶ Oberbürgermeister Rolf Böhme erinnerte sich mit einem Schmunzeln daran, daß er als junger Mann in seinem Ortsverein ein paar Mal den Rücktritt von Walter Krause gefordert habe. (Böhme (1998))

⁷³⁷ Horst Ehmke (geb. 1927) (SPD) wurde 1960 Privatdozent in Bonn, 1961 außerordentlicher Professor, 1963 Ordinarius für Öffentliches Recht in Freiburg und 1966 Dekan der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät. Seine politische Laufbahn begann er 1967 als Staatssekretär im Bundesjustizministerium. 1969 übernahm er kurzzeitig die Leitung dieses Ressorts, bevor er von 1969 bis 1972 als Chef des Bundeskanzleramtes und Bundesminister für besondere Aufgaben tätig war. Von 1972 bis 1974 war er Bundesminister für Forschung und Technologie sowie für das Post- und Fernmeldewesen. Dem Deutschen Bundestag gehörte er von 1969 bis 1994 an. (Auskunft des Deutschen Bundestages vom 7.6.98; Stiftung 130)

⁷³⁸ Volker Hauff (geb. 1940) (SPD) war von 1969 bis 1989 Mitglied des Deutschen Bundestages, von 1978 bis 1980 Minister für Forschung und Technologie, von 1980 bis 1982 Bundesverkehrsminister und von 1989 bis 1991 Oberbürgermeister von Frankfurt. (Munzinger 24/95)

⁷³⁹ Herta Däubler-Gmelin (geb. 1943) gehört dem Deutschen Bundestag seit 1972 an. Seit 1998 ist sie Bundesjustizministerin. Weitere Informationen im Kapitel „Kurzbiographien der befragten Zeitzeugen“ und im Internet unter folgenden Adressen: <http://www.bundestag.de> und unter <http://www.daeubler-gmelin.de>.

⁷⁴⁰ Gunter Huonker (geb. 1937) war von 1972 bis 1994 Mitglied des Deutschen Bundestages und von 1979 bis 1982 Staatsminister im Bundeskanzleramt. (Auskunft des Deutschen Bundestages vom 7.6.98). - Gunter Huonker gehörte zu den Abiturienten, die Erhard Eppler als junger Studienrat Mitte der fünfziger Jahre in Schwenningen unterrichtete. (Erhard Eppler (1996) 117). - Helmut Schmidt schrieb über ihn: „Er galt als Linker und war Erhard Eppler vertraut; beides hat mich nicht gestört, weil er doch standfest und zuverlässig war ...“. (Schmidt 494-495)

⁷⁴¹ Mann 295

⁷⁴² Auch in anderen Landesverbänden kam es 1969 häufiger zu Debatten zur Person, was bis dahin geradezu als unsittlich gegolten hatte. (Der Spiegel v. 7.7.69 S.34).

radi, Michael Fülgraff, Ulrich Lang, Harald B. Schäfer und Ernst Ulrich v. Weizsäcker starteten eine Umfrage unter Genossen im Land, in der sie die Kandidaten für den Bundestag nach elf Kriterien beurteilen ließen: Aufgeschlossenheit für neue Ideen, selbständig politisch denkend, zu erwartende Aktivität und mögliche Fachgebiete im Bundestag, Profilierung in der Partei und in der Öffentlichkeit, Öffentlichkeitsarbeit, rhetorische Fähigkeiten, Verhältnis zur jungen Generation, praktizierte innerparteiliche Demokratie, politischer Gesamteindruck. Ein weiteres Kriterium lautete (wohl nicht ganz erwartet): Humor.⁷⁴³

Natürlich kamen die politischen Favoriten der Tübinger bei diesem politischen Schaulaufen besonders gut weg. Aber nicht Erhard Eppler, sondern Horst Ehmke schnitt am besten ab. Die Profilierung des Staatssekretärs in der Partei wurde als „sehr gut“, die in der Öffentlichkeit als „noch besser“ beschrieben. Er sei witzig, urteilten die Juroren, und seine rhetorischen Fähigkeiten wurden als „fast beängstigend“ beschrieben. In puncto innerparteilicher Demokratie wurde ihm ein „bisher ja“ bescheinigt. Ehmke vermittelte den politischen Gesamteindruck eines „progressiven Technokraten mit Ambition und großer Zukunft.“ Hinsichtlich seiner Funktionen machte Ehmke dann aber doch nicht die ganz große, ihm prophezeite Karriere - im Gegensatz zu Erhard Eppler, der von den Tübingern zwar positiv, aber nicht überschwänglich bewertet wurde. Hinsichtlich der Aufgeschlossenheit für neue Ideen und selbständigem politischem Denken wurde ihm ein schlichtes „Ja“ bescheinigt, seine rhetorischen Fähigkeiten seien „gut“ und gegenüber der jungen Generation sei er „aufgeschlossen, ernsthaft, spröde“ und er könne zuhören. Insgesamt blieb Eppler, später so etwas wie die Ikone der jungen, linken Intellektuellen, in der Bewertung durch die „Tübinger“ hinter Ehmke zurück.⁷⁴⁴

Andere Kandidaten wie der eher rechte Gewerkschaftsfunktionär Ernst Haar⁷⁴⁵ wurden als „eher konservativer Taktiker“, Volker Hauff als „fortschrittlich, zukunftssträchtig“, Alex

⁷⁴³ „Tübinger“ Kandidatenspiegel 1969. Wirkt ein solcher Kandidatenspiegel auf den ersten Blick wie eine neuzeitliche Form der Gewissens-Inquisition, so zeigt die Beurteilung des „Humors“ bei den Kandidaten, daß die Initiatoren des Kandidatenspiegels nicht nur nach dem Humor fragten, sondern diesen auch besaßen. So wurde zum Beispiel der politische Gesamteindruck von Erhard Eppler als „Typ Heinemann“ beschrieben und sein Humor als „sparsam“.

⁷⁴⁴ „Tübinger“ Kandidatenspiegel 1969

⁷⁴⁵ Ernst Haar (geb. 1925) (SPD) war von 1979 bis 1988 Vorsitzender der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands (GdED). Von 1965 bis 1990 gehörte er dem Deutschen Bundestag an. (Munzinger 47/89)

Möller als „tüchtig, im Bundestag unentbehrlich“, der spätere Minister Rainer Offergeld⁷⁴⁶ als „entwicklungsfähig“, Staatssekretär Friedrich Schäfer⁷⁴⁷ als „guter Fachmann und Bürokrat“ und Erwin Schoettle als „mehr vergangenheits- als zukunftsorientiert“ beschrieben.⁷⁴⁸

Auch bei der Aufstellung der Kandidaten für die Landtagswahl 1972 erzielten die Tübinger personelle Erfolge. Ein Indiz waren die sozio-strukturellen Veränderungen unter den Mitgliedern der baden-württembergischen Landtagsfraktion nach 1972. Der Anteil an Betriebsräten und Gewerkschaftssekretären, die traditionell zum „Mitte-Rechts-Flügel“ der Partei zählten, ging sichtbar zurück, während es immer mehr Abgeordnete mit abgeschlossenem Universitätsstudium gab. Die meisten von ihnen waren im Tübinger Kreis organisiert.⁷⁴⁹

Gerhard Noller hat diese Veränderungen analysiert. Er untersuchte die Berufe der SPD-Abgeordneten in baden-württembergischen Landtagen zwischen 1952 und 1976. Noller unterschied dabei vier Berufsgruppen: gehobene Berufe, Universitätsbildung, Berufe im vorpolitischen Raum und andere Berufe. Die Bezeichnung „Berufe im vorpolitischen Raum“ erfaßte Betriebsräte, Gewerkschaftssekretäre, Angestellte der Arbeiterwohlfahrt und Berufe aus ähnlichen Bereichen. Unter „gehobenen Berufen“ subsumierte er Bürgermeister, Verwaltungsangestellte, Lehrer und sonstige Absolventen mit gehobenem Abschluß zusammen, unter „Universitätsgebildet“ Berufe mit abgeschlossenem Universitätsstudium. Unter „Andere“ waren Hausfrauen, Arbeitnehmer und Selbständige, soweit sie nicht zu den anderen Gruppen gehörten, erfaßt. Gemäß diesen Kategorien ergaben sich folgende Zuordnungen der Landtagsabgeordneten:⁷⁵⁰

⁷⁴⁶ Rainer Offergeld (geb. 1937) war von 1969 bis 1984 Abgeordneter im Deutschen Bundestag, von 1978 bis 1982 Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und von 1983 bis 1995 Oberbürgermeister von Lörach. (Munzinger 6/95)

⁷⁴⁷ Friedrich Schäfer (1915-1988) (SPD) war von 1957 bis 1980 Mitglied im Deutschen Bundestag und von 1969 bis 1976 Vorsitzender des Innenausschusses. (Munzinger 41/88)

⁷⁴⁸ „Tübinger“ Kandidatenspiegel 1969

⁷⁴⁹ Müller-Rommel 117

⁷⁵⁰ Noller (1977) 30-31

Wahl	Berufe im vorpolitischen Raum	Gehobene Berufe	Universitätsbildung	Andere Berufe	Insgesamt
1952	6	13	7	12	38
1956	6	13	10	7	36
1960	7	16	11	10	44
1964	14	17	7	9	47
1968	12	13	9	3	37
1972	6	13	24	2	45
1976	4	9	25	3	41

Diese Übersicht zeigt deutlich, wie schnell die Abgeordneten mit Universitätsabschluß innerhalb der SPD zur bestimmenden Gruppe wurden. Alte Abgeordnete verließen das Parlament, jüngere rückten nach. 1972 kamen 22 SPD-Abgeordnete neu in den Landtag. Nach der Wahl 1976 gehörten nur noch zwölf von 41 Abgeordneten der SPD länger als vier Jahre dem Landtag an. Auch dieses Beispiel zeigt, daß sich die entscheidende Veränderung bei den SPD-Vertretern in den Parlamenten Anfang der siebziger Jahre vollzog. Da die Kandidaten für den Landtag von den Kreisdelegiertenkonferenzen aufgestellt wurden, war dies nur möglich, weil sich zuvor die Basis der Partei verändert hatte.⁷⁵¹

Die strukturellen Veränderungen innerhalb der (Bundes-)SPD belegen auch folgende Zahlen: Zwischen den Jahren 1961 und 1969 nahm der Anteil der Arbeiter in der SPD von 56,9 Prozent auf 39,6 Prozent ab, während zum Beispiel der Anteil der Angestellten von 13,3 auf 21,6 Prozent, der der Beamten von 8,3 auf 12,0 Prozent und der sogenannten „geistigen“ Berufe (einschließlich Studenten) von 3,2 auf 7,8 Prozent zunahm. Noch dramatischer sind die Entwicklungen bei den Jungsozialisten, auch wenn man berücksichtigt, daß eine jüngere Altersstruktur auch eine andere berufliche Struktur bedingt. So sind im

⁷⁵¹ Ebd. 31. Noller warf auch einen Blick auf die Bundestagsfraktion und sagte damals die Entwicklung in Bonn richtig voraus: „Wenn die Kritik gegen Regierung und Kanzler (Anm.: Helmut Schmidt) aus Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein nach der Bundestagswahl signalisiert, daß die neuen Leute in der SPD eine andere Fraktion und eine andere Regierung unter einem anderen Kanzler anstreben, dann sind diese dem Gesetz, unter dem sie angetreten sind, bis zur letzten Konsequenz und zu weiteren Wählerverlusten treu geblieben.“ Zwar handelt es sich um eine subjektive politische Wertung, aber es ist durchaus nachvollziehbar, wenn Noller behauptet, es sei letztlich die SPD-Linke gewesen, die durch Schmidts Demontage Helmut Kohl zum Kanzler gemacht hätte.

Jahre 1971 nur 24 Prozent der Jungsozialisten Arbeiter, dagegen 31 Prozent Angestellte, 22 Prozent Beamte und 11 Prozent Studenten.⁷⁵²

Die schleichende Machtergreifung des Tübinger Kreises setzte sich nach der Delegiertenkonferenz des Jahres 1968 in Kehl fort, obwohl noch im selben Jahr auf dem Wahlparteitag in Mannheim ein Vertreter des anderen Lagers Parteichef in Baden-Württemberg wurde. Heinz Bühringer setzte sich gegen Michael Fülgraff durch, einen führenden Kopf der Tübinger.⁷⁵³

Auf dem Parteitag am 24./25. Oktober 1970 in Offenburg wagten die Tübinger die offene Machtprobe, bei dem der Sprecher des Kreises, Peter Conradi, gegen den amtierenden Landesvorsitzenden Heinz Bühringer antrat. Es war das erste Mal in der Geschichte der SPD, daß ein amtierender Landesvorsitzender der SPD auf einem Parteitag einen Gegenkandidaten bekam. Conradi verlor zwar mit 146 zu 186 Stimmen. Das Ergebnis wurde jedoch als deutliches Warnsignal an das Parteiestablishment gewertet.⁷⁵⁴ Conradi erklärte in den Gesprächen mit dem Verfasser, er sei gegen den „Ziehsohn von Walter Krause“, einen „besonnenen Mann, keinen Revolutionär“ angetreten, um ein Zeichen zu setzen. Nie habe er damit gerechnet, die Abstimmung auch zu gewinnen. Er habe als der Gekolten, der die

⁷⁵² Eutebach 35 - Interessant wäre es, diese Veränderungen auf regionaler Ebene zu verifizieren. Ein Beispiel ist die SPD im Rems-Murr-Kreis (Das Archiv der SPD für die Jahre 1946-1979 befindet sich im Kreisarchiv des Landratsamtes (Bestand G1): Archivinventare des Rems-Murr-Kreises, Bd. 3, Findbuch für das Archiv des SPD-Kreisverbandes Rems-Murr 1946-1979, bearbeitet von Walter Wannewetsch, Waiblingen 1990 bzw. Die Bestände des Kreisarchivs Rems-Murr-Kreis, Übersicht, bearb. von Walter Wannewetsch (1998), Kreisarchiv Rems-Murr-Kreis, Mayenner Straße 8, 71332 Waiblingen, Nachlässe und Fremdprovenienzen (G- Bestände), G1 (SPD-Kreisverband Rems-Murr (1946-1979), 197 Büschel (8,0 lfdm)). - Im Sommer 1971 kam es zu Turbulenzen im Kreisverband, als der Kreisvorsitzende Heinz Bormann und fünf weitere Kreisvorstandsmitglieder im Juli von ihren Ämtern zurücktraten. Der Anlaß war die Nominierung des Zweitkandidaten für die Landtagswahl 1972 hinter dem Spitzenkandidaten Heinz Bühringer. Heinz Bormann, seit 1960 Erster Bevollmächtigter der IG Metall und Exponent des linken Flügels unterlag im zweiten Wahlgang mit 33:38 Stimmen seinem Gegenkandidaten Manfred Pfander vom rechten Flügel. Die siegreiche Gruppe argumentierte, das Gespann Bühringer/Pfander wirke auf den Wähler homogener. (Schorndorfer Nachrichten v. 5.7.71) Heinz Bühringer hielt sich in dieser Auseinandersetzung öffentlich zurück, es bestand jedoch kein Zweifel, daß es seine Hausmacht war, die Pfander zum Sieg verhalf. (Stuttgarter Nachrichten v. 5.7.71, Stuttgarter Zeitung v. 5.7.71). Wie wenig man aus einem solchen Einzelfall auf generelle Machtverhältnisse zwischen Links und Rechts in der SPD schließen kann, läßt sich schon daran ablesen, daß die Kreisdelegiertenkonferenz mit 55 von 66 Stimmen den Stadtoberinspektor Rainer Brechtken (seit 1980 Mitglied des Landtages für den Wahlkreis Waiblingen, 1996 erfolgloser OB-Kandidat in Stuttgart) zum neuen Kreisvorsitzenden wählte. Brechtken galt als „gemäßigter Links-Matador“. (Stuttgarter Nachrichten v. 13.9.71, Schorndorfer Nachrichten v. 13.9.71).

⁷⁵³ Fülgraff war promovierter Chemiker, Stadtrat in Freiburg und wurde später Chef des Bundesgesundheitsamtes.

⁷⁵⁴ Mann 295. Conradi verlor auch deshalb, weil die Tübinger auf dem Parteitag ungeschickt taktierten und sich bei der Aufstellung der Liste für die Bundestagswahl 1968 viele Feinde gemacht hatten.

Partei aufmischen und nach vorne bringen könne, Bühringer dagegen haben bei den Linken den Ruf des „Buchhalters“ gehabt.⁷⁵⁵

Im Vorfeld des Offenburger Parteitags hatten die Tübinger ein „25-Punkte-Programm“ (auch „Blaues Papier“ genannt) erarbeitet, in dem, wie Roland Hahn feststellte, ansatzweise Tendenzen zur Überwindung und/oder Beseitigung des marktwirtschaftlichen Prinzips zugunsten gesellschaftlicher Produktions- und Eigentumsformen feststellbar gewesen seien. Als Beispiele nannte Hahn das Verbot der Arzneimittelwerbung, die Einrichtung von Bauunternehmen der öffentlichen Hand, das Verbot der Reprivatisierung der durch öffentliche Hände sanierten Wohngebiete, die Bejahung der Kommunalisierung von Grund und Boden und die Bekämpfung des Maklergewerbes durch die Einrichtung kommunaler Wohnungsvermittlungsbüros.⁷⁵⁶ Dieses Papier zeigte deutlich, worum es den Tübingern eigentlich ging, nämlich um die Bundespolitik. Bonn, nicht Stuttgart, war das Ziel ihrer politischen Karriereträume. Einige Parteirechte vermuteten deshalb nicht zu Unrecht, daß diese Forderungen einigen Tübingern nur dazu dienten, ihre Kandidatur für die Bundestagswahl 1972 zu legitimieren.⁷⁵⁷

Bühringer kritisierte das von den Tübingern eingeführte und später perfektionierte innerparteiliche System der Machtgewinnung und des Machterhalts. Bühringer sprach von einem sich selbst ernährenden Kreis. Attraktive Posten würden durch den Landesvorstand, maßgeblich bestimmt durch den Vorsitzenden, vergeben. Ein Beispiel für dieses in sich geschlossene System sei die Nominierung der Bundestagskandidaten gewesen. Da nur wenige baden-württembergische SPD-Abgeordnete überhaupt eine Chance hatten, ihren Wahlkreis direkt zu gewinnen, kam der Aufstellung der Landesliste eine überragende Bedeutung zu. Nur wer gut plazierte sei, so Bühringer, habe reelle Chancen, in den Bundestag einzuziehen. Die letzten Nominierungsparteitage der SPD hätten gezeigt, daß die Delegiertenversammlung nur in ganz wenigen Fällen vom Vorschlag des Landesvorstands abweiche.⁷⁵⁸ Offiziell werde die Liste, die den Delegierten vorgelegt werde, zwar vom Landesvorstand beschlossen, bestimmt werde sie jedoch maßgeblich vom Vorsitzenden. Bühr-

⁷⁵⁵ Conradi (1998). Conradi erzählt von einer kleinen Begebenheit am Rande: Als sie beide oben auf dem Präsidium auf das Abstimmungsergebnis warteten, zog Bühringer einen Flachmann heraus, und sie tranken gemeinsam einen Schnaps, um die Aufregung zu bekämpfen.

⁷⁵⁶ Müller-Rommel 114

⁷⁵⁷ Ebd. 115

⁷⁵⁸ Bei der Bundestagswahl 1994 wurde die Liste des Landesvorstands sogar in keinem einzigen Fall geändert.

ringer folgerte daraus: SPD-Bundestagsabgeordnete und solche, die es werden wollen, müßten sich vor allem mit dem Landesvorsitzenden gut stellen. Der wiederum schaffe sich durch diese Abhängigkeiten eine sichere Basis in der Funktionärsriege.⁷⁵⁹

Auch Hans Apel beschrieb die speziellen Auswirkungen des baden-württembergischen Wahlrechts. Da die SPD-Landtagsabgeordneten fast ausschließlich über die Liste ins Parlament kämen, werde hart um das politische Überleben gekämpft. Die Sozialdemokraten im Land bezeichneten diese Auseinandersetzung selbst als „Sozialdarwinismus.“⁷⁶⁰

Im Jahr nach dem Ausscheiden der SPD aus der Regierungsverantwortung in Baden-Württemberg übernahm der Tübinger Kreis endgültig die Macht in Baden-Württemberg. Heinz Bühringer, der dauernden Angriffe durch Parteifreunde müde, verzichtete auf eine erneute Kandidatur. Auf ihn folgte im Jahre 1973 Erhard Eppler. Er wurde getragen von einer breiten Mitte-Links-Koalition, bestehend aus dem Tübinger Kreis, der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA), den Jungsozialisten (mit Ulrich Maurer⁷⁶¹ und Hermann Scheer⁷⁶²) und der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF).⁷⁶³ Noller - und nicht nur er - sieht dieses Jahr 1973 als Jahr des Umschwungs in der SPD, von einem Kurs der Mitte hin zu einem Sammelbecken für Randgruppen.⁷⁶⁴

Nach diesen Erfolgen erhoben sich die ersten warnenden Stimmen aus den eigenen Reihen. So sahen die Jungsozialisten im Tübinger Kreis zunehmend eine Vereinigung zur gegenseitigen Karriereförderung. Volker Hauff sah die Gefahr, daß der von den „Tübingern“ früher für sich proklamierte Minderheitenschutz von ihnen selbst außer Kraft gesetzt wer-

⁷⁵⁹ Bühringer (1996)

⁷⁶⁰ Apel 458

⁷⁶¹ Ulrich Maurer (geb. 1948) gehört dem Landtag von Baden-Württemberg seit 1980 an. Seit 1992 ist er Vorsitzender der SPD-Fraktion. Von 1987 bis 1999 war er SPD-Landesvorsitzender. (Weik 81 und 141)

⁷⁶² Hermann Scheer (geb. 1944) trat 1965 in die SPD ein und gehört seit 1980 dem Deutschen Bundestag an. Er engagierte sich besonders in Fragen der Energiepolitik. Nach dem Abitur im Jahre 1964 in Berlin machte er von 1964 bis 1967 bei der Bundeswehr eine Ausbildung zum Offizier und war anschließend Leutnant. Von 1967 bis 1972 studierte er in Heidelberg und Berlin und promovierte zum Doktor der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. Von 1972 bis 1976 arbeitete er als wissenschaftlicher Assistent an der Universität Stuttgart und von 1976 bis 1980 als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Kernforschungszentrum Karlsruhe. 1988 wurde er Präsident der europäischen Sonnenenergie-Vereinigung Eurosolar. 1987 wurde er der Vertreter der Bundesrepublik Deutschland in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates und zugleich Vertreter in der Versammlung der Europäischen Union. Im Jahr 1994 wurde er im Deutschen Bundestag Vorsitzender des Ausschusses für Landwirtschaft und Regionalentwicklung. 1999 erhielt er den Alternativen Nobelpreis. (Munzinger 6/95; [http:// www.bundestag.de](http://www.bundestag.de))

⁷⁶³ Mann 296

⁷⁶⁴ Noller (1998)

de, da er der Aufrechterhaltung und Stabilisierung der eigenen Machtausübung nur hinderlich sei.⁷⁶⁵

Symptomatisch für die neuen Mehrheiten in der baden-württembergischen SPD war die schleichende Abwahl von Walter Hirrlinger, ehemals Minister, Fraktionsvorsitzender und stellvertretender Landesvorsitzender der SPD, aus den Gremien der Partei. Er erklärte sich in Kehl mit Krause solidarisch und trat von seinen Parteiämtern zurück. 1968 in Mannheim kandidierte er wieder und wurde in den Landesvorstand gewählt, allerdings nicht als stellvertretender Vorsitzender. 1975 wurde er endgültig aus allen Parteiämtern gewählt. Hirrlinger war der Ansicht, daß dies schon früher passiert wäre, wäre er nicht Minister gewesen und so einen gewissen Schutz genossen hätte. Die Partei konnte es sich nicht leisten, einen populären Minister aus ihrem Vorstand abzuwählen, ohne selbst größeren Schaden zu nehmen.⁷⁶⁶

Walter Hirrlinger, der knorrige Sozialminister und spätere VdK-Präsident (Verband der Kriegs- und Wehrdienstopfer, Behinderten und Sozialrentner), ging in den Gesprächen mit dem Autor mit den Tübingern hart ins Gericht. Er bescheinigte ihnen eine geringe Neigung zur Ausübung von Macht außerhalb der eigenen Partei. „Sie wollten einfach einen anderen Kurs fahren, auch auf die Gefahr hin, daß nichts zustandekommt.“ Es könne aber nur der etwas verändern, der die Macht besitze. Und die Macht bekomme man in einem demokratischen Staat nur über Mehrheiten. Und dafür müsse man Kompromisse eingehen. Genau diese logische Konsequenz sei den Tübingern nicht zu vermitteln gewesen. Für Eppler, den Protagonisten der neuen Bewegung, hatte und hat Hirrlinger nicht viel übrig. Der sei „schon immer ein Sektierer“ gewesen.⁷⁶⁷

Freiburgs Oberbürgermeister Rolf Böhme, einst selbst ein „Tübinger“, beschrieb, wie die Jungen von damals mit der Zeit vor demselben Problem standen wie die von ihnen einst verdrängten Etablierten. Auch die „Tübinger“ wollten später ihre Erfahrung mit aller Macht gegen das anstürmende Neue verteidigen. Er selbst habe dies besonders intensiv

⁷⁶⁴ Noller (1998)

⁷⁶⁵ Mann 296. Die Führungsgruppen in den politischen Parteien neigen allgemein dazu, sich von der Basis abzuheben, um als Oligarchie nur ihren eigenen Machterhalt zu sichern (Mann 299). Auch Peter Conradi (1998) stellte fest, daß die 68er heute in vielen Lebensbereichen ihre Macht mit Methoden absicherten, die sie früher nicht hingenommen hätten.

⁷⁶⁶ Hirrlinger (1997)

⁷⁶⁷ Ebd.

gespürt, als es Anfang der achtziger Jahre eine breite Strömung innerhalb der SPD gegeben habe, die den Bundeskanzler Helmut Schmidt ablösen und lieber in die Opposition gehen wollte. Er selbst habe dies als großen Fehler angesehen. Er habe die Meinung von Herbert Wehner⁷⁶⁸ geteilt, der vorhergesagt hatte, wenn man jetzt die Regierung verlasse, dann werde es 15 oder 20 Jahre dauern, bis man wieder am Kabinetttisch Platz nehmen könne.⁷⁶⁹

Rolf Böhme, nach seiner Zeit im Deutschen Bundestag und Kabinett Schmidt mehrmals bei Oberbürgermeisterwahlen in Freiburg erfolgreich, kritisierte an den Tübingern deren „Exodus“ nach Bonn. Der talentierte Nachwuchs, Däubler-Gmelin, Conradi, Huonker und viele andere sei in die Bundespolitik gegangen. Dies habe den Neid erfolgreicherer und stärkerer Landesverbände wie den von Nordrhein-Westfalen hervorgerufen, vor allem aber auch die SPD in Baden-Württemberg langfristig geschwächt. Ein Grund, warum die „Rotkehlchen“ in ihrer Heimat nicht so erfolgreich gewesen seien, liege auch an ihrem Erfolg innerhalb der Partei, der zugleich einen Aderlaß in Richtung Bonn dargestellt habe.⁷⁷⁰ Der Wechsel von Krause zu Eppler stelle deshalb auch eine stärkere Ausrichtung des südwestdeutschen Landesverbandes nach Bonn dar.

⁷⁶⁸ Herbert Wehner (1906-1990) war von 1927 bis 1942 Mitglied der KPD. Im schwedischen Exil wurde er aus der KPD ausgeschlossen und vollzog den Bruch mit dem Kommunismus, ehe er 1946 nach Deutschland zurückkehrte. Im selben Jahr trat er der SPD bei und zählte bald zum engsten Kreis um Kurt Schumacher. Wehner gehörte von 1949 bis 1983 dem Bundestag und dem Kabinett Kiesinger/Brandt von 1966 bis 1969 als Minister für gesamtdeutsche Fragen an. Von 1969 bis 1983 war er Fraktionsvorsitzender der SPD, von 1958 bis 1973 stellvertretender Parteivorsitzender. Wehner betrieb die Umwandlung der SPD in eine linke Volkspartei und setzte schließlich die grundsätzliche Zustimmung seiner Partei zu Andenauers NATO- und Europapolitik durch. Die von ihm angestrebte Große Koalition mit der CDU/CSU sollte der Öffentlichkeit die Regierungsfähigkeit der SPD vor Augen führen. (Munzinger 13/90, Meyers (1990), Bd. 24, S. 19)

⁷⁶⁹ Böhme (1998)

⁷⁷⁰ Ebd.

Die Landesdelegiertenkonferenz in Kehl und ihre dramatischen Folgen

Neben dem 12. Dezember 1966 ist der 18. Mai 1968 der zweite wichtige Tag in der Biographie Walter Krauses, der Tag der Landesdelegiertenkonferenz in Kehl, später gern als „Rotkehlchen-Parteitag“ bezeichnet. „Ein Vorgang, der sich so nie wiederholen wird, der aber sehr eng mit dem Persönlichkeitsbild Krauses zu tun hatte“, urteilte rückblickend der Journalist Klaus Fischer.⁷⁷¹ Die eigentliche historische Dimension der Vorgänge in und nach Kehl liegt darin, daß es eine SPD-Fraktion wagte, sich über den Beschluß eines Parteitages hinwegzusetzen. Gerhard Lang, damals Krauses Referent: „Das war tollkühn. Das wäre heute undenkbar.“⁷⁷²

Dieser Parteitag stellte nicht nur eine wichtige Weichenstellung für das politische Schicksal Krauses dar, er war es auch aus übergeordneter Sicht. Der Schwarzwälder Bote kommentierte am Tag des Kehler Parteitags mit prophetischer Gabe, daß die Delegierten mit ihrem Beschluß zugleich den ersten Leitsatz eines neuen Programms verkündeten. In Kehl werde darüber entschieden, was der SPD besser anstehe: als Junior-Partner mitzuregieren oder das Heil in der Opposition zu suchen. Die Zeitung ließ keinen Zweifel an ihrer eigenen Einschätzung der richtigen Strategie: „Wenn die Delegierten der Vernunft, dem Verstand mehr trauen als dem Gefühl, werden sie auf die Linie einschwenken, die von den Führungsgremien schon vorgezeichnet ist.“⁷⁷³

Letztlich entschied die Mehrheit der Sozialdemokraten nach ihrem Gefühl. In der SPD Baden-Württembergs wirkte Kehl wie ein Gewitter, darüber hinaus aber auch wie ein bundespolitisches Donnerrollen, das durch die Entscheidung der SPD-Spitzengremien, den Mehrheitsbeschluß der Delegierten zu ignorieren, nur vorübergehend überdeckt wurde. Die „Rotkehlchen“ hatten fortan in der SPD die Mehrheit, auch wenn in Stuttgart mit Krause und seinen Getreuen das Parteiestablishment in der Villa Reitzenstein am Kabinetttisch saß. Kehl - das war der Sieg der „Akademiker-SPD“ über die Arbeitnehmergenossen. Auf der mittleren Funktionärebene hatten die Lehrer und Soziologen die Industriearbeiter und

⁷⁷¹ Fischer (1997)

⁷⁷² Lang (1996)

⁷⁷³ Schwarzwälder Bote v. 18./19.5.68

Schlosser abgelöst. Schon damals war klar, daß das Ende der Großen Koalition, wann immer es käme, auch das Ende der alten Führungsriege der Südwest-SPD bedeuten würde.⁷⁷⁴

Kehl war aber auch im Hinblick auf die anderen Parteien interessant. In der historischen Rückschau geht es fast ausschließlich um die SPD. Die anderen Parteien und Akteure (besonders Filbinger) werden nicht beachtet, obwohl erst deren Verhalten Kehl und seine Folgen möglich gemacht hat.

Die CDU wartete nach der Landtagswahl mit der Bildung einer Regierung regelrecht auf die Entscheidung der SPD, obwohl sie doch auch mit der FDP ein Regierungsbündnis hätte bilden können! Drei Jahrzehnte später, bei einer ähnlichen Konstellation nach der Landtagswahl 1996, war es für niemanden vorstellbar, daß die CDU eher mit der SPD als mit der FDP koalitiert oder sogar auf das „Ja“ der Sozialdemokraten gewartet hätte! Genau das war nach der Wahl 1968 der Fall. Nur deshalb und weil die FDP damals eher in die Opposition als auf die Regierungsbank strebte, hatten die Sozialdemokraten in Kehl überhaupt über die Regierungsbeteiligung zu entscheiden. Nach der Landtagswahl im Jahr 1996 haben sich die Christdemokraten bei der Wahl des Koalitionspartners sofort für die FDP entschieden. Daß dies damals anders war, lag wohl weniger an der CDU als vielmehr an der SPD und FDP. Peter Conradi bezeichnete in einem Gespräch mit dem Verfasser diesen Vergleich der Parteien anhand der Wahlergebnisse von 1968 und 1996 als hochinteressant. Daß es trotz ähnlicher Sitzverteilung und theoretischer Koalitionsmöglichkeiten nach beiden Wahlen zu ganz anderen Koalitionsbildungen kam, hängt mit der Veränderung der Parteien in diesen knapp 30 Jahren zusammen. 1996 zögerten die Christdemokraten unter Ministerpräsident Teufel keine Sekunde, die ungeliebten Sozialdemokraten als Koalitionspartner durch die Freien Demokraten zu ersetzen. Die CDU, so seine Analyse, habe sich in dieser Zeit am wenigsten verändert. Die Christdemokraten seien „nur“ auf einen neoliberalen Wirtschaftskurs gegangen und ihr sozialer Teil sei schwächer geworden. Die FDP habe sich, so Conradi, dramatisch verändert. Der konservative Filbinger habe zu den konservativen Sozialdemokraten engere emotionale Bindungen gehabt, sie seien ihm kulturell weniger fremd gewesen als die Freien Demokraten, die ihm eher elitär, libertitär erschienen seien. Damals sei es die „Freiburger Hermann-Flach-FDP“ gewesen, die nicht mit der

⁷⁷⁴ Ironie der Geschichte, daß Krause selbst auch Lehrer war. Vgl. Schwarzwälder Bote v. 20.5.68

konservativen CDU koalieren wollte. Seine eigene Partei, die SPD, habe sich damals verändert, weil die Vorkriegsgeneration seit 1972 keine große Rolle mehr gespielt habe.⁷⁷⁵

Noch mehr aber war es eine Sache der handelnden Personen. Filbinger erzählte, wie ihn Krause und Möller durch den Hintereingang in seiner Wohnung auf der Solitude besucht hätten. Dieses Geheimgespräch habe nach Kehl, aber noch vor der Entscheidung der SPD-Fraktion zur Fortsetzung der Koalition mit der CDU stattgefunden. Damals habe er Krause gesagt, daß die CDU zur SPD stehe.⁷⁷⁶

Maßgebend für dieses Zugeständnis, so Filbinger, war das Vertrauen in die Person Krause und die Enttäuschung über das Verhalten der FDP im Jahre 1966. Filbinger drückt das heute so aus: Die FDP habe kein „goodwill“ mehr genossen und sei so zerrissen gewesen, daß sie keine ernstzunehmende Partei mehr gewesen sei.⁷⁷⁷ Die CDU verhandelte zwar mit der FDP über eine Regierungsbildung in Baden-Württemberg, aber ohne Ergebnis.⁷⁷⁸ Für die Fortsetzung der Großen Koalition in Stuttgart sprach damals auch dieselbe Parteikonstellation in Bonn, die Große Koalition unter Kiesinger und Brandt. Vielleicht spielte bei Filbinger auch ein Stück Parteikalkül eine Rolle, daß nämlich die SPD helfen solle, in Baden-Württemberg die unpopuläre Gemeindereform durchzusetzen.⁷⁷⁹

Wie kam es zu der Kehler Entscheidung und was spielte sich damals in den Tagungsräumen, vor und hinter den Kulissen, ab?

Das herausragende Ergebnis der Landtagswahl am 28. April 1968 war der überraschende Erfolg der Rechtsextremen. Die NPD kam auf 9,8 Prozent. Da mit den zwölf Abgeordneten der NPD keine andere Partei koalieren wollte, schränkte dies die Bündnismöglichkeiten stark ein. Die Christdemokraten, die 60 von 127 Mandaten gewonnen hatten, konnten ent-

⁷⁷⁵ Conradi (1998)

⁷⁷⁶ Filbinger (1997)

⁷⁷⁷ Ebd.

⁷⁷⁸ Wie Lehmann in den Gesprächen mit dem Verfasser zugab, habe ihn Manfred Rommel, der damalige Finanzstaatssekretär, über den Stand der Koalitionsverhandlungen mit der FDP immer auf dem laufenden gehalten. Lehmann sah in der damaligen Vorliebe der CDU für die SPD auch den Einfluß von Manfred Rommel. Außerdem habe die FDP zu hoch gepokert. Sie habe sich angesichts einer schwankenden SPD zu stark gefühlt. (Lehmann (1996))

⁷⁷⁹ Lang (1996)

weder die Große Koalition mit der SPD (37 Abgeordnete) fortsetzen oder mit der FDP (18 Abgeordnete) zusammengehen.

Trotz der empfindlichen Niederlage bei der Landtagswahl war Krause zunächst zuversichtlich, was die Bildung der neuen Regierung anging. Er rechne mit kurzen Koalitionsverhandlungen und einer raschen Wiederherstellung des Regierungsbündnisses aus CDU und SPD, verkündete er wenige Tage nach der verheerenden Wahlschlappe.⁷⁸⁰

Dabei hatte er die Reaktionen in seiner Partei offensichtlich unterschätzt. Ursprünglich war kein Parteitag geplant. Aber die Reaktionen an der Basis führten dazu, daß sich die Parteiführung entschloß, ihren Pro-Große-Koalitions-Kurs von einer Landesdelegiertenkonferenz bestätigen zu lassen. Die Führung hoffte darauf, daß sich die Funktionäre im Gegensatz zu den einfachen Mitgliedern den besseren Argumenten der Parteiprominenz gegenüber aufgeschlossen zeigen würden. Krause hatte erwartet, daß es auf dem Parteitag knapp werden würde, aber er hatte nicht erwartet, daß die Delegierten gegen die Große Koalition stimmen würden.⁷⁸¹ Die Idee, eine Landesdelegiertenkonferenz⁷⁸² einzuberufen, stammte von Alex Möller, der ebenfalls sicher war, daß eine Mehrheit der Delegierten die Arbeit der bisherigen Regierung würdigen und die Fortsetzung der Koalition mit der CDU befürworten werde.⁷⁸³

Der Berichtersteller des Reutlinger Generalanzeigers beobachtete schon im Vorfeld des Kehler Parteitags, daß sich immer mehr Ortsverbände der Partei mit Entschließungen und

⁷⁸⁰ Eine interessante Pointe zu Krauses Eintreten für die Große Koalition: Er hatte 16 Monate zuvor nach Bildung der Koalition Kiesinger/Brandt in Bonn in seiner Eigenschaft als SPD-Landesvorsitzender ein Protesttelegramm nach Bonn geschickt und darin gegen die Große Koalition Stellung bezogen. Schon bald ließ er sich aber bezüglich der Bonner Koalition eines besseren belehren. (Mannheimer Morgen v. 20.5.68)

⁷⁸¹ Lehmann (1996). Bogusch, damals Mitarbeiter im Justizministerium und später Ministerialdirektor im Wirtschaftsministerium, war dagegen der Ansicht, daß es auch später noch die Fraktion gewesen sei, die über die Regierungsbeteiligung entschieden habe. Aber auch er räumte ein, daß die Bedeutung der verschiedenen Arbeitsgruppen innerhalb der SPD zugenommen habe und diese Gruppen einen größeren Einfluß auf ihre Repräsentanten ausgeübt hätten, als dies früher der Fall gewesen sei (Bogusch (1996)).

⁷⁸² Die Landesdelegierten-Konferenz der SPD entschied nach Paragraph 10 des damals gültigen Organisationsstatuts des Landesverbands Baden-Württemberg zwischen den Landesparteitagen über wichtige politische und organisatorische Fragen. Im Unterschied zum Landesparteitag, dem obersten Organ des Landesverbandes, dem mindestens 200 Delegierte angehörten, bestand die Delegiertenkonferenz aus mindestens 100 Delegierten, die nach einem vom Landesvorstand festgelegten Schlüssel von den Kreisverbänden gewählt wurden. Außerdem waren stimmberechtigt: die Vorsitzenden der Kreisverbände, die Mitglieder des Landesvorstandes und 20 Prozent der Mitglieder der Landtagsfraktion. Außerdem nahmen mit beratender Stimme die sozialdemokratischen Bundes- und Landtagsabgeordneten aus Baden-Württemberg und die Sekretäre der Landespartei teil, soweit sie nicht stimmberechtigte Mitglieder waren. (SPD-Landesverband 10-11).

⁷⁸³ Schieler (1997)

Appellen festzulegen begannen, wobei es bis jetzt den Anschein habe, als seien die Kreisverbände, die gegen eine Fortführung der CDU/SPD-Regierung seien, etwas zahlreicher als die anderen.⁷⁸⁴ Die Abstimmungsergebnisse waren aber in der Regel äußerst knapp. „Ein eindeutiges Stimmungsbild läßt sich nicht zeichnen: die SPD ist ziemlich genau in der Mitte gespalten“, beobachtete der Schwarzwälder Bote. Die Tips von Insidern gingen weit auseinander: von einem Verhältnis 55:54 für die Große Koalition bis zu 65:35 dagegen. Fest stand, darin waren sich die Beobachter einig, daß die Jüngeren in der Partei kompromißlos den Gang in die Opposition forderten. Diese hatten sich bei den entscheidenden Abstimmungen auf lokaler Ebene zum Teil nur deshalb durchgesetzt, weil sie über das bessere Stehvermögen und das härtere Sitzfleisch verfügten.⁷⁸⁵

Die ursprünglich für den 26. Mai 1968 geplante Delegiertenversammlung wurde auf den 18. Mai vorverlegt. Am Vorabend der Konferenz empfahlen der Vorstand der Partei und die Landtagsfraktion mit 35:6 Stimmen die Fortsetzung des Regierungsbündnisses mit der CDU. Von der engeren Führungsspitze sprachen sich nur die Staatssekretäre Ehmke und Schäfer, und damit ausgerechnet die Mitglieder der CDU/SPD-Regierung unter Kanzler Kiesinger, gegen die Fortsetzung der Großen Koalition aus.⁷⁸⁶ Dieses Ergebnis kam für Eingeweihte überraschend. Sie hatten auch im engeren Führungszirkel der Partei mit einem größeren Widerstand gegen eine Fortsetzung der Koalition mit der CDU gerechnet. Tatsächlich ist dieses eindeutige Ergebnis zugunsten der Großen Koalition auf eine Debatte über das mehrheitsbildende Wahlrecht zurückzuführen. Der Landtagsabgeordnete Nikolaus Lorenz⁷⁸⁷ hatte dies zum Thema der Sitzung gemacht und forderte, dies zur Bedingung für eine Koalition zu machen. Man hoffte, auf diese Weise in Zukunft klare Verhältnisse im Landtag zu schaffen. Eine weitere Große Koalition war so ausgeschlossen. Dies überzeugte viele, auch solche, die eigentlich gegen ein Zusammenbleiben mit der Union waren, wie

⁷⁸⁴ Reutlinger Generalanzeiger v. 16.5.68

⁷⁸⁵ Schwarzwälder Bote v. 16.5.68

⁷⁸⁶ Reutlinger Generalanzeiger v. 16.5.68; Bonner General-Anzeiger v. 20.5.68. Während die SPD-Spitze einigermaßen ahnungslos auf einen dramatischen Parteitag zusteuerte, verhandelten die Kommissionen von CDU und SPD schon über die Aufteilung der Ministerposten. Dabei soll sich auch Bundeskanzler Kiesinger an seinem Wohnort Bebenhausen eingeschaltet haben, indem er seine Parteifreunde zu Zugeständnissen an die Sozialdemokraten bewogen habe. (Reutlinger Generalanzeiger v. 16.5.68)

⁷⁸⁷ Nikolaus Lorenz (geb. 1929) (SPD) war von 1960 bis 1976 Abgeordneter im Landtag von Baden-Württemberg. (Weik 78)

zum Beispiel Michael Fülgraff, Anführer der jungen Koalitionsgegner aus der Universitätsstadt Freiburg, und Friedrich Schäfer.⁷⁸⁸

Gerhard Lang erinnerte sich noch gut an den Morgen des 18. Mai. Krause und seine Mannschaft, zu der auch der Fraktionsvorsitzende Walter Hirrlinger gehörte, frühstückten im Hotel Europa in Kehl, sich der Schwere der vor ihnen liegenden Auseinandersetzung bewußt, aber nicht am Sieg zweifelnd. Ihre Stimmung ließ sich so zusammenfassen: Es wird zwar knapp, aber wir kriegen eine Mehrheit.⁷⁸⁹

Die Landesdelegiertenkonferenz selbst fand offiziell unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Mit Hilfe der Berichte von Zeitzeugen läßt sich jedoch ein einigermaßen genaues Bild der Ereignisse rekonstruieren.⁷⁹⁰ Der Konflikt über die Fortsetzung oder Beendigung der Großen Koalition begann um zehn Uhr zunächst im Stil einer „akademischen Disputation“, wie die Stuttgarter Zeitung schrieb. Auf ein eher verhaltenes Referat von Walter Krause folgte das Koreferat von Eugen Loderer,⁷⁹¹ Vorsitzender des DGB-Landesbezirks, der die Aufgabe hatte, die Gegenposition zu erläutern. Er entledigte sich seiner Aufgabe eher mit „halbem Herzen“, wie Walter Pfuhl, Korrespondent der „Welt“ schrieb. Die Rhein-Neckar-Zeitung hingegen kommentierte, der DGB-Landesvorsitzende von Baden-Württemberg habe seine Gesinnungsgenossen nicht enttäuscht. Er habe klar und deutlich nein gesagt und auch begründet, warum er das tue.⁷⁹² Dabei machte Loderer deutlich, daß seine Stellungnahme nicht als verbindliche Meinung der Gewerkschaften zu verstehen sei. Die DGB-Mitglieder seien in ihrer Abstimmung selbstverständlich frei.⁷⁹³ Nach diesen Reden schaukelte sich die Auseinandersetzung dann aber allmählich hoch. Bis 16 Uhr sprachen 40 Delegierte. Während der leidenschaftlich geführten Debatte zeigte sich, daß es die Etablierten weit schwerer haben würden als erwartet.⁷⁹⁴

⁷⁸⁸ Die Welt v. 20.5.68. Rolf Böhme erinnerte sich noch Jahre später an die Mitglieder der Delegation aus Freiburg, zu der neben ihm und Fülgraff auch noch Horst Ehmke und Ernst-Ulrich von Weizsäcker gehörten. (Böhme (1998))

⁷⁸⁹ Lang (1996)

⁷⁹⁰ Schwarzwälder Bote v. 20.5.68

⁷⁹¹ Eugen Loderer (1920-1995) war seit 1951 Mitglied der SPD und von 1972 bis 1983 Vorsitzender der IG Metall. (Munzinger 18/95).

⁷⁹² Rhein-Neckar-Zeitung v. 20.5.68

⁷⁹³ Stuttgarter Zeitung v. 20.5.68; Die Welt v. 20.5.68

⁷⁹⁴ Stuttgarter Zeitung v. 20.5.68

Die Befürworter einer Großen Koalition führten als Argument ins Feld, daß man die begonnene Arbeit nicht einfach mittendrin abbrechen und „wie die Sau vom Trog weglaufen dürfe“. Es gab zwei entscheidende Sachfragen, die man lösen wollte: erstens die Kreis- und Gemeindereform durchzusetzen und zweitens, nach der Abschaffung der konfessionellen Schulbildung, auch die konfessionelle Lehrerbildung zu beenden.⁷⁹⁵ Krause ging es immer um die Konsequenz, um die Frage, was denn logisch sei. Er dachte, wenn man keine Konfessionsschulen mehr hat, braucht man auch keine konfessionell ausgebildeten Lehrer mehr. „Das war eine typische Krause-Entscheidung“, so Gerhard Lang.⁷⁹⁶ Für die Fortsetzung der Großen Koalition setzten sich Landtagsvizepräsident Hermann Veit, der Landtagsabgeordnete Ernst Haar und der alte Zuchtmeister der baden-württembergischen SPD, Alex Möller, ein.⁷⁹⁷ Alex Möller warb mit Blick auf Bonn leidenschaftlich für die Fortsetzung der Koalition mit der CDU: „Die Mitbestimmung, die Ostpolitik, die neue Politik gegenüber der DDR sind nur möglich, wenn die Partei in der Regierung ist!“, sagte er unter großem Beifall.⁷⁹⁸

Der harte Kern der Koalitionsgegner ließ sich jedoch davon nicht beeindrucken. Ihre Gemütslage traf am besten Willy Brandt, der bei anderer Gelegenheit das Wort von der „Großen Sehnsucht nach der Großen Opposition“ prägte.⁷⁹⁹ Es machte sich eine Stimmung breit, die man zusammenfassen konnte als: „Das zahlt sich ja nicht aus, wenn wir in der Regierung sind.“⁸⁰⁰ Diesen Eindruck bestätigt die im Mannheimer Morgen zitierte Aussage eines Delegierten: „Raus aus der Koalition, bevor sie uns kaputtgemacht und die Partei gespalten hat“, rief dieser unter tosendem Beifall.⁸⁰¹ Das wichtigste Argument der Koalitionsgegner: Nur aus der Opposition heraus könne sich die Partei regenerieren, nur frei von der „Uarmung“ durch die CDU könne sie die Jugend und manche Kräfte der außerparlamentarischen Opposition gewinnen.⁸⁰² Conradi und seine Freunde waren zu der Einsicht gelangt, daß die SPD der Großen Koalition zwar bei deren Geburt mit der Abschaffung der

⁷⁹⁵ Lang (1996). Durch die Verfassungsänderung am 11. Februar 1969 (GBl. 69 S.15) entfiel die Lehrerausbildung an konfessionellen Pädagogischen Hochschulen. Vgl. Endemann 80.

⁷⁹⁶ Lang (1996)

⁷⁹⁷ Mannheimer Morgen v. 20.5.68

⁷⁹⁸ Die Welt v. 20.5.68; Rhein-Neckar-Zeitung v. 20.5.68 - Heinz Bühringer, später Partei- und Fraktionschef der baden-württembergischen SPD, sagte bei den Gesprächen mit dem Verfasser, für ihn sei eine Große Koalition ein demokratischer Vorgang und „kein Verbrechen an der Menschlichkeit.“ (Bühringer (1996))

⁷⁹⁹ Rhein-Neckar-Zeitung v. 20.5.68

⁸⁰⁰ Lehmann (1996)

⁸⁰¹ Mannheimer Morgen v. 20.5.68, Die Welt v. 20.5.68

Konfessionsschule ihren Stempel aufgedrückt habe, danach aber, vorsichtig ausgedrückt, nicht stärker geworden sei. Nach der verheerenden Niederlage bei der Landtagswahl 1968 konnte es deshalb nur heißen: „Raus aus der Koalition. Die Partei braucht wieder Profil. Profil ist wichtiger als Pöstchen.“ Conradi erinnerte sich, daß er und seine politischen Freunde damals, auch unter dem Eindruck der Großen Koalition in Bonn, die politische Situation so wahrnahmen, daß die SPD beim Zusammengehen mit der CDU an Profil verliere.⁸⁰³ Wie Beobachter berichteten, hinterließ die Stellungnahme von Horst Ehmke gegen die Fortführung des CDU/SPD-Bündnisses in Stuttgart bei den Delegierten besonderen Eindruck, weil Ehmke in Bonn selbst Mitglied des Kabinetts einer Großen Koalition war.⁸⁰⁴ Conradi bestätigte dies ausdrücklich.⁸⁰⁵

Wer aber sollte in Baden-Württemberg regieren, wenn sich die Sozialdemokraten einer Großen Koalition verweigerten und eine Kleine Koalition aus SPD und FDP (anders als 1966) nicht möglich war? Da wohl kein SPD-Delegierter eine CDU-NPD-Regierung wünschte und auch die CDU eine Koalition mit der NPD ausschloß, blieben theoretisch nur drei Möglichkeiten übrig: Neuwahlen, eine Minderheitsregierung der CDU oder eine CDU/FDP-Regierung. Die letzte Alternative war die mit Abstand wahrscheinlichste.⁸⁰⁶ Der Vorwurf der Koalitionsbefürworter an die -gegner, diese würden sich keine Gedanken über die Konsequenzen ihrer Handlung für das Land machen, ist nur teilweise berechtigt. Richtig daran ist, daß diese Überlegungen bei den Kritikern eines CDU/SPD-Bündnisses nachrangig waren. In ihren Diskussionsbeiträgen gingen sie darauf kaum ein. Allerdings ist es ein typisches Ex-Post-Argument, wenn die Befürworter einer Großen Koalition heute behaupten, in Kehl hätte das Land vor der Alternative „Große Koalition oder Neuwahlen“ gestanden. Ein paar Tage später war dies tatsächlich so, als die Gespräche zwischen CDU und FDP scheiterten. Zur Zeit der Kehler Delegiertenversammlung war es aber noch nicht

⁸⁰² Rhein-Neckar-Zeitung v. 20.5.68

⁸⁰³ Conradi (1998). Im Rückblick hat Conradi seine Meinung in bezug auf die Große Koalition in Bonn geändert. Er wisse nun, daß damals vieles vernünftig geregelt wurde. - Einseitig gegen ein Zusammengehen der Sozialdemokraten mit den Christdemokraten im Rahmen einer Großen Koalition argumentierte auch Franz Schneider, Große Koalition - Ende oder Neubeginn?, München 1969. Das schlechte Wahlergebnis der SPD bei der Landtagswahl interpretierte er beispielsweise ausschließlich als Reaktion des Wählers auf den Einfluß der Kooperation mit der CDU und beachtete den Einfluß des Ausnahmejahres 1968 nicht. (S. 122-123). In Großen Koalitionen, so seine allgemeine Vorstellung, laufe der kleinere Partner leicht Gefahr, er degeneriere „zum Handlanger“ des anderen und hintergehe den Wähler. (S.130)

⁸⁰⁴ General-Anzeiger v. 20.5.68. Horst Ehmke hatte sich bereits einen Tag nach der Landtagswahl gegen eine Fortsetzung der Großen Koalition ausgesprochen: „Wir müssen hier raus, um ein Modell zu schaffen für Bonn!“ (Seeliger 13)

⁸⁰⁵ Conradi (1998)

⁸⁰⁶ Lehmann (1996)

sicher, daß die Verhandlungen zwischen diesen beiden Parteien scheitern würden. Zwar hatten die Liberalen deutlich gemacht, daß sie durchaus gewillt waren, in der Opposition zu bleiben. Aber es war nicht klar, um welchen Preis sie dieses Ziel verfolgten. In der Rückschau aus 30jähriger Distanz kann es leicht passieren, daß die Ereignisse nach Kehl ein paar Tage zurückdatiert werden und man feststellt, schon in Kehl habe man von der Unmöglichkeit eines CDU/FDP-Bündnisses gewußt. Dem war aber nicht so. Es war bekannt, daß eine solche Koalition nur schwer zustande kommen würde, aber es war nicht klar, daß solche Bemühungen in jedem Fall scheitern würden.

Als um 16 Uhr noch immer 60 Wortmeldungen auf der Liste standen, man aber den Eindruck hatte, die Argumente seien ausgetauscht, beschlossen die Delegierten das Ende der Debatte. Noch einmal faßte Krause seine Argumente in einem dramatischen Schlußappell zusammen. Walter Krause erhielt für seine „fulminante Rede“ tosenden Beifall.⁸⁰⁷ Diese Einschätzung von Justizminister Schieler bestätigte auch der Journalist Treffz-Eichhöfer, der schrieb, Krause habe für sein Schlußwort den stärksten Applaus erhalten: „Wenn wir freiwillig in die Opposition gehen, müssen wir die Verantwortung dafür auf uns nehmen, daß das Neuwahlen bedeuten kann. Es kann keinen Zweifel daran geben, daß diese nur der NPD neue Stimmen bringen würden. Ich jedenfalls bin nicht bereit, diese Verantwortung auf meine Schultern zu nehmen, das müssen dann andere verantworten. Die Zukunft werden wir nur gewinnen, wenn wir die Flinte nicht ins Korn werfen, sondern unsere Vorstellungen in den Sachfragen in der Regierung einsetzen. Nur dann führt der Weg unserer Partei wieder nach oben.“⁸⁰⁸ Auch die Rhein-Neckar-Zeitung schrieb: „Krause war in glänzender Form. Er erhielt für seine knappen, klaren und politisch eindrucksvollen Ausführungen stärksten Beifall, als er den Delegierten noch einmal ins Gewissen redete.“⁸⁰⁹ Nach diesem, von Beifall überhäuftem Schlußwort, dachten die meisten, nun hätten die Koalitionsbefürworter gewonnen.⁸¹⁰

⁸⁰⁷ Schieler (1997)

⁸⁰⁸ Mannheimer Morgen v. 20.5.68. Gut möglich, daß Krause und seine Anhänger an die Vergangenheit dachten, die Herbert Wehner im Jahre 1966 zuvor so eindrucksvoll geschildert hatte: „36 Jahre war diese Partei abstinente ... Damals verließ sie die Regierung wegen eines halben Prozents Erhöhung des Arbeitslosenversicherungsbeitrags. Das war etwa drei Jahre vor dem Dritten Reich. Man kann denen, die es damals zu verantworten hatten, nur zugute halten, daß sie nicht wußten, wie das Dritte Reich sein würde. Aber ruhmvoll ist es nicht gewesen ...“ (Rhein-Neckar-Zeitung v. 20.5.68)

⁸⁰⁹ Rhein-Neckar-Zeitung v. 20.5.68

⁸¹⁰ Die Welt v. 20.5.68

Es standen zwei Anträge zur Abstimmung. Der Antrag des Landesvorstandes plädierte für den Verbleib in der Regierung, allerdings nur, wenn im Sachprogramm den Forderungen der SPD entsprochen werde und die SPD in der Regierung ausreichende Wirkungsmöglichkeiten erhalte. Der Antrag der Koalitionsgegner forderte die SPD auf, in der Opposition ihre konstruktive, kritische, demokratische Arbeit für unser Land so fortzusetzen, damit sie später einmal als die einzige demokratische Alternative die alleinige Führung in der Politik Baden-Württembergs übernehmen könne. Walter Krause gab sich noch während der Auszählung der Stimmen zuversichtlich. Als sich dann schon während der Auszählung das Endergebnis in der Tendenz abzeichnete, zeigte sich nicht nur Krause überrascht.⁸¹¹ Zunächst wurde über den Antrag des Landesvorstandes abgestimmt. Dieser wurde mit 180:166 Stimmen bei 5 Enthaltungen abgelehnt. Der Antrag der innerparteilichen Opposition wurde damit gegenstandslos.⁸¹²

Die Deutsche Presseagentur schrieb: „Das Abstimmungsergebnis schlug wie eine Bombe ein.“⁸¹³ Gerhard Lang konnte sich auch noch 30 Jahre später gut erinnern, daß die Abstimmungsniederlage wie ein Schlag ins Gesicht der Ministerriege wirkte.⁸¹⁴ Der Journalist Walter Pfuhl beschrieb die Reaktion der Versammlung auf das Abstimmungsergebnis so: „Lähmende Stille. Dann springen sechs, sieben junge Delegierte auf und jubeln. Aber ihr Jubelruf erstirbt schnell. Schoettle rief verbittert in den Saal: ‚Es besteht keinerlei Grund zum Jubel. Über die Art, wie diese Konferenz ihre Aufgabe erfüllt hat, wird man in der Partei noch lange streiten‘.“⁸¹⁵ Die Delegierten, die jubelten, waren nach der Beobachtung von Zeitzeugen eher überrascht als erleichtert.⁸¹⁶ Eugen Loderer sagte unmittelbar nach der Bekanntgabe des Abstimmungsergebnisses: „Das hätte ich nicht gedacht, ich hätte mit dem Gegenteil gerechnet.“ Fluchtartig verließen die Delegierten den Saal: müde Alex Möller, matt lächelnd Hermann Veit.⁸¹⁷ Ein Mannheimer Delegierter gab die gedrückte Stimmung

⁸¹¹ Lehmann (1996)

⁸¹² Lehmann berichtete in dem Gespräch am 8. Oktober 1996, wie sich Krause nach der Abstimmung zunächst nur mit ihm zurückgezogen habe. Krause habe gesagt: „Da muß ich sofort zurücktreten.“ Im nachhinein hielt Lehmann diesen Rücktritt für voreilig. Er hätte Krause geraten, sich vorher nochmals mit Parteifreunden zu unterhalten. Lehmann schrieb die Absage des Parteitages an die Fortsetzung der Großen Koalition mehr einer augenblicklichen Stimmung zu als einer Ablehnung der Person und Politik Walter Krauses. - Vgl. auch Stuttgarter Zeitung v. 20.5.68

⁸¹³ dpa v. 18.5.68

⁸¹⁴ Lang (1996)

⁸¹⁵ Mannheimer Morgen v. 20.5.68 - Die Rhein-Neckar-Zeitung schrieb, daß Schoettle sagen wollte, daß er die Weichenstellung, wie sie soeben in Kehl vollzogen wurde, für falsch halte. (Rhein-Neckar-Zeitung v. 20.5.68)

⁸¹⁶ Rhein-Neckar-Zeitung v. 20.5.68

⁸¹⁷ Die Welt v. 20.5.68

der gesamten Konferenz wieder, als er beim Verlassen des Saales sagte: „Beide Gruppen haben keinerlei Grund zum Jubel.“⁸¹⁸ Rudolf Schieler hat die Situation so in Erinnerung, daß die Abstimmungssieger nach dem Parteitag „wie die Hühner“ auseinander gelaufen seien. Seiner festen Überzeugung nach hätten die „Rotkehlchen“ dieses Abstimmungsergebnis gar nicht gewollt, sie hätten lediglich ein Zeichen setzen wollen.⁸¹⁹

Warum siegten die Linken über die Mitte, die neuen Kräfte über die Etablierten? Die Jungen seien der etablierten Mannschaft, rhetorisch und im Auftreten, in der Strategie und in der Kaltschnäuzigkeit, wie man so etwas über die Bühne zieht, und wer was wann sagt, voll überlegen gewesen, erinnerte sich Lang. Die Ministerriege sei etwas „altväterlich“ mit der Gravität der Regierungsmannschaft und der Etablierten aufgetreten. „Wir haben auf die Autorität gesetzt und den Willen zur Macht, doch die Mehrheit war nicht so.“ Es mutet etwas sonderbar an, wenn Lang ausgerechnet den Etablierten einen „Mangel an Erfahrung“ attestiert, wie man einen solchen Parteitag um alle Klippen steuert. In der Partei sei ein innerparteilicher Aufbruch zu spüren gewesen, eine Lust an der Diskussion, die die Etablierten nicht so beherrscht hätten. Lang: „Da war schon ein frischer Wind, das muß man zugeben. Für uns zwar der falsche, aber es war ein frischer Wind.“⁸²⁰ Oberbürgermeister Rolf Böhme bestätigte, daß die Jungen eine „Innovation brachten und die Ablösung der maßgeblichen Leute“.⁸²¹ Auch Peter Conradi, einer der Wortführer der innerparteilichen Rebellion, war der Meinung, daß ihr Sieg damals weniger ihrer Taktik entsprungen sei, sondern eher der Argumentation und der Aufbruchstimmung, die damals geherrscht habe.⁸²²

Die in Kehl anwesenden dpa-Journalisten August Griesinger und Guenther Berger bestätigten, daß es vor allem die stark vertretenen jüngeren Delegierten gewesen seien, die den Ausschlag für den Ausgang der Abstimmung gegeben hätten.⁸²³ Außerdem sei zu spüren gewesen, daß viele Delegierte an das Votum der vorausgegangenen Kreisdelegiertenkonfe-

⁸¹⁸ Laut Parteistatuten wäre es möglich gewesen, innerhalb von 14 Tagen einen außerordentlichen Parteitag einzuberufen, falls 15 Mitglieder des Landesvorstandes oder 25 Kreisverbände dies gewünscht hätten. Dazu kam es dann aber nicht. (Mannheimer Morgen v. 20.5.68)

⁸¹⁹ Schieler (1997)

⁸²⁰ Lang (1996)

⁸²¹ Böhme (1998)

⁸²² Conradi (1998). Einen guten Überblick über die Zeitstimmung (mit der nötigen Distanz des Auslands und dem Abstand von 30 Jahren) lieferte die Ausgabe der Neuen Zürcher Zeitung vom 30./31. Mai 1998 mit Beiträgen von Hermann Lübke („Achtundsechzig“), Oskar Negt („Dialektische Bilder“) und Heinz Bude („Emanzipation oder Surrealismus“, Seite 49-51)

renzen gebunden gewesen seien. Vor der Versammlung hatten sich die Gegner einer Großen Koalition zu einer eigenen Beratung zusammengefunden.⁸²⁴ Vom Appell Krauses an die Unabhängigkeit der Delegierten wollten die meisten nichts wissen.⁸²⁵

Der altgediente Journalist Fritz Treffz-Eichhöfer sah wie Lang einen Grund für die Niederlage der Etablierten in deren schlechter Parteitagsregie und -taktik.⁸²⁶ Dabei ging es um die im Vorstand am Abend zuvor diskutierte Änderung des Wahlrechts. Ein Teil der Delegierten, die eigentlich gegen eine Große Koalition waren, wäre bereit gewesen, doch für die Regierungsbeteiligung zu stimmen, wenn für die Bildung der Koalition zur Bedingung gemacht worden wäre, ein mehrheitsbildendes Wahlrecht mit Dreier-Wahlkreisen einzuführen. Die Etablierten ließen zu, daß über diesen Antrag vor der Abstimmung über die Fortsetzung der Koalition entschieden wurde. Das Ergebnis der Abstimmung lautete, daß über diesen Antrag inhaltlich erst auf einem späteren Landesparteitag debattiert und abgestimmt werden sollte. Auf diese Weise gingen die Stimmen der Wahlrechts-Änderer dem Lager der Befürworter einer Regierungsbeteiligung verloren. Außerdem war es vermutlich ein Fehler, die Delegierten geheim abstimmen zu lassen.⁸²⁷ Angesichts des knappen Ergebnisses, das am Ende herauskam, kam diesen taktischen Fehlern wirklich entscheidende Bedeutung zu.⁸²⁸

Jetzt, so Krauses Referent Manfred Lehmann, habe sich auch eine Eigenschaft seines Chefs negativ bemerkbar gemacht. Der verfügte nämlich nicht über das, was man heute als Teamfähigkeit bezeichnet. Er hatte nicht die Leute, zu denen er sagen konnte: „Jetzt gehst Du rauf ans Rednerpult und dann Du.“⁸²⁹ Auch Lang sah das so: Krause sei stets unbeirrt seinen Weg gegangen. Was er für richtig gehalten habe, das habe er gemacht. „Er hat nicht taktiert, er hat keine Netze gespannt. Spielchen und Raffinessen waren seine Sache nicht.“ Krause sei ein Mann mit Stil gewesen. Für ihn sei es undenkbar gewesen, hintenrum etwas zu machen und Grüppchen aufzubauen. So etwas kam an in der Bevölkerung. Das schaffte Vertrauen. Aber dasselbe Verhalten sorgte auf Parteitagen für Niederlagen.⁸³⁰ Der Journa-

⁸²³ dpa v. 18.5.68

⁸²⁴ dpa v. 18.5.68

⁸²⁵ Die Welt v. 20.5.68

⁸²⁶ Mannheimer Morgen v. 20.5.68

⁸²⁷ dpa v. 18.5.68; Rhein-Neckar-Zeitung v. 20.5.68; Schwarzwälder Bote v. 20.5.68

⁸²⁸ Stuttgarter Zeitung v. 20.5.68

⁸²⁹ Lehmann (1996)

⁸³⁰ Lang (1996)

list Klaus Fischer pflichtete ihm bei, wenn er sagte, Krause sei nicht der Mann gewesen, um einzelne Delegierte zu „bearbeiten, Seelenmassage zu betreiben, das war ihm viel zu lästig“.⁸³¹

Konsequenterweise trat Walter Krause sofort von seinem Amt als Landesvorsitzender zurück, ebenso sein Stellvertreter Walter Hirrlinger und Hans-Otto Schwarz, Mitglied des Vorstands.⁸³² Oberbürgermeister Rolf Böhme kommentierte dies rückblickend so: „Das war konsequent, das hat mir imponiert.“⁸³³ Fritz Treffz-Eichhöfer schrieb damals, Krause, deprimiert wie die gesamte auf der Bühne der Stadthalle unter der Parteifahne versammelte Prominenz, habe nach der Bekanntgabe des Abstimmungsergebnisses gerufen: „Jetzt soll ein anderer die Partei führen.“ Es folgte betretenes Schweigen der Delegierten.⁸³⁴ Walter Krause gab ferner bekannt, daß der Beschluß der Delegierten für die Landtagsfraktion verbindlich sei.⁸³⁵ Noch in der Nacht zum Sonntag informierte Krause Ministerpräsident Filbinger fernmündlich über den Kehler Beschluß und teilte ihm mit, daß diese Entscheidung endgültig sei.⁸³⁶

Der ehemalige Landesvorsitzende Erwin Schoettle, der spätere Fraktions- und Landesvorsitzende Heinz Bühringer und der DGB-Landesbezirksvorsitzende Eugen Loderer übernahmen nach den Rücktritten bis zum Landesparteitag im November 1968 in Mannheim kommissarisch die Leitung des Landesverbandes. Zum Interims-Landesvorsitzenden wurde Schoettle gewählt, der die Partei schon von 1952 bis 1962 und in Württemberg-Baden zwischen 1947 und 1952 geführt hatte.

Als Journalisten Krause um eine Pressekonferenz baten, erklärte er sich für nicht mehr zuständig.⁸³⁷ Lang erinnerte sich noch gut, „wie wir am Ende im Tagungsgebäude die Treppe hinuntergegangen sind und uns verabschiedet haben - wie in einem Jahrhundertabschied“.⁸³⁸ Diesen Eindruck bestätigte Treffz-Eichhöfer: „Deprimiert, ja verstört verließen die meisten Delegierten der SPD am Samstagnachmittag die Kehler Stadthalle ... Sowohl

⁸³¹ Fischer (1997)

⁸³² Vgl. auch Hirrlinger 45

⁸³³ Böhme (1998)

⁸³⁴ Mannheimer Morgen v. 20.5.68

⁸³⁵ Rhein-Neckar-Zeitung v. 20.5.68

⁸³⁶ Rems-Zeitung v. 21.5.68; Rems-Zeitung v. 22.5.68

⁸³⁷ Stuttgarter Zeitung v. 20.5.68

diejenigen, die für den Weg in die Opposition gestimmt hatten, als auch die knapp unterlegenen Befürworter der Koalition mit der CDU. Die in sich zerrissene, an den Folgen der Wahlniederlage krankende Partei hatte eine Entscheidung gefällt, deren Auswirkungen noch gar nicht abzusehen waren. Das Gefühl, gegen den Willen der eigenen Führung und gegen den Willen der Parlamentarier der Partei einen gewagten Schritt zurück aus dem staatlichen Machtbereich in die für lange Zeit vorgezeichnete Opposition getan zu haben, habe fühlbar auf den Delegierten gelastet, die in einer wahren Redeschlacht nach Meinung der einen die Flinte ins Korn geworfen, nach Meinung der anderen den Weg in eine gesündere politische Zukunft angetreten hätten.⁸³⁹

Der journalistische Beobachter der Stuttgarter Zeitung, Manfred Thier, beschrieb die Szenerie so: „Das Bild glich einem unter Überdruck stehenden Dampfkessel, dessen Ventile plötzlich aufgerissen wurden, als die Delegierten nach siebenstündiger Saalschlacht aus allen Ausgängen des neuen Kehler Kulturzentrums schossen, scheinbar ziellos zunächst und nur von dem Willen getrieben, die Stätte hitziger Auseinandersetzungen zu verlassen und sich Luft zu verschaffen. Doch kaum auf dem Vorplatz angelangt, stockten sie schon und fanden sich zu Gruppen zusammen. Die Gesichter, noch ganz von der Spannung der bis zuletzt offenen Stimmenauszählung gezeichnet, erinnerten an die Züge von Sportlern, die nach einem harten Run die Anspannung des Kampfes erst allmählich lösen können. Die strapazierten Nerven konnten die aufgebrachten Gefühle nicht mehr unter Kontrolle halten: sie entluden sich in bitteren, zornigen, gelegentlich offen feindseligen Worten. ‚Das wird noch ein Nachspiel haben!‘, rief ein Landtagsabgeordneter, der sich für die Fortsetzung der Großen Koalition eingesetzt hatte, einer Gruppe Stuttgarter Delegierten zu, die gegen diese aufgetreten waren.“⁸⁴⁰ Ein Delegierter fragte kopfschüttelnd: „Ist diese Partei noch zu retten?“ „Für diese Partei werde ich nicht mehr kandidieren“, sagte einer im Gespräch mit Journalisten. „Die wissen nicht, was sie getan haben“, meinte ein anderer. Ein Delegierter aus dem Lager der „Rotkehlchen“ griff eine frühere abfällige Bezeichnung von Helmut Schmidt über die Linken auf und stellte mit Genugtuung fest: „Wir Hottentotten haben es denen in Bonn gezeigt.“⁸⁴¹ Die Stuttgarter Zeitung behielt mit ihrer Einschätzung recht, daß sich Loderers Wunsch nach Ruhe und Stetigkeit in der SPD nach diesem „Parteitag der

⁸³⁸ Lang (1996) - Nur Rudolf Schieler konnte noch einen Witz machen: „Noch nicht vierzig und schon Minister a.D. - wenn das keine Leistung ist.“ (Stuttgarter Zeitung v. 20.5.68)

⁸³⁹ Mannheimer Morgen v. 20.5.68

⁸⁴⁰ Stuttgarter Zeitung v. 20.5.68

⁸⁴¹ Rhein-Neckar-Zeitung v. 20.5.68

Zwietracht, der eine innerlich verfeindete, offen in sich zerfallene Partei hinterläßt“ wohl kaum erfüllen werde.⁸⁴²

Auch Ulrich Lang bestätigte, wie er damals nach der Verkündigung des Abstimmungsergebnisses erschrocken sei, weil er erst da „die unglaubliche Betroffenheit der handelnden Personen“ gespürt habe. Kurz zuvor war er, in der Zeit zwischen der Abstimmung und der Auszählung, zu Walter Krause aufs Präsidium gegangen, um irgendeine technische Frage zu besprechen. Als ihn Krause, ungewöhnlich für ihn, „schroff abfahren ließ“, habe er gemerkt, wie innerlich bewegt der Minister gewesen war. Er merkte, da fand gerade eine „Götterdämmerung“ statt. „Die Erschütterung, die wir ausgelöst haben, ist uns nicht klar gewesen.“⁸⁴³

Was waren die Hintergründe für dieses Abstimmungsergebnis? Rolf Böhme erzählte, welche großen Hoffnungen die jüngeren SPD-Politiker in Baden-Württemberg anfangs gerade in Walter Krause gesetzt hatten. Darauf folgte dann die große Ernüchterung. In den Augen der „jungen Linken“ habe Krause in der ersten Phase der Großen Koalition bis 1968 die falsche Politik gemacht. Offenkundig sei dieser Dissens auf dem Landesparteitag in Kehl geworden.⁸⁴⁴

Gerhard Lang wies darauf hin, daß neben vielen anderen Aspekten in Kehl ganz einfach auch der „übliche Protest jung gegen alt“ eine Rolle gespielt habe. Manche in der SPD, die geglaubt hatten, mit der Regierungsbeteiligung in der SPD im Jahre 1966 breche nach langen Jahren der Opposition der Sozialismus aus, seien 1968 enttäuscht gewesen. Dem standen die Minister gegenüber, die schon früher Verantwortung getragen hätten, und der Meinung waren: „Wir machen unser Regierungsgeschäft ordentlich.“ Daraus, so Lang, sei dann eine Spannung entstanden.⁸⁴⁵ Genauso sah es drei Jahrzehnte nach den Ereignissen von Kehl auch Freiburgs Oberbürgermeister Rolf Böhme: Es sei eine Frage des Alters oder besser der Jugend gewesen. Das Jahr 1968 sei ein ganz besonderes gewesen, der Aufstand

⁸⁴² Stuttgarter Zeitung v. 20.5.68

⁸⁴³ Ulrich Lang (1998)

⁸⁴⁴ Zu den Freiburger Delegierten gehörten damals einige junge Männer, die noch eine große Karriere machen sollten: Rolf Böhme, Horst Ehmke und Ernst-Ulrich von Weizsäcker.

⁸⁴⁵ Lang (1996)

der Jugend gegen die „Verlogenheit“ der Nachkriegszeit, welche die Probleme der Nazisgreuel zwar zur Kenntnis genommen, aber nicht richtig aufgearbeitet habe.⁸⁴⁶

Schwarz kritisierte einen anderen Aspekt am Kehler Parteitag, eine jener „Errungenschaften“, die die SPD den „Tübingern“ zu verdanken habe. In Kehl sei zum ersten Mal deutlich geworden, daß die Abstimmung in den Kreisverbänden zu gebundenen Mandaten geführt habe. Dies habe er bemerkt, als er vor Kehl gemeinsam mit Krause von Ortsverband zu Ortsverband gereist sei, um für die Regierungsbeteiligung zu werben. Mit einer Taktik wie den imperativen Mandaten könne man zwar Mehrheiten auf Parteitagen gewinnen, nicht aber die Mehrheit in der Bevölkerung.⁸⁴⁷

In Kehl habe sich zum ersten Mal, so Schwarz, eine Gruppierung durchgesetzt, die später in der SPD (zumindest in Baden-Württemberg) dominiert habe: die Delegierten aus den Hochschul- und Universitätsstädten, die die Mehrheit der Delegierten aus den Gewerkschaften und Betrieben als Meinungsführer abgelöst hätten. Die außerparlamentarische Opposition und die aufmüpfige Jugend hätten der SPD zwar viele neue Parteimitglieder gebracht, aber diese hätten nicht gerade als Befürworter eines Zusammengehens von SPD und CDU gegolten.⁸⁴⁸ Dabei habe sicher auch eine Rolle gespielt, daß Baden-Württemberg die hochschulreichste Region in Deutschland gewesen sei. Die „alte, gestandene SPD“, auch mit kleinen Gewerbetreibenden als Parteimitgliedern, sei gegenüber der Verakademisierung in Kehl unter die Räder gekommen.⁸⁴⁹

Eine andere Frage sei, ob die Landesdelegiertenkonferenz tatsächlich die Meinung an der SPD-Basis widerspiegelt habe. Es gab nicht wenige, die der festen Überzeugung waren, gerade bei der SPD verschiebe sich das politische Koordinatenkreuz von der Wählerschaft über die einfachen Mitglieder hin zu den Funktionären immer weiter nach links.⁸⁵⁰ Heinz Bühringer zum Beispiel war dieser Ansicht. Die Delegiertenkonferenz habe mitnichten die Stimmung an der SPD-Basis repräsentiert. Die Mitglieder „in toto“ hätten seiner Ansicht nach für die Fortsetzung der Koalition gestimmt. Nur die „etwas gekünstelte und am Ende nicht repräsentative Delegiertenschaft“ habe dagegen gestimmt. Die Delegierten hätten nur

⁸⁴⁶ Böhme (1998). Das sah auch Ulrich Lang (1998) so.

⁸⁴⁷ Schwarz (1996)

⁸⁴⁸ Rhein-Neckar-Zeitung v. 20.5.68

⁸⁴⁹ Schwarz (1996)

⁸⁵⁰ Noller (1998) stimmte dem zu: „Die Leute, die die Partei führen, denken anders als die Basis.“

die Stimmung innerhalb eines Zirkels der SPD zum Ausdruck gebracht. Dies bereits ahnend, habe er vor dem Kehler Parteitag gefordert, eine Mitgliederbefragung durchzuführen, finanziell und organisatorisch kein größerer Aufwand als ein Parteitag. Doch der Vorschlag wurde im Landesvorstand „in nicht mal fünf Minuten“ zu den Akten gelegt, auch von Krause und seinen Anhängern, die sich ihrer Sache wohl (zu) sicher gewesen seien.⁸⁵¹ Auch Schwarz vermutete, daß eine Delegiertenkonferenz der SPD eine Links-Verschiebung im politischen Koordinatenkreuz ihrer Anhängerschaft darstelle.⁸⁵² Dagegen war Lang der Ansicht, daß der Parteitag die Stimmung an der Basis richtig wiedergegeben habe.⁸⁵³ Lehmann stellte lapidar fest: „Parteitag ist Parteitag.“ Die Beschlüsse dort seien bindend gewesen.⁸⁵⁴

Ulrich Lang erinnerte sich, daß es bei der Entscheidung in Kehl gar nicht so sehr um politische Einzelentscheidungen gegangen sei, sondern grundsätzlich um die Frage, ob die SPD als Partei den Weg einer pragmatischen Anpassung an die bestehenden Verhältnisse mit lauter Kompromissen gehe, oder ob die SPD die Kraft finde, eine eigene gesellschaftspolitische Vision zu entwickeln, und zu der auch uneingeschränkt zu stehen. Die Generation, die in der Nachkriegszeit pragmatische Politik gemacht habe, und, charakteristisch für das Parlament der Nachkriegszeit, auf ein hohes Maß an Konsens unter den politisch Verantwortlichen angelegt gewesen sei, hinterlasse bei den Jüngeren den Eindruck, es ginge nicht mehr um eine Idee und einen gesellschaftspolitischen Entwurf, sondern eigentlich nur noch um Machbarkeit und Kompromisse. Das sei wohl der eigentliche Grund für den Konflikt von Kehl, der sich festgemacht habe an der Frage der Großen Koalition und ob die SPD noch eine eigenständige, gesellschaftspolitisch formende Kraft sei oder nur ein Anhängsel der CDU. Ulrich Lang versicherte, daß er damals in seiner Entscheidung gegen die Große Koalition „absolut bona fide“ gehandelt habe.⁸⁵⁵

⁸⁵¹ Bühringer (1996)

⁸⁵² Schwarz (1996). Ein Beleg sind die Verschiebungen in der Mitgliederstruktur bei den Jungsozialisten. Während bei den Jungsozialisten im Jahre 1971 24 Prozent der Mitglieder Arbeiter waren, waren auf einem Bundeskongreß ein Jahr später nur noch 3,5 Prozent Arbeiter. (Eutebach 36)

⁸⁵³ Lang (1996)

⁸⁵⁴ Lehmann (1996)

⁸⁵⁵ Ulrich Lang (1998)

Zu der Gruppe derer, die „Nein“ sagten zu einer Koalition mit der CDU, gehörten Politiker wie Horst Ehmke, Volker Hauff, Gunter Huonker, Harald B. Schäfer⁸⁵⁶ und Peter Conradi. In dieser Reihe fällt insbesondere Rolf Böhme auf. Der Freiburger Oberbürgermeister hat sich im Laufe der Jahre zu einem pragmatischen, bei Volkswahlen sehr erfolgreichen Sozialdemokraten entwickelt. Daß auch er 1968 gegen die Große Koalition gestimmt hat, belegt, daß die Ablehnung keineswegs nur aus dem Lager der „Total-Verweigerer“ kam. Viele sagten „Nein“ wegen der aktuellen Erfahrungen mit der Bonner CDU/SPD-Koalition, und weil sie aus ihrem demokratischen Grundverständnis heraus eine starke Opposition für notwendig hielten.⁸⁵⁷

Auch die Gewerkschaften waren in Kehl tief gespalten. Manche befürworteten eine Fortsetzung der Koalition, andere wie Eugen Loderer waren strikt dagegen. Loderer wurde von den „Rotkehlchen“ sogar zum offiziellen Repräsentanten des Kehler „Oppositionsantrags“ bestimmt. Die Haltung von Eugen Loderer blieb vielen unverständlich, weil Loderer Mitglied der SPD-Verhandlungskommission gewesen war, die vor Kehl mit der CDU über die Bedingungen zur Fortsetzung der Großen Koalition verhandelt hatte.⁸⁵⁸ Schwarz vermutete hinter der Haltung mancher Gewerkschafter auch ein Stück weit kalkulierten Opportunismus, sich mit den jungen Linken, denen man für die Zukunft viel zutraute, von Anfang an gut zu stellen.⁸⁵⁹ Lang analysierte, daß „jung und links“ zusammengehört hätten, und die Gewerkschaften seien damals eben links gewesen.⁸⁶⁰

In Kehl habe es aber auch Vertreter des linken Flügels gegeben, die für die Fortsetzung der Großen Koalition votiert hätten. Zu ihnen habe damals auch Gerhard Noller gezählt, der kurz zuvor am 28. April 1968 erstmals in den Landtag gewählt worden sei, und damals

⁸⁵⁶ Harald B. Schäfer (geb. 1938) (SPD) war von 1972 bis 1992 Mitglied des Deutschen Bundestags und von 1992 bis 1996 Umweltminister von Baden-Württemberg. (Landtag (1996) 67) (Auskunft des Deutschen Bundestags vom 7.6.98). Schäfer kämpfte stets für den „geordneten Ausstieg“ aus der Kernenergie. Wie der Journalist Klaus Fischer schrieb, gefiel sich Schäfer als politischer Philosoph, der in seiner Partei mit missionarischem Eifer den fundamentalistischen Flügel befruchtete. Nach der Landtagswahl 1996, als die SPD die Regierungsverantwortung und er sein Ministeramt verlor, gewann er im Wahlkreis Bietigheim-Bissingen ein Landtagsmandat, das er jedoch kurz darauf niederlegte. Mit 58 Jahren stieg er aus der großen Politik aus und zog sich ins Privatleben zurück. (Stuttgarter Zeitung v. 20.7.98).

⁸⁵⁷ Böhme 17. Rolf Böhme hat sich dann 1992, als sich bei den baden-württembergischen Genossen wieder die Frage „Große Koalition - ja oder nein“ stellte, für ein solches „Zweckbündnis auf Zeit“ ausgesprochen. - Die Bonner SPD war im übrigen 1968 gar nicht begeistert von der Entscheidung der Landesdelegiertenkonferenz. Sie lehnte noch am Sonntag jeden Kommentar zum Kehler Beschluß ab. (Rems-Zeitung v. 20.5.68)

⁸⁵⁸ Bühringer (1996) und Schwarz (1996). Bei Karl Schwab, so Schwarz, habe man nicht genau gewußt, woran man war.

⁸⁵⁹ Schwarz (1996)

⁸⁶⁰ Lang (1996)

noch als „Linker“ gegolten habe. Der Studienprofessor und Pfarrer berichtete, wie er ursprünglich gegen die Große Koalition stimmen wollte. Dann aber, auf der Fahrt nach Kehl, habe er seine Meinung geändert, „weil es keine andere vernünftige Lösung gab als die Fortsetzung der Großen Koalition“. Weil die Liberalen sich verweigert hätten und die CDU keine Minderheitsregierung bilden wollte, blieben bei einem Nein der SPD nur Neuwahlen, die die NPD noch weiter gestärkt hätten. Deshalb stimmte Noller „für Krause“, wie er sich ausdrückte.⁸⁶¹ Noller interpretierte das Abstimmungsergebnis von Kehl so, daß die Linken grundsätzlich gegen jede Koalition mit der CDU gewesen seien. Da sei der tiefe Riß innerhalb der Partei schon deutlich sichtbar gewesen. Noller erhob den Vorwurf, daß das Verhalten der Linken nicht nur innerer Überzeugung entsprach, sondern zum Teil „heuchlerisch“ gewesen sei. Diese Gruppierung habe die Abstimmung von Kehl dazu instrumentalisiert, ihre Macht innerhalb der Partei zu demonstrieren und die Etablierten loszuwerden.⁸⁶²

Manch ein Gegner der Großen Koalition hat später sein Abstimmungsverhalten bedauert, gab Karl Feuerstein zu, Mannheimer SPD-Urgestein und ehemals Gesamtbetriebsratsvorsitzender der heutigen Daimler-Chrysler AG.⁸⁶³ „Für uns“, schrieb Feuerstein in der Festschrift zu Krauses 80. Geburtstag, „war Walter Krause der Inbegriff derer da oben, die so völlig abgehoben von der Basis Politik machen“. Deshalb habe er als „strammer Jungsozialist“, ungeübt im Tragen politischer Verantwortung, mit den „Rotkehlchen“ gestimmt. Seine späte Einsicht lautete: „Er (Krause) wußte schon lange, was ich noch erfahren sollte, daß Juso- oder Funktionärsmeinungen nicht die Basis sind, sofern man als Basis eine in breiten Schichten der Bevölkerung verankerte Auffassung versteht.“⁸⁶⁴

⁸⁶¹ Noller (1998)

⁸⁶² Ebd.

⁸⁶³ Karl Feuerstein wurde 1940 als Sohn eines Schreiners in Mannheim geboren. 1968 wurde er in den Kreisvorstand der Mannheimer SPD, 1976 zu ihrem Vorsitzenden gewählt, 1971 zum Stadtrat im Mannheimer Gemeinderat. (Brach 41) - Bei seinem Rückzug von der Funktion des Gesamtbetriebsratsvorsitzenden der Daimler-Chrysler AG beschrieb Harry Pretzlaff Karl Feuerstein in einem Artikel in der Stuttgarter Zeitung („Engagierter Co-Manager fürs Arbeitnehmerlager“ (2.2.99)): Er sei nie als hitziger Klassenkämpfer hervorgetreten, sondern habe sich eher in der Rolle des modernen Arbeitnehmersvertreter gefallen, der als „Co-Manager“ betriebswirtschaftliche Zwänge nicht wegdiskutiert habe. Wie Walter Krause blieb Karl Feuerstein „seinem“ Mannheim stets verbunden. Beim „Benz“ in Mannheim hatte er 1955 eine Lehre als Feinblechner absolviert. Anlässlich dieses Rückzugs von der Funktion des Gesamtbetriebsratsvorsitzenden schloß sich der Kreis. Karl Feuerstein sagte, daß er stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion im Mannheimer Gemeinderat bleiben wolle. Aus gesundheitlichen Gründen schied er 1999 aus dem Gemeinderat aus. (Ähnlich in den Stuttgarter Nachrichten v. 2.2.99)

⁸⁶⁴ Büscher 21

Hans-Otto Schwarz glaubte, die Entscheidung in Kehl sei „pure Stimmung“ gewesen und wenig durchdacht. Auch Gerhard Lang vertrat später die Ansicht, die Abstimmung sei ganz wesentlich emotional gewesen. Eine Rolle habe auch gespielt, daß die Ministerriege „so etabliert“ gewirkt habe. Da habe die Auseinandersetzung der Polizei mit den jugendlichen Demonstranten besondere Gefühle geweckt.⁸⁶⁵ Von großer Bedeutung für die Kritiker Krauses sei das Verbot des Heidelberger SDS (Sozialistischer Deutscher Studentenbund) durch den Innenminister gewesen.⁸⁶⁶ Dies bestätigt auch Ulrich Maurer, amtierender Landes- und Fraktionsvorsitzender der SPD und damals Mitglied des Allgemeines Studentenausschusses der Universität Tübingen.⁸⁶⁷

Bühringer zog eine Verbindung zu den Vorgängen rund um den Schah-Besuch in Heidelberg.⁸⁶⁸ Oberbürgermeister Rolf Böhme stellte diese Ereignisse und das Attentat auf Rudi Dutschke in einen größeren Zusammenhang. Während die Älteren aus diesen Ereignissen vor allem den Wunsch nach Sicherheit und Ordnung ableiteten, ging es für die 68er um eine neue Lebensform. Walter Krause habe das Pech gehabt, gerade auf diese Stimmung zu treffen. Er glaube, daß Walter Krause zu einer anderen Zeit Recht bekommen hätte. Aber in der Zeit des Umbruchs seien andere Entwürfe gefragt gewesen. Diesen Wunsch nach Veränderungen habe Krause auch aufgegriffen mit seiner Verwaltungsreform, doch die sei ein „blasses Gebilde“ gewesen im Verhältnis zu einer Reform des Bodenrechts, der Hochschulen oder der Entrümpelung der gesamten Justiz. Dieses Flair des Neuen, des Aufbruchs habe der Politik der SPD-Regierungsmitglieder in den Augen der jungen Delegierten gefehlt. Das sei, neben tausend anderen Argumenten, der tiefere Grund dafür gewesen, daß die Minister bei den Delegierten nicht „rüberkamen“ und bei ihnen auf Ablehnung stießen.⁸⁶⁹

Interessant liest sich die Analyse der Rhein-Neckar-Zeitung: „Die Neinsager zielten auf Krause und wollten Herbert Wehner treffen. Das Nein von Kehl ist ein Nein zu Bonn.

⁸⁶⁵ Lang (1996)

⁸⁶⁶ Schwarz (1996); Lang (1996) - Die Differenzen der SPD mit dem von ihr finanzierten und protegierten Sozialistischen Studentenbund wurden schon Ende der fünfziger Jahre so schwerwiegend, daß sie schließlich 1960 die Mitgliedschaft im SDS mit der in der SPD für unvereinbar erklärte und die Gründung des Sozialdemokratischen Hochschulbundes (SHB) veranlaßte. (Miller 47)

⁸⁶⁷ Maurer 74

⁸⁶⁸ Bühringer (1996)

⁸⁶⁹ Bühringer (1966)

Denn jene, die die SPD aus der Opposition heraus neu formieren wollen, wissen sehr genau, daß das eine bundes- und keine landespolitische Angelegenheit ist. Gewiß wird noch viel Wasser den Rhein hinunterfließen, bis die durch den Steinwurf in Kehl ausgelöste Bewegung das Bonner Bundeshaus erreicht hat. Aber Bonn liegt ebenso wie Kehl am gleichen Strom, und das Votum der Baden-Württemberger wird die Genossen im Bund nicht unbeeindruckt lassen.“⁸⁷⁰

Tatsächlich sind die Ereignisse in Kehl nicht isoliert von der Bundes-SPD zu betrachten. Es war sicher kein Zufall, daß der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Heinz Kühn⁸⁷¹ am selben Wochenende, als die Delegiertenkonferenz in Kehl stattfand, vor einer Landeskonferenz seiner Partei in Mülheim forderte, die SPD müsse eine „linke Volkspartei“ sein. Links von ihr dürften keine Gruppen entstehen, die die Chance hätten, in den Bundestag zu kommen. Dazu gehöre, daß die Partei „nicht als progressive Mittelpartei auftrete“, sondern in Bonn die Alternative zur CDU „bis zu jeder Konsequenz“ deutlich mache. Genau derselbe grundsätzliche Konflikt bestand in Kehl. Kühn kritisierte, die Partner der Großen Koalition in Bonn hätten dieses Bündnis „wie eine kurze illegitime Liebesbeziehung im Hausflur der Geschichte“ behandelt. Der Geschäftsführer der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion, Karl Wienand⁸⁷² erklärte auf demselben Kongreß, Konflikte mit Massenorganisationen wie den Gewerkschaften könne und dürfe sich die SPD in Zukunft nicht mehr erlauben. Zur selben Zeit fand auch eine geheime Klausurtagung des SPD-Präsidiums in Bonn statt. Es sickerte durch, daß dort aufgrund der Ablehnung der Großen Koalition durch die Delegierten die aktuellen Ereignisse in Kehl mit großer Sorge beobachtet wurden.⁸⁷³

⁸⁷⁰ Rhein-Neckar-Zeitung v. 20.5.68

⁸⁷¹ Heinz Kühn (1912-1992) (SPD) gehörte demselben Jahrgang an wie Walter Krause. Der Sohn eines Schreiners schloß sich 1928 den Roten Falken an, 1930 der SPD und dem Reichsbanner. Während seines Studiums der Volkswirtschaft und Staatswissenschaft von 1931 bis 1933 in Köln stand er der Sozialistischen Arbeiterpartei nahe. Als Vorsitzender der Sozialistischen Studentenschaft, Vorstandsmitglied des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold und Mitarbeiter der Rheinischen Zeitung wurde Kühn 1933 verhaftet. Nach seiner Entlassung emigrierte er im Mai 1933 ins Saargebiet. Im Herbst 1933 versuchte er, im Rheinland verschiedene Widerstandsgruppen zu einer sozialistischen Front zusammenzufassen. Über Prag floh er nach Belgien, wo er während der deutschen Besatzung aus dem Untergrund die „Freiheitsbriefe an die deutsche Wehrmacht“ herausgab. Nach dem Krieg wurde er Politiker. Er gehörte von 1948 bis 1978 dem Landtag von Nordrhein-Westfalen und von 1953 bis 1963 dem Deutschen Bundestag an. Von 1966 bis 1978 war er Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen. (Munzinger 19/92; Lexikon 115) – Weitere Literatur: Heinz Kühn, Widerstand und Emigration – Die Jahre 1928 bis 1945, Hamburg 1980.

⁸⁷² Karl Wienand (geb. 1926) (SPD) gehörte von 1953 bis 1974 dem Deutschen Bundestag an. 1996 wurde er wegen geheimdienstlicher Tätigkeit für die DDR verurteilt. (Munzinger 41/96)

⁸⁷³ Rhein-Neckar-Zeitung v. 20.5.68

Im Jahre 1969 drohte der SPD auf Bundesebene eine ähnliche Kraftprobe wie in Baden-Württemberg. Vor der Bundestagswahl erschien ein Wahlausgang, der eine Fortsetzung der Großen Koalition unter Führung der CDU/CSU bedeutete hätte, als durchaus wahrscheinlich. Die SPD befand sich in Bonn in einer ähnlichen Situation wie in Stuttgart. Im Bund und im Südwesten saßen die Sozialdemokraten als kleinerer Partner in einer Großen Koalition auf der Regierungsbank. In Bonn und in Stuttgart waren die Großen Koalitionen in relativ kurzer Zeit zustande gekommen, der innerparteilichen Opposition in der SPD blieb wenig Zeit zur Agitation. Außerdem wäre sie wohl ohne Chance geblieben, denn die große Mehrheit der Partei sehnte nach einer langen Zeit der Machtlosigkeit, im Bund und im Land, die Beteiligung an der Regierung herbei. Doch in den Jahren 1968 bzw. 1969, als in Stuttgart bzw. Bonn die Neuaufgabe der Großen Koalition zur Debatte stand, hatte sich in der Partei Ernüchterung breit gemacht. Die Gegner eines Bündnisses mit der Union gewannen an Boden. Es wurde die Forderung erhoben, nach der Bundestagswahl wie in Baden-Württemberg einen Sonderparteitag über die Fortsetzung der Großen Koalition entscheiden zu lassen. Eine Fortführung dieses Bündnisses ohne Befragung der Partei dürfe es nicht mehr geben. Nur das Wahlergebnis der Bundestagswahl bewahrte die Bundes-SPD vor einer Zerreißprobe.⁸⁷⁴ Der Parteivorsitzende und Außenminister Willy Brandt sprach sich vorsichtig gegen eine Fortsetzung des Bündnisses mit der CDU aus, als er auf dem Nürnberger SPD-Bundesparteitag im Jahre 1968 sagte, daß eine Große Koalition „kein idealer Dauerzustand“ sei.⁸⁷⁵ Ein Jahr zuvor hatte sich Willy Brandt noch deutlicher ausgedrückt und damit die Stimmung der entschiedenen Gegner einer Großen Koalition in seiner Partei getroffen: „Sie (Anm.: Die Große Koalition) arbeitet, sie zieht den Karren aus dem Dreck, und dann gehen wir nach Hause, weil andere es verstehen, den Verdienst daran in ihre Scheuern zu fahren.“⁸⁷⁶ Erhard Eppler, Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit im Kabinett Kiesinger/Brandt, sah die SPD in einer „unerträglichen Hofnarrenrolle“.⁸⁷⁷ Joachim Steffen, Vorsitzender des SPD-Landesverbandes Schleswig-Holstein, kritisierte, daß die SPD durch den Verzicht auf ideologische Ziele die Bindung zu ihren traditionellen Wählerschichten verliere.⁸⁷⁸ Michael Fülgraff bezweifelte, daß große Koalitionen ein Zeichen demokratischer Gesellschaften seien, sondern vielmehr der Ausdruck der Angst vor Konflikten und des Zaubers, der in der deutschen Politik vom Begriff der

⁸⁷⁴ Rolf Seeliger, SPD - Großer Kompromiß ohne Ende? München 1969 (insbesondere S.7-12)

⁸⁷⁵ Seeliger 13

⁸⁷⁶ Ebd. 7

⁸⁷⁷ Seeliger 14

⁸⁷⁸ Ebd. 16-17

„Mitte“ ausgehe. Offen trat Fülgraff für eine Umverteilungspolitik ein, denn es sei einfach nicht möglich, daß Arbeiter und Unternehmer zur gleichen Zeit mehr bekommen.⁸⁷⁹ Günter Grass sprach in einem Brief an Willy Brandt von der „großen Kumpanei“ und Rolf Seeliger vom „Großen Kompromiß ohne Ende“.⁸⁸⁰

Kehren wir zur Südwest-SPD zurück und betrachten den Fortgang des Geschehens.

Unmittelbar nach Kehl setzte in der SPD eine Gegenbewegung ein, mit dem Ziel, den Beschluß der Delegiertenversammlung zu revidieren. Zahlreiche SPD-Mitglieder schickten Protesttelegramme, regionale Parteivorsitzende traten zurück oder drohten mit dem Rücktritt. Es wurde erwogen, den für den 9. und 10. November geplanten ordentlichen Parteitag vorzuziehen. Abgeordnete wiesen darauf hin, sie seien als Volksvertreter nicht an Weisungen gebunden, sondern nur ihrem Gewissen verpflichtet.⁸⁸¹

Walter Krause hat sich an diesen Diskussionen zunächst nicht beteiligt. Nach seiner durch den Kehler Beschluß erzwungenen Absage an die CDU hat Filbinger Gespräche mit der FDP aufgenommen. Die FDP, mit einem starken Wahlergebnis im Rücken (14,4 Prozent), hatte nach der Landtagswahl und vor Kehl wiederholt betont, in der Opposition bleiben zu wollen.⁸⁸² Auch nach dem Angebot Filbingers haben die Liberalen nach außen hin zunächst keine große Bereitschaft gezeigt, mit der CDU zu koalieren. Die FDP stellte der CDU Forderungen, die praktisch der Ablehnung einer Koalition gleichkamen. So erwarteten die Liberalen, daß eine mögliche Stuttgarter CDU/FDP-Koalition in Bonn gegen die amtierende Koalition Kiesinger/Brandt arbeiten und im Bundesrat gegen die geplanten Notstandsgesetze stimmen sollte. Ministerpräsident Filbinger bezeichnete dieses Verhalten als „anmaßend und arrogant“.⁸⁸³ Die CDU antwortete der FDP, daß eine Partei, die nur 14,4 Prozent der Wählerstimmen erhalten habe, die größte Partei des Landes nicht schon vor der Aufnahme von Verhandlungen zur Kapitulation zwingen könne.⁸⁸⁴

⁸⁷⁹ Ebd. 43

⁸⁸⁰ Ebd. 49

⁸⁸¹ Rhein-Neckar-Zeitung v. 20.5.68; Rems-Zeitung v. 22.5.68

⁸⁸² Reutlinger Generalanzeiger v. 16.5.68

⁸⁸³ Rems-Zeitung v. 21.5.68 und v. 24.5.68

⁸⁸⁴ Rems-Zeitung v. 25.5.68

Bei der rückblickenden Erörterung der Ereignisse nach Kehl wird das Verhalten der FDP leicht vergessen. Dabei war es das entscheidende Argument, das bei den Spitzen der Südwest-SPD die Abkehr von den Kehler Beschlüssen ins Rollen brachte. Weil die CDU eine Minderheitsregierung ablehnte und mit der NPD niemand koalieren wollte, schienen Neuwahlen der einzige Ausweg zu sein.⁸⁸⁵ Die aber wollte außer der NPD, die im April 1968 sensationelle 9,8 Prozent erzielt hatte und sich weiter im Aufwind wähnte, niemand. In dieser Situation kam Filbinger wieder auf die SPD zu und fragte die Sozialdemokraten, ob sie nicht doch die Koalition mit der CDU fortsetzen wollten. Diesen Vorschlag machte Filbinger den SPD-Vormännern Krause und Möller bei einem geheimen Treffen auf der Solitude.⁸⁸⁶

Nach Ansicht von Krause hatten sich damit die Rahmenbedingungen seit dem Parteitagbeschuß von Kehl grundlegend geändert. Die CDU und FDP fänden nicht zueinander, damit drohte das Land unregierbar zu werden oder, im Fall von Neuwahlen, eine Erhöhung des rechten Stimmenanteils. Er schlug deshalb der SPD-Fraktion vor, die Koalition mit der CDU doch fortzusetzen. Krause rechtfertigte dies auch damit, daß Abgeordnete nicht an Aufträge und Weisungen gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen seien. Krause, Schwarz und Hirrlinger, unterstützt aus der Ferne von Altmeister Alex Möller, marschieren an der Spitze derjenigen Abgeordneten, die trotz Kehl die Fortsetzung der Regierungsbeteiligung forderten.⁸⁸⁷

Es folgten hitzige Debatten innerhalb der SPD. Doch Krause war sich von Anfang an sicher, daß die Mehrheit der Fraktion in seinem Sinne entscheiden würde. „Es war klar, daß die Abgeordneten auf der normalen Linie bleiben. Die Fraktion war durchaus vernünftig.“⁸⁸⁸ Die Fraktion entschied sich schließlich mit großer Mehrheit für eine Fortsetzung der Koalition, sie „ist gestanden“, wie sich Hans-Otto Schwarz ausdrückte.⁸⁸⁹

Die SPD machte folgende Punkte zur Bedingung für erfolgreiche Verhandlungen mit der CDU:

- ▶ Gesamtkonzeption für eine umfassende Reform der öffentlichen Verwaltung

⁸⁸⁵ dpa v. 18.5.68

⁸⁸⁶ Schieler (1997)

⁸⁸⁷ Lindemann 10

⁸⁸⁸ Krause (1994/4)

⁸⁸⁹ Schwarz (1996); Schieler (1997)

- ▶ Umfassende Reformen im Bildungswesen (Änderung des konfessionellen Status der Pädagogischen Hochschulen, Einrichtung von Bildungszentren, verstärkte Gesamtschulversuche, Schaffung von Ganztages- und Tagesheimschulen, Intensivierung der politischen Bildung, Hochschulreform als ständige Aufgabe)
- ▶ Bessere Finanzausstattung der Gemeinden
- ▶ Sicherung der Vollbeschäftigung bei einer Politik des sozialen Ausgleichs
- ▶ Erstellung langfristiger Planungen als Basis für die Investitionsprogramme des Landes
- ▶ Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Landwirtschaft in der Europäischen Gemeinschaft
- ▶ Mehrheitsbildendes Wahlrecht in Bund und Land⁸⁹⁰

Nachdem die CDU einen guten Teil dieser Forderungen voll oder teilweise akzeptiert hatte, empfahl der Vorstand der Fraktion am 10. Juni 1968 die Weiterführung der Koalition mit der CDU. Mit 32:4 Stimmen beschloß diese dann das neue Bündnis mit der CDU. Jetzt machte sich bezahlt, daß Krause als Fraktionsvorsitzender eine „absolute Autorität“ war. Man habe nie den Eindruck gehabt, daß ihm die Zügel entgleiten konnten, charakterisierten ihn SPD-Abgeordnete. Wie sich Ulrich Lang erinnerte, fiel allerdings auch auf, daß Krause bei Dingen, die er für richtig hielt, „nicht übermäßig kommunikativ“ war.⁸⁹¹ Auch Gerhard Noller, damals ganz neu in der SPD-Landtagsfraktion, bestätigte, daß es vor allem Krause, seine Ministerkollegen und Heinz Bühringer waren, die die Entscheidung für die Fortsetzung der Großen Koalition maßgeblich herbeigeführt haben.⁸⁹² In den Diskussionen über dieses Fraktionsvotum wird allerdings häufig vergessen, daß auch der Landesvorstand der Partei den Beschluß zur Fortführung der Koalition (trotz der Beschlüsse von Kehl!) mit 11:5 Stimmen billigte.⁸⁹³

⁸⁹⁰ Von der Position der SPD aus betrachtet erscheint die Forderung nach einem mehrheitsbildenden Wahlrecht zunächst wie ein tollkühnes Unterfangen, wenn man bedenkt, daß die SPD bei den meisten Wahlen in Baden-Württemberg nur wenige Direktmandate gewinnen konnte. Aus der Sicht der zur Mitte hin tendierenden SPD-Abgeordneten machte die Initiative politisch aber sehr wohl Sinn. Die Gruppe um Heinz Bühringer erhoffte sich nämlich von einem mehrheitsbildenden Wahlrecht eine Selbstheilung der SPD. Denn wer beim Mehrheitswahlrecht bestehen will, muß sich an den Erwartungen der Mehrheit der Bevölkerung orientieren. Das Beispiel Großbritannien belegt dies eindrucksvoll.

⁸⁹¹ Ulrich Lang (1998)

⁸⁹² Noller (1998)

⁸⁹³ Auch Manfred Lehmann stellte klar, daß der Entschluß zur Weiterführung der Koalition mit der CDU nicht einsam von Walter Krause getroffen werden konnte. Hierzu war ein Votum der Fraktion notwendig. (Lehmann (1996)); Bühringer (1996)

Die SPD blieb mit vier Ministern in der neuen Regierung, wobei anstelle von Finanzminister Kurt Angstmann der bisherige Fraktionsvorsitzende Walter Hirrlinger als neuer Arbeits- und Sozialminister ins Kabinett rückte. Heinz Bühringer wurde zum neuen Fraktionsvorsitzenden gewählt.⁸⁹⁴ Eppler kritisierte in diesem Zusammenhang die Entscheidung der Parteispitze, das Finanzministerium aufzugeben, weil damit ein großer Machtverlust verbunden gewesen sei.⁸⁹⁵

Die Entscheidung vom 10. Juni 1968 führte zu einem Aufruhr in der Partei. Ulrich Lang berichtete, wie das Abstimmungsergebnis der Fraktion als „Schlag“ und „Ungeheuerlichkeit“ empfunden wurde, die bei vielen, die als Delegierte in Kehl dabei gewesen waren, die eigene Meinung über die Etablierten voll bestätigt habe.⁸⁹⁶ Oberbürgermeister Rolf Böhme beschrieb die Stimmung von damals so: „Wir waren empört.“ Die Antwort der sich düpiert fühlenden „Rotkehlchen“ sei die Geburtsstunde des Tübinger Kreises gewesen.⁸⁹⁷ Der spektakulärste Schritt war das Ausschlußverfahren, das vom Kreisverband Stuttgart mit ihrem Wortführer Peter Conradi gegen die 32 Landtagsabgeordneten beantragt wurde, die für die Fortführung der Koalition mit der CDU gestimmt hatten. Auch in Freiburg probten die Linken um Böhme und Fülgraff den Aufstand. Sie traten aus dem von Rudolf Schieler angeführten Vorstand der Freiburger SPD aus und sprachen auf einer Pressekonferenz Schieler das Mißtrauen aus. Später versuchten sie bei einer außerordentlichen Mitgliederversammlung, Schieler vorzeitig als Vorsitzenden abzuwählen. Dabei unterlag Böhme gegen Schieler, den er jedoch kurze Zeit später, als die Amtsperiode von Schieler als Ortsvereinsvorsitzender regulär auslief, dann doch besiegen konnte.⁸⁹⁸ Gerhard Noller dagegen, Befürworter der Großen Koalition, Mitglied der Landtagsfraktion und damals auch Kreisvorsitzender in Reutlingen, hatte ganz andere Erfahrungen gemacht. Er habe „nicht viel“ Empörung der Basis zu spüren bekommen. Dies führt er darauf zurück, daß die Entscheidung von Kehl gar nicht so sehr dem Willen der eigentlichen Basis der SPD entsprochen hätte, sondern den eher linken Parteitagsdelegierten.⁸⁹⁹

⁸⁹⁴ Rhein-Neckar-Zeitung v. 2.7.68

⁸⁹⁵ Eppler (1997)

⁸⁹⁶ Ulrich Lang (1998)

⁸⁹⁷ Böhme (1998)

⁸⁹⁸ Schieler hielt sich schadlos, in dem er kurz darauf zum Vorsitzenden der nächsthöheren Parteigliederung, des Unterbezirks, gewählt wurde. Er wurde dann auch 1972 wieder als Landtagskandidat nominiert. Dabei gelang es Schieler, Ministerpräsident Filbinger, der als Spitzenkandidat seiner Partei im ganzen Land die absolute Mehrheit gewann, in seinem eigenen Wahlkreis das Direktmandat abzunehmen.

Conradi war auch noch in der Rückschau der Ansicht, daß Krause und seine Ministerkollegen schon in Kehl beschlossen hätten, doch mit der CDU zusammenzugehen, und daß dieser Entschluß nicht erst nach der Absage der CDU an die FDP und der Furcht vor Neuwahlen getroffen worden sei. Denen sei zwar klar gewesen, daß sie nicht so weitermachen konnten wie bisher, aber das Gesetz des Handelns habe bei der Fraktion gelegen. Die Minister ließen nach Einschätzung Conradis nur eine Schamfrist vergehen, um danach zu sagen: „Jetzt machen wir´s“. ⁹⁰⁰ Mit dieser Vermutung lag Conradi vielleicht gar nicht so falsch. Im Anschluß an den Parteitag fuhren die großen Männer der Südwest-SPD, Walter Krause und Alex Möller, gemeinsam in einem Auto zurück nach Karlsruhe, wo Krause dann in sein eigenes Auto umstieg. Dabei berieten sie die Konsequenzen aus dem Parteitagsbeschuß. Wie Krause andeutete, fiel bereits hier eine Vorentscheidung, die Große Koalition in der Fraktion gegen die Parteitagsmehrheit durchzufechten. Dem stehen jedoch andere Aussagen gegenüber, die im Nicht-Zustandekommen einer CDU/FDP-Koalition den entscheidenden Beweggrund für die SPD sahen, doch ein Regierungsbündnis mit der CDU abzuschließen. Denn andernfalls hätten Neuwahlen gedroht, die nur die NPD noch stärker gemacht hätten. ⁹⁰¹

Conradi berichtete, daß die Tübinger damals überlegt hätten, ob sie den „ganz großen Konflikt anzünden sollten. Aber wir sahen da keine Möglichkeit, denen groß in den Arm zu fallen“. ⁹⁰² Zu größeren Aktionen gegen die Entscheidung der Fraktion war der Tübinger Kreis nicht in der Lage, weil es sich nur um wenige aktive Personen handelte, die keinen Apparat hinter sich hatten. Konsequenter wäre nach Ansicht von Peter Conradi gewesen, einen Sonderparteitag einzuberufen „und die entsprechenden Leute ans Kreuz zu schlagen“. Dazu habe aber sowohl die organisatorische als auch die emotionale Kraft gefehlt. „Wir waren zu erschlagen.“ ⁹⁰³

Wie konnte die Fraktionsführung der SPD ihre Abgeordneten dazu bewegen, sich über das Votum des Parteitages hinwegzusetzen? Natürlich gab es diejenigen, die durch Ämter und Posten im Kabinett ein persönliches Interesse an der Regierungsbeteiligung der SPD hatten. Für die Mehrheit der SPD-Parlamentarier aber traf dies nicht zu. Daß sie sich dennoch

⁸⁹⁹ Noller (1998)

⁹⁰⁰ Conradi (1998)

⁹⁰¹ Krause (1994/4)

⁹⁰² Conradi (1998)

⁹⁰³ Ulrich Lang (1998)

von Krause überzeugen ließen, begründete Lang mit einer ganz menschlichen Schwäche: „Die Abgeordneten hatten am Fraktionstisch eine andere Meinung als im Wahlkreis am Biertisch.“ Sie ließen sich von Krause mit dem Argument am Portepeee fassen, man trage gemeinsam eine staatspolitische Verantwortung, eine einmal begonnene Arbeit zu Ende zu führen. Walter Krause hatte in der Fraktion eine eindeutige Führungsrolle und die Entscheidung sei, so empfand es jedenfalls Lang, sehr von seiner Persönlichkeit geprägt gewesen. Die Abgeordneten hätten gedacht: „Wenn der das sagt, dann muß das schon richtig sein“.⁹⁰⁴

Walter Hirrlinger, damals noch Fraktionschef, sprach gegenüber dem Verfasser dieser Arbeit davon, daß er selbst die treibende Kraft hinter der Entscheidung der Fraktion für die Fortsetzung der Koalition mit der CDU gewesen sei. „Ich gehe doch nicht freiwillig in die Opposition“, war sein Grundsatz. Er wandte sich damals, wie übrigens auch heute als VdK-Präsident, strikt gegen jede Verweigerungshaltung. Nur weil „ein paar Verrückte“ leichtfertig das Mitregieren aufs Spiel setzten, gebe er nicht auf. Man müsse doch zumindest den Versuch machen, eine Regierung zu bilden.⁹⁰⁵

Krauses für die Kontakte zur Partei zuständiger Referent im Innenministerium, Gerhard Lang, hatte nach dieser Entscheidung „die Freude“, wie er sich ausdrückte, die Parteigliederungen im Land zu bereisen und die Entscheidung der Fraktion an der Basis zu vermitteln. Dabei bekam er einiges zu hören, wie er erzählte. Er selbst verteidigte das Vorgehen der Fraktion mit den Argumenten, die Kreis- und Gemeindereform müsse durchgeführt werden, und die Abschaffung der konfessionellen Lehrerbildung sei die logische Fortsetzung der Abschaffung der Konfessionsschulen. Man dürfe eine angefangene Arbeit nicht einfach liegen lassen. Lang argumentierte auch mit der „Bonität und Solidität“ der Figur Krause. Allerdings, so Lang, sei der Unmut der Basis „schon verdammt groß“ gewesen. Die Entscheidung der Fraktion, sich über den Parteitagsbeschluß hinwegzusetzen, sei an der „Grenze des Zumutbaren für die Partei“ gewesen.⁹⁰⁶

Der Beschluß der Landesdelegiertenkonferenz blieb kurzfristig wirkungslos, weil sich die Fraktion darüber hinwegsetzte. Langfristig aber haben die „Rotkehlchen“ doch den Sieg

⁹⁰⁴ Lang (1996)

⁹⁰⁵ Hirrlinger (1997)

⁹⁰⁶ Lang (1996)

davongetragen. Denn an der neuen Mehrheit in der SPD links von der Mitte änderte das Verhalten der Fraktion nichts. Walter Hirrlinger sah in der Verschiebung der Mehrheiten auf dem Kehler Parteitag eine dauerhafte Richtungsentscheidung. Sein Urteil war unmißverständlich: „Die SPD steht zu weit links. Wahlen kann man nur in der Mitte gewinnen.“⁹⁰⁷ Der Kommentator Hans Willauer, der am Vortag der Landesdelegiertenkonferenz Kehl mit Bad Godesberg verglich, schrieb: „Die SPD wird hinterher nicht mehr die gleiche sein. In Kehl werden, ganz gleich wie die Entscheidung der Delegierten ausfallen mag, die Marschzahlen auf dem Kompaß der Sozialdemokraten festgelegt. Der dort beschlossene Weg der SPD von Baden-Württemberg wird die Bundes-SPD über kurz oder lang, aufatmend oder zähneknirschend, zum Einschwenken auf diesen Kurs zwingen.“⁹⁰⁸

Der Sieger von Kehl hieß im Grunde Erhard Eppler, obwohl er an dem Parteitag gar nicht teilgenommen hatte.⁹⁰⁹ Er konnte in Kehl nicht dabei sein, weil die Delegiertenversammlung ziemlich kurzfristig einberufen worden war, und er als Minister in Bonn unaufschiebbare Termine hatte. Trotzdem habe er natürlich die Versammlung mit großem Interesse aus der Ferne verfolgt, so berichtete er. Der ausschlaggebende Beweggrund für die Entscheidung des Kehler Parteikonvents gegen die Fortsetzung der Großen Koalition war seiner Ansicht nach die bei den Delegierten vorherrschende Meinung, daß die Große Koalition schuld gewesen sei am schlechten Abschneiden der SPD bei der vorausgegangenen Landtagswahl. Eppler will gar nicht bewerten, ob diese Einschätzung richtig gewesen sei. Aber das seien nun einmal die Gedanken der linken Koalitionsgegner gewesen.⁹¹⁰

Eppler machte gegenüber dem Verfasser eine sehr interessante Äußerung zu den Vorgängen in Kehl: „Ich weiß nicht, was ich gemacht hätte, wenn ich dort gewesen wäre, ich weiß es wirklich nicht. Eher neige ich dazu, daß ich damals gesagt hätte, man kann so etwas nicht gegen den Landesvorsitzenden und die Landtagsfraktion entscheiden.“ Die Alternative wäre ja gewesen, in die Opposition zu gehen, zusammen mit der NPD. Das wäre auch nicht erstrebenswert gewesen. Auch wenn man es als Fehler betrachte, die Große Koalition

⁹⁰⁷ Hirrlinger (1997)

⁹⁰⁸ Rems-Zeitung v. 18.5.68

⁹⁰⁹ In seiner Autobiographie „Komplettes Stückwerk“ widmet Eppler den Vorgängen in Kehl einen längeren Abschnitt. (Eppler (1996) 131-132)

⁹¹⁰ Eppler (1997). Auch Herta Däubler-Gmelin, die im Sog dieser neuen politischen Strömung innerhalb der SPD politische Karriere machte, war in Kehl nicht dabei. Die junge Juristin war gerade erst von ihrem Studien- und Examensort Berlin in ihre Heimatstadt Tübingen zurückgekehrt und noch nicht als Delegierte für die Konferenz in Kehl nominiert worden. (Schreiben von Däubler-Gmelin v. 29.5.68).

im Jahr 1966 überhaupt einzugehen, glaube er nicht, daß es etwas gebracht hätte, wenn man 1968 ausgestiegen wäre. Eppler hielt die Entscheidung im Rückblick für anfechtbar, aber vertretbar. Er habe die Fraktion dafür nicht getadelt. Er sei der Meinung, ein solches Recht müsse eine Fraktion haben, auch gegenüber einem Parteitag. Er gehöre auch nicht zu denen, die Walter Krause deshalb einen Vorwurf gemacht hätten.⁹¹¹ Nach der Landesdelegiertenkonferenz sahen die „Rotkehlchen“ in Eppler einen denkbaren Verbündeten und luden ihn zu ihren Treffen ein. Eppler habe sich dort wohlgefühlt, schrieb er, auch wenn er dem neuen Landesvorsitzenden, dem „grundsoliden Heinz Bühringer“, mehr Sympathien entgegengebracht habe als die meisten Tübinger.⁹¹²

Und wie beurteilte Krause im nachhinein selbst die Ereignisse von Kehl? Lindemann fragte ihn, ob Kehl die schwerste Niederlage seiner politischen Karriere gewesen sei. Seine Antwort, Kehl sei für ihn keine bittere Niederlage, klang doch etwas beschönigend. Er habe am Vorabend der Konferenz mehrfach erklärt, daß er nicht Landesvorsitzender bleiben könne, wenn etwas anderes als das Verbleiben in der Regierung beschlossen würde. So habe er es dann auch gehalten. Danach habe er sich frei gefühlt, das zu tun, was er wollte. Krause: „Ich war ja darauf gefaßt, daß es eine Mehrheit nicht geben könnte.... Schließlich aber ist die Entwicklung in dem Sinne verlaufen, die ich auch jetzt noch für richtig halte.“ Heute rede niemand mehr darüber.⁹¹³

Unmittelbare Beobachter der Vorgänge in Kehl haben ein anderes Bild gewonnen. Lehmann, Krauses Persönlicher Referent, berichtet, die Abstimmungsniederlage habe Krause „furchtbar getroffen“. Besonders enttäuscht habe ihn, daß nicht nur von den jungen linken Akademikern Nein-Stimmen kamen, sondern auch aus dem Gewerkschaftsflügel, zum Beispiel von Eugen Loderer und Karl Feuerstein.⁹¹⁴

Neben der neuen Mehrheit in der SPD, die die Partei von der Mitte nach links gerückt hat, ist die Entscheidung der SPD-Fraktion, den Beschluß der Delegiertenversammlung zu ignorieren, der historische Kern der Vorgänge rund um Kehl. Noller bezeichnete die Entscheidung Krauses und der Fraktion, in die Regierung einzutreten, „für ein eminent wichti-

⁹¹¹ Eppler (1997)

⁹¹² Ebd. (1996) 133

⁹¹³ Krause (1994/3) und Lindemann 10. Eppler lobte übrigens die SPD-Minister der Großen Koalition, die in der Regierung „im großen und ganzen keine schlechte Figur“ abgegeben hätten. (Eppler (1997))

⁹¹⁴ Lehmann (1996)

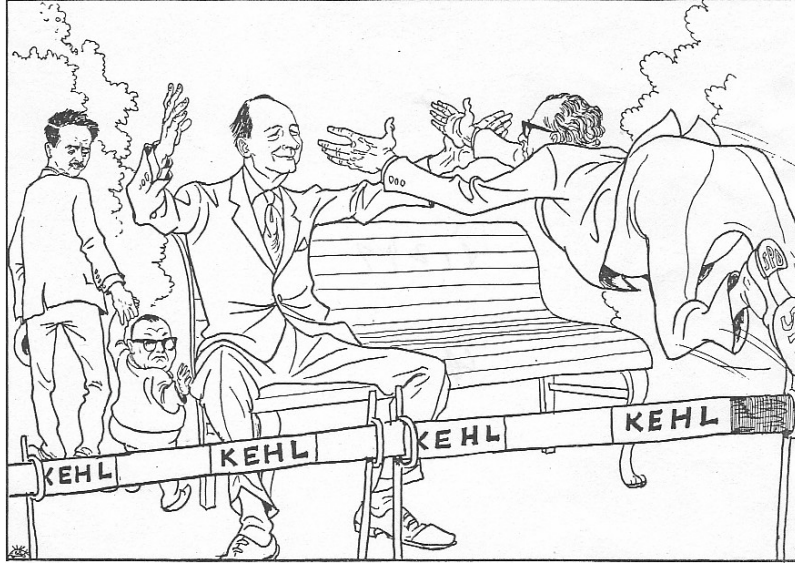
ges Ereignis in der Geschichte der Partei“. Mit diesem mutigen Schritt sei zum Ausdruck gekommen, daß auch Parteitage irren könnten und kein absolutes Mandat besäßen. Noller: „Mit ihm begann aber auch eine lange Auseinandersetzung zwischen der Basis und manch einem SPD-Repräsentanten, in deren Verlauf so viele hervorragende Sozialdemokraten, an ihrer Spitze Helmut Schmidt, an den Rand der Partei gedrängt worden seien. Dieser innerparteiliche Streit kostete die SPD viel Kraft und am Ende wohl auch die Regierung in Bonn.“⁹¹⁵

Nach der Bildung der Großen Koalition glaubte Krause schon bald, einen Stimmungsumschwung in seiner Partei erkennen zu können, der seiner Ansicht nach auch durch die Wahl von Erwin Schöttle zum Interims-Landesvorsitzenden dokumentiert wurde. Im Juni 1968 verkündete er der staunenden Öffentlichkeit: „Auf dem Parteitag werden wir den Schlußpunkt setzen, dann werden wir wieder stehen wie ein Mann.“⁹¹⁶ Einen Monat später, im Juli, ließ er sogar verlautbaren, daß er an die Spitze der Partei zurückkehren werde, wenn die Delegierten dies wünschten. Seine Aufforderung an die Parteifreunde, ihn als Parteivorsitzenden zurückzuholen, blieb ohne Resonanz.⁹¹⁷

⁹¹⁵ Noller 86

⁹¹⁶ Stuttgarter Nachrichten v. 21.6.68

⁹¹⁷ Rhein-Neckar-Zeitung v. 2.7.68



Regierungsbildung 1968: Elegant nimmt Walter Krause die Hürde des Kehler Parteitags und eilt erneut in die Arme des CDU-Regierungschefs Filbinger, bereit, die Große Koalition fortzusetzen. Schmollend ziehen Dahrendorf und Hermann Müller davon

(Quelle: Stuttgarter Zeitung vom 12. Juni 1968)

Erfolgreicher Minister

Der Mannheimer war der letzte Minister des „großen“ baden-württembergischen Innenministeriums.⁹¹⁸ Als solcher war er Chef von 30 000 Bediensteten (die Polizei mitgerechnet) in 23 Abteilungen und damit für fast die Hälfte der Landesverwaltung zuständig: Polizei, Kommunalangelegenheiten, Wohnungs- und Städtebau, Zivilverteidigung, Landesplanung und Raumordnung, Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft, Soziales, Gesundheit und Krankenhausplanung, Veterinärwesen, Verkehr⁹¹⁹, Straßenbau, Flüchtlinge, Vertriebene und Lastenausgleich.⁹²⁰ Das baden-württembergische Innenministerium war damit das mit Abstand größte unter den Ländern in der alten Bundesrepublik. Das saarländische und das rheinland-pfälzische Innenministerium hatten ganze sieben Abteilungen. Lediglich das bayerische Pendant erreichte mit 17 Abteilungen in etwa die Bedeutung des südwestdeutschen Ressorts. Krause besaß Kompetenzen, die damals kein Innenminister in Deutschland hatte und auch spätere baden-württembergische Innenminister nicht mehr innehatten. Zum Beispiel gehörte die wichtige Verkehrsabteilung schon damals in allen anderen Bundesländern zum Wirtschafts- und Verkehrsministerium.⁹²¹

Krauses Ministertätigkeit wird im historischen Rückblick vor allem mit der Verwaltungsreform in Verbindung gebracht. Krause hat aber auch auf vielen anderen Gebieten Akzente gesetzt. Allen diesen Aktivitäten war eines gemeinsam: die Planung bzw. die Planbarkeit und der Glaube an die Machbarkeit der Lebensumstände. Krause, der Mathematiker auf dem Ministersessel, war geradezu verliebt in alles Planbare. In seiner Stellungnahme am 15. Juli 1964 zur Regierungserklärung von Ministerpräsident Kiesinger benutzte er in seiner Rede 53-mal Wörter, die mit „Plan“ oder „Planung“ zusammengesetzt sind.⁹²² Ob er vehement das Landesplanungsgesetz forderte, von Bildung, Finanzen oder Umwelt sprach, immer kam Krause auf die Planbarkeit der Dinge zu sprechen. Auf dem Hintergrund des Ost-West-Konflikts wurde die „Planung“ selbst zum Thema der innenpolitischen Auseinandersetzung. Die Christdemokraten versuchten, sozialdemokratische Politiker allein deshalb, daß diese mehr Planung forderten, in die Nähe der Kommunisten mit ihren 5-Jahresplänen zu rücken. So sagte der damalige CDU-Fraktionsvorsitzende im Stuttgarter Land-

⁹¹⁸ Krause (1994/4); Krause selbst sprach in bezug auf sein Ministerium von der „halben Staatsverwaltung“.

⁹¹⁹ Krause war also gleichzeitig Verkehrsminister.

⁹²⁰ Hieber 42, Lehmann 67

⁹²¹ Die Welt v. 4.9.68

⁹²² Die Rede liegt gedruckt vor: Krause, Walter, Die landespolitische Alternative, Stuttgart 1964

tag, Camill Wurz,⁹²³ im Landtag: „Wir stellen auf allen Gebieten die Persönlichkeit gegen das kollektivistisch-dirigistische Denken und Planen.“⁹²⁴ Die Nicht-Planung wurde durch solche Aussagen in die Kategorie von „Freiheit statt Sozialismus“ erhoben. Kultusminister Gerhard Storz⁹²⁵ sagte mit Bezug auf den von Picht entwickelten Plan zur Reform des deutschen Bildungswesens: „Pläne, und zumal für das Bildungs- und Erziehungswesen, jedenfalls solche von angeblich revolutionärer Art, laufen überdies auch Gefahr, die Freiheit des Individuums, die Freiheit seiner Berufswahl und nicht zuletzt auch das Elternrecht außer Betracht zu lassen. ... Zur totalen Planung gehört eben letzten Endes logisch und faktisch der totale und autoritäre Staat.“⁹²⁶ Auf der anderen Seite verteidigte Krause seinen Hang zur Planung mit einer Leidenschaft, die ihm bei vielen anderen Themen fehlte. Er kritisierte, daß sein Gegenspieler im Fraktionsvorsitz, Camill Wurz, in der vier Jahre zurückliegenden Stellungnahme zur Regierungserklärung nur in einem Satz von Planung rede. Krause: „Und das ist gerade das Übel, daß die Planung von Ihnen immer mit diesen Adjektiven versehen wurde, die sie abwerten.“⁹²⁷ Den Thesen von Storz entgegnete Krause, es müsse das Tabu gebrochen werden gegen die Planung ...“.⁹²⁸

Es nimmt nicht weiter wunder, daß es Krause war, auf den der erste Landesentwicklungsplan in Baden-Württemberg zurückgeht. Der bot ihm die Gelegenheit, seine beiden Stärken, visionäre Weitsicht und Detailbesessenheit, miteinander zu verbinden. Der Landesentwicklungsplan, der vor Worten wie Investitionsplanung, Planungsrahmen, Plansätze, allgemeine Entwicklungsziele nur so strotzte, zeugt vom Glauben an die Planbarkeit der Dinge. Die Erwartungen an solch einen Plan mögen aus heutiger Sicht überzogen erscheinen. So heißt es in der Begründung des Landesentwicklungsplanes, er habe die Aufgabe, in Baden-Württemberg eine räumliche Ordnung zu gewährleisten, die dem Menschen die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit in der Gemeinschaft sichere (§ 1 LaplaG); er bilde damit die nach ihrem räumlichen Geltungsbereich und ihrer sachlichen Tragweite umfassendste Darstellung der landesplanerischen Ziele.⁹²⁹

⁹²³ Camill Wurz (CDU) (1905-1986), war von 1956 bis 1976 Landtagsabgeordneter, von 1960 bis 1968 Fraktionsvorsitzender und von 1968 bis 1976 Landtagspräsident. (Josef Weik, Der Landtag von Baden-Württemberg, Stuttgart 1988)

⁹²⁴ Stellungnahme zur Regierungserklärung am 14. Juli 1960

⁹²⁵ Gerhard Storz (CDU) war zwischen 1958 und 1964 Kultusminister. (Josef Weik, Der Landtag von Baden-Württemberg, Stuttgart 1988)

⁹²⁶ Landtagssitzung am 19. März 1964

⁹²⁷ Krause (1964) 25

⁹²⁸ Ebd. 26

⁹²⁹ Innenministerium 47

Um Akzeptanz für dieses Planungswerk zu gewinnen, aber auch, um das Projekt bekannt zu machen, erörterte er den Entwurf in 18 Verhandlungen mit fast 4000 Planungsträgern. Dabei kamen weitere Stärken Krauses zur Geltung: seine brillante Rhetorik und Debattierkunst, sein unbestechlicher Verstand, seine Fähigkeit zum geduldigen Zuhören und zur Ausdauer. Die Sitzungen dauerten häufig von morgens bis weit nach Mitternacht. Und wenn seine Gegner nicht vor seinen Argumenten kapitulierten, taten sie es vor Müdigkeit.⁹³⁰



Walter Krause mit engen Mitarbeitern im Landtag im Jahre 1971

(Hinter Walter Krause steht Ulrich Hieber, rechts neben dem Minister sitzt Gerhard Lang)

(Quelle: Privatarchiv von Ulrich Hieber)

⁹³⁰ Münzer 78

Es ist sicher kein Zufall, daß in dieser Zeit des Glaubens an die allgemeine Planbarkeit ausgerechnet der "Rechenschieber-Mann" Walter Krause Minister wurde. Damit bestand ein geradezu kongeniales Zusammentreffen von Persönlichkeit und Zeitgeist. Planung war für Krause mehr als ein sinnvolles Hilfsmittel, nicht nur eine Voraussetzung für den Erfolg. Planung war der Garant für diesen Erfolg. Schon wenige Monate nach dem Eintritt in die Regierung verkündete Krause vor Parteigenossen zufrieden, daß in Baden-Württemberg nun Politik auf lange Sicht gemacht werde. Die früher von der Politik als kommunistisch verketzerte Planung werde nun zum Gebot der Stunde:⁹³¹

Krause ordnete als Minister auch die Polizei neu.⁹³² Dabei war nicht alles von Dauer, was er anfaßte. So kündigte er noch 1967 an, daß die Großstädte Stuttgart, Mannheim und Karlsruhe ihre kommunale Polizei behalten sollten, was schließlich doch ganz anders kam. Bekanntlich wurden diese schon wenige Jahre später in die Landespolizei eingegliedert.⁹³³

Krause war als Innenminister auch deshalb so erfolgreich, weil er es verstand, seine Mitarbeiter zu motivieren. Er brachte ihnen Achtung und Anerkennung entgegen und beteiligte sie an Entscheidungen. Der Journalist Erhard Becker berichtete, wie die Gesichter der Mitarbeiter des Innenministeriums strahlten, wenn sie den Namen Walter Krause hörten. Er sei offenbar *der* Minister gewesen, bei dem sie sich auf Geradlinigkeit, Gerechtigkeit und auf sachliche Entscheidungen auch in persönlichen Dingen verlassen konnten. Krause sei bei seinen Mitarbeitern anerkannt und hochgeschätzt gewesen.⁹³⁴ Walter Krause liebte das offene Gespräch im kleinen Kreis und machte die Beteiligten zu Mitträgern einer gemeinsam gefundenen Entscheidung. Dieses Lob zollte ihm zum Beispiel sein Ministerialdirektor Kurt Geiger, der schon der früheren CDU-Regierung in derselben Funktion gedient hatte und zuvor sogar CDU-Landtagsabgeordneter gewesen war. Krause, so Geiger, vertraute der Loyalität des Beamten gegenüber dem politischen Minister. Später wäre es nicht mehr

⁹³¹ Rhein-Neckar-Zeitung v. 2.5.67 - Auch sein Ministerkollege Wilhelm Hahn sprach gern von Bildungsplänen und rühmte sich, die erste Planungsabteilung in einem Ministerium aufgebaut zu haben. Allerdings stellte Hahn in seiner Autobiographie auch kritisch fest, daß „Planung“ nicht nur zum Modewort wurde, sondern auch zum Alibi für Technokraten, denen Bildungstheorie wichtiger gewesen sei als pädagogische oder psychologische Erkenntnisse. (Hahn, Wilhelm, 117-128)

⁹³² Wildenmann 129

⁹³³ Stuttgarter Nachrichten v. 14.2.67 - In diesem Zusammenhang sei auch darauf hingewiesen, daß Krause einen Vorstoß gegen solche Wehrpflichtige unternahm, die den besser bezahlten Dienst bei der Bereitschaftspolizei 18 Monate ableisteten und dann die Ausbildung abbrachen, nur um den Wehrdienst bei der Bundeswehr zu umgehen. Krause forderte den zuständigen Bundesinnenminister Lücke auf, diese Praxis zu unterbinden. (Rhein-Neckar-Zeitung v. 17.3.67)

⁹³⁴ Becker (1999)

vorstellbar gewesen, daß ein Minister den Ministerialdirektor einer anderen Partei von seinem Vorgänger übernimmt.⁹³⁵ Krauses ausgezeichnetes Verhältnis zur Beamtenschaft bestätigte auch Stuttgarts langjähriger Oberbürgermeister Manfred Rommel, zu Zeiten der Großen Koalition zunächst Leiter der Grundsatzabteilung im Staatsministerium und später Staatssekretär im Finanzministerium. Er sei ein Minister gewesen, der die Verwaltung motivieren konnte, den die Verwaltung respektierte und als Chef akzeptierte.⁹³⁶

Zu Krauses Ministerzeiten war in der politischen Diskussion ein Begriff aktuell, der heute kaum noch gebräuchlich ist: die sogenannte „Entballung“. Die Befürworter einer solchen Entwicklung hatten eine klare Stoßrichtung: gegen die Großstädte. Krause machte da nicht mit. „Ich bin kein Entballungsideologe!“, stellte er unmißverständlich fest.⁹³⁷ Als es aber bei der Verwaltungsreform um Sein oder Nichtsein ging, waren Krauses Argumente nicht stark genug, um die „Entballungs“befürworter vollends in die Schranken zu weisen. Bei dieser großangelegten Reform, die das gesamte Land veränderte, wurde ausgerechnet die Landeshauptstadt „vergessen“.⁹³⁸

Die Jahre von 1966 bis 1972, in denen Krause das Innenressort verwaltete, stellten den Minister vor schwierige Aufgaben. Insbesondere in den Jahren 1967 bis 1969 bewegte sich der Mannheimer auf einem schmalen Grat zwischen Recht und Ordnung einerseits und den Erwartungen mancher Parteigenossen andererseits. Dabei zögerte Krause nie, sich für ersteres zu entscheiden. Der Ärger mit der Partei war ihm stets gewiß. Besonders deutlich wurde dieses Dilemma anlässlich von NPD-Veranstaltungen wie z.B. bei deren Parteitag 1970 in Wertheim. Diesen mußte er von Polizisten gegen Demonstranten schützen lassen, was wiederum das Mißfallen der Linken in- und außerhalb der SPD erregte.⁹³⁹

Krause hat Parteipolitik und seine Arbeit im Ministerium fein säuberlich getrennt. Wie sich Ulrich Hieber erinnerte, sei Krause morgens ins Büro gekommen, habe „seine Gemeinden“

⁹³⁵ Geiger 30; ebenso Schwäbisches Tagblatt v. 25.4.67

⁹³⁶ Rommel 94

⁹³⁷ Stuttgarter Nachrichten v. 14.2.67

⁹³⁸ Dies ist ein Versäumnis, an dem Stuttgart noch Jahrzehnte später schwer zu tragen hatte. Die unter großen Anstrengungen erst 1994 zustandegekommene Bildung des Verbands Region Stuttgart kann nur eine späte Notlösung sein. Logischer wäre es gewesen, wenn man zur Zeit der Verwaltungsreform aus dem Raum, der baulich und verkehrlich eine Einheit bildet, auch eine Stadt geformt hätte, wenn man also zumindest einen Teil der Städte und Gemeinden, die mit Stuttgart zusammengewachsen sind, dorthin eingemeindet hätte. Es fehlte jedoch der Wille, dies politisch durchzusetzen. (Vgl. das Kapitel „Geschichte der Verwaltungsreform“)

⁹³⁹ Universitäts-Zeitung Baden-Württemberg v. 26.2.70

(Anmerkung: die sich im Zuge der Verwaltungsreform zusammengeschlossen haben) rot angemalt und seine Sacharbeit gemacht. Irgendwann habe er dann beiläufig erklärt, daß er am Abend in den Landesvorstand müsse. Ärger über die Partei habe er selbst engsten Mitarbeitern gegenüber nicht artikuliert. Hieber: „Er hat das alles in sich hineingefressen.“ So zwischen 80 bis 90 Prozent Sacharbeit und nur zu 10 bis 20 Prozent Parteipolitik, sei für den Minister Krause normal gewesen. Später habe sich dieses Verhältnis bei Ministern umgekehrt. Aber schon zu Krauses Zeit sei diese starke Orientierung auf die Sache für einen Minister ungewöhnlich gewesen.⁹⁴⁰

Seine Herkunft als Mathematiker und Naturwissenschaftler konnte Walter Krause auch als Minister nie leugnen. Bekam er eine Vorlage mit Zahlenkolonnen auf den Tisch, so hat der Minister-Mathematiker diese stets nachgerechnet.⁹⁴¹ Auch in seinen Reden nahm er immer wieder Anleihen bei naturwissenschaftlichen Vergleichen.⁹⁴² Sein anderer Referent, Manfred Lehmann, sagte, er kenne keinen, der gründlicher Sitzungen vorbereitet und Meinungen ausformuliert hat als Walter Krause.⁹⁴³

Zu Krauses Auftreten als Persönlichkeit, der sich für die öffentliche Sache einsetzte, als Vertreter der „res publica“, paßte sicher auch seine Art zu reden. Er war kein Volksredner, und keiner, der ein Bierzelt in Begeisterung versetzen konnte. Sein *Forum* war das Parlament. Krause glänzte als ausgezeichnete Debattenredner. Mannheims Oberbürgermeister Gerhard Widder lobte Krauses „geradlinige Argumentation und seine Aufrichtigkeit“. Er habe „bei aller politischen Härte“ dennoch „niemals die Grenzen der gebotenen Fairneß überschritten und zum politisch Andersdenkenden stets das versöhnliche Wort gefunden“.⁹⁴⁴ Waren seine Reden auch nur selten polemisch, so waren sie keinesfalls ohne eine Schärfe, die er bei der reinen Sachlichkeit, für die er gemäß den Aussagen vieler Zeitzeugen geradezu ein Synonym zu sein schien, eigentlich nicht hätte gebrauchen dürfen. So sagte er beispielsweise, gerichtet an die Adresse der regierenden CDU: „Ein solches Vorgehen, meine Damen und Herren, mag früher bei Pferdehändlern vorgekommen sein; es wurde dort als ‚Roßtäuschermethode‘ bezeichnet.“⁹⁴⁵

⁹⁴⁰ Hieber (1996)

⁹⁴¹ Bogusch (1996)

⁹⁴² In der Landtagsdebatte am 11. Oktober 1962 zog er beispielsweise einen Vergleich zwischen den Schwerpunkten in der Finanzpolitik und dem Gesetz des Schwerpunkts in der Physik.

⁹⁴³ Lehmann (1996)

⁹⁴⁴ Rheinpfalz v. 9.1.88

⁹⁴⁵ Krause, Landtagsdebatte am 11.10.62



Neujahrsempfang des Bundespräsidenten im Januar 1972

(Von links nach rechts: Bundespräsident Gustav Heinemann, Walter Krause, Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Schütz)

(Quelle: Privatarchiv von Ulrich Hieber)

Studentenproteste in Heidelberg

Krause zeigte gegenüber den Studentenunruhen zunächst eine bedächtige Haltung. So sagte er auf einer Diskussion während des Landtagswahlkampfes im Jahr 1968: „Lange haben wir über politisches Desinteresse gerade der Jugend geklagt. Jetzt begegnen wir Interesse. Ich halte diese Vorgänge für eine grundsätzlich positive politische Erscheinung.“ Auch den Einsatz der Polizei lehnte Krause damals noch mit der Begründung ab, diese Erscheinung könne man nur in der Diskussion bewältigen, keineswegs mit der Polizei. Dazu gehörten auch Reformen, die längst nötig gewesen wären. Auch die verschleppte Hochschulreform gehöre dazu.⁹⁴⁶

Ein Jahr später, unter dem Eindruck neuer Ereignisse, hörte sich Krause ganz anders an. Er verteidigte das Vorgehen der Heidelberger Polizei gegenüber den protestierenden und teilweise randalierenden Studenten. Die Polizisten, so Krause, hätten sich keineswegs „in der Preislage vergriffen“. Vielmehr werde die Mehrheit von einer kleinen Gruppe von Studenten terrorisiert, mit denen kein Dialog möglich sei. Krause: „Wenn weiter provoziert wird, dann greifen wir zu all den Maßnahmen, mit denen sich ein demokratischer Rechtsstaat wehren kann.“⁹⁴⁷

Was war passiert?

Die Atmosphäre an der Universität Heidelberg wurde im Laufe des Jahres 1968 immer explosiver.⁹⁴⁸ Rektor Baldinger ließ das Rektorat auf unbestimmte Zeit schließen. Zum Schutz der Räumlichkeiten hielt sich die Polizei im Gebäude der Alten Universität auf. In einer „letzten Warnung“ forderte der Rektor die oppositionellen Studenten auf, jegliche Gewalt zu unterlassen. Professor Klemens Pleyer⁹⁴⁹ erklärte, den Belagerungszustand durch bestimmte Studentengruppen halte niemand mehr aus. Seine Kollegen und er könnten nicht gleichzeitig lehren und forschen und außerdem radikale Studenten abwehren. Am

⁹⁴⁶ Mannheimer Morgen v. 6.3.68

⁹⁴⁷ Rhein-Neckar-Zeitung v. 16.1.69

⁹⁴⁸ Vgl. Hildebrandt, Dietrich, „... und die Studenten freuen sich!“ - Studentenbewegung in Heidelberg 1967-1973, Heidelberg 1991; Dokumentation, Linksradikalismus an der Universität Heidelberg, Bd. 1-3, Heidelberg 1971-73; „Stalin – geliebter Vater, erotischer Freund“ – Sozialwissenschaftliche Studie über Motive radikaler Heidelberger Studenten, in: Der Spiegel 28 (1974), Heft 17, S.80-89

⁹⁴⁹ Klemens Pleyer (geb. 1921) war Professor für Rechtswissenschaften u.a. in Darmstadt, Mainz, Berlin und Köln. (Walter Habel, Wer ist wer? 24. Ausgabe, Lübeck 1995, S. 299).

10. Januar 1969 eskalierte die Situation endgültig. Die Polizei verhaftete zu nächstlicher Stunde in den AStA-Räumlichkeiten der Universität Heidelberg fünf Mitglieder des SDS. Sieben weitere Studenten wurden bei diesem Polizeieinsatz, an dem 106 Polizisten beteiligt waren, verletzt. Die politische Auseinandersetzung drehte sich später vor allem um die Verhältnismäßigkeit dieses Polizeieinsatzes.⁹⁵⁰

Krause zeigte sich anschließend in der Öffentlichkeit besonnen, gleichzeitig aber fest entschlossen, gegen Randalierer die ganze Härte der staatlichen Macht einzusetzen. Er stellte sich vor "seiner" Polizei und ließ sich in Interviews nicht die geringste Kritik an den Beamten entlocken.⁹⁵¹ Krauses Haltung wurde von der CDU, der SPD-Landtagsfraktion und der überwiegenden Mehrheit des Landesvorstandes unterstützt, nicht jedoch von den Jungsozialisten, die von einem "grob rechts- und verfassungswidrigen Vorgehen" sprachen.⁹⁵² Die Diskussion um die Studentenunruhen machte den Riß, der sich durch die Partei zog, für alle offenkundig. Die SPD spaltete sich in die traditionelle Arbeitnehmerschaft und die sogenannten Intellektuellen. Die Stellungnahmen zum Polizeieinsatz gegen die Studenten zeigten deutlich, daß die Pragmatiker um Walter Krause der CDU näher standen als ihren linken Sozialdemokraten. Die CDU unterstützte Krauses Vorgehen vorbehaltlos und konnte mit ansehen, wie sich der politische Gegner selbst demontierte.

Wilhelm Hahn, als Kultusminister damals verantwortlich für die Hochschulen, verglich die Studentenbewegung in ihrer Dynamik und Irrationalität mit der Bewegung vor 1933, die den Nationalsozialismus hervorgebracht hat. Wie vor 1933, so Hahn, seien mißliebige Dozenten tyrannisiert worden, alles, was nicht ins Schema des Neomarxismus gepaßt habe, sei als „faschistoid“ diffamiert worden.⁹⁵³

„Wenn Steine statt Argumente verwendet werden, muß der Staat Autorität zeigen,“ sagte der damalige Innenminister.⁹⁵⁴ Krause fürchtete einen Rechtsruck wie 1933, falls die Unruhen weitergingen.⁹⁵⁵ Um so mehr traf ihn der Vorwurf des SPD-Organs „Vorwärts“, er

⁹⁵⁰ Die Welt v. 16.1.69. Vgl. auch die Landtagsdebatte am 10.10.69

⁹⁵¹ Die Studentin Jutta Österle-Schwerin rief lautstark von der Zuschauertribüne des Landtags, Krause sei ein „Lügner“. Nach dem Vorfall, der in den Zeitungen immer wieder kommentiert wurde, verzichtete Krause auf eine Anzeige. (Stuttgarter Nachrichten v. 18.1.69)

⁹⁵² Stuttgarter Nachrichten v. 18.1.69

⁹⁵³ Hahn, Wilhelm 185

⁹⁵⁴ Mannheimer Morgen v. 21.12.77

⁹⁵⁵ Die Welt v. 16.1.69

lasse Studenten niederknüppeln. In diesem Zusammenhang war der Journalist Klaus Fischer Zeuge einer der ganz wenigen Momente, in denen Krause hochgradig erregt war: „Er war aus dem Stand an der Decke. So was habe ich noch nicht erlebt.“ Krause rief sofort den „Vorwärts“ an und hat sich beschwert: „So geht man mit mir nicht um!“⁹⁵⁶

Die Linken sahen das anders. Die heftigsten Angriffe kamen aus den Reihen der eigenen Parteifreunde.⁹⁵⁷ Gerhard Lang erinnerte sich noch gut, wie Krause der Vorwurf, ein neuer Noske⁹⁵⁸ zu sein, tief getroffen habe. Doch dieser Vorwurf sei falsch gewesen. Krause habe als Innenminister die Pflicht gehabt, für Ruhe und Ordnung zu sorgen. Er sei kein „Juso-Fresser“ gewesen, wie das häufig behauptet wurde. Wenn in einer gewalttätigen Demonstration auch Jungsozialisten mitgemacht hätten, dann wäre es eben seine Pflicht gewesen, die Polizei gegen Steinwerfer einzusetzen, gleich ob die Steine von Jungsozialisten oder anderen geworfen worden seien.⁹⁵⁹

Der Riß spaltete die Partei in zwei Lager. Die Unterorganisationen der SPD agierten bei ihren Presseerklärungen, als ob sie zwei verschiedenen Parteien angehören würden. Gestützt wurde der Innenminister unter anderem vom SPD-Landesvorstand, vom Partei- und Fraktionschef Heinz Bühringer, von Alex Möller, Heinz Brückner, dem stellvertretenden Landesvorsitzenden, und Harald B. Schäfer, dem späteren Umweltminister und damals als Protagonist der Parteilinken eingestuft.⁹⁶⁰

In dieser Situation zeigte sich eine charakteristische Eigenschaft des Mannheimers. Wenn er von der Richtigkeit seiner Meinung überzeugt war, hielt er unbeirrt daran fest. Da gab es kein Taktieren und Wackeln. So schaffte es „Der Spiegel“ nicht, Krause in einem Interview auch nur ein negatives Wort gegenüber der Polizei zu entlocken. Krause blieb bei seiner Haltung, daß die Polizei von einigen radikalen Studenten provoziert worden sei und

⁹⁵⁶ Fischer (1997)

⁹⁵⁷ Schwäbische Zeitung v. 14.1.69

⁹⁵⁸ Gustav Noske (1868-1946), SPD-Politiker, 1906-1918 MdR, unterdrückte im Auftrag der Reichsregierung als Gouverneur von Kiel im Dezember 1918 den Matrosenaufstand und schlug als Leiter des Militärressorts des Rats der Volksbeauftragten (ab Ende Dezember 1918) bzw. als Reichswehrminister (ab Februar 1919) im Frühjahr 1919 in Berlin und anderen Teilen des Reichs revolutionäre Erhebungen nieder. Besonders in der SPD gilt „Noske“ seitdem als Synonym und Schmähung für rechte Sozialdemokraten, die sich zu Komplizen der staatlichen Repression gegen linke „Brüder“ machen.

⁹⁵⁹ Lang (1996)

⁹⁶⁰ Stuttgarter Zeitung v. 18.4.69

absolut korrekt gehandelt habe. Auch das Ausmaß des Polizeieinsatzes (Krause sprach von 106 Beamten) und die Anwendung von Gewalt sei den Umständen angemessen gewesen.⁹⁶¹

Die SPD-Linke ließ sich davon nicht beeindrucken. Die SPD Heidelberg setzte eine 20köpfige Untersuchungskommission unter Leitung von Klaus Staeck⁹⁶² ein.⁹⁶³ Sie sollte die Vorgänge rund um die Heidelberger Ereignisse aufklären, im Grunde aber ging es darum, den innerparteilichen Gegner, die sogenannten Etablierten, zu treffen. Krause machte keine Aussagen vor diesem Gremium und begründete das damit, daß nur das Parlament das Recht habe, Untersuchungsausschüsse einzusetzen.⁹⁶⁴

Der innerparteilichen Untersuchungskommission gehörten neben einigen SPD-Mitgliedern auch Vertreter der Jungsozialisten und zwei Beobachter vom Sozialdemokratischen Hochschulbund (SHB) an. Nach drei Monaten lag der Abschlußbericht vor. Dieser tadelte das Vorgehen der Polizei und damit indirekt auch Innenminister Krause. Eine der Kernaussagen lautete, es liege eine falsche Auffassung von der Funktionsweise des parlamentarischen Regierungssystems zugrunde, wenn amtierende Minister meinten, jede Handlung der staatlichen Exekutivorgane in ihren Ressorts vor der Öffentlichkeit vorbehaltlos billigen zu müssen. Außerdem wurde kritisiert, die Art des Einsatzes, zu der die martialischen Polizeihelme, das Massenaufgebot und der teilweise unsinnige Einsatz von Wasserwerfern gehörten, seien unter Umständen eher geeignet, den Konflikt zu verschärfen, statt ihn abzubauen. Die Kommission kritisierte insbesondere den Einsatz von Schlagstöcken. Man habe den Eindruck gewonnen, die Studenten wären wie Schwerverbrecher behandelt worden. Der Bericht forderte deshalb, in einem Dialog zwischen Polizei und Demonstranten den Konflikt zu entschärfen.⁹⁶⁵ Doch die Kommission erreichte mit ihren Vorschlägen

⁹⁶¹ Der Spiegel v. 20.1.69

⁹⁶² Klaus Staeck (geb. 1938) wuchs in Bittenfeld auf und übersiedelte nach dem Abitur 1956 aus der DDR nach Heidelberg. Von 1957 bis 1962 studierte er Jura. 1969 wurde er als Rechtsanwalt in Heidelberg und Mannheim zugelassen. 1960 trat Staeck in die SPD ein und gehörte auch dem SPD-Kreisvorstand Heidelberg an. Seit 1960 war Staeck als politischer Grafiker tätig. 1968 entstand die erste gemeinsame Arbeit mit Joseph Beuys. Während des Bundestagswahlkampfes 1972 wurde Staeck mit seinen politischen Plakaten („Deutsche Arbeiter - die SPD will euch eure Villen im Tessin wegnehmen“, „Die Reichen müssen noch reicher werden - deshalb CDU“) einer breiten Öffentlichkeit bekannt. Staeck war seit 1982 Mitglied im PEN-Zentrum und seit 1990 in der Akademie der Künste in Berlin. Seit 1986 war Staeck Gastprofessor an der Kunstakademie Düsseldorf. (Munzinger 11/94)

⁹⁶³ Stuttgarter Zeitung v. 14.4.69

⁹⁶⁴ Stuttgarter Zeitung v. 16.4.69

⁹⁶⁵ Stuttgarter Zeitung v. 14.4.69; Schwäbische Zeitung v. 15.4.69

selbst in der eigenen Partei nur das Gegenteil. Der einseitige Bericht wirkte nicht beruhigend auf die Genossen, sondern trug zusätzlich zur Polarisierung in der SPD bei.⁹⁶⁶

Conradi beschrieb im Rückblick, wie der Staat auf den Jugendprotest mit Härte reagiert habe. Seine politischen Freunde und er waren dagegen der Ansicht, daß man mit den jungen Leuten hätte reden müssen und nicht mit der Polizei hätte antworten dürfen. Das sozialdemokratische Establishment war in ihren Augen „konservativ, staatstragend, ordnungsbewußt“. Eine ursprünglich revolutionäre Partei sei in einem Maße staatstragend geworden, „die mir unerträglich war“. Die Gruppe, die in dieser Frage so dachte wie er, und die „Rotkehlchen“ seien „ziemlich identisch“ gewesen.⁹⁶⁷

Auch in den Jahren 1969 und 1970 kam es immer wieder zu studentischen Protesten in deutschen Universitätsstädten, so auch am Wochenende vom 12. bis 14. Dezember 1969 in Freiburg und in Heidelberg.⁹⁶⁸ Im Zusammenhang mit Demonstrationen gegen den Vietnam-Krieg kam es dabei zu Ausschreitungen, bei denen in Freiburg bei der Deutschen Bank, in Heidelberg beim Amerika-Haus und bei der American-Express-Company Fensterscheiben eingeworfen wurden. Im Amerika-Haus in Heidelberg wurden außerdem Räumlichkeiten im Erdgeschoß zerstört. Gegen die Vorwürfe aus den Reihen der CDU, die Polizei sei nicht entschieden genug vorgegangen, setzte sich Innenminister Krause zur Wehr und verwies darauf, daß kleine Gruppen an sich friedlich verlaufende Demonstrationen als Plattform für gewalttätige Aktionen benutzt hätten.⁹⁶⁹

Am 19. Juni 1970 kam es anläßlich einer Entwicklungshilfekonferenz in Heidelberg erneut zu gewalttätigen Demonstrationen. Innenminister Krause verbot daraufhin den Heidelberger SDS.⁹⁷⁰ Die SPD-Fraktion im baden-württembergischen Landtag stellte sich schützend

⁹⁶⁶ Stuttgarter Zeitung v. 30.4.69

⁹⁶⁷ Conradi (1998). Conradi brachte in dem Gespräch auch sein Bedauern zum Ausdruck, daß im Unterschied zur Krause-Ära in den 90er Jahren diejenigen fehlten, die das Parteiestablishment herausforderten und es gegebenenfalls auch wagten, dessen Rücktritt zu verlangen.

⁹⁶⁸ Zu den Auseinandersetzungen in Heidelberg: Hahn, Wilhelm, 200-202

⁹⁶⁹ Krause, Landtagsdebatte am 8.1.70

⁹⁷⁰ Der marxistisch orientierte Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS) war ursprünglich der Studentenverband der SPD, von dem sich die Partei im Sommer 1960 nach den Beschlüssen von Bad Godesberg trennte. An seine Stelle trat der damals parteikonforme Sozialdemokratische Hochschulbund (SHB). Gegen Ende des Jahres 1961 erklärte der Parteivorstand die Mitgliedschaft im SDS für unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der SPD. (Butterwegge 20)

vor ihren Minister und verabschiedete eine EntschlieÙung, in der die polizeilichen Maßnahmen begrüÙt wurden, durch die die Sprengung einer internationalen Tagung verhindert worden sei. Die SPD-Abgeordneten dankten den Polizisten für deren besonnenen und selbstlosen Einsatz.⁹⁷¹ Auch Kultusminister Wilhelm Hahn (CDU) bezeichnete das Verbot als wirksam und richtig.⁹⁷² Die Jungsozialisten nahmen dies zum AnlaÙ für eine heftige Attacke auf das Establishment der Südwest-SPD. Ihr BundesausschuÙ sprach von „reaktionären Ordnungsvorstellungen in der baden-württembergischen SPD“ und forderte Krause zum Rücktritt auf. Dagegen verwahrte sich zum Beispiel die Kreiskonferenz der Crailsheimer SPD. Der SDS, so die örtlichen Genossen, miÙbrauche die freiheitlich-demokratischen Grundrechte und miÙachte das Recht auf die verfassungsmäÙig garantierte persönliche Sicherheit. Bevölkerung und Polizei dürften den Gewalttaten nicht schutzlos ausgeliefert sein. Die vom Innenministerium getroffenen Maßnahmen seien deshalb berechtigt gewesen.⁹⁷³ Dieselbe Meinung vertrat auch die traditionell links eingestufte Stuttgarter SPD.⁹⁷⁴ Zu einer anderen Bewertung kam der „Mannheimer Kreis“, ein inoffizieller ZusammenschluÙ Mannheimer Sozialdemokraten. Es sei politisch falsch, so meinten die Genossen aus Krauses Heimat, ausgerechnet administrative Maßnahmen zum Gegenstand der politischen Auseinandersetzung zu machen. Unterschrieben wurde die Erklärung auch von Karl Feuerstein, der später zum Bewunderer Krauses mutierte.⁹⁷⁵

⁹⁷¹ Badische Neueste Nachrichten v. 2.7.70

⁹⁷² Hahn, Wilhelm 201

⁹⁷³ Stuttgarter Zeitung v. 7.7.70

⁹⁷⁴ Stuttgarter Nachrichten v. 16.7.70

⁹⁷⁵ Mannheimer Morgen v. 11./12.7.70

Die Verwaltungsreform

Die Reform seiner inneren Verwaltung hat den deutschen Südwesten bis Mitte der siebziger Jahre stark beschäftigt.⁹⁷⁶ Die Diskussion begann schon kurz nach Kriegsende. Bereits kurz nach Gründung der Bundesrepublik im Herbst 1949 strebte Ministerpräsident Maier an, die Staatsverwaltung zu vereinfachen und die Personalausgaben zu senken. Diese Absicht blieb ohne erkennbaren Erfolg. Eine Kreis- und Gemeindereform, von allen Seiten bereits im Jahr 1949 für sinnvoll erachtet, wurde erst gar nicht in Angriff genommen, weil man in Kürze den Vollzug der Länderneugliederung im Südwesten erwartete. Im Hinblick darauf stellte man die Neuordnung der Kreise und Gemeinden zurück.⁹⁷⁷

Im Juli des Jahres 1954 beauftragte der Landtag von Baden-Württemberg, beseelt vom Reformeifer des neugegründeten Bundeslandes, die Landesregierung, Pläne für eine Neuordnung der Landkreise vorzulegen. Zu den Vorschlägen, die damals diskutiert wurden, gehörte auch eine „große Lösung“, die den Verzicht auf 23 bis 25 Landkreise vorsah. Innenminister Fritz Ulrich (SPD) legte schließlich einen Plan vor, den er als „mittlere“ Lösung bezeichnete. Der Versuch scheiterte jedoch, weil er nur halbherzig angelegt war. Im Kern sah er kleinere Grenzberichtigungen im Raum Pforzheim, in Hohenzollern und im Kocher-Jagst-Gebiet und die Auflösung der drei kleinsten Landkreise Künzelsau, Müllheim und Tettngang vor. Je konkreter die Pläne wurden, desto mehr schwand der Reformwille der Verantwortlichen, die noch die Oberamtsreformen der Jahre 1936 und 1938 in den ehemaligen Ländern Baden und Württemberg erlebt hatten und sich an den Unmut der Betroffenen erinnerten. Treffz-Eichhöfer schilderte, wie Ulrich im Jahr 1954 im südbadischen Kreis Lörrach mit Dreschflegeln empfangen und „nach Hause verwiesen“ wurde, als er seine Gebietsreformgedanken erläutern wollte.⁹⁷⁸

⁹⁷⁶ Die Durchführung und die Ergebnisse der Verwaltungsreform unter Krause/Filbinger sind in der Dokumentation des Staatsministeriums (Dokumentation über die Verwaltungsreform in Baden-Württemberg, hg. vom Staatsministerium Baden-Württemberg, Stuttgart, Bd. I (1972) und Bd. II (1976)) ausführlich beschrieben worden. Deshalb soll die Verwaltungsreform unter Krause / Filbinger an dieser Stelle nur im Überblick dargestellt werden.

⁹⁷⁷ Sauer (1978) 220 - Es gab schon früher immer wieder Änderungen der Kreisgrenzen oder vergleichbarer Strukturen. Zuletzt wurden unter dem württembergischen Reichsstatthalter und Gauleiter der NSDAP, Wilhelm Murr, durch das Gesetz zur Landeseinteilung vom 25. März 1938 und Verordnung vom 12. November 1938 die bisherigen 61 Oberämter und der Stadtkreis Stuttgart in 34 Landkreise und in die drei Stadtkreise Stuttgart, Ulm und Heilbronn überführt. Diese Neuregelung stellte eine Fortsetzung früherer Bestrebungen zur Straffung der Verwaltung dar. Sie war kein genuines NS-Projekt. Schon 1923/23 waren mehrere Oberämter aufgelöst worden.

SPD und FDP/DVP lehnten eine solche „rudimentäre“ Verwaltungsreform ab und forderten, wenn man schon keine richtige Reform zustandebringe, auch die „drei armen Würmer“ schlüpfen zu lassen. Innenminister Ulrich, der die Kreisreform im Grunde selbst auch nicht wollte, sagte dazu am 21. Juli 1955 im Landtag: „Ich bin über das geradezu klägliche und blamable Ergebnis der Verhandlungen des Verwaltungsausschusses und über die Vorschläge, wie sie uns vorliegen, nicht überrascht. Es hat ein Berg gekreißt und es ist nicht einmal eine Maus, sondern eine klägliche Laus herausgekommen.“⁹⁷⁹

Fritz Ulrich beschrieb später eindrucksvoll, daß nicht nur er selbst mit einer Verwaltungsreform gescheitert ist: „Ich gehöre dem Landtag seit dem Januar 1919 an und erinnere mich daran, daß bei jeder Etatberatung alljährlich von Rednern aller Fraktionen die Notwendigkeit einer Verwaltungsreform betont worden ist ... Und immer wurde an die Regierung der Appell gerichtet, Entwürfe für eine Verwaltungsreform vorzulegen, aber wenn die jeweilige Regierung einen solchen Entwurf vorgelegt hat, dann sind die Abgeordneten im Landtag - ich schließe keine Fraktion aus - schwach geworden und haben sich gegenseitig das Versprechen gegeben: Rette du meinen Kreis oder mein Oberamt, dann rette ich die deinen! `Verwaltungsreform, ja´, hundertmal wird es gepredigt draußen vor dem Landtag, jetzt auch wieder in der Wahlbewegung, aber sobald es ans Konkrete geht, gilt der Spruch: Heiliger St. Florian, verschon´ mein Haus, zünd´ andre an!“⁹⁸⁰

Dennoch hat die gescheiterte Kreisreform des Jahres 1955 einen wesentlichen Beitrag zur gelungenen Reform des Walter Krause geleistet, indem nämlich dieser daraus die entscheidenden Lehren zog, die ihm halfen, 15 Jahre später „seine“ Verwaltungsreform erfolgreich durchzuführen. Walter Krause bereiste damals als junger Abgeordneter und Mitglied des Verwaltungsausschusses das Land. Dabei machte er zwei Punkte aus, die die Verwaltungsreform Mitte der 50er Jahre scheitern ließen. Die Zeit sei noch nicht reif gewesen. Außerdem habe die Regierung keine konsequente Vorlage gemacht, sondern nur vorgeschlagen, die drei kleinsten Kreise aufzulösen.⁹⁸¹ Im Jahre 1969, zu Beginn des neuerlichen Reformprozesses, schilderte Walter Krause seine Erfahrungen so: „Wir haben erlebt, wie das bei der Verwaltungsreform 1955 ausging. Das Innenministerium legte drei Pläne vor. Damals hat der Landtag den großen und den mittleren gleich beiseite gelegt und sich nur noch mit

⁹⁷⁸ Treffz-Eichhöfer 238 - Klaus Fischer in der Stuttgarter Zeitung v. 2.1.98

⁹⁷⁹ Ulrich, Landtagsdebatte am 21.7.55

⁹⁸⁰ Ebd. Landtagsdebatte am 28.3.68

der kleinsten Lösung befaßt. Diese ist dann nach vielen Diskussionsrunden gestorben. Ich habe aus jener Debatte den Schluß gezogen, daß man die Diskussion am ehesten entfachen kann, wenn man der Wirklichkeit ein Denkmodell entgegenhält, an das man selbst glaubt, von dem man selbst überzeugt ist, daß es große Vorzüge hat.“⁹⁸²

Auch der zweite, 1956 gewählte Landtag von Baden-Württemberg, forderte die Regierung auf, Vorschläge zur Verwaltungsreform auszuarbeiten. Diesmal umfaßte die Expertenkommission neun Mitglieder. Deren Gutachten wurde am 23. Dezember 1957 vorgelegt. Dieses Gremium schlug vor, die Mittelinstanz der Regierungspräsidien zwar zu erhalten, aber von vier auf zwei zu reduzieren. Eine entsprechende Reduzierung wurde für die höheren Sonderbehörden (Oberfinanzdirektionen, Oberschulämter etc.) vorgeschlagen. Außerdem schlug das Gutachten vor, mit Ausnahme der Kultus- und Finanzverwaltung die unteren Sonderbehörden in die unteren Verwaltungsbehörden (Landratsämter) einzugliedern.⁹⁸³ Symptomatisch für den Umgang mit solchen Gutachten war das Verfahren, das sich in diesem Fall anschloß. Der Aufforderung des SPD-Fraktionsvorsitzenden Alex Möller, „eine sachverständige Kritik ausschließendes, großes Reformwerk“ noch vor Ablauf der Legislaturperiode fertigzustellen, stimmte Ministerpräsident Kiesinger im Grundsatz zu, doch es dauerte bis zur Generaldebatte über den Haushalt für das Jahr 1960, bis die Stellungnahme der Regierung zum Gutachten dem Landtag vorlag.⁹⁸⁴ Der überwies es gleich wieder an den Verwaltungs- und Wohnungsbauausschuß, dessen 25 Abgeordnete, darunter auch Walter Krause, sich in vier gantztägigen Sitzungen mit der schwierigen Materie befaßten. Der Abschlußbericht konnte erst am letzten Sitzungstag der Legislaturperiode, am 24. März 1960, dem Parlament übermittelt werden. Deshalb konnte das Parlament dazu keinen Beschluß mehr fassen.⁹⁸⁵ Walter Krause, der schon damals Berichterstatter zu diesem Thema war, erklärte dazu:⁹⁸⁶ Das, was noch zustande gekommen war, sei bei näherem Zusehen mehr, als manche oberflächlichen Betrachter meinen. Wer den Antrag des Ausschusses näher untersuche, werde feststellen, daß in einer Reihe wichtiger Fragen wesentli-

⁹⁸¹ Krause in: Schaab (1993) 54

⁹⁸² Krause, Landtagsdebatte am 21.2.69

⁹⁸³ Gut 40 Jahre später, im Jahr 1998, gab es übrigens noch immer vier Oberschulämter, die Zahl der Oberfinanzdirektionen wurde auf zwei reduziert, die Zahl der Forstdirektionen soll im Jahr 2000 auf zwei verringert werden.

⁹⁸⁴ Landtagsdebatte am 9.12.59

⁹⁸⁵ Krause, Landtagsdebatte am 24.3.60

⁹⁸⁶ Krauses Berichterstatter-Kollege war übrigens der spätere Finanzminister Robert Gleichauf (CDU). Der Bericht findet sich in Anlage 10 zu den Verhandlungen des Landtags von Baden-Württemberg, 105. Sitzung

che Entscheidungen enthalten seien, und daß dieser Antrag durchaus nicht etwa als ein Begräbnis der Verwaltungsreform angesehen werden könne. Schon damals wies Krause darauf hin, daß die Wirtschaftlichkeit der Verwaltung ständig zu beachten sei.⁹⁸⁷ Wohl kaum jemand hat damals geahnt, daß es eben dieser Walter Krause sein würde, der zehn Jahre später die größte Verwaltungsreform des 20. Jahrhunderts im deutschen Südwesten zustande bringen würde. Was dies für eine einzigartige Leistung war, wird erst im Kontrast zu den vielen gescheiterten Versuchen zur Verwaltungsreform richtig deutlich.⁹⁸⁸

Im Grunde genommen sind alle Verwaltungsreformen in Baden-Württemberg vor und nach Krause/Filbinger zwischen politischen und persönlichen Interessen zerrieben und zerredet worden. Freiburgs Oberbürgermeister Rolf Böhme: „Ich kann mir nicht denken, daß so ein gewaltiges Werk heute noch einmal möglich wäre.“⁹⁸⁹ Deshalb ist die eigentlich spannende historische Frage die, warum gerade Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre die Verwaltungsreform gelingen konnte?

Walter Krause bezeichnete rund 20 Jahre später als den wohl wichtigsten Grund für das Gelingen der Kreis- und Gemeindereform, daß man eine richtige Sache immer nur zur richtigen Zeit machen könne. Wenn die Umstände danach seien, dann gelinge es, wenn die Umstände nicht danach seien, dann sei der Versuch hoffnungslos. Im Frühjahr 1969 spürte Krause während einer Sitzung des Landtags, daß das Thema nun mehrheitsfähig geworden war. Daraus zog er die Konsequenz, nun die Kreisreform anzugehen. Danach habe er mit seinen Mitarbeitern ein Jahr intensiv gearbeitet, die Größe von Verwaltungsbezirken studiert, die optimale Betriebsgröße einer Behörde ermittelt und dann eine gut ausgearbeitete Vorlage eingebracht.⁹⁹⁰

Albert Neckenauer (CDU), ehemaliger Landrat des Rhein-Neckar-Kreises, hat es so formuliert: „Um sie (die Verwaltungsreform) durchzusetzen, muß die Zeit ihren Mann finden

am 24. März 1960, Seite 5881 bis 5884. - Zu Krauses frühen Bemühungen um die Verwaltungsreform in Baden-Württemberg: vgl. Krause (1964) 19

⁹⁸⁷ Vg. Krause (1964) 20

⁹⁸⁸ Die Geschichte der gescheiterten Verwaltungsreformen ist lang. Ein besonders treffendes Beispiel schilderte der frühere Mannheimer Oberbürgermeister Reschke: In Preußen sei von 1875 bis 1945 über die Beseitigung oder Umgestaltung der Mittelinstanzen diskutiert worden. Einziges konkretes Ergebnis der 70jährigen Diskussion: die Auflösung der Regierung in Stralsund. (Krause, Landtagsdebatte am 24. März 1960).

⁹⁸⁹ Böhme (1998)

⁹⁹⁰ Krause in Schaab (1993) 54

- wie Jacob Burkhardt sagt - damit es gut werde. Dieser Mann nach Zeit und Umständen war Walter Krause ...⁹⁹¹ Krause führte die Reform so objektiv wie möglich durch. Auch wenn er immer wieder gewarnt wurde, die SPD verliere die nächste Wahl, wenn die Reform durchgeführt würde, machte er unbeirrt weiter.⁹⁹² Dem hielt Krause entgegen, daß man wegen der Verwaltungsreform seine politische Gesinnung nicht ändere. Das, so der Landrat des Kreises Böblingen, Heeb, habe sich dann auch bewahrheitet. Die Verwaltungsreform habe sich auf die Wahl fast nicht ausgewirkt.⁹⁹³

Wie Krause die Verwaltungsreform im politischen Alltag durchsetzte, zeigt das Beispiel Tettngang. Dorthin mußte Krause, kurz nach Veröffentlichung des „Denkmodells“, in dem die Auflösung des Tettninger Kreises vorgeschlagen wurde, eine Dienstreise machen. Der örtliche Landrat veröffentlichte am Tag der Sitzung in der Lokalzeitung eine Traueranzeige zum Tode des Kreises. Vor der Halle skandierte eine aufgebrachte Menge: „Walter Krause, geh´ nach Hause.“ Obwohl die Stimmung nicht zu einer nüchternen Erörterung einlud, blieb der Minister bei seinem sachlichen Stil. Bis in den späten Abend zermühte er, bestens informiert, seine Gegner mit detaillierten Argumenten. Das Ergebnis: Die Veranstaltung endete friedlich.⁹⁹⁴ Ulrich Lang hat dasselbe beobachtet, als er mit dem Bürgermeister seiner Heimatgemeinde Michelbach eine Veranstaltung mit Walter Krause zur Verwaltungsreform besuchte. Anschließend sagte ihm der Bürgermeister, er gebe nun seinen Widerstand gegen die Reform auf, denn dieser Mann wisse, was er wolle.⁹⁹⁵

Die zweite wichtige Voraussetzung für das Gelingen der Reform bot die Große Koalition selbst, denn nur dem Bündnis der beiden großen Parteien wurde die Kraft für solche grundlegenden Reformen zugetraut. Und umgekehrt benötigte die Große Koalition den Erfolg in der Verwaltungsreform als Legitimation für dieses in den Augen der eigenen Parteigänger ungewöhnliche Bündnis. Denn die Ansicht war allgemein verbreitet, ein so starkes Mißverhältnis in den Abgeordnetenzahlen von Regierung und Opposition lasse sich nur rechtfertigen, wenn die Sicherheit des Landes dies erfordere oder eben große Reformen durchgesetzt werden müßten.

⁹⁹¹ Neckenauer 81

⁹⁹² Heeb (1996); Schwarz (1996)

⁹⁹³ Heeb (1996)

⁹⁹⁴ Hieber 43

⁹⁹⁵ Ulrich Lang (1998)

Drittens herrschte damals in der Bundesrepublik ein ausgesprochenes Reformklima. Es gab keine politische Kraft, die die Notwendigkeit einer Reform grundsätzlich in Frage stellte.

Viertens bekam die Kreis- und Gemeindereform in Baden-Württemberg Rückenwind durch einen generellen Trend zur Verwaltungsreform. Im selben Zeitraum wurden in Niedersachsen,⁹⁹⁶ Rheinland-Pfalz,⁹⁹⁷ Bayern⁹⁹⁸ und Hessen⁹⁹⁹ Kreis- bzw. Gemeindereformen durchgeführt.

Fünftens ist ein spezieller, sehr menschlicher Hintergrund nicht zu unterschätzen. Hieber erinnerte sich, wie die maßgeblichen Leute damals im Ministerium zusammensaßen und die Geburtstagslisten der Landräte studierten. Dabei stellten sie fest, daß zum Zeitpunkt der Reform über 20 Landräte in Ruhestand gingen. Es war die Generation der Landräte, die unmittelbar nach dem Krieg ins Amt gekommen waren. Deshalb war der persönliche Widerstand gegen die Auflösung ihrer Kreise gering. Im Gegenteil, einige Landräte ließen sich anlässlich ihrer Zurrücksetzung für ihre „staatsmännische Verantwortung“ loben, zum Wohle des Ganzen auf den „eigenen“ Landkreis verzichtet zu haben. Die anderen, jüngeren Landräte konnten dann in vergrößerten Kreisen weitermachen.¹⁰⁰⁰

⁹⁹⁶ Niedersachsen reformierte seine Verwaltungs- und Gebietsreform mit 33 Gesetzen, die in den Jahren 1972 bis 1974 beschlossen wurden. Ein Teil diese Gesetze enthielt (z.B. durch die Einkreisung zuvor kreisfreier Städte) bereits die Kreisreform für das betroffene Gebiet. (Veröffentlicht im Nds. GVBl, Jahrgang 1972 (Seiten 57, 70, 74, 78, 81, 106, 125, 149, 152, 175, 181, 183, 185, 205, 207, 208, 210, 265, 263, 265, 267, 269, 305, 317, 320, 322, 361, 423, 473, 475, 477, 479, 487) Die abschließende Kreisreform wurde durch das Achte Gesetz zur Verwaltungs- und Gebietsreform vom 28. Juni 1977 (Nds. GVBl S.233) mit Wirkung vom 1. August 1977 durchgeführt.

⁹⁹⁷ In Rheinland-Pfalz fand die Kreis- und Gemeindereform in den Jahren 1968 bis 1974 statt. Dabei wurden die Zahl der Regierungsbezirke von fünf auf drei vermindert, die Zahl der Gemeinden von 2905 auf 2592 (dann auf 2305), die Zahl der Verwaltungsgemeinschaften von 1188 auf 163 und die Zahl der Landkreise von 39 auf 28 und dann auf 24. (Quelle: Länderabfrage des Ministeriums des Innern des Landes Sachsen-Anhalt, AG „Leitbild für eine Kommunalreform“, Az: 31-10035, zugänglich gemacht durch ein Schreiben des Ministeriums des Innern und für Sport, Postfach 3280, 55022 Mainz v. 8.6.99). Die fünfbandige Dokumentation im Auftrag der Landesregierung wurde von der Staatskanzlei des Landes Rheinland-Pfalz herausgegeben und ist erschienen unter: Verwaltungsvereinfachung in Rheinland-Pfalz, Mainz 1966-1971.

⁹⁹⁸ Die Neugliederung der Landkreise und kreisfreien Städte in Bayern (sog. Landkreisreform) ist mit dem Inkrafttreten der Bestandsänderungen am 1.7.72 abgeschlossen worden. Mit Wirkung vom 1.5.73 wurden noch die Namen der Landkreise und die Sitze der Kreisverwaltungen endgültig festgelegt. Die Gemeindegebietsreform wurde mit dem Inkrafttreten der Neugliederungsentscheidungen am 1.5.78 abgeschlossen (Ende der Amtsphase). In den Jahren ab 1970 hat es jedoch zahlreiche Gemeindezusammenschlüsse auf freiwilliger Ebene gegeben. (Mitteilung des Bayerischen Staatsministerium des Innern vom 10.9.99 - Az IB3-005)

⁹⁹⁹ Stephan 114 - In Hessen wurde die kommunale Gebietsreform in der Zeit von 1967 bis 1977 durchgeführt. Der Ablauf vollzog sich in mehreren Phasen: Orientierungs- und Freiwilligkeitsphase von 1967 bis 1972 und die gesetzliche Phase ab 1972. In der Zeit von 1972 bis 1974 wurden 20 Neugliederungsgesetze beschlossen. (Mitteilung des Referat IV 3 des hessischen Innenministeriums vom 6.9.99)

¹⁰⁰⁰ Hieber (1996)

Und natürlich gab es, sechstens, einen sachlichen Grund. Krause habe ein Denkmodell vorgelegt, das so bestechend begründet gewesen sei, daß man auch als Gegner kaum etwas dagegen sagen konnte, weil es einleuchtend gewesen sei, erinnerte sich Hieber.¹⁰⁰¹ Im Rückblick meinte Krause, das von ihm vorgelegte Denkmodell sei besser gewesen als die vom Landtag letztlich beschlossene Reform.¹⁰⁰² Heeb gab ihm dabei recht. In den neunziger Jahren habe es bei der geplanten Funktionalreform Schwierigkeiten gegeben, weil einige Kreise zu klein gewesen seien, um die vorgesehenen Aufgaben zu übernehmen. Hätte man Krauses Vorschläge zur Bildung großer, leistungsfähiger Kreise damals vollständig übernommen, gäbe es dieses Problem heute nicht.¹⁰⁰³ Ulrich Lang unterstützte diese These am Beispiel des Hohenlohe-Kreises, der viel zu klein sei und ein echtes Zugeständnis an die CDU war. Lang machte allerdings Krause, den „Vater der Verwaltungsreform“, mitverantwortlich für solche Kompromisse. Es sei ihm dann („in einer nicht ganz unbedenklichen Weise“) darum gegangen, die Sache irgendwie zu Ende zu bringen.¹⁰⁰⁴

Siebtens gab es auch Kräfte, die die Verwaltungsreform wollten, weil sie durch sie aufgewertet wurden, wie etwa die Mittelzentren, die durch Eingemeindungen neue Einwohner hinzugewonnen haben. Etliche Oberbürgermeister und Bürgermeister konnten sich auch über eine Gehaltsaufbesserung freuen.¹⁰⁰⁵

Ein weiterer, nicht unwichtiger „Trick“ bei der Durchsetzung der Verwaltungsreform bestand darin, daß die Regierungsfractionen den jeweils betroffenen Abgeordneten gestatteten, gegen die Auflösung „ihrer“ Kreise zu stimmen. Das hatte zur Folge, daß sich die Abgeordneten bei ihren Wählern zwar weiterhin sehen lassen konnten, die Mehrheit für die Reform aber gesichert war.

Klaus Fischer beschrieb, wie die hergebrachten Verwaltungsstrukturen der rasanten Entwicklung nicht mehr gewachsen waren. „Nicht nur die Wirtschaft verlangte nach einem Abbau hemmender Verwaltungshindernisse, auch eine mobil und anspruchsvoll gewordene Bevölkerung war an einem modernen Zuschnitt der Bürokratie interessiert. Nicht zuletzt

¹⁰⁰¹ Hieber (1996)

¹⁰⁰² Lindemann 9. – Ebenso Krause in der Landtagsdebatte am 10.5.78 - Dieselbe Ansicht teilte zum Beispiel auch Walter Hirrlinger (Seite 46), Sozialminister in der Großen Koalition.

¹⁰⁰³ Heeb (1996)

¹⁰⁰⁴ Ulrich Lang (1998)

¹⁰⁰⁵ Bogusch (1996)

war auch das Geld für eine solche Reform (die Schätzungen reichen von 70 bis zu mehreren hundert Millionen Mark) vorhanden, die Steuern sprudelten kräftig.“¹⁰⁰⁶

Bereits bei ihrer dramatischen Geburt in der „Nacht der langen Messer“ im Jahre 1966 hat die Große Koalition die Verwaltungsreform in ihr Programm aufgenommen. Schon wenige Tage nach seiner Vereidigung als Minister kündigte Krause in einem Zeitungsinterview an, daß die neue Regierung alle Möglichkeiten einer Verwaltungsreform ernsthaft prüfen werde.¹⁰⁰⁷ Ministerpräsident Filbinger erwähnte sie in seiner ersten Regierungserklärung am 19. Januar 1967. Krause sprach das Thema erstmals auf der Klausurtagung der Landräte am 16./17. März 1967 in Bad Boll an. Die Landräte gewannen schon damals den Eindruck, daß Walter Krause ein Mann war, mit dem man über Einzelfragen der Verwaltungsreform reden konnte und der mit sich reden ließ. Die grundsätzliche Notwendigkeit der Verwaltungsreform ließ er dagegen nie in Frage stellen.¹⁰⁰⁸

Wenn die Geschichte der Verwaltungsreform erzählt wird, dann beginnen solche Schilderungen häufig mit einem Zwischenruf Lothar Späths, dem damaligen CDU-Fraktionsvorsitzenden, während der Landtagsdebatte am 28. Februar 1969. Späth fragte den zum Plenum sprechenden Krause: „Werden Sie für Ihre Reformpläne ein Modell vorlegen?“, worauf Krause spontan erwiderte: „Ja, ich bin bereit, dafür ein Denkmodell vorzulegen.“¹⁰⁰⁹

In Krauses Innenressort erarbeitete ein kleiner Kreis von Ministerialbeamten ein Konzept zur Kreisreform. Diese Arbeit erfolgte vollkommen im „stillen Kämmerlein“. Krause war sehr stolz, daß es, ungewöhnlich für ein Vorhaben dieser Größenordnung, gelang, Einzelheiten des Projekts geheimzuhaltend. Auch dies war sicher mit ein Grund für den Erfolg des

¹⁰⁰⁶ Stuttgarter Zeitung v. 2.1.98

¹⁰⁰⁷ Mannheimer Morgen v. 30.12.66

¹⁰⁰⁸ Neckenauer 81-83

¹⁰⁰⁹ Lindemann 9. Dies war auch die Geburtsstunde des Begriffs „Denkmodell“. Wie sich Manfred Lehmann, der geistige Vater des Denkmodells, erinnerte, hat man im Innenministerium aber nicht erst nach dieser Landtagsdebatte angefangen, ein solches Denkmodell zu erarbeiten (wie gemeinhin angenommen wird), sondern man hatte bereits einige Zeit zuvor damit begonnen. Es war vor der o.g. Landtagsdebatte zwischen Krause und seinen Mitarbeitern beabsichtigt, daß Krause durch seine Rede einen Zwischenruf, wie ihn Lothar Späth dann tatsächlich gemacht hat, geradezu provozierte.

Projekts. Daß die Geheimhaltung glückte, sagt sicher einiges über den Führungs- und Politikstil Walter Krauses und die Loyalität seiner Mitarbeiter gegenüber ihm aus.¹⁰¹⁰

Bereits im Dezember 1969 wurde das „Denkmodell zur Kreisreform“ vorgelegt.¹⁰¹¹ Klaus Fischer schrieb in der Stuttgarter Zeitung: „Es war in seiner Logik und Konsequenz bestehend.“¹⁰¹² Es sah eine Verwaltungseinteilung mit nur zwei Regierungsbezirken (ohne Regierungspräsidien) und vier Regionalverbänden, fünf Stadtkreisen und 25 Landkreisen vor. Am Ende waren es zwar ein paar Landkreise mehr, die bestehen blieben. Es gilt aber festzuhalten, daß dieses ursprüngliche „Denkmodell“ angesichts der Größe des Reformvorhabens letztlich nur wenig verändert wurde.

Krause selbst bezeichnet in seinen Erinnerungen folgende drei Punkte als die Säulen der geplanten Verwaltungsreform:

1. Auflösung kleiner Kreise
2. Eingliederung der unteren Sonderbehörden in die Landratsämter
3. Abschaffung der Regierungspräsidien¹⁰¹³

Krause machte aufgrund seiner Erfahrungen mit der gescheiterten Reform in der zweiten Legislaturperiode des Landtags nicht den Fehler, mit dem Umbau der Kreise und Gemeinden zu warten, bis die entsprechenden Kommissionen ihre Abschlußberichte vorgelegt hatten. An der Einsetzung einer Gruppe von Experten, die sich dem Thema widmen sollte, kam aber auch er nicht vorbei. Er beauftragte eine Kommission für Fragen der kommunalen Verwaltungsreform unter Vorsitz von Regierungspräsident a.D. Anton Dichtel (Frei-

¹⁰¹⁰ Bereits einige Zeit zuvor hatte Krause seiner Kommunalabteilung den Auftrag gegeben, eine Vergrößerung der bestehenden Kreise zu prüfen. Die Mitarbeiter in dieser Abteilung antworteten sinngemäß, es bestehe kein Bedarf für eine Reform. Krause war mit dieser Antwort nicht zufrieden. Er wollte diese Reform unbedingt, war sich aber andererseits im klaren, daß die Entwicklung eines Konzepts zu einer großen Verwaltungsreform nicht einfach nebenher gemacht werden konnte. Deshalb beauftragte er Manfred Lehmann, seinen Persönlichen Referenten, mit dieser Aufgabe. (Lehmanns Nachfolger als Persönlicher Referent wurde Ulrich Hieber, heute Abteilungsleiter im Wirtschaftsministerium.) Mit dieser Entscheidung leitete Krause, quasi als Nebenprodukt der Verwaltungsreform, eine Reform der ministeriellen Arbeitstechnik ein, die heute aus der Arbeit der Ministerien nicht mehr wegzudenken ist. Denn die neue Aufgabe von Manfred Lehmann gilt zugleich als die Geburtsstunde der Zentralstellen in baden-württembergischen Ministerien. Wie sich Lehmann erinnerte, war ein „ganzer Apparat von Leuten“ an der Entwicklung des Denkmodells beteiligt. Die Steuerung dieses Apparats erfolgte lediglich durch zwei Personen, Manfred Lehmann und einem jungen Regierungsobererrat namens Gaa, später Abteilungsleiter im Innenministerium. Unter Insidern galt Manfred Lehmann allgemein als „Vater des Denkmodells“. (Lehmann (1996) und andere)

¹⁰¹¹ Sonderbeilage des Staatsanzeigers Nr. 101 v. 20.12.1969

¹⁰¹² Stuttgarter Zeitung v. 2.1.98

¹⁰¹³ Krause (1994/4). Das „Denkmodell“ ist veröffentlicht in: Staatsministerium (1972) 18-63

burg), konkrete Vorschläge zu erarbeiten.¹⁰¹⁴ Filbinger, der nicht wollte, daß das Thema Verwaltungsreform ganz von der SPD besetzt wurde, hat dann eine zweite Kommission für die Reform der staatlichen Verwaltung unter Vorsitz des parteilosen Mannheimer Oberbürgermeisters Hans Reschke ins Leben gerufen.¹⁰¹⁵ Diese beiden Kommissionen haben insgesamt 21 Gutachten erarbeitet und der Regierung konkrete Vorschläge gemacht. Im Juli 1970 legten sie ein gemeinsames Gutachten zur Kreisreform vor.¹⁰¹⁶ Der journalistische Beobachter Klaus Fischer erinnerte sich, wie schnell die CDU, gegenüber Veränderungen sonst eher zurückhaltend, gemerkt habe, daß die Stimmung im Lande nach einer Reform verlangte und es keinen Sinne mache, sich dagegen zu wehren.¹⁰¹⁷

Es entwickelte sich ein Wettbewerb der Ideen für die bestmögliche Gestaltung der neuen Verwaltungsgrenzen. Entgegen vieler Vorwürfe plante man nicht nur am Reißbisch, es sollten vielmehr auch gewachsene Räume und inhaltliche Beziehungen eine Rolle spielen, sogenannte „sozio-ökonomische Verflechtungen“. Nach Krauses Vorstellungen sollten die Kreise so groß werden, daß sie auch die Aufgaben der Regionalplanung übernehmen könnten.¹⁰¹⁸

Bei der Umsetzung der Verwaltungsreform ging es fortan Schlag auf Schlag, so daß den widerstrebenden Kräften kaum Zeit zum Luftholen blieb. Schon im Mai 1970 war das Gesetz über den kommunalen Finanzausgleich (FAG) so geändert worden, daß den Gemeinden, die sich freiwillig mit anderen zusammenschlossen, zusätzliche Finanzmittel zugesagt wurden, ebenso denen, die Verwaltungsgemeinschaften bildeten. Im Oktober 1970 wurde die Gesamtkonzeption für die Verwaltungsreform dem Landtag vorgelegt.¹⁰¹⁹ Am 19. November 1970 beschloß der Landtag das Gesetz zur Vorbereitung der Kreisreform. Am 20.

¹⁰¹⁴ Vorsitzender der Kommission war zunächst der Minister a.D. Victor Renner. Nach seinem Tod am 21.4.1969 wurde sein Stellvertreter Dichtel Vorsitzender, und der Erste Bürgermeister der Landeshauptstadt Stuttgart, Jürgen Hahn, sein Stellvertreter. Außerdem gehörten dieser Kommission an: Regierungspräsident a.D. Wilhelm Schöneck (Stuttgart), Oberbürgermeister Hans Hoss (Ebingen), Bürgermeister Trudpert Müller (Kehl) und Bürgermeister Werner Thrum (Kornthal). (Staatsministerium (1972) 12)

¹⁰¹⁵ Dieser Kommission gehörten u.a. an: Regierungspräsident Birn (Tübingen) als Stellvertreter, Waldemar Besson (Konstanz), Oberbürgermeister Gmelin (Tübingen) und Oberbürgermeister Kunze (Rastatt). (Staatsministerium (1972) 13)

¹⁰¹⁶ Lehmann (1996). Bestätigt im Gespräch mit Hieber am 3.7.96. Veröffentlicht in: Staatsministerium (1972) 72-140

¹⁰¹⁷ Fischer (1997)

¹⁰¹⁸ Stuttgarter Zeitung v. 2.1.98

¹⁰¹⁹ Drucksache V-3300

Januar 1971 legte die Landesregierung den Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Verwaltungsreform (Kreisreformgesetz) vor. Am 11. Februar 1971 fand im Landtag eine große Debatte mit Erklärungen von Ministerpräsident Filbinger und Minister Krause statt. Am 21. Juni 1971 legte die Landesregierung ihr Programm zur Erhaltung und Stärkung der Zentralität derjenigen Städte vor, die nach Inkrafttreten des Kreisreformgesetzes nicht mehr Sitz eines Landratsamtes sein würden (Zentralitätserhaltungsprogramm). Am 22. und 23. Juli folgte die große dritte Beratung der vorgelegten Gesetzesentwürfe, die mit dem ersten (Kreisreformgesetz) und zweiten Gesetz zur Verwaltungsreform (Regionalverbandsgesetz)¹⁰²⁰ abschloß. Zu diesem Zeitpunkt waren lediglich zweieinhalb Jahre seit dem Zwischenruf des Abgeordneten Lothar Späth im Landtag vergangen.¹⁰²¹ Für ein Vorhaben von dieser Größenordnung stellt dies ein äußerst zügiges Verfahren dar. Auch dies war sicher ein entscheidender Grund für das Gelingen der Reform. Denn je länger die Gegner Zeit gehabt hätten, sich zu formieren, desto schwieriger wäre es gewesen, die Reform durchzusetzen.

Ein weiterer gelungener Schachzug der Reformer war es, zunächst die Kreisreform anzugehen und erst danach die Gemeindereform. Einer der Gründe dafür war, daß man bei der Kreisreform vom Schreibtisch des Innenministeriums aus ein landesweites Konzept entwickeln konnte. Außerdem ist die emotionale Bindung der Bürger an ihren Kreis deutlich geringer als an ihre Gemeinde. Hier war also weniger Widerstand zu erwarten als bei der Eingemeindung von Städten und Dörfern.¹⁰²² Die Kreisreform wurde so zum Motor der Verwaltungsreform.¹⁰²³ Obwohl es aufgrund der stärkeren Bindung der Bürger an ihre Heimatgemeinde als an ihren Kreis viel schwerer war, die Zahl der Städte und Gemeinden von 3000 auf 1100 zu reduzieren, als die Zahl der Kreise zu verringern, wird im Rückblick häufig nur von der Kreisreform gesprochen, obwohl die gesamte Verwaltungsreform ge-

¹⁰²⁰ Siehe dazu Gebhardt, Kurt, Regionalverbandsgesetz - Landesplanungsgesetz - Raumordnungsgesetz, Stuttgart 1973, insbesondere S.13-14

¹⁰²¹ Die Gesetze traten am 26. Juli 1971 in Kraft. Das Kreisreformgesetz wurde mit der beeindruckenden Mehrheit von 84 zu 34 Stimmen angenommen. Aber immerhin 13 Abgeordnete der Koalition stimmten gegen das Gesetz.

¹⁰²² Lehmann (1996)

¹⁰²³ Die Gesetzgebung: Am 26. März 1968 trat das Gesetz zur Stärkung der Verwaltungskraft kleinerer Gemeinden in Kraft. Dem folgte am 28. Juli 1970 ein weiteres Gesetz zur Umsetzung der Gemeindereform.

meint ist. Das Gesetz zur Kreisreform trat schließlich zum 1. Januar 1973 in Kraft. Aus 63 alten Landkreisen wurden 35 neue Kreise und 11 (später 12) Regionalverbände.¹⁰²⁴

Das Ergebnis, das schließlich zustandekam, war ein Kompromiß zwischen den Vorstellungen der CDU, die mehr Kreise erhalten wollte, und denen der SPD, die sich Krauses „Denkmodell“ zu eigen machte.¹⁰²⁵ Die nach der Verwaltungsreform entstandenen Kreise waren nicht so groß wie diejenigen in Nordrhein-Westfalen, aber größer als die in Bayern. Kreise mit durchschnittlich 300 000 Einwohnern im städtischen und 200 000 Einwohnern im ländlichen Raum¹⁰²⁶ sind nach Ansicht von Landrat Heeb eine sehr gute Größe, um einerseits Bürgernähe zu garantieren, andererseits aber auch zentrale Aufgaben wahrnehmen zu können und dabei relativ wenig Geld unproduktiv in der Verwaltung zu verbrauchen.¹⁰²⁷

Am Rande sei vermerkt, daß Walter Krause bei der Durchführung der Verwaltungsreform auch „sein“ Mannheim nicht „schonte“. Mannheim verlor „seinen“ Landkreis.¹⁰²⁸ Im nordbadischen Raum wurden alle alten Landkreise aufgehoben, nur die beiden Stadtkreise Heidelberg und Mannheim blieben bestehen. Aus den Gemeinden der aufgelösten Landkreise Heidelberg und Mannheim sowie aus einem großen Teil der Gemeinden des Landkreises Sinsheim wurde der Rhein-Neckar-Kreis mit Sitz in Heidelberg gebildet.¹⁰²⁹

Die Gemeindereform habe größere Wunden geschlagen und möglicherweise habe man in dem einen oder anderen Fall auch falsch entschieden, resümierte Peter Bogusch.¹⁰³⁰ Heeb kam in seiner Rückschau zu dem Ergebnis, man habe auch bei der Gemeindereform hervorragende Ergebnisse erzielt.¹⁰³¹ Aber man habe zu lange gewartet, bis man in das gesetzliche Verfahren gegangen sei. Gerade in der letzten Phase der Freiwilligkeit der Zu-

¹⁰²⁴ Angaben zur Größe und Einwohnerzahl der Regionalverbände: siehe Gebhardt 92-93

¹⁰²⁵ Fischer (1997) berichtete, wer hinter Filbinger und Krause die Fäden zog und die Kompromisse zustande brachte. Es waren Manfred Rommel auf Seiten der Christdemokraten und Manfred Lehmann für die Sozialdemokraten. Sie trafen sich, wie andere Landespolitiker auch, gern im Café Sommer unweit des Landtagsgebäudes.

¹⁰²⁶ Einwohnerzahlen, wie sie die meisten baden-württembergischen Landkreise aufweisen.

¹⁰²⁷ Heeb (1996)

¹⁰²⁸ Probst 324

¹⁰²⁹ Stephan 111

¹⁰³⁰ Bogusch (1996). Ein Teil davon wurde später korrigiert wie der Zusammenschluß von Ravensburg und Weingarten. Ein anderer Zusammenschluß, der auch nach 25 Jahren äußerer Gemeinsamkeit innerlich noch immer nicht vollzogen ist, ist der zwischen dem „badischen“ Villingen und dem „württembergischen“ Schwenningen. Die Stadt hat nach wie vor zwei Rathäuser und zwei Vorwahlnummern. Für die Katholiken Villingens ist das Erzbistum Freiburg zuständig, für die Schwenningens der Bischof von Rottenburg. Bei den evangelischen Kirche sind es Karlsruhe und Stuttgart (Stuttgarter Zeitung v. 31.12.96.)

¹⁰³¹ Literatur zu diesem Thema: Jauch, Dieter, Auswirkungen der Verwaltungsreform in ländlichen Gebieten. Dargestellt an 14 Gemeinden in Baden-Württemberg (Hohenheimer Arbeiten 82), Stuttgart 1975

sammenschlüsse seien Gebilde entstanden, die zu groß und damit bis heute nicht recht funktionsfähig seien. Er nannte als Beispiele Rottenburg und Horb, die aus zu vielen Teilorten bestehen.¹⁰³² Die Ursache für die Fehlentwicklung lag darin, daß die Gemeinden, die nahe am Stadtkern lagen, nicht eingemeindet werden wollten. Dagegen waren gerade die Gemeinden, die weiter außen lagen, bestrebt, zum Hauptzentrum eingemeindet zu werden, weil sie auf gar keinen Fall zu den darum liegenden, selbständig bleibenden Gemeinden kommen wollten. Da der Gesetzgeber aber keine Inseln innerhalb der Stadt wollte, hat er in dieser Freiwilligkeitsphase Druck auf die größeren, dazwischen liegenden Umlandgemeinden ausgeübt, sich ebenfalls dem Hauptzentrum anzuschließen. Dies führte letztlich zu Kunstgebilden ohne inneren Zusammenhalt.¹⁰³³

Die Phase, in der sich die Gemeinden unter Zusage von finanziellen Belohnungen freiwillig eingemeinden lassen konnten, fiel in die Ära Krause. Die Eingemeindung wurde den Gemeinden mit finanziellen Zuwendungen versüßt, Hallenbäder waren als Mitgift sehr beliebt.¹⁰³⁴ Die Phase des erzwungenen Zusammenschlusses, die auf die Zeit des freiwilligen Zusammenschlusses folgte, fiel dann in die Amtszeit von Krauses Nachfolger, Innenminister Karl Schiess (CDU).¹⁰³⁵

Die Ergebnisse der Gemeindereform wurden 1975 in Gesetzestext gegossen. Dadurch wurde die Zahl der Gemeinden von 3379 auf 2143 verringert, später, durch die Schaffung von Verwaltungsgemeinschaften, sogar auf 1110. Davon bildeten 198 Städte und Gemeinden sogenannte Einheitsgemeinden und 921 Verwaltungsgemeinschaften.¹⁰³⁶

¹⁰³² Heeb (1996)

¹⁰³³ Ebd.

¹⁰³⁴ Sie bereiteten jedoch aufgrund ihrer immensen Folgekosten vielen Ortschaften später Sorgen.

¹⁰³⁵ Hieber (1996). Eine kleine Randnotiz: Bei Krause hing eine große Karte von Baden-Württemberg an der Wand. Jeden Morgen, nach dem Lesen der Zeitungen, umkreiste er mit Rotstift die Gemeinden, die sich freiwillig zusammenschließen wollten. Wie sich Hieber erinnerte, sei damals in dieser Hinsicht unheimlich viel passiert. Die Karte sei am Ende zu einem Drittel rot eingefärbt gewesen. - Karl Schiess (geb. 1914) war von 1972 bis 1978 Innenminister und von 1964 bis 1978 Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg. (Munzinger 23/78)

¹⁰³⁶ Über die bestmögliche Struktur einer Verwaltungsgemeinschaft hat Walter Krause auch später als Oppositionspolitiker intensiv nachgedacht. Vgl. Landtagsdebatte am 8.3.73. - Die Gemeindestrukturen wurden in Baden-Württemberg keineswegs nur nach der Zahl der Einwohner, ohne Berücksichtigung spezifischer Bedingungen, reformiert. So zeigte eine Gemeindestatistik des Statistischen Landesamtes, daß es zum Stichtag 30. Juni 1998 immer noch sechs Dörfer mit weniger als 200 Einwohnern gab und immerhin 172 von 1111 Gemeinden haben nur zwischen 2000 und 2999 Einwohner. (Stuttgarter Zeitung v. 11.1.99)

Neben der Kreis- und Gemeindereform hat man damals auch eine Funktionalreform versucht, die allerdings über Ansätze nicht hinauskam. Sie verfolgte das Ziel, die Verwaltungsaufgaben rationell und möglichst bürgernah zu erledigen. Man strebte an, wichtige Funktionen auf die gestärkten unteren Verwaltungsbehörden zu übertragen. Im Ersten Bericht zur Funktionalreform vom Juni 1971 wurden nahezu 300 Aufgaben genannt, die für eine solche Verlagerung in Frage kämen. Noch kurz vor Ende der Legislaturperiode schaffte es Krause, ein erstes Gesetz zur Funktionalreform durchzubringen, mit dem ein Teil der in der Gesamtkonzeption der Landesregierung dafür vorgesehenen Zuständigkeiten auf die jeweils untere Behördenebene verlagert wurde, beispielsweise das Baurechtsgenehmigungsverfahren vom Kreis auf Gemeinden mit mindestens 8000 Einwohnern.¹⁰³⁷ Im September 1970 legte die Kommission für Fragen der kommunalen Verwaltungsreform ein Teilgutachten zur Funktionalreform „Landratsamt - Gemeinde“ vor. Dem folgte im Februar 1972 das Schlußgutachten. Herausgekommen ist am Ende kaum etwas. Die Funktionalreform der ersten CDU/SPD-Koalition blieb jedoch ohne politische Wirkung und große Medienresonanz. Der Bürger hat sie kaum wahrgenommen.¹⁰³⁸

Ein weiteres großes Vorhaben von Krauses „Denkmodell“, das ganz kurz vor Erreichen des Ziels scheiterte, war die Auflösung der Regierungspräsidien. Aus der Sicht des Mathematikers Krause waren diese unnötige, „unlogische“ Verwaltungsgebilde zwischen der Zentrale, dem Ministerium und der ausführenden Ebene, den Landkreisen. Wörtlich sagte Krause: „Man könnte auch ohne Regierungspräsidien leben. Wenn 1952 bei der Bildung des Landes Baden-Württemberg einer gesagt hätte: ‚Das machen wir ohne Regierungspräsidien‘, dann hätte das auch geklappt. Es war aber keiner da.“¹⁰³⁹

Krause empfand die Regierungspräsidien schon immer als unnötig, und dies um so mehr, als in Folge der Kreisreform auf der Ebene darunter leistungsfähige Kreise entstanden wa-

¹⁰³⁷ 14.3.1972, Ges.Bl. S.92

¹⁰³⁸ Dokumentation des Staatsministeriums (1972) zur Verwaltungsreform (588-595 bzw. 685-711) - Die SPD hat in den langen Jahren der Opposition immer wieder die Fortsetzung der Funktionalreform gefordert. Diese bedeutete für die Sozialdemokraten insbesondere die Verlagerung von Kompetenzen auf die unteren Verwaltungsebenen und die sogenannte einräumige Verwaltung, bei der den Einwohnern alle wichtigen Dienstleistungen von ihren Landratsämtern angeboten werden. Diese Forderungen wurden später von der zweiten Großen Koalition unter Ministerpräsident Teufel und seinem Stellvertreter Dieter Spöri in den Jahren 1992 bis 1996 zum Teil umgesetzt, bei der Reform der Wasserwirtschaftsämter pikanterweise gegen den erbitterten Widerstand des sozialdemokratischen Umweltministers Harald B. Schäfer.

¹⁰³⁹ Krause (1994/4); Kreiszeitung/Böblinger Bote v. 8.7.93

ren. In der Forderung nach Abschaffung der Regierungspräsidien, die immer auch eine personelle Domäne der konservativen Parteien gewesen war, wußte er sich im Einklang mit der Sozialdemokratischen Partei. Denn die SPD forderte seit langem die Abschaffung der Mittelinstanzen. In diesem Zusammenhang gab es ein bemerkenswertes, geheimes Treffen, das ursprünglich einem ganz anderen Zweck diente. Der innerste Zirkel der Großen Koalition wollte einen Kompromiß bei der Zahl der Kreise, die zu erhalten bzw. aufzulösen sind, finden. Die CDU war durch Ministerpräsident Hans Filbinger und den damaligen Staatssekretär Manfred Rommel, die SPD durch Innenminister Walter Krause und Manfred Lehmann vertreten.¹⁰⁴⁰

Bei dem Gespräch versuchten die Vertreter der CDU, möglichst viele Kreise zu erhalten.¹⁰⁴¹ Als das Gespräch schon eine ganze Weile gedauert hatte, und die CDU mit der Forderung nach dem Erhalt zweier weiterer Kreise noch eins draufsattelte, war der Punkt erreicht, daß Krause „messerscharf“ erklärte: „Das mit diesen zwei Kreisen machen wir nur mit, wenn dafür die vier Regierungspräsidien abgeschafft werden.“ Walter Krause hatte in diesem Punkt, das gibt Manfred Lehmann heute zu, nur gepokert, die Bedingung war „nicht ganz ernst gemeint“.¹⁰⁴² Die CDU-Delegation zog sich hinter verschlossene Türen zurück. Als Filbinger und seine Parteifreunde nach einer halben Stunde an den Verhandlungstisch zurückkamen, lautete die Antwort: „Ja, wir stimmen der Abschaffung der Regierungspräsidien zu“. Den SPD-Vertretern verschlug es bei dieser Aussage fast den Atem. Damit hatten sie nie und nimmer gerechnet.¹⁰⁴³ Die Regierung Filbinger/Krause beschloß dann tatsächlich die Auflösung der Regierungspräsidien, nicht nur aus Sicht der Fachleute eine Sensation. Allerdings machte die CDU-Alleinregierung nach dem Wahlsieg 1972 diesen Beschluß wieder rückgängig.¹⁰⁴⁴

Die Regierungspräsidien aufzulösen, ohne zumindest so etwas wie einen Ersatz zu schaffen, traute sich Krause dann aber doch nicht. Krause wollte statt dessen die Verwaltung des Landes in zwölf Regionen gliedern. Das Modell sah zum Teil große Kreise ohne Einbin-

¹⁰⁴⁰ Krause (1994/4)

¹⁰⁴¹ Lehmann (1996) bestätigte, wie um jeden Landrat gefeilscht wurde.

¹⁰⁴² Lehmann (1996). Manfred Lehmann sagte am 8.10.96, er wisse nicht mehr genau, ob es um zwei oder drei Kreise gegangen sei. Aber es sei auf jeden Fall nur eine Marginalie ganz am Ende der Kreisreform gewesen, für die die CDU bereit gewesen sei, die Regierungspräsidien zu opfern.

¹⁰⁴³ Krause (1994/4). Bei einer anderen SPD-Forderung, der Direktwahl der Landräte, gab die CDU allerdings nicht nach, genausowenig wie bei den Koalitionsverhandlungen im Jahr 1992. (Lehmann (1996)

¹⁰⁴⁴ Stephan 113

derung an den Regionalverband vor und zum anderen Landkreise, die in Regionalverbände eingegliedert werden sollten. Diese Regionalverbände wurden dann zwar geschaffen, aber ohne die geforderten weitreichenden Konsequenzen. Nach Krauses ursprünglichen Vorstellungen sollten die Regionalverbände bzw. die großen Regionalkreise die Aufgaben der Regierungspräsidien übernehmen.¹⁰⁴⁵

Die Reformer der Ära Filbinger/Krause verfolgten bei ihren Bemühungen einen ganzheitlichen Ansatz. Eine neue, effiziente Verwaltung konnte für sie nicht aus „Insellösungen“ bestehen, überall sollten Neuerungen umgesetzt werden. So hat Walter Krause persönlich die Einführung der „Ortschaftsverfassung“ forciert. Er sah die Gefahr, daß eingemeindete Ortsteile leicht an den Rand gedrängt werden konnten. Deshalb versuchte er, durch die „Ortschaftsverfassung“ ein Gegengewicht zu schaffen. Im Juli 1970 wurde das 2. Gesetz zur Stärkung der Verwaltungskraft kleinerer Gemeinden im Landtag verabschiedet.¹⁰⁴⁶ Damit sollten bisher selbständige Gemeinden als Ortsteile größerer Gemeinden ihr bürgerschaftliches Eigenleben mit Hilfe einer von den Bürgern gewählten örtlichen Volksvertretung erhalten. Es wurde letztlich ein Versuch, der nur in sehr geringem Maße als gelungen bezeichnet werden kann.¹⁰⁴⁷

Außerdem wurde in den Reformjahren die Ausbildung und Prüfung für den gehobenen Verwaltungsdienst reformiert, die Geschäftsbereiche der Ministerien neu abgegrenzt, die Rechts- und Verwaltungsvorschriften vereinfacht, und eine Neuordnung der Industrie- und Handelskammern trat in Kraft. Die Kommission legte auch ein Gutachten für die Reform der staatlichen Verwaltung zur Frage der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit vor.¹⁰⁴⁸

Wie es dem Geist der Zeit entsprach, wurden neue, zentrale Einrichtungen geschaffen. Am 20. Februar 1971 trat das Gesetz zur Errichtung des Landesamtes für Besoldung und Ver-

¹⁰⁴⁵ Hieber (1996). Zwischenzeitlich war auch daran gedacht, daß neu gebildete Landesverwaltungsämter die Aufgaben der Regierungspräsidien übernehmen. Peter Bogusch entwickelte dazu für Krause ein Denkmodell. (Bogusch (1996)). - Krause hat die Institution der Regionalverbände immer wieder gegen grundsätzliche Kritik an ihrer Existenz in Schutz genommen. (Landtagsdebatte am 10.5.78). Interessant ist, daß Krause die Reform der Region Stuttgart durch die zweite Große Koalition unter Teufel und Spöri nicht befürwortete. Er begründete diese Ablehnung damit, daß dies ein singulärer Ansatz für die Landeshauptstadt sei. Eine gute Reform müsse das ganze Land abdecken. (Kreiszeitung/Böblinger Bote v. 8.7.93) - Zu den gesetzlichen Rahmenbedingungen und Aufgaben der Regionalverbände siehe Gerhardt, Kurt, Regionalverbandsgesetz - Landesplanungsgesetz - Raumordnungsgesetz, Stuttgart 1973, insbesondere S.11-12 und 20ff.

¹⁰⁴⁶ Ortschaftsverfassung nach §§ 76a-g, Ges.Bl. S.419; heute §§ 67-73 Gemeindeordnung

¹⁰⁴⁷ Stuttgarter Zeitung v. 17.10.68

sorgung in Kraft. Mit dem Gesetz vom 17. November 1970 wurde die Datenzentrale eingerichtet. Krause hatte als einer der ersten Politiker die enormen Chancen erkannt, die die Elektronische Datenverarbeitung und die Einsparmöglichkeiten durch eine Vereinheitlichung der Verfahren für die öffentliche Verwaltung boten.¹⁰⁴⁹ Typisch für ihn und seine Zeit war, daß er dies gleich in einen institutionellen und zentralistischen Rahmen goß. Die Datenzentrale Baden-Württemberg als gemeinsame Einrichtung des Landes und der Kommunen wurde von ihm mit aus der Taufe gehoben.¹⁰⁵⁰

Die große Ära der Verwaltungsreform endete mit der Großen Koalition. Ministerpräsident Filbinger schrieb zwar in der „Dokumentation zur Verwaltungsreform“ im Jahre 1972, nun sei der Grundstein für eine umfassende Reform der Verwaltung gelegt.¹⁰⁵¹ Doch in Wahrheit war nach der Gemeinde- und Kreisreform der Reformwille im Lande erlahmt. Filbinger, der Vollblutpolitiker mit dem untrüglichen Gespür für Regungen in der Bevölkerung, hatte erkannt, daß die Sache unpopulär geworden war. Deshalb wurde die Reform faktisch beendet.

Wie ist die Kreis- und Gemeindereform, mit dem Abstand und den Erfahrungen eines Vierteljahrhunderts betrachtet, zu bewerten?

Der amtierende baden-württembergische Ministerpräsident Erwin Teufel ist nur einer unter vielen, die diese Reform als „Jahrhundertwerk“ bezeichneten.¹⁰⁵² Es ist nicht zu beweisen, ob es ohne Walter Krause eine Kreis- und besonders eine Gemeindereform in dieser Größe gegeben hätte. Mit Sicherheit hat er die Reform im großen und kleinen persönlich geprägt. Umgekehrt machte sie ihn zum „Innenarchitekten“ des noch jungen Bundeslandes.

Auf der anderen Seite gab und gibt es entschiedene Gegner. Ein solcher war zum Beispiel der Chefredakteur des Südkurier, Franz Oexle. Um die Verwaltungsreform nicht als politisches Projekt ohne Fehl und Tadel erscheinen zu lassen, soll Oexle an dieser Stelle ausführlich zu Wort kommen: „Man schickte regulär gewählte Kreisparlamente nach Hause,

¹⁰⁴⁸ Vgl. Staatsministerium (1972) Baden-Württemberg (Hg.), Dokumentation über die Verwaltungsreform in Baden-Württemberg, Band 1 - 2, Stuttgart 1972 - 1976

¹⁰⁴⁹ Krause erwähnte diese bereits in der Landtagsdebatte am 26.10.60

¹⁰⁵⁰ Zundel 132-133

¹⁰⁵¹ Staatsministerium (1972) 11

¹⁰⁵² Teufel 115 - Ebenso z.B. Neckenauer (1985) 10

ohne die Wähler zu fragen. Bürokraten in Stuttgart, von amorphem Reformeifer beseelt, zeichneten die Kreisgrenzen neu. Einen Vetter in der gestaltenden Politik zu haben, war von größerem Gewicht als die Vernunft oder der Wille der von der Kreisreform betroffenen Bürger. Alten Amtsstädten nahm man ihre traditionsreiche Aufgabe und degradierte sie zu zweitrangigen Provinz-Nestern. Man fügte am Grünen Tisch zusammen, was bis zum heutigen Tag nicht zueinander paßt. Aber die kleinen 'Möchtegern-Napoleone' im Stuttgarter Innenministerium hatten ihr Erfolgserlebnis. Ein folgsames Landesparlament, absolut von der CDU beherrscht, nickte mit dem Kopf dazu, wobei der den jeweiligen Wahlkreis repräsentierende Abgeordnete sogar Nein sagen durfte. Denn nur die Mehrheit zählt. Wahrlich, schön oder gar demokratisch von unten her war das nicht. Die Stuttgarter Macher meinten allerdings, es sei ein Jahrhundertwerk gewachsen.“ Insgesamt kommt Oexle zu einem vernichtenden Gesamturteil: „Diese Reform war ein staatlicher Beitrag zum großen Entwurzelungsprozeß unserer Zeit. Kaum mehr.“¹⁰⁵³

Oexles Kritik war zwar ungewöhnlich scharf, allerdings stand er mit seinen prinzipiellen Bedenken nicht alleine da. Doch der ganz große Aufschrei blieb aus. Der ehemalige Bundeskanzler und baden-württembergische Ministerpräsident Kurt Georg Kiesinger zeigte sich erstaunt über den geringen und letztlich erfolglosen Widerstand der Bevölkerung gegen das Ausmaß der Gemeindereform. Von einem solchen „Jahrhundertwerk“ halte er nicht viel.¹⁰⁵⁴ Doch die Landesregierung sollte recht behalten, die, gestützt auf eine Umfrage, voraussagte, man könne mit der Gewißheit ans Werk gehen, „daß eine wohlbegründete sachliche Entscheidung über die Verwaltungsreform von der Bevölkerung akzeptiert wird“.¹⁰⁵⁵ Wie Kiesinger kritisierte auch die Badische Zeitung anläßlich des 10jährigen Jubiläums der Verwaltungsreform den bedingungslosen Glauben an die Berechenbarkeit der Dinge, die „Verplanung“, wie die Zeitung es nannte. „Was wurde - insbesondere in Walter Krauses Innenministerium - nicht alles an Plänen ausgeheckt! Bis ins letzte Dorf wurden „Bevölkerungsrichtwerte“ verordnet, neue Planungsbürokratien - wie Regionalverbände und Nachbarschaftsverbände - den demokratisch gewählten kommunalen Gremien vor die Nase gesetzt. Das dunkelste Kapitel dieser Phase der Planungs-Euphorie ist zwei-

¹⁰⁵³ Südkurier v. 25.2.83

¹⁰⁵⁴ Südkurier v. 25.2.83

¹⁰⁵⁵ Stuttgarter Zeitung v. 2.1.98

felsohne die völlig schematische Gemeinde- und Kreisreform gewesen: Intakte Gemeinden und Landkreise wurden zerschlagen, zwangsweise zusammengeführt, umgetauft.¹⁰⁵⁶

Im Rückblick wird der Umgang mit historisch gewachsenen Empfindlichkeiten besonders kritisch betrachtet. Der ehemalige Landkreis Sinsheim, vormals das Zentrum des Kraichgaus, wurde beispielsweise in drei Teile zerrissen. Neben dem zum Rhein-Neckar-Kreis kommenden Teil wurden die südwestlichen Kreisgemeinden dem erweiterten Landkreis Karlsruhe, die südöstlichen Gemeinden dem Landkreis Heilbronn zugeschlagen. Damit wurde die alte badisch-württembergische Grenze bewußt aufgebrochen.¹⁰⁵⁷

Obwohl die Gegner der Verwaltungsreform diese nicht aufhalten konnten, gab es in der Bevölkerung durchaus Proteste. Es wurde eine „Baden-Württembergische Landespartei“¹⁰⁵⁸ gegründet, deren Hauptanliegen es war, die Verwaltungsreform zu stoppen. Einer Bürgerinitiative gelang es, die Voraussetzungen für eine Volksabstimmung gegen das Reformgesetz zu erfüllen: die „Liga für demokratische Verwaltungsreform“ plante die Auflösung des Landtags. Es half alles nichts, die Proteste hielten sich in Grenzen. Nur die Abschaffung der vertrauten Autonomien erhitzte noch einmal die Gemüter.¹⁰⁵⁹ Auch ein Vierteljahrhundert nach der Verwaltungsreform gibt es Bestrebungen, Teile der Reform rückgängig zu machen. So hat sich ein Landesverband zur Korrektur der Gemeindereform gebildet. Ihm gehören 45 abspaltungswillige Gemeindeteile an, im Landtag war auch schon von mehr als 70 die Rede.¹⁰⁶⁰

¹⁰⁵⁶ Badische Zeitung v. 9.12.82

¹⁰⁵⁷ Stephan 111-112

¹⁰⁵⁸ Die Initiatoren der „Baden-Württembergischen Landespartei“ hatten sich von den Freien Wählern abgespalten, weil sie bei der Abstimmung für eine Beteiligung bei der Landtagswahl unterlegen waren. Die Partei des Metallgroßhändlers Richard Widmaier wollte sich im Frühjahr 1972 als „die demokratische dritte Kraft der Mitte“ etablieren. Sie verstand sich als Mittelstandspartei, war gegen die Auflösung alles „Gewachsenen“ (damit war die Kreis- und Gemeindereform gemeint), gegen Steuergelder für Studenten und gegen die Gefährdung privaten Eigentums. Der Parteigründer Widmaier wollte zehn Prozent der Stimmen aus dem Nichtwählerpotential gewinnen. Demoskopen prophezeiten ihr sieben Prozent. Am Ende blieb die Partei eine kurze, bedeutungslose Episode. (Stuttgarter Zeitung v. 9.2.72 und vom 13.3.72).

¹⁰⁵⁹ Stuttgarter Zeitung v. 2.1.98

¹⁰⁶⁰ Dazu gehören zum Beispiel Ergenzigen (Rottenburg am Neckar), Berau und Brenden (Ortsteile von Ühlingen-Birkendorf), Ettenheimmünster (Ettenheim), Haubersbronn (Schorndorf), Elsenz (Eppingen), Königshofen (Lauda-Königshofen) und Untergröningen (Abtsgmünd). - Der Verband will die Kommunalreform nicht grundsätzlich in Frage stellen, sondern nur die aus seiner Sicht negativen Auswirkungen beseitigen. Unter anderem wurde beklagt, daß die Entscheidungen des Gemeinderats für die Bürger von eingemeindeten Teilorten oft nicht nachvollziehbar seien, daß Ortschaftsräte nur demokratische Scheingremien seien, daß die Teilorte „ausbluten“ und die Identifikation mit der neuen Gemeinde nicht stattgefunden habe. In der Konsequenz sinke das Engagement der Bürger für ihre Gemeinde. Mit diesen Argumenten findet der Landesverband zunehmend Gehör bei den Politikern, vor allem in den Reihen von FDP und Grünen, zunehmend auch bei der CDU. Am schärfsten ging Reinhard Hackl, Landtagsabgeordneter der Grünen, mit den Ergebnissen

Auch die Befürworter der Kreis- und Gemeindereform räumten im nachhinein Defizite und Schwachstellen ein, wie etwa die fehlende Neuordnung im Herzen des Landes, der Region Stuttgart. Ausgerechnet hier hat man Eingemeindungen, die durch das bauliche, verkehrliche und strukturelle Zusammenwachsen geradezu auf der Hand lagen, unterlassen.¹⁰⁶¹ Daß die Neuordnung des Stuttgarter Raumes nicht gelang, ist weder Filbinger noch Krause allein anzulasten. Die politische Front gegen Stuttgart war zu stark. Nachteilig für die Landeshauptstadt wirkte sich in diesem Fall aus, daß Stuttgarts Oberbürgermeister Arnulf Klett keiner Partei angehörte und man ihm deshalb kein parteitaktisches Entgegenkommen schuldete. Auf der anderen Seite stand der Korntaler Bürgermeister Thrum, in Personaluni-

der Reform ins Gericht. Er bezeichnete die neuen Gemeinden „Kunstgebilde ohne eigene historische, kulturelle, politische und soziale Identität“. (Stuttgarter Zeitung v. 2. 12. 96)

¹⁰⁶¹ Bis zur napoleonischen Flurbereinigung existierten auch im Gebiet des heutigen Stadtkreises Stuttgart Reste des für das Alte Reich charakteristischen Flickenteppichs, obwohl insgesamt die württembergische Landeshoheit hier stark verdichtet und im Laufe des 18. Jahrhunderts weiter arrondiert worden war. Ausnahmen bildeten Mühlhausen, das bis 1806 zum Kanton am Kocher der Reichsritterschaft gehörte, sowie Vaihingen und Möhringen, die bis 1803 der Territorialhoheit der Reichsstadt Esslingen unterstanden. Im württembergischen Gebiet setzte sich seit dem Spätmittelalter eine Amtsverfassung durch. 1525 gehörten zum Amt Stuttgart u.a. die Dörfer Berg mit Feuerbach und Botnang sowie Kaltental, Degerloch, Rohr, Heumaden, Plieningen und Birkach. Das Amt reichte nach Süden bis Waldenbuch, nach Südosten bis Nellingen. Daneben existierte das Amt Cannstatt, dem von den heutigen Stadtbezirken diejenigen rechts des Neckars sowie linksseitig Münster, Wangen, Rohracker, Sillenbuch, Hedelfingen und Zuffenhausen angehörten, das aber 1762 zum Amt Ludwigsburg kam. Aus den beiden Ämtern wurde im 19. Jahrhundert das sogenannte Amtsoberrat Stuttgart und das Oberamt Cannstatt. Letzteres wurde infolge der Eingemeindung Cannstatts 1905 und weiterer Eingemeindungen 1922 ein Jahr später aufgelöst. Die Gemeinden wurden den benachbarten Oberämtern, unter anderem dem Amtsoberrat Stuttgart zugeschlagen. Das historische Amt Stuttgart bzw. Amtsoberrat Stuttgart und die Stadt Stuttgart waren bereits seit 1694/99 völlig getrennt, obwohl das Amtsoberrat seinen Verwaltungssitz in der Landeshauptstadt hatte (Rotebühlstraße 29, von Herzog Eberhard Ludwig von Württemberg erbaut, im Zweiten Weltkrieg zerstört). Auch hatte das Amtsoberrat im 19. Jahrhundert längst nicht mehr die ursprüngliche Ausdehnung. Die Stadt selbst wurde 1808 als sogenannter Stadtdirektionsbezirk den übrigen Oberämtern gleichgestellt und unterstand zwischen 1811 und 1822 sogar unmittelbar dem Ministerium. Seit 1922/1923 sprach man vom Stadtkreis Stuttgart. Durch das Kreisreformgesetz des Jahres 1938 wurde Stuttgart als Stadtkreis gar nicht berührt. Im Zuge der eigentlichen Kreisreform, also der Eingliederung der bisher von Stuttgart aus verwalteten, aber nach wie vor selbständigen Gemeinden Leinfelden-Echterdingen, Filderstadt (Kreis Esslingen), Steinenbronn, Waldenbuch (Kreis Böblingen), Kemnat und Scharnhausen (Kreis Esslingen), konnte eine Eingemeindung in eine kreisfreie Stadt wie Stuttgart gar nicht in Betracht kommen. Daß man Stuttgart zu diesem Zeitpunkt nicht vergrößern wollte, war Ausdruck einer politischen Einschätzung auf Seiten des Landes, nicht nur oder in erster Linie der NS-Spitze um den Reichsstatthalter. Wäre der politische Wille vorhanden gewesen, wäre eine Eingemeindung allerdings möglich gewesen, wie dies am 1. April 1942 mit der Eingemeindung der Gemeinden Birkach (mit Riedenberg), Möhringen, Plieningen (mit Hohenheim) und Vaihingen nach Stuttgart der Fall war. Die von Stuttgart damals in die Diskussion gebrachte Alternative, zur Lösung der Stadt-Umland-Probleme einen Stadt-Landkreis zu bilden (der bei der Reformdiskussion der 1970er Jahre unter dem Begriff eines erweiterten Stadtkreises erneut eine Rolle spielte), wurde von den staatlichen Instanzen offiziell als Verlegenheitslösung abgelehnt. In Wirklichkeit wollte man schon damals verhindern, daß die Stadt einen zu großen Einfluß gewinnen könnte. Nur eine solche Lösung hätte die Einbindung einer größeren Zahl von Gemeinden der früheren Amtsoberräte Stuttgart und Cannstatt in eine gemeinsame Verbandskörperschaft ermöglicht und damit frühzeitig eine Lösung der Stadt-Umland-Probleme ermöglicht. 1974 wurden 28 Städte und Gemeinden im Nachbarschaftsverband Stuttgart zusammengefaßt, dem auch die Zuständigkeit für die gemeinsame kommunale Flächennutzungsplanung übertragen wurde. Mit der Bildung des Verbands Region Stuttgart im Jahre 1994 wurde der Nachbarschaftsverband wieder aufgelöst.

on Präsident des Gemeindetages. Ursprünglich war geplant, Korntal nach Stuttgart einzugemeinden. Es war jedoch unmöglich, die Zustimmung des Gemeindetages zur gesamten Verwaltungsreform zu bekommen, wenn man gleichzeitig dem Präsidenten sein Amt nahm. Dies war letztlich der Grund dafür, daß Korntal nicht nach Stuttgart eingemeindet wurde. Die Nicht-Eingemeindung von Korntal war dann für andere Städte im Umkreis der Landeshauptstadt ein hervorragendes Argument, sich ihrerseits erfolgreich gegen eine Eingemeindung in die Landeshauptstadt zur Wehr zu setzen.¹⁰⁶²

Erhard Eppler räumte im Gespräch ein, daß er bei der Gemeindereform vielleicht manches anders als Krause gemacht hätte. Trotzdem habe er Respekt vor dem, was Krause bei dieser Reform geleistet habe. Er lobte insbesondere Krauses Geduld, wie er mit den Menschen geredet habe. Er habe jedoch nie verstanden, daß Krause der Meinung war, die Reform würde politisch vom Wähler honoriert. Denn meist ist es so, daß diejenigen, die durch eine Maßnahme der Regierung etwas verlieren, dies bei ihrer Wahlentscheidung eher berücksichtigen als jene, die etwas gewinnen. Und bei der Verwaltungsreform gab es eine Menge Verlierer. Epplers Fazit: „Es mußte damals etwas geschehen. Ob all das geschehen mußte, was geschah, daran habe ich meine Zweifel. Aber das ändert nichts an der Leistung Krauses.“¹⁰⁶³ In einem Punkt war sich Eppler mit seinem Widersacher, dem früheren Wirtschaftsminister Hans-Otto Schwarz, einig. Der hält die Verwaltungsreform nicht für das größte Werk der Großen Koalition. Mit der Kreisreform habe Krause viele Leute verärgert und damit der SPD Stimmen gekostet.¹⁰⁶⁴

Trotz dieser negativen Meinungen, denen hier sehr viel Platz eingeräumt wurde, überwoogen die positiven Bewertungen der Verwaltungsreform bei weitem. Wie einzigartig die Leistung war, aus 3379 Gemeinden 1110 und aus 63 Landkreisen 35 zu machen, zeigt sich insbesondere auf dem Hintergrund vieler gescheiterter Reformvorhaben, die vergleichsweise marginale Änderungen zum Ziel hatten. So sagte der ehemalige Landtagsvizepräsident Alfred Geisel¹⁰⁶⁵ während der Feier zum 25. Geburtstag des Ostalbkreises: „Aus heutiger

¹⁰⁶² Heeb (1996) - Dieses Beispiel zeigt außerdem, wie wertvoll mündlich überlieferte Geschichte sein kann. Denn die Gründe für die Rücksichtnahme auf Korntal, begründet in der Person ihres Bürgermeisters, waren vielen Zeitgenossen bestens bekannt, wurden aber schriftlich kaum je festgehalten.

¹⁰⁶³ Eppler (1997)

¹⁰⁶⁴ Schwarz (1996). Diese Haltung von Hans-Otto Schwarz rührte vielleicht auch daher, daß Schwarz aus dem aufgelösten Kreis Nürtingen stammt.

¹⁰⁶⁵ Alfred Geisel (geb. 1931) war von 1972 bis 1996 Abgeordneter im Landtag von Baden-Württemberg, dessen Vizepräsident er von 1980 bis 1996 war. (Weik 39)

Sicht mutet das Gelingen der Kreisreform wie ein kleines Wunder an.¹⁰⁶⁶ Ungünstig für die historische Bewertung der Verwaltungsreform wirkte sich aus, daß einer der Gründe für die Reform, nämlich Geld zu sparen, später nicht mehr wahrgenommen wurde.¹⁰⁶⁷ Dies ist bedauerlich, weil die Kosten für die Verwaltung im internationalen Wettbewerb mehr und mehr zum Standortfaktor werden. Vermutlich wird der Spareffekt der Reform auch deshalb nicht gewürdigt, weil er einfach nicht berechnet werden kann. Wer kann auch nur annähernd sagen, was die Verwaltung in Baden-Württemberg heute kosten würde, wenn man die Kreis- und Gemeindereform damals nicht durchgeführt hätte? Das Schicksal der Reformer um Krause ist es, daß die Gelder, die gespart wurden, nicht sichtbar werden, die Fehler - insbesondere bei der Gemeindereform - aber sehr wohl.

¹⁰⁶⁶ Stuttgarter Zeitung v. 19.1.98

¹⁰⁶⁷ Krause wollte es nicht als „Glaubensartikel“ ansehen, daß größere Einheiten kostengünstiger arbeiten können als kleinere, „aber im großen und ganzen“, so meinte er, „gilt die Regel“. Allerdings sah er als „unzulässige Verkürzung“ der Verwaltungsreform an, wenn man diese nur unter Kostengesichtspunkten bewerte. „Dies war zu keinem Zeitpunkt, wie auch aus der Dokumentation hervorgeht, ein erstrangiger Gesichtspunkt, sondern einer unter anderen.“ (Landtagsdebatte am 10.5.78)

Das Ende der Großen Koalition

Die CDU/SPD-Koalition konnte am Ende ihrer ersten vollen Legislaturperiode auf eine recht erfolgreiche Bilanz zurückblicken: Die Verwaltung war in noch nie dagewesener Weise reformiert, das Schulsystem vereinheitlicht worden, die Staatsfinanzen befanden sich wieder im Lot, der erste mittelfristige Finanzplan in einem Flächenstaat war verabschiedet und das S-Bahn-Projekt in der Region Stuttgart hatte gute Fortschritte gemacht. Die Arbeit der SPD-Minister wurde allseits anerkannt.¹⁰⁶⁸ Hans-Otto Schwarz, Mitglied im konservativen Alex-Möller-Kreis und überzeugt davon, daß die SPD auch nach der Macht streben sollte, war auch 20 Jahre nach dem Ende des Kabinetts Filbinger/Krause überzeugt: „Die Große Koalition Ende der 60er Jahre war eine gute Zeit für Baden-Württemberg.“¹⁰⁶⁹

Der innere Zustand der beiden Parteien veränderte sich während dieser Jahre in unterschiedlicher Weise. Während in der SPD der in Kehl aufgebrochene Konflikt nur mühsam unterdrückt werden konnte und die Partei vor einer Zeitenwende stand, stärkte die CDU ihre Durchschlagskraft entscheidend, als sich die bisher bestehenden vier Landesverbände am 15. Januar 1971 endlich zu einem Landesverband Baden-Württemberg unter dem Vorsitz von Ministerpräsident Hans Filbinger zusammenschlossen.¹⁰⁷⁰ Adam stellte die These auf, daß es die Kreis- und Gemeindereform war, der die beiden ungleichen Koalitionäre zusammenhielt. Die Fraktionen, „sonst durchweg und auf nahezu allen Gebieten unterschiedlicher Ansicht“, hätten nur deshalb die Wahlperiode ohne Bruch der Koalition bewältigt, weil sie bei der Verwaltungsneugliederung zum Erfolg verurteilt waren.¹⁰⁷¹

Ob diese Behauptung zutrifft, darf bezweifelt werden. Die Atmosphäre in der schwarz-roten Ministerriege jedenfalls wird von den Beteiligten als angenehm beschrieben. Das lag sicher zu einem guten Teil an den führenden Persönlichkeiten Krause und Filbinger, die gut miteinander auskamen. Deren Verhältnis war sehr entspannt. Die Art der politischen Auseinandersetzung sei damals nicht so sehr persönlich gefärbt gewesen wie ein Viertel Jahrhundert später bei der zweiten Großen Koalition, meinte der frühere Wirtschaftsminister

¹⁰⁶⁸ Mann 287

¹⁰⁶⁹ Sonntag aktuell v. 24.5.92

¹⁰⁷⁰ Weihnacht (1978/3) 252-253

¹⁰⁷¹ Adam (1978/1) 273

Hans-Otto Schwarz.¹⁰⁷² Als Filbinger bemerkte, daß Krause mit der Kreis- und Gemeinde-reform Punkte sammelte, hatte der Ministerpräsident zunächst Profilierungsprobleme. Möglichen Reibereien beugte man vor, indem man zum Beispiel das von der SPD zur Kreisreform erarbeitete „Denkmodell des Innenministeriums“ ohne inhaltliche Änderung in ein „Denkmodell der Landesregierung“ umbenannte.¹⁰⁷³

Peter Bogusch, zu Zeiten von Filbinger und Krause Pressesprecher von Justizminister Rudolf Schieler und in der zweiten Großen Koalition Ministerialdirektor im Wirtschaftsministerium, verglich aus eigener Anschauung die beiden Koalitionen von CDU und SPD: „Das persönliche Verhältnis von Krause zu Filbinger war vergleichsweise gut, jedenfalls erheblich besser als etwa das Verhältnis zwischen Spöri und Teufel in der zweiten Großen Koalition“. Zum Beispiel habe sich Filbinger während seines Urlaubs und auf Auslandsreisen vom stellvertretenden Ministerpräsidenten Walter Krause wirklich vertreten lassen. Dies kam, so Bogusch, bei Teufel und Spöri überhaupt nie vor. Alle Entscheidungen seien zurückgestellt worden, bis Ministerpräsident Teufel von seinen Reisen zurückgekehrt sei.¹⁰⁷⁴

Das Klima in der Großen Koalition Filbinger / Krause verschlechterte sich allerdings zusehends, je näher es auf die Wahlen im Jahre 1972 zuing.¹⁰⁷⁵ Das lag vor allem an der die Menschen bewegenden Debatte um die Ostverträge, die auch die Politik in Baden-Württemberg polarisierte. Damals wurden im Stuttgarter Landtag große Reden zur Ost- und Weltpolitik gehalten, wie sich Ulrich Hieber erinnerte. Nicht nur Hieber, auch Krause selbst, erschien diese Thematik im Landtag manches Mal etwas befremdlich.¹⁰⁷⁶ Diese große bundespolitische Auseinandersetzung und die kommende Landtagswahl belasteten auch das persönliche Verhältnis von Filbinger und Krause. Beide redeten zu jener Zeit kaum noch miteinander. Die Große Koalition wurde in dieser Zeit von der zweiten Reihe

¹⁰⁷² Sonntag aktuell v. 24.5.92

¹⁰⁷³ Lehmann (1996). Daneben habe es auch noch ein Denkmodell der CDU-Landtagsfraktion gegeben, das aber auch zu Teilen bei der SPD „abgekupfert“ gewesen sei, erinnerte sich Lehmann.

¹⁰⁷⁴ Bogusch (1996). Bogusch hat dafür eine interessante Erklärung. Während der ersten Großen Koalition gab es das neue Abgeordnetenhaus noch nicht. Die Räumlichkeiten der Abgeordneten beider großen Parteien lagen auf demselben Stockwerk. Das gemeinsam genutzte Kopiergerät sei wie ein „Marktbrunnen“ gewesen, um Informationen auszutauschen. Dadurch sei ein ganz anderes Vertrauensverhältnis entstanden.

¹⁰⁷⁵ Viel zu früh, bereits Mitte des Jahres 1970, mußte Krause in den Landtagswahlkampf starten. Er wurde dazu vom Tübinger SPD-Bundestagsabgeordneten Schäfer gezwungen, der erklärt hatte, Krause sei nicht der geeignete Kandidat, um gegen Filbinger anzutreten. Dies zwang Krause zu der verfrühten Erklärung, als Spitzenkandidat der SPD zur Verfügung zu stehen. (Stuttgarter Zeitung v. 18.6.70). Erst ein dreiviertel Jahr später wurde Krause vom SPD-Landesvorstand als Spitzenkandidat offiziell nominiert. (Stuttgarter Nachrichten v. 19.4.71)

¹⁰⁷⁶ Krause, Landtagsdebatte am 3.2.72. Vgl. auch Landtagsdebatte am 20.2.76

gemanagt. Dies waren Rommel und Mayer-Vorfelder auf der einen, Hieber und Lehmann auf der anderen Seite.¹⁰⁷⁷

Die gereizte Stimmung in der Großen Koalition wurde anlässlich der Landtagsdebatte am 3. Februar 1972 besonders deutlich. Krause erklärte öffentlich, daß die Regierungserklärung von Ministerpräsident Filbinger „entscheidende Passagen“ enthalte, „die nur von der CDU-Mehrheit im Kabinett getragen werden.“ Der Graben verlief zwischen den Bonner Regierungsparteien SPD und FDP auf der einen und der CDU, die damals in Bonn in der Opposition war, auf der anderen Seite. Obwohl Krause gewohnt sachlich, aber doch überzeugt, die Ostverträge als Teil des Friedensprozesses in Europa verteidigte, war die Stimmung im Land insgesamt so aufgeheizt, daß er immer wieder von erregten CDU-Abgeordneten mit Zwischenrufen unterbrochen wurde.¹⁰⁷⁸

Der Journalist Erhard Becker, der die landespolitische Szene intensiv verfolgte, sagte, er hätte damals anders gehandelt als Krause und die Koalition mit der CDU verlassen. Aber die SPD-Spitze habe anders entschieden. Die Sozialdemokraten (unter dem Einfluß Krauses) beschlossen, die Koalition nicht zu verlassen und den Wahlkampf mit Ministerautos zu führen. Becker hat diese Entscheidung immer als Fehler angesehen.¹⁰⁷⁹

Krause führte den Wahlkampf mit dem Ziel, auch in Stuttgart wie im Bund eine SPD/FDP-Regierung zu bilden. Neben der Ostpolitik beeinflusste die NPD den Ausgang der Wahl erheblich. Die NPD, seit 1968 im Landtag, trat 1972 gar nicht mehr an, weil sie keine Chance für den Wiedereinzug ins Parlament sah und die Wahlchancen der CDU nicht verringern wollte. Da zur Zeit der Landtagswahl 1972 im Bund seit drei Jahren eine sozialliberale Koalition regierte, konnte die baden-württembergische CDU dank der Unzufriedenheit mit der Bonner Politik neue Wähler gewinnen. Dies gelang vor allem im Bereich der politischen Rechten und bei den Altliberalen. Die von Brandt und Scheel getragene neue Ostpolitik

¹⁰⁷⁷ Filbinger 25; Hieber (1996). Nach Hiebers Erinnerung brachten insbesondere Filbinger und Hahn, der aus Ostpreußen stammende Kultusminister, Schärfe in die Debatte um die Ostverträge. Das Verhältnis zwischen Filbinger und Krause war nach der Wahl übrigens wieder so gut wie früher. Als Pensionäre pflegten sie ein beinahe als freundschaftlich zu bezeichnendes Verhältnis. Daß das Klima in der Großen Koalition trotz aller Auseinandersetzungen menschlich stimmte, zeigt sich auch daran, daß ihre Mitglieder jeweils 20, 25 und 30 Jahre nach der „Nacht der langen Messer“ zusammenkamen, um die Jubiläen zu feiern. Die ersten beiden Treffen fanden im Casino der GVS (Gasversorgung Süddeutschland), das letzte Treffen in Freiburg bei Hans Filbinger statt. (Schwarz (1996); Sonntag aktuell v. 24.5.92)

¹⁰⁷⁸ Krause, Landtagsdebatte am 3.2.72

¹⁰⁷⁹ Becker (1999)

und die linken Neigungen in einem Teil der FDP erschütterten deren altliberales Potential im Land. Der CDU kam außerdem zugute, daß die FDP auf eine Koalitionsaussage verzichtete. Das Wort von der „liberalen Fachschaft“ der SPD machte die Runde.¹⁰⁸⁰

Am Abend des 23. April 1972 saß Krause mit seinen engsten Mitarbeitern, Ulrich Hieber und Manfred Lehmann, im Innenministerium und wartete auf die Hochrechnungen. Die drei überlegten vor Bekanntgabe der Zahlen im Fernsehen, was der Minister bei welchem Ergebnis sagen solle. Wenn es gut gehe, so der Rat an Krause, brauche er keine Vorbereitung für seine Äußerungen. Vorbereiten brauche man nur die Möglichkeiten zwei und drei: wenn es auf der Kippe steht, oder wenn die Wahl verloren geht. Dann, als die Hochrechnungen die absolute Mehrheit für die CDU anzeigten, blieb Krause, der monatelang bis zur Erschöpfung Wahlkampf geführt hatte, zunächst minutenlang ganz ruhig. „In Stuttgart ging gerade ein großes Gewitter nieder, in unserem Zimmer war es totenstill“, wie sich Hieber erinnerte. Dann sagte Krause mit belegter Stimme: „Damit wird die Vorbereitung einfacher, wir müssen uns nur auf die dritte Möglichkeit einstellen.“ Das Auftreten im Landtag vor den Fernsehkameras sei dann das „reinste Spießbrutenlaufen“ gewesen, berichtete Hieber.¹⁰⁸¹

Das Ausscheiden aus der Regierung bedeutete für Krause auch eine empfindliche persönliche Niederlage, weil er sehr gerne Minister war. Andererseits vollzog er, wie sein Nachfolger Karl Schiess anerkannte, den Wechsel ohne Bitterkeit. Krause lebte das vor, was er immer gesagt hatte: „Minister zu sein ist ein Amt mit täglicher Kündigung!“ Auf die Frage, ob es besonders weh getan habe, nach einem ausgezeichneten Wahlergebnis wieder die Oppositionsbank drücken zu müssen, antwortete Krause, er habe nie mit Bitterkeit reagiert. Er habe die Fakten so genommen, wie sie seien. Wenige Tage nach der Wahl hat er selbst mit seinen engsten Mitarbeitern nicht mehr über die Niederlage geredet. Er kam in den Dienst und fragte: „Wie lange geht hier noch die Abwicklungszeit?“¹⁰⁸² Das bestätigte auch Ulrich Lang, der als junger Abgeordneter beobachten konnte, wie Walter Krause

¹⁰⁸⁰ Sepainter 19-20

¹⁰⁸¹ Hieber 44; Hieber (1996)

¹⁰⁸² Schiess 99; Hieber (1996)



Krauses Wahlkampfteam bei der Landtagswahl 1972

(Von links nach rechts: Lehmann, Weller, Hieber, Klumpp)

(Quelle: Privataarchiv von Ulrich Hieber)

von den ehemaligen SPD-Ministern am wenigsten unter dem „Entzug der Ministerwürden“ gelitten habe. Krause habe die neue Rolle sofort angenommen und „sachorientiert ausgefüllt.“¹⁰⁸³ Obwohl er seine Zeit als Minister sehr genossen habe, habe er den Verlust des Amtes mit Anstand überwunden und sich schneller als andere mit der Oppositionsrolle abgefunden.¹⁰⁸⁴

Auf die Frage, welche Aufgabe ihm besser gefallen habe, Innenminister oder Oppositionschef, antwortete er ausweichend, letztlich aber doch deutlich: „Das kann man sich nicht aussuchen, man muß handeln in der Zeit, in der man tätig ist. Ich habe immer danach gestrebt, in der Regierung tätig zu sein, so wie ich auch elf Jahre lang Bürgermeister war.“¹⁰⁸⁵ Anlässlich seines 75. Geburtstages nannte er es eine glückliche Fügung des Schicksals, daß er von seinen 28 Jahren im Landtag die Hälfte als Abgeordneter einer Regierungspartei und die andere Hälfte in der Opposition verbracht habe.¹⁰⁸⁶ Es tue gut, sich an den Zustand zu gewöhnen, wie ihn Wahlen gebracht hätten.¹⁰⁸⁷

Die SPD-Landtagsabgeordneten wählten ihren Krause zu ihrem neuen Fraktionsvorsitzenden und machten ihn so zum Oppositionsführer. Der bisherige Fraktionsvorsitzende Heinz Bühringer zog sich ohne Murren von diesem Posten zurück, um für Krause Platz zu machen. Alfred Geisel beispielsweise, damals neu in den Landtag gewählt und später Nachfolger Krauses als Stellvertreter des Landtagspräsidenten, betrachtet es noch heute als „Glanzstück an Menschenkenntnis und Menschenführung“, wie es Krause fertiggebracht habe, aus der geschlagenen Truppe wieder eine „schlagkräftige Mannschaft“ zu machen. Krause gelang dies, indem er jeden Abgeordneten ein eigenes, ihn oder sie befriedigendes Arbeitsgebiet finden ließ.¹⁰⁸⁸ Dagegen kritisierte Bogusch die Krausesche Oppositionspolitik vom Ausscheiden aus der Regierungsverantwortung bis zum Wechsel auf den Posten

¹⁰⁸³ Ulrich Lang (1998)

¹⁰⁸⁴ Schwäbische Zeitung v. 19.12.77

¹⁰⁸⁵ Stuttgarter Zeitung v. 14.4.79

¹⁰⁸⁶ Heilbronner Stimme v. 23.12.87

¹⁰⁸⁷ Krause (1994/4). Im August 1994, kurz vor der Bundestagswahl, hat der Verfasser zu einer Zeit, als die Umfrageergebnisse einen Wahlsieg der SPD und damit einen Kanzler Scharping im Bereich des Möglichen erschienen ließen, Walter Krause gefragt, ob er einen Machtwechsel in Bonn erwarte. Man hätte vermuten können, daß der alternde Krause seine ganze Hoffnung darauf setze, noch einmal einen Parteifreund als Regierungschef erleben zu dürfen. Aber Krause antwortete wie stets nüchtern-distanziert: „Die Leute können auch auf andere Weise regiert werden, ohne daß die Welt untergeht.“

¹⁰⁸⁸ Geisel 31-32

des stellvertretenden Landtagspräsidenten. Er habe die SPD-Fraktion dazu angehalten, in dieser kurzen Zeit mehrere große Gesetzesvorhaben einzubringen. Damit habe er die Fraktion zwar beschäftigt und über den Verlust der Regierungsbeteiligung „hinweggetröstet“, gleichzeitig aber deren Pulver früh verschossen.¹⁰⁸⁹



Das SPD-Schattenkabinett zur Landtagswahl 1972

(Von links nach rechts: Dr. Andreas von Bülow, Claus Weyrosta, Walter Hirrlinger, Dr. Rudolf Schieler, Walter Krause, Dr. Gisela Freudenberg, Dr. Hans-Otto Schwarz, Heinz Bühringer, Dr. Gerhard Noller)

(Quelle: o.O. o.J.)

¹⁰⁸⁹ Bogusch (1996) - Bogusch mahnte deshalb die SPD-Fraktion nach der verlorenen Wahl im Jahre 1996, nicht den gleichen Fehler zu begehen..

Krauses Wahlergebnisse als Abgeordneter

Natürlich wurden Krauses Wahlergebnisse in seinem eigenen Wahlkreis wie bei anderen Abgeordneten ganz wesentlich von seiner Partei bestimmt. Das Ansehen der Person spielte bei ihm wie bei allen anderen Abgeordneten für die Wahlergebnisse nur eine untergeordnete Rolle, auch wenn das baden-württembergische Landtagswahlrecht die Persönlichkeitswahl ein klein wenig mehr gewichtet als die Wahl zum Deutschen Bundestag.¹⁰⁹⁰

Betrachtet man jedoch die kleinen Nuancen, so kann ein Blick auf die Ergebnislisten in Mannheim trotzdem interessant sein. Am 9. März 1952 wurde Walter Krause erstmals in den Landtag gewählt, der damals noch Verfassungsgebende Landesversammlung hieß. In den Jahren 1956, 1960, 1964, 1968, 1972 und 1976 schickten ihn die Mannheimer wieder ins Parlament, bevor er sich vor der Landtagswahl 1980 aus dem Landtag zurückzog. Der Wahlkreis von Walter Krause zählt zu den ganz wenigen in Baden-Württemberg, die zwischen SPD und CDU immer hart umkämpft waren. In den Jahren 1960, 1964 und 1972 gewann Krause seinen Wahlkreis direkt, bei den anderen Wahlen zog er über die Zweitauszählung ins Parlament ein.¹⁰⁹¹

Ein Vergleich von Walter Krauses Wahlergebnissen in seinem Wahlkreis mit den SPD-Resultaten im gesamten Stadtgebiet könnte aufschlußreich sein. Bei der Wahl zur Verfassungsgebenden Landesversammlung im Jahr 1952 erzielte die SPD 42,8 Prozent der Stimmen in der ganzen Stadt, während Walter Krause in seinem Wahlkreis 40,9 Prozent erhielt. 1956 ging der Stimmenanteil der Mannheimer SPD insgesamt auf diesen Wert, 40,9 Prozent, zurück, während auch das Wahlergebnis von Krause auf 38,1 Prozent sank.¹⁰⁹² Bei

¹⁰⁹⁰ Im baden-württembergischen Landtagswahlrecht gibt es keine Landeslisten. Damit soll der Kontakt der Abgeordneten zur Bevölkerung gestärkt und der Einfluß der Parteiführungen verringert werden. Auf der anderen Seite wird die Regelung, daß der gewählt ist, der die höchste absolute Stimmenzahl besitzt, allgemein als ungerecht empfunden, weil dadurch die Kandidaten der großen Wahlkreise klar bevorzugt werden. Das war übrigens bei der Wahl 1952 noch anders, als die nicht direkt gewählten Abgeordneten über die Parteilisten der Regierungsbezirke in den Landtag kamen. Durch das seit 1955 gültige Landtagswahlrecht wird den Spezialisten der Zugang zum Landtag erschwert. Walter Krause hat diese Folge des baden-württembergischen Landtagswahlrechts mit dem Argument verteidigt, daß ein Abgeordneter aus der politischen Gesamtschau zu urteilen und kein Sachverständiger zu sein habe. (Sepainter 15-16)

¹⁰⁹¹ Walter Krauses Wahlkreis hatte bis zur Landtagswahl 1972 die Nummer 33 und ab der Wahl 1976 die Nummer 37 innerhalb der baden-württembergischen Wahlkreise. Bis einschließlich der Landtagswahl 1988 gab es in Mannheim drei Wahlkreise, die 1992 auf zwei reduziert wurden. (Zur Wahlkreiseinteilung 1952: Mannheimer Morgen v. 16.1.52)

¹⁰⁹² Verglichen wird das Ergebnis der SPD in ganz Mannheim (Durchschnittswert aus allen Wahlkreisen - früher drei, jetzt zwei) und das Ergebnis von Walter Krause in seinem Wahlkreis.

der Landtagswahl im Jahr 1960 errang die SPD in Mannheim mit 51,5 Prozent die absolute Mehrheit. Im Vergleich aller Landtagswahlen nach dem Krieg ist dies das zweitbeste Ergebnis der Sozialdemokraten. Das Ergebnis von Walter Krause fiel wiederum synchron aus. Auch er erzielte mit 47,2 Prozent das zweitbeste Resultat seiner politischen Laufbahn. Bei der darauffolgenden Wahl im Jahr 1964 ging der Anteil der Mannheimer SPD auf 50,3 Prozent zurück, der von Krause in fast gleichem Umfang auf 46,2 Prozent.

Mannheim ist traditionell eine SPD-Hochburg. Die Wahlergebnisse im ganzen Bundesland lagen jeweils deutlich unter den Mannheimer Werten. Es fällt auf, daß das Auf und Ab der Genossen in der Quadratestadt nicht parallel zum Trend in Baden-Württemberg verlief. 1952 erreichte die SPD in Baden-Württemberg nur 28,0 Prozent. 1956 verbesserte sie sich leicht auf 28,9 Prozent. Bei den folgenden Wahlen legte sie über 35,3 Prozent (1960) auf 37,3 Prozent (1964) zu.

Im ersten halben Jahrhundert der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland war das Jahr 1968 eines der turbulentesten. Nicht nur die Studenten radikalisierten sich, als Reaktion darauf war dies auch bei der Stimmung in der Wahlbevölkerung der Fall. Die Landtagswahl 1968 brachte erdrtschartige Veränderungen in der Wählergunst. Die NPD zog mit sensationellen 9,8 Prozent erstmals (und letztmals) in den baden-württembergischen Landtag ein. Dies schadete hauptsächlich der SPD. Die sackte von 37,3 Prozent im Jahr 1964 auf katastrophale 29,0 Prozent ab.¹⁰⁹³ Die CDU verlor dagegen mit 44,2 Prozent gegenüber der vorigen Wahl nur zwei Prozentpunkte, während die FDP sogar von 13,1 Prozent auf 14,4 Prozent zulegte. Die neuen Wähler der NPD kamen also vor allem aus den Reihen der früheren SPD-Klientel.

Auch Mannheim bildete bei diesem Wahlergebnis keine Ausnahme. In ihrer alten Hochburg fiel das Desaster der Genossen sogar noch deutlicher aus. Hier verlor die SPD im gesamten Stadtgebiet 11,9 Prozent und kam nur noch auf 38,4 Prozent. Walter Krause erreichte in seinem Wahlkreis gerade mal 36,5 Prozent.

¹⁰⁹³ Erst bei der Wahl am 24.3.96 schnitt die SPD mit 25,1 Prozent der Stimmen noch schlechter ab. – Literatur zur Landtagswahl 1968: Klingemann, Hans-D., Die NPD in der Landtagswahl vom 28. April 1968 in Baden-Württemberg, Köln 1969, in: Scheuch et. al. (Hg.), Die NPD in den Landtagswahlen 1966-1968, (Band) Materialien zum Phänomen des Rechtsradikalismus in der BRD II, (Reihe) Beiträge zur Politischen Soziologie.

Vier Jahre später konnte die SPD ihre Schlappe wieder mehr als ausgleichen und erzielte mit 37,6 Prozent landesweit ihr bestes Ergebnis nach dem Krieg. Dies gilt auch für die SPD in Mannheim (52,2 Prozent) und Walter Krause (47,6 Prozent). In beiden Fällen handelte es sich um absolute Spitzenergebnisse. Bei der ersten Wahl der Ära Eppler fiel die SPD um 4,3 Prozent auf 33,3 Prozent zurück. In Mannheim verlor die SPD wieder überdurchschnittlich, nämlich 6,6 Prozent. Auch Walter Krause kam nur noch auf 41,8 Prozent der Stimmen.

Welche Schlüsse lassen sich aus Krauses Wahlkreisergebnissen ziehen? Im Grunde genommen bestätigen sie die Erkenntnis, daß ein Kandidat selbst nur einen marginalen Einfluß auf sein Wahlergebnis hat. Die Synchronität der Ergebnisse zu überregionalen Parteigliederungen ist außerordentlich groß. Neben dieser grundsätzlichen Feststellung bleibt mit Blick auf die oben dargestellten Wahlergebnisse festzuhalten, daß der Trend der Mannheimer SPD von dem der Landes-SPD in dem einen oder anderen Punkt abwich. Während in den Anfangsjahren des Landes das Auf und Ab in Mannheim anders verlief als im ganzen Land, schlug das Pendel bei den Wahlen 1968, 1972 und 1976 in der SPD-Hochburg Mannheim jeweils kräftiger aus als in ganz Baden-Württemberg.

Die Wahlergebnisse von Walter Krause zeigen zu denen der Mannheimer SPD eine noch deutlichere Synchronität als zur Landes-SPD. Der Abstand zwischen persönlichen und städtischen SPD-Ergebnissen hat allerdings geschwankt. Da Walter Krause immer im eher bürgerlichen Teil Mannheims kandidierte, bedeutete hier Abstand zugleich auch Rückstand. Im Jahr 1952 betrug er nur 1,9 Prozent, der niedrigste Wert, den Krause nur noch einmal, ausgerechnet im Krisenjahr 1968, egalisieren konnte. Er hat dann 1956 (2,8 Prozent) und 1960 (4,3 Prozent) deutlich zugenommen. 1964 hat er sich bei 4,1 Prozent stabilisiert. Da Analysen für Krauses Wahlkreis fehlen, kann in gewissem Umfang nur spekuliert werden. Vielleicht lag es daran, daß sich Krause aufgrund seiner starken zeitlichen Belastung als Bürgermeister und Funktionsträger seiner Partei im Stuttgarter Parlament zu wenig um seinen eigenen Wahlkreis kümmern konnte.

Die Landtagswahl 1968 war in vielfacher Hinsicht ein Ausnahmefall. Dies gilt auch für den Rückstand von Krauses Wahlkreisergebnis auf das Mannheimer SPD-Ergebnis. Dieser betrug, wie gesagt, nur 1,9 Prozent. Diese deutliche Trendumkehr im Vergleich zur Mann-

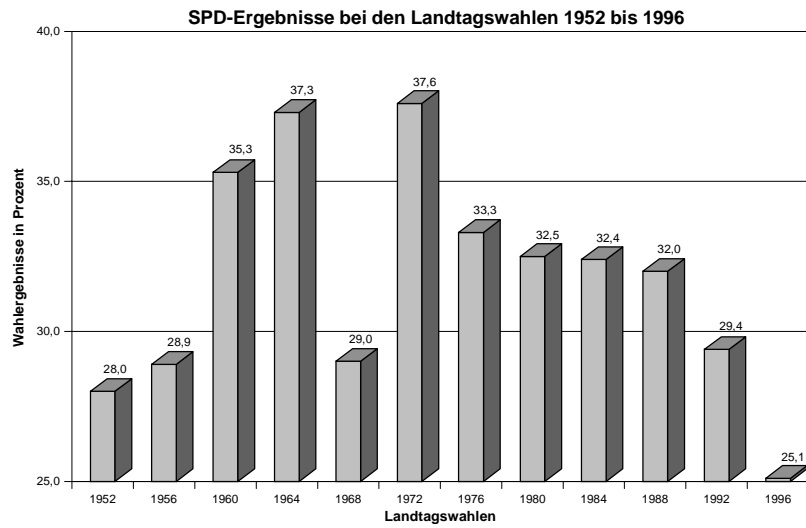
heimer SPD macht deutlich, daß Walter Krause bei bürgerlichen Wählerschichten großes Vertrauen genoß. Eher konservative Wähler aus der Mitte, die an anderen Orten in dieser Zeit der SPD den Rücken kehrten, hatten zu Krause ein so großes Vertrauen, daß sie in seinem Wahlkreis trotz der turbulenten Zeiten - oder gerade deswegen - der Sicherheit suggerierenden Person Walter Krause ihre Stimme gaben. So ist es zu erklären, daß Krause, der eher als ein „bürgerlicher“ oder „rechter“ Sozialdemokrat zu bezeichnen ist, im Vergleich zur Gesamtpartei relativ gut abschnitt.

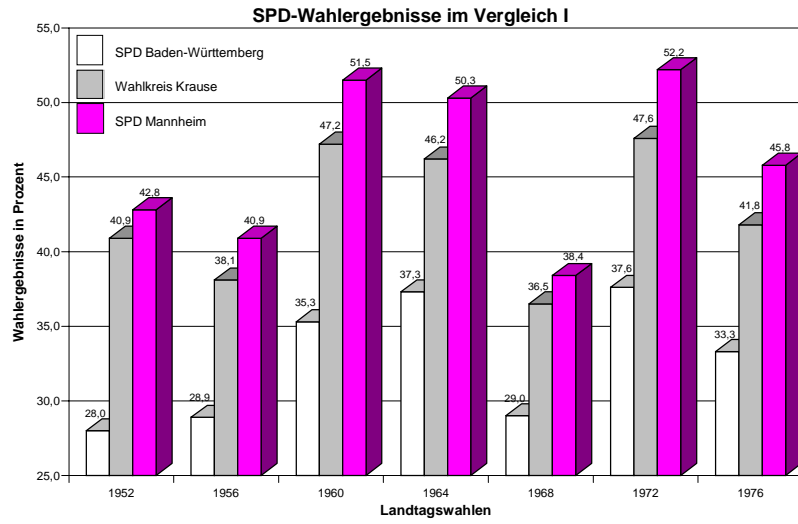
Im Rahmen der zuvor festgestellten geringen persönlichen Möglichkeiten, ein Wahlergebnis zu beeinflussen, ist dann die Wahl 1972 aus Krauses persönlicher Sicht doch sehr überraschend. Landesweit erzielte die SPD unter seiner Führung das beste Nachkriegsergebnis. Mit seinem eigenen Wahlkreisergebnis fiel er dagegen um 4,6 Prozentpunkte hinter das Mannheimer SPD-Ergebnis zurück. Dies ist um so erstaunlicher, als sein eigenes Wahlergebnis natürlich auf das gesamtstädtische einen deutlichen Einfluß hatte. Die Protestwähler der 68er Wahl, die in den anderen Wahlkreisen zur SPD zurückkamen, taten dies in Krauses Bezirk nicht. Die Ursache könnte trivial sein: Vermutlich hatten sie hier die SPD gar nicht verlassen. Die 1972er Wahl führte das Ergebnis in Krauses Wahlbezirk, relativ zur Gesamtstadt betrachtet, nur wieder auf das normale Maß zurück. Dies bestätigt im Grunde auch Krauses letzte Landtagswahl im Jahr 1976, als der Rückstand 4,0 Prozent betrug.

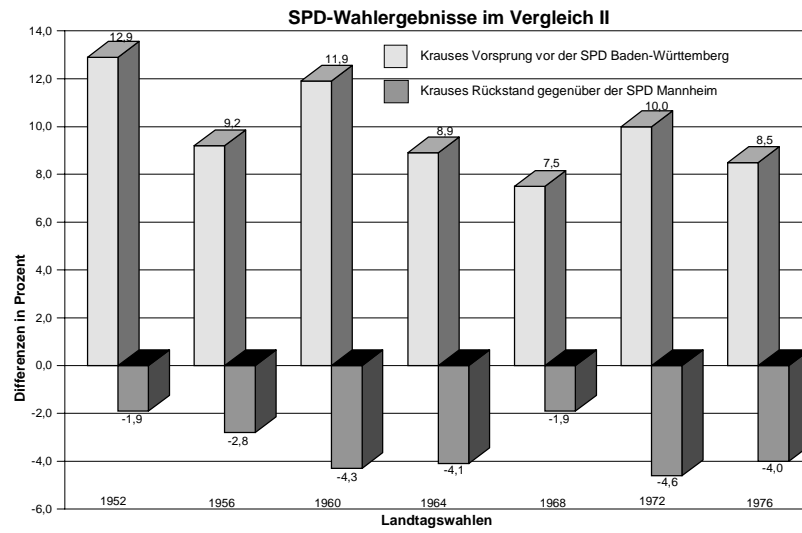
Interessant ist auch ein Blick auf die Wahlergebnisse in der Zeit nach Walter Krause. Das herausragende Ereignis der Landtagswahl 1980 war der erstmalige Einzug der Grünen ins Landesparlament (5,3 Prozent). Die SPD verlor bei dieser Wahl wie auch bei den folgenden langsam, aber stetig an Boden: von 32,5 Prozent (1980) über 32,4 Prozent (1984) auf 32,0 Prozent (1988). 1992 folgte dann der zweite katastrophale Einbruch für die Sozialdemokraten nach dem Wahldebakel 1968. Die SPD erreichte nur noch magere 29,4 Prozent. Die baden-württembergischen Sozialdemokraten wähten sich am absoluten Tiefpunkt. Bei der Landtagswahl 1996 folgte eine noch schlimmere Niederlage. Die SPD erreichte nur noch 25,1 Prozent.¹⁰⁹⁴

¹⁰⁹⁴ Der große Unterschied zwischen den Wahlniederlagen der Jahre 1968 und 1992 bestand darin, daß es der SPD nach dem Debakel im Jahre 1992 nicht gelang, die Verluste bei der nächsten Wahl wieder wettzumachen. Im Gegenteil, es ging noch weiter bergab. Freiburgs Oberbürgermeister Rolf Böhme machte handfeste, hausgemachte Gründe für die unterschiedliche Entwicklung der SPD nach den beiden Wahldebakeln in den Jahren 1968 und 1992 aus. „Die Niederlage von 1968 wurde aufgearbeitet. Darüber wurde gestritten. Die Partei hat diese Niederlage nicht hingenommen, sondern ist aufgestanden in einer Innovation, die sich Tübinger Kreis nannte. 1992 dagegen ist überhaupt nichts passiert.“ (Böhme (1998))

Auf den folgenden Seiten ist die zeitliche Entwicklung der SPD-Wahlergebnisse bei den Landtagswahlen von 1952 bis 1996 dargestellt. Von Interesse war dabei besonders ein Vergleich der Ergebnisse von Walter Krause in seinem Wahlkreis mit denen der SPD in Baden-Württemberg und der SPD in Mannheim.







Obermeisterwahl in Mannheim

1972 war das Jahr, in dem sich das politische Schicksal Krauses entschied. Zunächst stand die Landtagswahl an, dann die Oberbürgermeisterwahl in Mannheim. Seine (Wahl-)Heimatstadt suchte ein neues Stadtoberhaupt, weil sich der bisherige Amtsinhaber Reschke nicht mehr zur Wahl stellte. Nachdem Walter Krause den Ministersessel räumen mußte, wäre der Oberbürgermeisterstuhl in Mannheim in der letzten Phase seiner politischen Karriere ein attraktiver Abschluß gewesen. Mit Mannheim stets aufs engste verbunden, als ehemaliger Kultur- und Schulbürgermeister in der Kommunalpolitik erfahren, als Minister mit großer Reputation und vielen Meriten versehen, überparteilich geschätzt und geachtet, stellte Krause einen fast idealen Kandidaten für dieses Amt dar. Als einzige Einschränkung konnte sein Alter gelten. Mit 60 Jahren hätte er aber noch eine volle Amtszeit absolvieren können.

Allerdings kam bei der damaligen Konstellation nicht den Bürgern die entscheidende Rolle bei der Wahl ihres Oberbürgermeisters zu, sondern den Funktionären der SPD. Wer von den Mannheimer Sozialdemokraten als Kandidat nominiert würde, hatte beste Aussichten, auch tatsächlich Oberbürgermeister zu werden. Was sich dann während der Nominierungsphase in der SPD abspielte, warf ein bezeichnendes Bild auf die SPD und auf den Politiker Walter Krause.

Die SPD in Mannheim hatte bereits 1971, ein Jahr vor der OB-Wahl, den langjährigen Ersten Bürgermeister und SPD-Vorsitzenden Ludwig Ratzel¹⁰⁹⁵ als Kandidaten aufs Schild gehoben. Dieser frühe Zeitpunkt der Nominierung war ungewöhnlich, denn die allgemeine Erfahrung spricht gegen ein solches Vorgehen. Meist nutzt der politische Gegner den lan-

¹⁰⁹⁵ Ludwig Ratzel (1915-1996) (SPD) studierte von 1934 bis 1940 Physik und Mathematik, leistete von 1940 bis 1941 Kriegsdienst und war danach bis 1945 als Wissenschaftler bei der Erprobungsstelle der Luftwaffe in Rechlin tätig. Er gehörte von 1955 bis 1960 dem Deutschen Bundestag an. Von 1957 bis 1960 war er außerdem Abgeordneter im Europäischen Parlament. Von 1959 bis 1972 war er Erster Bürgermeister der Stadt Mannheim und von 1972 bis 1980 Oberbürgermeister. Im Jahre 1980 verlieh ihm die Stadt Mannheim die Ehrenbürgerwürde. Er gehörte von 1931 bis 1933 der Sozialistischen Arbeiterjugend an und trat im Jahre 1945 der SPD bei. Von 1948 bis 1956 war er stellvertretender Vorsitzender, von 1956 bis 1972 Kreisvorsitzender der SPD Mannheim. Zwischen 1972 und 1974 gehörte er dann wiederum dem Kreisvorstand an. Von 1952 bis 1968 war er Mitglied im SPD-Landesvorstand. (Brach 95; Habel, Walter, Wer ist Wer? 25. Auflage, Lübeck 1995, Seite 1060; Auskunft der Pressestelle der Stadt Mannheim vom 4.6.80) In Ratzels Zeit als Oberbürgermeister wurde das Fernwärmenetz entscheidend ausgebaut. Städtebauliche Akzente setzte er mit der Neckarufer-Nord-Bebauung, dem Collini-Center und der Herzogenriedbebauung mit dem Ziel, wieder mehr Menschen in die Innenstadt zu holen. (Probst 324)

gen Zeitraum bis zur Wahl, um den Kandidaten der Gegenseite zu demontieren. Auch das Argument, den eigenen Kandidaten erst bekannt machen zu müssen, konnte in diesem Fall nicht gelten. Zum einen wäre der Zeitraum von einem Jahr für eine Stadt wie Mannheim selbst für einen gänzlich unbekanntem Kandidaten zu großzügig bemessen, zum anderen war Ratzel am Rhein alles andere als unbekannt.

Warum also nominierte die SPD in Mannheim ihren Favoriten Ratzel so frühzeitig? Die Gründe waren innerparteilich zu suchen. Man kann vermuten, daß einflußreiche Kreise in der Mannheimer SPD auf diese Weise versuchten, den in der Partei beliebteren, in der Bevölkerung aber weniger geschätzten Ratzel als OB-Kandidat durchzubringen und Krause keine Chance zu lassen. 1971 konnte Krause unmöglich seinen Hut in den Ring werfen, ohne sich als Spitzenkandidat der SPD bei der Landtagswahl unglaublich zu machen. Nach der Wahl am 23. April 1972 stellte sich die Situation jedoch vollkommen anders dar. Plötzlich gab es für die SPD in Krause, dem ehemaligen Innenminister und leidenschaftlichen Kämpfer für Mannheims Interessen, einen Oberbürgermeisterkandidaten, wie er besser hätte kaum sein können. Auch der Journalist Erhard Becker sah das damals so, wie er sich später erinnerte. Er wußte aber auch noch, daß Ratzel durch seine Funktion als Kreisvorsitzender der Partei bei den Delegierten im Falle einer Kampfabstimmung größeren Rückhalt besessen hätte.¹⁰⁹⁶

Zunächst muß die Frage beantwortet werden, ob Krause das Amt des Oberbürgermeisters für erstrebenswert hielt. Zur Klärung dieser Frage tragen schriftliche Quellen kaum etwas bei. Immerhin signalisierte seine erste Presseerklärung, in der er eine Kandidatur noch offen ließ, daß er durchaus Interesse habe. Erschwerend wirkte sich aus, daß sich Krause, verschlossen wie er war, auch in dieser Frage nur ganz wenigen anvertraute. Mit seinen Mitarbeitern sprach er nicht darüber, woraus diese später den falschen Schluß zogen, die OB-Kandidatur sei für ihn kein Thema gewesen.¹⁰⁹⁷

¹⁰⁹⁶ Becker (1999)

¹⁰⁹⁷ Weder Lang noch Hieber oder Lehmann haben in den Gesprächen mit dem Autor darüber etwas berichtet. Lang (1996): „Es kann natürlich sein, daß dies außerhalb meines Diskussionsbereichs gelaufen ist.“ Bogusch (1996) mutmaßte, daß es „einfach nicht gepaßt hätte, wenn einer, der Ministerpräsident werden wollte, und die Wahl verloren hat, dann als Oberbürgermeister von Mannheim kandidiert hätte.“ Sollte Krause dieses Renommee inner- und außerhalb der SPD ramponieren, indem er gegen den offiziellen SPD-Kandidaten angetreten wäre? Und selbst, wenn Krause gewonnen hätte, was hätte er als Oberbürgermeister von Mannheim schon an Reputation gewinnen können? Auch nach Ansicht von Hieber (1996) hielt sich Krause nicht lange mit der Nicht-Nominierung durch die Mannheimer SPD auf. Übrigens spielte Krause auch in den Ge-

Es ist jedoch sehr wahrscheinlich, daß Krauses Mitarbeiter in diesem Punkt irrten und die Verschwiegenheit ihres Chefs in persönlichen Angelegenheiten unterschätzten, obwohl sie diese Introvertiertheit bei anderer Gelegenheit gerne beschrieben haben. Und sie verkann-ten die Intensität von Krauses Verbundenheit mit Mannheim. Hinzu kam, daß das Amt des Oberbürgermeisters mehr Gestaltungsmöglichkeiten zuließ als das des Fraktionsvorsitzen- den der Oppositionspartei im Landtag. Wie wenig er dieses Amt schätzte, zeigte sich dar- an, daß er es nicht mal ein Jahr später, im März 1973, abgab, um Vizepräsident des Land- tages zu werden. Diese Chance für Krause, die sich erst durch den plötzlichen Tod von Hermann Veit eröffnet hatte, war zum Zeitpunkt der Mannheimer Oberbürgermeisterwah- len nicht zu erahnen.

Lediglich mit den engsten Vertrauten seiner hierarchischen Ebene erörterte er die Möglich- keit einer Kandidatur. Wirtschaftsminister Hans-Otto Schwarz, zu dem er nach Aussage vieler Zeitgenossen den engsten Kontakt pflegte, wußte Bescheid und sprach noch 25 Jahre später von einem „ganz heißen Eisen“. Schwarz bestätigte, daß Krause sehr gern Oberbür- germeister in „seinem“ Mannheim geworden wäre. Schwarz kannte dieses Thema übrigens auch aus der Sicht von Ludwig Ratzel, dem damaligen Ersten Bürgermeister von Mann- heim. Die Auseinandersetzung um die OB-Kandidatur habe, so Schwarz, zum „Bruch zwi- schen diesen beiden Männern“ geführt.¹⁰⁹⁸

Eine unabhängige Bürgeraktion, angeführt vom parteilosen Rechtsanwalt Kurt Kraatz, hatte Krause in Mannheim als Kandidat für das Amt des Oberbürgermeisters ins Spiel ge- bracht. Diese verfolgte, noch vor dem ersten Wahlgang, die Strategie, das „beste Pferd im Stall, Walter Krause“ für den zweiten Wahlgang zu nominieren. Die Bürgeraktion lud zu einer Bürgerversammlung ein, um diese Idee zu erörtern. Doch die innerparteilichen Geg- ner Krauses funktionierten diese Veranstaltung in ihrem Sinne um. Die meisten Redner sprachen sich gegen eine Kandidatur Krauses aus. Nicht nur auf dieser Versammlung zeigte sich, daß die Bürgerinitiative schlecht organisiert war. Sie glaubte, daß es zu spät war, um Krause noch im ersten Wahlgang ins Rennen zu schicken. Deshalb verfiel die Bürgerinitiative auf eine ungewöhnliche Strategie: „Wählt Hartung, damit Walter Krause gewählt werden kann!“ Das Ansinnen, beim ersten Wahlgang entweder den CDU-Kann-

sprächen mit dem Autor das Thema herunter: „Ich wurde animiert, als Oberbürgermeister zu kandidieren. Aber das hat sich nie verdichtet.“ (Krause (1994/2))

¹⁰⁹⁸ Schwarz (1996)

didaten Roland Hartung¹⁰⁹⁹ oder den FDP-Kandidaten Martin Bangemann¹¹⁰⁰ zu wählen, konnte den Bürgern nicht glaubhaft vermittelt werden. Durch dieses Stimmensplitting wollte man einen zweiten Wahlgang erreichen, bei dem dann Krause antreten sollte. Kein potentieller SPD-Wähler konnte sich mit diesem Vorgehen anfreunden. Krause hatte eine solche Strategie im übrigen auch gar nicht nötig. Bei seinem Bekanntheitsgrad hätte er auch kurzfristig zum ersten Wahlgang antreten können. Ein zweiter Fehler der Bürgerinitiative war es, daß Kraatz den Kandidaten Ratzel zu heftig attackierte. Unter anderem bezeichnete er ihn als „Technokraten“. Diese überzogene Kritik bewirkte das Gegenteil, nämlich eine Solidarisierung mit Ratzel.

Was aber war wirklich ausschlaggebend für den Verzicht Krauses auf eine OB-Kandidatur? Zur Erklärung kann eine kurze kontrafaktische Betrachtung beitragen. Im sozialdemokratisch dominierten Mannheim hat ein SPD-Kandidat mit Reputation im bürgerlichen Lager gute Chancen auf den OB-Sessel. Wer hätte Krause als renommierten Innenminister, mit einem glänzenden Landtagswahlergebnis im Rücken, mit Erfahrung als Bürgermeister in Mannheim Paroli bieten können? Die frühzeitige Nominierung Ratzels hätte angesichts der neuen Sachlage – die SPD war aus der Regierung ausgeschieden und Krause hatte kein Ministeramt mehr – keine Rolle spielen dürfen, ebensowenig wie der nahende Wahltermin und eine unglücklich agierende Bürgerinitiative. Da Oberbürgermeisterwahlen Persönlichkeitswahlen sind, hätte Krause nicht der Unterstützung der SPD-Gremien bedurft. Er hätte von sich aus seine Kandidatur erklären können. Hätte es der Stadtverband der SPD Mannheim dann wagen können, seinen renommiertesten Repräsentanten die Unterstützung zu verweigern? Wohl kaum. Auf der anderen Seite hatte Krause im Grunde nichts zu verlieren. Seine politische Karriere in Stuttgart war beendet, und er war bis ins Jahr 1976 in den Landtag gewählt. Selbst für den Fall, daß er nicht Oberbürgermeister geworden wäre und ihn seine Partei nicht mehr für den Landtag nominiert hätte, hätte Krause in den Ruhestand gehen können, ohne sein Gesicht zu verlieren und ohne finanzielle Not zu leiden.

¹⁰⁹⁹ Roland Hartung (CDU) wurde erstmals im Jahre 1965 in den Gemeinderat der Stadt Mannheim gewählt. Der Rechtsanwalt war von 1970 bis 1983 Vorsitzender der CDU-Gemeinderatsfraktion und in den Jahren 1972, 1980 und 1983 Kandidat zur Wahl des Oberbürgermeisters. (Brach 52)

¹¹⁰⁰ Martin Bangemann (geb. 1934) (FDP) war von 1972 bis 1988 Mitglied des Deutschen Bundestages und von 1984 bis 1988 Bundesminister für Wirtschaft. Von 1974 bis 1978 war er Landesvorsitzender der baden-württembergischen FDP, von 1985 bis 1988 Bundesvorsitzender der FDP. Im Jahre 1989 wurde er Mitglied der Kommission der Europäischen Union und blieb dies bis 1999. (Munzinger 1/94)

Wenn also Krause am Ende seiner politischen Karriere nicht Oberbürgermeister von Mannheim wurde, dann lag das an seiner Partei und in seiner Persönlichkeit begründet. Er vermied den persönlichen Konflikt, wo es ihm möglich war. Und warum wollten die SPD-Funktionäre Krause nicht als Oberbürgermeister? Nach Ansicht von Ulrich Hieber hatte Krause nicht den nötigen Stallgeruch. Er war stets der distanzierte Herr, mit Kamelhaarmantel, Seidenschal und Hut. Das kam bei der Mannheimer SPD, immer noch geprägt vom Arbeitermilieu, nicht so gut an.¹¹⁰¹ Und er stand, simpel formuliert, aber wohl den Kern treffend, nicht links genug.¹¹⁰²

Einen ersten Hinweis auf die stärkere Position Ludwig Ratzels bei der Mannheimer SPD hatte es bereits Ende der 50er Jahre gegeben, als die Partei einen Nachfolger für den ausscheidenden Ersten Bürgermeister der Stadt, Jakob Trumpfheller, suchte. Am 27. Dezember 1958 nannte die Rhein-Neckar-Zeitung fünf potentielle Kandidaten aus den Reihen der SPD, darunter an erster Stelle Walter Krause, damals Bürgermeister und Landtagsabgeordneter. Außerdem wurden die Stadträte Karl Mayer,¹¹⁰³ Professor Hans Georg Schachtschabel,¹¹⁰⁴ Korbinian Heckl¹¹⁰⁵ und ein nicht namentlich bezeichneter Redakteur aus Mannheim erwähnt.¹¹⁰⁶ Doch schließlich wurde Ludwig Ratzel, bis dahin noch Bundestagsabgeordneter, auf Empfehlung des SPD-Kreisvorstandes und der SPD-Gemeinderatsfraktion zum Nachfolger von Jakob Trumpfheller gewählt. „In maßgeblichen SPD-Kreisen“, so hieß es, „wird einhellig die Ansicht vertreten, daß dafür nur ein Mann zu nominieren sei, nämlich der Bundestagsabgeordnete Dr. Ludwig Ratzel.“ In der Presse hieß es, daß die

¹¹⁰¹ Hieber (1996) - Erhard Becker erinnerte sich, daß seine Frau es sich gewünscht hätte, daß die führenden SPD-Politiker - „Walter Krause vorneweg“ - etwas anders gekleidet gewesen wären. „Die waren ihr etwas zu steif, zu altherrenhaft.“ (Becker (1999))

¹¹⁰² Nicht verschwiegen werden soll, daß es auch gewichtige Befürworter einer Kandidatur Krauses zum Oberbürgermeister gab. So meinte etwa der ehemalige Verkehrsdirektor von Mannheim, Klaus Büscher, rückblickend, mit Krause wäre die Entwicklung der Stadt anders verlaufen. (Büscher 20)

¹¹⁰³ Karl Mayer (1907-1962) wurde 1935 vom Volksgerichtshof zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt. Von 1943 bis 1945 war er im Kriegsdienst (Strafbataillon 999) und in Gefangenschaft. Von 1946 bis 1962 gehörte er dem Gemeinderat der Stadt Mannheim an. (Brach 85)

¹¹⁰⁴ Hans Georg Schachtschabel studierte von 1933 bis 1937 Volkswirtschaft, promovierte 1937 und habilitierte 1940 an der Universität Halle, wo er auch als Dozent tätig war. Von 1949 bis 1982 lehrte er zunächst als Dozent, dann als Professor an der Wirtschaftshochschule, der späteren Universität Mannheim. Er trat 1946 der SPD bei, war von 1968 bis 1970 Vorsitzender der SPD-Gemeinderatsfraktion, saß von 1969 bis 1983 als Abgeordneter im Deutschen Bundestag und von 1974 bis 1975 im Europäischen Parlament. (Brach 103)

¹¹⁰⁵ Korbinian Heckl wurde 1933 aus politischen Gründen verhaftet und stand zeitweise unter Polizeiaufsicht. In den Jahren 1942 und 1943 war er Soldat. Er trat 1932 der SPD bei und war von 1956 bis 1968 Vorsitzender der SPD-Gemeinderatsfraktion. Dem Gemeinderat gehörte er von 1948 bis 1973 an. (Brach 53)

¹¹⁰⁶ Rhein-Neckar-Zeitung v. 27.12.58

früher gehandelten Namen in den Reihen der SPD nicht überzeugt hätten. Die Rhein-Neckar-Zeitung bezeichnete Ratzel als den „richtigen Mann“.¹¹⁰⁷

Erhard Becker war im Rückblick der Ansicht, daß sich Krause der Abstimmung auf dem Mannheimer Kreisparteitag nicht gestellt habe, weil er sich dabei keine Chancen ausgerechnet habe. Ratzel sei von seinem Auftreten und seiner Herkunft als Arbeiterkind her jemand gewesen, der bei den Arbeitern Rückhalt gehabt hätte, der aber aufgrund seines Berufes als Atomphysiker auch bei den Intellektuellen angekommen sei. Krause habe die Auseinandersetzung gescheut, ob nun aus Parteitreue, um der Partei eine Spaltung zu ersparen, oder einfach, weil er von vornherein resigniert habe, oder aus beiden Gründen zusammen, das könne er nicht sagen. Außerdem führte Becker als Argument ins Feld, daß Krause trotz aller Verbundenheit mit seiner Wahlheimat aufgrund seines Dialektes und einer „gewissen Steifheit des Auftretens“ eben doch kein „typischer Mannheimer“ gewesen sei. Die Zwanglosigkeit des Pfälzers habe ihm gefehlt.¹¹⁰⁸

¹¹⁰⁷ Rhein-Neckar-Zeitung v. 27.12.58, 12.3.59 und 13.3.59; Badische Volkszeitung v. 13.3.59

¹¹⁰⁸ Becker (1999) äußerte die Ansicht, daß es in den 50er und 60er Jahren noch möglich gewesen sei, daß parteilose Kandidaten wie Klett in Stuttgart oder Reschke in Mannheim Oberbürgermeister geworden seien. Später sei dies nicht mehr gegangen.

Vom Oppositionsführer zum Landtagsvizepräsidenten

Als Landtagsvizepräsident Hermann Veit am 15. März 1973 überraschend verstarb, kam es in der SPD zu einer Diskussion um seine Nachfolge. Im Gespräch waren Walter Krause und Heinz Bühringer. Bei beiden Bewerbern stand auch die Frage im Hintergrund: Was wird mit ihren bisherigen Positionen, wenn sie ins Präsidium des Landtags wechseln? Wenn Krause Veits Posten bekäme, dann würde die SPD einen neuen Oppositionsführer brauchen. Es stand fest, daß sich dafür Rudolf Schieler bewerben würde. Da gerade jüngere Abgeordnete keinen Fraktionschef Schieler wollten, forderten sie Krause auf, Oppositionsführer zu bleiben.¹¹⁰⁹

Krause gab im Rückblick zu, sein Wechsel auf den Präsidentenstuhl sei in der Fraktion nicht unumstritten gewesen und stelle einen Einschnitt in seinem Leben dar. Seinen plötzlichen Entschluß zur Kandidatur rechtfertigte er damit, daß der Anlaß, diesen Posten neu zu besetzen, der Tod von Hermann Veit nämlich, nicht vorhersehbar gewesen sei. Krause blieben nur wenige Tage zum Überlegen. Die wegweisende Entscheidung, die er in dieser kurzen Zeit treffen mußte, sei, so Krause im nachhinein, richtig gewesen. Die Arbeit als stellvertretender Landtagspräsident habe ihm sehr gelegen.¹¹¹⁰

Mit Krause konkurrierte Heinz Bühringer, Krauses Vorgänger als Fraktionsvorsitzender und sein Nachfolger als Parteivorsitzender. Am 16. Februar 1973 hatte er dieses Amt an Erhard Eppler abgegeben. Bühringer hatte erkannt, daß in der SPD die Zeit seiner politischen Ausrichtung vorüber war. Sein letztes politisches Ziel war der Einzug ins Landtagspräsidium. Es war, wie er sagte, das einzige Mal in seinem Leben, daß er ein Amt wirklich anstrebte.¹¹¹¹

Sowohl Krause als auch Bühringer waren für den Posten des Landtagsvizepräsidenten fachlich und persönlich bestens geeignet. Beide hatten wichtige politische Ämter bekleidet und wurden auch vom politischen Gegner geachtet, was für ein Amt im Landtagspräsidium sicher von besonderer Wichtigkeit ist. Pikant an diesem innerparteilichen Duell war, daß sich Bühringer und Krause politisch sehr nahe standen. Beide zielten auf die politische

¹¹⁰⁹ Bogusch (1996)

¹¹¹⁰ Krause (1994/4)

¹¹¹¹ Bühringer (1996)

Mitte. Bühringer hatte als Parteivorsitzender dem Innenminister Krause in der bewegten 68er-Zeit den Rücken frei gehalten. Nach der verlorenen Landtagswahl im Jahre 1972 hatte er ohne zu zögern für Krause den Posten des Fraktionschefs geräumt. Zudem hatte Hermann Veit Heinz Bühringer kurz vor seinem Tod persönlich angetragen, sein Amt zu übernehmen. Daraus leitete er einen Anspruch auf diese Position ab, den er auch dann nicht aufgab, als Krause das Amt für sich reklamierte. Bühringer war von Krause enttäuscht, daß der ihm die erwiesene Loyalität nicht dankte und den Posten anstrebte, den auch er selbst gerne haben wollte. Der Altmeister der Südwest-SPD, Alex Möller, versuchte in einem Telefongespräch, Bühringer zum Rückzug zu bewegen. „Das könnt Ihr mir doch nicht antun, Ihr seid doch beide meine Söhne“, hat Möller nach Bühringers Erinnerungen zu ihm gesagt.¹¹¹²

Die Kampfabstimmung gegen Bühringer war das einzige Mal im politischen Leben Walter Krauses nach seiner Nominierung zum Landtagskandidaten im Jahre 1952, daß er gegen einen Parteifreund antrat, noch dazu gegen einen, der ihm politisch nahestand. Krause wandte in dieser Situation ein Mittel an, das er nicht häufig gebrauchte: Er arbeitete hinter den Kulissen, indem er die SPD-Abgeordneten einzeln zu sich bat, um mit ihnen unter vier Augen zu sprechen. Schließlich kam es zur Abstimmung, bei der sich Krause relativ knapp, mit 23 zu 16 Stimmen, gegen Bühringer durchsetzte.¹¹¹³ Ulrich Lang hielt es nicht für untypisch für Krause, daß er in dieser Situation den eigenen Vorteil höher bewertete als die Fairneß gegenüber seinem treuen Gefolgsmann Bühringer, hielt ihm aber zugute, daß Krause selbst vielleicht der Meinung war, dieses Amt noch besser bekleiden zu können als Bühringer.¹¹¹⁴

Damit stellte sich für die SPD die Frage, wer Krause als Fraktionschef nachfolgen sollte.¹¹¹⁵ Walter Krause selbst hätte es am liebsten gesehen, wenn Hans-Otto Schwarz sein Nachfolger geworden wäre. Doch der lehnte ab und zog es vor, in die Geschäftsführung der

¹¹¹² Bühringer (1996)

¹¹¹³ Die eigentliche Wahl zum Vizepräsidenten im Landtag war dann nur noch Formsache, weil die SPD für diese Position das Vorschlagsrecht besaß. Bühringer berichtete auch, wie Krause im Jahre 1979 zu ihm kam, um ihn von seinem eigenen Rückzug aus dem Landtag zu informieren. Er fragte Bühringer, ob er jetzt Vizepräsident werden wolle. Doch Bühringer lehnte es ab, den eigenen, bereits angekündigten Rückzug aus dem Landtag wieder rückgängig zu machen. (Bühringer (1996))

¹¹¹⁴ Ulrich Lang (1998)

¹¹¹⁵ Eppler, designierter Parteivorsitzender, war zu jener Zeit Bundestagsabgeordneter.

Gasversorgung Süddeutschland einzuziehen.¹¹¹⁶ Heinz Bühringer winkte ebenfalls ab. So blieb nur der ehemalige Justizminister Rudolf Schieler. Allen war klar, daß dies nur eine Interimslösung war, bis Erhard Eppler nach der Wahl 1976 auch in der Fraktion das Heft in die Hand nehmen würde.¹¹¹⁷

Der Wechsel vom Stuhl des Fraktionsvorsitzenden auf den Sessel des Vizepräsidenten stellte eine wichtige Zäsur in Krauses Politikerleben dar. Denn ein Amt im Präsidium des Landtags war zweifelsohne mit hoher formaler Reputation verknüpft, gleichzeitig aber stellte es ein Amt ohne echte politische Macht dar. Der „Umzug“ auf den Präsidentenstuhl kam deshalb einem Rückzug von der Macht gleich.

Warum entschied sich Krause so?

Alle Beteiligten waren auch noch Jahre später der festen Überzeugung, daß Krause diesen Entschluß ohne äußeren Druck getroffen habe.¹¹¹⁸ Aber geschah es wirklich ganz freiwillig? Warum verabschiedet sich ein Politiker vom Lebenselixier seines Berufs, dem Einflußnehmen, dem Ausüben von Macht? Sein Alter, er war gerade 60 geworden, kann es eigentlich nicht gewesen sein. Von gesundheitlichen Problemen war nicht die Rede.

Aber was war es dann? Bogusch sah einen möglichen Grund für Krauses Rückzug darin, daß er die Gefahr erkannte, das Bild, das die Öffentlichkeit von ihm hatte, könnte in der Opposition verblassen.¹¹¹⁹ Sicher spielte es eine Rolle, daß Krause instinktiv spürte, daß er für die ausgleichende, geradezu „parteiübergreifende“ Position des Landtagsvizepräsidenten eine ideale Besetzung darstellte, nicht jedoch für die Aufgabe des Oppositionsführers, der nach Polarisierung und Konfrontation schrie. Conradi ging noch ein Stück weiter. Die Funktion im Präsidium des Landtags sei noch besser auf ihn zugeschnitten gewesen als das

¹¹¹⁶ Zur Energiepolitik hatte Schwarz schon immer eine besondere Beziehung. Als Wirtschaftsminister genehmigte er die Kernkraftwerke Neckarwestheim und Obrigheim, was ihm die SPD nie verziehen habe, so Schwarz. (Schwarz (1996))

¹¹¹⁷ Für Schieler war es nach eigenem Bekunden eine demokratische Selbstverständlichkeit, daß er nach der Landtagswahl 1976 dem Spitzenkandidaten der Partei auch das Amt des Fraktionsvorsitzenden überließ, obwohl er und Eppler politisch weit auseinander lagen. Eppler kommentierte das anerkennend, so problemlos habe er sich den Übergang nicht vorgestellt. Schieler blieb als stellvertretender Fraktionsvorsitzender im Landtag, machte aber keinen Hehl daraus, daß ihm die Zusammenarbeit mit Eppler „gewisse Probleme bereitetete“ und er sich aus diesem Grund 1979 ins Europäische Parlament wählen ließ. Schieler über Eppler: „Er war letztlich nicht an der Landespolitik interessiert, sondern schwebte über den Wolken.“ (Schieler (1997))

¹¹¹⁸ Bühringer (1996); Bogusch (1996)

¹¹¹⁹ Bogusch (1996)

Ministeramt. „Er war eigentlich ein Präsident.“¹¹²⁰ Genauso sah es der Vertreter eines ganz anderen SPD-Flügels, Gerhard Noller: „Das Amt war auf ihn zugeschnitten.“¹¹²¹

Maßgebend für Krauses Entscheidung war aber wohl der im Hintergrund drohende Eppler. Der Mannheimer Realist spürte, daß er gegen Eppler als Chef der Landtagsfraktion einen schweren Stand gehabt hätte.¹¹²² Wahrscheinlich rechnete er sich aus, daß er diesen Posten nach der nächsten Landtagswahl an Eppler hätte abtreten müssen. Und dann wäre auch der Posten des Vizepräsidenten des Landtags, den er so liebte, vergeben gewesen. Bühringer wußte von vertraulichen Gesprächen mit Krause zu berichten. In diesen habe er seine Angst vor dem kommenden Parteivorsitzenden Eppler zugegeben: „Der Eppler bringt mich auf Null.“¹¹²³ Walter Hirrlinger meinte, Krause habe gespürt, daß er nichts mehr bewegen könne. „Das ist ja immer so: Wenn jemand merkt, daß er nichts mehr bewegt, aber nicht ausscheiden will, dann wird er Landtagspräsident oder -vizepräsident.“¹¹²⁴ Nachdem schon 1968 in Kehl deutlich geworden war, daß neue Kräfte in der Partei die Mehrheit errungen hatten, übernahmen diese nach dem Ausscheiden der SPD aus der Regierung auch die führenden Parteiämter. Sie standen für eine Politik, für die ein Walter Krause nicht überzeugend eintreten konnte.¹¹²⁵ Eppler selbst kommentierte Krauses Entscheidung, als Fraktionsschef aufzuhören, im Rückblick so: „Das paßte ja völlig zu ihm - er war ja nicht Machtpolitiker.“¹¹²⁶

Wie nicht anders zu erwarten war, übte Krause sein Amt als Vizepräsident in jeder Beziehung vorbildlich aus: pflichtbewußt, würdevoll, überparteilich und stets loyal zu dem von der CDU gestellten Präsidenten. Krause ist es mit seiner verbindlichen, vertrauensbildenden Art gelungen, ein sehr gutes Vertrauensverhältnis zu den Landtagspräsidenten Erich Ganzenmüller und Lothar Gaa¹¹²⁷ (beide CDU) aufzubauen. Ganzenmüller hat zu seinem

¹¹²⁰ Conradi (1998)

¹¹²¹ Noller (1998)

¹¹²² Bundeskanzler Helmut Schmidt hat sich übrigens gewünscht, daß sich Horst Ehmke mehr in Baden-Württemberg engagieren würde. Er kritisierte ihn, weil er Eppler den Südwesten überließ. (Ehmke (1994) 273)

¹¹²³ Bühringer (1996). Eppler hat von solchen Ängsten Krauses nichts gewußt. Als er 1997 mit dieser Aussage konfrontiert wurde, war er sichtlich betroffen. (Eppler (1997))

¹¹²⁴ Hirrlinger (1997)

¹¹²⁵ Heeb (1996)

¹¹²⁶ Eppler (1997)

¹¹²⁷ Lothar Gaa (geb. 1931) (CDU) war von 1956 bis 1965 Landesvorsitzender der Jungen Union in Nordbaden und gehörte dem Landtag von 1968 bis 1984 an. Von 1980 bis 1984 war er dessen Präsident. (Munzinger 27/83)

Duz-Freund Krause bei verschiedenen Anlässen sogar gesagt: „Walter, mach´ Du das.“¹¹²⁸
Krause hat sich in seiner neuen Funktion bewußt auf repräsentative Aufgaben beschränkt und nur wenige „überparteiliche“ Themen bearbeitet, wie die Neugliederung der Bundesländer, was gut zu seinem Renommee als Verwaltungsreformer paßte.¹¹²⁹

¹¹²⁸ Besonders gern erinnerte sich Krause an seine Zusammenarbeit mit Erich Ganzenmüller. Der CDU-Politiker, ein Haudegen, habe eines Tages eine Kehrtwende gemacht – auf ihn zu. Später habe man sich sogar geduzt (Krause (1994/4). Ebenso Lauber 63-64. Außer Ganzenmüller saßen noch Lothar Gaa (CDU) und Hans Albrecht (FDP) mit Walter Krause im Präsidium des Landtags. (Heilbronner Stimme v. 3.6.76)

¹¹²⁹ Dies bestätigt auch Bühringer (1996). - Krauses Nachfolger als SPD-Landtagsvizepräsident, Alfred Geisel, hat es dagegen nie geschafft, ein solches Vertrauensverhältnis zum CDU-Landtagspräsidenten aufzubauen. Deshalb hat er in diesem Amt auch nicht den Bewegungsspielraum gehabt wie sein Vorgänger. (Bogusch (1996). - Die guten persönlichen Beziehungen Krauses zu einigen CDU-Größen haben übrigens einigen von Krauses engsten Mitarbeitern geholfen, nach dem Ende der Regierungsbeteiligung der SPD auch zu Zeiten der CDU-Alleinregierung in der Ministerialbürokratie Karriere zu machen. (Bogusch (1996)

Eppler statt Krause

Der Stabwechsel von Eppler auf Krause war mehr als eine normale Wachablösung, er bedeutete einen radikalen Wechsel in der Politik der Südwest-SPD. Hatten Krause und seine Leute mit ihrer Politik vor allem die bürgerliche Mitte, aber auch die traditionelle Arbeitnehmerklientel der SPD angesprochen, so sprach Eppler, die „moralische Instanz der Bundesrepublik“, andere Zielgruppen an.¹¹³⁰ Sorgte sich Krause vor allem um Wähler, die staatstragend oder zumindest -bejahend waren, so kümmerte sich Eppler vor allem um diejenigen, die kritische Fragen an die staatliche Autorität richteten. Eppler, so analysierte es Stuttgarts ehemaliger Bürgermeister und frühere Krause-Mitarbeiter Gerhard Lang, war die „hochqualifizierte, hochintellektuelle Fortsetzung der jungen Unzufriedenen auf dem Kehler Parteitag. Ziemlich stromlinienförmig ist dies darauf zugelaufen“. Er war „personell, denkmäßig und auftrittsmäßig“ etwas völlig anderes, als es Walter Krause verkörpert hatte.¹¹³¹ Für den journalistischen Zeitzeugen Klaus Fischer hat sich die SPD dadurch „radikal“ geändert.¹¹³²

Um dies verstehen zu können, ist es notwendig, Erhard Eppler und seine politischen Vorstellungen darzustellen. Dies soll bei ihm ausführlicher geschehen als bei anderen Personen, die in dieser Dissertation angesprochen werden. Andererseits ist es nicht möglich, eine Persönlichkeit wie Erhard Eppler auf wenigen Seiten auch nur einigermaßen ausreichend zu beschreiben.¹¹³³

¹¹³⁰ Thierse 9

¹¹³¹ Lang (1996)

¹¹³² Fischer (1997)

¹¹³³ Eine kurze, aktuelle Beschreibung Epplers findet sich bei Gerhard Spörl, „Langer Faden ins Grundsätzliche“, Spiegel 3/1999 - Erhard Eppler wurde am 9. Dezember 1926 in Ulm als viertes Kind von Dr. Richard und Hildegard Eppler geboren. Der Vater, Mathematiker und Physiker, war Studiendirektor an einem Ulmer Realgymnasium. Seine Mutter hatte ein paar Jahre an einer Volksschule unterrichtet und widmete sich dann den Kindern. Erhard Eppler beschrieb sie als herzlich und spontan. Sie habe in der Familie eine Atmosphäre der Freiheit geschaffen. 1930 wurde der Vater zum Oberstudiendirektor am Gymnasium für Jungen in Schwäbisch Hall ernannt und die Familie mit ihren sieben Kindern zog in die kleine Reichsstadt. (Rapp 14) Erhard Epplers Eltern waren recht unterschiedlicher Herkunft. Die Vorfahren seiner Mutter waren liberale Akademiker. Der Großvater Dieterich war Münsterpfarrer in Ulm. Er und seine Frau standen den sozialen Ideen Friedrich Naumanns aufgeschlossen gegenüber. In der Evangelischen Landeskirche Württembergs galten sie deshalb als links. Die Familie seines Vaters stammte von der Südwestalb und waren Bauern. Erhard Epplers Großvater verließ den elterlichen Hof und machte eine Verwaltungsausbildung. Er wurde Verwaltungsmitarbeiter beim württembergischen Militär. Erhard Eppler schrieb über seinen Vater, daß sich bei ihm die Zähigkeit und Sparsamkeit der Altbauern mit der Zuverlässigkeit eines württembergischen Beamten mischten. Er bescheinigte seinem Vater ein königlich-württembergisches Pflichtbewußtsein, das das preußische weit übertreffe. Neben der Schule waren Richard Eppler vor allem zwei Dinge wichtig: seine Kinder und der Garten. Er und seine Frau bauten für die neunköpfige Familie auf dem Friedensberg oberhalb von Schwäbisch Hall ein großes Haus mit einem schönen Garten. Kurz nach Erhard Epplers Konfirmation im

Sein politisches Engagement begann mit der Ablehnung der Wiederbewaffnung. 1952 gehörte er mit 26 Jahren zu den Begründern der Gesamtdeutschen Volkspartei (GVP). Er fuhr mit dem Motorrad übers Land und hielt, getragen von der Überzeugung, von deutschen Waffen dürfe nie wieder Elend über die Menschen kommen, Reden für seine Partei

Jahre 1941 starb der große, kräftige Mann an einer Lungenentzündung. (Rapp 15) Eppler erzählt in seiner spannenden autobiographischen Erzählung „Komplettes Stückwerk“, daß seine Eltern „wohl nie“ sozialdemokratisch gewählt haben, ihre Kinder andererseits aber auch nie zu Vorurteilen gegen die Sozialdemokraten erzogen hätten. Vom „gutbürgerlichen Haß auf die Roten“, wie es Eppler nennt, habe er zu Hause wenig gespürt. Friedrich Naumann, für Vater und Mutter lange Zeit ein politisches Vorbild, galt als links. (Eppler (1996) 51) Epplers Vater mußte als Schulleiter spätestens 1937 in die Partei eintreten. Erstaunlich ist, daß er mit seinen Kindern nie über Hitler geredet hat, weder positiv noch negativ. Der Frontoffizier des Ersten Weltkrieges, mit dem Eisernen Kreuz erster Klasse dekoriert, begrüßte es, daß Hitler die Demütigungen aus dem Versailler Vertrag beseitigte. Aber die führenden Nationalsozialisten erschienen ihm ungebildet und zu wenig solide. Im Gegensatz dazu hegte Epplers Mutter anfangs Sympathien für die Nationalsozialisten, weil sie hoffte, daß sie an die national-sozialen Gedanken eines Friedrich Naumann anknüpfen würden. Sie kritisierte jedoch den Umgang der Nazis mit den Juden und der Kirche und wehrte sich öffentlich mutig gegen Angriffe auf Kirche und Pfarrer. (Rapp 16) Der junge Erhard bekam einen Deutschlehrer, der von 1958 bis 1964 Kultusminister von Baden-Württemberg werden sollte, und ihn nachhaltig beeindruckt hat: Gerhard Storz, ursprünglich Schauspieler, kam vom Theater in Mannheim in den Schuldienst nach Schwäbisch Hall. Storz, der nach dem Krieg Mitglied der CDU wurde, zeigte seine Abneigung gegenüber den Nationalsozialisten deutlich. (Eppler (1996) 13 - Die Zeit mit Gustav Storz beschrieb Erhard Eppler auch in einem Essay im Spiegel Nr. 20 v. 17.5.99 im Rahmen der Titelgeschichte „50 Jahre Bundesrepublik - Das deutsche Wunder“ unter dem Titel „In der Hand der Sieger“ (S. 100-103).) - Im Krieg war Erhard Eppler ab September 1943 gemeinsam mit seinen Schulkameraden zunächst Flakhelfer in Karlsruhe, ohne allerdings zum Einsatz zu kommen, weil die Luftangriffe auf die badische Metropole erst ein Jahr später einsetzten. Im März 1944 kam Eppler zum Reichsarbeitsdienst in Neubistritz in Südmähren. Das sture Exerzieren und die primitiven Schikanen mißfielen ihm sehr. Er war froh, als er im Mai 1944 aus dem Arbeitsdienst entlassen wurde. Am 13. Juni 1944 kam er als Panzerjäger zum Heer und erlebte im Herbst 1944 hilflos die Luftangriffe auf Stuttgart mit. Es folgte die Abkommandierung nach Holland und dann im Frühjahr 1945 die Verlegung nach Soltau-Munsterlager in der Lüneburger Heide. Dort wurde er erstmals mit der ganzen Brutalität des Krieges konfrontiert, als er mit ansehen mußte, wie schwerverletzte Soldaten von der Ostfront verladen wurden und wie SS-Männer jüdische Häftlinge von einem Wagen trieben oder warfen. Das Kriegsende erlebte Erhard Eppler am 23. April 1945, als ein Teil der deutschen Wehrmacht südlich von Hamburg kapitulierte. Gemeinsam mit Kameraden schlug er sich in einem abenteuerlichen 18-Tage-Marsch nach Schwäbisch Hall durch. Als er dort ankam, standen amerikanischen Militärfahrzeuge vor dem elterlichen Haus. Die Mutter und die Geschwister waren auf dem Dachboden bei Freunden notdürftig untergekommen. (Rapp 17-18) Epplers Aussagen über die Unterschiede zwischen den alliierten Streitkräften gehören zu den eher seltenen, die mit den amerikanischen Besatzern kritischer umgehen als mit den französischen, weil „die Amerikaner - anders als Franzosen und Briten - nicht bereit waren, mit den Deutschen, die sie aus ihren Häusern warfen, ruhig zu reden.“ (Eppler (1996) 12) Nach dem Krieg machte Erhard Eppler sein Abitur und studierte in Frankfurt, Bern und Tübingen Englisch, Geschichte und Deutsch. Von Herbst 1947 bis Sommer 1949 ging Eppler als Stipendiat in die Schweiz, wo ihn der freie geistige Austausch entscheidend geprägt hat. In der Schweiz begegnete er bei einem Vortrag in Bern zum ersten Mal seiner späteren politischen Leitfigur Gustav Heinemann, der ihn durch die Nüchternheit und Bescheidenheit seines Vortrags beeindruckte. (Eppler (1996) 16-22) Nach Abschluß seines Studiums promovierte er in Tübingen über das Thema „Der Aufbegehrende und der Verzweifelte als Heldenfigur der Elisabethianischen Tragödie.“ (Rapp 24-25) 1951 heiratete er seine Jugendliebe aus Schwäbisch Haller Tagen, Irene Schapperle. Die beiden bekamen vier Kinder und haben mittlerweile zahlreiche Enkelkinder. Als die Kinder größer wurden, engagierte sich auch Irene Eppler in der Politik. Sie war zum Beispiel Mitglied des Kreistages in Freudenstadt. (Rapp 24-25) Von 1952 bis 1961 arbeitete Erhard Eppler als Gymnasiallehrer, zunächst für kurze Zeit in Pfullingen und dann neun Jahre lang in Schwenningen. Seinen Unterricht gestaltete er häufig politisch, indem er mit seinen Schülern politische Stücke aufführte und sie für die Verantwortung am Gemeinwohl zu interessieren versuchte. Seine Schüler berichteten später, daß er ein ungemein fleißiger und engagierter Lehrer war, der sich gründlich vorbereitete und von sich und den Schülern Leistungen forderte. (Rapp 19)

und ihr Programm.¹¹³⁴ Die Stalin-Noten vom 10. März und 9. April 1952 zur Wiedervereinigung Deutschlands ohne Einbindung in das westliche Militärbündnis entsprachen nach Epplers Ansicht den Interessen Moskaus, waren demnach glaubhaft und hätten nach seiner festen Überzeugung durch die Bundesregierung geprüft werden müssen. Daß Adenauer dies nicht tat, war für Eppler ein wesentliches Moment seiner Politisierung und ein kräftiger Anstoß, selbst Politiker zu werden.¹¹³⁵

Groß war die Enttäuschung des jungen Eppler und seiner Mitstreiter, daß die GVP bei der Bundestagswahl 1953 statt der erhofften zehn bis zwanzig Prozent nur 1,2 Prozent der Stimmen erhielt. Eppler wurde sich bewußt, daß er seine politischen Ziele nur innerhalb einer großen Volkspartei verwirklichen konnte. Gegen Adenauers Politik der Wiederbewaffnung und Westintegration auf Kosten der Spaltung Deutschlands half nur das Bündnis mit Arbeitnehmern, Gewerkschaften und Sozialdemokraten.¹¹³⁶ Bereits 1955 verließ Erhard Eppler deshalb die GVP und seinen politischen Ziehvater Gustav Heinemann. Unter dem Einfluß von Fritz Erler, der im nahen Tuttingen wirkte, trat er im Januar 1956 in die SPD ein. Zunächst hatte er es bei der SPD nicht leicht, weil ihm der notwendige Stallgeruch fehlte. Nachdem ihn die Bürger Schwenningens im Jahre 1959 mit der höchsten Stimmzahl in den Gemeinderat gewählt hatten, bedeutete dies auch seinen innerparteilichen Durchbruch. Von 1959 bis 1961 wurde er SPD-Vorsitzender im Kreis Rottweil. 1961 stellte ihn die SPD als Bundestagskandidaten im Wahlkreis Calw-Freudenstadt-Horb auf. 1961 und 1965 zog er über die Landesliste in den Bundestag ein, 1969 und 1972 gewann er das Direktmandat im Wahlkreis Heilbronn.¹¹³⁷

Im Bundestag gehörte Eppler zunächst dem Kulturausschuß an. Er war mit dieser Arbeit jedoch unzufrieden, weil seiner Meinung nach zu viel diskutiert wurde und die meisten Ideen im Papierkorb verschwanden. 1963 rückte er in den wichtigen Finanzausschuß nach. Diese Funktion gefiel ihm, weil er etwas bewegen konnte wie z.B. das Aushandeln des halben Mehrwertsteuersatzes auf Bücher. Eppler merkte bald, daß es in Bonn nicht nur auf Sacharbeit ankam, sondern auch auf Beziehungen. Abendliche Runden bei Wein und Bier mußte er am folgenden Tag mit Kopfschmerzen bezahlen. Er schrieb: „Meine Vitalität reichte offenbar nicht zu beidem: zu konzentrierter Arbeit und zu abendlicher Gesellig-

¹¹³⁴ Rapp 20

¹¹³⁵ Eppler (1996) 31-35

¹¹³⁶ Ebd. (1996) 54

keit.“ Aufgrund seines Fleißes, seiner Fähigkeit zum gründlichen Nachdenken und seines sprachlichen Ausdrucksvermögens machte er aber schließlich in der Bundestagsfraktion und in der Landes-SPD doch Karriere. 1968 wurde er auf dem Landesparteitag in Mannheim in den Landesvorstand der SPD gewählt. In den Jahren 1967 und 1968 war er außenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion. Er gehörte von Anfang an zu den Befürwortern einer Entspannungspolitik, weil er der Überzeugung war, „daß eine konsequente Entspannungspolitik nicht den Westen, sondern den Ostblock in seiner Existenz gefährden mußte.“¹¹³⁸ Am 2. Oktober 1968 wurde er in der ersten Großen Koalition unter Kiesinger und Brandt zum Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit vereidigt und blieb dies auch unter den Kanzlern Brandt und Schmidt bis zu seinem Rücktritt im Jahr 1974.¹¹³⁹

Eppler glaubte, unter einem Bundeskanzler Helmut Schmidt zu wenig Spielraum für seine Entwicklungspolitik zu finden. Im kleinen Zirkel klagte Eppler über Schmidts „Rekrutenschule“.¹¹⁴⁰ Zu seinem Entschluß, aus dem Kabinett auszusteigen, schrieb er: „Offenbar war ich in eine Gesellschaft geraten, in die ich nicht paßte. Ich war entschlossen zu gehen. Aber der Anlaß reichte noch nicht aus. So führte ich den Streit mit Apel um den Haushalt 1975 und die mittelfristige Finanzplanung härter, als der neue Finanzminister erwartete und als wir uns nicht einig wurden, trat ich am 4. Juli 1974 zurück ... Bereut habe ich diesen Rücktritt nie. In der Regierung Schmidt hätte ich nichts bewirken, wohl aber meine politische Glaubwürdigkeit rasch verspielen können. Die aber blieb mein einziges Kapital.“¹¹⁴¹

Während bei vielen anderen Politikern das Ausscheiden aus der Bundesregierung das Ende der politischen Laufbahn bedeutet, fing sie bei Erhard Eppler im Grunde jetzt erst richtig an. Schon 1973 war er zum Landesvorsitzenden der baden-württembergischen SPD gewählt worden und blieb dies bis 1981. Von 1976 bis 1982 gehörte er dem Landtag in Stuttgart an, von 1976 bis 1980 war er SPD-Fraktionsvorsitzender. Sein Ziel war es, der SPD in Baden-Württemberg ein neues Selbstbewußtsein durch „Meinungsführerschaft“ zu

¹¹³⁷ Rapp 20. 1976 schied er aus dem Bundestag aus. (Thierse 10)

¹¹³⁸ Eppler (1996) 41

¹¹³⁹ Rapp 21-23 - Als Eppler zum Minister ernannt wurde, lud ihn Kiesinger zu einem Vier-Augen-Gespräch in sein Amtszimmer ein. Dabei erzählte der Kanzler dem jungen Minister von ihren gemeinsamen Ahnen im Dorf Hossingen auf der Schwäbischen Alb, wo die Familien Kiesinger und Eppler über Jahrhunderte den Ton angegeben hätten und auch miteinander verwandt seien. (Eppler (1996) 133).

¹¹⁴⁰ Ehmke (1994) 259

¹¹⁴¹ Rapp 21-23

verleihen. Deshalb setzte er sich beispielsweise mit Nachdruck dafür ein, daß das Atomkraftwerk Wyhl und die Hochschwarzwald-Autobahn nicht gebaut wurden. Mit Ministerpräsident Filbinger kam es im Landtag zu heftigen Auseinandersetzungen. In Bezug auf dessen Tätigkeit als Marinestabsrichter am Ende des Zweiten Weltkrieges bescheinigte er ihm ein „pathologisch gutes Gewissen“. Als bei der Landtagswahl 1980 erstmals die Grünen in das Parlament einzogen, war das Ende des Landespolitikers Erhard Eppler nahe. Erhard Eppler wollte das Aufkommen einer grünen Partei verhindern, indem er die SPD für ökologische Fragestellungen öffnete. Diese Strategie ging letztlich nicht auf. Ausgerechnet Erhard Eppler scheiterte am Erfolg der Grünen, die ihn zwei Jahrzehnte später als ihren „heimlichen Stammvater“ bezeichneten.¹¹⁴² Konsequenterweise, wie er war, zog er sich von den Spitzenpositionen in der Landespartei zurück. Sein Weggefährte Wolfgang Rapp schrieb: „Obwohl er es in seinen Selbstzeugnissen anders sieht, kann man sagen, daß er vor allem in der südwestdeutschen Sozialdemokratie einen starken Bewußtseinswandel bewirkt hat, indem er für Zukunftsthemen stritt.“¹¹⁴³

Der Einfluß, den ein Politiker ausübt, ist nicht in Zahlen zu messen. Möglicherweise ist ein Politiker vom Typus eines Erhard Eppler dann am wirkungsvollsten, wenn er frei ist von Ministerämtern und Vorsitzendenposten. Denn auch dieser neuerliche Rückzug bedeutete nicht das Ende von Eppler als Politiker. Korrekterweise muß allerdings angefügt werden, daß Eppler nicht gänzlich ohne jede Funktion in der Partei agierte. Von 1973 bis 1982 und von 1984 bis 1989 war er Mitglied im Präsidium der Bundes-SPD. Fast fünfundsiebzig Jahre lang, von 1973 bis 1996, gehörte er der Grundwertekommission der Partei an, von 1973 bis 1991 war er dessen Vorsitzender und von 1985 bis 1989 stellvertretender Vorsitzender der Programmkommissionen.¹¹⁴⁴ Deshalb trägt auch das Berliner Grundsatzprogramm der SPD von 1989 seine Handschrift.¹¹⁴⁵ In derselben Funktion war er auch einer

¹¹⁴² Im Alter hatte auch Erhard Eppler längst seinen Frieden mit den Grünen geschlossen. Auf dem Landesparteitag der Grünen im Jahr 1998 in Stuttgart sagte er, daß er inzwischen soviel Distanz zum taktischen Gerangel des Alltags habe, „daß es mir ziemlich gleichgültig ist, wer das Nötige und Richtige tut - Hauptsache, es wird getan.“ (Stuttgarter Zeitung v. 20.7.98).

¹¹⁴³ Rapp 28-30

¹¹⁴⁴ Die Programmkommission, mit der Grundwertekommission personell verzahnt, erarbeitete das Berliner Grundsatzprogramm der SPD von 1989. (Rapp (I) 72). Vgl. Thierse 10.

¹¹⁴⁵ Thierse 10

der Initiatoren des SPD-SED-Papiers, das am 27. August 1987 von Vertretern beider Parteien unterzeichnet wurde und ihm sehr viel Kritik eintrug.¹¹⁴⁶

Einen entscheidenden Beitrag zur Bewußtseinsgeschichte der gereiften Bundesrepublik leistete Erhard Eppler, indem er als einer der ersten Fragen nach dem Ausmaß des Autoverkehrs, dem Umfang des Landverbrauchs, der Verschmutzung des Wassers und den Ausstieg aus der Atomenergie stellte. Erhard Eppler zählte auch zu den ersten, die eine ökologische Reform des Steuerrechts forderten.¹¹⁴⁷ Auf den Punkt gebracht, fragte Erhard Eppler nach den Grenzen des Wachstums und stellte damit die Grundlagen der materiellen Wohlstandsgesellschaft in Frage.¹¹⁴⁸ Dadurch geriet er in Widerspruch zu Bundeskanzler Helmut Schmidt, der den anderen Teil der SPD verkörperte, indem er die bisherige Politik des immer größeren Wohlstands fortführen wollte. Eppler warf Schmidt vor, die Lebensbasis und die Zukunft zu verspielen. Für Schmidt war Eppler hingegen ein Theoretiker. Verantwortungsethik stand gegen Gesinnungsethik.¹¹⁴⁹

Die Bewertungen Eplers Person und Leistung lagen stets weit auseinander, auch innerhalb seiner eigenen Partei. So kritisierte Horst Ehmke, bestimmt kein leidenschaftlicher Anhänger Helmut Schmidts, die von Eppler so genannte „politische Zäsur“ in ihrer Bruchmentalität als ungeschichtlich. Nach Eppler solle die Zukunft einem „Wertkonservatismus“ gehören, dessen politische Konturen nach Ehmkes Einschätzung aber unklar blieben.¹¹⁵⁰

Horst Ehmke vertrat die Meinung, daß der Streit um komplizierte politische Inhalte immer mehr zu einem Konflikt zwischen Schmidt und Eppler hochstilisiert worden sei, nicht zuletzt von Eppler selbst. Ehmkes Einschätzung nach hielt Eppler Schmidt für einen „Komißkopp“, Schmidt dagegen Eppler für einen Sektierer. Ehmke: „Während der Krisenma-

¹¹⁴⁶ Publiziert ist das Papier in Wolfgang Brinkel und Jo Rodejohann, Das SPD:SED-Papier - Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit, hg. von der Aktion Sühnezeichen / Friedensdienste, Freiburg 1988, S.22-27. - Dokumentation der Pressekommentare in Brinkel 136-151. - An dieser Stelle sei ein Bezug zur Gegenwart eingefügt, weil daraus Eplers grundsätzliche Motive deutlich werden: Im Jahre 1998 definierte die SPD das Verhältnis zur SED-Nachfolgepartei PDS neu, indem sie in den neuen Bundesländern Koalitionen oder koalitionsähnliche Modelle eingingen. Zu den vier Sozialdemokraten, die sich als erste innerparteiliche Opposition in einem Memorandum gegen diese Politik wandten, gehörte neben Markus Meckel, 1989 Mitbegründer der Ost-SPD und Bundestagsabgeordneter, Richard Schröder, SPD-Fraktionschef in der frei gewählten DDR-Volkskammer und Verfassungsrichter in Brandenburg, und Klaus Böger, SPD-Fraktionsvorsitzender im Berliner Abgeordnetenhaus, auch Erhard Eppler. Die Autoren des Papiers warnten davor, daß sich mit der PDS im Bundestag auf Dauer eine Partei links von der SPD etablieren könnte. Die vier Sozialdemokraten empfahlen deshalb ihrer Führungsspitze, ihre historische Wurzeln im Osten Deutschlands stärker zu betonen und ehemaligen SED-Mitgliedern eine politische Heimat zu bieten. (Der Spiegel 45/1998).

¹¹⁴⁷ Apel 385, 432, 434

¹¹⁴⁸ Vgl. Ehmke (1994) 271

¹¹⁴⁹ Rapp 26-27; vgl. Ehmke (1994) 262

nager Schmidt Parteisoldaten um sich scharte, die ihm dienten, sammelte der Missionar Eppler Jünger um sich, die ihm folgten.“¹¹⁵¹ Der Journalist Gerhard Spörl meinte, daß dem Eppler die Anfeindungen aus der Schmidt-SPD mehr Bedeutung verliehen, als ihm real zugestanden habe.¹¹⁵²

Den zweiten Themenkreis, dem sich Eppler zeit seines politischen Lebens widmete, bildeten Fragen der Friedens- und Militärpolitik. So wie er als junger Mann gegen die Wiederbewaffnung anredete, so sprach er am 10. Oktober 1981 anlässlich der großen Friedensdemonstration vor 300 000 Demonstranten im Bonner Hofgarten gegen die Nachrüstung mit Mittelstreckenraketen. Mit seinem Vollbart hatte er für viele die Ausstrahlung und die moralische Integrität eines alttestamentlichen Propheten. Er selbst sagte dazu: „Aber mein Einfluß war nun genauso groß und so klein wie meine Überzeugungsarbeit. Ich war auf das einzige Werkzeug angewiesen, das mir blieb: die Sprache. Kein Wunder, daß ich sie ernster nahm als andere.“¹¹⁵³ Ihm wohlmeinende Freunde bewunderten, wie „genau, knapp, griffig, schön, kunstvoll“, aber nie künstlich er formulierte, aber auch seine „Fairneß und Noblesse“ zu den im Disput Unterlegenen.¹¹⁵⁴ Andere erlebten ihn als provozierenden, manchmal lästigen, aber auch anregenden Gesprächspartner, „hartnäckig argumentierend, auf genauer Sachkenntnis bestehend, immun gegen den damals herrschenden neomarxistischen Jargon, mit überraschenden Blickwendungen und prägnanten Themen und oft mehr als einen Schritt voraus.“¹¹⁵⁵

¹¹⁵⁰ Ehmke (1994) 293

¹¹⁵¹ Ehmke (1994) 291-292 - Wenigstens Ehmke weiß von einer Übereinstimmung zwischen Helmut Schmidt und Erhard Eppler in einer weniger bedeutenden Personalsache zu berichten. Als Bildungsminister Leussink im Jahr 1972 das erste Kabinett von Willy Brandt verließ, schlug Helmut Schmidt in Übereinstimmung mit Erhard Eppler, der diese Position selbst nicht bekleiden wollte, Horst Ehmke als Bildungsminister vor. (Ehmke (1994) 210)

¹¹⁵² Der Spiegel 3/1999 - Besonders hart waren Epplers Auseinandersetzungen mit Hans Apel, Schmidts „Kronprinz“ und Exponent des rechten Flügels der SPD. (Hans Apel (geb. 1932) war von 1972 bis 1974 Parlamentarischer Staatssekretär im Auswärtigen Amt, 1974 bis 1978 Bundesfinanzminister und 1978 bis 1982 Verteidigungsminister. (Meyers Bd. 2 S.56)) In seiner Autobiographie „Der Abstieg“ setzte sich Apel intensiv mit Eppler auseinander. Apel griff ihn nicht nur politisch an, er kritisierte den sonst als sehr integer beschriebenen Eppler auch persönlich, wenn er beispielsweise beschrieb, wie Eppler Apels Schwierigkeiten innerhalb der SPD-Gremien regelrecht „genossen“ habe. (Hans Apel, Der Abstieg - Politisches Tagebuch (1978-1988), Stuttgart 1991, S.274 - Das Buch ist auch eine Abrechnung mit anderen SPD-Politikern. Willy Brandt wirft er Anbiederung an die Linken, Hans-Jochen Vogel einen Schwenk von Rechts nach Links und ständiges Taktieren vor.) Allerdings gestand Apel Eppler auch zu, daß dieser nicht jeden opportunistischen Positionswechsel mitmachte und seinen Kontrahenten im innerparteilichen Streit das eine oder andere Mal in Schutz nahm. (Apel 319, 324)

¹¹⁵³ Rapp 30-31

¹¹⁵⁴ Rapp (I) 71; ebenso Strasser 75

¹¹⁵⁵ Strasser 74

Ein Wirkungsfeld, das Eppler Mut für weiteres politisches Engagement machte, waren die Kirchentage. Er war Präsident des Deutschen Evangelischen Kirchentages von 1981 bis 1983 und von 1989 bis 1991.¹¹⁵⁶ Die Friedens- und Ökologiebewegung, die in den achtziger Jahren die etablierte Politik herausgefordert hatte, wurde von Erhard Eppler entscheidend geprägt.¹¹⁵⁷ Wenn diese eine Symbolfigur hatte, dann war es Eppler. Herta Däubler-Gmelin zählt ihn zu den „herausragenden Sozialdemokraten in der Bundesrepublik“,¹¹⁵⁸ der bekannte Journalist Herbert Riehl-Heise „zu den gar nicht so vielen, die die Bundesrepublik wirklich geprägt haben“. In der Rezension seines Buches „Komplettes Stückwerk“ schrieb er, Eppler habe Spuren hinterlassen als Publizist, in seiner Kirche, in den Führungsgremien der SPD, als „wortgewaltiger Diskutant“ im Zukunfts-Diskurs von Gruppen, Kreisen und Akademien.¹¹⁵⁹

Obwohl er die Rolle nicht gesucht hatte, wurde Erhard Eppler schon in den 70er Jahren und erst recht in den 80er Jahren zum Mentor der SPD-Linken.¹¹⁶⁰ Man würde es sich jedoch zu einfach machen, würde man Eppler allein aufgrund des Etiketts, das ihm Rechte wie Linke aufklebten, als „Linken“ bezeichnen. Er selbst wehrte sich entschieden gegen eine solche Kategorisierung. In der Tat hat er nie auch nur Sympathie für das kommunistische System empfunden und nicht die geringste Hoffnung gehabt, daß sich dieses totalitäre System einmal verändern könne. „Das unterschied mich von vielen Linken, die zehn oder fünfzehn Jahre älter waren als ich, aber auch von manchen aus der Generation der Studentenrebellion.“ Vielleicht, so merkt er in der für ihn typischen, selbstkritischen Art an, habe die Abneigung im Bauch manches Mal den Kopf beim Versuch des Verstehens zu weit getrieben. Doch Eppler war zeitlebens ein entschiedener Gegner jeden Totalitarismus, er haßte es, „wenn Wahrheit verordnet wurde, ob unter den Nationalsozialisten oder den Kommunisten.“¹¹⁶¹

¹¹⁵⁶ Rapp 31 Wolfgang Rapp beschrieb eine Szene, wie Erhard Eppler auf dem Kirchentag in Nürnberg im Jahre 1979 eine große, brechend volle Halle betrat und die Menschen sich erhoben, um ihm zu applaudieren.

¹¹⁵⁷ Thierse 10-11

¹¹⁵⁸ Däubler-Gmelin 218

¹¹⁵⁹ Süddeutsche Zeitung v. 20.5.96

¹¹⁶⁰ Strasser 74

¹¹⁶¹ Eppler (1996) 27. Er bezog sich mit dieser Formulierung auf sein Buch: Als Wahrheit verordnet wurde - Briefe an meine Enkelin, Frankfurt 1994.

Horst Ehmke rechnete Erhard Eppler und die von ihm verkörperte Protestbewegung der „linken Mitte“ zu.¹¹⁶² Deren Zusammensetzung verschob sich mehr und mehr in Richtung auf das ökologische Lager, das sich vor allem aus den bürgerlich-protestantischen Neuzugängen der Partei rekrutierte, die an alten sozialistischen Fragestellungen wenig Interesse zeigten. Ehmke schrieb, daß die „linke Mitte“ bald so zerstritten war wie die Partei insgesamt. Er charakterisierte Erhard Eppler als „nachdenklichen, beschlagenen Mann mit Sendungsbewußtsein“.¹¹⁶³

Eppler selbst beschrieb, wie er in der Zeit, in der er als Entwicklungsminister tätig war, aus den „Technokratenträumen erwachte“. Er schied aus dem Kabinett aus, „fast schon als Außenseiter, über den zu lächeln, zu lachen oder zu grinsen für die meisten Repräsentanten des main stream zum guten Ton gehörte“. Für die einen war ich ein Ideologe, für die anderen ein „Spinner“.¹¹⁶⁴ Der Grund war wohl, daß er mit seinen ökologischen Thesen an den Grundlagen des Systems rührte oder besser der Systeme, seien sie nun kapitalistisch oder kommunistisch. Die Zukunft war für Eppler eben gerade nicht die Fortschreibung des Vergangenen.¹¹⁶⁵ Einen entscheidenden Meilenstein markierte seine Rede zum Thema „Lebensqualität“ auf einer internationalen Tagung der IG Metall am 11. April 1972. Eine seiner zentralen Aussagen, über die sich heute niemand mehr wundern würde, die aber damals für großes Aufsehen sorgte, lautete: „Spätere Generationen werden wahrscheinlich die Köpfe darüber schütteln, wie lange wir zu der simplen Einsicht gebraucht haben, daß auf einem endlichen Erdball mit endlichen Ressourcen die Zahl der Menschen, die Verbrauchsziffern für Rohstoffe, Energie oder Wasser nicht beliebig ansteigen können.“¹¹⁶⁶ Eben deshalb bedeutete die Ölkrise des Jahres 1973 für Eppler nicht einen einmaligen Störfall eines gesunden Systems, sondern eine Zäsur „zwischen einer auslaufenden Epoche, in der Fortschreibung Zukunft versprach und einer anbrechenden, in der Fortschreibung in Katastrophen führen mußte, zwischen einer Epoche, in der Fortschritt und grenzenloses Wachstum fast dasselbe waren, und einer Epoche, wo beide sich nicht mehr vereinbaren ließen“.¹¹⁶⁷ Dabei geriet Eppler nicht nur in heftigen Widerspruch zu Sozialdemokraten wie Helmut

¹¹⁶² Ehmke (1994) 269

¹¹⁶³ Ebd. 291

¹¹⁶⁴ Eppler (1996) 56, 63

¹¹⁶⁵ Ebd. 59. Als stellvertretender Vorsitzender der Programmkommission erreichte Eppler, daß ins Berliner Grundsatzprogramm des Jahres 1989 folgender Satz aufgenommen wurde: „Bloßes Fortschreiben bisheriger Entwicklungen ergibt keine Zukunft mehr.“ (Eppler (1996) 66)

¹¹⁶⁶ Eppler (1996) 64

¹¹⁶⁷ Ebd. 67

Schmidt, sondern auch zu Repräsentanten des Tübinger Kreises wie Horst Ehmke. Bei Schmidt rührte er mit solchen Gedanken an elementaren Überzeugungen, an dessen politischem Weltbild.¹¹⁶⁸

Eppler selbst sah sich in dem Konflikt mit Schmidt keineswegs als der weltfremde Visionär, sondern er verstand sich vielmehr als der eigentliche Realist, der anders als Schmidt mit seinem Bewußtsein nicht in den sechziger Jahren stehengeblieben sei, sondern sich der veränderten Welt angepaßt habe. Beim Konflikt mit Schmidt ging es gar nicht so sehr um verschiedene Ethiken, also den Streit von Verantwortungs- und Gesinnungsethikern, sondern um unterschiedliche Paradigmen des politischen Wirklichkeitsbegriffs.¹¹⁶⁹

Ausführlicher befaßte sich Eppler mit dem „Aufkleber“, ein Moralist zu sein. Er brachte für diejenigen, die ihn für einen Moralisten hielten, zwar ein gewisses Verständnis auf, wies aber mit Nachdruck daraufhin, daß er sich nie für besonders moralisch gehalten und nie moralische Überlegenheit in Anspruch genommen habe, vor allem habe er nicht moralisch oder theologisch argumentiert, wo das politische Argument gefragt gewesen sei. Dabei unterscheide er sich zum Beispiel von dem von ihm verehrten Gustav Heinemann. In diesem Zusammenhang bekannte Eppler auch, zu keiner Zeit seines Lebens ein grundsätzlicher Pazifist gewesen zu sein. Die militärischen Mittel zur Friedenssicherung ein für allemal auszuschließen, erschien ihm unpolitisch. Als gelebte Erfahrung diene ihm wieder die Stipendiatenzeit in der Schweiz, die Hitler aus seiner Sicht deshalb nicht überfallen hat, weil die Wehrmacht die Schweizer Armee zwar besiegt hätte, aber für den möglichen Erfolg einen zu großen Preis hätte zahlen müssen.¹¹⁷⁰

So wie Erhard Eppler von seinen Gegnern auf das heftigste bekämpft wurde, so wurde er von seinen Anhängern beinahe verklärt. Robert Antretter schrieb, Eppler habe nie zu den Mitteln gegriffen, die einen „trickreichen“ Politiker auszeichneten wie das „gezielte Aus-

¹¹⁶⁸ Eppler (1996) 68, 71-72

¹¹⁶⁹ Ebd. 109-110

¹¹⁷⁰ Ebd. 101-116 - Als er älter wurde, erkannte Eppler, daß es sinnlos und manchmal auch schädlich sein kann, sich gegen Etikette wie die des Moralisten zu wehren, aber er bestand darauf, daß seine politischen Thesen häufig nicht direkt von irgendeiner Moral abgeleitet seien, sondern dem Interesse der eigenen Bevölkerung entsprächen. So betrieb er Entwicklungshilfe nicht aus Nächstenliebe, sondern weil er der festen Überzeugung war, in der Bundesrepublik Deutschland könnten die Menschen auf Dauer nicht als Insel des Wohlstands in einem Meer von Elend überleben. (Eppler (1996) 101-116)

schalten von innerparteilichen Rivalen“.¹¹⁷¹ Wie in dieser Arbeit gezeigt wird, hat Erhard Eppler allerdings durchaus verstanden, in der baden-württembergischen SPD praktisch die gesamte alte Führungsriege (Schwarz, Hirrlinger, Schieler, Bühringer, Noller und auch Krause) über kurz oder lang politisch zu entmachten - und dies nicht immer mit fairen Methoden.

Erhard Epplers Persönlichkeit und politische Vorstellungen wurden relativ ausführlich beschrieben, denn nur so wird deutlich, wie radikal der Wechsel in der Südwest-SPD war. Krause und Bühringer auf der einen und Erhard Eppler auf der anderen Seite trennen nicht nur Unterschiede in ein paar Sachfragen, sondern fundamental verschiedene Politikan-sätze.

Krause und Eppler waren die Protagonisten zweier unterschiedlicher Strömungen innerhalb der SPD. Noller formulierte es so: „Während Erhard Eppler, dem herausragenden Sozialdemokraten der zweiten Generation im Südwesten, jeder kranke Schwarzwaldbaum, jedes Abfallprodukt, also jede Konkretion zur Abstraktion, zum System, zur Ideologie geriet, setzte Walter Krause jedes Prinzip, jeden Grundsatz, also jede Abstraktion um in die Konkretion und in verwirklichtbare Aktion.“¹¹⁷²

Fischer charakterisierte die beiden als „Traumtänzer“ (Eppler) und „Pragmatiker“ (Krause). Während Eppler lieber theoretisiert habe, habe sich Krause vorzugsweise mit konkreten Dingen befaßt. „Aber wie“, fragte Fischer rhetorisch, „hat Krause damit die Partei befruchtet?“ und verwies dabei auf das Beispiel der Kreis- und Gemeindereform, das parteipolitisch nichts hergegeben habe. Obwohl es immer Leute gebe, die so etwas ideologisieren, sei dieses Thema weder sozial- noch christdemokratisch gewesen. Eppler dagegen sei ein „verhinderter Philosoph“ gewesen. Nach einem solchen Theoretiker habe die SPD damals geradezu gesucht, denn Sozialdemokraten waren orientierungslos und wünschten sich eine programmatische Führung. „Da kam ein Prophet wie Eppler und hat diese Lücke gefüllt. Dem Krause war das fremd.“¹¹⁷³ Ulrich Lang beschrieb dies so: „Eppler war einer, der für seine Ideen geworben hat, der versucht hat, zu argumentieren, andere zu überzeugen.“¹¹⁷⁴

¹¹⁷¹ Antretter 26

¹¹⁷² Noller 84

¹¹⁷³ Fischer (1997)

Der Übergang von Krause zu Eppler stellte für die südwestdeutsche SPD eine markante Zäsur in ihrer Nachkriegsgeschichte dar.¹¹⁷⁵ Beide hatten eine grundsätzlich unterschiedliche Auffassung von Politik. Das wird an vielen Dingen deutlich, zum Beispiel an ihrem unterschiedlichen Verhältnis zu Helmut Schmidt. Während Krause Schmidt bewunderte, führte Eppler mit ihm eine erbitterte Auseinandersetzung, weil des Kanzlers Politikverständnis vieles von dem ausgrenzte, was Eppler umtrieb.¹¹⁷⁶ Eppler zeichnete die „Grenzen des Wachstums“ auf und nannte dafür vor allem ökologische Gründe. Dies widersprach den grundlegenden Ansichten Helmut Schmidts diametral, der sich von mehr Wachstum mehr Wohlstand versprach. Dem entsprach auch das Denken von Walter Krause, wenn er es auch nie so deutlich formulierte wie der ehemalige Bundeskanzler. Im Gegensatz zu Schmidt diskutierte Krause mit Eppler nie über ihre im Grundsatz verschiedenen Auffassungen.¹¹⁷⁷

Dabei war es keineswegs so, daß sich Krause nicht um Umweltpolitik gekümmert hätte. Er gehörte vielmehr zu den ersten, die sich des Themas annahmen. Krause wollte beispielsweise wissen, warum ein Bericht der Wasserwirtschaftsverwaltungen zu den Grundwasserhältnissen noch nicht vorliege. Er stellte als einer der ersten Anfragen zur Radioaktivität in der Luft als Folge von Kernwaffenversuchen, schrieb Aufsätze zu pragmatischen Fragen und legte als Minister den ersten Umweltschutzbericht vor.¹¹⁷⁸ Eppler dagegen spitzte den grundsätzlichen Konflikt zwischen Ökologie und Ökonomie zu und forderte eine neue Gesellschaft.¹¹⁷⁹ Krause warnte beispielsweise vor den Gefahren für die Trinkwasserversorgung durch eine Pipeline am Bodensee, während Eppler die autofreien Sonntage als Folge des Ölboikotts begrüßte. Obwohl die beiden Aussagen inhaltlich und zeitlich nicht in direktem Zusammenhang stehen, belegen sie doch die unterschiedlichen Ebenen, auf denen

¹¹⁷⁴ Ulrich Lang (1998)

¹¹⁷⁵ Diese gab es, zeitversetzt, auch in der Bundes-SPD, insbesondere in sicherheits- und energiepolitischen Fragen. (Apel 417)

¹¹⁷⁶ Weizsäcker 268; Krause (1994/2)

¹¹⁷⁷ Krause (1985) 27-28

¹¹⁷⁸ Die Landesregierung hatte am 3. November 1970 zur Koordinierung der Aufgaben des Landes im Umweltschutz einen interministeriellen Ausschuß eingesetzt und ihm als erste Aufgabe die Erstellung eines Umweltschutzberichtes übertragen. Das Innenministerium, das Kultusministerium, das Wirtschaftsministerium, das Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und das Arbeits- und Sozialministerium bildeten diesen Ausschuß. Die Federführung oblag dem Innenministerium. Die Landesregierung hat dem Umweltschutzbericht am 26. Juli 1971 zugestimmt. (Umweltschutzbericht 1971 für Baden-Württemberg. Erstellt vom Interministeriellen Ausschuß für Umweltschutz unter der Federführung des Innenministeriums, Juli 1971, Sonderbeilage des Staatsanzeigers für Baden-Württemberg).

¹¹⁷⁹ Krause, Landtagsdebatten am 9.11.61 und am 7.2.80

Eppler und Krause argumentierten. Es konnte gar nicht zum Konflikt kommen, solange sie sich nicht begegneten.¹¹⁸⁰

Im Sinne seines Machbarkeitsdenkens glaubte Krause, die Probleme mit Gesetzen und Verordnungen im Rahmen der bestehenden Ordnung bekämpfen zu können. Seine Überzeugung war es, daß man nur genügend viele Meßstationen aufstellen mußte, um die Schadstoffbelastungen von Luft und Wasser zu kontrollieren. „Nur wenn wir beweisen können, wo die Gefahren lauern und wie groß sie sind, können wirksame Maßnahmen getroffen werden.“ Krause setzte sich für Reparaturen innerhalb des Systems ein, nie dachte er daran, es gänzlich zu ändern, auch wenn er in den letzten Jahren seiner Zeit als aktiver Politiker zu der Überzeugung gelangte, „daß die Umweltprobleme noch viel größer werden, als viele heute glauben“. Im Jahre 1985, als diese Gedanken freilich schon beinahe Allgemeingut waren, beschrieb er die Gefahren für das Klima, die Wälder und die Böden infolge der Kohlendioxid- und Schadstoffbelastungen durch Kraftfahrzeuge und Verbrennungsanlagen. Forderungen nach einer radikalen Veränderung unseres Lebensstils aber stellte er nicht.¹¹⁸¹ Dagegen war Eppler der Auffassung, daß sich die Folgen des Wachstums der Weltbevölkerung und die Neigung der Dritten Welt, den Lebensstil der Industrieländer zu kopieren, nicht mit einem Bundesimmissionsschutzgesetz aus der Welt schaffen ließen.¹¹⁸²

Dieser neue Politikansatz prägte mit dem Einzug von Eppler ins Parlament auch die Arbeit des Landtags insgesamt. Plötzlich nahmen Themen wie die Entwicklungshilfepolitik breiten Raum ein, die zuvor nur am Rande debattiert worden waren.¹¹⁸³ Die Atomkraft, früher unter dem Vorzeichen „Wie ist sie zu realisieren?“ erörtert, wurde nun grundsätzlich in Frage gestellt, und zu einer Generaldebatte um Energiepolitik ausgeweitet, wie sie bis dahin im Landtag unbekannt gewesen war.¹¹⁸⁴

Ging es um Europapolitik, so definierte Eppler auch hier die Schwerpunkte neu. Der SPD-Fraktionsvorsitzende sprach in diesem Zusammenhang zum Beispiel über die Bedeutung der kommunistischen Parteien in einem vereinten Europa. Er verurteilte die „verkrustete

¹¹⁸⁰ Krause, Landtagsdebatte am 22.7.65

¹¹⁸¹ Krause (1985) 27-28

¹¹⁸² Weizsäcker 269

¹¹⁸³ Landtagsdebatten am 17.3.77, am 27.1.78, am 21.3.79

¹¹⁸⁴ Eppler, Landtagsdebatte am 17.3.77

stalinistische Sekte“ in Westdeutschland, aber er bedauerte, daß es in Deutschland keine große, legale kommunistische Partei wie in anderen westeuropäischen Staaten gebe. Anspielend auf den Radikalenerlaß sagte er: „... ist es eine europäische Frage, ob wir uns in Europa darauf einigen können, daß wir die Auseinandersetzung mit den Kommunisten politisch und nicht mit Verboten führen.“¹¹⁸⁵

Für Eppler war die „Debatte um die Kernenergie die leidenschaftlichste und gefährlichste, die wir bislang in der Bundesrepublik Deutschland geführt haben“.¹¹⁸⁶ Für ihn war das sicherste Kernkraftwerk das, „das wir überflüssig machen“. Eppler war „froh über jedes Kernkraftwerk, das wir in diesem Lande nicht brauchen“. Obwohl er einer der Propheten des Ausstiegs aus der Atomenergie war und einer der wichtigsten Initiatoren der Debatte um die richtige Energiepolitik, beschwor er, wohl im Widerspruch zu seinem eigenen Auftreten, „die Gefahr eines säkularisierten Religionskriegs, und eben diesen müssen wir auch als Parlament verhindern“.¹¹⁸⁷

Die Reaktion der Sozialdemokraten auf die studentischen Proteste in Heidelberg am 6. Dezember 1972 belegt deren veränderte Grundhaltung. Die SPD-Landtagsfraktion reagierte nun völlig anders als bei den Unruhen der Jahre 1968 bis 1970. Im Wintersemester 1972 trieben die Auseinandersetzungen in Heidelberg einem neuen Höhepunkt entgegen. Die Störer, die zum Teil mit Omnibussen aus Frankfurt kamen, fielen mit kleinen Rollkommandos in Vorlesungen ein. Professoren waren am Rande ihrer psychischen Kraft. In dieser Situation plante der von kommunistisch ausgerichteten Studenten beherrschte AStA, eine Großveranstaltung mit linken Professoren zur Umwandlung der Universität Heidelberg in eine sogenannte Gegenuniversität zu machen. Ministerpräsident Filbinger, Innenminister Schieß und Kultusminister Hahn entschieden, diese Veranstaltung zu verbieten und das Verbot mit einem großen Polizeiaufgebot durchzusetzen, was auch gelang. Gleichzeitig war diese Polizeiaktion nach Einschätzung von Wilhelm Hahn der Anfang vom Ende der massiven Störungen der Vorlesungen in Heidelberg. Dennoch beschwerte sich ein Teil der Professoren über den angeblichen „Polizeistaat“ und ein Teil der Presse beschuldigte Hahn, zu schweres Gechütz aufgefahren zu haben. Die Fraktionen von SPD und FDP beantragten daraufhin eine Sondersitzung des Landtags und forderten Hahns Rücktritt. Von

¹¹⁸⁵ Eppler, Landtagsdebatte am 27.5.77

¹¹⁸⁶ Eppler, Landtagsdebatte am 17.3.77

¹¹⁸⁷ Eppler, Landtagsdebatte am 17.3.77. Vgl. auch die Landtagsdebatten am 1.3.79, 5.4.79 und am 28.11.79

dessen Standpunkt aus hielten die sozial- und freidemokratischen Abgeordneten Plädoyers zugunsten der Systemveränderer. Übelgenommen hat Hahn manchem Landtagsabgeordneten ihre herablassenden, abkanzelnden Reden, weil er annahm, daß sie im Innern seiner Meinung seien, aber sich der Ansicht der Linken gebeugt hätten.¹¹⁸⁸

Und selbst wenn über die Kultuspolitik diskutiert wurde, verschob Eppler die Akzente so deutlich, daß auch die Schuldebatten nicht wiederzuerkennen waren. Eppler machte die Entlassung von Lehrern aus dem Schuldienst aufgrund politischer Indoktrination, die Kontrolle von Unterrichtsmaterialien oder das Tragen von politischen Abzeichen durch Lehrer zum Thema hitziger Auseinandersetzungen, beispielsweise mit Kultusminister Roman Herzog.¹¹⁸⁹

Eppler sprach im Landtag auch über die Schleyer-Entführung, die Geiselnbefreiung in Mogadischu und die Selbstmorde der RAF-Terroristen im Gefängnis Stammheim. Er bezeichnete den demokratischen Rechtsstaat als den „potentesten, stärksten“ Gegner von gesetzloser Gewalt, der die Terroristen zu „Fischern auf dem Trockenen“ mache und lobte seinen Intimfeind Bundeskanzler Schmidt für sein entschlossenes, konsequentes Handeln. Eppler bestand aber auch darauf, daß man den Terrorismus in Deutschland nicht bekämpfen könne, wenn man alle kritischen Geister in den „Topf mit der vieldeutigen Überschrift ‚Sympathisanten‘“ werfe. Im Zusammenhang mit dem Tod der RAF-Häftlinge forderte er Filbinger auf, „vor der eigenen Haustür - und vielleicht sogar hinter Ihrer Haustür“ zu kehren, dann „werden wir einigen Staub in der Nase haben“. Mit solchen Äußerungen wurde Eppler zum Heros seiner Klientel und riß gleichzeitig alle Brücken zum anderen politischen Lager ein.¹¹⁹⁰ Dennoch spürte Erhard Eppler, daß er im Südwesten der Republik nie zu einem Sympathieträger für breite Bevölkerungsschichten werden könnte. Er erlebte die Zweiteilung in den baden-württembergischen Landesvorsitzenden und die Heilsfigur von Ökologen und Pazifisten als „größtmögliche innere Zerrissenheit“. Sein Rückzug aus der Landespolitik war deshalb mehr als eine Reaktion auf die verlorene Landtagswahl des Jahres 1980.¹¹⁹¹ Eppler machte sich durch seinen moralischen Rigorismus Freunde und Feinde. So brachte er zum Beispiel in einer Landtagsdebatte den steigenden Benzinverbrauch in Deutschland mit fehlendem Öl für Wasserpumpen in den Entwicklungsländern in Zusam-

¹¹⁸⁸ Hahn, Wilhelm, 211-214

¹¹⁸⁹ Eppler, Landtagsdebatten am 12.4.78 und am 31.1.80

¹¹⁹⁰ Eppler, Landtagsdebatte am 19.10.77

menhang, weil die armen Staaten infolge der steigenden Preise das lebensnotwendige Öl nicht mehr bezahlen konnten: „wovon das Leben von Tausenden von Menschen abhängt, daß also unser Spazierenfahren am Sonntag dazu führt, daß andere Leute hungern.“¹¹⁹²

Eine neutrale, objektive Bewertung der Arbeit Epplers im Landtag erscheint kaum möglich. Er schrieb selbst, ob seine Integrationsarbeit in Baden-Württemberg erfolgreich gewesen sei, ist umstritten. Sie sei ihm in der Partei besser gelungen als in der Landtagsfraktion. Er habe sich zu wenig um die einzelnen Abgeordneten gekümmert. Wahrscheinlich, so meinte er, habe sich seine übermäßige Konzentration auf die Sache nirgends so gerächt wie in der Landtagsarbeit. Immer wieder beklagte er aus seiner Sicht die Allianz aus einem Fünftel seiner Fraktion mit vier Fünfteln der Landespresse, geschmiedet in konspirativen Zirkeln mit dem Ziel, ihn zu beschädigen. Eppler erwähnte bei der Kritik keine Namen, schrieb aber, daß fast alle außerhalb der Partei und Fraktion Karriere gemacht haben. Möglich, aber nicht zu beweisen, daß Eppler mit dieser Kritik auch Vertreter des alten SPD-Führungszirkels meinte.¹¹⁹³

Krause und Eppler waren in vielerlei Hinsicht Gegensätze. Dies zeigte sich schon in Äußerlichkeiten, denen in der Politik große Bedeutung zukommt, weil über sie Botschaften transportiert werden. Der eine meist im Kamelhaarmantel und mit Krawatte, ein Herr, ein Ministertyp, der andere vorzugsweise mit Rollkragenpullover, der Prototyp eines linken Lehrers oder Pfarrers. Die Äußerlichkeiten symbolisieren Inhalte: hier angepaßte bürgerliche Normalität, dort der die Konvention sprengende Weltverbesserer. Eppler verehrte Willy Brandt, Krause mochte dessen Charakter nicht. Krause focht für Helmut Schmidt, Eppler war dessen Intimfeind. Die unterschiedlichen Präferenzen für Willy Brandt und Helmut Schmidt können durchaus als Indikator der politischen Überzeugung gelten, waren Brandts und Schmidts Schwächen doch geradezu spiegelbildlich verteilt, wie Ehmke schrieb.¹¹⁹⁴ Eppler, Vorsitzender der Grundwerte-Kommission der SPD und Vordenker der Öko- und Friedensbewegung, von 1973 bis 1981 Chef des SPD-Landesverbandes, führte

¹¹⁹¹ Der Spiegel 3/1999

¹¹⁹² Eppler, Landtagsdebatte am 17.3.77

¹¹⁹³ Eppler (1996) 97 - Das Kriterium „außerhalb der Partei und Fraktion Karriere gemacht“ ist nicht sehr spezifisch und genügt für sich allein genommen nicht, um mit genügend großer Sicherheit feststellen zu können, wen Eppler gemeint haben könnte. Man kann allerdings festhalten, daß dieses Kriterium Walter Krause ausschließt, auf die anderen führenden SPD-Politiker der Großen Koalition (Hans-Otto Schwarz, Walter Hirrlinger, Heinz Bühringer, Rudolf Schieler) aber zutrifft. Vgl. Kurzbiographien der befragten Zeitzeugen im Anhang.

die baden-württembergischen Sozialdemokraten in einen tiefgreifenden Konflikt mit Helmut Schmidt. Mit Aussagen wie der zur ersten Ölkrise („Es war höchste Zeit, daß der Ölpreis in die Höhe ging, sonst würden wir es nie lernen.“) reizte Eppler Bundeskanzler Schmidt bis zum äußersten: „Erst im Rückblick wird mir ganz klar, was ich dem Landesverband zugemutet habe“.¹¹⁹⁵ Auch Conradi vermutete, daß Eppler nach seinen Erfahrungen im Bonner Kabinett im Jahre 1973 den Landesvorsitz auch deshalb anstrebte, um sich für bundespolitische Auseinandersetzungen eine Hausmacht zu sichern.¹¹⁹⁶ Krause dagegen hatte nie bundespolitische Ambitionen. Sein Wirkungsfeld war stets die Landespolitik. Hier war ihm das Parlament eindeutig wichtiger als die Partei.

Und wo sah Eppler selbst die Unterschiede zu seinem Vorgänger? Fast überall, wo er Stärken gehabt habe, habe Krause Schwächen offenbart, und umgekehrt. „Wir sind sehr verschieden - auch als politische Typen.“ Eppler verwies dabei auch auf die unterschiedliche Ausbildung. Krause sei von Haus aus Mathematiker und er Geisteswissenschaftler und Historiker. Er beschrieb diese unterschiedliche Denkweise am Beispiel von Villingen-Schwenningen, wo Eppler ein paar Jahre gelebt hat. Krause hatte die beiden Städte während der Verwaltungsreform zusammengelegt. Eppler sagte, Schwenningen sei „ein zur Stadt gewordenes Dorf“, das aus altwürttembergisch-protestantischen Ursprüngen infolge des Aufkommens der Uhrenindustrie 1908 zu Stadtherrn gekommen sei. Villingen sei dagegen eine alte Zähringerstadt, vorderösterreichisch mit einer alten, katholischen Stadtradition. „Ich wäre nie auf die Idee gekommen, die beiden zusammenzulegen, als jemand, der geschichtlich dachte. Das waren zwei so völlig verschiedene Traditionen, politisch wie konfessionell, sogar sozial.“ Für Walter Krause seien dies eben zwei Städte, die nur fünf Kilometer auseinander lagen und zusammen ein Oberzentrum ergaben. „Das sind schon zwei verschiedene Denksätze. Er dachte mit Lineal und Rechenschieber, während ich von meiner Ausbildung her anders gearbeitet habe.“¹¹⁹⁷

In der Partei hatte er schon lange vor seinem Ausscheiden aus dem Landtag im Jahre 1980 „nichts mehr zu melden gehabt“, wie sich sein Weggefährte Walter Hirrlinger ausdrückte. Der frühere Sozialminister beschrieb den Wechsel des Jahres 1973 hin zum „Eppler-Kurs“

¹¹⁹⁴ Ehmke (1994) 263: „Wenn man die beiden doch kreuzen könnte, seufzten manche Sozialdemokraten“.

¹¹⁹⁵ Stuttgarter Zeitung v. 7.12.96

¹¹⁹⁶ Conradi (1998) - Eppler selbst bezeichnete den Landesverband als die Basis, die ihn trug, der er sich aber auch besonders verpflichtet gefühlt habe. (Eppler (1996) 129)

¹¹⁹⁷ Eppler (1997)

mit den deutlichen Worten: „Links! Kehrt! Marsch!“ Für Hirrlinger war schon damals klar, wenn Eppler Landesvorsitzender würde, „fährt der Zug in eine andere Richtung, jedenfalls nicht in die Regierung.“ Mit Eppler seien Wahlergebnisse, die eine Regierungsbeteiligung zur Folge haben, nicht möglich.¹¹⁹⁸

Warum kam es zwischen den beiden Antipoden aber nie zum offenen Konflikt? Dies hatte wohl weniger politische als persönliche Gründe. Eppler und Krause hatten einige Eigenschaften gemeinsam, die bei aller Unterschiedlichkeit auch gegenseitigen Respekt hervorriefen. So ist immer wieder von Glaubwürdigkeit die Rede, wenn die Namen Eppler und Krause genannt werden.¹¹⁹⁹ Eine weitere auffällige Parallele war ihre Sachbezogenheit, die bei Krause schon hinlänglich beschrieben wurde. Eppler schrieb, wie er selbst Kritik dafür erntete, daß er die Hingabe an die Sache übertreibe, und spricht immer wieder von „Sachbesessenheit“.¹²⁰⁰ Eppler sei, so bezeichnete ihn Nachfolger Ulrich Lang, auch Überzeugungstäter, der keine populistische Politik gemacht habe, nur dem verhaftet, was er für richtig hält, und zwar auch um den Preis der Niederlage.¹²⁰¹ Beide beteiligten sich kaum an dem, was Eppler als „Tanz um das goldene Ego“ geißelte.¹²⁰² Sowohl Eppler als auch Krause kümmerten sich bei der Verwirklichung ihrer politischen Ziele kaum um die Pflege persönlicher Beziehungen, die für viele andere Politiker oberste Priorität genießen. Wie ein roter Faden zieht sich durch Epplers Autobiographie „Komplettes Stückwerk“ die Aussage eines jungen britischen Diplomaten namens David Cornwall, der später unter dem Namen John le Carré Krimis verfaßte, und zu dem jungen, von Programmatik schwärmenden Bundestagsabgeordneten Erhard Eppler im Jahre 1962 bei einem Kamingespräch sagte: „Politics, that’s 90 percent people and 10 percent ideas.“ Eppler dachte immer wieder über diese Äußerung nach, erkannte mehr und mehr deren Richtigkeit, aber ohne konsequent danach zu handeln. Er machte es sich auch nicht so leicht, diese Aussage le Carrés als

¹¹⁹⁸ Hirrlinger (1997)

¹¹⁹⁹ Däubler-Gmelin 218 zu Eppler

¹²⁰⁰ Eppler (1996) z.B. 79, 90,94 - Epplers Idealvorstellung eines Politikers ist die „durch nichts zu erschütternde Sachlichkeit“. Entgegen diesem Ideal bescheinigte der „Spiegel“ Eppler (zumindest in den siebziger Jahren) eine „unfrohe Rechthaberei, hochfahrende Unduldsamkeit, einen Hang zum Märtyrertum und trockenen Pazifismus“. (Der Spiegel 3/1999).

¹²⁰¹ Ulrich Lang (1998)

¹²⁰² Däubler-Gmelin 218, 225 zu Eppler - Anderer Ansicht in Bezug auf Eppler war Gerhard Spörl im „Spiegel“ 3/1999: „Bescheidenheit soll die Tugend seines Alters sein, den wütenden Vorwurf der Anmaßung mußte er oft genug hinnehmen, und ziemlich oft zu Recht.“ - Im Mai 1974 befragte das Institut für Demoskopie Allensbach Bundesbürger nach ihrer Meinung, welche Politiker telegen wirkten. Spitzenreiter in dieser Rangliste war Walter Scheel, dem 86 Prozent der Befragten bescheinigten, er wirke gut. Auf Platz zwei folgte Helmut Schmidt mit 73 Prozent vor Willy Brandt mit 66 Prozent und Helmut Kohl mit 56 Prozent. Erhard Eppler belegte unter 18 aufgeführten Politikern den 16. Platz. Nur 18 Prozent der Befragten waren der Meinung, er wirke im Fernsehen gut. Walter Krause tauchte in dieser Liste nicht auf. (Allensbach (1976), S.141).

„Rücksicht auf Eitelkeiten, Ausnutzung von Schwächen, Bereitschaft zur Kumpanei oder doch zur Kumpelhaftigkeit, zur Bildung von Seilschaften“ abzutun, sondern bewertete dieses Verhalten auch positiv als „die richtige Einschätzung fremder und eigener Fähigkeiten, die pflegliche Behandlung von Kollegen, Mitarbeitern, Einfühlungsvermögen in die Wünsche und Ängste von Menschen“.¹²⁰³ Eppler und Krause waren keine Freunde geselliger, abendlicher Runden bei Wein oder Bier. Krause schätzte solche Zusammenkünfte wohl einfach nicht sonderlich, Eppler mußte eher aus Vernunftgründen verzichten, weil er dafür am nächsten Tag mit Migräne zu büßen hatte.¹²⁰⁴ Krause und Eppler waren zumindest pietistisch angehaucht. Beiden war die Fasnet nicht nur fremd, sondern suspekt, und beide gingen zum herzhaften Lachen lieber in den sprichwörtlichen Keller.¹²⁰⁵ Außerdem hatten sie ihre ersten politischen Erfahrungen in der Kommunalpolitik gesammelt, Krause als Bürgermeister in Mannheim, Eppler als Stadtrat in Schwenningen.¹²⁰⁶

Um den Erfolg oder die Richtigkeit von Politik zu beurteilen oder gar zu messen, gibt es unterschiedliche Maßstäbe. Letztlich aber bleibt jedes Urteil in einem gewissen Maße subjektiv. Es könnte aber Konsens darüber erzielt werden, in einem demokratischen Staat die Wahlergebnisse zu einem Maßstab für Erfolg in der Politik zu machen. Gemessen an diesem Kriterium hat der Wechsel von Eppler zu Krause der SPD langfristig geschadet.¹²⁰⁷ Eppler traf die Mentalität der Schwaben und Badener nicht. Die CDU machte keinen Hehl daraus, daß ihr ein seit Jahrzehnten fest in der Landespolitik verwurzelter politischer Gegner wie Walter Krause mehr abverlangt hat als Eppler. Dies belegen auch Umfrageergebnisse. Noch vor der Landtagswahl 1976 war Krause bei den Wählern bekannter und auch beliebter als Eppler. Auf die Frage, wen die SPD bei der Landtagswahl 1976 gegen Filbin-

¹²⁰³ Eppler (1996) 74, 79

¹²⁰⁴ Ebd. 83

¹²⁰⁵ Eine bezeichnende Anekdote berichtete Gerhard Lang, ein Rottweiler mit Leib und Seele, der den frischgebackenen Minister in seine Heimatstadt eingeladen hatte, um ihm die alemannische Fasnet nahezubringen. Doch der „schlesische Mannheimer Minister“ machte aus der geplanten weinseligen Runde eine „bierernste“ Dienstbesprechung, jeden Versuch des Ausbruchs aus dem Dienstlichen im Keime erstickend. „Ohne den Nachtsch auch nur anzuschauen, geschweige denn anzurühren, erklärte der große Meister zu einem Zeitpunkt, zu dem am Vorabend des Narrensprungs auch ein aktiver Narr, der, weil am anderen Tag früh gefordert, bald ins Bett muß, er müsse jetzt wieder hinauf, um seine vielen Akten zu bearbeiten und verschwand, ohne auch nur ein einziges Mal gelacht zu haben“, schrieb Lang. - Über Eppler erzählte Walter Hirrlinger eine Geschichte aus den 60er Jahren, als Eppler Bundestagsabgeordneter in Dornstetten war. Da begegneten sich Hirrlinger und Eppler auf dem Weg zu einer Karnevalssitzung in Ulm zufällig auf der Autobahn. Eppler gab dem Ehepaar Hirrlinger zu verstehen, daß sie auf dem nächsten Parkplatz halten sollten. Dort bat sie Eppler dann, ihm bei der Karnevalssitzung anzudeuten, wo er lachen und klatschen solle. (Hirrlinger (1997))

¹²⁰⁶ Eppler (1996) 117-123 - Obwohl Eppler und Krause fast durchweg in der Bewunderung oder Ablehnung bestimmter Politiker gegensätzlicher Meinung waren, die Sympathie für Fritz Erler war ihnen gemeinsam. (Eppler (1996) 79)

ger aufstellen sollte, nannten 28 Prozent der Befragten Walter Krause, dagegen nur 23 Prozent Erhard Eppler. Dieses Ergebnis war um so überraschender, als Eppler seit 1973 die Landes-SPD als Partei- und Fraktionschef führte und Krause „nur“ noch Vizepräsident des Landtags war. Die Gruppe unter den Befragten, die eine enge Bindung an die SPD hatte, kam allerdings zu einer anderen Reihenfolge. Von diesen bevorzugten 38 Prozent Erhard Eppler und nur 30 Prozent Walter Krause. Auf der von eins bis zehn reichenden Sympathieskala rangierte Krause unter allen Befragten auf knapp sieben und Eppler deutlich über sechs. Das Gesamtbild, das die Befragten über die beiden Politiker hatten, ergab für Krause das Prädikat „landespolitisch erfahren“, während bei Eppler „parteilpolitische Profilierung“ als hervorstechendes Merkmal galt.¹²⁰⁸ Auch in anderen Umfragen schnitt Erhard Eppler unterdurchschnittlich ab. Als das Institut in Allensbach in den Jahren 1972 und 1973 danach fragte, wer von welchen SPD-Politikern eine gute oder keine gute Meinung hatte, landete Erhard Eppler unter 19 Politikern nur auf dem viertletzten Platz.¹²⁰⁹ Auch in den folgenden Jahren schnitt Eppler nicht besser ab. Bei einer Umfrage, die in den Jahren 1974 bis 1976 durchgeführt wurde, kam Eppler unter 14 SPD-Politikern nur auf den letzten Platz.¹²¹⁰

Das Ergebnis bekam die baden-württembergische SPD bei den Wahlen zu spüren. Bei der Landtagswahl 1976 verlor die Partei 4,3 Prozentpunkte und sackte auf 33,3 Prozent ab. Die CDU führte unter dem Slogan „Freiheit oder Sozialismus“ einen ideologisch geprägten Wahlkampf gegen die Bonner Koalition aus SPD und FDP. Der Streit um das Kernkraft-

¹²⁰⁷ Siehe Landtagswahlergebnisse im Anhang

¹²⁰⁸ Südwestpresse v. 28.5.75. Filbinger lag übrigens bei dieser Wertung über acht. - Am Ende der Krause-Ära griff innerhalb der Südwest-SPD immer mehr eine professionelle Fraktionierung um sich. Der Tübinger Kreis legte auf Nominierungsparteitagen ungeniert Listen mit Leuten vor, die wählbar seien, und solchen, die es nicht seien. Bogusch erinnerte sich, wie die rechten Sozialdemokraten darauf reagiert haben, sich in den Keller zurückzogen, und in dieser Runde durch Zuruf Namen genannt wurden, die man auf gar keinen Fall wählen sollte. (Bogusch (1996))

¹²⁰⁹ Allensbach (1974), S. 307. - Die Umfrage zu den Politikern wurden zu verschiedenen Zeiten durchgeführt, vornehmlich in den Jahren 1972 und 1973. Von Erhard Eppler hatten im August 1972 25 Prozent der Befragten eine gute Meinung, 16 Prozent keine gute Meinung, 23 Prozent konnten sich nicht entscheiden und 36 Prozent kannten ihn nicht. Demgegenüber hatten zum gleichen Zeitpunkt 66 Prozent der Befragten von Willy Brandt eine gute Meinung, bei Helmut Schmidt waren es sogar 67 Prozent, von Carlo Schmid 64 Prozent (Oktober/November 1968) und von Herbert Wehner immerhin noch 34 Prozent (August 1972). Hinter Eppler auf der Sympathieskala rangieren noch Gerhard Jahn (23 Prozent im März 1971), Jochen Steffen (17 Prozent im August 1972), und Karl Wienand (6 Prozent im Juli 1973). Nach Walter Krause wurde in dieser Umfrage nicht gefragt.

¹²¹⁰ Das Institut für Demoskopie Allensbach befragte Bundesbürger nach ihrer Meinung über sozialdemokratische Politiker. Die Befragungen wurden nicht zur selben Zeit durchgeführt. Die meisten fanden im Jahr 1976 statt, nur die bezüglich Eppler stammte aus dem Jahr 1974. Daraus wurde dann eine Rangliste erstellt. Sie wurde angeführt von Epplers Widerpart Helmut Schmidt, von dem bei zwei Umfragen einmal 70 Prozent

werk Wyhl brachte der SPD nur Zustimmung von der linken Seite bzw. aus der unmittelbaren räumlichen Nachbarschaft des geplanten Kraftwerks.¹²¹¹ Der Abwärtstrend der SPD setzte sich bei der Landtagswahl 1980, erneut unter dem Spitzenkandidaten Eppler, um weitere 0,8 Prozent fort und beschleunigte sich unter seinen Nachfolgern noch.¹²¹²

Eppler selbst glaubte, daß es relativ wenige Wähler gegeben habe, die wegen Krause die SPD gewählt haben bzw. bewußt nicht gewählt haben. Die beiden Landtagswahlen in den Jahren 1968 und 1972, bei denen Krause Spitzenkandidat gewesen war, seien stark bundespolitisch geprägt gewesen.¹²¹³ So wie Krause 1968 für das schlechte Abschneiden der SPD und das Aufkommen der NPD keine persönliche Verantwortung zu tragen hätte, so sei auch das Ergebnis der Landtagswahl 1972 nicht „sein“ Erfolg, sondern im Grunde der von Willy Brandt gewesen.¹²¹⁴ Dagegen habe es nach Epplers Analyse bei der Wahl 1976 sehr viele Wähler gegeben, die die SPD „wegen Eppler“ bejaht oder abgelehnt hätten. Epplers Analyse ist so aussagekräftig, daß sie an dieser Stelle im Wortlaut wiedergegeben werden soll: „Die Folge meiner Arbeit war ein sehr scharfes Profil. Das war Krauses Sache nicht. Aber wenn ich die Ergebnisse vorher und nachher betrachte, dann ging es bei den Wahlen Null auf Null auf. Ich habe so viele Leute abgestoßen wie ich angezogen habe. Und der Walter Krause hat weniger Leute abgestoßen, aber vielleicht auch weniger angezogen.“¹²¹⁵

Böhme war der Ansicht, daß der Abwärtstrend der baden-württembergischen SPD nach Krause und seit Eppler nicht allein am Richtungswechsel der Südwest-SPD gelegen habe. Er hielt das für zu „monokausal“. Er sah dafür viele Gründe, die schlechte Wirtschaftslage etwa, oder den Wechsel vom Visionär Willy Brandt zum Pragmatiker Helmut Schmidt. Diese Interpretation ist aber dadurch zu relativieren, daß der Freiburger Oberbürgermeister selbst zum Tübinger Kreis gehörte und in seiner Analyse vielleicht befangen ist.¹²¹⁶

und einmal 68 Prozent eine gute Meinung hatten. Von Erhard Eppler hatten nur 18 Prozent der Befragten eine gute Meinung. (Allensbach (1977), S. 100-101).

¹²¹¹ Sepainter 20

¹²¹² Siehe Landtagswahlergebnisse im Anhang

¹²¹³ Das ist auch bei späteren Landtagswahlen nicht viel anders gewesen. So schrieb Hans Apel über die baden-württembergischen Landtagswahlen des Jahres 1988: „Die SPD-Landespolitik ist belanglos.“ (Apel 457).

¹²¹⁴ So sieht es auch Peter Conradi (1998).

¹²¹⁵ Eppler (1997)

¹²¹⁶ Böhme (1998)

Stimmt die von Streeck gemachte Analyse des Wählerverhaltens, dann sind diejenigen Wähler, die sich am stärksten an Werten und an Interessen orientieren, die am besten informiert sind, in ihrer überwältigenden Mehrzahl feste Anhänger einer bestimmten Partei. Sie kämen demnach für die Initialisierung politischer Veränderungen nicht in Frage. Um einen Machtwechsel zu erreichen, müßten sich die Parteien vor allem um die potentiellen Wechsler bemühen. Würden die Parteien zuviel von dieser Gruppierung verlangen, dann überforderten sie deren Fähigkeit, sich auf neue Orientierungen einzustellen, und würden sie eher dazu bringen, von ihren „ersten zaghaften Versuchen“ abzusehen und wieder „in den sicheren Hafen“ der eigenen gewohnten Verhaltensweisen zurückzukehren. Auf diese Weise gewännen die der „Mitte“ benachbarten innerparteilichen Gruppen und Positionen strategische Bedeutung. Denn der Wechselwähler unternehme keine radikalen Schritte, sondern bewege sich etwa von der mehr konservativen zur liberalen Seite des Demokratischen Spektrums. Wenn er wechsele, dann geschehe das vorsichtig und ohne große Sprünge. Für die Programme der politischen Konkurrenten habe das zur Folge, daß die Programme aneinander angeglichen und dem politischen Verständnis der umworbenen Gruppe angepaßt würden. Wie „gut“ ein Programm sei, hänge davon ab, ob es bei Wahlen Mehrheiten zustande bringe, das heißt, ob es durchsetzbar sei. Entscheidend dafür sei die Attraktivität des Programms für potentielle Wechselwähler. Nach Streeck führt die Notwendigkeit der Mehrheitsbildung zu programmatischem Opportunismus.¹²¹⁷ Stimmt diese Analyse, so leitet sich daraus ab, daß Eplers Positionen trotz aller Logik und Zukunftsfähigkeit bei Wahlen ohne Chancen bleiben müßten, weil sie den Wechselwähler durch die Radikalität des in Aussicht gestellten Wandels, mag er auch noch so richtig sein, überfordern.

¹²¹⁷ Streeck 27-32; 43-45. Gleichzeitig müssen die Parteien aber dafür Sorge tragen, daß ihre Mitglieder motiviert bleiben oder werden. Dies kann nur über ihre Beteiligung am politischen Entscheidungsprozeß geschehen. Dieser aber muß so organisiert werden, daß die Beteiligung der Mitglieder letztlich ohne Folgen bleibt. Streeck bezeichnet dieses Verfahren als „Quasi-Partizipation“. (Streeck 47-49)

Zum Menschen gehören auch seine Schwächen

Wissenschaftliche historische Arbeiten sollen sich durch eine möglichst große Objektivität auszeichnen. Gleichzeitig erheben sie jedoch den Anspruch, ein „Ergebnis“ zu haben. Dieses kann bei der Beschäftigung mit weit zurückliegenden Ereignissen gelegentlich auch dadurch erreicht werden, daß der Hergang der Fakten richtig rekonstruiert wird. Auch zeitgeschichtliche Arbeiten haben diese Funktion, weil vieles, was in der Politik im verborgenen abläuft, durch den Historiker dem Licht der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden muß. Bei zeitgeschichtlichen Arbeiten wächst jedoch die Bedeutung der Einordnung der untersuchten Ereignisse. Dies hat immer auch etwas mit Bewertung zu tun. Diese Funktion tritt automatisch in Konkurrenz mit dem Gebot der Objektivität. Diese innere Ambivalenz wird noch dadurch verstärkt, daß bei zeitgeschichtlichen Themen ein Teil der beschriebenen Personen noch lebt und deren Betroffenheit zu berücksichtigen ist.

Naturgemäß fallen positive Wertungen durch Dritte oder den Verfasser nicht so sehr ins Gewicht. Anders verhält es sich mit kritischen Bemerkungen. Diese sind jedoch notwendig, trägt doch diese „negative“ Subjektivität zu einem ausgewogenen Bild bei, in dem sie ein Gegengewicht zur „positiven“ Subjektivität schafft. Ohne die in diesem Kapitel dargestellten Aspekte kann kein vollständiges Bild über Walter Krause gezeichnet werden. Deshalb wäre es auch nicht im Sinne einer angestrebten Objektivität, diese Gesichtspunkte einfach wegzulassen.

Eine Frage, die sich geradezu aufdrängt und schon zum Teil erörtert wurde, ist die: Warum kam es zwischen Eppler und Krause, diesen beiden Antipoden, nie zum offenen Konflikt, der nur im entferntesten der Auseinandersetzung zwischen Eppler und Helmut Schmidt geähnelt hätte? In erster Linie kann das nicht an Eppler gelegen haben. Denn der ging keinem Streit aus dem Weg. Nie stritten Eppler und Krause um Sachthemen, nie um persönliche Ambitionen. Zeitzeugen berichten, dies galt auch für Konferenzen hinter verschlossenen Türen. Krause zog sich nach seinem Abgang als Minister und Fraktionsvorsitzender auf leisen Sohlen zurück.

Betrachtet man nur die politischen Grundpositionen der beiden Kontrahenten, so steht man vor einem Rätsel. Hätte Politik nur etwas mit Inhalten und nichts mit Menschen zu tun, dann hätten Krause und Eppler zwangsläufig einen Konflikt austragen müssen. Daß sie es

dennoch nie taten, lag in ihren Persönlichkeiten begründet, vor allem in der Krauses. Zwar bestätigten auch Eppler-Gegner wie Heinz Bühringer, daß Eppler in der Zeit, als Krause noch im Landtag gewesen sei, nicht böse mit ihm umgegangen sei, entweder aus Überzeugung oder aus dem Kalkül heraus, daß ein Angriff auf Krause ihm auch selbst geschadet hätte. Zwischen den beiden habe kein herzliches Verhältnis bestanden, aber es sei auch keine Feindschaft im Spiel gewesen.¹²¹⁸ Eppler hatte auch keine Veranlassung, gegen Krause vorzugehen, weil sich dieser der neuen Linie vollkommen unterordnete. Es war deshalb kaum mehr als eine Alibibehauptung, wenn Eppler feststellte: „Seine Stimme wurde im engeren Fraktionsvorstand gehört. Er war nicht abgemeldet. Er hatte seine eigene Meinung. Ich hatte allen Grund, diese Meinung so weit wie möglich zu respektieren.“¹²¹⁹ Eppler bestätigte, er habe auch zu jener Zeit, als er SPD-Fraktionschef war und Krause Landtagsvizepräsident, gern mit Krause zusammengearbeitet und dieser sei ihm gegenüber „nicht begeistert, aber loyal“ gewesen, obwohl Krause nach 1973 in seinem Schatten gestanden habe. Er begründete dies damit, daß Krause kein Mensch gewesen sei, der zu Polarisierungen neige. Und zweitens habe er Respekt vor ihm gehabt. Dabei habe auch eine Rolle gespielt, daß Krause der ältere von beiden gewesen sei. Eppler: „Ich wußte schon ungefähr, was ich ihm gegenüber machen konnte und was nicht.“¹²²⁰ Er habe Krause nie provoziert, weil er große Achtung vor ihm gehabt und („soweit ich das irgendwie konnte“) immer den Konsens mit ihm gesucht habe.¹²²¹ „Mein Verhältnis zu Walter Krause war nie sehr eng, aber auch nicht schlecht“, sagte Eppler rückblickend. Das habe sicher auch daran gelegen, daß sich beide der Partei verpflichtet fühlten. „Wir fragten uns, wie können wir beide uns so verhalten, daß die Partei etwas davon hat.“¹²²²

Diese Loyalität zur Partei war für Krause und seine in der Politik verbliebenen Mitstreiter wie Rudolf Schieler ein wesentlicher Antrieb, warum sie der öffentlichen Auseinandersetzung mit Eppler aus dem Weg gingen.¹²²³ Viele Anhänger Krauses hätten sich gewünscht, daß er einmal auf den Tisch geklopft und gesagt hätte: „So nicht!“ Daß er einmal in der Öffentlichkeit oder auf einem Parteitag den Kampf um eine Richtungsentscheidung gesucht

¹²¹⁸ Bühringer (1996). Schlechter war das Verhältnis Epplers zu Sozialminister Hirrlinger und Wirtschaftsminister Hans-Otto Schwarz. Insbesondere Schwarz und Eppler standen sich feindselig gegenüber. (Schwarz (1996) und Hirrlinger (1997))

¹²¹⁹ Eppler (1997)

¹²²⁰ Ebd.

¹²²¹ Ebd.

¹²²² Ebd.

¹²²³ Schieler (1997)

hätte. Alle, die das von Krause erhofften, warteten vergebens. Die stolze Ministerriege wurde nicht aus dem Feld geschlagen, sie betrat es gar nicht. Wie sollten dann an der Basis SPD-Mitglieder, die eine an der Mitte orientierte Politik befürworteten, den Mut zum politischen Diskurs finden?¹²²⁴

Ein gutes Beispiel ist das Jahr 1978, als es in der Landes-SPD einen Hauch von Diskussion über den richtigen Kurs im Hinblick auf die Landtagswahl 1980 gab. Als der Südwest-Presse ein von SPD-Mitgliedern verfaßtes Protestpapier vorlag, wiegelte Krause nach außen hin ab. Es gebe kein Protestpapier und kein Mitglied gehe mit der SPD hart ins Gericht, es gebe lediglich eine lebhaftige Diskussion, meinte Krause.¹²²⁵ In anderem Zusammenhang sagte er einmal in einem Interview, Eppler habe eine Sensibilität für bestimmte Themen wie zum Beispiel Energiepolitik entwickelt, ein Problem, das alle angehe. Nur ganz, ganz vorsichtig näherte er sich der Kluft, die sich unter Eppler zwischen der SPD und ihren eigentlichen Wählern auftat. „Er ist sich dessen natürlich bewußt, daß er einen engen Draht halten muß zu den Gewerkschaften und anderen Gruppierungen. Natürlich ist er selbst ein Intellektueller.“¹²²⁶

Bühringer kam rückblickend zu dem Urteil, Krause sei Eppler gegenüber, „minimal formuliert“, unsicher gewesen, um nicht zu sagen „ängstlich“. Wäre Krause mutiger gewesen, wäre manches in der SPD anders gelaufen.¹²²⁷ Aber das, so Hirrlinger, sei nicht seine Art gewesen. „Krause war kein Kämpfer“.¹²²⁸ Ulrich Lang, Nachfolger von Erhard Eppler als Fraktions- und Landesvorsitzender der SPD in Baden-Württemberg, hat Krause in ähnlicher Erinnerung: „Krause hat für mich von Anfang an zu den politischen Persönlichkeiten gehört, die in bewundernswerter Weise an der Sache und nicht am persönlichen Erfolg

¹²²⁴ Der Journalist Klaus Fischer (1997) verwies in diesem Zusammenhang auch auf eine andere Auseinandersetzung hin, die es „leider nie“ gegeben habe. Er meinte damit die von ihm erhoffte Konfrontation Eppers mit Späth. Lothar Späth, Fraktionsvorsitzender der CDU, der gern gegen die eigene Regierung stichelte, wurde von Ministerpräsident Filbinger gehörig unter Druck gesetzt, ins Kabinett einzutreten. Auf diese Weise wollte er den aufmüpfigen Späth einbinden. Späth konnte dieses Ansinnen nicht zuletzt damit abwehren, daß er sagte, wenn Eppler 1976 in den Landtag einziehe, werde er, Späth, dort als Redner gebraucht. Zu dieser erwarteten Schlacht zwischen Eppler und Späth sei es, so Fischer, nie gekommen. „Die beiden hatten sich nichts zu sagen.“ Das stimmt jedoch so nicht ganz, wie zum Beispiel die vielen Zwischenrufe von Lothar Späth bei einigen Redebeiträgen von Erhard Eppler beweisen, zum Beispiel bei der Energie- und Entwicklungshilfedebatte am 17.3.77, der Debatte zur Entsorgung von Atom Müll am 1. März 1979, der Debatte um den Terrorismus in Deutschland am 19.10.77.

¹²²⁵ Südwest-Presse v. 11.4.78

¹²²⁶ Stuttgarter Zeitung v. 14.4.79

¹²²⁷ Bühringer (1996)

¹²²⁸ Hirrlinger (1997)

orientiert waren. Er war sicher kein Volkstribun, aber ein überaus redlicher Politiker. Taktische Überlegungen spielten für ihn fast keine Rolle.“¹²²⁹

Einsatz, vielleicht sogar Kampf für eine bestimmte politische Richtung, die bedingungslose Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner in der eigenen Partei, vielleicht sogar die Auseinandersetzung um Sein oder Nichtsein auf einem Parteitag waren nicht seine Sache. Viele von Krauses politischen Freunden waren enttäuscht, daß er dem Streit mit Eppler aus dem Weg ging. Sein Kabinettskollege Walter Hirrlinger wußte schon damals, daß man auf ein entsprechendes Signal von Walter Krause vergeblich warten würde. Gerade die politische Konfrontation mit innerparteilichen Gegnern ist der härteste Konflikt für jeden Politiker, gefährlicher als die Auseinandersetzung mit anderen Parteien. Denn wer hier unterliegt, setzt seine berufliche Existenz aufs Spiel. Und der Unterlegene riskiert, von seiner Partei nicht mehr als Abgeordneter nominiert zu werden.

Krause setzte sich nur selten dem Risiko einer innerparteilichen Auseinandersetzung aus, und wenn, dann wegen staatspolitischer Ziele wie der Fortführung der Regierungsverantwortung (Kehl) oder der Aufrechterhaltung staatlicher Ordnung (Heidelberger Studentenproteste). Um parteipolitische Richtungsentscheidungen wie militärische Fragen, soziale Umverteilung oder Ausländerpolitik ging es nie. Selbst als die Partei unter Eppler in kürzester Zeit ihr Gesicht total veränderte, blieb Krause seltsam regungslos. Obwohl er als Minister eine bemerkenswerte Bilanz vorzulegen hatte und in der Bevölkerung viel Sympathie genoß, sah er tatenlos zu, wie Eppler die SPD veränderte. Krause schwieg zu alledem. Mit Sicherheit an der Basis, aber auch in Kreisen der Funktionäre gab es starke Kräfte, die Krauses Politik der Mitte befürworteten. Sie warteten nach der Landtagswahl 1972 vergeblich auf ein Zeichen, den Richtungsstreit mit dem linken Flügel nun offen auszutragen.

Auch Gerhard Noller sah das so. Er kritisierte an Krause, daß er seine Person „immer plazierte“, stets dem Streit aus dem Weg gegangen sei, um seine persönliche Position, die vom Wohlwollen seiner Partei abhing, nicht zu gefährden. Er habe gewußt, daß er bei einem Streit unterliegen werde. Er wollte nicht aus der Partei herausgedrückt werden. Als Gegenleistung „wurde er von Eppler geschützt. Krause hatte immer seinen Posten“.¹²³⁰ Noller hat sich oft gefragt: „Warum hat keiner Widerstand geleistet?“ Kaum jemand habe

¹²²⁹ Ulrich Lang (1998)

sich öffentlich so gewehrt wie er, erinnerte sich Noller, obwohl viele mit dem neuen Kurs unzufrieden gewesen seien. Als Antwort fand er zwei Erklärungen: die bessere lautete, daß keiner die Spaltung der Partei betreiben wollte, die schlechtere, daß keiner es wagte, den eigenen Posten aufs Spiel zu setzen. Noller erinnerte sich, daß es auch in der Fraktion nie zu einer echten Auseinandersetzung zwischen den „Epplerianern“ und den Anhängern eines Mitte-Kurses gekommen sei. Auch in Hintergrundgesprächen habe man nie über den richtigen Kurs diskutiert oder Allianzen gegen Eppler geschmiedet. Es habe, so kann man Nollers Aussagen interpretieren, ein Klima der Angst geherrscht, der Angst um das eigene Mandat, so daß sich niemand an dieses Thema herangewagt habe. Man habe, so stellte Noller fest, nicht einmal genau gewußt, wer denn nun auf der eigenen Linie liege. Noller antwortete auf die Frage, ob er mit Walter Krause einmal unter vier Augen darüber gesprochen habe, etwas gegen den aus seiner Sicht verhängnisvollen Eppler-Kurs zu unternehmen: Das habe es nicht gegeben. Es sei jenseits aller Möglichkeiten gewesen, ein solches Gespräch zu führen.¹²³¹ Noller erklärte auch, daß er gegen Eppler persönlich nichts gehabt habe, er war nur gegen ihn, weil er der „Schlüsselmann“ derjenigen war, die die SPD in eine neue Richtung steuerten.¹²³²

Noller schilderte, wie er nach der Landtagswahl 1976 nach und nach um seinen politischen Einfluß gebracht worden sei. Nachdem ihn Eppler schon nicht als Kulturpolitiker in sein Schattenkabinett geholt hatte, drängte er ihn anschließend auch aus dem Fraktionsvorstand. Er wurde durch den eher links eingestellten Ulrich Lang ersetzt. Seine Abwahl sei in einer für die Tübinger typischen Art und Weise erfolgt: nicht nach einer offenen Auseinandersetzung, sondern „durch Absprachen“. Nollers Freunde haben dies ihm gegenüber als „Bonner Methode“ bezeichnet: „Du wirst mit denen nie fertig. Die sind härter als Du.“¹²³³ Plötzlich seien die Posten und Pöstchen in der Fraktion nur noch danach verteilt worden, wer der richtigen Strömung angehörte, nicht mehr nach Können. Das habe es früher nicht gegeben.¹²³⁴ Noller hat sich dagegen in einem Brief gewehrt, den er allen Mitgliedern der

¹²³⁰ Noller (1998)

¹²³¹ Ebd.

¹²³² Ebd.

¹²³³ Ebd. Noller schilderte in dem Gespräch, wie man damals hinter den Kulissen gearbeitet habe. Eppler habe seine Leute unter den Fraktionsmitarbeitern gehabt, die hinter den Kulissen die Fäden gezogen hätten.“ Da wurde mehr telefoniert als sonst etwas.“

¹²³⁴ Noller (1998)

Fraktion zusandte und in einer Fraktionssitzung begründete. Der Brief wurde der Presse zugespielt und in einigen Zeitungen veröffentlicht.¹²³⁵

Noller prangerte das vom Tübinger Kreis und von den Jusos „zum Schaden der Partei erprobte Manipulationsschema“ an: „Gruppenbildung, Aufstellung von Kriterien, die nach außen objektiv wirken sollen, in Wirklichkeit aber auf bestimmte Personen ausgerichtet sind ..., gezielte Meinungsbildung, Diffamierungen nicht ausgeschlossen, Zweckinformationen in der Presse, Blockbildung bei der Wahl und Abqualifizierung der Abgewählten nach der Wahl.“ Weiter schrieb Noller: „Ich halte diese Form der Gruppenbildung zur Erri-
ngung von Positionen, die Ausschaltung objektiver Leistungsmaßstäbe und die daraus folgende Vereinseitigung für einen der wesentlichen Gründe dafür, daß die Wähler der SPD gegenüber verunsichert sind.“ Auch Noller sah ein, daß es unter den Mitgliedern einer großen Volkspartei immer Interessengruppen geben werde, daß aber andererseits diese große Volkspartei immer von einer starken Mitte getragen werden müsse. Und dann der zentrale Satz: „Wer die Mitte verläßt, begibt sich auf den Weg der Sekte und darf sich nicht wundern, wenn er als Folge derartiger Manipulationen durch Freundeskreise und Gruppen das Vertrauen der Bürger verspielt.“ Die stückweise Demontage anderer Richtungen, die erfolgten Anpassungen und die immer einseitigere Repräsentation mit ihrer intellektuellen Überfrachtung habe der SPD bei den Landtagswahlen geschadet und zur Verschlechterung des Wahlergebnisses beigetragen.¹²³⁶

Das, was sich im Anschluß an diesen Brief abgespielt hat, war nicht nur bezeichnend für die damalige SPD, es charakterisierte auch ein Stück weit den Politiker und Menschen Walter Krause. Noller erinnerte sich noch gut „an eine schreckliche Szene“ im Hotel Monrepos in Ludwigsburg. Dort tagte der Landesvorstand der SPD, um über die Konsequenzen aus diesem Schreiben zu beraten. Noller fühlte sich wie bei einem „Verhör“. Die Art und Weise, wie über ihn zu Gericht gegessen wurde, muß auf Noller wie eine politische Inquisition gewirkt haben. Er sei sich vorgekommen wie bei einer „Gehirnwäsche“, eine „ganz schlimme Situation“.¹²³⁷

¹²³⁵ Schwäbische Zeitung v. 22.5.76 („Wer die Mitte verläßt, begibt sich auf den Weg der Sekte“)

¹²³⁶ Schwäbische Zeitung v. 22. 5.76

¹²³⁷ Noller (1998)

Nicht nur die inhaltlichen Vorwürfe, auch der Stil, in dem mit ihm umgegangen wurde, empfand Noller als zutiefst verletzend: „Mit den Leuten, mit denen ich noch am Tag vorher beim Vorstandessen zusammen gegessen war, mit denen ich zu Abend gegessen hatte, die ließen mich jetzt draußen vor der Tür warten.“ Als er dann hereingerufen worden sei, erzählte Noller, habe es ihn gefröstelt. Er sei gefragt worden, warum er so etwas mache. Zu den Wortführern gegen ihn zählte vor allem der ehemalige IG-Metallvorsitzende Franz Steinkühler, der als stellvertretender Landesvorsitzender auch an den Sitzungen des Fraktionsvorstandes teilgenommen habe.¹²³⁸ Dann, so erzählt Gerhard Noller, seien ein paar Leute für ihn eingetreten, zum Beispiel Walter Krause, allerdings nur „ganz schwach“. Krause habe nicht den Mut besessen, für seinen langjährigen Weggefährten, der ihn selbst häufig gestützt hatte, wirklich Partei zu ergreifen.¹²³⁹

Als sich Krause dann auch noch bei der Landtagswahl 1976 in Epplers Schattenkabinett als Kandidat für das Amt des Kultusministers aufstellen ließ, hielten dies viele seiner Wegbegleiter für instinktlos. Eppler dagegen konnte sich über diesen Coup freuen. Ulrich Lang erinnerte sich, daß Erhard Eppler dies für „eine originelle Lösung“ hielt. Es wäre ja töricht gewesen, erklärte Eppler, wenn er Krauses Sympathiekapital nicht in die Wahl eingebracht hätte.¹²⁴⁰ Lang hielt diesen Schachzug für eine weniger gute Idee, Noller sprach von „reiner Taktik“.¹²⁴¹ Ulrich Lang erinnerte sich, daß Eppler es für zweckmäßig gehalten habe, den populären Walter Krause in den Wahlkampf in einer Weise einzubinden, daß die Presse und die Öffentlichkeit aufmerksam wurden. Außerdem schaffte es Eppler auf diesem Weg, den bisherigen bildungspolitischen Sprecher und innerparteilichen Rivalen Gerhard Noller zu entmachten. Noller, von Beruf Studiendirektor und Pfarrer, war bei der Landtagswahl 1972 von Krause als potentieller Kultusminister in sein Schattenkabinett berufen worden, hatte sich in bildungspolitischen Fragen profiliert.¹²⁴² Er erzählte, wie ihm Eppler diese Nachricht bei einem Spaziergang in Reutlingen mitgeteilt habe. „Das hat mir nichts ausgemacht“, behauptete Noller später. „Ich wollte nicht für Eppler die Kulturpoli-

¹²³⁸ Franz Steinkühler (geb. 1937) (SPD) wurde 1963 Assistent beim Gewerkschaftsfunktionär Willi Bleicher. 1983 wurde er zum 2. Vorsitzenden der IG Metall gewählt, 1986 zum Ersten Vorsitzenden. 1993 trat er zurück. (Munzinger 41/93)

¹²³⁹ Noller (1998)

¹²⁴⁰ Eppler (1997). Brief von Ulrich Lang v. 28.2.98

¹²⁴¹ Noller (1998)

¹²⁴² Ulrich Lang (1998) und Noller (1998)

„tik machen“, das hätte nur Streit gegeben, weniger wegen der Kulturpolitik an sich als wegen der grundsätzlichen politischen Ausrichtung.¹²⁴³

Wenn Krause dem Konflikt mit Eppler so konsequent aus dem Weg ging, dann war ihm vielleicht der „Fall Noller“ ein mahnendes Beispiel. Positiv betrachtet, erkannte er die politischen Machtverhältnisse an, negativ betrachtet, hatte er nicht den Mut und die Kraft, für seine Überzeugungen einzutreten. Vielleicht wäre die Gruppe um Krause, der eine „Politik der Mitte“ vertrat, damals unterlegen. Bestimmt aber wäre eine offene Auseinandersetzung ein Signal gewesen, die Linken um Eppler hätten den Kurs nicht so schnell und so vollständig ändern können, wie es dann tatsächlich der Fall gewesen ist. Krauses Zurückhaltung ist wohl weniger mit Solidarität und Loyalität gegenüber der neuen Parteiführung zu erklären als mit dem eigenen Harmoniebedürfnis, das bei seinen Anhängern auch ein Stück weit als Schwäche ankam.

Auch Conradi hat sich Gedanken gemacht, warum die „alte“ Garde der SPD, obwohl noch jung an Jahren, politisch so sang- und klanglos in der Versenkung verschwunden ist. „Die waren wirtschaftlich gesichert und konnten in der Politik nichts mehr werden. Diszipliniert wie sie waren - disziplinierter als wir - haben sie dann nicht nachgekartet. Es war einfach vorbei.“ Für Krauses auffallende Enthaltensamkeit bei politischen Äußerungen fand er zwei Erklärungen: „Das war, positiv gesehen, seine Loyalität, negativ betrachtet, seine beamtenhafte Veranlagung. Ein Beamter übt eben in der Öffentlichkeit Zurückhaltung.“ Auch Conradi hielt es für bemerkenswert, daß diejenigen, die 1972/1973 verdrängt wurden, sich auch dann nicht zu Wort gemeldet haben, als die SPD in den folgenden Jahren eine Niederlage nach der anderen eingefahren habe. Da hätte es durchaus nahe gelegen, darauf hinzuweisen, daß der neue Kurs falsch sei.¹²⁴⁴

Hingegen fand Rolf Böhme durchaus ehrenwerte Motive für Krauses Zurückhaltung: „Krause war ein Parteisoldat. Die Solidarität zu seiner Partei war eine Konstante in seinem Leben.“ Intern habe er, zum Beispiel im Alex-Möller-Gesprächskreis, eine abweichende Meinung geäußert. Aber er habe nie öffentlich gegen die Partei gearbeitet. Die Partei sei

¹²⁴³ Noller (1998). Dagegen Ulrich Lang (1998): Er bezeichnete es als einen schweren Fehler, daß Eppler und Krause mit Noller nie über diese Sache geredet hätten. Noller habe dies nicht verkraftet und sei seitdem Eppler und Krause feindschaftlich gegenübergestanden. „Die Boshafigkeiten, die der Noller über den Eppler losgelassen hat, waren eine Folge dieser Behandlung.“

¹²⁴⁴ Conradi (1998)

für ihn wichtiger gewesen als nur gegen sie recht zu haben. Wahrscheinlich habe er sich der Partei auch verpflichtet gefühlt, weil er durch sie eine glänzende Karriere gemacht habe. Er wußte, daß es unterschiedliche Meinungen gebe, daß man Niederlagen hinnehmen müsse, und daß es eine Zeit gebe, in der man wieder ins Glied rücke. Das habe er nicht nur gesagt, sondern dann, als es gefordert war, auch getan. Auf diese Weise habe er auch, im Gegensatz zu seinen Ministerkollegen, später die Zuneigung seiner Partei gewonnen.¹²⁴⁵

Böhme machte noch einen anderen Grund dafür aus, daß Krause nie gegen den neuen Kurs aufgestanden ist. Er hatte keine Chance, habe dies auch eingesehen. Was wäre auch geschehen, fragte Böhme. Er wäre zum Kronzeugen gegen die damalige SPD-Politik geworden. Er wäre sofort instrumentalisiert worden. Das habe er nicht gewollt. Krause habe sich wohl die Frage gestellt, ob er die Partei in seiner Richtung ändern könne, und er habe festgestellt, daß er das nicht mehr könne. „Seine Zeit war vorbei.“ Gerhard Noller habe es versucht und sei gescheitert.¹²⁴⁶

¹²⁴⁵ Böhme (1998)

¹²⁴⁶ Ebd.

Seltene bundespolitische Ambitionen

Die SPD Baden-Württembergs war in den Nachkriegsjahren mit Politikern wie Fritz Erler, Alex Möller, Carlo Schmid¹²⁴⁷ oder Erwin Schoettle in der Führung der Bundes-SPD vertreten. Für die Landes-SPD hatte dies nicht nur positive Folgen. Denn mancher der baden-württembergischen SPD-Spitzenpolitiker, der Enge des „Ländle“ und des ewigen Opponierens in Stuttgart überdrüssig, widmete sich eher der Bundespolitik und behandelte die Landespolitik als zweitrangige Angelegenheit. Dies galt auch für die Landesvorsitzenden Erwin Schoettle (1952-1962) und Alex Möller (1962-1966).¹²⁴⁸ Die Wahl von Walter Krause zum Landesvorsitzenden bedeutete deshalb auch eine neue Ausrichtung der Südwest-SPD auf die Landespolitik. In die Bundespolitik mischte sich Walter Krause so gut wie nie ein, sieht man einmal von seinen Vorschlägen zur Neugliederung des Bundesgebietes ab.

¹²⁴⁷ Carlo Schmid (1896-1979) wurde 1896 in Perpignan (Frankreich) geboren, machte 1914 am humanistischen Karls-Gymnasium in Stuttgart Abitur und nahm von 1914 bis 1918 als deutscher Kriegsfreiwilliger am Ersten Weltkrieg teil. Von 1919 bis 1921 studierte er Rechtswissenschaften in Tübingen und promovierte 1923. In Tübingen gründete er den Sozialistischen Deutschen Studentenbund. Nach einer Zeit als Rechtsanwalt und Richter habilitierte er im Jahre 1929. Anschließend wurde er Privatdozent und Landgerichtsrat. Während der NS-Zeit unterlag er einer Berufungs- und Beförderungssperre. 1945 trat er der SPD bei und war von 1946 bis 1950 Landesvorsitzender der SPD in Württemberg-Hohenzollern. Von 1945 bis 1947 amtierte er als Vorsitzender des Staatssekretariats und Landesdirektor für Justiz und Kultus in Württemberg-Hohenzollern. Von 1947 bis 1950 war er stellvertretender Staatspräsident und Justizminister in Württemberg-Hohenzollern. Von 1948 bis 1949 gehörte er dem Verfassungskonvent von Herrenchiemsee und dem Parlamentarischen Rat an. Schmid war von 1949 bis 1972 Mitglied des Deutschen Bundestages, zwischen 1949 und 1953 Vorsitzender des Außenpolitischen Ausschusses und von 1949 bis 1966 sowie von 1969 bis 1972 Erster Vizepräsident des Deutschen Bundestages. Von 1953 bis 1966 war er Ordinarius für die Wissenschaft von der Politik an der Universität Frankfurt a.M. Von 1947 bis 1973 gehörte Carlo Schmid dem Parteivorstand der Bundes-SPD an, von 1958 bis 1970 dem SPD-Präsidium. 1959 war er der Kandidat der SPD bei der Wahl zum Bundespräsidenten. Von 1966 bis 1969 war Carlo Schmid Bundesminister für Angelegenheiten des Bundesrates und der Länder, von 1969 bis 1979 Koordinator für die deutsch-französische Zusammenarbeit. (Munzinger 19/80; Stiftung 128-129). - Literatur zu Carlo Schmid: Weber, Petra, Carlo Schmid, Demokrat und Europäer, Mannheim 1996; Taddey, Gerhard, Carlo Schmid - Mitgestalter der Nachkriegsentwicklung im deutschen Südwesten anlässlich seines 100. Geburtstages am 7. Dezember 1996 in Mannheim, Veröffentlichungen der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg, Stuttgart 1997; Eschenburg, Theodor, Carlo Schmid, in: Baden-Württembergische Portraits, Stuttgart 1988, S. 362-369; Eschenburg, Theodor, Carlo Schmid und die französische Besatzungspolitik, in: Frankreichs Kulturpolitik in Deutschland 1945-1950, Tübingen 1987, S.293-300; Schmid, Martin: Erinnerungen, in: Frankreichs Kulturpolitik in Deutschland 1945-1990, Tübingen 1987, S.301-310; Hirscher, Gerhard: Aspekte der politischen Karriere Carlo Schmid's von 1945 bis 1949, in: Frankreichs Kulturpolitik in Deutschland 1945-1950, Tübingen 1987, S.319-332; Auerbach, Hellmuth, Die politischen Anfänge Carlo Schmid's, Kooperation und Konfrontation mit der französischen Besatzungsmacht 1945-1948, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Bd. 36 (1988), S. 595-648; Hirscher, Gerhard, Carlo Schmid und die Gründung der Bundesrepublik, Bochum 1986; Ferdinand, Horst, Schmid, Carlo, in: Baden-Württembergische Biographien, Bd.1 (1994), S.326-333; Binder, Hans-Otto: Schlitzohr und Grandseigneur - ein Politiker mit Esprit, gebildet, phantasievoll und couragiert - Carlo Schmid, in: Schönes Schwaben, Bd. 12 (1996), S.32-34; Borst, Otto, Carlo Schmid, in: Otto Borst, Die heimlichen Rebellen, Stuttgart 1980, S.361-378; Carlo Schmid, Gesammelte Werke, Bd. 1 - Politik als geistige Aufgabe, Bd. 2 - Europa und die Macht des Geistes, Bern 1973.

¹²⁴⁸ Zum starken Einfluß der Landes-SPD in der Bundespartei vgl. Hans-Joachim Mann, Die SPD in Baden-Württemberg - die 50er und 60er Jahre, in: SPD-Landesverband (1980), S.98-99

Wenn er auf einem Bundesparteitag der SPD einmal eine größere Rolle spielte, dann als einer der Tagungspräsidenten wie beim Bundesparteitag 1966 in Dortmund.¹²⁴⁹ Diese Rolle, bei der es darauf ankam, eine Versammlung neutral, ohne offene Parteinahme, straff und, wenn es der Augenblick erforderte, auch einmal moderat zu führen, war Walter Krause auf den Leib geschrieben. Meldete er sich in einer Debatte zu Schwerpunkten der Gesellschaftspolitik in Deutschland mit eigenen Beiträgen zu Wort, dann sprach er vorzugsweise zur Finanzentwicklung. Er vertrat dabei Meinungen, die, wenn sie nicht konkret umgesetzt würden, auf allgemeine Zustimmung stießen, wie der Abbau von Subventionen und die Nicht-Erhöhung der Steuerlast.¹²⁵⁰ Selbst auf einem Bundesparteitag hatte er nicht die Rolle eines Parteigängers im wahrsten Sinne, sondern eher eines Ministerialdirektors.¹²⁵¹ Um ein möglichst vollständiges Bild von Walter Krause zu zeichnen, darf nicht unerwähnt bleiben, daß er Rollen wie die eines Sitzungsleiters auf Parteitag nicht nur mit ernster Miene ausfüllte, sondern es auch gelegentlich verstand, Heiterkeit bei den Delegierten auszulösen.¹²⁵²

Einer seiner wenigen Ausflüge auf internationales Parkett, seine Reise nach Polen im Jahre 1972, hatte einen bundes- und landespolitischen Hintergrund.¹²⁵³ Am 23. April 1972 standen in Baden-Württemberg Landtagswahlen an, die auch Auswirkungen auf die Ostpolitik Willy Brandts haben konnten. Hätte es in Stuttgart eine SPD-Alleinregierung gegeben, hätte dies eine SPD-Mehrheit im Bundesrat zur Folge gehabt und Willy Brandt hätte in der Ostpolitik freie Hand gehabt. Die Einladung an Walter Krause ist auf diesem wichtigen außenpolitischen Hintergrund zu sehen. Umgekehrt wollte sich der baden-württembergische Innenminister seinen Wählern als Staatsmann mit internationaler Reputation präsentieren. „Auf Ihren Schultern liegt nun das weitere Schicksal der Weltgeschichte“: mit dieser bewußten Überhöhung verabschiedete der stellvertretende polnische Außenminister Adam Willmann den baden-württembergischen Minister Krause am 14. Februar 1972. Be-

¹²⁴⁹ SPD-Parteitag 1966 S.51

¹²⁵⁰ SPD-Parteitag 1966 S.344 - S.346, S.372

¹²⁵¹ SPD-Parteitag 1966, hg. vom Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands - Protokolle der Verhandlungen und Anträge vom Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Dortmund (1. bis 5. Juni 1966), Dortmund 1966

¹²⁵² SPD-Parteitag 1966, z.B. S.764-769

¹²⁵³ Walter Krause machte nur wenige Auslandsreisen. Im Jahr 1965, als er noch Mannheimer Schulbürgermeister war, lud ihn das amerikanische Außenministerium in seiner Funktion als Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion zu einer Informationsreise ein. Insgesamt reiste Krause bei dieser Gelegenheit sechs Wochen durch die USA. Er besichtigte vor allem Einrichtungen des Erziehungswesens und studierte Methoden der öffentlichen Verwaltung.

kanntlich schied die SPD nach der Landtagswahl aus der Regierung aus und die Weltgeschichte nahm dennoch ihren Lauf. Walter Krause darf seinen einzigen großen Auftritt im Ausland dennoch als persönlichen Erfolg werten.¹²⁵⁴ Er machte eine gute Figur und meinte später, er habe sein Talent als Außenpolitiker zu spät entdeckt.¹²⁵⁵ In seinen Gesprächen mit den polnischen Gastgebern erörterte er Fragen der Umsiedlungspolitik und der Städtepartnerschaften, die Außenhandelsbeziehungen und die Möglichkeiten zur Intensivierung kultureller Beziehungen besonders zu seiner Heimat, der Kurpfalz. Außerdem hielt er an der Polnischen Akademie der Wissenschaften einen Vortrag zum Thema Umweltschutz. Typisch für den Menschen Krause war aber auch, wie er sich im Rahmenprogramm verhielt. Offizielle Abendveranstaltungen und ausgelassene Geselligkeit waren nicht seine Welt. Dort floß ihm zuviel Alkohol. Ein Toast auf die abwesenden Damen ließ ihn nur kurz am Wodkaglas nippen.¹²⁵⁶

Wie sehr ihn die Außenpolitik reizte, läßt sich auch daran ablesen, daß einer der wenigen, wirklich politischen Redebeiträge Krauses als stellvertretender Landtagspräsident die Ostverträge mit Polen betrafen. Als gebürtiger Schlesier war er an diesem Thema besonders interessiert. Krause vertrat in dieser Diskussion trotz seiner Abstammung die offizielle Linie der SPD: Aussöhnung mit Polen und Verzicht auf Gebietsansprüche. Dieses Anliegen trug Krause sogar mit einem für ihn ungewohnten Pathos („... vor der Weltgeschichte eine schwere Verantwortung auf sich lädt“) und einer Schärfe vor, daß seine Rede auf starken Widerspruch bei der CDU und zu zahlreichen Zwischenrufen führte.¹²⁵⁷

Zu den wenigen bundespolitischen Themen, bei denen Walter Krause Stellung bezog, gehörte die Reform des Wahlrechts. Ein solches wurde in den 60er Jahren von verschiedenen Seiten gefordert, weil man nach den langen Jahren der CDU-Regierung der Ansicht war, daß das Verhältniswahlrecht auf Bundesebene keinen Machtwechsel zulasse.¹²⁵⁸ Dieser These widersprach auch nicht die Übernahme der Kanzlerschaft im Jahr 1969 durch Willy

¹²⁵⁴ Gropper 39-40

¹²⁵⁵ Krause (1993)

¹²⁵⁶ Hieber 43-44 - An anderer Stelle wird bezeugt, daß Walter Krause ein Glas Milch nicht weniger mochte als ein Viertele. (Leuze 69)

¹²⁵⁷ Krause, Landtagsdebatte am 20.2.76

¹²⁵⁸ In der Tat gelang es erstmals bei der Bundestagswahl 1998 der Opposition (aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen unter Gerhard Schröder und Joschka Fischer), eine Regierung (unter Bundeskanzler Helmut Kohl) bei einer Wahl abzulösen.

Brandt, denn die SPD war seit 1966 an der Großen Koalition in Bonn beteiligt.¹²⁵⁹ In den 60er Jahren gab es etliche Befürworter einer Reform des Wahlrechts. Dieses hätte nicht nur eine staatspolitische Funktion gehabt, sondern wurde auch aus innerparteilichen Gründen gefordert.

In Baden-Württemberg gehörte beispielsweise der SPD-Parteivorsitzende Heinz Bühringer zu jenen, die sich von der Einführung des Mehrheitswahlrechts heilsame Wirkungen für die eigene Partei versprachen. Sein Vorstoß, der für einen Sozialdemokraten im CDU-dominierten Südwesten zunächst beinahe unverständlich erscheint, war in Wirklichkeit wohldurchdacht. Er erhoffte sich vom Mehrheitswahlrecht eine Öffnung seiner Partei hin zur politischen Mitte. Bühringer erzählte in diesem Zusammenhang von einem Vier-Augen-Gespräch, das er mit Helmut Schmidt geführt habe. Gegenüber ihm, damals noch SPD-Fraktionschef im Bundestag, bekannte Bühringer ganz offen, er sei für das mehrheitsbildende Wahlrecht, weil dann ihre Partei nicht mehr hinter Bad Godesberg zurück könne. Darauf sei Helmut Schmidt aufgestanden und habe Bühringer die Hand gereicht. Im heimatlichen Stuttgart hatte Bühringer mit seiner Idee weniger Erfolg. Im Landesvorstand der SPD, so Bühringer, durfte darüber nicht einmal geredet werden.¹²⁶⁰

Das bestehende Wahlrecht mit Erst- und Zweitstimmen sowie Listen, die vom Wähler nicht verändert werden können, bezeichnete Bühringer als „nahezu demokratiefeindlich“. Wer von der SPD aus Baden-Württemberg nach Bonn komme, sei in Wirklichkeit nicht Volksvertreter, wie vom Gesetz vorgeschrieben, sondern Repräsentant einer Partei. Er oder sie müsse mit „irgendwelchen Gruppierungen in der SPD kungeln, sein Wahlvolk kann ihm dagegen gestohlen bleiben“, beschrieb Bühringer die Folgen des geltenden Wahlrechts.¹²⁶¹ So wurden, ganz offiziell, in den großen Bundesländern die Landeslisten in Gruppen aufgeteilt, über deren Besetzung die Gruppen dann weitgehend autonom verfügen konnten.

¹²⁵⁹ Etwa die Hälfte der Unterlagen, die das Stasi-Archiv zu Walter Krause enthält, beschäftigt sich mit den Diskussionen um eine Änderung des Wahlrechts in der Bundesrepublik Deutschland. In Krauses Akte befindet sich der Aufsatz: Auseinandersetzungen um die Bonner „Wahlrechtsreform“, verfaßt von W. Menzel und E. Lieberam, erschienen in der „Dokumentation der Zeit“, Ausgabe Chronik 1. bis 15.4.1969; 10. Jahrgang, 2. Maiheft.

¹²⁶⁰ Bühringer (1996). Noch als Elder Statesman hatte Helmut Schmidt das Mehrheitswahlrecht im Auge. So machte er im Jahre 1997 das Verhältniswahlrecht für den Reformstau in Deutschland verantwortlich. (Stuttgarter Nachrichten v. 1.9.97)

¹²⁶¹ Bühringer (1996)

Bei den Sozialdemokraten erfolgte die Aufteilung nach regionalen Parteigliederungen, bei den Christdemokraten nach Interessenverbänden.¹²⁶²

Die Zeitschrift „Der Spiegel“ favorisierte das Verhältniswahlrecht mit Landeslisten eindeutig gegenüber einem Mehrheitswahlrecht, weil so vermieden werde, daß der Bundestag zu einer Versammlung der „Dorf- und Kleinstadt-Funktionäre“ würde. Auch in dieser Analyse wurde bestätigt, daß über die Landesliste ein ganz anderer Typus von Abgeordneten gewählt wurde wie über den Weg des Direktmandats. Das hat sich auch auf die Zusammensetzung der Fraktion nachhaltig ausgewirkt. Auffällig bei der Bundestagswahl 1969 war, daß über die Landesliste vor allem Professoren (bei der SPD sechs, bei der FDP sieben), Assistenten, Studienräte, Staatsanwälte, Lehrer und Offiziere in den Deutschen Bundestag einzogen. Die Veränderungen hinsichtlich der beruflichen Herkunft der Bundestagsabgeordneten bezog sich nicht nur auf die Kandidaten der Landeslisten, sondern auch auf die Direktkandidaten. Die „Welt“ stellte eine gewisse Überrepräsentation von Spezialisten und Akademikern unter den jüngeren Bewerbern fest. Dies läßt sich bei der SPD durch Zahlen belegen: Von den neun aussichtsreichen SPD-Bewerbern in Hamburg stammte kein einziger aus der Arbeiterschaft, sieben hatten eine abgeschlossene Hochschulbildung, fünf führten sogar den Dokortitel. Von den 36 Wahlkreiskandidaten der SPD in Baden-Württemberg kamen zwanzig aus akademischen Berufen, allein zehn waren Juristen.¹²⁶³

Im Gegensatz zu „Figuren wie Alex Möller, Erwin Schoettle, Fritz Erler oder Carlo Schmid“ sind nach Auffassung Bühringers diejenigen, die in den achtziger und neunziger Jahren aus Baden-Württemberg nach Bonn gegangen sind, größtenteils „zwar mehrheitsfähig in bestimmten Gruppierungen in der SPD, aber nicht in der gesamten SPD und schon gar nicht in der Bevölkerung“. Bühringer analysierte, daß für die potentiellen Abgeordneten ihre Wahl durch eine Kreisdelegiertenkonferenz entscheidend sei, die wiederum in ihrer Struktur deformiert sei. Das sei ein sich selbst ernährender Kreis bis zum Punkt, wo die SPD unter fünf Prozent falle.¹²⁶⁴

¹²⁶² Der Spiegel v. 7.7.69 S.42

¹²⁶³ Der Spiegel v. 7.7.69 S.42-43

¹²⁶⁴ Bühringer (1996)

Krause äußerte sich weder so radikal, noch gab er zu, mit seinen Vorschlägen zur Reform des Wahlrechts innerparteiliche Ziele im Auge zu haben. Inwieweit er auch solche Absichten verfolgte, bleibt unklar. Nach außen blieb er immer der Staats-Mann, nie war er Partei-Mann. Krause wurde von der Bundes-SPD zum Vorsitzenden der SPD-Wahlrechtskommission bestimmt. Dies war seine einzige halbwegs bedeutsame Funktion innerhalb der Bundespartei. Die Kommission schlug in ihrem Abschlußbericht vor, zur Bundestagswahl 1969 sogenannte Dreier-Wahlkreise einzuführen.¹²⁶⁵

Krause selbst brachte das heute fast vergessene System der Vierer-Wahlkreise ins Gespräch. Beide Systeme, Dreier- und Vierer-Wahlkreise, unterscheiden sich im Grundsatz nicht. Was damit gemeint war, soll am Beispiel der Vierer-Wahlkreise erläutert werden. Dazu hätte man große Wahlkreise schaffen müssen, in denen die Mandate wie folgt aufgeteilt werden sollten: Die stärkste Partei erhält dabei in der Regel zwei Mandate, die zweitstärkste eines und das vierte fällt einer der drei größten Parteien zu. Dieses System begünstigt die stärkste Partei und erleichtert somit den Machtwechsel. Gleichzeitig beugt es aber einer politischen Verödung ganzer Regionen vor. Der größte Nachteil dieses Verfahrens besteht in seiner Unübersichtlichkeit. Es war das Wahlsystem eines als Politiker verkleideten Mathematikers und damit „ganz Krause“: staatspolitisch verantwortungsvoll und für einen logisch begabten Menschen leicht zu durchschauen, für den Normalbürger aber zu unübersichtlich.¹²⁶⁶

¹²⁶⁵ Dieser Kommission gehörten neben anderen noch Horst Ehmke, Heinz Kühn, der ehemalige nordrhein-westfälische Ministerpräsident, und Hans Koschnick, später Bürgermeister von Bremen und dann EU-Beauftragter für Bosnien, an.

¹²⁶⁶ Die Welt v. 22.5.68

Krauses Unvollendete - die vereinte Kurpfalz

Nach seinem Ausscheiden aus dem Landtag setzte sich Walter Krause politisch noch nicht zur Ruhe. Er begann, sich für die Probleme der älteren Generation zu engagieren.¹²⁶⁷ Gemeinsam mit Ulrich Maurer hatte er die Idee einer eigenständigen Arbeitsgemeinschaft der Senioren innerhalb der baden-württembergischen SPD entwickelt und wurde im Jahre 1991 deren erster Vorsitzender.¹²⁶⁸ Zusammen mit dem ehemaligen Landtagspräsidenten Erich Ganzenmüller rief Krause die Vereinigung ehemaliger Mitglieder des Landtags ins Leben.¹²⁶⁹ Nach dessen Tod im August 1983 übernahm er den Vorsitz dieser Vereinigung, den er im Herbst 1992 an den ehemaligen Landtagspräsidenten Erich Schneider abgab.¹²⁷⁰

Über seine Ministertätigkeit, die ihn auch in den Bundesrat führte, wurde Krause Mitglied im Verwaltungsrat der Deutschen Bundesbahn. Diesem Gremium gehörte er 15 Jahre lang an, weit über seine Minister- und sogar Abgeordnetenzeit hinaus.¹²⁷¹ Krauses Naturell als

¹²⁶⁷ Maurer 74

¹²⁶⁸ Maurer 75. - Zur Namensgebung: Die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Senioren (ASS) wurde in Baden-Württemberg in einem Modellversuch in AG 60 plus umbenannt. Anschließend bekam der baden-württembergische Landesverband der sozialdemokratischen Senioren wieder denselben Namen wie die anderen Landesverbände (ASS), behielt aber als zweiten Namen die Bezeichnung AG 60 plus bei. - Eine Landesdelegiertenkonferenz beschloß am 10. November 1990 in Karlsruhe das Programm „Solidarität der Generationen“. Der Landesvorstand der SPD Baden-Württemberg beschloß am 13. Juli 1991 die Richtlinien der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Seniorinnen und Senioren. - In dem zur Landesdelegiertenkonferenz „Solidarität der Generationen“ erschienenen Programmheft richtete der erste ASS-Vorsitzende Walter Krause seine Forderungen an die junge Generation. Wie bei ihm üblich, blieb er im allgemeinen und bei der Beschreibung der Probleme stehen. Typisch für ihn, daß er sich zunächst mit einer Modellrechnung zur Bevölkerungsentwicklung sachkundig gemacht hat. Wenn diese zutrefte und die Wohnbevölkerung abnehme, dann, so seine Folgerung, werde die Sicherung der Renten schwierig und es zu einer Zuwanderung von Ausländern kommen. Was bei Krauses Ausführungen fehlt, sind Vorschläge zur Lösung dieser Probleme. Interessant ist, wie er sich selbst stellt: „Ich bin 1912 geboren. Meine politischen Erfahrungen reichen 60 Jahre zurück bis in die Weimarer Republik. Das Ende dieser Republik habe ich als Student der Universität Heidelberg erlebt; dort war ich zuletzt Vorsitzender der Sozialistischen Studentengruppe.“ Krause machte in diesem Zusammenhang keinerlei Angaben zu seiner Zeit als Innenminister oder SPD-Landesvorsitzender. (Archiv der SPD Baden-Württemberg, Postfach 10 42 63, 70037 Stuttgart; Referentin im Jahr 1998: Dagmar Heilsberg (E-Mail: Dagmar.Heilsberg@bawue.spd.de))

¹²⁶⁹ Bestand „Abgeordnete (12) - Vereinigung ehemaliger Abgeordneter“ im Archiv des Landtags von Baden-Württemberg.

¹²⁷⁰ Griesinger 33-35. - Erich Schneider (geb. 1933) (CDU) gehörte von 1968 bis 1992 dem Landtag von Baden-Württemberg an, dessen Präsident er von 1984 bis 1992 war. (Munzinger 48/92)

¹²⁷¹ Walter Krause gehörte dem Verwaltungsrat der Deutschen Bundesbahn vom 12.8.69 bis zum 10.3.1984 an. Außerdem war er seit Oktober 1978 Mitglied im Finanzausschuß und im Tarif- und Verkehrsausschuß des Verwaltungsrates. Das Gremium bestand gemäß Bundesbahngesetz aus 20 Mitgliedern, die von der Bundesregierung aus folgenden vier Gruppen zu je fünf Mitgliedern ernannt wurden: Gruppe A: Bundesrat; Gruppe B: Gesamtwirtschaft; Gruppe C: Gewerkschaften; Gruppe D: Sonstige Mitglieder. Walter Krauses Ernennung erfolgte über den Bundesrat. - Auch in diesem Gremium hat man noch lange nach seinem Ausscheiden seine Arbeit zu schätzen gewußt. (Kohn 57). Filbinger (1997) erzählte, daß er nach der Übernahme der Alleinregierung durch die CDU immer wieder von etlichen Parteifreunden angegangen wurde, Krause von diesem Posten abzurufen und durch einen CDU-Parteigänger zu ersetzen. Aber Filbinger tat dies nicht,

ausgleichende Persönlichkeit entsprach auch seine Tätigkeit als Schlichter in den Tarifaussinandersetzungen des öffentlichen Dienstes, die eine große Resonanz in den Medien fand.¹²⁷²

Krauses Hauptaugenmerk nach dem Ende seiner Abgeordnetenzeit aber gehörte den Anliegen der Region, in der er lebte, dem Rhein-Neckar-Raum¹²⁷³ mit seinen Vororten Mannheim und Ludwigshafen. Dieses Territorium ähnelt in etwa der traditionellen Kurpfalz. Der Ballungsraum des Rhein-Neckar-Raumes hatte mit dem ehemaligen Kurfürstentum das westlich und östlich gelegene pfälzische Gebiet gemeinsam.¹²⁷⁴ Für Walter Krause, der als Jugendlicher in die Quadratestadt kam, wurden die Kurpfalz und Mannheim zur zweiten Heimat. Gerhard Widder, Oberbürgermeister von Mannheim, brachte dies in der Festschrift zu Krauses 80. Geburtstag auf den Punkt: „Walter Krause ist kein Mannheimer von Geburt, aber aus Überzeugung, Neigung und Leidenschaft.“¹²⁷⁵ An anderer Stelle schrieb er: „Er hat nicht nur die Stadt, sondern auch die Region gesehen. Sein Anliegen war und ist es, die Kurpfalz über die Landesgrenzen hinweg wieder zu einer Einheit werden zu lassen.“¹²⁷⁶ Besser kann das politische Herzensanliegen von Walter Krause, dem er Zeit seines politischen Lebens nachging, kaum beschrieben werden. Nach dem Ausscheiden aus dem Landtag wurde die Kurpfalz für ihn vollends zum Lebensinhalt. Sein Eintreten für den Rhein-Neckar-Raum erinnerte bisweilen an *Catos ceterum censeo*.¹²⁷⁷

nicht zuletzt auf Grund der persönlichen Verbundenheit zu Krause. Er wußte wohl, daß diese Funktion für Krauses Ego nach dem Ausscheiden aus der großen Politik eine nicht geringe persönliche Bedeutung besaß.¹²⁷² Göhringer 32; Wulf-Mathies 130. Die frühere ÖTV-Vorsitzende und spätere EU-Kommissarin beschrieb insbesondere das schon legendäre Schlichterduo Höcherl/Krause: der Epikureer und der Asket, das Schlitzohr und der korrekte Rechner. FAZ v. 13.5.83; Mannheimer Morgen v. 13.5.83; Eßlinger Zeitung v. 13.5.83; Schwäbische Post v. 19.5.83; Südwest-Presse v. 19.5.83; Südkurier v. 23.2.92; Heilbronner Stimme v. 23.2.92; Stuttgarter Zeitung v. 23.2.92; FAZ v. 24.3.92 - Eine der ganz wenigen kritischen Artikel in Bezug auf die Überparteilichkeit von Krause erschien in der FAZ unter der Überschrift „Wenn zwei sich streiten, muß ein Dritter schlichten“ zur Schlichtertätigkeit. Dort wird ihm vorgeworfen, er habe sich zum Handlanger der Gewerkschaften gemacht. Damals war er zusammen mit dem CSU-Innenminister Friedrich Zimmermann Schlichter bei den Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst. (FAZ v. 13.6.92)

¹²⁷³ Wer sich in knapper Form über die Geschichte der Kurpfalz und die gegenwärtige Kooperation im Rhein-Neckar-Raum informieren möchte, kann dies bei Walter Krause, *Der Rhein-Neckar-Raum*, veröffentlicht im Jahresspiegel des Landtags von Baden-Württemberg, S. 22-25, Sonderdruck erhältlich beim Rhein-Neckar-Dreieck e.V., P 7,20-21, 68161 Mannheim, tun.

¹²⁷⁴ Luther-Gutachten 54

¹²⁷⁵ Widder (2) 5

¹²⁷⁶ Ebd. 7

¹²⁷⁷ Neckenauer (1985) 12

Der Begriff der Kurpfalz übt insbesondere für die in dieser Region beheimateten Menschen eine besondere Anziehungskraft aus. Während vier Kurfürstentümer des Alten Reiches in vergrößerter (Bayern und Niedersachsen) oder verkleinerter Form (Sachsen und Brandenburg) zunächst weiter bestanden, ist die Kurpfalz als einziges weltliches Kurfürstentum schon im Jahre 1802 von der Landkarte verschwunden. Angesichts der Jahrhunderte alten Tradition des Territoriums schmerzte dies manche Menschen auch noch am Ende des 20. Jahrhunderts. Die Kurpfalz-Idee war auch noch fast 200 Jahre später in der Bevölkerung verankert, freilich deutlich mehr um den ehemaligen Kernraum um Mannheim und Heidelberg, wesentlich schwächer oder überhaupt nicht an peripheren Gebieten wie in Kaub oder Alzey.¹²⁷⁸

Wie andere Politiker aus Mannheim betrachtete auch Walter Krause das Anliegen seiner Heimatstadt aus lokalpatriotischer Sicht.¹²⁷⁹ Krause wäre aber nicht Krause, wenn dies sein einziges Argument für eine vereinte Kurpfalz gewesen wäre. Vielmehr lassen sich für sein Ziel der Vereinigung der Kurpfalz unter dem Dach eines Bundeslandes, historische, kulturelle und wirtschaftliche Gründe finden.¹²⁸⁰ Der Rhein-Neckar-Raum, wie die frühere Kurpfalz heute gerne bezeichnet wird,¹²⁸¹ ist der siebtgrößte Ballungsraum in Deutschland nach Berlin, Hamburg, Rhein-Ruhr, Frankfurt, Stuttgart und München. Die beiden Vororte rechts und links des Rheins, Mannheim und Ludwigshafen, haben mit 321 000 bzw. 170 500 Bewohnern zusammen fast eine halbe Million Einwohner.¹²⁸² Die Angaben für die Einwohnerzahl der Region hängen davon ab, wie man die Grenzen zieht. Rechnet man in Baden-Württemberg die Städte Mannheim und Heidelberg sowie den Neckar-Odenwald- und den Rhein-Neckar-Kreis hinzu, in Rheinland-Pfalz die Städte Ludwigshafen, Frankenthal, Landau, Neustadt, Speyer, Worms sowie die Landkreise Bad Dürkheim, Germersheim, Ludwigshafen und Südliche Weinstraße und in Hessen den Kreis Bergstraße, so vereinigt das Rhein-Neckar-Dreieck auf einer Fläche von 5.655 Quadratkilometer 2,313 Millionen Menschen, was einer Bevölkerungsdichte von 409 Bewohnern pro Quadratki-

¹²⁷⁸ Schweickert 47; Matz (1997) 245

¹²⁷⁹ Zur Geschichte der Kurpfalz und ihrer Einigungsbestrebungen vgl. Krause, Walter, Zukunftsperspektiven für die Kurpfalz, in: Mannheimer Hefte, Jahrgang 1981, S.55-60

¹²⁸⁰ Einen Überblick zum aktuellen Forschungsstand zur Kurpfalz und eine komprimierte Darstellung ihrer Geschichte findet man in Schweickert, Alexander (Hg.), Kurpfalz, erschienen in den Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs, Band 25, hg. von der Landeszentrale für politische Bildung.

¹²⁸¹ Gropper (1973) 57

¹²⁸² Auskünfte der Stadtverwaltungen vom 2.11.98

meter entspricht.¹²⁸³ „Man stelle sich einmal vor,“ argumentierte Krause, „Stuttgart sei durch den Neckar von Bad Cannstatt und Untertürkheim als Landesgrenze getrennt, wie das durch den Rhein im Raum Mannheim-Ludwigshafen und durch die Donau im Raum Ulm/Neu-Ulm der Fall ist. Nur dann kann man ermessen, welche Bedeutung eine Neugliederung für diese Landschaften haben wird.“ Diese künstliche Teilung der kurpfälzischen Region durch Ländergrenzen sei um so bedauerlicher, weil die Lage des Rhein-Neckar-Raumes aus überregionaler Sicht hervorragend ist: in der Mitte der europäischen Entwicklungsachse London-Rotterdam-Basel-Mailand am Intercity-Knotenpunkt gelegen, besitze Mannheim gute Anschlüsse an die Autobahnen und die Wasserstraßen von Rhein und Neckar und hat damit beste Voraussetzungen für eine prosperierende wirtschaftliche Entwicklung.

Wolfgang von Gropper¹²⁸⁴ sprach von „haarsträubenden Widersinnigkeiten“, die durch die Teilung dieses durch Wirtschaft und Geschichte geeinten Raumes durch die Grenzziehung entstünden. Die „nach Zusammenfügung geradezu schreienden Städte Mannheim und Ludwigshafen“ würden dadurch einen ungeheuren Rationalisierungseffekt erzielen. Zentrale Einrichtungen wie ein Stadion, ein Theater oder ein Kongreßzentrum bräuchte man nur einmal, könnte dies dann aber in viel größerem Stil bauen. Dies würde dann wiederum noch hochkarätigere Veranstaltungen, Kultur und Sport nach Mannheim ziehen.¹²⁸⁵ Auch

¹²⁸³ Auskunft der Stadtverwaltung Mannheim vom 2.11.98 - Gemäß der Broschüre „Das Rhein-Neckar-Dreieck - Daten und Fakten 1998“, hg. vom Rhein-Neckar-Dreieck e.V., P 7, 20 - 21, 68161 Mannheim, wurden folgende Zahlen genannt: Auf 5656,3 qkm leben 2.328.252 Menschen, was einer Bevölkerungsdichte von 412 Bewohnern je Quadratkilometer entspricht. (Stand: 30.6.97). (In der Broschüre fanden sich weitere wertvolle Angaben zur Region in übersichtlicher Form.). Der Verein Rhein-Neckar-Dreieck unterhält außerdem eine Internetseite mit der Adresse: <http://www.rn.de> - Der Verein Rhein-Neckar-Dreieck wurde im Jahr 1989 gegründet mit dem Ziel, die Region nach außen darzustellen, den regionalen Zusammenhalt und regionale Kooperationen zu fördern und innovative Kräfte zu stärken. Mitglieder sind Unternehmen wie BASF und SAP, Kommunen wie die Städte Mannheim und Ludwigshafen, Institutionen wie die Industrie- und Handelskammer Rhein-Neckar und Privatpersonen. Erster Vorsitzende im Jahr 1998 war Prof. Dr. Dr.h.c. Peter Frankenberg, der Rektor der Universität Mannheim. Informationsmaterial über den Verein und über die Region erhält man auf der Geschäftsstelle: Rhein-Neckar-Dreieck e.V., P 7, 20-21 (Planken), 68161 Mannheim, Tel. (0621) 103084/85, Fax (0621) 103086, E-Mail: info@rnd.de. - Weitere Informationen zum Rhein-Neckar-Dreieck: Sonderbeilage des Handelsblatts v. 13.10.98 S.33-48; Rede des Ersten stellvertretenden Landtagspräsidenten Frieder Birzele zur Präsentation des Rhein-Neckar-Dreiecks am 25.11.97 im Haus des Landtags, Sonderdruck erhältlich beim Rhein-Neckar-Dreieck e.V., P 7,20-21, 68161 Mannheim.

¹²⁸⁴ Wolfgang von Gropper (1924-1997) war von 1963 bis 1978 stellvertretender Chefredakteur des Mannheimer Morgen. Anschließend war er elf Jahre Leiter der Öffentlichkeitsarbeit bei Boehringer Mannheim. Im Jahre 1984 bekam er das Bundesverdienstkreuz I. Klasse und die Schillerplakette der Stadt Mannheim verliehen (Mannheimer Morgen v. 5.3.84 und 3.3.89 und 26.11.97)

¹²⁸⁵ Gropper (1973) 58 - Vgl. auch die „Willenserklärung für die Einheit des Rhein-Neckar-Raumes“, verfaßt von Wolfgang von Gropper und Hans Horak vom 3.11.71 im Rittersaal des Mannheimer Schlosses, veröffentlicht im Mannheimer Morgen v. 5.11.71 („Die Einheit des Rhein-Neckar-Raumes - eine Jahrhundertchance“)

am Ende des 20. Jahrhunderts sind die Zuständigkeiten für die Hafenanlagen in Mannheim und Ludwigshafen auf Ministerien in Stuttgart und Mainz verteilt. Andererseits hat eine pragmatisch handelnde Administration auch manches Trennende überwunden. So waren noch zu Zeiten des Luther-Gutachtens im Jahre 1955 als Wasser- und Schiffsamt für die rechtsrheinische Stromseite Mannheim, für die linksrheinische die entsprechende Behörde in Speyer zuständig.¹²⁸⁶ Im Laufe der Zeit gewann das Wasser- und Schiffsamt Mannheim die Zuständigkeit von der deutsch-französischen Grenze bis zur Landesgrenze zwischen Baden-Württemberg und Hessen.¹²⁸⁷ Außerdem sind Mannheim und Ludwigshafen schon seit langem in einem telefonischen Ortsnetz mit derselben Vorwahl verbunden.

Ein Blick auf die Entwicklung der Einwohnerzahlen stützt die These, daß innerstaatliche Ländergrenzen nicht der entscheidenden Faktor für die Entwicklung einer Industrieregion darstellen. So hat Mannheims Einwohnerzahl in den vergangenen 40 Jahren um 44 000 Einwohner, die von Ludwigshafen um 28 500 zugenommen.¹²⁸⁸ Demgegenüber behauptete das Ernst-Gutachten, allerdings ohne Zahlen als Belege zu nennen, daß die grenzüberschreitende Zusammenarbeit eine territoriale Neuordnung nicht überflüssig mache. Besonders bei komplexen Aufgaben mit größerem finanziellem Umfang stoße die Kooperation und Koordination an Grenzen.¹²⁸⁹

Die Einigung der Kurpfalz konnte natürlich nicht isoliert betrachtet werden. Krause sah darin die Möglichkeit, die süddeutsche, eventuell sogar die bundesdeutsche Länderlandschaft neu zu ordnen.¹²⁹⁰ Er knüpfte damit an eine lange Tradition an.¹²⁹¹ Insbesondere

¹²⁸⁶ Luther-Gutachten 98

¹²⁸⁷ Auskunft des Wasser- und Schiffsamtes Mannheim vom 2.11.98

¹²⁸⁸ Vgl. Luther-Gutachten 98

¹²⁸⁹ Ernst-Gutachten 110-112

¹²⁹⁰ Krauses Hoffnung, diese Neugliederung zu erreichen, währte nur bis etwa Mitte der 80er Jahre, endete also vor der Zeit der Wiedervereinigung. Deshalb ist in diesem Zusammenhang nur von den alten westdeutschen Ländern die Rede. Als er 1992, relativ kurz nach der deutschen Wiedervereinigung, gefragt wurde, die Länderneugliederung jetzt wieder an Aktualität gewinne, antwortete er: „Ich bin durch meine Erfahrung sehr skeptisch geworden. Richtig ist, daß die Länder im Gebiet der ehemaligen DDR zu klein sind. Ob das aber ausreicht, um eine Länderneugliederung zu erzwingen, scheint mir sehr zweifelhaft.“ Die gescheiterte Volksabstimmung über die Fusion der Länder Berlin und Brandenburg im Jahre 1996 gab Krause recht. (Lindemann 10)

¹²⁹¹ Einen Überblick über die verschiedenen Phasen der Gliederung des Gebiets des heutigen Deutschlands in den vergangenen Jahrhunderten gibt das Luther-Gutachten 51. - Einen Überblick mit einer kurzen Darstellung der Geschichte der Neugliederungsproblematik im Deutschen Reich bis 1918 findet man im Ernst-Gutachten 21-24. Ebd., S.24-26, findet sich eine geraffte Darstellung der Neugliederung des Deutschen Reiches von 1918 bis 1945. Die Gliederung des Bundesgebietes von 1945 bis 1949 ist ebd., S.26-28, dargestellt. Einen ausgezeichneten Überblick der Neugliederungsdiskussion in der Bundesrepublik zwischen 1949 und 1972 findet sich ebd., S.28-35.

nach dem Ende des Kaiserreichs im Jahre 1918 entflammte mit Einführung des Prinzips der Volkssouveränität die Diskussion unter Politikern, Verwaltungsfachleuten, Juristen und Geographen und dauert bis in die Gegenwart an - freilich mit wenig greifbaren Resultaten.¹²⁹² Der Rhein-Neckar-Raum als bedeutende industrielle Agglomeration, die gleich von mehreren Ländergrenzen durchschnitten wird, stand dabei immer im Mittelpunkt der Diskussion. So wird es verständlich, daß die Mannheimer Oberbürgermeister Hermann Heimerich und Hans Reschke auch auf bundesdeutscher Ebene im Rahmen der Diskussion über die Länderneugliederung eine Rolle spielten.¹²⁹³

Der Sachverständigenausschuß für die Neugliederung des Bundesgebietes, in dem Heimerich Mitglied war, legte im Jahr 1955 das sogenannten Luther-Gutachten mit zahlreichen detaillierten Vorschlägen zur Neugliederung des mittelwestdeutschen Raumes vor.¹²⁹⁴

Matz beschrieb die Geschichte der Neugliederungen von 1919 bis in die Gegenwart und kristallisierte aus den verschiedenen Ansätzen drei Möglichkeiten heraus, um die Grenzsituation des Rhein-Neckar-Raumes zu überwinden. Die erste ist die Wiederherstellung des Gebiets der alten Kurpfalz. Dies hätte den Vorteil, daß die gesamte Agglomeration des Rhein-Neckar-Raumes nicht durch Grenzen durchschnitten werde, liefe aber letztlich darauf hinaus, daß in Deutschland kleine Bundesländer gebildet würden. Matz bezeichnete die Realisierungschancen dieser Idee als illusionär, weil man nicht erwarten könne, daß die staatsbildende Kraft eines Territoriums, das vor 150 Jahren untergegangen sei, ausreiche, um eine reibungslose Integration aller Landesteile eines möglichen Bundeslandes Kurpfalz zu bewerkstelligen.¹²⁹⁵

Die zweite Lösung, von Weitzel 1926 ins Spiel gebracht und als Bundesland Mittelwest C im Ernst-Gutachten 1972 wiederaufgenommen, würde zwar den Rhein-Neckar-Raum vereinigen, seine Grenzsituation aber nicht grundsätzlich beseitigen, denn wenige Kilometer südlich von Hockenheim verlief eine neue Landesgrenze. Als wichtigstes Argument gegen eine solche Lösung führte Matz ins Feld, daß der Rhein-Neckar-Raum auf diese Weise in die Gravitation des Rhein-Main-Gebietes geraten und Mannheim so zu einer Dependence von Frankfurt degradiert werden würde. Als dritte Lösung bezeichnete Matz eine Möglichkeit, die von verschiedenen Wissenschaftlern entwickelt und im Gefolge des Krause-Plans

¹²⁹² Matz (1997) 240

¹²⁹³ Ebd.

¹²⁹⁴ Luther-Gutachten 113-120

als Lösung D im Ernst-Gutachten von 1972 veröffentlicht wurde. Nach diesem Plan wären die Länder Baden-Württemberg und Saarland mit der Pfalz vereint worden.¹²⁹⁶ Matz bezeichnete sie als die realistischste und vernünftigste, aber nicht als problemlos, weil sie die föderale Ordnung in ganz Deutschland verändern würde. Da die anderen Bundesländer dies sicher nicht ohne großen Widerstand akzeptieren würden, hielt Matz auch die Realisierung dieser Lösung für unwahrscheinlich. Deshalb kam Matz zu dem Schluß, daß im Rhein-Neckar-Raum „auch in Zukunft alles so bleibt, wie es ist.“¹²⁹⁷

Die rechtliche Grundlage für eine Veränderung der Ländergrenzen lieferte der Artikel 29 des Grundgesetzes, der die Möglichkeit zur Neugliederung der Bundesländer eröffnete.¹²⁹⁸ Genau genommen war der Artikel 29 mehr als die Ermöglichung einer Länderneugliederung. Mit der Formulierung „Das Bundesgebiet ist ... durch Bundesgesetz neu zu gliedern“ hat der Gesetzgeber einen zwingenden Auftrag gegeben. Artikel 29 Abs.1 GG ist nicht nur eine bloße Ermächtigung, sondern enthält ein Verfassungsgebot.¹²⁹⁹

Aufgrund eines Bundestagsbeschlusses vom 13. Juni 1951 setzte die Bundesregierung einen Sachverständigenausschuß ein, der im September 1952 seine Arbeit aufnahm und im Oktober 1955 seine Ergebnisse veröffentlichte („Gutachten des Ausschusses für innergebieliche Neuordnung“).¹³⁰⁰ Der Kommission, dessen Vorsitzender der ehemalige Reichskanzler Hans Luther war, gehörten Vertreter aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft an, unter ihnen zum Beispiel Hermann Abs,¹³⁰¹ Mannheims Oberbürgermeister Heimerich, der ehemalige bayerische Staatsminister Hundhammer und der frühere baden-württembergische Justizminister Beyerle.¹³⁰²

¹²⁹⁵ Matz (1997) 249

¹²⁹⁶ Ernst-Gutachten 128 - Krause sagte noch 20 Jahre später, daß er nach wie vor jedes Wort des Ernst-Gutachtens unterschreiben könne. (Krause 111 in Schaab (1993))

¹²⁹⁷ Matz (1997) 245-250

¹²⁹⁸ Artikel 29 in der Fassung des Jahres 1955 publiziert im Luther-Gutachten 9

¹²⁹⁹ BVerfGE 5,39; Ernst-Gutachten 41

¹³⁰⁰ Ernst-Gutachten 29 - Das Gutachten ist publiziert: Bundesminister des Innern (Hg.), Die Neugliederung des Bundesgebietes - Gutachten des von der Bundesregierung eingesetzten Sachverständigenausschusses, Bonn 1955 - Die Sachverständigenkommission zur Neugliederung des Bundesgebietes unter Vorsitz des ehemaligen Reichskanzlers Hans Luther (1879-1962) tagte von 1952 bis 1955. Wie Hans Luther in seinen Memoiren resignierend feststellte, stammte der Widerstand gegen eine Neugliederung nicht nur von den Abgeordneten und Beamten, sondern von jedermann, der eine gute Position innehatte, zum Beispiel auch in den Wirtschaftsverbänden. (Luther 424)

¹³⁰¹ Hermann Abs (1901-1994) war einer der berühmtesten deutschen Finanzfachleute der Nachkriegszeit. Von 1957 bis 1967 war er Vorstandssprecher der Deutschen Bank, anschließend Aufsichtsratsvorsitzender. (Meyers, 3. aktualisierte Auflage (1990), Bd. 1; Auskunft der Deutschen Bank vom 5.8.99)

¹³⁰² Luther-Gutachten 13-14

Der Ausschuß hielt eine umfassende Neugliederung nicht für notwendig, da die meisten Bundesländer den Anforderungen des Art. 29 Abs. 1 GG entsprächen. Nur in Mittelwestdeutschland sei eine Neugliederung wegen der Zerschneidung von Ballungsräumen durch Ländergrenzen notwendig. Der Ausschuß formulierte sieben Varianten, ohne sich auf eine Präferenz festzulegen:

- ▶ Erhaltung des Landes Rheinland-Pfalz mit einigen Ergänzungen (vergrößertes Rheinland-Pfalz)
- ▶ Pfalz zu Bayern (Rheinhessen zu Hessen und Koblenz-Trier zu Nordrhein-Westfalen)
- ▶ Pfalz zu Baden-Württemberg (Rheinhessen zu Hessen und Koblenz-Trier zu Nordrhein-Westfalen)
- ▶ Pfalz an das alte Land Baden (Rheinhessen zu Hessen und Koblenz-Trier zu Nordrhein-Westfalen)
- ▶ Zusammenlegung von Rheinland-Pfalz, Hessen und Nordbaden („Größere Lösung Mittelwestdeutschland“)
- ▶ Zusammenlegung von Rheinland-Pfalz, Hessen und Nordbaden, aber ohne den Raum Koblenz-Trier (dieser zu Nordrhein-Westfalen) („Kleinere Lösung Mittelwestdeutschland“)
- ▶ Ein neues Land beiderseits des Rheins (Rhein-Pfalz und Nordbaden) und ein Land Hessen mit Rheinhessen (Koblenz-Trier zu Nordrhein-Westfalen)¹³⁰³

Letztlich wurde keiner der Vorschläge realisiert. Die Bundesregierung entschloß sich, die Neugliederung im Hinblick auf die in ferner Zukunft erhoffte Wiedervereinigung zurückzustellen.¹³⁰⁴

Krause bezeichnete es als zwingende Forderung für jede Neugliederung, daß die Rheingrenze fallen müsse. Das Rhein-Main- und das Rhein-Neckar-Gebiet dürften in Zukunft nicht mehr von Ländergrenzen zerschnitten werden.¹³⁰⁵ Im Jahr 1969 legte er einen Plan auf den Tisch, das Saarland, die Pfalz und das hessische Gebiet Viernheim an Baden-Württemberg anzugliedern, dagegen die Regierungsbezirke Koblenz, Trier, Montabaur und Rheinhessen dem Land Hessen zuzuschlagen und damit ein „Land Mittelwest“ zu bil-

¹³⁰³ Ernst-Gutachten 29

¹³⁰⁴ Ebd.

¹³⁰⁵ Mannheimer Morgen v. 6.10.69

den.¹³⁰⁶ In der Südpfalz stieß sein Vorschlag auch deshalb auf Interesse, weil sich dieses Gebiet in Rheinland-Pfalz nicht integriert fühlte und den alten Bindungen über den Rhein nachtrauerte. Krause begründete seine Forderung nach einer Zusammenlegung der Länder mit einer ausgewogenen Größe und Finanzkraft der Länder.¹³⁰⁷

Krauses Ziel waren „wohlausgewogene“ Länder, bei denen der horizontale Finanzausgleich entfallen könnte. Immerhin zahlte Baden-Württemberg damals 500 Mio DM in diesen Fonds ein. Er hoffte, mit dem Argument des Finanzausgleiches die norddeutschen Länder für seine Idee zu gewinnen. Krause erwartete, daß nach der Bundestagswahl 1969 endlich die Neugliederung der Länder angegangen werde. Tatsächlich hätte nach den Berechnungen der Sachverständigenkommission das Steueraufkommen zwischen dem reichsten und ärmsten Bundesland, das bisher zwischen 77 und 154 Prozent lag, nur noch zwischen 88 und 108 Prozent im ungünstigsten Fall und zwischen 94 und 102 Prozent im günstigsten Fall gelegen.¹³⁰⁸ Jedenfalls glaubte er, in der SPD eine gute Resonanz auf seine Ideen zu erkennen. Und er erwartete, daß es dort, wo erfolgreiche Volksbegehren (insbesondere in Rheinland-Pfalz) anstanden, auch zu Volksabstimmungen kommen werde.¹³⁰⁹ Dagegen schlug der hessische Ministerpräsident Osswald im Jahre 1971 vor, Rheinland-Pfalz und das Saarland mit Hessen zu vereinigen unter Einbeziehung des nordbadischen Raumes um Heidelberg/Mannheim und des bayerischen Gebietes um Aschaffenburg und unter Angleichung der Gebiete nördlich des Eifelkammes mit dem Landkreis Altenkirchen an Nordrhein-Westfalen.¹³¹⁰

In seiner Regierungserklärung vor dem Deutschen Bundestag kündigte Bundeskanzler Willy Brandt im Jahre 1969 an, daß seine Regierung den vom Artikel 29 des Grundgesetz-

¹³⁰⁶ Ernst-Gutachten 31

¹³⁰⁷ Er befand sich damit in Übereinstimmung mit den Besatzungsmächten, die den elf Ministerpräsidenten der deutschen Westzonen am 1. Juli 1948 das Dokument Nr. 2 vorgelegt haben. Dieses ermächtigte die Ministerpräsidenten, die Grenzen einzelner Länder zu überprüfen und den Militärgouverneuren Vorschläge zu unterbreiten, welche Gebietsänderungen vorzunehmen seien. Bei den Änderungsvorschlägen sollten die historischen Bezüge berücksichtigt werden, aber auch die Bildung von Ländern vermieden werden, die im Vergleich mit anderen Ländern entweder zu groß oder zu klein waren. In dem Dokument hieß es weiter: „Wenn diese Empfehlungen von den Militär-Gouverneuren nicht mißbilligt werden, sollten sie zur Annahme durch die Bevölkerung der betroffenen Gebiete, spätestens zur Zeit der Auswahl der Mitglieder der Verfassungsgebenden Versammlung vorgelegt werden.“ (Sauer (1977/1) 40) (Staatsarchiv Sigmaringen: Wü 2 acc 53/1959 Nr. 220/2)

¹³⁰⁸ Scharpf 73

¹³⁰⁹ Rhein-Neckar-Zeitung v. 16.9.69

¹³¹⁰ Ernst-Gutachten 31

zes gestellten Auftrag angehen werde.¹³¹¹ Der damalige Bundesinnenminister Hans-Dietrich Genscher berief daraufhin im Oktober 1970 eine Sachverständigenkommission ein, die vom ehemaligen Staatssekretär Werner Ernst¹³¹² geleitet wurde und der unter anderem Mannheims Oberbürgermeister Reschke und Professor Fritz W. Scharpf angehörten. Deren Aufgabe war es, „neue Grundlagen für eine zeitgemäße Neugliederung des Bundesgebietes zu erarbeiten. Die Kommission sollte in Form eines Berichts Lösungsvorschläge unterbreiten, die gemäß Art. 29 Abs. 1 GG darauf abzielen, Bundesländer zu schaffen, die nach ihrer räumlichen Abgrenzung, ihrer Bevölkerungszahl und ihrer Wirtschaftskraft ausgewogener sind als die jetzigen Bundesländer.“¹³¹³

Im Jahre 1972 unterbreitete die Kommission ihre Vorschläge. Die Gutachter gingen dabei von vier Grundsätzen aus: Erstens könne der föderative Staat nur funktionieren, wenn die Kooperation zwischen Bund und Ländern und unter den Ländern funktioniere. Dies setze leistungsfähige, ausgewogene Länder voraus. Zweitens sollten die Länder in Bezug auf ihre Finanzkraft so beschaffen sein, daß sie ihre Ausgleichsfunktion zwischen verschiedenen strukturierten Ländern erfüllen. Drittens sollten zusammengehörende Wirtschaftsräume nicht durch Ländergrenzen zerschnitten werden. Und viertens würde eine Neugliederung das demokratische Prinzip stärken, weil starke Länder mehr politische Verantwortung übernehmen könnten.¹³¹⁴

Die Kommission empfahl, in Westdeutschland (ohne Berlin) die Zahl der Bundesländer von zehn auf fünf oder sechs zu reduzieren. Nordrhein-Westfalen und Bayern sollten im wesentlichen unverändert bleiben. Für den Norden der Bundesrepublik entwickelte sie zwei Lösungsalternativen: Die Lösung A sah nur ein Bundesland vor, während die Lösung B zwei Länder umfassen sollte, ein Bundesland Nordost und ein Bundesland Nordwest.¹³¹⁵

¹³¹¹ Ebd. 13

¹³¹² Werner Ernst (geb. 1910) war Professor für Rechtswissenschaften an verschiedenen deutschen Universitäten, von 1968 bis 1980 Direktor des Zentralinstituts für Raumplanung, von 1970 bis 1972 Vorsitzender der Kommission für die Neugliederung des Bundesgebietes. (Habel, Walter, Wer ist Wer? 25. Auflage, Lübeck 1995, Seite 299)

¹³¹³ Ernst-Gutachten 11-13. - Die Kommission bestand insgesamt aus zwölf unabhängigen Sachverständigen, die ihre Arbeit im November 1972 abschloß und ihren Bericht dem Bundeskanzler im Februar 1973 vorlegte. (Ernst 10)

¹³¹⁴ Ernst 11

¹³¹⁵ Ernst-Gutachten 17

Für die konkreten Vorschläge zur Neugliederung des mittel- und südwestdeutschen Raumes im Bereich der Länder Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland und Baden-Württemberg war maßgebend, die Verdichtungs- und Entwicklungsachse des Rheintales nicht zu durchschneiden und die Stadtregionen Mainz/Wiesbaden, Mannheim/Ludwigshafen und Karlsruhe nicht durch Landesgrenzen zu trennen. Es wurden zwei Lösungen erarbeitet, die Lösung C mit den Bundesländern Mittelwest C und Südwest C, sowie die Lösung D mit den Bundesländern Mittelwest D und Südwest D. Die Lösungen für den Norden bzw. Mittelwest/Südwest waren voneinander unabhängig und jeweils miteinander kombinierbar. Außerdem schlug die Kommission kleinere Grenzänderungen in den Räumen Ulm/Neu-Ulm, Wertheim/Tauberbischofsheim, Ahrweiler/Neuwied, Altenkirchen, Osnabrück/Tecklenburg und Kassel/Münden vor.¹³¹⁶

Die sogenannte Lösung C wurde auch als „Osswald-Plan“ bezeichnet, benannt nach dem damaligen hessischen Ministerpräsidenten. Sie sah die Bildung eines Bundeslandes Mittelwest C im wesentlichen mit den Ländern Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland vor, sowie ein Bundesland Südwest C. Dieses entsprach dem Land Baden-Württemberg ohne die Stadtkreise Mannheim und Heidelberg sowie den neuen Rhein-Neckar-Kreis, unter Hinzufügung eines Teils des rheinland-pfälzischen Kreises Germersheim und des neu gebildeten bayerischen Illerkreises (Raum Neu-Ulm) vor.¹³¹⁷ Die andere Lösung wurde nach seinem Urheber „Krause-Plan“ oder Lösung „D“ genannt.¹³¹⁸ Das Land Mittelwest D sollte im wesentlichen die Länder Hessen und Rheinland-Pfalz ohne die Pfalz umfassen. Das neugebildete Bundesland Südwest D sollte folgende Gebiete einschließen: im wesentlichen die Länder Baden-Württemberg und Saarland sowie die Pfalz, den hessischen Landkreis Bergstraße mit Ausnahme der Gemeinden Bensheim, Einhausen, Heppenheim a.d. Bergstraße, Lautertal, Lindenfels, Lorsch und Zwingenberg sowie die kreisfreie Stadt Worms und die Gemeinden Bechtheim, Bermersheim, Eich, Flörsheim-Dalsheim, Gundersheim, Gundheim, Hamm, Hohen-Sülzen, Mettenheim, Mölsheim, Mörsstadt, Mons-

¹³¹⁶ Ernst-Gutachten 17

¹³¹⁷ Ernst-Gutachten 127 - Zum genauen Grenzverlauf: Ernst-Gutachten 191-192. Für den nördlichen Teil der Bundesrepublik Deutschland schlugen sie alternativ ein Bundesland Nord, bestehend aus Bremen, Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein, oder ein Bundesland Nordost aus den Ländern Schleswig-Holstein, Hamburg und den an die Elbe angrenzenden Gebieten Niedersachsens sowie ein Bundesland Nordwest, zusammengesetzt aus Bremen und den übrigen Teilen Niedersachsens vor (Ernst 12-14).

¹³¹⁸ Vgl. auch Kleefoot 53

heim, Monzernheim, Offstein, Osthofen, Wachenheim und Westhofen aus dem Kreis Alzey-Worms und den bayerischen Illerkreis.¹³¹⁹

Die Kommission favorisierte die Lösung D, die im wesentlichen auf den Vorschlägen von Walter Krause beruhte. Für die Lösung D sprach aus Sicht der Kommission neben der größeren wirtschaftlichen Ausgewogenheit der Länder auch die landsmannschaftliche Verbundenheit. Die Kommission hatte gegen die Lösung C mit der Abtrennung des Mannheim/Heidelberger Raumes aus Baden-Württemberg eher Bedenken als gegen die Ausgliederung der Pfalz aus Rheinland-Pfalz bei der Lösung D. Denn die Pfalz sei im Bereich der Westpfalz auf Kaiserslautern als Oberzentrum ausgerichtet, im Bereich der Vorderpfalz auf die Zentren des Rhein-Neckar-Raums, insbesondere Ludwigshafen und Mannheim. Demgegenüber wirkten Mannheim (und Heidelberg als kulturelles Zentrum) stark in den nordbadischen Raum hinein. Die bei der Lösung C vorgesehene Grenze zwischen diesem Raum und den Funktionsbereichen um Heilbronn und Karlsruhe könne die gewachsenen landsmannschaftlichen Verbundenheiten und geschichtlich-kulturellen Zusammenhänge zerschneiden.¹³²⁰

Die Parteien bildeten zahlreiche Gremien, die sich mit der Frage der Neugliederung beschäftigten: bei der SPD war es zum Beispiel der Parteiausschuß für Kommunalpolitik und die Arbeitskreise Inneres und Wirtschaftspolitik und eine Arbeitsgruppe der Fraktionen der betroffenen Länderparlamente, bei der CDU/CSU der Bundesfachausschuß für Innenpolitik und der Arbeitskreis christdemokratischer Juristen, bei der FDP die Fraktionsvorsitzendenkonferenz.¹³²¹

Walter Krause forderte, die vorgesehene Entscheidung durch das Volk nun tatsächlich herbeizuführen. Er war der Meinung, die Chancen für eine Neugliederung seien noch nie so gut gewesen. Durch die in den Jahren 1970 bis 1975 durchzuführenden Volksentscheide in Rheinhessen, Montabaur und Koblenz-Trier trete die Neugliederungsdebatte in eine entscheidende Phase.¹³²²

¹³¹⁹ Ernst-Gutachten 128 - Genauer Grenzverlauf: Ernst-Gutachten 193-196

¹³²⁰ Ebd. 185-188, 203-204

¹³²¹ Ernst 61

¹³²² Mannheimer Morgen v. 12.11.69. Der damalige rheinland-pfälzische Ministerpräsident Helmut Kohl war übrigens der Ansicht, daß der Föderalismus verspielt habe, wenn es nicht gelinge, bis spätestens Ende der 70er Jahre die Neugliederung zugunsten größerer, selbständig lebensfähiger Länder durchzuführen.

Zu einer Neugliederung der Länder kam es jedoch außer bei der Vereinigung von Baden und Württemberg nie, weil die Politiker, wie Hans-Dietrich Genscher nach der Vorlage des Ernst-Gutachtens schrieb, auch Kategorien zu berücksichtigen hätten, denen die Kommission in ihrer strengen Beschränkung auf die reine Materie nicht verpflichtet sein durfte.¹³²³ Das hieß, die Politiker hätten auch die Wünsche der Bevölkerung zu berücksichtigen. Die richteten sich eindeutig am Status quo aus. Ministerpräsident Helmut Kohl zitierte eine umfassende Studie zur Neugliederung, die eine Befragung der Bürger mit einschloß. Dabei sprachen sich fast 60 Prozent der Rheinland-Pfälzer dafür aus, daß ihr Land selbständig bleiben solle.¹³²⁴

Walter Krause fiel es sichtlich schwer, im Laufe der Zeit die Aussichtslosigkeit seiner Bestrebungen anzuerkennen. 1985 sagte er anläßlich der Verleihung der Hermann-Heimerich-Plakette, lange Zeit habe er versucht, die ehemals kurpfälzischen Gebiete links und rechts des Rheins zu einem Bundesland zu vereinen, durch den Erfolg bei der Bildung des Landes Baden-Württemberg im Jahr 1952 habe er sich ermutigt gefühlt.¹³²⁵ Diese Erfahrung, die mathematische Logik seiner Argumente und die eigene emotionale Bindung an die Kurpfalz waren es wohl, die Walter Krause, ansonsten stets Pragmatiker, in dieser Frage so lange die Realitäten nicht anerkennen ließen.¹³²⁶

Aber hätte eine territoriale Neugliederung überhaupt die erhofften positiven Auswirkungen gehabt? Matz übte Kritik an der seiner Ansicht nach ausufernden Diskussion um dieses Thema, die er für eine deutsche Besonderheit hielt. Auch wenn in anderen Staaten gelegentlich über eine innere Neugliederung ihres Staatsgebietes nachgedacht werde, so sei doch deren innere Ordnung von erstaunlicher Stabilität. Gerade in den für ihre föderale Ordnung bekannten Staaten wie den Vereinigten Staaten und der Schweiz „wurden und werden Grenzen der Bundesglieder niemals in Frage gestellt und nur in wenigen Extremfällen je geändert“. Dies sei um so erstaunlicher, als in der Schweiz mit ihren extrem unübersichtlichen und jeglicher naturräumlichen wie wirtschaftsgeographischen Rationalität widersprechenden Binnengrenzen sogar die Rationalität des ancien régime konserviert, und in den USA sehr viele Agglomerationen von Staatsgrenzen zerschnitten würden. Als Beispiel nannte er New York, das zu einer der größten und wirtschaftsstärksten Agglomera-

¹³²³ Genscher 19

¹³²⁴ Kohl 55

¹³²⁵ Krause (1985) 22

tionen der Welt aufgestiegen sei, obwohl der Ballungsraum zu verschiedenen Bundesstaaten gehöre. Als das wohl extremste Beispiel einer durch politisch-administrative Grenzen stark durchschnittenen Wirtschaftsraumes bezeichnete Matz das schweizerische Basel. Der Kanton Basel-Stadt umfasse nur die winzige Fläche von 37 Quadratkilometern, was einem Viertel der Fläche Mannheims entspreche. Dieses winzige Basler Kernterritorium werde nach Westen, Norden und Osten durch Staatsgrenzen eingeschlossen. Trotzdem habe es die Stadt zu bedeutendem Wohlstand und zum höchsten Bruttosozialprodukt aller am Rhein gelegenen Städte gebracht. Wenn, so folgerte Matz, die Argumente der Kommunalpolitiker, Raumplaner und Wirtschaftsgeographen für eine durchgreifende Länderneugliederung zuträfen, dann hätten sie sich in Basel bewahrheiten müssen. Da dem nachweislich nicht so sei, hätten die Nachteile durch Grenzen, die es zweifelsohne gibt, nicht die Bedeutung, die die Befürworter einer Länderneugliederung ins Feld führten.¹³²⁷

Einen Beleg für den relativ geringen Nachteil von Grenzen in Bezug auf die Entwicklung eines wirtschaftlichen Ballungsraumes sah Matz gerade auch in der Entwicklung Mannheims. Dieses habe gerade während des Kaiserreiches, als die innerstaatlichen Grenzen unverrückbar schienen, einen rasanten Aufstieg genommen. Zählte die Stadt bei der Reichsgründung nur knapp 40 000 Einwohner, war sie bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges auf 220 000 Einwohner gewachsen und gehörte damals zu den größten Städten Deutschlands. Deshalb wunderte sich Matz nicht darüber, daß in vielen Gutachten und Publikationen quantifizierbare Angaben und die Benachteiligung einer Region durch Grenzen fehlten. Auch die Nachteile beim öffentlichen Nahverkehr würden in letzter Zeit durch eine pragmatische, grenzübergreifende Kooperation abgemildert. Aus all dem zog Matz den Schluß, daß offenbar andere Strukturen als die politische Administration und territoriale Ordnung über den Aufstieg bzw. Niedergang einer Metropole entscheidend seien.¹³²⁸ Auch wenn Matz die territoriale Wiederauferstehung der Kurpfalz für illusionär hielt, so war für ihn die kurpfälzische Identität des rechtsrheinischen Raums ein „unauslöschliches Vermächtnis und Erbe“, dem sorgsame Pflege gebühre. Die kurpfälzische Tradition gehöre im deutschen Südwesten zu den stärksten und lebendigsten. Sie werde sich,

¹³²⁶ Bartholomäi 18

¹³²⁷ Matz (1997) 252

¹³²⁸ Ebd.

so Matz, neben der altwürttembergischen, altbadischen, hohenzollerischen, vorderösterreichischen, hohenlohischen und oberschwäbischen auch in Zukunft glänzend behaupten.¹³²⁹

Krause war aber nicht der Mann, der nach der Erkenntnis, daß eine Vereinigung der Kurpfalz unter dem Dach eines Bundeslandes nicht zu machen war, seine Bemühungen um eine Verbesserung der Situation seiner Heimat ganz aufgegeben hätte. Vielmehr versuchte er, die durch die Aufteilung der Kurpfalz auf mehrere Bundesländer entstandene Situation durch praktische grenzüberschreitende Politik abzumildern. Krause stellte fest, dem Rhein-Neckar-Raum bleibe unter den gegebenen Umständen nur der Weg der Kooperation.¹³³⁰ Wenn der Durchbruch zum regionalen Denken überall gelinge und allen Beteiligten bewußt werde, daß gemeinsames Handeln Vorteile für alle bringe, dann würden sich die Zukunftschancen des Rhein-Neckar-Raumes beträchtlich verbessern. Die wichtigsten Voraussetzungen hierfür seien ein starkes Gemeinschaftsbewußtsein, ein entschiedener Wille zur Kooperation und die Bereitschaft zum gemeinsamen Handeln.¹³³¹

Die institutionelle Grundlage dafür hatte Krause schon lange zuvor, im Rahmen der Kreis- und Gemeindereform, gelegt. Damals wurde Baden-Württemberg in zwölf Regionen eingeteilt. Eine davon ist die Region Unterer Neckar, die aus den Stadtkreisen Mannheim und Heidelberg, dem Rhein-Neckar-Kreis und dem Neckar-Odenwald-Kreis besteht. Der größte Teil dieses Regionalverbandes gehört zum Rhein-Neckar-Raum, einer Drei-Länder-Region, die auch die Vorderpfalz und den hessischen Landkreis Bergstraße umfaßt.

Neben der Aufteilung von ganz Baden-Württemberg in zwölf Regionen gab es auch eine spezifische Initiative für den Rhein-Neckar-Raum, deren treibende Kraft ebenfalls Walter Krause war. Es handelte sich um den am 3. März 1969 geschlossenen Staatsvertrag zwischen Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Hessen, der das Ziel verfolgte, die Ländergrenzen besser zu überbrücken. Betroffen waren auf baden-württembergischer Seite das Gebiet der Stadtkreise und Landkreise Heidelberg und Mannheim, in Hessen das Gebiet

¹³²⁹ Matz (1997) 253

¹³³⁰ Krause (1981/1) 57

¹³³¹ Streit 75 - Vgl. Krause (1981/1) 59-60

des Landkreises Bergstraße und in Rheinland-Pfalz die Region Vorderpfalz.¹³³² Auf dieser Grundlage wurde am 30. April 1970 der Raumordnungsverband Rhein-Neckar ins Leben gerufen, zuständig für grenzüberschreitende Fragen im Dreiländereck Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Hessen.¹³³³ Ihm gehörten die Planungsgemeinschaft Rheinpfalz, der Kreis Bergstraße und der Regionalverband Unterer Neckar an. Walter Krause erklärte sich sofort bereit, in dem neuen Gremium während der schwierigen Startphase aktiv mitzuarbeiten.¹³³⁴

Von 1974 bis 1985 war Krause SPD-Fraktionsvorsitzender im Raumordnungsverband Rhein-Neckar und im Regionalverband Unterer Neckar.¹³³⁵ Mit Nachdruck setzte er sich für eine gemeinsame Geschäftsstelle des Raumordnungsverbandes Rhein-Neckar, des Regionalverbandes Unterer Neckar und der Planungsgemeinschaft Rheinpfalz ein.¹³³⁶ Neben seinem Eintreten für einen Verkehrsverbund war auch seine Suche nach gemeinsamen Lö-

¹³³² Ludwig 71. Zum Zustandekommen des Staatsvertrages vergleiche auch Pahl 88. Auf dieses Abkommen gehen auch die Regelungen zwischen Baden-Württemberg und Bayern für Ulm und Neu-Ulm zurück. Ein Vorläufer des Raumordnungsverbandes war die 1951 gegründete „Kommunale Arbeitsgemeinschaft Rhein-Neckar GmbH“ (KAG). Die KAG, vom damaligen Mannheimer Oberbürgermeister Heimerich angeregt, umschloß die Städte Mannheim, Ludwigshafen, Heidelberg und Viernheim sowie die Landkreise Ludwigshafen und Heidelberg. (Raumordnungsverband Rhein-Neckar 6). - Der Text des Staatsvertrages ist nachzulesen im Gesetzblatt für Baden-Württemberg, Jg. 1969, 151-152, hg. vom Staatsministerium Baden-Württemberg, veröffentlicht am 5. August 1969. - Den Staatsvertrag unterzeichnete im übrigen Walter Krause in Vertretung von Ministerpräsident Filbinger. (Neckenaue (1985) 8-9)

¹³³³ Stephan 116 - Die konstituierende Sitzung fand am 22. Mai 1970 statt. (Krause (1985) 23) - Informationen zum Raumordnungsverband in: Raumordnungsverband Rhein-Neckar (Hg.), Der Raumordnungsverband Rhein-Neckar, Bernd Oehler, Klaus Mandel (Redaktion), Mannheim 1995. Oberstes Organ des Raumordnungsverbandes ist die Verbandsversammlung mit 66 Mitgliedern. 23 davon entsendet die Regionalvertretung Rheinpfalz, 12 der Kreistag des Landkreises Bergstraße und 31 die Verbandsversammlung Unterer Neckar. Alle drei Verbände haben eine gemeinsame Verwaltung, die vom Verbandsdirektor geleitet wird. Angegliedert sind die Geschäftsstellen von ZARN (Zweckverband Abfallwirtschaft Rhein-Neckar), ZRN (Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Neckar) und RND (Arbeitskreis Rhein-Neckar-Dreieck). Der Raumordnungsverband arbeitet als eine Art Scharnier zwischen länderinterner Regionalplanung und den für den Rhein-Neckar-Raum grenzüberschreitend festgestellten Planungszielen. Dazu gehören ein einheitliches regionales Gesamtverkehrssystem, einheitliche Maßstäbe für die Funktionsbestimmung zentraler Orte in ihrer Bedeutung für die Siedlungs- und Verkehrsstruktur, die Abgrenzung zu Siedlungsräumen und zu schützenden Freiräumen, der Schutz der Rheinauenlandschaft und sonstiger markanter Landschaftsformen, die Planung von Standorten und Trassen für gesamtäumlich bedeutsame Projekte und die Standortsicherung für regionale Ver- und Entsorgungssysteme. - Der Verband umfaßt auf einer Fläche von 3324 Quadratkilometern etwa die Hälfte des Gebietes der Region Unterer Neckar, den Kreis Bergstraße sowie den Raum Vorderpfalz der Region Rheinpfalz.

¹³³⁴ Pahl 88

¹³³⁵ Krause (1994/4) - Die SPD-Fraktion im Raumordnungsverband stiftete anlässlich von Walter Krauses 80. Geburtstag im Jahre 1992 den „Walter-Krause-Medienpreis“, der an Journalisten verliehen wird, die sich in besonderer Weise mit dem Rhein-Neckar-Raum befassen. Der Preis wurde 1992 an Sigrid Ditsch verliehen, 1995 an Edelgard Seitz. (Die Rheinpfalz v. 18.12.92) - Als weitsichtiger Politiker achtete Krause immer darauf, daß Hessen in diesen Gremien nicht majorisiert wurde. Außerdem schaffte er durch viel Überzeugungsarbeit den schwierigen Interessenausgleich zwischen großstädtisch und mehr ländlich geprägten Kommunen und zwischen Stadt- und Landkreisen. (Schmitz 101)

sungen im Bereich der Hochwasser- und Grundwassersicherung und der Abfallentsorgung wegweisend.¹³³⁷ Sein Grundsatz, nach dem er in den drei Funktionen handelte, hieß: „Wir tun so, als ob wir alle Zuständigkeiten hätten.“¹³³⁸ Der Erfolg blieb nicht aus. Der lange Prozeß der regionalen Willensbildung führte 1978 zur Vorlage des ersten gemeinsamen Raumordnungsplanes. 1979 haben die drei obersten Landesplanungsbehörden dem Plan zugestimmt. Im selben Jahr wurde die Nahverkehrsgemeinschaft Rhein-Neckar gegründet.¹³³⁹ Im Jahr 1986 wurde die erste Verbundstufe im Gemeinschaftstarif eingeführt. Im Bereich der Abfallwirtschaft haben sich die Stadtkreise Mannheim und Heidelberg und der Rhein-Neckar-Kreis zum „Zweckverband Abfallwirtschaft Rhein-Neckar“geschlossen. Die Wasserversorgung Kurpfalz und eine gemeinsame Werbung für die Kurpfalz wurden ins Leben gerufen.¹³⁴⁰ Wie Klaus Fischer, stellvertretender Verbandsdirektor des Raumordnungsverbandes Rhein-Neckar, bestätigte, habe sich Krause in unermüdlicher Kleinarbeit um die planungspolitische Konzeption und Durchsetzung des Verkehrsverbundes im Rhein-Neckar-Raum verdient gemacht.¹³⁴¹ Der Verkehrsverbund Rhein-Neckar wäre ohne ihn sicher nicht so schnell realisiert worden.¹³⁴²

Krause fand beim Ausgleich der Interessen zwischen den verschiedenen Regionen und Ländern, mit seiner natürlichen Befähigung zum Versöhnen, ein geradezu ideales Betäti-

¹³³⁶ Informationen zu den drei Verbänden im Internet unter folgender Adresse: <http://www.region-rhein-neckar-dreieck.de>

¹³³⁷ Kohler 56

¹³³⁸ Krause (1994/4)

¹³³⁹ Krause (1981/1) 58 - Der Verkehrsverbund Rhein-Neckar stellt ein einheitliches Tarifsysteem von weitgehend aufeinander abgestimmten Bussen und Bahnen von 17 Unternehmen des Nahverkehrs dar. Die gesamte Verkehrskonzeption geht auf Entwürfe zurück, die zunächst in Raumordnungsplänen formuliert worden waren. Diese Pläne basieren wiederum auf Verkehrsuntersuchungen der Region, die im ersten Raumordnungsplan des Raumordnungsverbandes Rhein-Neckar im Jahr 1978 festgelegt worden waren. Erste Vorstellungen in Richtung eines einheitlichen Verkehrssystems datieren aus den frühen siebziger Jahren. Die erste Vorstufe des Verkehrsverbundes war die 1973 gegründete und 1979 flächendeckend auf das Gesamtgebiet des Raumordnungsverbandes ausgedehnte Nahverkehrsgemeinschaft Rhein-Neckar (NRN), deren Mitglieder die Nahverkehrsunternehmen, die Stadt- und Landkreise, die drei Länder und der Raumordnungsverband waren und die zunächst einen Gemeinschaftstarif für Zeitkarten einführt. Kommunen und Kreise schlossen sich dann 1984 zum Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Neckar (ZRN) zusammen. Dieser Zweckverband führte seinerseits in Zusammenarbeit mit den Ländern und dem Bund die Gründung des eigentlichen Verkehrsverbundes Rhein-Neckar (VRN) als ausführendes Unternehmen herbei. Seit dem 1. Dezember 1989 fahren die Nahverkehrsunternehmen im Verkehrsverbund zum einheitlichen Tarif. (Raumordnungsverband Rhein-Neckar (Hg.), Der Raumordnungsverband Rhein-Neckar, P 7,20-21, 68161 Mannheim, Mannheim 1995, S.19-20).

¹³⁴⁰ Zundel 133 - Die Kooperation auf diesen Gebieten hat Walter Krause bereits 1981 angeregt. Nachzulesen in: Krause, Walter, Zukunftsperspektiven der Kurpfalz, in: Mannheimer Hefte, Jg. 1981, S.58-60

¹³⁴¹ Fischer 26 - Adresse des Verkehrsverbundes Rhein-Neckar GmbH: B1, 3-5, 68159 Mannheim. Dort befindet sich auch das Archiv. Internet: www.vrn.de.

gungsfeld. Fischer bezeichnete Krause deshalb als den „Advocatus regionis“ des Rhein-Neckar-Raumes. In einem Alter, in dem andere längst Ruheständler sind, wurde Krause zum „Handlungsreisenden“ in Sachen Region Rhein-Neckar. Dabei hatte er immer die Vision vor Augen, eine Renaissance der Kurpfalz in moderner Form, nämlich eine Drei-Länder-Region mit eigener Kompetenz für die Lösung regionaler Aufgaben zu bewirken. Dabei scheute Krause auch keine pathetischen Appelle. In einem Aufsatz schrieb er einmal: „Kurpfälzer in den drei Ländern - vereint Euch! Denkt an Eure Zukunft und handelt gemeinsam!“¹³⁴³

Wie sich im nachhinein herausstellte, war diese Vision nur eine Illusion. Stephan schrieb, daß die Kurpfalz trotz aller historischen und kulturellen Gemeinsamkeiten 1802 von der Landkarte verschwunden sei. Außerdem sei die Pfalz längst kein geschlossener Wirtschaftsraum mehr. Die südliche Vorderpfalz sei auf den Ballungsraum Karlsruhe orientiert, die nördliche Vorderpfalz in den Rhein-Neckar-Raum integriert, und die Gebiete des Pfälzerwaldes und des Nordpfälzer Berglandes hätten in Kaiserslautern ihr eigenes Zentrum und tendierten schon zum Großraum Saarbrücken.¹³⁴⁴

Öffentliches und privates Engagement griffen bei Walter Krause ineinander. Von 1982 bis 1990 war er Vorsitzender des Vereins Kurpfalz. Dieser Verein wollte die links- und rechtsrheinischen Gebiete der Pfalz vereinen, vorzugsweise unter dem Dach eines Bundeslandes, das Baden-Württemberg, die Pfalz, das Saarland und Teile von Südhessen umfaßte.¹³⁴⁵ Der „Verein Kurpfalz“ legte sich deshalb demonstrativ die Bezeichnung „Aktionsgemeinschaft Bundesland Südwest“ zu. Später wurde dieser Name wieder aufgegeben. Unter dem Namen „Verein Kurpfalz“ sind die Mitglieder bis heute darum bemüht, die alten kulturellen und wirtschaftlichen Verbindungen am Leben zu erhalten.¹³⁴⁶

¹³⁴² Kleefoot 53-55. Zu seinen Bemühungen um den Verkehrsverbund vergleiche auch Rheinpfalz v. 1.3.85. Im Dezember 1979 wurde die „Nahverkehrsgemeinschaft Rhein-Neckar (NRN)“ mit 23 Mitgliedern gegründet und 1984 der „Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Neckar“ (ZRN). (Krause (1986) 12)

¹³⁴³ Krause (1986) 12 - Zitat aus Krause (1981/1) 60

¹³⁴⁴ Stephan 117

¹³⁴⁵ Lindemann 9

¹³⁴⁶ Vgl. Stephan 110



Die ehemaligen Regierungspartner Hans Filbinger und Walter Krause arbeiteten auch nach dem Ende der Großen Koalition zugunsten ihrer Heimatregion zusammen
(Quelle: Stuttgarter Zeitung vom 24. Februar 1973)

Pragmatiker mit Visionen

Krause war in seiner sachlichen Art ein Pragmatiker par excellence. Er bewies jedoch immer wieder, daß dies keineswegs die Befähigung zum visionären Denken ausschloß. Ein gutes Beispiel war sein äußerst engagiertes Eintreten für die Entwicklung der Region Rhein-Neckar. Viel früher als andere erkannte Krause, daß die neuen Verkehrs- und Kommunikationsmittel zu intensiven Beziehungen innerhalb der Regionen führen würden. In der Folge würden diese Regionen künftig kräftig an politischem und wirtschaftlichem Gewicht gewinnen, vermutete er schon im Jahre 1989 richtig: „Heute haben wir nur noch als Mittelpunkt der Region eine Chance. Und nur im Rahmen einer weitestgehenden Kooperation innerhalb der Region auf wirtschaftlichem, strukturellem und politischem Sektor hat diese Region eine Chance.“ Mannheim solle sich nicht als „Frankfurt-Süd“ fühlen, sondern gemeinsam mit der Region Rhein-Neckar eine eigene Identität entwickeln.¹³⁴⁷

Walter Krause war einer der ersten, der den Nutzen praktischer Umweltpolitik erkannte. Er sorgte sich schon um regionale Grünzüge und das Problem von Kaltluftschneisen, als andere das noch als „Spinnereien“ abtaten. Als baden-württembergischer Innenminister legte er 1969 den ersten „Umweltbericht“ eines Bundeslandes vor. Außerdem wurde unter seiner Regie im Zusammenhang mit den Wärmebelastungen infolge von Kernkraftwerken der erste Wärmelastplan (für den Rhein) gefertigt.¹³⁴⁸ Bei vielen ökologischen Themen, zum Beispiel bei der Müllentsorgung, strebte er bereits damals nach übergemeindlichen Lösungen.¹³⁴⁹

Krause vermied es allerdings, ökologischen Gesichtspunkten Priorität vor anderen Interessen einzuräumen. Immer dachte er auch ökonomisch, stets brach seine Liebe zum technisch Machbaren durch. Dabei schoß er auch mal über das Ziel hinaus. Er dachte über Entwicklungen nach, die bis heute nicht realisiert sind. So forderte er 1956 den Wirtschaftsminister auf, der Kernverschmelzungsforschung größte Beachtung zu schenken, eine Technik, die auch 40 Jahre später noch immer nicht ausgereift ist. In derselben Debatte begrüßte Krause übrigens auch die Atomforschung ausdrücklich.¹³⁵⁰ Und wenn er im Zusammenhang mit Kernkraftwerken über die Wärmebelastung der Gewässer sprach, so hat er die Atomkraft

¹³⁴⁷ Mentrup (1989)

¹³⁴⁸ Lindemann 11; Vogel 122

¹³⁴⁹ Ufer 119

nie prinzipiell in Frage gestellt, sein Bestreben war vielmehr, alles technisch Mögliche zu tun, um Gefahren durch die Technik für Mensch und Umwelt auszuschließen.¹³⁵¹

1982 setzte die SPD unter ihrem damaligen Landesvorsitzenden Ulrich Lang eine „Zukunftskommission“ ein, die die „ökonomischen, sozialen, ökologischen und kulturellen Entwicklungslinien und Herausforderungen“ für das Land Baden-Württemberg erkunden sollte. Das politische Ziel war es, vom Kurs des früheren Landesvorsitzenden Erhard Eppeler wegzukommen. Freilich war von vornherein klar, daß die Kommission das Klassenziel kaum würde erreichen können, denn der prononciert links eingestellte Bundestagsabgeordnete Hermann Scheer wurde mit der Leitung der Kommission beauftragt. Für Walter Krause in seiner Rolle als „Elder Statesman“ war die Aufgabe in diesem Gremium wie maßgeschneidert. Er konnte scharfsinnig Ursachen analysieren, ohne konkrete Lösungen aufzeigen und ohne einen Konflikt eingehen zu müssen. Die Zukunftsrisiken, die Krause und seine Kollegen entdeckten, sind dann tatsächlich auch eingetroffen: Rückgang der Zahl der Arbeitsplätze, vor allem im verarbeitenden Gewerbe, hoher Ausländeranteil, „Ver-Singleung“ der Gesellschaft mit den negativen Folgen für den Arbeitsmarkt.¹³⁵² Diese Kommission beschränkte sich jedoch auf die Beschreibung der Probleme und versäumte es, Lösungsvorschläge auszuarbeiten.

Frühzeitig hat Krause das Problem der drohenden Überalterung der deutschen Gesellschaft beschrieben. Während zu seiner Zeit auf zehn Beitragszahler vier Rentner kamen, würden es im Jahr 2030 schon acht sein. Daraus zog Krause bereits Mitte der achtziger Jahre den damals noch neuen, andererseits aber auch nicht so schweren Schluß, entweder würden sich die Beiträge verdoppeln oder die Rentenansprüche müßten halbiert werden.¹³⁵³ Krause folgerte daraus, daß es zu heftigen Verteilungskämpfen zwischen jung und alt kommen werde. Auch dies war zu jener Zeit noch relativ selten zu hören, andererseits aber unschwer vorzusehen. Schwieriger war und ist, Lösungsmöglichkeiten zu finden. Das vermied Krause. Er beließ es weitgehend bei einer bloßen Beschreibung, ohne (konfliktträchtige) Wege aus der Krise aufzuzeigen. Er schlug lediglich vor, daß die „jungen Alten“ nicht nur

¹³⁵⁰ Krause, Landtagsdebatte am 21.2.58

¹³⁵¹ Krause, Landtagsdebatte am 7.10.71

¹³⁵² Mannheimer Morgen v. 10.1.83

¹³⁵³ Stuttgarter Zeitung v. 20.9.88 - Vortrag „Die alternde Gesellschaft“, gehalten am 19.9.88, Text zum Beispiel enthalten in den Beständen der SPD-Gemeinderatsfraktion Mannheim - Weitere Ausführungen zu diesem Thema machte Walter Krause beim Fachgespräch „Die alternde Gesellschaft“ am 9.6.89 in der Rheingoldhalle (Protokoll in den Beständen der SPD-Gemeinderatsfraktion Mannheim).

zu Hause ihre „Rente verfrühstücken“ sollten, sondern, beispielsweise im Sozial- und Bildungsbereich, noch eine Pflicht erfüllen könnten, die für sie eine Genugtuung und für die Gesellschaft eine Entlastung bedeuten würde.¹³⁵⁴

Im Zusammenhang mit der Alterung unserer Gesellschaft hat sich Krause auch mit den in Deutschland lebenden Ausländern befaßt. Angesichts der steigenden Bevölkerungszahlen in der Dritten Welt sah Krause eine Verschärfung des Nord-Süd-Gefälles voraus. Er warnte davor, den Bevölkerungsrückgang von 14 Millionen Deutschen bis zum Jahr 2030 durch den Zuzug von Ausländern auszugleichen. „14 Millionen Ausländer mehr - da sehe ich bei der latenten Ausländerfeindlichkeit bis in bürgerliche Kreise eine eminente politische Gefahr“, schrieb er und sah „gewaltige Integrationsprobleme“ voraus.¹³⁵⁵

In einem vielbeachteten Vortrag vor der Vereinigung ehemaliger Mitglieder des Landtags von Baden-Württemberg prognostizierte Krause im Jahre 1989, der bevorstehende Bevölkerungsschwund werde einen verschärften Wettbewerb der Regionen auslösen. Begünstigt würden attraktive Großstädte, Verdichtungsräume und Fremdenverkehrsgebiete. Er prognostizierte eine Konzentration auf die Regionen Hamburg, Rhein-Ruhr, Frankfurt, Stuttgart und München. Dagegen würden in altindustrialisierten Gebieten, in Gegenden mit ungünstiger Arbeitsmarktsituation und im ländlichen Raum zusätzliche Probleme auftreten.¹³⁵⁶

¹³⁵⁴ Stuttgarter Zeitung v. 25.4.89; Stuttgarter Nachrichten v. 20.9.88. Vgl. Krause (1985) 25-27

¹³⁵⁵ Stuttgarter Zeitung v. 20.9.88

¹³⁵⁶ Krause (1989) 19-24; Mentrup (1989)



Zukunftskommission der SPD Baden-Württemberg

(Von links nach rechts: Walter Krause, Ulrich Lang, Hermann Scheer, Siegmard Mosdorf (seit 1990 Mitglied des Bundestages, seit 1998 Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie))

(Quelle: privat)

Ambivalentes Verhältnis zur eigenen Partei

Walter Krause könnte man als „Präsident-Politiker“ bezeichnen. Er präsentierte sich meist so überparteilich, abwägend, sachlich und pragmatisch, daß man durchaus die Frage stellen kann: War Krause überhaupt ein „richtiger“ Sozialdemokrat? Das für viele Genossen typische Vokabular und eine klassenkämpferische Rhetorik fehlten bei ihm völlig. Der Journalist Klaus Fischer formulierte es drastisch: „Der hat keine sozialistischen Proletensprüche von sich gegeben.“ Walter Krause sei aber auch nicht der sozialistische Gesellschaftstyp gewesen wie etwa Alex Möller. Er habe seine Probleme auf einem hohen geistigen Niveau intellektuell, aber pragmatisch gelöst.¹³⁵⁷ Und wenn er im Landtag einmal zu rechtsradikalen Tendenzen in der Gesellschaft sprach, dann bezeichnenderweise, um in einer Debatte zum Gedenken an den 20. Juli 1944 einen gemeinsamen Antrag von CDU, FDP und SPD zu begründen.¹³⁵⁸

Unbestritten war Krauses Ansehen in der Bevölkerung und sogar beim politischen Gegner. Diese hohe Wertschätzung wurde nicht von allen sozialdemokratischen Funktionären geteilt. Krauses Distanz zur Gruppe der linken Intellektuellen zeigte sich schon an Äußerlichkeiten.¹³⁵⁹ „Er war absolut nicht das, wie man sich üblicherweise einen SPD-Politiker vorstellt“, so charakterisierte ihn Ulrich Hieber, von 1969 bis 1972 sein persönlicher Referent, „sondern er war der Typ des Herrn, des seriösen, gediegenen, bescheidenen, verlässlichen Chefs - verlässlich, in dem, was er sagt, gescheit, abwägend, artig, gebildet, ein hervorragendes Gedächtnis, abgehobenes Urteil, vernünftige, nie extreme Meinungen, also für einen Politiker fast ein bißchen zu abwägend. Was ihm auch zum Vorwurf gemacht wurde - er sei zu wenig aggressiv, könne nicht polarisieren, sondern suche mehr - so nach wissenschaftlicher Verwaltungsart - Probleme zu lösen. Dies ist ihm auch gelungen, aber eben nicht in der Art, wie es die Parteigliederungen überwiegend von ihm erwartet haben. Aber er war eben deshalb anerkannt, weil er erstens Erfolge hatte, und zweitens in der Öffentlichkeit eine durchgängig positive Resonanz erfuhr.“¹³⁶⁰

¹³⁵⁷ Fischer (1997)

¹³⁵⁸ Krause, Landtagsdebatte am 20. Juli 1966

¹³⁵⁹ Da Kleidung und Auftreten nicht nur bei peer-groups, sondern bei fast allen gesellschaftlichen Gruppierungen zur Stärkung des Gruppenbewußtseins beitragen, kann dieser Aspekt im Grunde nicht hoch genug eingeschätzt werden.

¹³⁶⁰ Hieber (1996) - Auch Fischer (1997) bezeichnete Krause unabhängig von Hieber als „vornehmen Herrn“. Er sei jedoch nicht der Weltmann gewesen, als der etwa Alex Möller aufgetreten sei. Hieber, der in seiner Dienstzeit neun Minister erlebt hatte, berichtete, daß es eine solche Anhänglichkeit der Ministerialbeamten

Walter Krauses politische Laufbahn wies gewisse Parallelen zu der Carlo Schmid auf, der der SPD beigetreten war in einer Reaktion auf den Nationalsozialismus. Dessen Bildungsziele verbanden sich mit der Überzeugung, ein politisches Gemeinwesen sei nur so viel wert, wie diesem die sogenannten „einfachen“ Leute wert seien. Andererseits konnte bei Carlo Schmid wie bei Walter Krause von einer Verklärung der sogenannten „einfachen Leute“ keine Rede sein. Anbiederung war beiden fremd. Ehmke beschrieb Carlo Schmid mit folgenden Worten: „Er blieb ein Herr und blieb seinen Idealen treu, die er samt seiner immensen Bildung in die Sozialdemokratie hineintrug.“ Schmid habe in der SPD viele Enttäuschungen erlebt, was aber nicht nur an der SPD gelegen habe. Zumindest bis zum Godesberger Programm erschien er vielen in der SPD wie ein Fremdkörper. Doch die einfachen Leute hätten es besser gewußt, wenn sie stolz erklärten, der „Herr Professor“ sei einer von ihnen.¹³⁶¹

Diese Aussagen über Carlo Schmid lassen sich gut auf Walter Krause übertragen, ebenso wie Carlo Schmid's Unfähigkeit oder Unwillen, um politische Ämter zu kämpfen. Als dieser 1969 nicht ins erste Kabinett Brandt/Scheel berufen wurde und der eher farblose Hans Leussink¹³⁶² den für Schmid maßgeschneiderten Posten des Wissenschaftsministers erhielt, meldete er sich nicht zu Wort.¹³⁶³

gegenüber ihrem Chef nur bei Krause gegeben habe. An dieser Stelle sei eine kleine Geschichte erzählt: Als der Kehler Parteitag 1968 über die Fortsetzung der Großen Koalition entschied, wollte es der Zufall, daß die Mitarbeiter des Innenministeriums zur selben Zeit im selben Haus den Abschluß ihres Betriebsausflugs feierten. Wie Zeitzeugen berichteten, stärkten Krauses Mitarbeiter ihrem Chef mit großer Wärme den Rücken (Hieber (1996); ebenso Lehmann (1996)). Der Journalist Erhard Becker (1999) bestätigte die außergewöhnliche Begeisterung der Mitarbeiter im Innenministerium für ihren Chef Walter Krause.

¹³⁶¹ Ehmke 96. Ganz im Gegensatz zu Walter Krause galt Carlo Schmid als „Renaissance-Mensch“, der Geistes- mit Sinnesfreuden verband. (Ehmke 97)

¹³⁶² Hans Leussink (geb. 1912) studierte Ingenieurwissenschaften, übernahm 1954 einen Lehrstuhl für Grundbau, Tunnelbau und Baubetrieb an der TH Karlsruhe und war von 1960 bis 1962 Präsident der Westdeutschen Rektorenkonferenz. Nach Bildung der sozialliberalen Koalition berief ihn Willy Brandt im Jahre 1969 zum Bundesminister für Bildung und Wissenschaft. In Leussink's Amtszeit fiel auch der Streit um die Gesamtschule, von der Leussink sagte, daß man in Zeiträumen von Jahrzehnten denken müsse. Leussink wie den Bildungspolitikern allgemein wurde damals vorgehalten, nur zu planen, statt zu handeln. Finanzminister Karl Schiller strich ihm 1971 die Planungsreserven in Höhe von 460 Mio DM. 1972 trat Leussink zurück. Viele sahen in Leussink ein Opfer der übersteigerten Hoffnungen, die 1969 in das Bildungsreformprogramm der sozialliberalen Koalition gesetzt worden waren. Nach Ausscheiden aus der Bundesregierung kehrte Leussink in den Wissenschaftsbetrieb zurück. Er erhielt eine Honorarprofessur in Karlsruhe. (Munzinger Archiv, Jg. 1996, 42/82).

¹³⁶³ Hennis 22 - Carlo Schmid war im Unterschied zu Walter Krause bildungsbürgerlicher Herkunft. Ähnlich wie Krause trat er nach dem Krieg in die SPD ein, weil diese Partei gegen den Nationalsozialismus Widerstand geleistet hatte. Schmid glaubte, hier den Gemeinsinn zu entdecken, an dem es das Bürgertum in der NS-Zeit hatte fehlen lassen. (Ehmke 96)

Eine andere interessante Parallele zu Walter Krause ergibt sich aus einer These von Hennis, die dieser für Carlo Schmid formulierte. Schmid, obwohl zu den bekanntesten und populärsten sozialdemokratischen Politikern Westdeutschlands in den vier Jahren von 1945 bis 1949 zählend, brachte es dennoch nur zu relativ bescheidenen politischen Ämtern. Hennis bezeichnete Schmid deshalb als erstes großes Opfer der Entwicklung unserer realen politischen Verhältnisse von einer parlamentarischen Demokratie hin zu einem radikal polarisierten „Parteienstaat“, in dem „Machterhaltung oder Machterwerb zum einzigen Imperativ der parlamentarischen Politik geworden sind“. In ihm habe es keinen Platz für die Entfaltung der spezifischen Fähigkeiten Carlo Schmid gegeben. Hennis charakterisierte Schmid als Politiker, der zu Kompromissen fähig war und das Extreme verabscheute, der darum zwangsläufig das Konzept der SPD als linke Volkspartei verfolgte. 1960 auf dem Parteitag in Hannover hatte er die Partei endlich da, wo er sie haben wollte: in der linken Mitte. Doch bereits 1967, so Hennis, habe die Partei begonnen, nach links abzudriften. Die Große Koalition unter Kiesinger und Brandt wurde als „Verrat an heiligsten Gütern des Parlamentarismus“ verstanden. Die Jungsozialisten attackierten die „Volkspartei-Ideologie“, auf dem Parteitag in Saarbrücken im Jahre 1970 begann der Marsch durch die Institutionen. Carlo Schmid, so Hennis, verfolgte das mit Erbitterung. Zu sagen hatte er nichts mehr.¹³⁶⁴

Obwohl Krause das typische SPD-Vokabular gefehlt habe, vertrat der Journalist Klaus Fischer die Ansicht, daß Krause zu Recht als „Sozialdemokrat“ bezeichnet werde. Sein Weltbild habe typische sozialdemokratische Vorstellungen enthalten. An erster Stelle nannte Fischer dabei Krauses ausgeprägtes Gewissen für Gerechtigkeit. Er habe ein „humanistisches Weltbild“ gehabt, ohne daß er dieses wie andere ständig vor sich her getragen habe, und er war ein sozial denkender Mensch, ohne daß er dazu das Klassenkampf-Vokabular benötigt habe. Mit Sicherheit, das betont Fischer wie viele andere auch, sei Krause kein Sozialist gewesen.¹³⁶⁵ Walter Krause hat diese Einschätzung zeitlebens bestätigt. Er war weder der Typus des Salonsozialisten, der sich von jungen Linken bewundern ließ,

¹³⁶⁴ Hennis 17, 21-22; vgl. Eutebach 22-25

¹³⁶⁵ Fischer (1997). Fischer zog auch einen interessanten Vergleich zwischen Krause und Spöri, der ähnlich wie Krause argumentiert und ihm auch im Auftritt geähnelt habe. Spöri sei im Unterschied zu Krause diese „Vornehmer-Herr-Attitüde“ von seinen Parteifreunden verübelt worden, weil Spöri immer mit seiner Eisenbahnerherkunft kokettiert habe. Krause, obwohl auch aus einfachen Verhältnissen stammend, habe dies nie getan.

noch der junge Revolutionär, der sich im Laufe der Zeit mäßigte. Er war immer, ob in jungen oder älteren Jahren, ein Mann der ausgewogenen Mitte. Nur ein Beispiel war seine Stellungnahme im Landtag, in der er ein gemeinsames Bündnis von Sozialdemokraten und Kommunisten ablehnte.¹³⁶⁶ Wenn Walter Krause in seiner Zeit als Innenminister im Parlament wegen Aktivitäten der NPD befragt wurde, so bezog er konsequent, aber sachlich gegen den Rechtsradikalismus Stellung, nutzte die Gelegenheit aber nie zu einer politischen Generalabrechnung mit rechtsextremer Politik.¹³⁶⁷

Erhard Eppler meinte, Krause habe ein sehr enges Verhältnis zu seiner Partei gehabt. So sei die Abschaffung der Konfessionsschule ein wichtiges parteipolitisches Ziel gewesen. Eppler gestand aber ein, daß er die innersten Motive von Walter Krause nicht gekannt habe. Er habe ihn „als einen in der Wolle gefärbten Humanisten“ eingeschätzt und glaube nicht, daß er ein gläubiger Christ gewesen sei. Das „Schindluder“, das die CDU damals mit dem christlichen „C“ getrieben habe, sei seine Sache nicht gewesen. Eppler: „Und er hat ein soziales Gewissen. Das ist nicht gemacht oder gespielt. Ich habe nie das Gefühl gehabt, daß zwischen ihm und der Partei ein Hohlraum wäre“. Eppler lobte Krauses Loyalität der Partei gegenüber und er habe alles getan, ihr nicht zu schaden, auch als Eppler Vorsitzender gewesen sei. Da habe er in vielen Punkten „um der Partei willen“ den Mund gehalten.¹³⁶⁸ Fraglich ist, ob diese Aussage die Realität trifft. Vielmehr war es so, daß der Ideologien aller Art eher hilflos gegenüberstehende Walter Krause („Ich ziehe meine Schlüsse aus Tatsachen und Erfahrungen“) unter dem seit 1973 die SPD-Landespartei und seit 1976 auch die SPD-Landtagsfraktion führenden Erhard Eppler immer mehr ins Abseits geriet. Diese Entwicklung bewog Krause, frühzeitig vor den Wahlen im Jahr 1980 auf eine nochmalige Kandidatur in seinem sicheren Mannheimer Landtagswahlkreis zu verzichten.“¹³⁶⁹

Auch Bogusch antwortete auf die Frage, ob Krause wirklich ein Sozialdemokrat gewesen sei, mit einem klaren „Ja“, denn für Krause hätten immer soziale Fragen oder ganz allgemein die Auswirkung der Politik auf den einzelnen, im Vordergrund gestanden. „Er hatte Grundüberzeugungen, von denen er nicht abrückte.“ Er habe, ganz im Unterschied zu man-

¹³⁶⁶ Krause, Landtagsdebatte am 17.7.70. Damals wollte ein NPD-Abgeordneter wissen, ob Innenminister Krause die Ausgabe eines Buches durch die Stadt Stuttgart an Jungbürger gut heiße, in dem angeblich kommunistische Thesen vertreten wurden. Vgl. z.B. die Landtagsdebatten am 21.5.69 und am 8.7.70

¹³⁶⁷ Krause, Landtagsdebatten am 27.2.69, 21.5.69, 8.7.70 und am 17.7.70.

¹³⁶⁸ Eppler (1997)

¹³⁶⁹ Rhein-Neckar-Zeitung v. 21.12.87

chen Berufspolitikern der Gegenwart, wenig opportunistisch gedacht. In die SPD sei er eingetreten, so Bogusch, weil er in der Welt etwas verändern wollte. Geprägt von seinen früheren Lebenserfahrungen, habe Krause die Lebensverhältnisse mitgestalten wollen. Gerade in der Bildungspolitik habe er sozialdemokratische Positionen vertreten.¹³⁷⁰

Krause war ein Mann der Mitte, erinnerte sich Gerhard Lang, eine Person, die die verschiedenen Flügel der SPD integrieren wollte.¹³⁷¹ Von der Partei sei er immer als „Ministertyp“ empfunden worden, nie als der „Volkstribun oder Visionär“, er sei immer der „solide Schaffer“ gewesen. Dies habe den Schwaben imponiert. Viele Parteimitglieder empfanden Krauses Thesen so: „Wenn der das so meint, dann stimmt’s wahrscheinlich.“¹³⁷² Außerdem bezeichnete Gerhard Lang seine Solidität, das Orientieren an den durch Parteitagsbeschlüssen vorgegebenen Maßstäben, das Bekenntnis zum parlamentarischen Stil und die Erfahrungen, die er aus der Zeit vor dem Krieg und im Krieg mitgebracht habe, als typisch für einen Sozialdemokraten. Polemische Rhetorik sei nicht sein Stil gewesen. Dazu habe er zu beamtenhafte Züge gehabt.¹³⁷³

Krauses Denken entsprang den Grundsätzen und Regeln der parlamentarischen Demokratie. Innerhalb dieser Grenzen mußten die Gegensätze von Kapitalismus und Sozialismus ausgetragen werden.¹³⁷⁴ Nur selten nahm Krause überhaupt das Wort „Sozialismus“ in den Mund. Wenn er es doch einmal tat, dann, um den „demokratischen Sozialismus“ so zu definieren: „Ein Stück mehr Freiheit, ein Stück mehr Gerechtigkeit und ein Stück mehr Solidarität!“¹³⁷⁵

Krause war der klassische Sozialdemokrat, wie ihn die Nachkriegszeit in Baden-Württemberg hervorgebracht hat. Carlo Schmid, Erwin Schöttle, Alex Möller, Fritz Erler, Hermann Veit, Fritz Ulrich und Viktor Renner¹³⁷⁶ sind herausragende Vertreter dieses Typus. Krause war der jüngste von ihnen und markierte gleichzeitig den Übergang zur nächsten

¹³⁷⁰ Bogusch (1996)

¹³⁷¹ Lang (1996)

¹³⁷² Lang (1996)

¹³⁷³ Ebd.

¹³⁷⁴ Noller 84

¹³⁷⁵ Schulz 104

¹³⁷⁶ Viktor Renner (1899-1969) (SPD) gehörte von 1947 bis 1952 dem Landtag von Württemberg-Hohenzollern und von 1952 bis 1964 der Verfassunggebenden Landesversammlung und dem Landtag von Baden-Württemberg an. Von 1947 bis 1960 war er Innenminister von Württemberg-Hohenzollern und Baden-Württemberg. (Munzinger 25/69)

Generation. Noller stellte richtigerweise fest, daß utopische Träume, ideologischer Fanatismus und endzeitliche Stimmung bei ihm nicht vorkamen. Er wurde nie ein Sozialist genannt und bezeichnete sich auch selbst nicht so. Soziale Gerechtigkeit und gleiche Chancen für alle, das hieß für ihn die Besserstellung der arbeitenden Bevölkerung, die Reform in Schulen und Hochschulen, die Verwaltungsreform, mehr sozialen Wohnungsbau, bessere Verkehrsverbindungen und der Schutz unserer Umwelt.¹³⁷⁷

Krause erging es mit seiner Partei wie anderen sozialdemokratischen Politikern, die in der Mitte des politischen Spektrums Wahlen gewannen, aber von den Funktionären nicht geliebt wurden. Er spürte dies, ließ sich jedoch nach außen hin kaum etwas anmerken, sondern setzte der Erkenntnis des Nichtangemessenseins die Erklärung entgegen: „Du kannst nicht erwarten, daß sie Dich immer gleich verstehen!“¹³⁷⁸ Manchmal aber kehrte er doch sein Innerstes nach außen, wenn er auf die Fragen, was seine größte persönliche oder politische Enttäuschung war, antwortete: „Was ich noch als negative Erinnerung in mir bewahren sind Vorgänge, die einen deshalb belasten, wenn aus dem eigenen Lager Angriffe erfolgen, wenn man sozusagen nicht nur an der Front nach vorne kämpft, sondern auch nach hinten.“¹³⁷⁹

Krauses persönlicher Referent Ulrich Hieber erinnerte sich an so manche Kreiskonferenz der SPD, auf der eine Stimmung herrschte, die man mit „an den können wir nicht ran“ bezeichnen könnte. Man habe Krause wegen seiner Erfolge eher geduldet, als daß man ihn unterstützt oder geschätzt hätte.¹³⁸⁰ Hieber lobte auch die ausgleichende Wirkung von Heinz Bühringer, der lange Zeit die SPD in Baden-Württemberg führte, während Krause als Minister agierte. Bühringer habe dabei manches innerparteilich abgefedert.¹³⁸¹

Krause war ein Pragmatiker. Für ihn war die Tat entscheidend, das Konkrete, die Realisierung, die Machbarkeit und letztlich das Machen. Oft sagte er, jetzt müsse man die Diskussion beenden und einen „Knopf daran machen“.¹³⁸² Es störte ihn, wenn etwas nicht schlüssig war. Und er hatte wie nur wenige Politiker den Mut, auch unbequeme Wahrheiten zu

¹³⁷⁷ Noller 84

¹³⁷⁸ Zundel 133

¹³⁷⁹ Stuttgarter Zeitung v. 14.4.79

¹³⁸⁰ Hieber (1996)

¹³⁸¹ Ebd.

¹³⁸² Neckenauer 83

sagen, zum Beispiel, daß die Bildungseuphorie in Deutschland, ausgelöst durch Picht, nicht zu finanzieren sei. Dadurch löste er, „wie dies oft der Fall ist, wenn jemand etwas sagt, was wahr ist, aber nicht gerne gehört wird,“ einen öffentlichen Aufschrei aus.¹³⁸³ Krause hat mit Picht auch persönlich diskutiert. Für den Mannheimer war die Diskussion darüber, welche Zahl von Abiturienten die richtige sei, nicht eine Frage, wieviel Bildung die Gesellschaft benötigen werde, sondern, ganz pragmatisch, davon abhängig, welche Vorstellungen über die langfristige wirtschaftliche Entwicklung bestehen und wie groß der Nachwuchsbedarf in den verschiedenen akademischen Berufen eingeschätzt werde.¹³⁸⁴ Sicher auch aufgrund seiner ganz persönlichen Erfahrungen war es für ein Krause ein inneres Anliegen, auch Kindern aus wenig begüterten Familien die Chance auf eine höhere Schulbildung zu ermöglichen. Er sah neben individueller Gerechtigkeit auch volkswirtschaftliche Chancen, indem sonst brach liegende Begabungsreserven genutzt werden. Typisch für Krause war, daß er für die ungleichen Bildungschancen keine gesellschaftlichen Ursachen verantwortlich machte, sondern dem liberalen Politiker und Soziologen Ralf Dahrendorf (FDP) zustimmte, der ein Informationsdefizit hinsichtlich Berufs- und Bildungsmöglichkeiten bei Arbeiterfamilien ausmachte. Konsequenterweise forderte die SPD-Fraktion unter Krause die Einführung einer institutionalisierten Bildungsberatung.¹³⁸⁵ Er war, schreibt sein langjähriger politischer Weggefährte Walter Hirrlinger, kein Revolutionär, aber er habe revolutioniert, „auf seine Art und Weise, nämlich mit seiner Überzeugung, mit seiner Beredsamkeit, die er immer hatte, wenn er von etwas überzeugt war“.¹³⁸⁶

Krause war alles andere als ein Politiker mit engem parteipolitischen Horizont.¹³⁸⁷ In seiner Funktion als SPD-Landesvorsitzender wurde Krause deshalb nicht glücklich und die Partei nicht mit ihm. Manfred Lehmann charakterisierte ihn als einen überzeugten Demokraten und Parlamentarier. „Wenn´s ins Parlament ging, dann legte Krause eine ungeheuer hohe Meßlatte an. Er hatte hohen Respekt vor dem Parlament.“ Sein Engagement für die Partei hätte da nicht mithalten können. Zwei Jahre sei er quasi „nebenher“ noch Landesvorsitzender der SPD gewesen. Dieses Amt habe er nicht mit derselben Begeisterung aus-

¹³⁸³ Rommel 94

¹³⁸⁴ Krause (1964) 27

¹³⁸⁵ Ebd. 31-32

¹³⁸⁶ Hirrlinger 46

¹³⁸⁷ Kohn 57

geübt wie das Ministeramt und „nicht mit der Begeisterung, die ein solches Amt eigentlich verlangt“.¹³⁸⁸

Gerhard Lang gab eine damals allgemein verbreitete Stimmung wieder, Krause sei als Parteivorsitzender „nicht mitreißend, aber überzeugend“ gewesen. Parteileute, so Lang, seien häufig ambivalent. Einerseits sei man stolz, einen Minister vorweisen zu können. Andererseits sei es etwas anderes, ob das Parteiherz an derselben Stelle schlägt, wo dieser erfolgreiche Minister Politik macht und Wahlen gewinnt. 1968 habe man ihn auf dem Parteitag in Kehl demontiert. Er habe dann drei Jahre gerackert, bis seine Partei erkannt habe: Einen besseren Mann hat die SPD nicht. Die Nominierung als Spitzenkandidat sei dann die Bestätigung dieser Renaissance gewesen.¹³⁸⁹

Lehmann wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß Teamarbeit nicht die Stärke von Krause gewesen sei. Er berichtete, wie vor den Kabinettsitzungen die „Genossen Minister angerauscht seien“, um die Kabinettsitzung vorzubesprechen. Bei diesen Runden sei es aber nie dazu gekommen, daß Absprachen getroffen wurden, wer was zu machen habe. Es sei alles ein Mosaik geblieben. Krause habe statt dessen mit ihm, seinem Assistenten, gearbeitet. Er war „nach innen“ gerichtet. „Er war schon ein Egozentriker“. Jeder der SPD-Minister habe „sein Spiel gespielt“, aber als Regierungsmannschaft habe er diese nicht empfunden.¹³⁹⁰

Krauses Vorbild war nicht zufällig Kurt Schumacher,¹³⁹¹ der alte Fahrensmann der SPD nach dem Krieg.¹³⁹² Dagegen mochte er Willy Brandt nicht besonders.¹³⁹³ Kein Wunder, der Kanzler mit seinem Faible für alles Menschliche und der unterkühlte schlesische

¹³⁸⁸ Lehmann (1996). Lang (1996) bestätigte diese Ansicht.

¹³⁸⁹ Lang (1996)

¹³⁹⁰ Lehmann (1996)

¹³⁹¹ Kurt Schumacher (1895-1952) war als Partei- (seit 1946) und Fraktionsvorsitzender im Bundestag (seit 1949) die bestimmende Persönlichkeit der SPD der frühen Nachkriegszeit. Schumacher hatte als Soldat im Ersten Weltkrieg einen Arm verloren. Von 1920 bis 1933 war er Redakteur bei der „Schwäbischen Tagewacht“, von 1924 bis 1931 Landtagsabgeordneter in Württemberg und von 1930 bis 1933 Reichstagsabgeordneter. Er bekämpfte konsequent die NSDAP und saß von 1933 bis 1943 und 1944 im KZ. Bereits 1945 begann er mit dem Wiederaufbau der SPD und widersetzte sich entschieden einer Vereinigung mit der KPD. Er lehnte Adenauers Politik der Westintegration ab und forderte statt dessen die Wiederherstellung der nationalen Einheit Deutschlands in einer freiheitlichen Verfassung. (Meyers Bd. 19, S.339-340; Sauer (1978) 103)

¹³⁹² Renger 92

¹³⁹³ Lang (1996)

Mannheimer waren hinsichtlich ihres Lebensstils sehr unterschiedlich. Da ist es nicht verwunderlich, daß Krause für Helmut Schmidt große Sympathien empfand.¹³⁹⁴ Als ein weiteres Vorbild für sein politisches Wirken bezeichnete Krause Fritz Erler. „Er war immer präzise und hat sich nie gescheut zu bekennen, daß er in einer Sache kein eigenes Urteil hat.“¹³⁹⁵

¹³⁹⁴ Krause (1994/4). Es nimmt nicht wunder, daß der nüchterne Walter Krause mit dem lebenslustigen Oskar Lafontaine wenig anzufangen wußte. Er lernte ihn bei seiner Funktion als Schlichter im öffentlichen Dienst zu einem Zeitpunkt kennen, als dieser noch nicht SPD-Vorsitzender war.

¹³⁹⁵ Lindemann 11

Ein ungewöhnlicher Politiker

Als Krause kurz vor seinem 60. Geburtstag gefragt wurde, welches Hobby er habe, antwortete er: die Politik. Wegen der tief in ihm angelegten Neigung zur Diskussion und Rede fühlte er sich in parlamentarischer Atmosphäre besonders wohl. Ein Parteifreund äußerte einmal über ihn, er vertrete eine Sache mit solcher Konsequenz, daß er darüber die Darstellung der eigenen Person vergesse. Dies ist das gängige Urteil über Krause, das mitunter noch pointierter formuliert wurde.¹³⁹⁶ „Wir machen das so, weil es vernünftig ist“, kann als einer der Standardsätze von Walter Krause, vielleicht sogar als *die* Kernaussage, gelten.¹³⁹⁷ Ebenso bezeichnend war seine spontane Antwort, welche der drei Eigenschaften - Klugheit, Ehrlichkeit oder Ehrgeiz - für einen Politiker die wichtigste sei: die Ehrlichkeit.¹³⁹⁸

Walter Krause versuchte, diesen hohen Ansprüchen möglichst oft gerecht zu werden. So wurde Krause beispielsweise bei einem Lokaltermin vom Vorsitzenden des örtlichen Bürgervereins gefragt, ob er Geld für den Umbau einer Straße habe. Im Unterschied zu vielen anderen Politikern gab er nicht mal ein vages Versprechen ab, sondern erklärte unmißverständlich, das Land habe in nächster Zeit dafür kein Geld. Eine Haltung, die Krause vor Ort keine zusätzlichen Wählerstimmen brachte, aber seine Glaubwürdigkeit im Land stärkte.¹³⁹⁹

Krause war ein pragmatisch denkender Mensch, für den „eins und eins zwei war“, wie es Gerhard Lang treffend formulierte. Krause war der Mathematiker auf dem Stuhl des Innenministers, der den Rechenschieber wie einen Zepter schwang. Krause habe Probleme mathematisch angegangen, beobachtete der Journalist Klaus Fischer: „Er hat nicht aus dem Bauch heraus gehandelt“.¹⁴⁰⁰ Sein Lebensweg belegt eindrucksvoll, wie sehr er der Mathe-

¹³⁹⁶ Gropper 39

¹³⁹⁷ Plattner 90

¹³⁹⁸ Teufel 116

¹³⁹⁹ Badische Neueste Nachrichten v. 8.7.67

¹⁴⁰⁰ Fischer (1997) erzählte von einer kleinen Begebenheit anlässlich eines Gartenfestes bei der Familie Hieber in Degerloch, bei dem auch Krause zugegen war. Im Garten befand sich ein Spielgerät, bei dem man mit Hilfe einer an einem Seil aufgehängten Kugel ein paar Kegel treffen mußte. Nachdem sich die anderen daraus eine Gaudi gemacht hatten, wurde der Minister gefragt, ob er es auch mal versuchen wolle. Krause machte mit, probierte es aber nicht einfach so aus. Er stellte sich hin und überlegte erst einmal. „Man konnte richtig sehen, wie er das Problem mathematisch und physikalisch berechnet hat: Wie die Kugel zu werfen ist, damit sie möglichst viele Kegel trifft.“

matik verbunden war: Studium der Mathematik und Naturwissenschaften, Berechnungsingenieur, Meteorologe, Ingenieurschul-Dozent. Der Umstieg in die politische Laufbahn würde wie ein Bruch wirken, wenn er nicht auch als Politiker mathematisch-logisch gedacht und gehandelt hätte. Die einzige größere Funktion, die er in der Bundes-SPD übernahm, war folgerichtig die des Vorsitzenden der Wahlrechtskommission. In Wahlnächten verblüffte er seine Gesprächspartner durch treffende Vorhersagen zum Wahlausgang. Nur einmal verrechnete er sich grundlegend: im Jahre 1968 bei seinen eigenen Genossen in Kehl.¹⁴⁰¹

Krauses Referent Manfred Lehmann erinnerte sich, wie ihm Journalisten („auch wohlwollende“) während der Regierungszeit von Walter Krause immer wieder zuflüsterten: „Also, der Walter Krause ist ja ein netter Kerle, aber er ist der beste Ministerialdirektor, den man sich vorstellen kann. Er macht zu wenig Politik.“ Lehmann wollte diesen Vorwurf nicht ganz abstreiten und nannte als Beispiel die politikbewegte 68er-Zeit, aus der Krause zu wenig gemacht habe, und die Ostverträge. Er hätte von Krause erwartet, daß er und seine SPD-Kabinettskollegen wegen der Auseinandersetzungen um die Ostverträge die Regierung in Stuttgart verlassen würden, um gegen die Haltung der CDU zu protestieren und gleichzeitig bei notwendigen Neuwahlen in Stuttgart vom Willy-Brandt-Bonus zu profitieren. Ein solcher Anlaß, die Koalition zu verlassen, sei für ihn die Stimmenthaltung Baden-Württembergs bei der Abstimmung über die Ostverträge im Bundesrat gewesen.¹⁴⁰² Lehmann hatte mit seiner Kritik nicht ganz recht. Denn anläßlich der Landtagsdebatte zu den Ostverträgen sagte Krause, daß es das Ende der Großen Koalition bedeutet hätte, wenn Filbinger am ursprünglichen Redekonzept festgehalten hätte. Nach zweieinhalbstündiger Beratung ihrer Minister hätte sich die CDU bereiterklärt, „aggressive Passagen“ aus der Rede zu streichen.¹⁴⁰³

¹⁴⁰¹ Die Welt v. 4.9.68

¹⁴⁰² Lehmann (1996) - Diese Forderung erhob nicht nur der eher links einzuordnende Berater Lehmann, sondern beispielsweise auch der als rechter Sozialdemokrat geltende Heinz Bühringer, der auf der Nominierungskonferenz seines Kreisverbandes erklärte: „Falls die CDU die Ostverträge im Bundesrat zu Fall bringt, werde ich dafür sorgen, daß die Sozialdemokraten aus der Regierung in Stuttgart ausziehen!“ (Stuttgarter Zeitung v. 5.7.71)

¹⁴⁰³ Krause, Landtagsdebatte am 3.2.72

Auch Bühringer erinnerte sich noch gut an die Belastung der Großen Koalition in Stuttgart gegen Ende der Legislaturperiode infolge der Diskussion um die Ostverträge, bewertete die Vorgänge aber aus anderer Sicht als Lehmann. Die CDU in Stuttgart hätte damals die Chance gehabt, das Vertragswerk über den Bundesrat zu stoppen, enthielt sich jedoch der Stimme, um die Verträge passieren zu lassen. Bühringers Interpretation: „In Wirklichkeit erkannte man die Richtigkeit der Verträge, argumentierte jedoch wahltaktisch dagegen, um die Stimmen der Heimatvertriebenen zu bekommen.“ Dies sei dann auch einer der Ursachen für den CDU-Wahlerfolg bei der Landtagswahl 1972 gewesen.¹⁴⁰⁴

Klaus Fischer, so etwas wie der Nestor unter den baden-württembergischen Landesjournalisten, bewunderte noch 25 Jahre später, wie konzeptionell Krause die ganze Verwaltungsreform gemanagt habe. „Der ist nicht rumgelaufen wie viele andere Politiker und hat je nach Tageslaune entschieden.“ Er habe sich auch wenig um die aktuelle Trendstimmung gekümmert. Statt dessen habe er ein Problem mit seinem scharfen Verstand analysiert und Alternativen erarbeitet. Erst dann habe er seine Vorschläge präsentiert.¹⁴⁰⁵ Krause besaß zudem die seltene Eigenschaft, Fehler eingestehen zu können. Er konnte auch im Parlament ganz einfach sagen: „Ich habe mich geirrt.“¹⁴⁰⁶

Eppler lobte Krauses Entscheidung, bei der Regierungsbildung 1966 zugunsten der Abschaffung der Konfessionsschulen in Württemberg-Hohenzollern auf das Amt des Ministerpräsidenten zu verzichten.¹⁴⁰⁷ Wie er sich auf politische Sachfragen konzentriert und bemüht habe, diese durchzusetzen, sei er durchaus ein politischer Mensch gewesen. Diese „Sachbesessenheit“ sei sicher einer der wichtigsten politischen Merkmale, die Krause und Eppler verbunden habe.¹⁴⁰⁸ Eppler fügte allerdings an: „Wenn man zur Politik den Instinkt zur Macht hinzuzählt, einen über Einzelfragen hinausgehenden Gestaltungswillen, dann war er wohl mehr ein Verwalter.“ Krause sei ein exzellenter Verwalter mit klaren politischen Teilzielen gewesen, die ihm wichtiger gewesen seien als persönliche politische Macht. Das sei, wenn man so will, persönlich sehr sympathisch.¹⁴⁰⁹ Nicht im Hinblick auf Krause oder Eppler, sondern allgemein definierte Franz Schneider das Verhältnis von Poli-

¹⁴⁰⁴ Bühringer (1996)

¹⁴⁰⁵ Krause (1997)

¹⁴⁰⁶ Schneider (1993/2) 103; Ufer 120

¹⁴⁰⁷ Eppler (1997)

¹⁴⁰⁸ Thierse 9

¹⁴⁰⁹ Eppler (1997)

tik und Macht so: „Wenn Politik etwas mit Macht zu tun hat, dann ist der Politiker ein Mensch, der Macht will, um sie im Interesse des Allgemeinwohls, d.h. im Sinne der Interpretation des Allgemeinwohls durch die Prinzipien seiner Partei, einzusetzen. Eine politische Karriere ohne Aussicht auf positive politische Macht ist eben keine Karriere; sie ist ein Kreuzweg, ein Wandern durch die Wüste.“¹⁴¹⁰ Gemessen daran war Walter Krause durchaus machtbewußt, weil er die Regierungsmacht unbedingt wollte, um etwas verändern zu können. Andererseits war er überhaupt nicht machtbewußt, weil er sich an den Auseinandersetzungen um die Prinzipien seiner Partei, die Schneider anspricht, kaum beteiligt hat.

Eppler erinnerte sich auch an den Vorwurf an Krauses Adresse, im Grunde unpolitisch zu sein, eine Kritik, die auch die „Rotkehlchen“ geteilt hätten. Eppler: „Diesen Vorwurf, Krause sei im Kern unpolitisch, hielt ich für unberechtigt, höchstens für partiell berechtigt, weil er klare politische Ziele hatte, die er mit der ihm eigenen Geradlinigkeit und Redlichkeit verfolgt hat.“¹⁴¹¹ Eppler würdigte Krauses Eigenschaft, stark sachbezogen und relativ wenig machtbezogen zu agieren.¹⁴¹² Außerdem schätzte Eppler („Hauptlaster der Politik ist ja die Eitelkeit“) Krauses Bescheidenheit: „Krause war ein sehr wenig eitler Mensch und Politiker“, verglichen beispielsweise mit Alex Möller oder Hermann Veit.¹⁴¹³

Auch Krauses ehemaliger Kabinettskollege Walter Hirrlinger äußerte sich zu dessen Beziehung zur Macht: „Krause wollte schon Macht ausüben, aber er wollte es nicht mit aller Gewalt. Der Walter Krause war im Grunde genommen kein Machtmensch. Aber Sie müssen, wenn Sie Politik machen wollen, ein Machtmensch sein.“ Krause habe schon mitregieren und seine Vorstellungen durchsetzen wollen, aber dafür auch mal rücksichtslos kämpfen, das habe er nicht gewollt.¹⁴¹⁴

Peter Bogusch charakterisierte Krause als „politischen Kopf“, „durch und durch“, der sich aber auch für andere Lebensbereiche wie die Musik interessiert habe.¹⁴¹⁵ Für Rudolf

¹⁴¹⁰ Franz Schneider (1968) 39-40

¹⁴¹¹ Eppler (1997)

¹⁴¹² Antretter 26

¹⁴¹³ Eppler (1997)

¹⁴¹⁴ Hirrlinger (1997)

¹⁴¹⁵ Bogusch (1996). - Dazu paßt Krauses eigene Aussage: „Politiker sollten sich nicht zu wichtig nehmen. Was wir reden, ist meist in wenigen Wochen vergessen. Was wir bauen, hätten andere genauso gebaut.“ (Südwest-Presse v. 15.1.93)

Schieler war Krause die Idealfigur eines Politikers, dem man vertrauen konnte. Gerade in Baden-Württemberg schätze man solche Typen ganz besonders.¹⁴¹⁶

Zwischen den Biographien Krauses und Hans Luthers, des Reichskanzlers ohne Partei, wie er genannt wurde, läßt sich eine interessante Parallellität erkennen.¹⁴¹⁷ Luther begann seine Autobiographie mit den Worten: „Inhalt und Freude meines beruflichen Lebens war verantwortliches Handeln im öffentlichen Dienst“, ein Motto, das auch für Walter Krause wegweisend war. Luther ging konsequent den Weg, an der Sache orientiert zu handeln, unabhängig von Ideologien und Parteitagsbeschlüssen.¹⁴¹⁸ Mit einem gewissen Stolz beschrieb er die Sachbezogenheit seiner Politik mit einer kleinen Anekdote: Als er im Jahre 1919, damals im Amt des Oberbürgermeisters von Essen, eine abendliche Runde vornehmer Lokalpolitiker verlassen hatte, fand in diesem Kreis anschließend eine Rundabfrage mit verdeckten Zetteln statt, welche Partei Luther bei der Wahl zur Nationalversammlung seine Stimme gegeben hatte. Mit Ausnahme der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei (USPD) sei jede Partei vorgekommen, berichtete Luther. Vielleicht hängt damit auch die Einschätzung der Öffentlichkeit zusammen, für die die folgende Geschichte ein kleines Indiz ist: Luther selbst erwähnte, wie er in der 15. Auflage des „Großen Brockhaus“ aus dem Jahre 1932 als „Staatsmann“ bezeichnet wird, in der 16. Auflage aus dem Jahr 1955 dagegen als „Verwaltungsjurist“.¹⁴¹⁹

Geht es um die Charakterisierung Walter Krauses, so liest man zum großen Teil ähnliche, häufig sogar identische Formulierungen. Wenn es aber um ein Urteil geht, ob Krause nun ein guter oder schlechter Politiker gewesen sei, gehen die Meinungen weit auseinander, wie in diesem Kapitel dargestellt wurde. Das ist kein Widerspruch zur beinahe monochromen Beschreibung der Charaktereigenschaften Walter Krauses, sondern liegt an den unterschiedlichen Maßstäben, die an einen Politiker angelegt werden. Wilhelm Hennis vertrat die Auffassung, Politiker würden nicht an ihrem Wert, sondern an ihrem Erfolg gemessen, „was immer das sei, in jedem Fall aber Aufstieg in der Ämterleiter.“¹⁴²⁰ Dieser These ist jedoch nicht vorbehaltlos zuzustimmen, wie gerade ein Blick auf Erhard Eppler zeigt.

¹⁴¹⁶ Schieler (1997)

¹⁴¹⁷ Luther, Hans, Reichskanzler ohne Partei, München 1960 - Gäbe es die Aufgabe, eine Biographie Walter Krauses gut zu verkaufen, dann könnte man sie „Walter Krause - Politiker ohne Partei“ nennen. Ob dies auch der Wahrheit entspricht, mag der Leser dieser Arbeit selbst entscheiden.

¹⁴¹⁸ Luther 5

¹⁴¹⁹ Ebd. 414

¹⁴²⁰ Hennis 16

Eppler wurde erst dann richtig bedeutend und einflußreich, als er von den üblichen Ämtern in Staat und Partei entbunden war.



Walter Krause bei einem Vortrag bei den Naturfreunden in Leimen
am 25. September 1977
(Quelle: privat)

So sahen ihn andere

Hans Göhringer, ehemaliger Präsident der Industrie- und Handelskammer Rhein-Neckar, schrieb, es sei selten, daß ein Politiker, der unter anderem als stellvertretender Ministerpräsident und Innenminister im öffentlichen Leben gestanden habe, so einheitlich beurteilt werde wie Walter Krause.¹⁴²¹ Die Meinungen zu seiner Person, zumindest die öffentlich geäußerten, ähnelten sich auffallend und fielen im allgemeinen sehr positiv aus. Verantwortlich dafür ist sicher Krauses Liebenswürdigekeit, aber auch sein Mangel in der Befähigung zur wirklichen politischen Führung, zu der auch der Mut zur Konfrontation gehört. Gerhard Lang war überzeugt, daß Krause keine Feinde hatte, nur Leute, „die ihn mit Respekt behandelt haben“.¹⁴²²

Georg Kohler, SPD-Fraktionsvorsitzender im Regionalverband Unterer Neckar, erzählte, daß Krause bei aller Konzentration auf die sachlich-fachliche Arbeit auch ein „humorvoller, mitfühlender und stets hilfsbereiter Freund“ gewesen sei. Erkrankte zum Beispiel ein Fraktionsmitglied, so kümmerte er sich um die bestmögliche medizinische Versorgung und sorgte für den Kontakt zwischen Krankenbett und Fraktion. Außerdem habe es Krause nie vergessen, darauf hinzuweisen, von wem eine Idee ursprünglich stamme.¹⁴²³ Auf eine ganz persönliche Art charakterisierte ihn Klaus Büscher: „Repräsentant einer Minderheit, auch einer Minderheit in der Politik: anständig und wahrhaftig, sachlich - analytisch, liberal und tolerant, verantwortungsbewußt. ... Er ist zielstrebig bis zur Hartnäckigkeit. Doch noch konsensfähig, wo Kompromisse Nötiges machbar machen. Er findet den Ausgleich. Seine Argumente überzeugen. Seine Emotionen behält er für sich. Und er kann zuhören. Akzeptiert den anderen und seine Meinung.“¹⁴²⁴

Im Mittelpunkt von Beschreibungen über den Menschen Walter Krause steht die Würdigung von Tugenden, die Oskar Lafontaine in Bezug auf den damaligen Bundeskanzler Helmut Schmidt einst abschätzig als Sekundärtugenden abqualifiziert hat: Zuverlässigkeit,

¹⁴²¹ Göhringer 33

¹⁴²² Lang 62 - Das sahen nicht alle so. Für die Apo und die „Rotkehlchen“ galt er als das Schreckgespenst eines autoritären und reaktionären Staatsvertreters. (Lindemann 10) - Zu seinem 80. Geburtstag faßte Mannheims Oberbürgermeister Gerhard Widder Krauses Persönlichkeit so zusammen: „Er ist einfach ein lebenswürdiger Mensch“. (Mannheimer Morgen v. 18.1.93) - Ebenso Justizministerin Herta Däubler-Gmelin in ihrem Schreiben vom 29.5.98.

¹⁴²³ Kohler 56

¹⁴²⁴ Büscher 20. Klaus Büscher war Verkehrsdirektor in Mannheim und Stuttgart.

Pünktlichkeit, Verbindlichkeit, Nüchternheit und Fleiß. Heinz Bühringer erzählte dazu eine passende Geschichte: Krause hatte der Volkshochschule in Bittenfeld, einer 3000-Seelen-Gemeinde, einen Vortrag zugesagt. Am Tag des Vortrags schneite es fürchterlich und niemand im Saal glaubte, daß Krause die 130 Kilometer von Mannheim nach Bittenfeld auf sich nehmen würde. Den Hinweis auf „höhere Gewalt“ hätte jeder verstanden. Doch Krause erschien und hielt seinen Vortrag.¹⁴²⁵

Der ehemalige stellvertretende Landtagspräsident Alfred Geisel (SPD) lobte Krauses „Integrität und persönliche Zuverlässigkeit. ... Wer mit ihm eine Vereinbarung trifft, darf sicher sein, daß sie eingehalten wird. Wem er sein Wort gegeben hat, der kann hundertprozentig auf dieses Wort vertrauen.“ Geisel bewunderte Krauses Fähigkeit, andere zu überzeugen: „die Präzision der Auskünfte, ... die Geduld und die Ausdauer.“¹⁴²⁶ „Bei Walter Krause haben Wort und Tat immer übereingestimmt“, so beschrieb ihn Dieter Spöri, Wirtschaftsminister in der zweiten Großen Koalition.¹⁴²⁷ Krause war, so der ehemalige Justizminister Rudolf Schieler, ein „Politiker ohne Fehl und Tadel“, er habe Intrigen gehaßt und stets „mit offenem Visier“ gekämpft.¹⁴²⁸ Die Frankfurter Allgemeine Zeitung adelte Krause im Zusammenhang mit den SDS-Auseinandersetzungen mit der Feststellung, Krause gehöre zu den Politikern, die an Luthers Wort erinnern: „Hier stehe ich, ich kann nicht anders. Gott helfe mir. Amen.“¹⁴²⁹

Aus der Sicht seiner Mitarbeiter beschrieb ihn Manfred Lehmann. Die Belegschaft hätte ihrem Chef Vertrauen und Zuneigung entgegengebracht, Respekt vor der Persönlichkeit überwog jedoch. „Nicht von ungefähr hieß er in seiner engeren Umgebung „unser Herr und Meister“.“¹⁴³⁰ Diese ungewöhnliche Wendung hörte man in persönlichen Gesprächen über Krause immer wieder: Herr und Meister. Ein Beispiel für viele andere sind die Worte von Gerhard Lang in der Festschrift zu Krauses 80. Geburtstag: „Der große Meister!“ Peter

¹⁴²⁵ Bühringer 18 - Heinz Lauber, Regierungsdirektor in der Landeszentrale für Politische Bildung, charakterisierte ihn in ähnlicher Weise: „Überragende Sachkunde, Geradlinigkeit in der Einstellung, unbestechlich im Urteil, anspruchsvoll in der Mit- und Zuarbeit, dabei sensibel im Kontakt, äußerst fair in der Beurteilung politischer Kontrahenten: Urgestein der Demokratie. Um es auf den Punkt zu bringen: Walter Krause charakterisieren herausragende spezifische Werte: hohe Sachkompetenz, überzeugende Glaubwürdigkeit, Bildung durch Begegnung.“ (Lauber 66)

¹⁴²⁶ Geisel 31

¹⁴²⁷ Spöri 111; vgl. auch Stümper 113-114

¹⁴²⁸ Schieler 98

¹⁴²⁹ FAZ v. 16.1.69

¹⁴³⁰ Lehmann 68

Bogusch erzählte, daß er mit Krause, obwohl er ihn vergleichsweise gut gekannt habe, zeitlebens beim „Sie“ geblieben sei und nicht das „Genossen-Du“ benutzt habe.¹⁴³¹

Auch ein anderer Teil der Persönlichkeit Walter Krauses wird häufig beschrieben: seine Emotionslosigkeit, ob sie nun von innen kam oder er sich in der Öffentlichkeit nur so gab. Bezeichnenderweise ist diese Charakterisierung wesentlich häufiger zu *hören* als zu *lesen*. Offenbar ist es schwerer, einen Charakterzug, der nicht uneingeschränkt positiv zu bewerten ist, in schriftlicher Form zu beschreiben als in einem persönlichen Gespräch. So sah Gerhard Lang in Walter Krause einen Menschen, der zwar persönlich engagiert gewesen sei und Freundschaften gepflegt habe, aber im Grunde genommen sei er ein „cooler Rechner und Denker“ gewesen.¹⁴³² Walter Hirrlinger, der frühere Sozialminister, charakterisierte ihn als „typischen Mathematiker“. So habe er auch geredet. Hirrlinger erinnerte sich, wie sich die Genossen manchmal fragten: „Kann der nicht auch mal emotional reagieren? Konnte er nicht.“¹⁴³³

Sehr interessant wäre die Beantwortung der Frage gewesen, ob diese ungeheure Diszipliniertheit und Emotionslosigkeit einer tiefen inneren Verwurzelung oder einer bewußten Willensanstrengung entsprang. Zu klären ist dies nicht, zumindest nicht gemessen am Maßstab historischer Objektivität. Erhard Eppler sagte, er glaube nicht, daß Walter Krause ein abgründiger Mensch gewesen sei, sondern daß er auch innerlich ein sehr geordneter Mensch gewesen sei. Er glaube nicht, daß das Äußere nur das Ergebnis einer ungeheuren Willensanstrengung gewesen sei, sondern daß dieser Mensch durchaus mit sich im reinen gewesen sei. Darüber hinaus sei Krause ein sehr bescheidener Mensch gewesen.¹⁴³⁴

Zu einer objektiven Beschreibung gehört auch die Feststellung, daß es einige Beobachter gibt, die in Walter Krause einen Mann voller politischer Leidenschaft sehen. Der Journalist Klaus Fischer beschrieb ihn so: „Der unterkühlt sachliche, fast steif wirkende Eindruck, den Walter Krause vermittelt, täuscht. Er ist diszipliniert bis zur Perfektion, aber innerlich voller Leidenschaft. Nicht zufällig sind Mathematik und Musik seine bevorzugten Stek-

¹⁴³¹ Bogusch (1996)

¹⁴³² Lang (1996)

¹⁴³³ Hirrlinger (1997)

¹⁴³⁴ Eppler (1997). Er fügte die sehr persönliche Bemerkung an: „Vielleicht muß ich mir selbst den Vorwurf machen, daß ich nie die Zeit und die Lust hatte, einmal hinter dieses disziplinierte Bild zu schauen. Ich habe nie versucht, ihn herauszulocken, auch nicht unter vier Augen.“

kenpferde. Der passionierte Schachspieler geht den Dingen stets systematisch auf den Grund, überläßt nichts dem Zufall und mißtraut jeglichen Vorurteilen und Ideologien.“¹⁴³⁵

Wenn es um Krauses Humor ging, traf eine Analyse der Stuttgarter Nachrichten die gängige Meinung. Krause, so die Zeitung, nehme seine Aufgabe als Abgeordneter sehr ernst. So ernst, daß man ihn nur selten lachen sehe. Dennoch besitze er Humor und nehme sich selbst nicht zu ernst. Wenn er das noch ein wenig mehr als bisher zeigen würde, dann mache er sich seine unermüdliche Arbeit wahrscheinlich etwas leichter.¹⁴³⁶ Auch die Heiterkeit, die er durch seine Reden auslöste, war manchmal eine Heiterkeit, die etwas kleinliche Ursprünge hatte, jedenfalls auf Kosten des politischen Gegners ging, und nicht von Großmut oder gelassenem Humor zeugte. So machte er sich beispielsweise in der Etatrede des Jahres 1964 über ein Horaz-Zitat („Wenn Du was Besseres weißt als das hier, Teil´ es mir redlich mit ...“) des Finanzministers Hermann Müller in einer Breite lustig, die wohl nur innerhalb eines Plenarsaals humorvoll erscheinen mag.¹⁴³⁷

Und wie dachten diejenigen über Walter Krause, die während seiner aktiven Politikerzeit als seine innerparteilichen Widersacher galten?

Peter Conradi beschrieb ihn als „überaus korrekt, eigentlich eher mit dem Habitus eines Beamten, aber nicht ein wissenschaftlicher Mann, sondern ein politischer Beamter, sehr an der Sache orientiert, nach meinen damaligen Vorstellungen sehr konservativ. Er gehörte zur konservativen, staatstragenden SPD.“ Freimütig gab er zu, daß er als junger Politiker ein paar Mal mit Krause aneinandergeraten sei, und daß Krause sie bei diesen Auseinandersetzungen besser behandelt habe als sie ihn. Er sei ihnen gegenüber immer korrekt gewesen, „korrekter als wir jungen Kerle, die wir ziemlich ruppig waren.“¹⁴³⁸

Krause habe, so schätzte ihn nicht nur Ulrich Lang ein, „keine gesellschaftspolitische Vision“ gehabt. Er nahm dabei Bezug auf eine Definition von Erhard Eppler, die besagt, Politik sei letztlich die Entscheidung, „wie die Menschen leben wollen.“ Das sei sicher eine Sache gewesen, die den Walter Krause nicht so beschäftigt habe. So wie er ihn in den siebziger Jahren kennengelernt habe, sei er ein Pragmatiker gewesen. Er habe ihn nie leiden-

¹⁴³⁵ Stuttgarter Zeitung v. 19.2.92

¹⁴³⁶ Stuttgarter Nachrichten v. 18.7.61

¹⁴³⁷ Krause, Landtagsdebatte am 7. 10.64

schaftlich über Themen wie den Sozialstaat reden hören.¹⁴³⁹ Krause sei ganz außerordentlich an der Sache orientiert gewesen und nicht an populistischen Positionen. Allerdings fügte Ulrich Lang auch hinzu, daß das nicht geheißene habe, daß er nicht auch seine persönlichen Interessen zu vertreten wußte. Er belegte diese Aussage am Beispiel der Regelungen hinsichtlich der Altersversorgung von Landespolitikern. Es habe damals der Grundsatz gegolten, wenn die Altersbezüge aufgrund der Abgeordnetentätigkeit und eines zusätzlichen Einkommens aus einer öffentlichen Kasse das Eineinhalbfache einer Grunddiät überstiegen, so werde der übersteigende Betrag halbiert. Beim Ausscheiden der SPD-Minister aus der Regierung im Jahr 1972 sei diese Halbierungsregelung nach oben gekappt worden. Nach der neuen Regelung sei, falls der das Anderthalbfache übersteigende Betrag eine bestimmte Grenze überschreite, der darüber hinaus gehende Betrag nicht mehr halbiert worden, sondern sei voll angerechnet worden - für Versorgungsempfänger mit Ministerpensionen ein großer Vorteil. Diese problematische Regelung sei von Walter Krause zumindest hingenommen worden, wie sich Lang erinnerte. Die Fraktion sei darüber nicht informiert worden.¹⁴⁴⁰

Erhard Eppler beschrieb Krause als einen Menschen, der alles, was er machte, mit ungeheurer Gewissenhaftigkeit tat. „Er ist ein zuverlässiger, ein guter Mensch. Er war kein Intrigant, aber offen in dem Sinne, daß er sein Herz auf der Zunge trug, war er auch wieder nicht. Er war unheimlich kontrolliert und diszipliniert. Ich habe das immer als angenehm empfunden. Ich schätze diese Art von sogenannten Sekundärtugenden.“¹⁴⁴¹

Freiburgs Oberbürgermeister Rolf Böhme hat in Bezug auf Walter Krause im Laufe der Zeit zwei Betrachtungsweisen entwickelt. Da sei zum einen der parteipolitische Blickwinkel, aus dem heraus er zusammen mit anderen 1968 in Kehl den Rücktritt Krauses als Parteivorsitzender bewirkt habe, und da sei zum anderen die staatspolitische Sicht. Er erinnerte sich noch an eine Veranstaltung im Kolping-Haus in Freiburg, bei der der Minister Krause zur Verwaltungsreform Stellung genommen habe. Krause habe die Veranstaltung mit „großer Sachkenntnis, großer Erfahrung, Fingerspitzengefühl und Durchsetzungsvermögen souverän beherrscht.“ Sein eigenes Krause-Bild, das am Anfang „eher aggressiv“ gewesen sei, „gegen den Mann vom Establishment, gegen den Mann, der den Kehler Par-

¹⁴³⁸ Conradi (1998)

¹⁴³⁹ Ulrich Lang (1998)

¹⁴⁴⁰ Ebd.

teitagsbeschluss nicht befolgt hat“, habe sich dann im Laufe der Zeit gewandelt in Hochachtung und Anerkennung eines „aufrechten Mannes“, der aus eigener Überzeugung anders gehandelt habe als seine Partei und dann in der Sache viel Gutes bewirkt habe. So wie ein Baum Jahr für Jahr größer werde und mehr Jahresringe bekomme, so habe auch Krause an Format gewonnen und in seiner persönlichen Wertschätzung auch.¹⁴⁴²

Manche, wie der spätere baden-württembergische Umweltminister Harald B. Schäfer (SPD), revidierten im Laufe ihres politischen Lebens ihre Meinung, lobten Krauses „klare Haltung“ und sahen in ihm einen „geradlinigen, prinzipientreuen und zugleich konsensorientierten und zum Kompromiß fähigen Staatsmann und großen Sozialdemokraten.“¹⁴⁴³ Die späte Anerkennung, die ihm der damalige Partei- und Fraktionsvorsitzende der baden-württembergischen SPD, Ulrich Maurer, zuteil werden ließ („Realpolitiker durch und durch“), klang dagegen ein bißchen nach Festschrift-Lob.¹⁴⁴⁴ Anlässlich von Krauses 80. Geburtstag sagte Maurer, er habe wegen Krauses Rolle bei den Heidelberger Studentenunruhen des Jahres 1969 früher ein anderes Urteil über ihn gehabt. Krause habe als turnusmäßiger Vorsitzender der Innenministerkonferenz nach dem Attentat auf Rudi Dutschke keine gute Figur gemacht. Mittlerweile sehe er das anders, meinte Maurer.¹⁴⁴⁵

Bundesjustizministerin Herta Däubler-Gmelin bezeichnete Walter Krause als „eine sehr liebenswürdige Persönlichkeit“, die ihre Auffassungen mit Witz und Sachkenntnis vertrete. Sie würdigte Walter Krause als einen außerordentlich guten und erfolgreichen Landesinnenminister. Ein großer Teil der Reformen der frühen 70er Jahre gingen auf sein Konto, schrieb sie. Die Bundesjustizministerin lernte Walter Krause kennen, als sie selbst die ersten Schritte in der Politik unternahm. Sie schätzte damals vor allem Krauses Art, seinen Standpunkt zu vertreten, auch dann, wenn sie selbst anderer Meinung war.¹⁴⁴⁶

¹⁴⁴¹ Eppler (1997)

¹⁴⁴² Böhme (1998) schilderte in dem Gespräch, wie er selbst, vom Tübinger Kreis kommend, eine Entwicklung genommen habe, geprägt durch die großen Männer in der Bonner SPD-Fraktion, Willy Brandt, Herbert Wehner und insbesondere Helmut Schmidt. „In der Regierung habe ich gelernt, daß die reine Lehre eine Seite ist, und daß die Praxis und die Umsetzung eine zweite ist. Wie der Helmut Schmidt immer gesagt hat: Es gibt eine Gesinnungsethik, und es gibt eine Verantwortungsethik.“ In der Praxis brauche man die Verantwortungsethik, die oft sehr viel schwerer sei, weil sie mit Konflikten belastet sei.

¹⁴⁴³ Schäfer 96 – Auch Karl Feuerstein, in seiner „Rotkehlchen“-Zeit noch ein strikter Gegner von Walter Krause, wandelte sich später zu seinem Bewunderer und Freund. (Feuerstein 21-22)

¹⁴⁴⁴ Maurer 75

¹⁴⁴⁵ Reutlinger Generalanzeiger v. 14.1.93

¹⁴⁴⁶ Schreiben von Däubler-Gmelin v. 29.5.98. Der Dank des Verfassers gilt der amtierenden Bundesjustizministerin, die in der heißen Phase des Bundestagswahlkampfes 1998 die Zeit fand, eine entsprechende Anfrage zu Walter Krause zu beantworten.

Bei Krauses Persönlichkeit und Politikverständnis nimmt es nicht wunder, daß er bei den Repräsentanten anderer Parteien großen Respekt genoß.

Manfred Rommel, der frühere Stuttgarter Oberbürgermeister, schrieb: „Er ist, bei aller Bescheidenheit, ein Staatsmann“¹⁴⁴⁷ Annemarie Griesinger, die ehemalige Sozialministerin,¹⁴⁴⁸ nannte als Beispiel für Krauses „tiefe Menschlichkeit“ ein Treffen des Vereins der ehemaligen Landtagsabgeordneten, zu dem Krause nicht nur Parlamentarier, sondern auch die Ehegatten der verstorbenen Abgeordneten eingeladen habe.¹⁴⁴⁹

Der frühere Landtagspräsident Erich Schneider (CDU) ging auf Krauses landsmannschaftliche Bindungen ein. „Von Ihrer Abstammung her Schlesier, haben Sie tiefe Wurzeln im Pfälzer Raum geschlagen und von Mannheim aus - Ihrem kommunal- und regionalpolitischen Fundament - die Zeitgeschichte unseres Landes in dessen Werden und Wachsen entscheidend mitgeprägt.“ Schneider hob Krauses Beitrag zum Verfassungskompromiß 1953 hervor, sein Engagement für die Einführung der christlichen Gemeinschaftsschule und bei der Durchführung der verschiedenen Verwaltungs- und Gebietsreformen zu Beginn der 70er Jahre. Krause habe ganz wesentlich am Zustandekommen Baden-Württembergs als einem „Modell deutscher Möglichkeiten“ mitgewirkt. Ministerpräsident Erwin Teufel faßte die Würdigung Krauses in einem Satz zusammen: „Nur wenige haben sich so um Baden-Württemberg verdient gemacht wie er.“¹⁴⁵⁰

Filbinger, Krauses Partner in der Großen Koalition, hob dessen Begabung hervor, die Situation des Koalitionspartners CDU mit deren Augen zu sehen. „Das Sichhineinversetzen in die Lage dessen, mit dem man handelseinig werden will, ist oft Voraussetzung für den Erfolg, besonders aber für den Erfolg eines Bündnisses zwischen verschiedenen politischen Partnern.“¹⁴⁵¹ Auch die „Stuttgarter Nachrichten“ bezeichneten Walter Krause als einen

¹⁴⁴⁷ Rommel 94

¹⁴⁴⁸ Annemarie Griesinger (geb. 1924) (CDU) gehörte von 1964 bis 1972 dem Deutschen Bundestag an. Von 1976 bis 1984 war sie Abgeordnete im baden-württembergischen Landtag. Sie war von 1972 bis 1980 Arbeitsministerin, von 1980 bis 1984 Ministerin für Bundesangelegenheiten in der baden-württembergischen Landesregierung. (Munzinger 45/84).

¹⁴⁴⁹ Griesinger 34

¹⁴⁵⁰ Mannheimer Morgen v. 21.1.93. In ähnlicher Weise beschrieben ihn Dieter Spöri in den Badischen Neuesten Nachrichten v. 23.12.87 und der damalige baden-württembergische Innenminister Frieder Birzele (Rhein-Neckar-Zeitung v. 18.1.93; Stuttgarter Zeitung v. 23.12.89).

¹⁴⁵¹ Filbinger 24

Befürworter einer guten Zusammenarbeit mit den anderen Parteien des Landtages. Er könne es nicht verstehen, wenn ein Vorschlag nur deshalb abgelehnt werde, weil er von der Opposition komme. Geschehe dies einmal, wie beim Gesetzentwurf über das neunte Volksschuljahr, dann verliere er doch einmal seine Ruhe, die ihn sonst nie verlasse.¹⁴⁵²

Vielleicht hätte Krause selbst das Lob einer „einfachen Mannheimerin“ am meisten gefreut, die Krause begegnete, ohne zu wissen, mit wem sie es zu tun hatte. Als man ihr sagte, der Mann sei ein bekannter Politiker, sagte sie, daß sie im Fernsehen immer umschalte, wenn Politiker zu reden beginnen. Aber bei dem würde sie nicht umschalten, meinte sie, der sei etwas Besonderes.¹⁴⁵³

¹⁴⁵² Stuttgarter Nachrichten v. 18.7.61

¹⁴⁵³ Janda 52

Krause über andere Politiker

Krause hat sich in den Gesprächen mit dem Autor auch zu Politikern anderer Parteien geäußert, mit denen er es in der einen oder anderen Funktion zu tun hatte. Gebhard Müller war der Gegenspieler Krauses in der Verfassunggebenden Landesversammlung. „Ich bin an ihm gewachsen“, sagte Krause rückblickend.¹⁴⁵⁴ Krause ließ keinen Zweifel daran aufkommen, daß er in der Auseinandersetzung zwischen Reinhold Maier und Gebhard Müller auf der Seite Müllers gestanden habe. Der sei, so Krause, ein Urschwabe gewesen, mit einer breiten schwäbischen Sprache. Er sei ein solider Kerl gewesen und habe seine volle Sympathie genossen. Krause bewunderte Müllers Sparsamkeit. Der sei sein eigener Staatssekretär gewesen, sehr akkurat und habe „jede Mark zweimal rumgedreht“, bevor er sie ausgegeben habe. Den ersten Ministerpräsidenten des Landes Baden-Württemberg, Reinhold Maier, beschrieb Krause als „Vollblutpolitiker, nicht zimperlich“ und mit dem folgenden Bild: „Wenn ich ihn zeichnen könnte, dann mit einem Drechkübel. Hand rein und dann damit das Gesicht von Gebhard Müller beschmieren.“¹⁴⁵⁵

Kurt Georg Kiesinger nannte er einen „beachtlichen Kerl“.¹⁴⁵⁶ Krause bewunderte dessen „ungeheure“ Redegabe. Er sei längst nicht so fleißig gewesen wie Müller. Kiesinger sei es gewesen, der dem Amt des Ministerpräsidenten das Attribut verliehen habe, das Land Baden-Württemberg würdevoll zu repräsentieren. „Der Kiesinger“, so Krause, „mochte mich mit der Zeit.“¹⁴⁵⁷ Krause erinnerte sich noch, daß man an Kiesinger die drei „r“ lobte: Reden, reisen, repräsentieren. Darauf entgegnete Kiesinger, es seien vier „r“: es komme nämlich noch das Regieren dazu. Krause hatte dagegen den Eindruck, das Regieren sei bei Kiesinger nicht an erster Stelle gekommen. Krause erzählte bei dieser Gelegenheit gern eine Begebenheit in Zusammenhang mit der von Kiesinger gegründeten Universität Konstanz. Aus der Opposition heraus warf Krause Kiesinger vor, es gebe ein Abkommen zwischen den Bundesländern, das die Finanzierung der Universität für Baden-Württemberg billiger gemacht hätte. Dieser Vorwurf, so Krause, ließ Kiesinger „fuchsteufelswild“ werden. Als Krause dann selbst in der Regierung gesessen habe, sei die Rechnung auf den Tisch ge-

¹⁴⁵⁴ Krause (1994/2)

¹⁴⁵⁵ Ebd.

¹⁴⁵⁶ Krause erzählte eine kleine Geschichte zu einer Begegnung Kiesingers mit Fritz Erler. Als beide auf einer USA-Reise waren, lobte Kiesinger Erler als „a charming fellow“. Erler entgegnete: „He puts the nail on the top.“

¹⁴⁵⁷ Krause (1994/2)

kommen, die, so Krause, seine Vorhersage bestätigt habe. Kiesinger, so Krauses Urteil, sei kein solider Rechner gewesen.¹⁴⁵⁸

Während seiner Zeit als Innenminister und stellvertretender Ministerpräsident der baden-württembergischen Landesregierung hatte Krause nur mit einem Ministerpräsidenten, nämlich Filbinger, zu tun. Filbinger, so Krause, habe die SPD nicht gewollt und nicht geliebt. Bezugnehmend auf den Rücktritt Filbingers im Jahr 1978 meinte Krause ein Jahr später, wenn das, was im letzten Jahr passiert sei, 1972 passiert wäre, dann wäre es wahrscheinlich zu einem großen politischen Erfolg für die SPD geworden, und die politische Entwicklung des Landes Baden-Württemberg wäre anders verlaufen. Dann hätten wir eine sozial-liberale Mehrheit gewonnen.¹⁴⁵⁹

Ein ganz besonderes Verhältnis hatte Krause zum langjährigen Landtagspräsidenten Erich Ganzenmüller. Mit diesem, so Krause, habe er anfangs häufig Auseinandersetzungen gehabt. Eines Tages sei er dann auf Krause zugekommen und offenbart, wie gern er ihn habe. An seinem 60. Geburtstag habe er ihm sogar das „Du“ angeboten.¹⁴⁶⁰ Krause beschrieb Ganzenmüller als einen Menschen und Politiker, „der einem einfach größte Achtung abnötigt“, er sei ein „Altmeister des parlamentarischen Lebens auf dem Land.“¹⁴⁶¹

¹⁴⁵⁸ Krause (1994/2). - Hans-Otto Schwarz erinnerte daran, wie nach der „Schnapsidee“ der CDU (beschlossen nach einem weinseligen Abend in Singen am Hohentwiel) in Konstanz eine Universität zu gründen, die SPD auf den Plan getreten sei, und für Ulm ebenfalls eine Universität gefordert habe. Danach sei dann Mannheim (mit Walter Krause) gekommen, das sich ewig benachteiligt fühlte und verlangte, seine Hochschule in eine Universität umzuwandeln. (Schwarz (1996)) – Eine kleine Geschichte am Rande: Krause erinnerte sich auch noch an ein zufälliges Treffen mit Kiesinger, als er Bundeskanzler war. Während des Bundestagswahlkampfes 1969 sei er, auf dem Weg in den Urlaub auf Sylt, in einem Gasthaus in Niedersachsen eingekehrt. Zufällig machte Bundeskanzler Kiesinger während seines Wahlkampfes im selben Lokal Station. Beide unterhielten sich kurz. Später nahm Kiesinger dieses Gespräch zum Anlaß, um Krause eine Karte zu schreiben.

¹⁴⁵⁹ Krause (1994/2)

¹⁴⁶⁰ Ebd.

¹⁴⁶¹ Schneider (1993/2) 103

Abseits der politischen Bühne

Zwischen Noten und Zahlen

Walter Krause, seine Frau Anna und seine Tochter Annelie führten ein intensives, enges Familienleben, das nach dem wenigen, was bekannt wurde, ein Stück weit ungewöhnlich war. Ungewöhnlich an den Krauses war, daß die drei zeit ihres Lebens zusammenblieben. Tochter Annelie löste sich nie aus dem engen Bund mit ihren Eltern. Ein typisches Bild, das Außenstehende von der Familie Krause gewannen: „Eingerahmt von seinen beiden Damen, der liebenswerten Frau Annel und seiner charmanten Tochter Annelie,“¹⁴⁶²

Walter Krause war geprägt von der Fürsorge für seine Frau und Tochter, die ihm diese Fürsorge zurückgaben und ihm wiederum den Freiraum ermöglichten, als Politiker für die „res publica“ da zu sein.¹⁴⁶³

Ungewöhnlich an den dreien war auch, wie hermetisch sie sich nach außen abschotteten. Zumindest in den politischen Kreisen wurde kaum Persönliches bekannt. Besonders für Walter Krause wurde dies häufig überliefert. Jeder Gesprächspartner, mit dem der Verfasser über Krause sprach, hielt es für erwähnenswert, daß Krause so gut wie nie über private Angelegenheiten sprach. Das ging so weit, daß er selbst seinen engsten Mitarbeitern gegenüber nicht einmal Andeutungen über wirklich Persönliches machte. Unter diese eherne Regel fielen selbst oberflächliche Gespräche, wie sie sonst fast überall üblich sind.¹⁴⁶⁴ Sein Referent Gerhard Lang erinnerte sich, daß Walter Krause immer gleich auf Sachfragen gekommen sei. Das sei ihm viel wichtiger als persönliche Emotionen.¹⁴⁶⁵ Dies bestätigte auch sein Minister-Kollege Walter Hirrlinger. Krause habe nie etwas Privates gesprochen, weder von sich, noch hat er andere danach gefragt. Das habe ihn auch nicht interessiert. „Da war gar nichts. Wir haben uns überhaupt nie privat unterhalten.“ Hirrlinger bemerkte sogar, wenn es um Privates ging, habe er bei Krause wie vor einer Wand gestanden. „Da ging nichts mehr. Aber Krause hat das nicht böse gemeint. Er war eben so.“¹⁴⁶⁶

¹⁴⁶² Mette 76

¹⁴⁶³ May 73

¹⁴⁶⁴ Hieber (1996). Bogusch (1996): „Krause hat kein offenes Haus gepflegt.“

¹⁴⁶⁵ Lang (1996). Nur wenige sahen das anders. Zu diesen gehört Fred May, ehemaliger Direktor der Sparkasse Mannheim und Freund der Familie Krause. Er war beeindruckt, wie unkonventionell sich Krause, „frei von jeder Distanziertheit“, bei seiner ersten, zufälligen Begegnung mit ihm unterhielt. (May 73)

¹⁴⁶⁶ Hirrlinger (1997)

Obwohl Krause als Politiker viele Leute kannte und durchaus Freundschaften pflegte, so war er doch in gewissem Sinne „kontaktarm“. Man habe, so Gerhard Lang, immer gespürt, bei dem sei man angenommen, gleichwohl habe es Grenzen gegeben, über die sei man nie hinausgekommen. Er sei immer der ‚Herr Minister‘“ gewesen.¹⁴⁶⁷

Walter Krause lernte seine Frau Anna Katharina¹⁴⁶⁸ während der Zeit seiner Untergrundtätigkeit im Hause ihres Vaters Georg Layer, eines Ortskrankenkassenbeamten in Mannheim, kennen. Dort fanden häufig Treffen der Widerstandsgruppe statt. Seine Frau war schon damals seine engste Vertraute. Nicht einmal seine Eltern wußten, was er genau politisch machte. Anna hingegen, mit der er damals noch nicht verheiratet war, war von Anfang an eingeweiht. Gegen Ende seines Lebens stellte er fest, seine Frau habe den größten Anteil an seiner politischen Karriere gehabt. „Wir haben uns 1933 in der Illegalität kennengelernt, trafen uns in leeren Wohnungen, fürchteten, verhaftet zu werden. Meine Frau hat immer Verständnis für meine politische Tätigkeit gehabt. Bis zum heutigen Tag.“¹⁴⁶⁹

Krauses Frau war acht Jahre älter als er. Wie ihre Tochter übte sie nie einen Beruf aus, sondern führte als junge Frau den Haushalt im väterlichen Hause. Geheiratet haben die beiden am 19. April 1938 in Mannheim, zu einer Zeit als Walter Krause schon bei der Firma Siemens in Nürnberg arbeitete.¹⁴⁷⁰ Der Wehr- und Kriegsdienst hat beide bald darauf für lange Zeit getrennt, unterbrochen nur durch kurze Zeiten des Wiedersehens. An eine solche erinnerte sich Walter Krause auch im hohen Alter noch gern. Als er sich zur militärischen Grundausbildung in Eger aufhielt, hat ihn seine Frau dort besucht. Die beiden ha-

¹⁴⁶⁷ Lang (1996)

¹⁴⁶⁸ Anna Katharina wurde am 6. Januar 1904 geboren. Sie verstarb am 22. Juli 1996. Ihr Vater Georg Layer, geboren am 14. August 1873, verstarb am 6. Juli 1958. Weitere Kinder Georg Layers waren Tochter Emilie Eva, geboren am 29. Juli 1902, Tochter Katharina, geboren am 20. Februar 1905, verstorben am 30. Juni gleichen Jahres, und Sohn Karl, geboren am 22. November 1906. Karl Layer war verheiratet mit Karoline, geb. Plommer. Ein Sterbedatum war nicht zu ermitteln. Im Mannheimer Adreßbuch war er bis zum Jahr 1988 eingetragen. Das Ehepaar hatte zwei Kinder, Sohn Peter Rüdiger, geboren am 14. Oktober 1936, und Tochter Irma Friederika, geboren am 22. Juli 1939. - Interessant ist, daß Karl Layer, also der Bruder von Walter Krauses Frau Anna Katherina, in den dreißiger Jahren ebenfalls in der illegalen SPD Mannheims aktiv war und zusammen mit drei weiteren Parteigenossen wegen Vorbereitung zum Hochverrat angeklagt wurde. Die Anklageschrift findet sich im Stadtarchiv Mannheim im Bestand der SPD-Geschäftsstelle Mannheim, Zugang 77/1993, Nr.2.

¹⁴⁶⁹ Krause (1993)

¹⁴⁷⁰ Im Beitrag von Rudolf Wildenmann, ehemaliger Rektor der Universität Mannheim, in der Festschrift zu Walter Krauses 80. Geburtstag, erschienen in der Reihe „Profile der Region“ (Band 12), Karlsruhe 1993, S.128, ist vermerkt, daß Walter Krause die Tochter des „ehemaligen OB Trumpfheller“ geheiratet habe. Diese Information ist nicht richtig: Jakob Trumpfheller war von 1946 bis 1959 Erster Bürgermeister der Stadt Mannheim und seine Tochter war mit dem ehemaligen baden-württembergischen Finanzminister Kurt Angstmann (1915-1978; Finanzminister von 1966 bis 1968) verheiratet. (Brach 122; Weik 129).

ben sich damals gegenseitig eine Flasche des dort getrunkenen Obstschnapses geschenkt, ohne daß sie das abgesprochen hätten. Krause berichtete, dieses Erlebnis hätten die beiden im Jahr 1939 gehabt. Vermutlich wird es aber das Jahr 1940 gewesen sein, als Krause vom 9. Januar bis zum 7. Februar 1940 in Eger bei der 3. Kompanie des Flugausbildungsbataillons 63 eine kurze militärische Ausbildung erhielt.¹⁴⁷¹

Walter Krause gehörte einer Generation an, die durch den Krieg viele persönliche und materielle Entbehrungen hinnehmen mußte. Im Vergleich zu vielen anderen Biographien seiner Zeit zog er hinsichtlich Krieg und Gefangenschaft eines der besseren Lose. Im Krieg war er für längere Zeit relativ nahe bei seiner Familie eingesetzt. Dadurch war die Familie Krause nicht so lange getrennt wie viele andere zu jener Zeit. Während der kleine Walter als Kind sehr häufig mit seinen Eltern umziehen mußte, lebte Walter Krauses eigene Familie fast immer in Mannheim, nur während der Zeit der Bombenangriffe zog sie aufs Land. Nach dem Krieg kehrten sie in die Quadratestadt zurück und wohnten zunächst in der Brucknerstraße 4, später in einer noblen Villengegend, der Schauinslandstraße 2.¹⁴⁷² Dort gingen zu Krauses Politikerzeiten, besonders in seiner Ministerzeit, hochrangige Persönlichkeiten ein und aus. Besonders Tochter Annelie, so wird berichtet, habe diese gesellschaftliche Achtung sehr viel bedeutet.

Einen bleibenden Eindruck bei den politischen Freunden und Gegnern Krauses hinterließ seine Tochter Annelie, von der Walter Krause mit „strahlender Begeisterung“ erzählte. Man habe sich, so der Journalist Klaus Fischer, in den politischen Kreisen Stuttgarts gefragt, was sie beruflich mache.¹⁴⁷³ In den Augen mancher Beobachter bestand ein merkwürdiger Kontrast zwischen dem strebsamen, karrierebewußten Vater und der Tochter. Wie ihre Mutter übte sie viele Jahre lang keinen Beruf aus, obwohl sie unverheiratet war. Es wird berichtet, sie sei zwar einmal als Arzthelferin tätig gewesen, aber nur stundenweise als eine Art Hobby, nicht als Beruf.¹⁴⁷⁴ Ihre Aufgabe, wie die ihrer Mutter, war es, sich

¹⁴⁷¹ Meldung über Militärverhältnis v. 25.3.1942

¹⁴⁷² Hieber (1996). - In der Brucknerstraße 4 wohnten die Krauses vom 20.1.1953 bis zum 31.12.1962. Das Gebäude wurde von der GBG - Mannheimer Wohnungsbaugesellschaft im Jahre 1928 erstellt. 1943 wurde es bis auf die Grundmauern zerstört und 1952 / 1953 vollständig neu errichtet. Von den üblichen Sanierungen abgesehen, ist das Gebäude bis heute unverändert. (Stadtarchiv Mannheim, Bestand der GBG).

¹⁴⁷³ Fischer (1997)

¹⁴⁷⁴ Annelie Krause besuchte das Lieselotte-Gymnasium und machte 1963 das Abitur, war danach ein halbes Jahr in Paris, um ihre Sprachkenntnisse zu verbessern. Sie wollte eigentlich Medizin studieren und hat sich dann für Heilgymnastik entschieden. (Mannheimer Morgen v. 3.2.65)

um ihren Vater zu kümmern.¹⁴⁷⁵ Wenn ihr Vater wegen beruflicher Verpflichtungen in Stuttgart wohnte, wurde er dort abwechselnd von Mutter und Tochter be- und umsorgt.¹⁴⁷⁶ Außerdem waren ihre Bemühungen um ihre „Sorgenkinder“, halb wilde Katzen und andere Tiere, weithin bekannt.¹⁴⁷⁷ Tochter Annelie widmete sich auch als erwachsene Frau mit großem persönlichen Einsatz der Pflege von Tieren. Sie galt als Spezialistin für die Aufzucht von Jungvögeln. Das Heim von Krauses war ein richtiges Tierparadies. Über eine Blaumeise, die in Krauses Wohnung ein- und ausflog, erschien ein Bericht im Mannheimer Morgen.¹⁴⁷⁸ Zur Familie gehörten auch Hunde wie der Leonberger „Dajan“ oder „Jobby“, ein springlebendiger englischer Terrier.¹⁴⁷⁹ Becker erinnerte sich ferner, daß Annelie einmal Karnevalsprinzessin gewesen sei.¹⁴⁸⁰ Der Journalist und langjährige Bekannte von Walter Krause erinnert sich auch in diesem Punkt richtig. 1965 wurde sie als Annelie I. von Schalima Karnevalsprinzessin. Der Mannheimer Morgen schrieb, daß Walter Krause diesem Engagement seiner Tochter „hinhaltenden Widerstand“ entgegenbrachte, aber sich „der Übermacht seines weiblichen Regiments“ beugen mußte.¹⁴⁸¹

Ein Zeitungsartikel bezeichnete Tochter Annelie als die „ganz persönliche Referentin“ Krauses. Sie war es auch, die die berühmten Krawatten für ihren Vater aussuchte. Grellbunt und zum Habitus von Krause so gar nicht passend, waren sie ein beliebtes Gesprächsthema auf den Fluren des Landtags und Ministeriums und der Presse eine Glosse wert. Das Urteil lautete übereinstimmend: Diese Mode wollte zu Krause einfach nicht passen. Alle wußten, daß Krause die Krawatten trug und gar nicht merkte, daß man manchmal über ihn lächelte, weil seine Tochter sie für ihn aussuchte.¹⁴⁸² Heinz Bühringer, SPD-Partei- und Fraktionsvorsitzender in der Ära Krause, erzählte, für Annelie sei die Ministertätigkeit Krauses, anders als für ihre Mutter, eine Imagefrage gewesen. Allerdings wurde die Tochter für ihren Vater nie zu einem ernstzunehmenden Diskussionspartner in politischen Fragen. Sie blieb auf den häuslichen Bereich beschränkt.¹⁴⁸³

¹⁴⁷⁵ Hieber (1996)

¹⁴⁷⁶ Neckenauer 81; Schwäbische Zeitung v. 19.12.77; NWZ v. 5.8.71

¹⁴⁷⁷ Janda 51; May 73; Bühringer (1996)

¹⁴⁷⁸ Mannheimer Morgen v. 3.9.63

¹⁴⁷⁹ Allgemeine Zeitung v. 29.4.68

¹⁴⁸⁰ Becker (1999)

¹⁴⁸¹ Mannheimer Morgen v. 3.2.65

¹⁴⁸² Zum Beispiel Fischer (1997); Stuttgarter Nachrichten v. 7.4.67

¹⁴⁸³ Hieber (1996)

Gerhard Lang, einer von Krauses Referenten, empfand seinen Chef „als konzentrischen Kern, um den sich alles dreht“. Er war sehr rücksichtsvoll und höflich, aber er habe „sicher auch zuhause alles dominiert“. So wie sich auch im Beruf alles um ihn gedreht habe, um seine Zahlen und seine sachlichen Dinge. Er habe noch etwas Klavier gespielt, doch das sei reine „Dekoration“ gewesen. Krause sei „ein Fachdenker“ und „Sortierer“ gewesen.¹⁴⁸⁴ Auch Erhard Becker glaubte, daß das Verhalten der Tochter von Walter Krause vielleicht weniger geduldet als gefördert gewesen sei. Vielleicht habe er genossen, unter Umständen sogar ein bißchen ausgenutzt, daß die Tochter nur für ihn dagewesen sei. Sie habe ihn viel gefahren und für ihn vermutlich auch Sekretariatsarbeiten geleistet. Das sei für ihn ganz bequem gewesen.¹⁴⁸⁵ Krause wurde morgens von seiner Tochter zum Bahnhof in Mannheim gefahren, wo er den Zug nach Stuttgart bestieg. Sein Stammpfad befand sich im vordersten Wagen im Zug. Dort saß er in einem Erste-Klasse-Abteil an einem Eckplatz, hatte eine dicke Tasche dabei und arbeitete Akten durch.¹⁴⁸⁶ Auch Peter Bogusch, ein anderer Mitarbeiter des Innenministers Krause, bestätigte, daß sich Frau Krause und ihre Tochter intensiv um ihren Mann bzw. Vater gekümmert haben. Nach seinen Beobachtungen habe er ein „ausgesprochen harmonisches Familienleben“ geführt.¹⁴⁸⁷

Treffend sind Krauses Eigenschaften mit den folgenden Worten charakterisiert: „Macht-hungrig ist dieser Mensch, der während des Gesprächs mit mir wiederholt Findlings-Kater Ronnie liebevoll krault und von der besonderen Tierliebe seiner Tochter, deren Findlings-pflege und eigenen Erlebnissen mit Tieren wie Blaumeise, Fuchs und Möwe erzählt - derzeit ist bei Krauses ein junger Rabe zu Gast - mit Sicherheit nicht. Es ist vielmehr der inne-re Drang, mit wissenschaftlicher Begabung zukunftsweisende Ideen zu realisieren. In die-sem Rahmen ist eine seiner Leidenschaften die Literatur von futurologischen Texten, wis-senschaftlichen Analysen: „Für mich ist interessant zu lesen, wie andere Wissenschaftler die Zukunft voraussehen.“¹⁴⁸⁸

Häufig wird kolportiert, Krause habe bayrische Dickköpfigkeit mit schlesischer Nach-dencklichkeit und Kurpfälzer Schlagfertigkeit verbunden.¹⁴⁸⁹ Er konnte zuhören, argumen-

¹⁴⁸⁴ Lang (1996)

¹⁴⁸⁵ Becker (1999)

¹⁴⁸⁶ Ebd.

¹⁴⁸⁷ Bogusch (1996)

¹⁴⁸⁸ A.D. (kurzes, maschinengeschriebenes Skript o.O. o.J. von Autor mit dem Namenskürzel A.D.; im Be-stand des Stadtarchivs Mannheim zur Person Walter Krause)

¹⁴⁸⁹ Teufel 116; vgl. Krause in Schaab (1993) 111

tieren und sich mit seinem Partner auseinandersetzen wie kaum ein zweiter.¹⁴⁹⁰ Immer wieder haben seine Gesprächspartner diese ausgeprägte Fähigkeit zum Zuhören beschrieben. Er konnte sich, so Schulrat Kurt Wacker, regelrecht in seine Gesprächspartner „hineinhören“.¹⁴⁹¹

Charakteristisch waren seine Toleranz und sein grundsätzliches Wohlwollen.¹⁴⁹² Treue war ein Wort, das für Krause besonders hohen Wert besaß, stets verbunden mit tätiger Fürsorge. Als ein Freund einmal unverschuldet in gesundheitliche und berufliche Schwierigkeiten geriet, stand er diesem sofort „ohne Rücksicht auf andere Belange mit ganzer Kraft und Autorität zur Seite“, schrieb Fred May, ein Freund Krauses.¹⁴⁹³ Walter Krause sagte auch von sich selbst: „Wenn man mich gebraucht hat, dann war ich da.“¹⁴⁹⁴ Auf Krauses Wort war Verlaß, dies bestätigten auch andere. Stets galt, so der Mannheimer Bundestagsabgeordnete Siegfried Vergin: „Nein ist Nein - Ja ist Ja!“¹⁴⁹⁵ Ungewöhnliche Worte fand Rudolf Wildenmann, ehemaliger Rektor der Universität Mannheim: „Walter Krause erinnert an den Ausspruch Shakespeares: ‚Es ist göttlich, Macht zu besitzen, und weise, mäßig sie zu gebrauchen.‘ Seine wirkliche Schwäche, das sei seine Bescheidenheit.“ Seine politischen Erfolge umschrieb er so: Krause habe für Bonn, gemeint ist die SPD-geführte Bundesregierung, zwar keine Provinz, sprich das erste Regierungsamt in Stuttgart, erobert, „es gab ohnehin nicht viel zu erobern, aber er hat manchen Baum gepflanzt“.¹⁴⁹⁶

Immer wieder wurde Krauses Fleiß beschrieben.¹⁴⁹⁷ Er selbst meinte dazu: „Wenn man etwas gern macht, wird es einem nie zuviel.“¹⁴⁹⁸ Für jede Beratung war er bestens präpariert, auch die längste Vorlage hat er vor der Beratung gelesen. Wichtige Aussagen aus

¹⁴⁹⁰ Vergin 121

¹⁴⁹¹ Wacker 125; Zundel 131

¹⁴⁹² Mette 76

¹⁴⁹³ May 73; vgl. auch Mette 77, Piotrowski 90 und Plattner 91

¹⁴⁹⁴ Striffler 112

¹⁴⁹⁵ Vergin 121 - Siegfried Vergin (geb. 1993) (SPD) gehörte dem Deutschen Bundestag von 1990 bis 1998 an. Nach dem Abitur im Jahre 1951 machte er ein Fernstudium und war von 1951 bis 1955 Lehrer im Kreis und in der Stadt. Von 1957 bis 1968 war er Lehrer in Mannheim, von 1968 bis 1976 Rektor in Mannheim-Friedrichsfeld. Von 1976 bis 1991 war er hauptamtlicher Landesvorsitzender der Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft (GEW) in Baden-Württemberg. 1960 trat er in die SPD ein, für die er von 1965 bis 1971 im Stadtrat von Mannheim saß. Er ist Vorsitzender des Freundeskreises der Freien Akademie der Künste Mannheim und Freie Kunstschule Rhein-Neckar. (Internet: <http://www.bundestag.de>; Brach 124)

¹⁴⁹⁶ Wildenmann 129

¹⁴⁹⁷ Der frühere Mannheimer Oberbürgermeister Reschke beispielsweise lobte die Arbeitskraft des einstigen Schulreferenten und seine uneingeschränkte Sachlichkeit. (Mannheimer Morgen v. 21.12.66; Wulf-Mathies 130)

¹⁴⁹⁸ Mannheimer Morgen v. 16.12.96

Sitzungen hielt er in seinem berühmten Notizbuch fest, auf das er dann bei Bedarf zurückgriff.¹⁴⁹⁹ Zu diesem Thema gab es viele kleine Anekdoten und Geschichten. In der „Nacht der langen Messer“ im Dezember 1966, als das neue schwarz-rote Bündnis in der Landtagsgaststätte gefeiert wurde, fehlte der eigentliche Macher dieses Bündnisses, nämlich Walter Krause. Seine Parteigenossen witzelten, er sei schon im Innenministerium und lese Akten.¹⁵⁰⁰ Und als Krause auf dem Flug zu einem Auslandsbesuch in Polen zum ersten Mal seit einem halben Jahrhundert seine Heimatstadt Glogau in Schlesien wieder sehen konnte, gönnte er sich nur einen kurzen Blick aus dem Fenster des Flugzeugs, bevor er sich gleich wieder einem Buch mit polnischen Vokabeln zuwandte.¹⁵⁰¹

Eine von Krauses herausragenden Charaktermerkmalen war sicher seine Emotionslosigkeit, oder besser, seine Eigenschaft, keine Emotionen zu zeigen. Diese Eigenart war nach übereinstimmenden Berichten außergewöhnlich ausgeprägt. Wohl niemand außer seiner Frau und seiner Tochter wußten, ob ihr Mann bzw. Vater so wenig Emotionen hatte oder sie mit einem starken Willen kontrollierte. Krause zeigte jedenfalls zeit seines politischen Wirkens in der Öffentlichkeit so gut wie nie irgendwelche Gefühlsäußerungen. Sein Gegenspieler Erhard Eppler war der Ansicht, daß Krause durchaus Emotionen gehabt, diese aber nicht gezeigt habe. Im Parlament seien bei ihm Emotionen zu spüren gewesen, aber „eben wie durch einen Filter“.¹⁵⁰² Obwohl Walter Krause ein Mann war, der gut und viel reden konnte, als Mensch öffnete er sich so gut wie nie. Zu oft sei es seine spröde Art gewesen, die den Gesprächspartner auf Distanz gehalten habe, erinnerte sich beispielsweise sein Ministerkollege Hirrlinger.¹⁵⁰³

Walter Krause war ein kunstinteressierter und kunstsinniger Mensch. Er liebte die schönen Künste. Wie er in Gesprächen immer wieder gern betonte, hätte er drei Berufe ergreifen können: „Die Mathematik war mein Traumberuf, von der Musik hätte ich leben können, aber die Politik war schließlich mein Schicksal“.¹⁵⁰⁴ Zwei davon, Mathematiker und Poli-

¹⁴⁹⁹ Schmitz 100

¹⁵⁰⁰ Schiess 99

¹⁵⁰¹ Krause (1994/2)

¹⁵⁰² Eppler (1997)

¹⁵⁰³ Hirrlinger 46

¹⁵⁰⁴ Stuttgarter Nachrichten v. 20.12.97. Widder (2) 7, ebenso Krause wie in fast jedem Gespräch mit dem Verfasser. Auch auf dem Colloquium am 2. Juli 1992 in Freiburg anlässlich „40 Jahre Baden-Württemberg - Versuch einer historischen Bilanz“, hg. von Meinrad Schaab, erschienen als 134. Band der Reihe B in Veröffentlichungen der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg machte Krause auf Seite 111 eine ähnliche Aussage: „Ich hätte von der Musik mich ernähren können, ich hab mal eine Zeitlang

tiker, hat er ja tatsächlich auch ausgeübt.¹⁵⁰⁵ Ihm wurde bescheinigt, als Politiker die „Klarheit mathematischer Folgerichtigkeit mit menschlichem Respekt und musischer Anrührbarkeit“ zu vereinen.¹⁵⁰⁶

Krause war ein hervorragender Pianist. Hin und wieder spielte er sogar in der Öffentlichkeit.¹⁵⁰⁷ Das größte Medienecho fand sein Auftritt als Chopin-Interpret auf seiner Polenreise im Jahre 1972. Krause nutzte den Besuch in Zelazowa-Wola, im Geburtshaus Frédéric Chopins, um auf dem Flügel des großen Komponisten einige Chopin-Walzer vorzutragen.¹⁵⁰⁸ Am 16. und 17. Oktober 1985 gab er im Mannheimer Zeughaus „unter frenetischem Beifall“ des Publikums Daquins „Le Coucou“ und eine Sonate Rameaus zum Besten. Mit Professor Hans Adomeit¹⁵⁰⁹ spielte er am 17. Februar 1989 im Rittersaal des Mannheimer Schlosses anlässlich der Verleihung der Ehrenmitgliedschaft der Staatlichen Musikhochschule Heidelberg-Mannheim.¹⁵¹⁰ Beim Jubiläumskonzert zum zehnjährigen Bestehen des Kammerorchesters der Mannheimer Abendakademie trat Walter Krause als Solist auf. Im Rittersaal des Schlosses spielte er gemeinsam mit Anneliese Schlicker und Kazuko Uehara das Konzert für drei Klaviere und Orchester F-Dur KV 242 von Wolfgang Amadeus Mozart.¹⁵¹¹ Am 8., 9. und 12. November 1989, kurz vor Vollendung seines 77. Lebensjahres, in den Tagen des Mauerfalls, trug Krause im Neubau des Reiß-Museums Stücke von Galuppi, Cerubini und Hummel vor.¹⁵¹² Zusammen mit Hildegard von Landenberg, Liselotte Neckenauer und der Schauspielerinnen Elsbeth Janda spielte er zugunsten von Unicef in der Mannheimer Musikhochschule achthändig an zwei Flügeln Stücke wie „Aufforderung zum Tanz“ von Carl Maria von Weber, die „Schöne blaue Donau“ von Johann Strauß oder die „Petersburger Schlittenfahrt“.¹⁵¹³ Wie berichtet wird, machte er gelegent-

als Mathematiker gewirkt, das war mein Traumberuf. Ich bin aber in der Politik hängengeblieben.“ - Auch in dem Lebenslauf, der in den Beständen der SPD-Gemeinderatsfraktion Mannheim zu Walter Krause enthalten ist, wird Mathematiker als der Traumberuf Walter Krauses bezeichnet.

¹⁵⁰⁵ Dies erwähnt zum Beispiel auch Fischer (1997), wenn er über Krause spricht.

¹⁵⁰⁶ Plattner 91

¹⁵⁰⁷ Mit beinahe 80 Jahren spielte er bei der Einweihung des neuen Südwestfunk-Gebäudes in Freiburg eine Haydn-Sonate. (Filbinger 25)

¹⁵⁰⁸ Gropper 40

¹⁵⁰⁹ Hans-Joachim Adomeit (geb. 1918) war Professor an der Hochschule für Musik in Heidelberg-Mannheim. (Walter Habel, Wer ist wer? 24. Ausgabe, Lübeck 1995, S. 6)

¹⁵¹⁰ Piotrowski 89

¹⁵¹¹ Mannheimer Morgen v. 27.3.87

¹⁵¹² Gropengießer 38

¹⁵¹³ Janda 52

lich bei privaten musikalischen Treffen aus einem Duett ein gelungenes Solo.¹⁵¹⁴ Im Rückblick hielt er es selbst für einen Zufall, „daß ich nicht bei der Kunst gelandet bin“.¹⁵¹⁵

Walter Krause war selbst als Pianist künstlerisch tätig gewesen. Er hat die Kunst aber auch in vielen Ausdrucksformen nachhaltig gefördert. Im Dezember 1983 gründete sich unter seinem Vorsitz der Freundeskreis der „Freien Akademie der Künste Mannheim und Freie Kunstschule Rhein-Neckar“ mit dem Ziel, die Errichtung einer Akademie vorzubereiten.¹⁵¹⁶ Diese konnte dann ein Jahr später, am 10. November 1984, mit einer großen Veranstaltung im Kahnweilersaal der Kunsthalle Mannheim gegründet werden. Die Akademie begriff sich als Ort, an dem sich Künstlerpersönlichkeiten der Region, aber auch aus dem In- und Ausland, zu Gesprächen begegnen konnten. Der Kunstschule lag die Idee zugrunde, eine fundierte praktische und theoretische Ausbildung anzubieten, um damit das künstlerische Potential in der Region zu fördern. Deren erstes Domizil war übrigens das Tullas-Gymnasium, an dem Walter Krause im Jahre 1931 das Abitur gemacht hatte.¹⁵¹⁷

Jahrelang war er außerdem Vizepräsident des Vereins der Freunde der Ingenieurschule Mannheim. In dieser ehrenamtlichen Doppelfunktion hat er Hochschultage und Workshops angeregt, die sich mit Fragen an der Schnittstelle von Kunst und Technik beschäftigten. Was offenbart die Breite seines persönlichen Spektrums besser als dieses Engagement? Diese Aufgeschlossenheit gegenüber Naturwissenschaft und Kunst, die sich auch in seiner musikalischen und mathematischen Begabung widerspiegelt, zeigte sich auch in einem Gespräch im Jahre 1989, als er die Einrichtung einer integrierten Computer-/Kunstabteilung an der Fachhochschule für Technik (FHT) anregte.¹⁵¹⁸

¹⁵¹⁴ Lang 62

¹⁵¹⁵ Stuttgarter Zeitung v. 19.12.87. Gelegentlich verblüffte Krause seine Zuhörer auch mit spontan gebastelten Reimen. So dichtete er zum Beispiel im Anschluß an eine SPD-Versammlung in Birkenfeld: "Wir danken Euch für das Interesse/ und werden Birkenfeld nicht vergesse./ Drum sagen wir Euch jetzt ade./ Ihr wählt dann alle SPD." Badische Neueste Nachrichten v. 1.3.75; Pforzheimer Zeitung v. 1.3.75

¹⁵¹⁶ Freie Kunstschule Rhein-Neckar, S. 22. „Rhein-Neckar“ klinge zu sehr nach Abwasserverband, wurde später in einer lebhaft geführten Diskussion kritisiert und im Namen „Rhein-Neckar“ durch „Mannheim“ ersetzt. - Im Jahre 1992 wurde der ehemalige Bundestagsabgeordnete Siegfried Vergin Vorsitzender des Freundeskreises. Aus den früheren Jahren des Vereins sind nur wenige Unterlagen erhalten. Dabei handelt es sich um unvollständige Protokolle der Mitgliederversammlungen und Kuratoriumssitzungen. (Adresse: Siegfried Vergin, Freundeskreis FA+FKRN, U3, 1, 68161 Mannheim.)

¹⁵¹⁷ Freie Kunstschule Rhein-Neckar, Eine Dokumentation; vgl. auch Mutschler 79

¹⁵¹⁸ Mentrup (1989)

Krause unterhielt gute Beziehungen zu Kunstschaffenden. Mit dem Bildhauer und Maler Herbert Hajek¹⁵¹⁹ verband ihn eine Freundschaft. Dieser regte in den siebziger Jahren die Initiative „Künstler schauen und sehen Walter Krause“ an. Krause selbst, so Hajek, interessierte sich nicht nur für das Kunstobjekt, sondern auch für den Künstler und seine sozialen Probleme. Hajek wiederum glaubte, im Politiker Krause zu erkennen, daß dieser auch in seinen gesellschaftlichen Vorstellungen geometrische Ordnungen vertrete.¹⁵²⁰

Im Ruhestand kümmerte sich Krause um die private Förderung des Landesmuseums für Arbeit und Technik in Mannheim¹⁵²¹ und gehörte viele Jahre lang dem Kuratorium des Förderkreises des Reiß-Museums an, für das er sich schon in seiner Zeit als Bürgermeister eingesetzt hatte.¹⁵²² Als im Jahr 1988 das Rhein-Kolleg gegründet wurde, um den gemeinsamen Kulturraum über die Grenzen hinweg zu fördern, war er auch in diesem Kuratorium von Anfang an aktiv.¹⁵²³

Legendär war die Liebe zu seinem Steckenpferd, dem Rechenschieber. Seine Marotte, diesen stets bei sich zu tragen und bei jeder sich bietenden Gelegenheit zu benutzen, wurde gern und oft kolportiert. Zahlen waren ja seine Welt. Bei so viel Befähigung zu logischem Denken überrascht es nicht, daß es Krause liebte, Schach zu spielen. Am meisten faszinier-

¹⁵¹⁹ Otto Herbert Hajek (geb. 1927) beschäftigte sich in seinen Arbeiten unter anderem mit dem städtischen Raum und der Architektur. Der Bildhauer wurde 1966 Mitglied der Europäischen Akademie der Wissenschaft und Künste und seit 1987 Vizepräsident der Freien Akademie der Künste in Mannheim. (Munzinger 13-14/97)

¹⁵²⁰ Hajek 40

¹⁵²¹ Göhringer 33. Die Veröffentlichungen des Museums sowie Plakate und Postkarten sind im Museumsiosk erhältlich. Adresse: Museumsstraße 1, 68165 Mannheim. Sie können telefonisch bzw. schriftlich bestellt werden (Tel. 0621/ 42 98 721 oder Fax 0621 / 42 98 754). Eine aktuelle Übersicht findet sich im Internet unter <http://www.mannheim.de/ita/publikationen.html>. Es existieren folgende Publikationsreihen: Schriftenreihe Technik + Arbeit, Schriftenreihe Industriearchäologie in Baden-Württemberg, LTA-Forschung, Diskussionsforum, Schriftenreihe Katalog zur ständigen Ausstellung, Unterrichtsmaterialien des Landesmuseums für Technik und Arbeit, AV-Medien, Unterstützte bzw. herausgegebene Publikationen. Beispielhaft seien genannt: Stationen des Industriezeitalters im deutschen Südwesten - ein Museumsrundgang, Stuttgart 1990; Weber, Petra, Carlo Schmid - Sonderausstellung des Landesmuseums für Technik und Arbeit, Mannheim 1996.

¹⁵²² Gropengießer 36-38. Zur Geschichte des Reiß-Museums: Die Sammlungen des Mannheimer Altertumsvereins gingen 1926 in den Besitz der Stadt über. Bis ins Jahr 1945 waren sie im Mannheimer Schloß untergebracht. Nach dem Krieg wurde das alte Zeughaus umgebaut und als Reiß-Museum mit den Sammlungen des Altertumsvereins im Jahre 1957 eröffnet. Mehr über das Reiß-Museum kann man erfahren in: Gustaf Jacob und Franz Swobada, Städtisches Reiß-Museum, Kunstgeschichtliche und Kunsthandwerkliche Sammlungen, Mannheim 1966 (mit einem historischen Vorwort) und in der „Museums-“Reihe (erschienen im Westermann-Verlag): Reiß-Museum, Museum für Kunst, Stadt und Theatergeschichte im Reiß-Museum der Stadt Mannheim, Reiß-Museum Bd. 2, Mannheim 1992. Die postalischen Anschriften des Reiß-Museum lauten Zeughaus C5, 68159 Mannheim oder Postfach 103051, 68030 Mannheim.

¹⁵²³ Striffler 112-113

te ihn daran die Strategie.¹⁵²⁴ Gerhard Lang beobachtete an seinem früheren Chef, daß bei ihm die Denkweise als Mathematiker durchgeschlagen habe: „Er hat eigentlich nur das geglaubt, was nachweisbar war. Zwei mal zwei ist vier. Alles andere war ihm suspekt. Mit Emotionen war da nicht viel zu machen.“¹⁵²⁵

Eine weitere, allen bekannte Eigenart war sein Interesse am Wetter, sicherlich bedingt durch seine Tätigkeit als Meteorologe. Auch während intensiver politischer Debatten beobachtete er aus den Augenwinkeln den Himmel, um das Wetter des kommenden Tages vorherzusagen. Gern ließ er sich beim Eintreffen seiner Prognosen dafür loben.¹⁵²⁶

Und wie hat sich Krause geistig und körperlich fit gehalten, um die Strapazen in seinem Beruf als Politiker bewältigen zu können? Auf eine entsprechende Frage hat er geantwortet: „Durch Spazierengehen und ein Minimum an Schlaf.“¹⁵²⁷ Er besaß die Fähigkeit, auf Befehl schlafen und entspannen zu können.¹⁵²⁸

Im Unterschied zu vielen anderen, die nach ihrer aktiven politischen Zeit noch andere Positionen ausgefüllt haben, wie Hans-Otto Schwarz, Walter Hirrlinger, Heinz Bühringer oder Dieter Spöri¹⁵²⁹, hat sich Krause keiner anderen beruflichen Aufgabe zugewandt. Deshalb blieb er auch „nur“ als Politiker in Erinnerung und wurde, so Rolf Böhme, immer mehr zum „Standbild“. Allmählich habe er so auch die Zuneigung seiner Partei gewonnen.¹⁵³⁰

Krause war, mit Ausnahme seiner letzten Lebensjahre, auch im Alter geistig rege und an allem interessiert. Der Journalist Klaus Fischer schrieb anlässlich seines 75. Geburtstages: „Er denkt, noch immer, und mehr denn je, über den Tag hinaus.“¹⁵³¹ Noch anlässlich seines 80. Geburtstags am 21. Dezember 1992, der in Stuttgart im Neuen Schloß groß gefeiert

¹⁵²⁴ Lindemann 11

¹⁵²⁵ Lang 61; Lauber 64; Leuze 69

¹⁵²⁶ Lang 61

¹⁵²⁷ Lindemann 12

¹⁵²⁸ Rhein-Neckar-Zeitung v. 3.8.70

¹⁵²⁹ Dieter Spöri (geb. 1943) war von 1992 bis 1996 Wirtschaftsminister und stellvertretender Ministerpräsident von Baden-Württemberg während der zweiten Großen Koalition unter Ministerpräsident Erwin Teufel (CDU). Er gehörte von 1988 bis 1992 dem Landtag von Baden-Württemberg an. Von 1988 bis 1992 war er Vorsitzender der SPD-Fraktion. 1996 nach der vernichtenden Wahlniederlage der SPD bei den Landtagswahlen zog er sich aus der Politik zurück. (Landtag (1996) S. 73)

¹⁵³⁰ Böhme (1998)

¹⁵³¹ Stuttgarter Zeitung v. 19.12.87

wurde, hielt er eine Rede.¹⁵³² In den Jahren 1993 und 1994, als der Verfasser Gelegenheit hatte, mit Walter Krause zu reden, war dieser zwar körperlich angeschlagen, aber geistig noch sehr rege. Bei diesen Besuchen im Haus der Familie Krause in der noblen Mannheimer Schauinslandstraße konnte der Verfasser Frau Krause und Tochter Annelie sowie das vornehme Zuhause der Familie Krause kennenzulernen. Bei diesen Besuchen gewährte Walter Krause auch Einblick in sein unter dem Dach gelegenes Studierzimmer. In den Monaten nach dem letzten Gespräch verschlechterte sich dann der Gesundheitszustand des ehemaligen Ministers rasch. Tochter Annelie sagte dem Verfasser, es seien keine Gespräche mit ihrem Vater mehr möglich. Sie hoffe noch, daß sich sein Gesundheitszustand bessern werde.¹⁵³³

¹⁵³² Krause (1996)

¹⁵³³ Sie erwähnte nicht, ob ihr Vater an einer bestimmten Krankheit leide oder einfach altersschwach sei. Da dies die Privatsphäre einer noch lebenden Personen berührt, wurde auf weitergehende Recherchen bewußt verzichtet.



Walter und Anna Krause bei ihrer Hochzeit im Jahre 1938
(Quelle: privat)

**Bilanz eines Lebens
für die
res publica**

Was vom Leben eines Menschen bleibt, ist nicht immer leicht, in Worte zu fassen. Das gilt auch für Politiker. Bei Walter Krause stellt sich dieses Problem nicht. Er hat Bleibendes geschaffen. Das Besondere dabei ist, daß es nicht Bauwerke sind, die noch in vielen Jahren von seiner Arbeit künden werden. Es wäre, wertend gesprochen, auch keine besonders hervorzuhebende Leistung gewesen. Bei Krause ist dies anders. Er hat in ungewöhnlichem Maße Strukturen geschaffen, die von langer Dauer sind. Damit hat er deutliche Spuren in der Geschichte des Landes hinterlassen. Mit Recht wird er als "Innenarchitekt Baden-Württembergs" bezeichnet.

Die Kreis- und Gemeindereform wurde mehrfach als "Jahrhundertreform" bezeichnet. Dieses Etikett trägt die von Krause initiierte Neugliederung mit doppeltem Grund. Es ist die mit Abstand größte Verwaltungsreform im deutschen Südwesten im 20. Jahrhundert gewesen. Und es ist eine Reform, die in ihrem Kern 100 Jahre Bestand haben könnte – diese Prognose sei gewagt. Dabei wäre es das erste Mal, daß bei einer so großen Reform alles Gold wäre, was glänzt. Kritik gibt es vor allem an Auswüchsen der Gemeindereform. Es war sicher nicht immer richtig, teilweise zu große, unzusammenhängende Gebilde zu schaffen, und gewachsenen, selbstbewußten Gemeinden ihre Selbständigkeit zu nehmen.

Diese neuen Strukturen sind zwar nicht parteipolitisch relevant, von eminent politischem Gehalt sind sie gleichwohl, wenn man Politik als die Beeinflussung des Lebens der Menschen durch die Regierenden definiert. Denn durch die Auflösung alter Rathäuser und Landratsämter und die neue Ausrichtung auf größere Einheiten hat Walter Krause auf viele Jahrzehnte hinaus die lokalpolitische Orientierung, die für Behördengänge und andere Erledigungen notwendigen Wege und damit mittelbar auch die Zeit, damit vielleicht auch das Denken und Selbstverständnis vieler Menschen auf Jahrzehnte in einer Weise in bestimmte Bahnen gelenkt, wie dies nur wenigen Politikern gelingt.

Auch auf seinem zweiten Politikfeld hat Walter Krause Epochales geleistet. Die Schulreform mit der flächendeckenden Einführung der christlichen Gemeinschaftsschule im ganzen deutschen Südwesten wäre wohl auch ohne Krause gekommen, aber sicher nicht so schnell, vielleicht auch nicht so konsequent. Obwohl er nie Kultusminister war, hat Krause durch diese Schulreform, die damit zusammenhängende Auflösung von Zwergschulen, und

die von ihm maßgeblich geförderte Einführung des neunten Pflichtschuljahres auch Bildungsinhalte dauerhaft beeinflusst.

So wie Walter Krause die baden-württembergische Nachkriegspolitik entscheidend geprägt hat, so sind manche wichtigen Entscheidungen und Ereignisse dieser ersten 20 Jahre baden-württembergischer Politik nur verständlich, wenn man Walter Krause versteht.

Krause, geboren in München und aufgewachsen in Schlesien (was man am Klang seiner Stimme immer hören konnte) war Mannheimer geworden, „wie es nur einer werden kann, der hier nicht geboren ist.“¹⁵³⁴ Die allermeisten, die ihn persönlich gekannt haben, beschrieben ihn als liebenswürdigen Menschen, sehr sachlich und nüchtern, die Emotionen immer fest unter Kontrolle. Der Journalist Klaus Fischer hat die Begegnungen mit ihm so erlebt: „Nett, freundlich, korrekt, sachlich – nie ein privates Wort.“¹⁵³⁵ Er beherrschte zwei sehr unterschiedliche „Instrumente“: den Rechenschieber, der so etwas wie sein Markenzeichen wurde, und das Klavier, seine heimliche Passion. Aus dem Spannungsfeld zwischen diesen Polen gewann sein Leben Kraft und Intensität.

Nicht frei von Eitelkeit und je älter, um so mehr auf öffentliches Lob bedacht, stellte Walter Krause den größten Teil seines Lebens in den Dienst der öffentlichen Sache, der „res publica“.¹⁵³⁶ Wohl nicht zufällig machte so mancher Festredner und Festschriftschreiber Anleihen in der Antike, um Walter Krause zu beschreiben, so auch Gerhard Widder, Mannheims Oberbürgermeister: „Walter Krause hat seine gesamte Tätigkeit als „res publica“, als öffentliche Angelegenheit verstanden ...“¹⁵³⁷ Reinhold Zundel, ehemaliger Oberbürgermeister von Heidelberg, setzte sich mit Krauses Art, Kompromisse zu schließen, auseinander: „Krauses Kompromisse gehörten nicht zu den lauen Kompromissen, um sich vor den notwendigen harten Maßnahmen zu drücken, sie waren Weichenstellungen auf dem Weg des Fortschritts und in der Verantwortung für die ‚res publica‘, bei Zurückstellung jeglichen persönlichen Ehrgeizes.“¹⁵³⁸ Reinhard Bartholomäi, damaliger Staatssekre-

¹⁵³⁴ Neckenauer (1985) 8. - Aus Mannheim stammte übrigens auch Kurt Angstmann, Minister im ersten Kabinett Filbinger/Krause. Wie Krause war Carlo Schmid in Mannheim beheimatet, aber nicht dort geboren.

¹⁵³⁵ Fischer (1997)

¹⁵³⁶ Neckenauer 83

¹⁵³⁷ Widder (2) 7

¹⁵³⁸ Zundel 132

¹⁵³⁹ Bartholomäi 17

tär in der hessischen Staatskanzlei nannte ihn anlässlich der Verleihung der Hermann-Heimerich-Plakette wegen seiner Verdienste um den Rhein-Neckar-Raum einen „homo gravis“, einen Mann, dessen Worte und Taten Gewicht hatten.¹⁵³⁹

Charakteristisch für ihn war sein sachorientiertes Denken und Handeln, frei von einengenden Ideologien. So etwas wie Ärger über den politischen Gegner war bei ihm nur dann zu spüren, wenn er merkte, daß die andere Seite aus ideologischen oder taktischen Gründen einen an sich vernünftigen Vorschlag ablehnte. Gleichwohl war er kein politischer Opportunist. Populismus zum Nulltarif war ihm fremd. Die Presse nannte ihn die „ehrliche Haut der SPD“¹⁵⁴⁰, den „ehrlichen Makler“¹⁵⁴¹, den „SPD-Mann der Mitte und des Ausgleichs“.¹⁵⁴²

Auf die Frage, welche seine bedeutendsten politischen Leistungen waren, bezeichnete Krause selbst die Mitwirkung an der Bildung des Landes Baden-Württemberg sowie die Gemeinde- und Kreisreform als die Punkte, die wohl haften bleiben werden.¹⁵⁴³ Der Südweststaat sei für ihn ein „Glücksfall“ der deutschen Geschichte, allerdings kein Modellfall deutscher Möglichkeiten, wie es Theodor Heuss bezeichnete, denn, so Krause in seiner für ihn typischen Logik, ein Modell sei nur dann ein Modell, wenn es andere nachmachen. Das aber sei bis heute nicht der Fall.¹⁵⁴⁴

Damals war dies möglich, weil (wie bei anderen großen historischen Leistungen) Zeit und Person in Einklang standen. Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre bestand in der Bundesrepublik eine große Bereitschaft zu politischen Reformen. In diesen historischen Kontext trat ein Mann, der logisch, strukturiert und ergebnisorientiert dachte und handelte, ohne Rücksicht auf die Interessen einer Partei oder einer gesellschaftlichen Klientel. Für Krause galt mehr als für viele andere Max Webers Wort: „Politik bedeutet ein starkes, langsames Durchbohren von harten Brettern mit Leidenschaft und Augenmaß.“

¹⁵⁴⁰ Südwestpresse v. 20.12.79

¹⁵⁴¹ Badische Zeitung v. 21.12.77

¹⁵⁴² Mannheimer Morgen v. 21.12.77

¹⁵⁴³ Mannheimer Morgen v. 21.1.93. Er bezeichnete die Verwaltungsreform auch als „das schwierigste und größte Gesetzeswerk, das ich je vertreten habe.“ (Lindemann 8; vgl. Stuttgarter Zeitung v. 14.4.79)

¹⁵⁴⁴ Krause 112 in Schaab (1993)

Stellt man sich Walter Krause als König vor, dann wäre sein Zepter wohl der Rechenschieber gewesen. Was er politisch machte, das machte er, weil es aus seiner Sicht vernünftig, in gewissem Sinne „logisch“ war. Das war beim Zusammenschluß von Baden und Württemberg so, der aus wirtschaftlichen Gründen „logisch“ war. Ebensovienig ist es zu bestreiten, daß die modernen Verkehrs- und Informationsmöglichkeiten, die Pendlerströme und die gewachsenen Aufgaben an eine Verwaltung größere Landkreise notwendig machten. Zudem ließen sich dadurch enorme Einsparungen erzielen. Auch die Kreis- und Gemeindereform war deshalb in gewissem Sinne „logisch“, entsprach aber nicht in allen Fällen dem geschichtlichen Hintergrund und dem Wollen und Fühlen der betroffenen Menschen.

Auch die Schulreform fiel teilweise unter dieses Denkmuster. Denn nur bei einem gemeinsamen Schulbesuch von katholischen und evangelischen Kindern konnten genügend weiterführende Schulen im ländlichen Raum geschaffen werden. Das Beispiel Schulreform zeigte aber auch, daß man bei der Einordnung von Walter Krauses Lebensleistung nicht nur schematisch vorgehen sollte. Denn die Schulreform mit der Absage an eine konfessionelle Trennung und der Forderung nach Chancengleichheit in der Bildung hat durchaus eine weltanschauliche Basis.

Bei diesen beiden wichtigen Themen – Verwaltungs- und Schulreform - haben sich Krauses Überzeugungen letztlich durchgesetzt.

Es ist das Jahr 1972, das ähnlich einer Wasserscheide zwischen Erfolgen und Mißerfolgen steht. Die Abschaffung der Regierungspräsidien scheiterte, weil die CDU nach ihrem Wahlsieg im Jahre 1972 die von der Großen Koalition beschlossene Abschaffung wieder rückgängig machte. Krauses gescheiterte Bemühungen um eine Wahlreform und eine Vereinigung der kurpfälzischen Gebiete unter einem Bundesland hatte andere, tiefergehende Ursachen. Beide Vorhaben kann man als „logisch“ und „richtig“ ansehen, doch sie hatten keine Chance auf Verwirklichung. Die wahre Ursache für ihr Scheitern läßt sich nur schwer mit Zahlen belegen. Die These, daß die Menschen damals einfach genug hatten von Verwaltungsreformen, kommt der Realität aber wohl recht nahe. Die Tatsache, daß nach 1972 in Bonn eine sozialliberale Koalition regierte, widerspricht dem nicht. Denn zum

einen waren die meisten großen Reformvorhaben der SPD/FDP-Koalition zu jener Zeit bereits in trockenen Tüchern oder auf einem guten Weg. Zum anderen handelte es sich bei vielen Reformen der siebziger Jahre um Verteil-Aktionen nach dem Prinzip: „Jeder bekommt mehr“. Bei der Vereinigung der Kurpfalz oder der Wahlrechtsreform aber wäre es zu Einschnitten in Besitzstände gekommen. Dafür ist nur ganz selten die richtige Zeit. Mitte der siebziger Jahre war dies jedenfalls nicht (mehr) der Fall.

Krause war fast sechs Jahre Minister und stellvertretender Ministerpräsident. Er zählte zu den pragmatisch denkenden Politikern, die es vorzogen, in der Regierung kleine Schritte nach vorne zu tun als in der Opposition von den großen Sprüngen zu träumen. Er sagte, er treibe praktische Politik, weil er etwas bewegen wolle. Und Wesentliches bewegen lasse sich nur in der Regierung. „In der Politik kann man nicht nur große Reden halten, man muß auch konkrete Taten vollbringen.“¹⁵⁴⁵ „Druck machen“ und „mal einen Knopf dran machen“ gehörten zu seinen liebsten Redewendungen.¹⁵⁴⁶ Die hartnäckigen Widerstände innerhalb der SPD gegen die Neuauflage der Großen Koalition nach der Landtagswahl im Frühjahr des Jahres 1992 konnte er deshalb nur schwer nachvollziehen. „Die Koalition war vom Wahlergebnis diktiert, alles andere wäre doch weltfremd gewesen“, stellte er fest. Jeder Politiker, der von seiner Sache überzeugt sei, müsse auch regieren wollen.¹⁵⁴⁷

Walter Krause hat die Zeitgenossen weniger polarisiert als Eppler, ihr Denken aber auch nicht in dieser Weise beeinflusst. Deshalb nimmt es nicht wunder, daß die über Krause geäußerten Meinungen weit weniger differieren als die über Eppler. Eppler und Krause bilden hinsichtlich dieses Kriteriums so etwas wie die Pole einer Skala. Während Eppler von den einen verehrt, von den anderen verdammt wurde, schwankten die Fremdeinschätzungen bei Krause nur in einer relativ geringen Bandbreite.

Gleichwohl kann man Walter Krause nicht einfach als "guten" Politiker bezeichnen. Nicht wenige empfanden ihn als unpolitisch. Die Beantwortung der Frage, ob Krause oder irgend jemand anderes ein guter oder ein schlechter Politiker war, hängt letztlich von eigenen, subjektiven Kriterien ab. Erfolg ist meßbar, für die Reihenfolge der Bewertungskriterien gibt es hingegen keine objektiven Maßstäbe.

¹⁵⁴⁵ Stuttgarter Zeitung v. 19.12.87

¹⁵⁴⁶ Neckenauer (1985) 11

¹⁵⁴⁷ Stuttgarter Zeitung v. 19.1.92

Legt man bestimmte Kriterien zugrunde, ließe sich bei Krause mit gewissem Recht sogar fragen: „War dieser Krause überhaupt ein Politiker?“ Seine außerordentlich starke Orientierung an der Sache, sein schwach ausgeprägter Machtinstinkt, seine Angst vor der innerparteilichen Auseinandersetzung und das Fehlen von programmatischen oder gar ideologischen Aussagen machten Krause zu einem ungewöhnlichen Politiker, besonders innerhalb der SPD. Andere halten gerade diese Eigenschaften bei einem Politiker für ausgesprochen wünschenswert. Der ehemalige baden-württembergische Ministerpräsident Lothar Späth nannte ihn einen Vollblutpolitiker, während ihn Reiner Heeb, zu Krauses Ministerzeiten einer seiner Mitarbeiter und heute Landrat im Kreis Böblingen, als das Gegenteil dessen bezeichnete, was man gemeinhin für einen typischen Politiker hält. Auch Manfred Rommel, Stuttgarts früherer Oberbürgermeister, meinte, Krause sei für einen Politiker „fast zu sachlich“ gewesen.¹⁵⁴⁸ Eine der Hypothesen für die vorliegende Arbeit war die, zu prüfen, ob Krause denn überhaupt als Politiker bezeichnet werden kann. Diese Hypothese ließ sich deshalb nicht verifizieren, weil es verbindliche Maßstäbe für einen Politiker und dessen Ausbildung nicht gibt. Eigenschaften wie Sachlichkeit und Nüchternheit, die sich die einen bei Politikern häufiger wünschen, halten andere für einen Mangel. Ob man Walter Krause als Politiker bezeichnet oder nicht, hängt letztlich von den Maßstäben ab, mit denen man einen Politiker mißt. Krause als Nicht-Politiker zu disqualifizieren, hieße, die eigenen subjektiven Maßstäbe zu verallgemeinern. Deshalb kann die Frage, ob jemand ein Politiker ist, nur anhand eines objektiv nachprüfbaren Kriteriums beantwortet werden: nämlich, ob der- oder diejenige hauptberuflich Politik macht.

Auch wenn man den Erfolg bzw. Mißerfolg eines Politikers beurteilt, muß offengelegt werden, nach welchen Maßstäben man dieses Urteil fällt. Hier bieten sich natürlich Wahlergebnisse als Kriterium an. Gemessen daran, war Krause der erfolgreichste Nachkriegs-politiker der baden-württembergischen SPD. Die 37,6 Prozent von 1972 hat die SPD im 20. Jahrhundert nie übertroffen - weder vorher noch nachher.¹⁵⁴⁹ Diese Zahlen büßen aber im Hinblick auf die Person Walter Krause viel von ihrer Aussagekraft ein, weil dies die Ergebnisse der Landespartei waren, die zudem noch stark vom Bundestrend beeinflusst wurden. Mit Krause als Spitzenkandidat fuhr die baden-württembergische SPD also ihr bis

¹⁵⁴⁸ Rommel 94. Manfred Rommel (geb. 1928) war seit 1972 Staatssekretär im Finanzministerium und von 1974 bis 1996 Oberbürgermeister von Stuttgart. (Munzinger 37/95)

dahin schlechtestes Wahlergebnis (1968) und ihr bis heute bestes Ergebnis (1972) ein. Dieses gewaltige Auf und Ab legt die Vermutung nahe, daß Eppler zum Teil recht hatte mit seiner Behauptung, Walter Krause sei als Person weder für das schlechte noch für das gute Ergebnis verantwortlich gewesen. Das schlechte Wahlergebnis 1968 und das Aufkommen der NPD waren seiner Meinung nach eine Reaktion auf die seit 1966 in Bonn amtierende Große Koalition, die Landtagswahl 1972 ein Resultat der „Willy-Brandt-Stimmung“. Es sei die Zeit der Polarisierung der Menschen für und gegen die Ostpolitik gewesen. Die Verträge waren geschlossen, jetzt ging es um die Ratifizierung. Eppler konnte sich noch an eine Veranstaltung in Heilbronn erinnern, bei der Willy Brandt geredet hat. Das, was Walter Krause zur Landespolitik gesagt habe, habe keinen Menschen interessiert.¹⁵⁵⁰ Im Jahre 1972 hat die Diskussion um die Ostverträge wesentlich dazu beigetragen, daß die CDU unter Filbinger mit 52,9 Prozent erstmals in Baden-Württemberg die absolute Mehrheit gewinnen konnte. Filbinger schaffte es, durch seine konsequente Haltung die Stimmen vieler Heimatvertriebener zu gewinnen. Dieses herausragende baden-württembergische Ergebnis für die Union hatte wiederum Rückwirkungen auf Bonn.¹⁵⁵¹

Man würde es sich aber zu einfach machen, die Landtagswahlergebnisse allein auf die Bonner Politik zurückzuführen. Insbesondere bei der Wahl im Jahr 1972 war durchaus ein Krause-Effekt zu spüren. Der hatte nach fast sechs Jahren als Minister in der Bevölkerung viele Pluspunkte gesammelt. Die Leute begannen, seine sachliche und ehrliche Haltung zu würdigen. Krause entwickelte sich zum Sympathieträger für die SPD, in einem Bundesland, dessen Bevölkerung seriöse Politiker besonders hoch schätzt.

Es bleibt auch festhalten, daß der Trend der Wahlergebnisse der SPD unter ihrer alten Führungsriege mit Möller und Krause deutlich von dem ihrer Nachfolger abhebt. Bei den nach Krause folgenden sechs Landtagswahlen ging der Anteil der SPD-Wähler ständig zurück,

¹⁵⁴⁹ Diese Aussage gilt zum Zeitpunkt der Abfassung der Doktorarbeit im Jahr 1999. Die laufende Legislaturperiode endet im Jahr 2001.

¹⁵⁵⁰ Interessant ist Epplers Hinweis darauf, daß CDU und SPD bei der Landtagswahl 1972 zusammen über 90 Prozent der Stimmen hatten. Zum Vergleich: 1996 kamen die beiden „Großen“ zusammen auf gerade mal 66,4 Prozent.

¹⁵⁵¹ Ermutigt durch den Wahlausgang im Südwesten faßte die Bonner Spitze der Union unter Rainer Barzel noch am Abend des 23. April 1972, dem Tag der Landtagswahl, den Entschluß, im Bundestag das konstruktive Mißtrauensvotum zu wagen. (Stuttgarter Zeitung v. 25.4.97) - Rainer Barzel (geb. 1924) (CDU) gehörte von 1957 bis 1987 dem Deutschen Bundestag an. Von 1962 bis 1963 war er Minister für gesamtdeutsche Fragen, von 1982 bis 1983 Minister für innerdeutsche Beziehungen und von 1983 bis 1984 Präsident des Deutschen Bundestages. Außerdem war Barzel von 1964 bis 1973 Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und von 1971 bis 1973 CDU-Parteivorsitzender. (Munzinger 15-16/93)

zunächst langsam, aber stetig, bei den letzten Wahlen in den Jahren 1992 (29,4 Prozent) und 1996 (25,1 Prozent) dann rapide. Seit der Wahl 1972 hat die SPD ein Drittel ihrer Wähler verloren. Dagegen ging es in der Zeit, in der Krause in der Südwest-SPD eine dominierende Rolle spielte (etwa in den Jahren 1958 bis 1973), mit der Partei bei Landtagswahlen fast stetig bergauf: Von 35,3 Prozent (1960) über 37,3 Prozent (1964) bis 37,6 Prozent (1972), unterbrochen nur von der Ausnahmewahl 1968, deren Ausgang eindeutig bundespolitisch bestimmt war. Für die alte SPD, die nach 1972 in wenigen Jahren regelrecht „abdankte“, prägte Ulrich Lang das Wort von der „Krause-SPD“. Dies war eine Generation von Sozialdemokraten, deren Spitzenleute ganz wesentlich von den Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs und der nationalsozialistischen Herrschaft geprägt waren. Was danach kam, so Ulrich Lang, war eine andere SPD. In Kehl beginnend habe sich das gesamte Erscheinungsbild der SPD verändert. Dabei ist für ihn gar nicht so sehr die Frage entscheidend, ob sich nun zuerst die Basis und dann die Führungsmannschaft verändert habe, oder ob das Ganze umgekehrt gewesen sei, entscheidend ist für ihn vielmehr: „Die Zeit ist eine andere geworden.“¹⁵⁵²

Dieser Wechsel in der Ausrichtung der SPD grenzt nicht nur die Ära Krause von der Ära Eppler ab. Es ist auch die Trennlinie zwischen der Nachkriegspolitik der Südwest-SPD und der SPD des ausgehenden 20. Jahrhunderts. Krause war nur der Letzte einer Reihe baden-württembergischer SPD-Politiker wie Alex Möller oder Fritz Erler, die eine Politik machten, die sich an der Mitte des politischen Spektrums orientierte. Als sich Krause 1973 von den Schalthebeln der politischen Macht zurückzog, war dies der sichtbare Einschnitt in einem langfristigen Wandlungsprozeß der Sozialdemokraten. Die neue SPD errang 1968 ihren großen, entscheidenden Sieg, auch wenn sich die alte SPD mit dem Verbleiben in der Koalition noch einmal vordergründig durchsetzte. Oberbürgermeister Rolf Böhme war sich sicher, daß sich der eigentliche Machtwechsel nicht erst 1973 vollzog, sondern bereits in Kehl. „Die Ablösung war komplett, die Zäsur vollzog sich 1968, auch wenn die dachten, es geht nochmals weiter. Was folgte mit dem Tübinger Kreis, war eine neue Linie. Eine SPD, die auf den Eppler gesetzt hat, die begeistert war von der Reformpolitik und Willy Brandt.“¹⁵⁵³ Die Tübinger gaben auf dem Mannheimer Landesparteitag des Jahres 1968 ein Flugblatt heraus, auf das sie schrieben: „Die Kehler Mehrheit war nicht klein und niedlich,

¹⁵⁵² Ulrich Lang (1998)

¹⁵⁵³ Böhme (1998)

sondern absolut. Ihr Fehler war, daß sie ihre eigene Stärke unterschätzt hatte und keine führende Persönlichkeit ihren Willen vollstreckte. Diese Mehrheit war auch nicht rot, sondern reformfreudig, und strebte eine profilierte SPD der Zukunft an, die in den Augen der Wähler eine klare Alternative zur konservativen CDU bietet. Und diese Mehrheit sang nicht nur in Kehl. Nur wurde dort erstmals der Grundton einer erneuerten sozialdemokratischen Politik angestimmt, den die Öffentlichkeit in Zukunft regelmäßig aus unserer Partei hören wird.“¹⁵⁵⁴ Viele ahnten, daß die neue Mehrheit sich nur solange zurückhielt, wie es die Solidarität mit den regierenden Genossen erforderte, daß aber mit dem Ausscheiden der SPD aus der Regierung auch die alte sozialdemokratische Partei der neuen SPD weichen würde. Gerhard Lang brachte es auf den Punkt: „Mit Krause ging eine Art, Politik zu machen.“¹⁵⁵⁵

Dieser radikale Richtungswandel innerhalb der SPD ließ sich auch daran ablesen, daß in wenigen Jahren eine ganze Generation von Politikern von der Bildfläche verschwand, die relativ jung waren und noch einiges hätten bewegen können. 1973, bei der Wahl Eplers zum Parteivorsitzenden, war der ehemalige Wirtschaftsminister Hans-Otto Schwarz gerade 44 Jahre, Sozialminister Walter Hirrlinger 47, Justizminister Rudolf Schieler 45 und der frühere Parteivorsitzende Heinz Bühringer 46. Diejenigen, die nicht gleich nach der Landtagswahl aus dem Landtag ausschieden, so wie dies Schwarz und Hirrlinger taten, vollzogen diesen Schritt spätestens mit dem Ausstieg Krauses aus der Landespolitik im Jahre 1980.

Der Wechsel von Krause zu Eppler ist deshalb mehr als eine normale Nachfolge im Amt.¹⁵⁵⁶ Das Gesicht der SPD hat sich damit entscheidend verändert. Es wäre allerdings falsch, diese Kehrtwende nur auf zwei Personen zuzuspitzen. Krause und Eppler sind vielmehr die Protagonisten verschiedener Strömungen, deren relative Stärke sich in den Jahren zuvor entscheidend verändert hatte. Bei Aufnahme der Arbeit hatte der Verfasser nicht erwartet, daß dieser spannende Teil der Parteigeschichte und Krauses Biographie derart

¹⁵⁵⁴ Informationen zum Landesparteitag in Mannheim v. 3.11.68

¹⁵⁵⁵ Lang (1996)

¹⁵⁵⁶ Einen direkten Wechsel von Krause zu Eppler gab es in keiner der beiden wichtigsten Funktionen in der Südwest-SPD. Im Parteivorsitz der Südwest-SPD war Bühringer zwischen Krause und Eppler. Im Fraktionsvorsitz schob sich Schieler zwischen Krause und Eppler (von vornherein nur als Platzhalter für Eppler gedacht, bis dieser in den Landtag einzog). Da Bühringer und Schieler aber als Anhänger Krauses galten, kann

eng miteinander verflochten sind. Da die Biographie Krauses ohne die Entwicklung seiner Partei nicht zu verstehen ist, wurde die Entwicklung der SPD in seiner Zeit ausführlich dargestellt.

Hinter dem Konflikt von Kehl, nach außen hin ausgetragen um die Teilhabe an der Regierung, stand im Grunde ein Konflikt zwischen Vergangenheit und Zukunft der Partei. Auf der einen Seite stand der aus einfachen Verhältnissen kommende Walter Krause, auf der anderen Seite eine, wie es Rudolf Wildenmann formulierte, „bürgerliche“ Aufregtheit, wie sie sich in den 60er Jahren in der SPD breit gemacht hatte. „In soziologischen Kategorien ausgedrückt, hatte der dem Arbeitermilieu verhaftete Walter Krause dem Drängen von Mitgliedern der Versorgungsklasse weichen müssen“. „Sein Scheitern“, so bilanzierte der Rektor der Universität Mannheim, „bezeichnet die Bruchstelle in der SPD zwischen einer „Klassenpartei“ alten Stils und einer wohlfahrtsähnlichen Orientierung unter Führung von Kindern der Bourgeoisie.“¹⁵⁵⁷

Wichtig erscheint dem Verfasser auch der Hinweis, daß sich die politischen Ansichten einzelner Personen nicht wie Schwarz und Weiß, nicht wie „Licht ein - Licht aus“ unterscheiden. Die Begrenztheit sprachlicher Begriffe kann die Wirklichkeit nur unzureichend abbilden.¹⁵⁵⁸ Zwar hat die Parteilinke Krause lange Zeit bekämpft. Peter Conradi fiel dazu ein passender Spruch der amerikanischen Studentenbewegung ein („You don't need a weatherman to know where the wind comes from.“), der in einem Wortspiel Krauses berufliche Herkunft als Meteorologe und seine politische Rückständigkeit, aus Sicht der Neuen Linken, miteinander verknüpfte.¹⁵⁵⁹ Andererseits aber war Krause nie ein erbitterter Gegner der Parteilinken oder eine kämpferische Leitfigur der Parteilinken. Dies machte Krause nach Einschätzung Gerhard Nollers zum „Kompromißkandidaten“. Noller, prononcierter Kritiker des Eppler-Kurses, sah in Krause keinen leidenschaftlichen Anhänger einer auf die Mitte ausgerichteten SPD, sondern als jemanden, der den Linken nie wirklich weh getan habe. Deshalb hätten diese Krause auch geduldet, während sie andere, die die Linken wirklich attackierten, „weggedrückt haben“. Ein solcher war für Noller zum Beispiel Hans-Otto Schwarz. Der habe es gewagt, auch einmal Dinge zu sagen, die den Linken

durchaus von einer Ära Krause gesprochen werden. Diese endete 1973, als Bühringer den Partei- und Krause den Fraktionsvorsitz abgaben.

¹⁵⁵⁷ Wildenmann 128; Stuttgarter Zeitung v. 14.4.79

¹⁵⁵⁸ Edward de Bono, Der Klügere gibt nicht nach, Düsseldorf 1993

¹⁵⁵⁹ Conradi (1998)

nicht recht waren, und sei dafür ausgepiffen worden. Dagegen habe sich Eppler den Krause quasi als Feigenblatt für die bürgerlichen Wähler gehalten, meinte Noller.¹⁵⁶⁰

Unbestritten ist, daß Krause und seine Weggefährten den Willen hatten, Regierungsverantwortung zu übernehmen, um im Staat und in der Gesellschaft Veränderungen herbeiführen zu können. Dem Vorwurf, die „reine“ sozialistische Lehre zu verraten, entgegneten sie, daß es dem Wesen der Demokratie entspreche, nach Mehrheiten zu streben, um damit dem mehrheitlichen Willen des Volkes gerecht zu werden. Bühringer war der Ansicht, wer in die Politik gehe, der muß etwas verändern wollen. Und verändern könne man nur etwas, wenn man die Macht habe. Dazu brauche man in einem demokratischen Staat eine Mehrheit, entweder direkt oder eine anhand von Mandaten. Wenn man die Mehrheit direkt wolle, brauche man die Mitte, und wenn man sie an Mandaten wolle, dann brauche man auch die Mandate, die aus der Mitte stammen, das heißt, man brauche einen Koalitionspartner. Und wer beides ausschließe und so tue, als könne er es trotzdem, sei ein Scharlatan. Der kapituliere entweder schon, bevor er gewählt sei, oder er täusche seine Anhänger.“¹⁵⁶¹

Bühringer erinnerte sich, wie er nach der für die SPD hervorragend verlaufenen Bundestagswahl 1972 in einer Landesvorstandssitzung sagte, die politische Mitte habe sich durch diese Wahl neu definiert.¹⁵⁶² Er erntete dafür heftige Kritik. Seine Gegner beharrten auf einer Position links von der Mitte.¹⁵⁶³ Walter Krause war weder im Bund noch im Land der programmatische Vordenker des rechten SPD-Flügels, wie ihm überhaupt große Programmentwürfe ebenso fern lagen wie flammende Reden. Aber Krause stand für eine Südwest-SPD, die Regierungsverantwortung, Pragmatismus und eine Ideologie ohne Scheuklappen verkörperte und mit Krauses Abgang für längere Zeit in der Versenkung verschwand. Sein Abschied von der Macht, in Kehl 1968 vorbereitet und 1973 mit dem Rückzug aufs Amt des Landtagsvizepräsidenten vollzogen, war nicht die Ursache für den Niedergang der SPD, aber ein Symbol, ein wichtiger Meilenstein.

¹⁵⁶⁰ Noller (1998). So sagte Hans-Otto Schwarz während der Landtagsdebatte vom 22.9.66: „Ein Parteiprogramm ist kein Ersatz für politisches Handeln. Parteiprogramme setzen auch nicht Staatsverfassungen außer Kraft, und sie nehmen den Abgeordneten auch nicht die Verantwortung und die Bürde der Entscheidung für aktuelle Probleme ab.“

¹⁵⁶¹ Bühringer (1996)

¹⁵⁶² Hier sei der Hinweis auf die Tagespolitik erlaubt, daß dies so etwas wie der Urahn der „Neuen Mitte“ war, die Gerhard Schröder und Bodo Hombach (beide SPD) in den Mittelpunkt des Bundestagswahlkampfes 1998 stellten.

¹⁵⁶³ Bühringer (1996)

Warum hat Krause gegen diese Richtungsänderung nichts unternommen? Loyalität ist in einer Demokratie mit dem Recht, für einen Politiker vielleicht sogar mit der Pflicht zur freien Meinungsäußerung kein Wert an sich. Eppler, der Helmut Schmidt auf das heftigste attackiert hatte, konnte von anderen nicht bedingungslose Gefolgschaft erwarten. Die Erklärung für Krauses Verhalten lag zuallererst in seiner Persönlichkeit begründet. Krause war zeitlebens ein harmonieliebender Mensch. Weder der Mathematiker noch der Musiker noch der Privatmann Krause liebten harte Auseinandersetzungen. Viele seiner Entscheidungen lassen sich nur so vollständig verstehen. Dies gilt auch für seine Absage an das Amt des Ministerpräsidenten im Jahre 1966. Die christliche Gemeinschaftsschule wäre auch ohne Große Koalition gekommen, vielleicht etwas später, aber sie wäre gekommen. Wenn Krause und die FDP eine Volksabstimmung gewollt hätten, wäre mit großer Wahrscheinlichkeit die Abschaffung der konfessionellen Schulbildung beschlossen worden. Krause aber hatte Angst vor der harten Auseinandersetzung mit einer oppositionellen CDU. Er hatte die Regierung unter Reinhold Maier und die scharfen Angriffe der CDU auf den FDP-Ministerpräsidenten noch in guter Erinnerung. Dies war wohl der tiefere Grund dafür, daß er selbst nicht Ministerpräsident werden wollte. Ihm fehlte der Wille, die eigene Position und den eigenen Machtanspruch durchzusetzen, in der Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner und besonders im innerparteilichen Streit. Bezeichnend für seinen politischen Stil waren seine Äußerungen anlässlich der 25-Jahr-Feier der baden-württembergischen Verfassung. Hier führte er aus, daß die politischen Auseinandersetzungen Bewegungen zulassen müßten und sich nicht zum Freund-Feind-Verhältnis verhärten dürften. Glücklicherweise seien immer wieder auch tiefgreifende Überzeugungsprozesse über die Parteigrenze hinweg möglich gewesen. Dieses Kapital solle sich der Landtag auch in Zukunft bewahren.¹⁵⁶⁴

In jedem Fall geht Walter Krause in die Geschichte des Landes Baden-Württembergs als ehrlicher und integerer Politiker ein, der schon in der Geburtsstunde des Landes dabei war und mit der Gemeinde- und Kreisreform dessen Gesicht auf Jahrzehnte hinaus entscheidend geprägt hat. Für ihn war, wie es Oberbürgermeister Rolf Böhme formulierte, Politik die „Kunst des Möglichen“, was ja nicht heiße, daß man prinzipienlos sei, sondern daß man sich auf die tägliche Arbeit einlasse.¹⁵⁶⁵ Krause war ein „Staats-Politiker“, kein „Par-

¹⁵⁶⁴ Krause (1979) 15

¹⁵⁶⁵ Böhme (1998)

tei-Politiker“.¹⁵⁶⁶ Für seinen Weggefährten Rudolf Schieler war er „der anständigste und loyalste Politiker, den ich in meinem langen politischen Leben kennengelernt habe.“¹⁵⁶⁷

Walter Krauses ganz persönliches Fazit, das wohl nur wenige am Ende ihres Lebens so uneingeschränkt ziehen würden: „Ich habe nichts bereut, würde alles noch einmal so machen.“¹⁵⁶⁸

Aus allen diesen Mosaiksteinen entstand das Bild eines Mannes, liebenswürdig und freundlich, aber auch stets distanziert und etwas spröde, ein Mensch, der Politik mit Leib und Seele betrieb, gleichzeitig aber auch seltsam unpolitisch blieb. Er war in seiner Politik und seinem Auftreten der personifizierte „Mann der Mitte“ und verkörperte eine Politik, die nach seinem Abschied in der Südwest-SPD für längere Zeit auf die Hinterbänke verbannt wurde.

Kann man in der Parteipolitik Krauses Vermächtnis allenfalls rekonstruieren, so hat er der staatlichen, von der Regierung geprägten Politik klare, gut erhaltene Spuren hinterlassen. Er hat diesem Land in mancherlei Hinsicht seinen Stempel aufgedrückt, indem er Strukturen geschaffen hat, die unsere Leben unspektakulär, aber wirkungsvoll beeinflussen. Auf welches Gymnasium oder Berufsschulzentrum Schüler geschickt werden, wo wir Führerschein oder Baugenehmigung beantragen, für welche Rathauspolitik wir uns interessieren – all dies wird vielleicht noch in 50 und mehr Jahren durch die Kreis- und Gemeindereform Anfang der 1970er Jahre bestimmt werden. Diese trägt Walter Krauses Handschrift.

¹⁵⁶⁶ Bogusch (1996)

¹⁵⁶⁷ Schieler (1997)

¹⁵⁶⁸ Krause (1994/4).

Anhang

1. Biographische Daten

21.12.1912	geboren in München
1919 - 1922	Vorschule der Oberrealschule Glogau
1922 - 1926	Oberrealschule Glogau
1926	Umzug mit der Familie nach Mannheim; Eintritt in die Tulla-Oberrealschule
1926 - 1931	Oberrealschule Mannheim
1931	Abitur
1931 - 1936	Studium der Mathematik, Physik und Chemie in Heidelberg
1931 - 1933	Sozialistischer Studentenbund
1933	Wahl in den Allgemeinen Studentenausschuß
1933 - 1934	Gruppe Rechberg, Kurier im Raum Heidelberg und Mannheim
1936	Staatsexamen
1937 - 1938	Berechnungsingenieur (Siemens-Schuckert-Werke Nürnberg)
1938	Heirat mit Anna, geb. Layer
1938 - 1939	Meteorologe im Reichswetterdienst
1939 - 1945	Kriegsdienst als Meteorologe bei der Luftwaffe
1940	Meteorologische Ergänzungsprüfung (Universität München)
1941	Fachliche Ergänzungsprüfung für Meteorologen des Reichswetterdienstes (zweite Staatsprüfung)
1942	Geburt der Tochter Annelie
1945	Eintritt in die SPD
1945 - 1947	Tätigkeit als Meteorologe in Frankfurt
1947 - 1955	Dozentur für Mathematik an der Mannheimer Städtischen Ingenieurschule
Seit 1948	Mitglied in der Gewerkschaft ÖTV und in der Europa-Union
1948 - 1961	Mitglied des SPD-Kreisvorstandes Mannheim
1952	Wahl in die Verfassungegebende Landesversammlung
1953 - 1980	Mitglied des Landtags
1955 - 1966	Bürgermeister in Mannheim für Schule und Sport, ab 1.1.1962 auch für Kultur
1958 - 1961	Stellvertretender SPD-Fraktionsvorsitzender im Landtag

1958 - 1973	Mitglied des SPD-Parteirates
1960 - 1981	Mitglied des Landesvorstands der SPD
1961 - 1964	Gleichberechtigter Fraktionsvorsitzender neben Hermann Veit
1961	Ausbau der Wirtschaftshochschule Mannheim zur Uni
1964 - 1966	Alleiniger Fraktionsvorsitzender
1964 - 1966	Stellvertretender Landesvorsitzender der SPD
1965	Sechswöchige USA-Reise
1966 - 1968	Landesvorsitzender der SPD
1966 - 1972	Minister für Inneres, Vertriebene und Flüchtlinge und stellvertretender Ministerpräsident
1968	SPD-Spitzenkandidat bei der Landtagswahl am 28. April
1969 - 1984	Mitglied des Verwaltungsrates der Deutschen Bundesbahn
1972	SPD-Spitzenkandidat bei der Landtagswahl am 23. April
1972 - 1973	Fraktionsvorsitzender
1973 - 1980	Landtagsvizepräsident
1973 - 1985	Fraktionsvorsitzender im Regionalverband Unterer Neckar
1974 - 1985	Fraktionsvorsitzender im Raumordnungsverband Rhein-Neckar
1977 - 1981	Mitglied des SPD-Landespräsidiums
1982, 1983, 1988, 1992	Schlichter im öffentlichen Dienst
1981 - 1987	Vorsitzender der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald (Kreisgruppe Mannheim)
Seit 1981	Vorsitzender der Interessengemeinschaft der naturverbundenen Vereine Mannheims
1982 - 1990	Vorsitzender des Vereins Kurpfalz
1982	Ehrenbürger der Stadt Mannheim
1983	Verleihung des Titels „Professor“ durch das Land Baden-Württemberg
1983 - 1989	Vorsitzender des Freundeskreises „Freie Akademie der Künste Mannheim und Freie Kunstschule Rhein-Neckar“
Seit 1983	Stellvertretender Vorsitzender des Museumsvereins für Technik und Arbeit

1984 - 1992	Vorsitzender der Vereinigung ehemaliger Mitglieder des Landtags
Seit 1984	Mitglied im Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Neckar
Seit 1986	Vorstandsmitglied des Vereins zur Erforschung gesellschaftlicher Entwicklungen (VGE)
4.12.2000	gestorben in Mannheim

2. Auszeichnungen

1960	Ehrenmitglied des MFC Phönix
1960	Ehrennadel in Gold des SV Waldhof
1965	Ehrenmitglied der Mannheimer Liedertafel
1965	Ehrenbürger von New Orleans
1966	Goldene Ehrennadel des Sängerkreises Mannheim
1968	Ehrenmitglied des Badischen Sängerbundes
1969	Großes Verdienstkreuz mit Stern
1969	Stamitz-Plakette des Kurpfälzischen Kammerorchesters
1969	Ehrennadel der Deutschen Verkehrswacht in Gold
1970	Ehrenzeichen der Deutschen Verkehrswacht in Gold
1970	Laufnarr des Hohen Grobgünstigen Narrengerichts in Stockach
1970	Blaustein-Medaille
1971	Henri-Dunant-Plakette des DRK
1971	Goldene Ehrennadel der Freiwilligen Feuerwehren von Baden-Württemberg
1971	ADAC-Verdienstplakette in Gold
1972	Großes Verdienstkreuz mit Stern und Schulterband des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland
1974	Ehrensensator der Universität Mannheim
1976	Verdienstmedaille des Landes Baden-Württemberg
1977	Goldene Gedenkmedaille zum 25jährigen Bestehen des Landes Baden-Württemberg
1977	Universitätsmedaille der Universität Ulm
1979	Ehrenmitglied der Musikalischen Akademie des Nationaltheater-Orchesters Mannheim
1980	Goldene Verfassungsmedaille des Landes Baden-Württemberg
1981	Ehrennadel der Lebenshilfe
1982	Ehrensensator der Fachhochschule für Technik in Mannheim
1982	Ehrenbürger der Stadt Mannheim
1982	Ehrenmitglied des Arbeiter-Sängerbundes 1865 Mannheim
1982	Goldene Ehrennadel der Arbeiterwohlfahrt
1983	Verleihung des Titels „Professor“ durch das Land Baden-Württemberg

- 1985** Europa-Union-Nadel in Gold
- 1985** Hermann-Heimerich-Plakette des Raumordnungsverbandes Rhein-Neckar
- 1987** Ehrensator der Universität Ulm
- 1987** Ehrenvorsitzender der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald (Kreisverband Mannheim)
- 1989** Ehrenmitglied der Staatlichen Hochschule für Musik Heidelberg-Mannheim
- 1989** Ehrenmitglied der Europa-Union (Kreisverband Mannheim)
- 1989** Goldene Ehrennadel der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald
- 1990** Kurpfalzring und Ehrenvorsitzender des Vereins Kurpfalz
- 1990** Silbermedaille des Landtags von Baden-Württemberg
- 1992** Stiftung des Walter Krause - Medienpreises durch die SPD-Fraktion des Raumordnungsverbandes Rhein-Neckar

3. Veröffentlichungen von Walter Krause

- 1952 Wo wohnen die Mannheimer heute?
- 1956 Kommentar zur Gemeinde- und Landkreisordnung
- 1957 Die Neugestaltung des Mannheimer Stadions
- 1958 Das technische Schulwesen in Mannheim
- 1960 Weltweite Aspekte der Kulturpolitik
- 1960 Die Peter-Petersen-Schule
- 1961 Ausbau der Wirtschaftshochschule Mannheim zu einer Universität
- 1961 Schwerpunkte sozialdemokratischer Kulturpolitik
- 1963 Der Weg zur Schule von morgen
- 1964 SPD - Die landespolitische Alternative
- 1964 Für Partnerschaft zwischen Land und Gemeinden
- 1965 Die Rechnung nach den Wahlen
- 1966 Stabilität und Wachstum
- 1966 Die neue Grundschule in M 6
- 1968 Baden-Württemberg - mit Kurs aufs Jahr 2000
- 1969 Ein neuer Typ des öffentlich Bediensteten?
- 1969 Denkmodell zur Kreisreform (IM)
- 1969 Föderalismus - morgen
- 1970 Soziale Aufgaben in Gegenwart und Zukunft
- 1971 Die Reform unserer Gemeinden - und was der Bürger davon hat
- 1971 Landesentwicklungsplan Baden-Württemberg
- 1971 Der Sport in der Gesellschaft der Zukunft
- 1972 Umweltschutz - eine internationale Aufgabe
(Vortrag vor der polnischen Akademie der Wissenschaften in Warschau)
- 1975 Herzinfarkt der Großstadt?
- 1977 25 Jahre Baden-Württemberg (Festakt im Landtag)
- 1977 25 Jahre Baden-Württemberg (Ausstellung in Mannheim)
- 1977 25 Jahre Baden-Württemberg (Lehrerseminar in Mannheim)
- 1977 Zum 50. Todestag des ersten württembergischen Staatspräsidenten Wilhelm
Blos
- 1978 25 Jahre Baden-Württemberg (Lehrerseminar in Bonn)

- 1978** 25 Jahre Verfassung des Landes Baden-Württemberg (Festakt im Landtag)
- 1978** Gibt es für die Neugliederung des Bundesgebietes noch eine Chance?
- 1978** Kurskorrekturen in der Landesplanung
- 1978** Gedenkfeier für Wilhelm Blos in Wertheim
- 1979** Regionalplanung und Regionalpolitik im Rhein-Neckar-Raum
- 1980** Die Kreisreform in Baden-Württemberg - Vor zehn Jahren fiel die Entscheidung
- 1981** Zukunftsperspektiven für die Kurpfalz
- 1982** Eine Region sucht ihre Einheit - Neugliederungsbestrebungen im Rhein-Neckar-Raum seit 1945
- 1982** 30 Jahre Baden-Württemberg (Süddeutscher Rundfunk Stuttgart)
- 1982** Erlebte Parlamentsgeschichte - 30 Jahre im Rückblick
- 1982** Zukunft des öffentlichen Personennahverkehrs im Rhein-Neckar-Raum
- 1982** Kurpfälzer - handelt gemeinsam!
- 1988** Die alternde Gesellschaft
- 1989** Fritz Ulrich - Zum hundertsten Geburtstag

4. Quellen

4.1. Schriftliche Quellen

4.1.1 Presseartikel

Frankfurter Allgemeine Zeitung

- 16.1.69 Bildunterschrift
- 13.5.83 „Personalien: Der Schlichter: Walter Krause“
- 24.3.92 „Personalien: Der Schlichter“
- 22.5.98 Rudolf Schieler 70

Mannheimer Morgen

- 16.1.52 „Mannheim-Stadt in 3 Wahlbezirke gegliedert“
- 28.2.52 „Kleine Chronik der großen Stadt“
- 7.3.52 „Die Kandidaten der Sozialdemokratischen Partei in den Wahlkreisen Mannheim-Stadt und -Land“
- 10.3.52 „Rege Wahlbeteiligung in Südwestdeutschland“
- 11.3.52 „Am 25. März Verfassunggebende Versammlung“
- 26.3.52 „Landesversammlung hat sich konstituiert“
- 10.7.63 „Von der Volksschule bis zur Hochschule“
- 22.6.64 „Parteitag der südwestdeutschen SPD“
- 3.2.65 „Die Prinzessin hat einen Krause-Kopf“
- 4.8.65 „Walter Krause zehn Jahre Bürgermeister“
- 30.12.66 „Unsere Zeitung interviewte Minister Krause“
- 20.5.68 „Der Rest war betretenes Schweigen“
- 11./12.7.70 „Rüge von Walter Krause von SPD-Genossen“
- 3.11.71 „Die Einheit des Rhein-Neckar-Raumes - eine Jahrhundertchance“
- 21.12.77 „SPD-Mann der Mitte und des Ausgleichs“
- 29.12.79 „In die Tiefe statt in die Breite gehen“
- 18.10.80 „Bei einem Vollblutpolitiker wie Walter Krause“
- 20.12.82 „Krause fordert Raumordnungsverband Rhein-Neckar“
- 10.1.83 „Sozialdemokraten entdecken das „Ländle““
- 13.5.83 „Krause: Gespräche in strenger Klausur“

- 5.3.84 „Barockromantiker und Realist in einer Person“
- 27.3.87 „Beschwingt und munter musiziert“
- 3.3.89 „Er kocht auf vielen Feuern“
- 6.11.97 „Weltbürger und Kurpfälzer aus Leidenschaft“
- 5.12.00 "Walter Krause gestorben"
- 5.12.00 „Walter Krause – ein Visionär mit Bodenhaftung“
- 6.12.00 „Trauer um eine ,beeindruckende und kraftvolle Persönlichkeit““
- 6.12.00 Politiker würdigen Walter Krause
- 6.12.00 „Bilder aus dem Leben eines engagierten Politikers“ – „Ausgeprägter Sachverstand und Überzeugungskraft“ – „Trauerfeier in der Christuskirche“

Rhein-Neckar-Zeitung

- 27.12.58 „Kommunales Treppengeflüster“
- 12.3.59 „Wird MdB Ludwig Ratzel Erster Bürgermeister?“
- 13.3.59 „Der richtige Mann“
- 17.3.67 "Innenminister Krause: Kein Platz für Opportunisten"
- 2.5.67 „SPD-Politik besser verkaufen!“
- 20.5.68 „SPD-Absage verschärft Krise“
- 20.5.68 „Große Sehnsucht nach der Großen Opposition“
- 2.7.68 „Walter Krause hält sich bereit“
- 4.4.79 „Auch Walter Krause kandidiert nicht mehr“
- 21.12.92 „Sonderausgabe zum 80. Geburtstag“

Schwäbische Zeitung

- 3.8.67 „Scharfer Angriff der Stuttgarter SPD auf die CDU“
- 14.1.69 „Zwiespalt“
- 15.4.69 „Innenminister stößt auf harten Widerstand“
- 22.5.76 „Wer die Mitte verläßt, begibt sich auf den Weg der Sekte“
- 19.12.77 „Walter Krause wird 65 Jahre alt“
- 4.4.79 „Auch Landtagsvizepräsident Walter Krause will nicht mehr für den Landtag kandidieren“
- 13.3.1983 „Ein Politiker der ersten Stunde“

Stuttgarter Nachrichten

- 8.3.52 „24 Stunden vor einer entscheidenden Wahl“
 14.2.67 „Stuttgart soll kommunale Polizei behalten“
 7.4.67 „Ein Fettnäpfle“
 1.7.67 „Reschke stellt sich vor Krause“
 4.8.67 „Junge Union entgegnet Krause“
 8.8.67 „Auch FDP weist Krause zurück“
 21.6.68 „SPD-Parteitag soll Meinungsgegensätze ausräumen“
 16.4.69 „Krause gegen SPD-Bericht“
 18.4.69 „Unterstützung für Krause“
 20.9.88 „Verteilungskämpfe im Jahrhundert der Senioren“
 13.1.69 „Innenminister Krause im Kreuzfeuer“
 18.1.69 „Schnelle Hilfe für Hochschulen“
 16.7.70 „SPD Kreis Stuttgart steht hinter Krause“
 19.4.71 „Krause Spitzenkandidat der SPD im Land“
 5.7.71 „SPD ohne Kreisvorstand“
 22.2.97 „Wer kassiert im Land?“
 1.9.97 Kurzmeldung zum Wahlrecht auf Seite 2
 20.12.97 „Innenarchitekt´ des Südwestens“
 2.2.99 „Ein engagierter Kämpfer geht von Bord“
 24.7.99 „Schreck laß nach! Das Gespenst der Badenpartei jagt Stuttgarts Politikern
 Angst ein“
 6.12.00 „„Ein vorbildlicher Demokrat! “ “

Stuttgarter Zeitung

- 11.2.52 „SPD bereitet Wahlkampf vor“
 23.8.52 „Schwäbisches aus Baden“
 14.5.65 „Gegen den intellektuellen Aderlaß“
 19.1.67 „Geglückter Start im Südwesten“
 29.6.67 „Kritik an Krause“
 4.7.67 „Reschke stellt sich vor Krause“
 3.8.67 „SPD beansprucht politische Erfolge“
 4.8.67 „Junge Union hebt Verdienste der CDU hervor“

- 20.5.68 „Der bittere Sieg des SPD-Fußvolks in Kehl“
- 17.10.68 „Der Innenminister hat große Pläne“
- 13.1.69 „SPD-Jugendkongreß fordert Rücktritt des Stuttgarter Innenministers Krause“
- 14.4.69 „SPD-Untersuchungsausschuß kritisiert Krause“
- 18.4.69 „Möller stellt sich vor Krause“
- 30.4.69 „Krause soll Konsequenzen ziehen“
- 18.6.70 „Krause als Gegenkandidat bereit“
- 30.6.70 „Rücktritt Krauses gefordert“
- 5.7.71 „Massenauszug aus dem Waiblinger SPD-Kreisvorstand“
- 7.7.70 „SPD-Kreisverband hinter Krause“
- 9.2.72 „Der Mittelstand soll wieder eine Heimstatt haben“
- 13.3.72 „Die einzige Abstimmung des Parteitages entscheidet über das Ende“
- 14.4.79 „Wir waren dem Wahlsieg näher, als manche glaubten“
- 14.12.79 „Ganzenmüller gegen mehr Landtagsberater“
- 28.8.87 „Schalmeienklänge“
- 19.12.87 „Mit „Denkmodellen“ für eine Politik der Zukunft planend“
- 20.9.88 „Alternde Gesellschaft - heftige Verteilungskämpfe“
- 25.4.89 „Die Politik ist zu blöd“
- 23.12.89 „Krause ‚Innenarchitekt‘ des Landes“
- 19.1.92 „Man muß immer so handeln, wie man denkt“
- 23.2.92 „Als ehrlicher Makler mehrfach bewährt“
- 2.12.96 „Gemeindeteile fordern das Scheidungsrecht“
- 7.12.96 „Geschwätzige Beliebbarkeit ist seine Sache nicht“
- 12.12.96 „Vor Jahr und Tag - Die Nacht der langen Messer“
- 16.12.96 „Vor Jahr und Tag - Filbinger wird Regierungschef“
- 25.4.97 „Am Ende fehlten Rainer Barzel nur zwei Stimmen“
- 2.1.98 „Walter Krauses Denkmodell brachte die Verwaltungsreform in Gang“
- 19.1.98 „Der Ostalbkreis wird aus reinster Freude vervespert“
- 3.8.98 „Start auf dem Hohenneuffen“
- 20.7.98 „Jubel um den heimlichen Stammvater der Grünen“
- 20.7.98 „Protagonist des Ausstiegs“
- 23.7.98 „Ulrich Lang - Grundsatztreu und konsequent“
- 25.9.98 „Ich komme zu zwei Dritteln hierher, um zuzuhören“

- 30.10.98 „Antworten auf die Frage nach dem schwachen Diktator“
 30.10.98 „Die Entdämonisierung des Diktators“
 11.12.98 „Die Liberalen haben einen Hang zur Abspaltung“
 9.1.99 „Als Alfred Hugenberg zum Essen ins Elternhaus kam“
 11.1.99 „In Baden-Württemberg gibt es sechs Dörfer“
 2.2.99 „Engagierter Co-Manager fürs Arbeitnehmerlager“
 28.6.99 „Warnung vor der ‘Baden-Partei’“
 6.12.00 „Ein Baumeister des Bundeslandes Baden-Württemberg“

Südwest-Presse

- 28.5.75 „Krause beliebter als Eppler“
 11.4.78 „Walter Krause: Es gibt keine Differenzen“
 20.12.79 „Walter Krause - die ehrliche Haut der SPD“ (Ausgabe: Schwäbische Donauzeitung, Ulm a.D.)
 19.5.83 „Sachlich und nüchtern: Schlichter Walter Krause“
 12.12.91 „Vor 25 Jahren: CDU/SPD-Koalition nach der ‘Nacht der langen Messer’“(Ausgabe Ulm)

Sonstige Zeitungen

- Badische Neueste Nachrichten v. 8.7.67 “Krauses Karlsruhe Tag“
 Badische Neueste Nachrichten v. 2.7.70 „SPD-Fraktion stellt sich vor Krause“
 Badische Neueste Nachrichten v. 1.3.75 „MdL Krause:“ Ade – Ihr wählt dann alle SPD“
 Badische Neueste Nachrichten v. 23.12.87 „Maßstab für guten politischen Stil“
 Badische Volkszeitung v. 13.3.59 „MdB Ratzel kandidiert für Trumpfheller-Nachfolge“
 Badische Volkszeitung v. 3.9.66 „Der Schulgesetzentwurf der SPD“
 Badische Zeitung v. 21.12.1977 „Der ehrliche Makler“
 Badische Zeitung v. 9.12.82 „Mit Kommissionen in eine lichte Zukunft?“
 Bonner General-Anzeiger v. 20.5.68 „Keine Große Koalition in Stuttgart“
 Bonner General-Anzeiger v. 20.5.68 „Kühn: SPD muß „linke Volkspartei“ sein“
 Calwer Kreisnachrichten v. 20.6.98 „Ein Oberschwabe durch und durch“

Calwer Kreisnachrichten v. 22.9.98	„Herta Däubler-Gmelin - Scharfzüngige Rednerin“
Calwer Kreisnachrichten v. 16.1.99	„Neuer Chef für die Landes-SPD?“
Der Spiegel v. 20.1.69	„Da bleibt kein Polizeibeamter unterkühlt“
Der Spiegel v. 17.5.99	„In der Hand der Sieger“
Deutsche Presseagentur v. 18.5.68	„Abstimmungsergebnis schlug wie eine Bombe ein“
Deutsches Volksblatt v. 13.3.65	„Krause besucht die USA“
Deutsches Volksblatt v. 1.4.65	„Abgeordneter Walter Krause Ehrenbürger von New Orleans“
Eßlinger Zeitung v. 13.5.83	„Schlichter muß Lösung im Tarifstreit suchen“
Handelsblatt v. 13.10.98	„Rhein-Neckar-Dreieck“ Sonderbeilage
Heilbronner Stimme v. 3.6.76	„Mit Lothar Gaa nur ein `Neuer´ auf dem Präsidentensessel“
Heilbronner Stimme v. 23.12.87	„Der Innenarchitekt des Landes“
Heilbronner Stimme v. 23.2.92	„Heikle Aufgabe für Walter Krause“
Kreiszeitung/Böblinger Bote v. 8.7.93	„Vater der Verwaltungsreform‘ hält Regierungspräsidien für verzichtbar“
Neue Zürcher Zeitung v. 30./31.5.98	„Achtundsechzig - Akademische Revolutionsromantik und ihre Folgelasten“ (von Hermann Lübke)
	„Emanzipation oder Surrealismus? 1968 als Rätsel“ (von Heinz Bude)
	„Dialektische Bilder - Gedanken zu den politischen Folgen von ´68“ (von Oskar Negt)
NWZ v. 5.8.71	„Urlaub, Stallwache und Pop-Krawatten“
Pforzheimer Zeitung v. 1.3.75	„Angenehm empfunden: Keine persönliche Polemik“
Rems-Zeitung v. 18.5.68	„SPD wohin?“
Rems-Zeitung v. 20.5.68	„SPD-Beschluß erregt Stuttgart und Bonn“
Rems-Zeitung v. 21.5.68	„CDU will jetzt mit FDP verhandeln“
Rems-Zeitung v. 22.5.68	„Wird SPD-Absage revidiert?“
Rems-Zeitung v. 24.5.68	„FDP stellt unannehmbare Forderungen“

Reutlinger Generalanzeiger v. 16.5.68	„Bonner Parolen sind nicht gefragt“
Reutlinger Generalanzeiger v. 14.1.93	„Flut von Glückwünschen zum 80. Geburtstag“
Rheinischer Merkur v. 28.8.87	„Nützliche Idioten“
Rheinpfalz v. 1.3.85	„Die Region ist zur Kooperation verurteilt“
Rheinpfalz v. 18.12.92	„Krause-Medienpreis an Sigrid Ditsch verliehen“
Schorndorfer Nachrichten v. 5.7.71	„SPD-Kreisvorstand Bormann und fünf Kreisvorstandsmitglieder erklären Rücktritt“
Schwäbische Post v. 19.5.83	„Ein einmaliger Glücksfall in der deutschen Geschichte“
Schwäbisches Tagblatt v. 25.4.67	„Jeder Grünen-Tisch-Politik abhold“
Schwäbisches Tagblatt v. 6.6.67	„Stagnation hat angehalten“
Schwarzwälder Bote v. 10.2.67	„Lösung der Schulfrage Modell für andere Probleme“
Schwarzwälder Bote v. 16.5.68	„In Kehl geht es für die SPD um Kopf und Kragen“
Schwarzwälder Bote v. 18./19.5.68	„Der Kehler Kurs“
Schwarzwälder Bote v. 20.5.68	„Große Koalition in Stuttgart gescheitert - Krause, Schwarz und Hirrlinger zurückgetreten“
Sonntag aktuell v. 24.5.92	„Die Große Koalition war eine gute Zeit“
Staatsanzeiger v. 11.2.52	„Delegiertenkonferenz der SPD stellt Landesliste auf“
Staatsanzeiger v. 5.3.52	„Zusammenstellung der in Württemberg-Baden zugelassenen Kreiswahlvorschläge für die Wahl zur Verfassunggebenden Landesversammlung am 9. März 1952“
Staatsanzeiger v. 16.12.96	„Verfechter der Freiheit von Bildung“
Süddeutsche Zeitung v. 28.8.87	„Ein riskanter Dialog“
Südkurier v. 25.2.83	„Die Reform, die aus 63 Landkreisen 35 machte“

Südkurier v. 23.2.92	„Der „alte Hase“ soll das Kunststück schaffen“
Vorwärts v. 19.1.67	„Geglückter Start im Südwesten“
Die Welt v. 20.5.68	„Die Rebellen von Kehl zielen auf Bonn“
Die Welt v. 22.5.68	„Die Wahlrechtsreform drängt“
Die Welt v. 4.9.68	„SPD strebt Lastenausgleich der Minister an“
Die Welt v. 16.1.69	„Krause: Wir wollen kein zweites 1933“
Die Welt v. 27.9.87	„Ein schmachvolles Papier“

4.1.2 Nicht gedruckte Quellen

4.1.2.1 Bestände in Archiven

Stadtarchiv Mannheim

Hier u.a. auch der Bestand der GBG-Mannheimer Wohnungsbaugesellschaft mbH

Hier insbesondere der Aktenbestand Dezernatsregistratur, Zugang 5/1993, Nr. 79, Zugang 8/1993, Nr. 134, Zugang 26/1994, Nr. 159, und Zugang 33/1994, Nr. 55.

Generallandesarchiv Karlsruhe

Aktenheft 235/32570 und 32576

Jahresberichte der Direktion der Tulla-Oberrealschule (Generallandesarchiv Karlsruhe)

Bundesarchiv - Zentralnachweisstelle - in Aachen

Aktennummer 17644 sowie L-2910

Zeugnis des Badischen Ministeriums für Kultus und Unterricht über die Prüfung Walter Krauses für das wissenschaftliche Lehramt an Höheren Lehranstalten vom 30. Dezember 1936 (Abschrift)

Vorschlag zur Ernennung zum Regierungsrat durch den Reichsminister der Luftfahrt (Az. 25 c 33)

Ersuchen der Abwehrstelle III c um Auskunft aus dem Strafregister v. 22.4.1937

Schreiben der Geheimen Staatspolizei v. 4.5.1937 und v. 10.5.1937 (Az 196268/37 III-7c)

Schreiben der Geheimen Staatspolizei v. 28.5.1937 (Az 19268/37 III-7b)

Bescheinigung über die meteorologische Ergänzungsprüfung an der Universität München v. 20.3.1940

Ersuchen um Auskunft aus dem Strafregister v. 14.8.1940

Prüfungsniederschrift als Meteorologe v. 20. März 1941

Personalnachweis v. 23.1.1942

Meldung über Militärverhältnis v. 25.3.1942

Nachlaß Erwin Schoettle (im Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung)

Erklärung über Vorstrafen v. 25.3.1942

Auszug aus dem Wehrpaß v. 4.4.1942

Bescheinigung über den Nachweis deutschblütiger Abstammung v. 23.3.1942

Erklärung zur Zugehörigkeit bei Parteien und politischen Organisationen v. 7.4.1942

Beglaubigte Abschrift aus dem Geburtsregister v. 11.4.1942
 Schreiben des Reichsministers des Innern v. 29.4. 1942 (P1 - K.27/42 - 2661)
 Schreiben der NSDAP v. 30. April 1942 (Az III P - Mu - 2191/Lu 4954)
 Schreiben des Reichsministers der Luftfahrt v. 15.12.1942 (Az. 25e33)
 Schreiben des Luftgaukommandos XII (Az. 15 g 16 (We) Verw. A II 9 v. 9.2.1943
 Fernschreiben des Reichsluftfahrtministeriums v. 26. März 1943 (L D Ag. vier 12)
 Fernschreiben des Luftgaukommandos XII, Verwaltung A II 9 Wiesbaden (ohne Datum)
 (mit Bezug auf o.g. Schreiben)
 Schreiben des Luftgaukommandos XII (Az. 60 b 16) A II 7 (b) v. 22.7.1943
 Schreiben des Luftgaukommandos XII v. 1. Oktober 1943 (Az 25 g 18 (We)
 Schreiben des Reichsluftfahrtministeriums (Az. 25g18 (h.We.) Krause (LD Ag. IV 12) v.
 15. Oktober 1943
 Schreiben des Luftgaukommandos XII (Az 25 g 18 (We) - Verw.A II 9b v. 14.1.1944

Archiv der Sozialen Demokratie

Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn

Archiv der SPD-Baden-Württemberg

Das meiste Material wurde an die Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn abgegeben. Der Rest ist nicht erschlossen. Unter anderem gibt es Unterlagen zu der von Walter Krause gegründeten Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Senioren (ASS - AG 60 plus).

Archiv des Landtags von Baden-Württemberg

Bestände: ZO 215, ZO 217 und ZO 218

Archiv des Rems-Murr-Kreises

Bestand: G1 (SPD Kreisverband Rems-Murr 1946-1979)

Erzbischöfliches Archiv Freiburg

Nachlaß Schäufele (NB 11/126,1)

Nachlaß Föhr (Na 73/8, Na 73/28)

Dokumentation „Tübinger Kreis“ 1968 - 1974

zusammengestellt von Peter Conradi (Privatarchiv)

Schreiben von Braun, Conradi und Scharpf v. 1.7.68

Schreiben von Schoettle v. 25.7.68

Schreiben des Tübinger Kreises v. 31.8.68

Informationen zum Landesparteitag der SPD in Mannheim v. 3.11.68

Kandidatenspiegel 1969

Archiv Volkshochschule Reutlingen

zu Gerhard Noller

Archiv der SPD-Gemeinderatsfraktion Mannheim

zu Walter Krause

u.a. mit einem Protokoll eines Fachgesprächs „Die alternde Gesellschaft“, das am 9. Juni 1989 in der Rheingoldhalle stattfand (Referent: Professor Walter Krause)

Bestand des Freundeskreises der Freien Akademie der Künste Mannheim und der Freien Kunstschule Rhein-Neckar e.V.Archiv der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg

AStA-Akten (B-8300 bis B-8310)

Walter Krause (B-8057)

Sozialistische Studentenvereinigungen (B-8412/11, B-8412/12, B-8412/14)

4.1.2.2 Anfragen/Schriftwechsel mit Archiven

Archiv des Bundesbeauftragten des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen

Demokratischen Republik

Archiv der Deutschen Bahn AG

Archiv der Stadt Breslau

Archiv der Stadt Glogau

Archiwum Panstwowe w Zielonej Górze

Bundesarchiv- Militärarchiv - in Freiburg

Gemeinderatsfraktion der SPD Mannheim

Landesmuseum für Technik und Arbeit in Mannheim

SPD-Bundesarchiv

Zespół Szkół Zawodowych (ehem. Oberrealschule)

Universität Mannheim

4.1.3 Internet-Adressen

Informationen zu verschiedenen Themen kann man unter folgenden Internet-Adressen erhalten:

(Adressen beginnen immer mit <http://>)

Baden-Württemberg (Regierung)	www.baden-wuerttemberg.de
Däubler-Gmelin	www.daeubler-gmelin.de
Deutscher Bundestag	www.bundestag.de
Die Rheinpfalz	www.ron.de
Friedrich-Ebert-Stiftung	www.fes.de
IHK Rhein-Neckar	www.mannheim.ihk.de
Landtag von Baden-Württemberg	www.landtag-bw.de
Mannheimer Morgen	www.mamo.de
Munzinger-Archiv	www.munzinger.de
Raumordnungsverband Rhein-Neckar	www.region-rhein-neckar-dreieck.de
SPD Bonn	www.spd.de
SPD Baden-Württemberg	www.bawuespd.de
Stadt Mannheim	www.mannheim.de
Universität Mannheim	www.uni.mannheim.de
Universität Düsseldorf	www-public.rz.uni-duesseldorf.de
	(Wahlergebnisse)
Verkehrsverbund Rhein-Neckar	www.vrn.de

4.2. Mündliche Quellen

4.2.1 Möglichkeiten und Risiken der Arbeit mit mündlich überlieferter Geschichte

Im 20. Jahrhundert wird zwar so viel Papier bedruckt wie nie zuvor. Aber nicht nur aufgrund der Informationsflut ist der Informationsgehalt manches Mal nur dürftig. Denn die wirklich wichtigen Dinge werden häufig besprochen und nicht schriftlich festgehalten. Im Unterschied zu früheren Zeiten steht dafür auch das Telefon zur Verfügung, weswegen der Zeithistoriker weniger häufig auf Briefe zurückgreifen kann.

Die Arbeit mit mündlich überlieferter Geschichte besitzt in Deutschland nicht denselben Stellenwert wie in den Vereinigten Staaten von Amerika. Dies zeigt sich schon daran, daß auch in der deutschen Literatur der englische Ausdruck „Oral History“ die gebräuchlichste Bezeichnung für diese Methode ist.¹ Diese wird zwar häufig dazu verwendet, die Alltagsgeschichte der sogenannten „kleinen Leute“ zu erforschen, Oral History wird aber im Bereich der Elitenbiographie angewandt. Dies war übrigens auch der Ursprung dieser Methodik.²

Oral History ergeht es nicht besser als vielen anderen Begriffen. Viele reden darüber, aber nicht alle meinen dasselbe. Das liegt auch daran, daß die Art ihrer Verwendung differiert. Vielfach dient die Methode dazu, das subjektive und individuelle Erleben von geschichtlichen Prozessen zu veranschaulichen.³ Oral History ersetzt aber auch „objektive“ Quellen dort, wo diese durch Kriegseinwirkung verloren gegangen oder wegen des Einsatzes elektronischer Medien oder des Telefons nie entstanden sind.⁴ Als notwendige Ergänzung, vielleicht sogar als Korrektiv zu anderen Darstellungsformen von Geschichte kann sie dazu dienen, neue Perspektiven zu entwickeln und zu wichtigen Neuorientierungen für das historische Arbeiten zu gelangen. Andererseits muß Oral History vermeiden, zu einer Geschichte der Nichtigkeiten oder des Augenblicks zu werden.⁵

¹ Vorländer 5; Vorländer (1990/1) 7-8; 20 Vorländer hält die deutschen Bezeichnungen „Erinnerte Geschichte“ oder „Mündlich erfragte Geschichte“ für treffender als „Mündliche Geschichte“.

² Vorländer (1990/1) 9-10; Lanman 120

³ Vgl. Grele 2

⁴ Vorländer (1990/1) 12

⁵ Ebd.

Ist das Interview mit anderen Quellengattungen zu vergleichen? Häufig wird der Vorwurf erhoben, mündlich tradierte Quellen seien zufällig, einseitig, subjektiv und unvollständig. Dem kann man allerdings entgegenhalten, daß das Oral-History-Interview diese Einwände mit einem Teil der anderen „normalen“ Quellen gemein hat. Selbstverständlich muß „Erin- nerte Geschichte“ unter denselben quellenkritischen Gesichtspunkten untersucht werden wie andere Quellen auch, beispielsweise Schönfärberei, ideologisch einseitige Darstellung oder fehlerhaftes Gedächtnis.⁶ Natürlich kann und soll nicht in Abrede gestellt werden, daß es prinzipielle Unterschiede zwischen schriftlichen und mündlichen Erinnerungen gibt. Diese beziehen sich unter anderem auf Form, Inhalt und Syntax. „Die ´fertig präsentierte Darstellung´ mit der ´Genauigkeit des Chronistenberichts´ hebt sich klar vom ´Akt der Vergegenwärtigung´ und der ´sinnlichen Konkretheit der Erlebniserzählung´ ab.“⁷ Wer schreibt, neigt zu stärkerer Selbstkontrolle, Selbstzensur und den konventionellen litera- risch-öffentlichen Sprachmustern. Wer erzählt, bringt dagegen häufig Privates, Emotiona- les und Individuelles zum Ausdruck und urteilt auch leichter. Selbst wenn sehr lange Zeit- räume zwischen dem Erzählen und dem Erlebten liegen, führt das Erzählen zur Wiederbe- lebung einer Bilderflut, die weit über das Geschriebene hinausgeht.⁸ Diese unterhaltsame Darstellungsweise macht Oral History populär. Doch gerade diese Popularität birgt auch die Gefahr in sich, daß Erinnerungen von Zeitzeugen, als Basismaterial für historische For- schungen gesammelt, von Journalisten ohne objektives historisches Interesse in ihrem Sin- ne wertend vereinnahmt werden. So warnte Cullom Davis, Direktor des Oral-History- Programms an der Sangamon State University in den Vereinigten Staaten, vor denen, die sich nicht an die „Regeln des Berufes“ halten. „Als seriöse Praktiker, egal ob Laien oder Professionelle“, so Davis, „müssen wir Höker und Scharlatane dingfest machen, die die besondere Anziehungskraft der Oral History für ihre eigenen oberflächlichen und histo- risch wie ethisch fragwürdigen Ziele ausnutzen.“⁹

Oral History fördert nicht weniger Aspekte des Geschehenen zutage als schriftliche Quel- len, sondern andere. Mündlich tradierte Erinnerungen stellen für viele Zusammenhänge neue Informationen und Sichtweisen bereit.¹⁰ Wer also ein möglichst umfangreiches, voll- ständiges und abgerundetes Bild des Geschehenen zeichnen will, ist geradezu darauf

⁶ Vorländer (1990/1) 15

⁷ Holl 63

⁸ Knoch 60

⁹ Lanman 124-125

¹⁰ Knoch 76

angewiesen, auch Zeitzeugen zu befragen, wenn dies möglich ist. In vielen, vielleicht den meisten historischen Darstellungen geht es allerdings darum, ein möglichst objektives Bild der Vergangenheit zu skizzieren. Hier ist die Oral History, für sich allein genommen, der schriftlichen Quelle unterlegen. Das Hinzuziehen von Zeitzeugen zu schriftlichen Quellen kann jedoch in vielen Fällen der geschichtlichen „Wahrheit“ mit all ihren vielen Facetten näher kommen als bloßes Aktenstudium. Ein wichtiges Argument im Zusammenhang mit dem Thema dieser Arbeit nennt Eutebach mit Hinweis auf die Parteidokumentation von Flechtheim: daß nämlich auch in der Nachkriegsgeschichte trotz zum Teil überquellender Parteiarchive große Teile der Parteigeschichte im Dunkeln bleiben. Aufgrund der informellen Willensbildung sind häufig nur die Endzustände eines Entscheidungsprozesses schriftlich fixiert, der Prozeß der Entscheidungsfindung dagegen nur bruchstückhaft.¹¹

Eine der größten Besonderheiten beim Oral-History-Interview ist zweifellos, daß der Historiker in Interaktion mit der Quelle tritt und damit am Entstehungsprozeß der Quelle beteiligt ist.¹² Das Objekt der Untersuchung, der Interviewte, wird zum Subjekt, zum Erzähler, der dazu in der Lage ist, eine Welt zu schaffen, die nach den eigenen Vorstellungen strukturiert ist.¹³ Die dadurch gewonnenen Informationen werfen einige quellenkritische Fragen auf wie die selektive Wahrnehmung, das Erinnerungsvermögen und die Gedächtnisleistung, die Überlagerung von vergangenen und gegenwärtigen Reflexionen und die Auswahl der Zeitzeugen. Gezielt fragen zu können, bietet besondere Chancen, aber natürlich auch Gefahren wie zum Beispiel die Beeinflussung der Zeitzeugen und damit der Manipulation der Quelle.¹⁴ Es besteht die Gefahr, daß das Gespräch zwischen Forscher und Interviewtem so intensiv wird, daß ein trügerisches Gefühl der Gemeinsamkeit entsteht.¹⁵ Da dieser Einwand sehr gewichtig ist, sei an dieser Stelle Vorländer zitiert: „Jedenfalls sind Oral-History-Gespräche keine Seltenheit, in denen der Interviewte vom Fragenden zu denjenigen Aussagen und Formulierungen geleitet wird, die dieser hören wollte.“¹⁶

¹¹ Eutebach 9 mit Bezug auf Flechtheim, Ossip K., Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung in Deutschland seit 1945, Berlin 1962-1971, Bd. 4, S. XVI

¹² Vorländer (1990/1) 19-20

¹³ Grele 3

¹⁴ Zu methodischen Fragen vgl. Niethammer, Botz/Weidenholzer und Ehalt

¹⁵ Grele 3

¹⁶ Vorländer (1990/1) 19-20

Dem kann unter anderem damit entgegengewirkt werden, daß möglichst wenige Fragen gestellt werden und der Zeitzeuge möglichst frei erzählen kann. Um den roten Faden nicht zu verlieren und aus dem Strom des Erzählens die wesentlichen Fragen herauszufiltern, ist es allerdings unerlässlich, Leitfragen zu stellen.

Überall, wo es möglich ist, sollen ferner schriftliche Quellen zum Vergleich und gegebenenfalls zur Falsifizierung bzw. Verifizierung der mündlichen Überlieferungen herangezogen werden. Wenn die schriftlichen Quellen die mündlichen bestätigen, so tragen die mündlichen Tradierungen zu einer Vertiefung und Erweiterung des historisch verwertbaren Wissens bei. Wo es nicht möglich ist, schriftliche Quellen als Vergleich heranzuziehen, sind die mündlichen Überlieferungen unter den oben genannten Vorbehalten hinsichtlich Genauigkeit und Objektivität zu betrachten.¹⁷

Das Oral-History-Interview unterscheidet sich von anderen Quellen auch durch den großen Einfluß, den das individuelle Gedächtnis spielt. Natürlicherweise geht es vor allem um die Bereiche, die für die Oral History relevant sind, also das Langzeitgedächtnis und das alltägliche Erinnern - Bereiche, die in der psychologischen Forschung noch ein sehr unsicheres Terrain darstellen.

Historische Quellen müssen grundsätzlich auf ihren Wahrheitsgehalt überprüft werden. Kannte der Urheber der Quelle das Ereignis, über das er berichtet, wirklich so genau? Verfolgte er bei der Darstellung eigene Interessen? Diese Gefahr ist bei der mündlich überlieferten Geschichte, zumal wenn die Zeitzeugen selbst auf der politischen Bühne agierten, naturgemäß besonders groß. Dem wurde dadurch begegnet, daß, wo immer möglich, eine Verifizierung durch schriftliche Quellen angestrebt wurde. Aus den oben aufgeführten Gründen ist dies gerade bei heiklen Punkten nicht immer der Fall, weil die Zeitzeugen häufig gerade zu Punkten befragt werden, die schriftlich nicht festgehalten wurden. Hier geschieht die Verifizierung vor allem dadurch, daß vielen Zeitzeugen dieselbe Frage gestellt wird. Äußern sie sich unabhängig voneinander in ähnlicher Weise, so ist zumindest die Wahrscheinlichkeit groß, daß eine korrekte Darstellung vorliegt. Wurden bei den Befragungen zur vorliegenden Dissertation von den Zeitzeugen unterschiedliche Aussagen gemacht (wie zum Beispiel hinsichtlich der Vorgänge in der „Nacht der langen Messer“), so

¹⁷ Vorländer (1990/1 20

werden diese Aussagen nebeneinander wiedergegeben. Immer wurde in der vorliegenden Dissertation die Subjektivität dadurch herausgestellt, daß bei den festgehaltenen Aussagen der Urheber genannt wurde.

In den meisten Fällen, wo Zeitzeugen befragt werden, handelt es sich per se um eine subjektive Einschätzung, ganz gleich ob es sich um ein aktuelles Ereignis oder um eines handelt, das drei Jahrzehnte zurückliegt. Es geht in diesen Fällen weniger darum, einen Vorgang im chronologischen Ablauf zu rekonstruieren (das natürlich auch!), sondern in erster Linie darum, die Wirkung eines Politikers oder einer politischen Handlung darzustellen. Für diese Intention ist Subjektivität sogar erwünscht.

4.2.2 Gespräche mit Walter Krause

Krause (1993)	18. Dezember 1993
Krause (1994/1)	24. Februar 1994
Krause (1994/2)	30. März 1994
Krause (1994/3)	11. April 1994
Krause (1994/4)	2. August 1994

Die Gespräche fanden in Krauses Villa in der Schauinslandstraße 2 in Mannheim statt.

4.2.3 Gespräche mit Zeitzeugen

(Die Gespräche mit den Zeitzeugen wurden in den Fußnoten mit dem Namen des Gesprächspartners und dem Jahr abgekürzt, zum Beispiel: Becker (1999))

Becker, Erhard	25. Januar 1999 in Beckers Wohnung in Mannheim
Böhme, Rolf	22. Januar 1998 im Rathaus in Freiburg
Bogusch, Peter	3. September 1996 in Boguschs Wohnung in Stuttgart
Bühringer, Heinz	25. November 1996 im Café Nast in Stuttgart
Conradi, Peter	9. Februar 1998 in der SPD-Kreisgeschäftsstelle Stuttgart
Eppler, Erhard	5. März 1997 in Epplers Haus in Schwäbisch Hall
Filbinger, Hans	6. Mai 1997 in Filbingers Haus in Freiburg
Fischer, Klaus	31. Oktober 1997 in der Landtagsgaststätte „Plenum“ in Stuttgart
Heeb, Reiner	14. Mai 1996 im Landratsamt Böblingen
Hieber, Ulrich	3. Juli 1996 im Wirtschaftsministerium in Stuttgart
Hirrlinger, Walter	11. März 1997 in Hirrlingers Haus in Stuttgart
Lang, Gerhard	6. November 1996 im Café Nast in Stuttgart
Lang, Ulrich	7. Februar 1998 in Langs Haus in Michelbach
Lehmann, Manfred	8. Oktober 1996 in Lehmanns Haus in Stuttgart
Noller, Gerhard	11. Februar 1998 in Nollers Haus in Reutlingen
Schieler, Rudolf	19. Juni 1997 in Schielers Rechtsanwaltspraxis in Freiburg
Schwarz, Hans-Otto	19. November 1996 in Schwarz' Haus in Nürtingen

5. Kurzbiographien der befragten Zeitzeugen

Erhard Becker wurde 1912 in Berlin geboren und wuchs in großbürgerlichen Verhältnissen auf. In seinem Elternhaus verkehrten Männer wie der deutschnationale Medienzar der Weimarer Republik, Alfred Hugenberg (1865-1951), ebenso wie der später ermordete jüdische Außenminister Walter Rathenau (1867-1922). Der junge Erhard Becker war wie sein Vater zunächst deutschnational eingestellt. Ende der zwanziger Jahre war Becker dann zum überzeugten Demokraten und bekennenden Anhänger der Weimarer Republik geworden. Becker studierte in Heidelberg, Hamburg, Berlin und Kiel Jura. 1932, als er zum ersten Mal wählen durfte, stimmte er für die SPD, schloß sich jedoch an der Universität nicht der sozialistischen Studentengruppe an, sondern dem Demokratischen Studentenbund. 1933 wurde er von den Nationalsozialisten einmal verhaftet, jedoch nach einer Nacht wieder entlassen. Im Zweiten Weltkrieg diente er bei der Marineartillerie und berechnete Flugbahnen. Nach dem Krieg war Becker in Frankreich zwei Jahre in französischer Kriegsgefangenschaft. Anschließend begann er in Mannheim als Journalist zu arbeiten, dieser „offenen Stadt, die den Fremden ohne Ressentiments aufnahm“ (Becker). Er arbeitete stets als freier Journalist und wurde im Laufe der Jahrzehnte zum Doyen der Journalisten der Kurpfalz. Insbesondere seine Sendung „Aus der Residenz des Rechts“, mit der er von 1955 bis 1983 im Süddeutschen Rundfunk einmal wöchentlich aus Karlsruhe berichtete, wurde zu einer Institution.

Rolf Böhme war Bundestagsabgeordneter und Staatssekretär unter Bundeskanzler Helmut Schmidt, bevor er zum Oberbürgermeister von Freiburg gewählt wurde.

Peter Bogusch war zunächst Richter, kam dann 1968 ins Justizministerium als Pressesprecher von Rudolf Schieler. Er blieb auch nach dem Ende der Großen Koalition im Justizministerium, wurde Regierungsdirektor und ging später als Parlamentarischer Berater zur SPD-Landtagsfraktion. Von 1992 bis 1996 war er Ministerialdirektor im Wirtschaftsministerium unter Dieter Spöri.

Heinz Bühringer war zunächst Bürgermeister, bevor er 1964 erstmals in den Landtag gewählt wurde, dem er bis 1980 angehörte. Er war von 1966 bis 1968 stellvertretender Fraktionsvorsitzender, von 1968 bis 1972 Fraktionsvorsitzender und von 1968 bis 1973

Parteivorsitzender der SPD in Baden-Württemberg. Als Krause sich 1973 als Fraktionsschef zurückzog, kandidierte Bühringer nicht noch einmal für diese Funktion, weil ihm sein Beruf als Direktor der Landesentwicklungsgesellschaft zu wenig Zeit ließ. Außerdem war er von 1972 an acht Jahre lang Vorsitzender des Finanzausschusses. In der SPD gehörte er auf Bundesebene dem Parteirat an, dem höchsten Gremium zwischen zwei Parteitagen. Und er war 25 Jahre Mitglied des Verwaltungsrates des Süddeutschen Rundfunks.

Peter Conradi, Architekt, langjähriger Bundestagsabgeordneter bis 1998, war von 1968 bis 1972 Mitglied im Landesvorstand der SPD, von 1972 bis 1977 Kreisvorsitzender der SPD Stuttgart.

Dr. Herta Däubler-Gmelin, Juristin, wurde am 12. August 1943 in Preßburg geboren. Ihr Vater Hans Gmelin, ein parteiloser Jurist, war von 1954 bis 1974 Oberbürgermeister von Tübingen. Nach dem Abitur im Jahr 1962 studierte sie in Tübingen und Berlin Geschichte, Volkswirtschaft, Rechtswissenschaft und Politikwissenschaften. 1969 machte sie das erste, 1974 das zweite juristische Staatsexamen. 1965 trat sie in Berlin als AStA-Mitglied an der Freien Universität unter dem Einfluß von Willy Brandts Ostpolitik in die SPD ein. Von 1970 bis 1972 führte sie den Vorsitz des SPD-Kreisverbandes Tübingen, engagierte sich mit Erhard Eppler im Landesvorstand der SPD Baden-Württemberg und stand bis 1976 an der Spitze der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (AsF) Baden-Württemberg. Mit 29 Jahren wurde sie in den Bundestag gewählt, dem sie seit 1972 angehört. In ihrer Fraktion zählt sie zum linken Flügel. Von 1983 bis 1993 war sie stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, von 1988 bis 1997 stellvertretende Parteivorsitzende. Gerhard Schröder berief sie 1998 als Justizministerin in sein Kabinett.

Dr. Erhard Eppler gehörte von 1952 bis 1955 der Gesamtdeutschen Volkspartei des späteren Bundespräsidenten Gustav Heinemann an. 1956 trat er in die SPD ein, von 1961 bis 1976 war er Bundestagsabgeordneter, von 1976 bis 1982 baden-württembergischer Landtagsabgeordneter. Von 1968 bis 1974 war er Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, von 1973 bis 1981 Landesvorsitzender der SPD Baden-Württemberg, von 1976 bis 1980 außerdem Fraktionsvorsitzender im Landtag. Bekannt geworden ist Eppler vor allem als Wortführer der Friedens- und Ökologiebewegung und als innerparteilicher Gegner von Bundeskanzler Helmut Schmidt.

Dr. Hans Filbinger wurde 1913 in Mannheim geboren. Später ging er nach Freiburg. 1960 zog er erstmals in den Landtag ein und wurde gleich Innenminister. Als Ministerpräsident Kurt Georg Kiesinger 1966 als Kanzler nach Bonn ging, setzte sich Filbinger innerparteilich gegen Kultusminister Wilhelm Hahn durch und wurde nach einer verhandlungstaktischen Meisterleistung in der „Nacht der langen Messer“ im Jahre 1966 auch Ministerpräsident. Nach Diskussionen um seine Rolle als Militär Richter in der NS-Zeit trat er 1978 zurück. Von 1971 bis 1979 war er Landesvorsitzender der CDU, für die er 1972 52,9 Prozent der Stimmen gewann und damit eine Ära der Alleinregierung der CDU in Baden-Württemberg einleitete. 1976 erzielte er gegen Eppers SPD mit 56,7 Prozent der Stimmen das beste CDU-Ergebnis in Baden-Württemberg überhaupt.

Klaus Fischer, geboren 1940, zählt zu den renommiertesten Journalisten der baden-württembergischen Landespolitik und gehört zu den wenigen journalistischen Zeitzeugen der ersten Großen Koalition, die noch in ihrem Beruf tätig sind. Er wurde 1966 Redakteur bei der Schwäbischen Zeitung und im Jahre 1970 Leiter der Landesredaktion. 1978 wechselte er ins Lokalressort, zuständig für die Stadt Ulm. 1987 wurde er Leiter der landespolitischen Redaktion der Stuttgarter Zeitung.

Dr. Reiner Heeb, Jurist, kam unter der Ägide Krause vom Regierungspräsidium ins Innenministerium und arbeitete fünf Jahre für Minister Krause. Er war in der Kommunalabteilung tätig und außerdem SPD-Stadtrat im Gemeinderat der Landeshauptstadt Stuttgart. Danach wurde er Landrat in Böblingen, viele Jahre der einzige Landrat in Baden-Württemberg mit SPD-Parteibuch. Später trat er zur CDU über.

Prof. Dr. Ulrich Hieber, Jurist, war von 1964 bis 1966 beim Landratsamt Emmendingen, anschließend bis 1968 bei der Verwaltung des Deutschen Bundestags, danach ein halbes Jahr beim Regierungspräsidium Stuttgart. Im Januar 1969 holte ihn Krause ins Innenministerium und machte ihn kurz darauf zu seinem Persönlichen Referenten. Dies blieb er bis zum Ende von Krauses Ministerzeit im Jahr 1972. Danach kam er in die Bauabteilung, die damals noch zum Innenministerium gehörte. 1976 wurde er Referatsleiter, 1984 dann Abteilungsleiter. 1992 wurde die Abteilung dem Wirtschaftsministerium angegliedert. Hieber

war außerdem Honorarprofessor bei der Universität Stuttgart und Vorsitzender des Ausschusses der Bauministerkonferenz auf Länderebene.

Walter Hirrlinger gehörte dem Landtag von 1960 bis 1972 an, von 1966 bis 1968 war er Vorsitzender der SPD-Fraktion, von 1968 bis 1972 Arbeits- und Sozialminister. 1972 verlor er nicht nur seinen Ministerposten, sondern auch sein Landtagsmandat. In seinem Wahlkreis fehlten ihm ganze 48 Stimmen zum Gewinn des Direktmandats. Aufgrund des baden-württembergischen Landtagswahlrechts zog er nicht wieder ins Parlament ein. Auch in der Partei wurde er von den Anhängern Epplers bald kaltgestellt. Beruflich wurde Hirrlinger nach dem Ausscheiden aus dem Landtag Geschäftsführer in der gewerkschaftseigenen Wohnungsbaugesellschaft Neue Heimat. Ehrenamtlich machte Hirrlinger im Verband der Kriegsoffer (VdK) Karriere. Am 2. Januar 1945 war Hirrlinger als 19jähriger während des Zweiten Weltkriegs in Ungarn durch einen Wirbelschuß schwer verwundet worden. Er engagierte sich danach zeitlebens im VdK und stieg vom Vorsitzenden des Ortsverbandes Esslingen bis zum Präsidenten des Bundesverbandes auf. Der VdK, dessen Präsident Hirrlinger noch heute ist, hat Ende der 90er Jahre 1,1 Millionen Mitglieder.

Dr. Gerhard Lang, Jurist, war schon in jungen Jahren SPD-Kreisvorsitzender in Rottweil und wurde von Krause als parlamentarischer Berater in den Landtag geholt. Von dort nahm ihn Krause, nachdem er Minister geworden war, ins Innenministerium mit und machte ihn zum Referenten in der Kommunalabteilung. In der SPD war Lang Mitglied des Landesvorstandes und viele Jahre Vorsitzender der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK). Nach dem Ende der ersten Großen Koalition blieb er im Innenministerium, bis er zum Bürgermeister für Allgemeine Verwaltung und Sport der Stadt Stuttgart gewählt wurde. Später wurde er unter Oberbürgermeister Rommel Erster Bürgermeister der Landeshauptstadt. Er blieb dies bis zu seinem Ausscheiden aus dem Dienst im Jahre 1996.

Ulrich Lang, Studiendirektor, war der Nachfolger von Erhard Eppler im Fraktions- und Landesvorsitz der SPD. In den Jahren 1976 bis 1980 war er stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion, von 1980 bis 1988 deren Vorsitzender, dann von 1988 bis 1992 wieder deren stellvertretender Vorsitzender. Er gehörte dem Landtag von 1972 bis 1992 an.

Manfred Lehmann arbeitete zunächst beim Regierungspräsidium Stuttgart und anschließend drei Jahre als Richter beim Verwaltungsgericht. 1962 wechselte er ins Innenministerium, war dort in der Abteilung für die Förderung des Wohnungsbaus und wurde kurz nach dem Amtsantritt Krauses als Minister dessen Persönlicher Referent. Das blieb er bis Anfang 1969. Krause stellte ihn ab diesem Zeitpunkt für die Bearbeitung von Grundsatzzfragen frei, insbesondere für die Erarbeitung des Denkmodells zur Kreisreform. Aus dieser Funktion entwickelte sich übrigens die erste Zentralstelle eines baden-württembergischen Ministeriums, deren Leiter er später wurde. Diese Zentralstelle wurde direkt dem Minister zugeordnet. Lehmann kam nach der Landtagswahl 1972 zur Wasserabteilung und im Zuge einer Umgliederung der Ministerien im Oktober 1972 zum Landwirtschaftsministerium. 1985 wurde er Abteilungsleiter für Kernenergiefragen, zunächst im Landwirtschaftsministerium, später im Umweltministerium. Dort blieb er bis zu seiner Pensionierung im Jahre 1994.

Dr. Gerhard Noller war von 1968 bis 1980 Mitglied des Landtags. Der Reutlinger Studienprofessor und Pfarrer war von 1973 bis 1976 stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion.

Dr. Rudolf Schieler stammt aus Freiburg und gehörte dem Landtag von 1960 bis 1980 an. Von 1979 bis 1984 war er noch Abgeordneter im ersten direkt gewählten Europäischen Parlament. Im Januar 1966 wurde er stellvertretender Fraktionsvorsitzender der SPD, ab Dezember desselben Jahres bis 1972 amtierte er als Justizminister. Nach dem Ende der Großen Koalition war er zunächst einige Monate unter Krause stellvertretender Fraktionsvorsitzender. Nach dem Wechsel von Krause auf den Stuhl des Landtagsvizepräsidenten rückte er zum Fraktionschef auf, bis er ab 1976 wiederum Stellvertreter des Fraktionsvorsitzenden Eppler wurde.

Dr. Hans-Otto Schwarz wurde mit 37 Jahren Wirtschaftsminister, als jüngster Minister im Bundesgebiet. Er gehörte dem Landtag von 1956 bis 1976 an. Er entstammt einer Arbeiterfamilie und wuchs in bescheidenen Verhältnissen in Nürtingen auf. Sein Vater war ein alter Sozialdemokrat, der während der NS-Zeit verfolgt wurde. Sein Sohn Hans-Otto machte 1948 das Abitur, studierte in sechs Semestern Volkswirtschaft und schloß mit Prädikatsexamen ab. Er promovierte 1954 und studierte dann weiter für das Handelslehramt.

1956 wurde er mit 26 Jahren erstmals in den Landtag gewählt. Zunächst war er dort gemeinsam mit Walter Krause für die SPD-Kulturpolitik zuständig, später kam er in den Finanzausschuß. Er verstand sich mit Krause glänzend und galt als sein engster politischer Vertrauter. Bis zum Ende der Großen Koalition im Jahre 1972 war er Wirtschaftsminister. Danach ging er in die freie Wirtschaft. Von 1973 bis 1995 war er Mitglied der Geschäftsführung der Gasversorgung Süddeutschland (GVS), zuletzt zwölf Jahre deren Vorstandsvorsitzender. Außerdem war er Vorsitzender des Verbandes Gas- und Wasserwirtschaft.

6. Landtagswahlergebnisse

Auf den folgenden Seiten sind die Landtagswahlergebnisse und die Regierungen in Baden-Württemberg in den Legislaturperioden von 1 bis 12 (9.3.1952 bis 24.3.1996) tabellarisch angegeben. Für die Legislaturperioden von 8 bis 12 sind nur noch die regierenden Parteien und die Ministerpräsidenten aufgeführt, da Walter Krause in dieser Zeit nicht mehr dem Landtag angehörte.

Legislaturperiode	Datum der Wahl	Wahlergebnisse			Regierungen					Bemerkungen
		Partei	Prozent	Sitzverteilung	Parteien	Ministerpräsident	Ministerium	Minister	Partei	
1	09.03.52	CDU SPD FDP/DVP BHE DG-BHE KPD	36,0 28,0 18,0 18,3 1,1 8,4	50 38 23 5 4	FDP/DVP SPD GB/BHE	Dr. Reinhold Maier (FDP) Wahl am 25.4.52	Wirtschaft Inneres Kultur Justiz	Dr. Hermann Veit Fritz Ulrich Dr. Gotthilf Schenkel Viktor Renner (bis 15.5.53) Dr. Reinhold Maier (15.5.-11.7.53) Dr. Richard Schmid (ab 11.7.53) Dr. Karl Frank Friedrich Herrmann Ermin Hohlwegler Eduard Fiedler	SPD SPD SPD SPD FDP/DVP FDP/DVP SPD FDP/DVP SPD GB/BHE	Dies ist die Verfassungsgebende Landesversammlung
		CDU SPD FDP/DVP GB/BHE			CDU SPD FDP/DVP GB/BHE	Dr. Gebhard Müller (CDU) Wahl am 30.9.53 Bildung der Regierung am 7.10.53	Wirtschaft Inneres Kultur Justiz Finanzen Ernährung, Landwirtsch.u.Forsten Arbeit Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte Bundesangelegenheiten	Dr. Hermann Veit Fritz Ulrich Wilhelm Simpfendorfer Dr. Wolfgang Hausmann Dr. Karl Frank Eugen Leibfried Ermin Hohlwegler Eduard Fiedler Oskar Fanny	SPD SPD CDU FDP/DVP FDP/DVP CDU SPD GB/BHE CDU	Regierungswahl zur Allparteienregierung unter Führung der CDU. 19.11.53. Die Verfassung des Landes Baden-Württemberg tritt in Kraft. Aus der verfassungsgebenden Landesversammlung wird der 1. Landtag.
2	04.03.56	CDU SPD FDP/DVP GB/BHE KPD	42,6 28,9 16,6 10,3 3,2	56 36 21 7	CDU SPD FDP/DVP GB/BHE	Dr. Gebhard Müller (CDU) Ab 17.12.58 Dr. Kurt Georg Kiesinger (CDU)	Wirtschaft Inneres Kultur Justiz Finanzen Ernährung, Landwirtsch.u.Forsten Arbeit Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte Vertretung im Bund	Dr. Hermann Veit Viktor Renner Wilhelm Simpfendorfer (bis 21.7.58) Dr. Gerhard Stotz (ab 21.7.58) Dr. Wolfgang Hausmann Dr. Karl Frank Eugen Leibfried Ermin Hohlwegler Eduard Fiedler Oskar Fanny	SPD SPD CDU CDU FDP/DVP FDP/DVP CDU SPD GB/BHE CDU	Dr. Gebhard Müller wird zum Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts berufen

Legis- latur- periode	Datum der Wahl	Wahlergebnisse		Regierungen						Bemerkungen
		Partei	Prozent	Sitzver- teilung	Parteien	Ministerpräsident	Ministerium	Minister	Partei	
3	15.05.60	CDU SPD FDP/DVP GB/BHE	39,5 25,3 15,8 6,6	52 44 18 7	CDU FDP/DVP GB/BHE	Dr. Kurt Georg Kiesinger (CDU)	Justiz Inneres Kultur Finanzen Wirtschaft Ernährung, Land- wirtsch. u. Forsten Arbeit	Dr. Wolfgang Haußmann Dr. Hans Filbinger Dr. Gerhard Storz Dr. Hermann Müller Dr. Eduard Leuze Eugen Leibfried Josef Schüttler	FDP/DVP CDU CDU FDP/DVP FDP/DVP CDU CDU	
4	26.04.64	CDU SPD FDP/DVP	46,2 27,3 13,1	59 47 14	CDU FDP/DVP	Dr. Kurt Georg Kiesinger (CDU)	Justiz Inneres Kultur Finanzen Wirtschaft Ernährung, Land- wirtsch. u. Forsten Arbeit	Dr. Wolfgang Haußmann Dr. Hans Filbinger Dr. Wilhelm Hahn Dr. Hermann Müller Dr. Eduard Leuze Eugen Leibfried Josef Schüttler	FDP/DVP CDU CDU FDP/DVP FDP/DVP CDU CDU	
					CDU SPD	Ab 16.12.66: Dr. Hans Filbinger (CDU)	Inneres Kultur Justiz Finanzen Wirtschaft Ernähr., Landwirt., Weinb. u. Forsten Arbeit Bundesangelegenh.	Walter Krause Dr. Wilhelm Hahn Dr. Rudolf Schieler Kurt Angstmann Dr. Hans-Otto Schwarz Eugen Leibfried Josef Schüttler Dr. Adalbert Seifritz	SPD CDU SPD SPD SPD CDU CDU	Dr. Kurt Georg Kiesinger wird am 1.12.66 zum Bundeskanzler gewählt
5	28.04.68	CDU SPD FDP/DVP NPD	44,2 29,0 14,4 9,8	60 37 18 12	CDU SPD	Dr. Hans Filbinger (CDU)	Inneres Kultur Justiz Finanzen Wirtschaft Ernähr., Landwirt., Weinb. u. Forsten Arbeit u. Soziales Bundesangelegenh.	Walter Krause Dr. Wilhelm Hahn Dr. Rudolf Schieler Robert Gleichauf Dr. Hans-Otto Schwarz Dr. Friedrich Brünner Walter Herrlinger Dr. Adalbert Seifritz	SPD SPD CDU CDU CDU SPD FDP/DVP SPD CDU	

Legis- latur- periode	Datum der Wahl	Wahlergebnisse			Regierungen						Bemerkungen
		Partei	Prozent	Sitzver- teilung	Parteien	Ministerpräsident	Ministerium	Minister	Partei		
6	23.04.72	CDU	52,9	85	CDU	Dr. Hans Fißinger (CDU)	Kultus	Dr. Wilhelm Hahn	CDU		
		SPD	37,6	45			Innere	Karl Schiess	CDU		
		FDP/DVP	8,9	10			Justiz	Dr. Traugott Bender	CDU		
7	04.04.76	CDU SPD FDP/DVP	56,7 33,3 7,8	71 41 9	CDU	Dr. Hans Fißinger (CDU)	Finanzen	Robert Gleichauf	CDU	Am 15.5.78 wurden aus dem Kultusministerium die Ministerien für "Wissenschaft und Kunst" und für "Kultur und Sport" gebildet.	
							Innere	Karl Schiess	CDU		
								(bis 1.2.78)	CDU		
								Lothar Späth	CDU		
								(ab 22.2.78)	CDU		
							Wissenschaft und Kunst	Dr. Helmut Engler	CDU		
							Kultur und Sport	Dr. Roman Herzog	CDU		
							Justiz	Dr. Traugott Bender	CDU		
								(bis 2.11.77)	CDU		
								Guntram Palm	CDU		
								(ab 2.11.77)	CDU		
							Wirtschaft, Mittel- stand und Verkehr	Dr. Rudolf Eberle	CDU		
							Emähr., Landwirt., und Umwelt	Gerhard Weiser	CDU		
							Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung	Annemarie Griesinger	CDU		
							Bundesangelegenh.	Eduard Adomo	CDU		
						Wahl am 30.8.78	Finanzen	Robert Gleichauf	CDU	Hans Fißinger tritt am 7.8.78 zurück.	
							Innere	Dr. Guntram Palm	CDU		
							Wissenschaft und Kunst	Dr. Helmut Engler	CDU		
							Kultur und Sport	Dr. Roman Herzog	CDU		
							Justiz	Dr. Heinz Eyrich	CDU		
							Wirtschaft, Mittel- stand und Verkehr	Dr. Rudolf Eberle	CDU		
							Emähr., Landwirt., und Umwelt	Gerhard Weiser	CDU		
							Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung	Annemarie Griesinger	CDU		
							Bundesangelegenh.	Eduard Adomo	CDU		

Legis- latur- periode	Datum der Wahl	Wahlergebnisse			Regierungen		Bemerkungen
		Partei	Prozent	Sitzver- teilung	Parteien	Ministerpräsident	
8	16.03.80	CDU	53,4	68	CDU	Lothar Späth (CDU)	
		SPD	32,5	40			
		FDP/DVP	8,3	10			
		Grüne	5,3	6			
9	25.03.84	CDU	51,9	68	CDU	Lothar Späth (CDU)	
		SPD	32,4	41			
		FDP/DVP	7,2	8			
		Grüne	8,0	9			
10	20.03.88	CDU	49,0	66	CDU	Lothar Späth (CDU)	Rücktritt von Lothar Späth Auf ihn folgt Erwin Teufel.
		SPD	32,0	42		Erwin Teufel (CDU)	
		FDP/DVP	5,9	7			
		Grüne	7,9	10			
11	05.04.92	CDU	39,6	64	CDU	Erwin Teufel (CDU)	Zweite Große Koalition von CDU und SPD unter Erwin Teufel und Dieter Spöri (SPD)
		SPD	29,4	46	SPD		
		FDP/DVP	5,9	8			
		Grüne	9,5	13			
		REP	10,9	15			
12	24.03.96	CDU	41,3	69	CDU	Erwin Teufel (CDU)	Vernichtende Wahlniederlage der SPD. Die FDP unter Walter Döring erstmalig nach 30 Jahren wieder auf der Regierungsbank.
		SPD	25,1	39	FDP/DVP		
		FDP/DVP	9,6	14			
		Grüne	12,1	19			
		REP	9,1	14			

7. Literatur

(In fetter Schrift markiert sind die Bezeichnungen, die in den Fußnoten verwendet werden)

Adam, Uwe Dietrich, Die CDU in der Verfassunggebenden Landesversammlung und im Landtag, in: Weinacht (1978), Paul-Ludwig, Die CDU in Baden-Württemberg und ihre Geschichte, Stuttgart 1978, S.257-278

Adam (1978/1), Uwe Dietrich, Die Union in der Landesregierung, in: Weinacht (1978), Paul-Ludwig, Die CDU in Baden-Württemberg und ihre Geschichte, Stuttgart 1978, S.279 - 292

Allensbach (1965), Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1958 - 1964, Band 3, hg. von Elisabeth Noelle und Erich Peter Neumann, Institut für Demoskopie Allensbach, Allensbach 1965

Allensbach (1967), Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1965 - 1967, Band 4, hg. von Elisabeth Noelle und Erich Peter Neumann, Institut für Demoskopie Allensbach, Allensbach 1967

Allensbach (1974), Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1968-1973, Band 5, hg. von Elisabeth Noelle und Erich Peter Neumann, Institut für Demoskopie Allensbach, Allensbach 1974

Allensbach (1976), Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1974 - 1976, Band 6, hg. von Elisabeth Noelle-Neumann, Institut für Demoskopie Allensbach, Allensbach 1976

Allensbach (1977), Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1976 - 1977, Band 7, hg. von Elisabeth Noelle-Neumann, Institut für Demoskopie Allensbach, Allensbach 1977

Allensbach (1983), Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1978 - 1983, Band 8, hg. von Elisabeth Noelle-Neumann und Edgar Piel, Institut für Demoskopie Allensbach, Allensbach 1983

Antretter, Robert, Politiker wider den Sachzwang - wertkonservatives Denken als Voraussetzung für eine lebenswerte Zukunft, in: Thierse, Wolfgang, Ist die Politik noch zu retten? - Standpunkte am Ende des 20. Jahrhunderts, Berlin 1996, S.26 - 30

Apel, Hans, Der Abstieg - Politisches Tagebuch (1978-1988), Stuttgart 1990

Arbeitskreis Rhein-Neckar-Dreieck, Eine Region mit Zukunft, Mannheim o.J.

Arend, Peter, Die innerparteiliche Entwicklung der SPD 1966-1975, erschienen als Band 7 der Sozialwissenschaftlichen Studien zur Politik (Veröffentlichungen des Sozialwissenschaftlichen Forschungsinstituts der Konrad-Adenauer-Stiftung), Bonn 1975

Arnold, Birgit, Gustav Adolf Scheel, Reichsstudentenführer und Gauleiter von Salzburg, in: Kißener, Michael, und Scholtysek, Joachim (Hg.), Die Führer in der Provinz, NS-Biographien aus Baden und Württemberg, Sonderdruck Konstanz 1997, S.567-594

Bartholomäi, Reinhart, Laudatio auf Professor Walter Krause anlässlich der Verleihung der Hermann-Heimerich-Plakette, in: Raumordnungsverband Rhein-Neckar, Kooperation im Rhein-Neckar-Raum, Mannheim 1985, S.17-20

Baumgart, Winfried, Bücherverzeichnis zur deutschen Geschichte. Hilfsmittel, Handbücher, Quellen. In: Walter Hubatsch (Hg.), Deutsche Geschichte. Ereignisse und Probleme, Frankfurt 1978⁴

Bausinger, Hermann, Eschenburg, Theodor, Baden-Württemberg - Eine politische Landeskunde, hg. von der Landeszentrale für politische Bildung, Bd.1, 4. Auflage, Stuttgart 1994

Bausinger (1), Zur politischen Kultur Baden-Württembergs, in: Bausinger, Hermann, Eschenburg, Theodor, Baden-Württemberg - Eine politische Landeskunde, hg. von der Landeszentrale für politische Bildung, Bd.1, 4. Auflage, Stuttgart 1994, S.14-42

Becker, Erhard, 14-15, in: Gerhard Widder u. Klaus E.R. Lindemann, Walter Krause zum 80. Geburtstag, Karlsruhe 1993; erschienen in der Reihe: Profile der Region, Band 12

Bibliographie zur südwestdeutschen Erziehungs- und Schulgeschichte, bearb. und hg. von Gerd Friederich und Hildegard Müller, Bd. 1 Allgemeine Literatur, erschienen in der Reihe Veröffentlichung des Alemannischen Instituts Freiburg Nr. 54, Bühl 1982

Birzele, Frieder, Begrüßungsrede anlässlich der Präsentation des Rhein-Neckar-Dreiecks am 25.11.1997, Sonderdruck, erhältlich beim Rhein-Neckar-Dreieck e.V., Mannheim 1997

Böhme, Rolf, 16-18, in: Gerhard Widder u. Klaus E.R. Lindemann, Walter Krause zum 80. Geburtstag, Karlsruhe 1993; erschienen in der Reihe: Profile der Region, Band 12

Boelcke, Willi A., Handbuch Baden-Württemberg. Politik, Wirtschaft, Kultur von der Urgeschichte bis zur Gegenwart, Stuttgart 1982

Borowsky, Peter, Barbara Vogel, Heide Wunder, Einführung in die Geschichtswissenschaft I. Grundprobleme, Arbeitsorganisation, Hilfsmittel. In: Studienbücher Moderne Geschichte Bd. 1, Opladen 1980⁴

Borst, Otto, Identität und Integration, in: Schaab (1993), Meinrad (Hg.), 40 Jahre Baden-Württemberg - Versuch einer historischen Bilanz (1952-1992) - Colloquium am 2. Juli 1992 in Freiburg i.Br., Veröffentlichungen der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg, Reihe B - Forschungen, 134. Band, Stuttgart 1993. S. 1-33

Botz, G., Weidenholzer, J., Mündliche Geschichte und Arbeiterbewegung, Köln 1984

Brach, Wolfgang, Der Mannheimer Gemeinderat 1945-1984, Biographisches Handbuch der Oberbürgermeister, Bürgermeister und ehrenamtlichen Mitglieder des Mannheimer Gemeinderats (Sonderveröffentlichung des Stadtarchivs Mannheim Nr. 8), Mannheim 1984

Bradler, Günter, Frank Raberg, hg. vom Präsidenten des Landtags von Baden-Württemberg, Ausgewählte Dokumente zur Landeszeitgeschichte Baden-Württembergs; Zur Erinnerung an Gebhard Müller, Stuttgart 1990

Brandt, Willy, Vertrauen zur SPD, in: Vorstand der SPD, Die Rolle des Ortsvereins heute - Protokoll der SPD-Arbeitstagung am 26. und 27. November 1966 in Bad Godesberg, Bonn 1966, S.210-224

Braunthal, Gerard, The West German Social Democrats, 1969-1982 - Profile of a Party in Power, Boulder 1983

Brinkel, Wolfgang, und Rodejohann, Jo, Das SPD:SED-Papier - Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit, hg. von der Aktion Sühnezeichen / Friedensdienste, Freiburg 1988

Broszat, Martin, Nach Hitler - Der schwierige Umgang mit unserer Geschichte, München 1988, insbesondere: Vom Widerstand: Bedeutungswandel in der Zeitgeschichte, S. 311-331, Original-Abdruck eines Vortrags in der Bayerischen Akademie der Schönen Künste München, 12. November 1986, aus: Jahrbuch der Bayerischen Akademie der Schönen Künste, 1. München 1987, S.401-419

Brüggemeier, F. J., D. Wierling, Einführung in die Oral history, Kurseinheit 1: Alltag und Erinnerung, Kurseinheit 2: Einführung in die Oral history, Kurseinheit 3: Auswertung und Interpretation, aus dem Lehrprogramm der Fernuniversität Hagen 1986

Bühringer, Heinz, 18-19, in: Gerhard Widder u Klaus E.R. Lindemann, Walter Krause zum 80. Geburtstag, Karlsruhe 1993; erschienen in der Reihe: Profile der Region, Band 12

Büscher, Klaus, 20, in: Gerhard Widder u. Klaus E.R. Lindemann, Walter Krause zum 80. Geburtstag, Karlsruhe 1993; erschienen in der Reihe: Profile der Region, Band 12

Bundesminister des Innern (Hg.), Die Neugliederung des Bundesgebietes - Gutachten des von der Bundesregierung eingesetzten Sachverständigenausschusses, Bonn 1955

Butterwege, Christoph, Jungsozialisten und SPD, Hamburg 1975

Däubler-Gmelin, Herta, Menschenwürde in der Marktgesellschaft - Über die Aufgabe der SPD heute, in: Thierse, Wolfgang, Ist die Politik noch zu retten? - Standpunkte am Ende des 20. Jahrhunderts, Berlin 1996, S. 218-225

De Bono, Edward, Der Klügere gibt nicht nach, Düsseldorf 1993

Deutscher Bundestag (1991), 12. Wahlperiode 1990-1994, Darmstadt 1991

Dierker, Herbert, Arbeitersport im Spannungsfeld der Zwanziger Jahre – Sportpolitik und Alltagserfahrungen auf internationaler, deutscher und Berliner Ebene, in: Schriften des

Fritz-Hüser-Institut für deutsche und ausländische Arbeiterliteratur der Stadt Dortmund, Reihe 2: Forschungen zur Arbeiterliteratur, Band 6, hg. von Rainer Noltenius, Essen 1990

Dokumentation über die Verwaltungsreform in Baden-Württemberg, hg. vom Staatsministerium Baden-Württemberg, Stuttgart, Bd. I (1972) und Bd. II (1976)

Ehalt, H.Ch. (Hg.), Geschichte von unten, Fragestellungen, Methoden und Probleme einer Geschichte des Alltags, Wien 1984

Ehmke, Horst, Zeitzeugen über Carlo Schmid, in: Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in Zusammenarbeit mit der Carlo-Schmid-Stiftung, Carlo Schmid und seine Politik - Wissenschaftliches Symposium am 2. Dezember 1996 aus Anlaß des 100. Geburtstages von Professor Dr. Carlo Schmid, Berlin 1997, S.95-99

Ehmke (1994), Horst, Mittendrin - Von der Großen Koalition zur Deutschen Einheit, Berlin 1994

Endemann, Fritz, Die Landesverfassung und ihre Entwicklung, in: Bausinger, Hermann, Eschenburg, Theodor, Baden-Württemberg - Eine politische Landeskunde, hg. von der Landeszentrale für politische Bildung, Bd.1, 4. Auflage, Stuttgart 1994, S. 67-88

Eppler (1978), Geleitwort in Weber, Hermann, und Schadt, Jörg, Politik für Mannheim - 100 Jahre SPD-Gemeinderatsfraktion, Mannheim 1978, S.9-10

Eppler (1988), Erhard, Friede zwischen Ost und West und ungezügelter ideologischer Polemik vertragen sich nicht, in: Brinkel, Wolfgang, und Rodejohann, Jo, Das SPD:SED-Papier - Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit, hg. von der Aktion Sühnezeichen / Friedensdienste, Freiburg 1988, S. 22-27

Eppler (1988/1), Erhard, Ärger mit allzu simplen Begriffen, in: Brinkel, Wolfgang, und Rodejohann, Jo, Das SPD:SED-Papier - Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit, hg. von der Aktion Sühnezeichen / Friedensdienste, Freiburg 1988, S. 78-81

Eppler (1996), Erhard, Komplettes Stückwert - Erfahrungen aus fünfzig Jahren Politik, Frankfurt a.M. 1996

Ernst, Werner, Der Auftrag des Grundgesetzes - Leistungsfähige Länder die Grundbedingung, in: Neugliederung des Bundesgebietes - Im Vorfeld der Entscheidung, Bad Honnef 1973, S.9-18

Ernst-Gutachten, Bundesministerium des Innern (Hg.), Sachverständigenkommission für die Neugliederung des Bundesgebiets, Vorschläge zur Neugliederung des Bundesgebiets gemäß Art.29 des Grundgesetzes, Bonn 1973

Eschenburg, Theodor, Die Entstehung des Landes Baden-Württemberg, in: Bausinger, Hermann, Eschenburg, Theodor, Baden-Württemberg - Eine politische Landeskunde, hg. von der Landeszentrale für politische Bildung, Bd.1, 4. Auflage, Stuttgart 1994, S. 43-66

Eutebach, Erhard, Die Rolle der Jungsozialisten innerhalb der SPD, Betzdorf 1972

- Fenske**, Hans, Der liberale Südwesten. Freiheitliche und demokratische Traditionen in Baden und Württemberg 1790 - 1933. In: Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs, Bd. 5, hg. von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg
- Feuchte**, Paul, Verfassungsgeschichte von Baden-Württemberg, in: Veröffentlichungen zur Verfassungsgeschichte von Baden-Württemberg seit 1945, 1. Band, hg. von der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg, Stuttgart 1983
- Filbinger**, Hans, Die geschmähte Generation, München 1994³
- Filbinger (1997)**, Hans, Josef Schofer, in: Bd. 12 der Unitas-Schriftenreihe, Unitarische Lebensbilder (hg. v. Wolfgang Burr), Siegburg 1997
- Freie Kunstschule Rhein-Neckar**, 10 Jahre Freie Kunstschule Rhein-Neckar, Eine Dokumentation, Mannheim 1995
- Fischer (1957)**, Albert, Zur Schulfrage in Baden-Württemberg, Alpirsbach 1952
- Fischer**, Klaus, 25-27, in: Gerhard Widder u. Klaus E.R. Lindemann, Walter Krause zum 80. Geburtstag, Karlsruhe 1993; erschienen in der Reihe: Profile der Region, Band 12
- Föhr**, Ernst, Bekenntnisschule oder Simultanschule in Baden?, Karlsruhe 1927
- Friederich**, Gerd, Entwicklungen im Schulwesen, in: Thierfelder, Jörg und Uwe Uffelmann, Der Weg zum Südweststaat, hg. von der Landeszentrale für politische Bildung, Karlsruhe 1991; S. 242-259
- Frisch**, Alfred, 27-28, in: Gerhard Widder u. Klaus E.R. Lindemann, Walter Krause zum 80. Geburtstag, Karlsruhe 1993; erschienen in der Reihe: Profile der Region, Band 12
- Fuchshuber**, Werner, Als Kiesinger nach Bonn ging - Was geschah in Stuttgart? - Dokumentation über die Bildung der Großen Koalition zwischen CDU und SPD in Baden-Württemberg 1966, Schwäbisch Gmünd 1971
- Füller**, Kurt, Die Landtagswahl 1968, Vorbereitung - Durchführung und Ergebnisse, o.J.o.O
- Geiger**, Kurt, 29-30, in: Gerhard Widder u. Klaus E.R. Lindemann, Walter Krause zum 80. Geburtstag, Karlsruhe 1993; erschienen in der Reihe: Profile der Region, Band 12
- Geisel**, Alfred, 31-32, in: Gerhard Widder u. Klaus E.R. Lindemann, Walter Krause zum 80. Geburtstag, Karlsruhe 1993; erschienen in der Reihe: Profile der Region, Band 12
- Genscher**, Hans-Dietrich, Auf der Suche nach der richtigen Lösung, in: Neugliederung des Bundesgebietes - Im Vorfeld der Entscheidung, Bad Honnef 1973, S.19-20
- Genscher (1995)**, Hans-Dietrich, Erinnerungen, Berlin 1995

Gebhardt, Kurt, Regionalverbandsgesetz - Landesplanungsgesetz - Raumordnungsgesetz, Stuttgart 1973

Gilcher-Holtey, Ingrid, „Die Phantasie an die Macht“ - Mai 68 in Frankreich, Frankfurt a. M. 1995

Göhringer, Hans, 32-33, in: Gerhard Widder u. Klaus E.R. Lindemann, Walter Krause zum 80. Geburtstag, Karlsruhe 1993; erschienen in der Reihe: Profile der Region, Band 12

Grebing, Helga, Von der „Traditionskompanie“ zur „Staatspartei“. Die Modernisierung der Sozialdemokraten in den 1950er und 1960er Jahren im regionalen Vergleich, in: Kocka, Jürgen, Puhle, Hans-Jürgen und Tenfelde, Klaus (Hg.), Von der Arbeiterbewegung zum modernen Sozialstaat, München 1994, S.205-221

Grele, Ronald, International Annual of Oral History 1990, Subjectivity and Multiculturalism in Oral History, New York 1992

Griesinger, Annemarie, 33-35, in: Gerhard Widder u. Klaus E.R. Lindemann, Walter Krause zum 80. Geburtstag, Karlsruhe 1993; erschienen in der Reihe: Profile der Region, Band 12

Gropengiesser, Erich, 36-38, in: Gerhard Widder u. Klaus E.R. Lindemann, Walter Krause zum 80. Geburtstag, Karlsruhe 1993; erschienen in der Reihe: Profile der Region, Band 12

Gropper (1973), Wolfgang von, in: Neugliederung des Bundesgebietes - Im Vorfeld der Entscheidung, Bad Honnef 1973, S.57-59

Gropper, Wolfgang von, 38-40, in: Gerhard Widder u. Klaus E.R. Lindemann, Walter Krause zum 80. Geburtstag, Karlsruhe 1993; erschienen in der Reihe: Profile der Region, Band 12

Gutzler, Heinz, Mannheimer Sozialdemokraten im Bürgerausschuß und Stadtrat während der Weimarer Republik 1919-1933, in: Weber, Hermann, und Schadt, Jörg, Politik für Mannheim - 100 Jahre SPD-Gemeinderatsfraktion, Mannheim 1978, S.47-71

Hahn, Roland, Der Landesparteitag der SPD - Landesverband Baden-Württemberg vom 24./25. Oktober 1970 in Offenburg, Tübingen 1971 (Zulassungsarbeit; erhältlich am Institut für Politikwissenschaften der Universität Tübingen)

Hahn, Wilhelm, Ich stehe dazu, Erinnerungen eines Kultusministers, Stuttgart 1981

Hajek, Otto, 40-41, in: Gerhard Widder u. Klaus E.R. Lindemann, Walter Krause zum 80. Geburtstag, Karlsruhe 1993; erschienen in der Reihe: Profile der Region, Band 12

Hennis, Wilhelm, Carlo Schmid und die SPD, in: Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in Zusammenarbeit mit der Carlo-Schmid-Stiftung, Carlo Schmid und seine Politik - Wissenschaftliches Symposium am 2. Dezember 1996 aus Anlaß des 100. Geburtstages von Professor Dr. Carlo Schmid, Berlin 1997, S. 16-26

Hepp, Gerd, Die CDU im Landesbezirk Nordbaden, in: Weinacht (1978), Paul-Ludwig, Die CDU in Baden-Württemberg und ihre Geschichte, Stuttgart 1978, S.113-136

Hieber, Ulrich, 41-44, in: Gerhard Widder u. Klaus E.R. Lindemann, Walter Krause zum 80. Geburtstag, Karlsruhe 1993; erschienen in der Reihe: Profile der Region, Band 12

Hirrlinger, Walter, 45-46, in: Gerhard Widder u. Klaus E.R. Lindemann, Walter Krause zum 80. Geburtstag, Karlsruhe 1993; erschienen in der Reihe: Profile der Region, Band 12

Hochreuther, Ina, Frauen im Parlament - Südwestdeutsche Abgeordnete seit 1919, hg. vom Landtag Baden-Württemberg und der Landeszentrale für politische Bildung, Stuttgart 1992

Hoffelder, Wilhelm, und Bosse, Wolfgang, Schulgesetz für Baden-Württemberg, 11. Auflage, Stuttgart 1993

Hoffmann, Herbert, Im Gleichschritt in die Diktatur - Die nationalsozialistische „Macht-ergreifung“ in Heidelberg und Mannheim 1930 bis 1935, Frankfurt a.M. 1985

Hofmann, Wilhelm, Die Zeit der Regierungsbeteiligung, in: Rothmund, Paul, und Wiehn, Erhard (Hg.), Die F.D.P./DVP in Baden-Württemberg und ihre Geschichte, Band 4 der Reihe Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs, Stuttgart 1979, S.255 - 280

Holl, Waltraud, Geschichtsbewußtsein und Oral History - Geschichtsdidaktische Überlegungen, in: Herwart Vorländer, Oral History- mündlich erfragte Geschichte, Göttingen 1990, 63-82

Holzappel, Klaus-Jürgen, (Hg.), Landtag von Baden-Württemberg, 11. Wahlperiode, 1992-1996, Rheinbreitbach 1993

Hoyningen-Huene, D.v., und Meixner, Oskar, 47-49, in: Gerhard Widder u. Klaus E.R. Lindemann, Walter Krause zum 80. Geburtstag, Karlsruhe 1993; erschienen in der Reihe: Profile der Region, Band 12

Ihme, Heinrich, Südwestdeutsche Persönlichkeiten. Ein Wegweiser zur Bibliographien und biographischen Sammelwerken. Veröffentlichung der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg), Stuttgart 1988, Teil I und II, Stuttgart 1997, Teil III

Innenministerium Baden-Württemberg (Hg.), Entwurf des Landesentwicklungsplans Baden-Württemberg mit Begründung (Stand: 5.12.67), Vorwort von Minister Walter Krause, Stuttgart 1968

Jacobs, Otto H, 49-51, in: Gerhard Widder u. Klaus E.R. Lindemann, Walter Krause zum 80. Geburtstag, Karlsruhe 1993; erschienen in der Reihe: Profile der Region, Band 12

Jach, Frank-Rüdiger, Schulvielfalt als Verfassungsgebot, Berlin 1991

Jäckel, Eberhard, Das deutsche Jahrhundert - Eine historische Bilanz, Stuttgart 1996

Janda, Elsbeth, 51-52, in: Gerhard Widder u. Klaus E.R. Lindemann, Walter Krause zum 80. Geburtstag, Karlsruhe 1993; erschienen in der Reihe: Profile der Region, Band 12

Kleßmann, Christoph, Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945-1955, Göttingen 1982

Kern, Franz, Ernst Föhr (1892-1976), Sonderdruck, aus: FDA 102, 1982, S.139-148 (Neurologium Friburgense)

Kießner, Michael, Verfolgung - Resistenz - Widerstand, Südwestdeutsche Parlamentarier in der Zeit des Nationalsozialismus, in: Schnabel (1994), Thomas, Formen des Widerstandes im Südwesten 1933-1945 - Scheitern und Nachwirken, hg. von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg und dem Haus der Geschichte Baden-Württemberg, Ulm 1994, S.95-104

Kistler, Helmut, Die Bundesrepublik Deutschland. Vorgeschichte und Geschichte 1945-1983. In: Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, Bd.229. In: Sonderaufgabe für die Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung, Hannover, Wolfenbüttel 1985

Kleefoot, Uwe, 53-55, in: Gerhard Widder u. Klaus E.R. Lindemann, Walter Krause zum 80. Geburtstag, Karlsruhe 1993; erschienen in der Reihe: Profile der Region, Band 12

Knoch, Peter, Schreiben und Erzählen - eine Fallstudie, in: Vorländer, Herwart (Hg.), Oral History - mündlich erfragte Geschichte, Göttingen 1990, S.49-62

Kocka, Jürgen, Puhle, Hans-Jürgen und Tenfelde, Klaus (Hg.), Von der Arbeiterbewegung zum modernen Sozialstaat, München 1994

Kohl, Helmut, 60 Prozent für ein selbständiges Rheinland-Pfalz, in: Neugliederung des Bundesgebietes - Im Vorfeld der Entscheidung, Bad Honnef 1973, S.55-57

Kohler, Georg, 55-56, in: Gerhard Widder u. Klaus E.R. Lindemann, Walter Krause zum 80. Geburtstag, Karlsruhe 1993; erschienen in der Reihe: Profile der Region, Band 12

Kohn, Roland, 57-58, in: Gerhard Widder u. Klaus E.R. Lindemann, Walter Krause zum 80. Geburtstag, Karlsruhe 1993; erschienen in der Reihe: Profile der Region, Band 12

Krause (1960), Walter, Die Peter-Petersen-Schule, in: Mannheimer Hefte, Jg. 1960, Heft 2, S.9-11

Krause (1964), Walter, Die landespolitische Alternative - Rede des Vorsitzenden der SPD-Fraktion Walter Krause (MdL) am 15. Juli 1964 im Landtag von Baden-Württemberg, Stuttgart 1964

Krause (1966), Walter, Stabilität und Wachstum, Stuttgart 1966

Krause (1966/1), Walter, Wieder in der Regierungsverantwortung, in „Vorwärts“ v. 21.12.66

- Krause (1967)**, Walter, Die Ölleitung am Bodensee und die Wasserversorgung - Der Schutz des Bodensees, in „Vorwärts“ v. 2.3.67
- Krause (1968)**, Walter, Die Wahlrechtsreform drängt, in „Die Welt“ v. 22.5.68
- Krause (1969)**, Walter, Föderalismus - morgen, Mannheim 1969
- Krause (1978/1)**, Walter, 25 Jahre Baden-Württemberg - Ein Modellfall deutscher Möglichkeiten. Vortrag vor dem 177. Bonner Lehrerseminar im Haus Baden-Württemberg, hg. vom Landtag von Baden-Württemberg, Stuttgart 1978
- Krause (1978/2)**, Walter, Kurskorrekturen in der Landesplanung, in: Jahre der Wende - 1968 bis 1978. Alex Möller zum 75. Geburtstag, hg. v. Robert Schwebler, Karlsruhe 1978, 107-113
- Krause (1978/3)**, Walter, 25 Jahre Baden-Württemberg - Ein Modellfall deutscher Möglichkeiten, Vortrag vor dem 177. Bonner Lehrerseminar im Haus Baden-Württemberg, Bonn, 30. Mai 1978, hg. vom Landtag von Baden-Württemberg, Stuttgart 1978
- Krause (1978/4)**, Walter, Gibt es für die Neugliederung des Bundesgebietes noch eine Chance?, in: Willy Brandt (Hg.), Die Neue Gesellschaft, Bd. 3, Bonn 1978, 187-190
- Krause (1979/1)**, Walter, Vortrag anlässlich des 25. Jahrestages der Verfassung von Baden-Württemberg am 11. November 1978, 13-15, in: 25 Jahre Verfassung des Landes Baden-Württemberg, hg. vom Landtag von Baden-Württemberg, Stuttgart 1979
- Krause (1979/2)**, Walter, Ansprache zu Ehren des Landtagspräsidenten Professor Erich Ganzenmüller aus Anlaß dessen 65. Geburtstag im Landtag am 18.1.1979, abgedruckt in der Pressemitteilung Nr. 1/79 des Landtags von Baden-Württemberg vom 18.1.79
- Krause (1980)**, Walter, Die Kreisreform in Baden-Württemberg - Vor zehn Jahren fiel die Entscheidung. Aufsatz in der Festschrift der Landkreisanrichten, Organ des Landkreistages Baden-Württemberg, anlässlich der Zuruhesetzung von Hauptgeschäftsführer Eugen Frick am 31. Juli 1980
- Krause (1981)**, Walter, Sozialdemokratische Landespolitik in sieben Legislaturperioden, Vortrag am 20. Oktober 1981 im Stuttgarter Landtag
- Krause (1981/1)**, Walter, Zukunftsperspektiven für die Kurpfalz, in: Mannheimer Hefte, Jahrgang 1981
- Krause (1982/1)**, Walter, Vereinigung ehemaliger Mitglieder des Landtags von Baden-Württemberg. Festvortrag von Walter Krause. Erlebte Parlamentsgeschichte, 30 Jahre im Rückblick, Mannheim 1982
- Krause (1982/2)**, Walter, Zukunftsperspektiven für die Kurpfalz, Vortrag vor der Gesellschaft der Freunde Mannheims und der ehemaligen Kurpfalz am 18. März 1982 im Florian-Waldeck-Saal des Reiß-Museums

Krause (1985), Ansprache anlässlich der Verleihung der Hermann-Heimerich-Plakette, in: Raumordnungsverband Rhein-Neckar, Kooperation im Rhein-Neckar-Raum, Mannheim 1985, S.21-31

Krause (1986), Walter, Kurpfalz 2000, in: Sonderdruck 1/86 des Landesvereins Badische Heimat

Krause (1988/1), Walter, Vereinigung ehemaliger Mitglieder des Landtags von Baden-Württemberg, Stuttgart 1988

Krause (1988/2), Walter, Innenminister des Landes Baden-Württemberg, Lebenslauf und Gespräch v. 25. März 1988, Manuskript von Verfasser A.D., 3 Seiten, verfaßt am 26./27. März 1988, im Stadtarchiv Karlsruhe

Krause (1988/3), Walter, Der Rhein-Neckar-Raum, veröffentlicht im Jahresspiegel des Landtags von Baden-Württemberg, S. 22-25, Sonderdruck erhältlich beim Rhein-Neckar-Dreieck e.V., P 7,20-21, 68161 Mannheim.

Krause (1989/1), Walter, Die alternde Gesellschaft, in: Die Gemeinde, hg. vom Gemeindegat Baden-Württemberg, BWGZ 1/89, 19-24

Krause (1989/2), Walter, Der Rhein-Neckar-Raum, in: Der Jahresspiegel des Landtages von Baden-Württemberg 1988, 22-25, hg. Landtag von Baden-Württemberg, Stuttgart 1989

Krause (1989/3), Walter, Fritz Ulrich 1888-1969 zum hundertsten Geburtstag, Vortrag hg. von der Stadtverwaltung Heilbronn, in: Heilbronner Vorträge Nr. 24, 5-20, Heilbronn 1989

Krause (1991), Walter, Ein Glücksfall der deutschen Geschichte, in: Jahresspiegel '91 des Landtags von Baden-Württemberg, 40 Jahre Baden-Württemberg, Stuttgart 1991

Krause (1992), Walter, Walter Krause, Rede zum 40. Geburtstag des Landes Baden-Württemberg anlässlich der Eröffnung der Landtagsausstellung „Parlament im Wandel“, veröffentlicht als Pressemitteilung des Landtags von Baden-Württemberg Nr. 57/92 v. 22.9.92

Kreutz, Wilhelm, Zur politischen Entwicklung der bayerischen und badischen Pfalz vom Ende der napoleonischen Herrschaft bis zur Gründung der Bundesländer Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg, in: Kurpfalz, hg. von Alexander Schweickert, Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs, Band 25, Stuttgart 1997, S.51-98

Kube, Alfred und Schnabel, Thomas, Südwestdeutschland und die Entstehung des Grundgesetzes, Villingen-Schwenningen 1989

Küppers, Heinrich, Joseph Wirth – Parlamentarischer Minister und Kanzler der Weimarer Republik, Stuttgart 1997

Kustermann, Peter, Der Landtag von Baden-Württemberg, Stationen 1952-1992. Baden-Württemberg und sein Landtag, Stuttgart 1992

Lafontaine, Oskar, Die Aktualität des Berliner Programms der SPD, in: Thierse, Wolfgang, Ist die Politik noch zu retten? - Standpunkte am Ende des 20. Jahrhunderts, Berlin 1996, S.186-189

Landesbibliographie von Baden-Württemberg, hg. durch die Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg in Verbindung mit den Landesbibliotheken Karlsruhe und Stuttgart, bearbeitet von Wolfgang Crom und Ludger Syré, Stuttgart 1973/74 - 1994 ff.

Landeszentrale für politische Bildung, Taschenbuch Baden-Württemberg - Gesetze - Daten - Analysen, Stuttgart 1984

Landtag (1977) von Baden-Württemberg (Hg.), 25 Jahre Baden-Württemberg, Festakt aus Anlaß der Eröffnung der Ausstellung des Landtags am 9. März 1977 (mit Rede von Walter Krause, zitiert in Feuchte 174)

Landtag (1979) von Baden-Württemberg (Hg.), Festsitzung des Landtags von Baden-Württemberg aus Anlaß des 25jährigen Bestehens der Landesverfassung am 11. November 1978 im Haus des Landtags in Stuttgart (Ansprache u.a.: Erster Stellvertretender Landtagspräsident Walter Krause), Stuttgart 1979

Landtag (1980) von Baden-Württemberg, Gebhard Müller blickt zurück, Der ehemalige Staatspräsident von Württemberg-Hohenzollern, Ministerpräsident von Baden-Württemberg und Präsident des Bundesverfassungsgerichts im Gespräch mit dem Intendanten des Süddeutschen Rundfunks Stuttgart, Hans Bausch, am 16. Mai 1980 (gesendet am 4. September 1980), Festgabe des Landtags von Baden-Württemberg aus Anlaß des 80. Geburtstags von Professor Dr. h.c. Gebhard Müller, Stuttgart 1980

Landtag (1983) von Baden-Württemberg (Hg.), Alex Möller: Blick zurück nach vorn, Festgabe des Landtags von Baden-Württemberg für Bundesfinanzminister a.D. Prof. Dr. h.c. Alex Möller. Ein Interview mit dem Intendanten des Süddeutschen Rundfunks Hans Bausch, geführt am 25. April 1983, gesendet im Fernsehprogramm S 3 am 25. April 1983, 21.45 Uhr, Stuttgart 1983

Landtag (1996) von Baden-Württemberg, 12. Wahlperiode 1996-2001, Darmstadt 1996

Lang, Gerhard, 59-62, in: Gerhard Widder u. Klaus E.R. Lindemann, Walter Krause zum 80. Geburtstag, Karlsruhe 1993; erschienen in der Reihe: Profile der Region, Band 12

Lange, Dagmar, Die politische Bedeutung und Rolle von Alex Möller in der Landespolitik von Baden-Württemberg - Vorstudien zu einer politischen Biographie, Magisterarbeit, Uni Stuttgart, vorgelegt bei Prof. Dr. Martin Greiffenhagen

Langewiesche, Dieter, Die Universität Tübingen in der Zeit des Nationalsozialismus: Formen der Selbstgleichschaltung und Selbstbehauptung, in: Universitäten im nationalsozialistisch beherrschten Europa, hg. von Dieter Langewiesche, erschienen in Geschichte und Gesellschaft, Jg. 1997, Heft 4

- Lanman**, Barry A. und Donald A. Richie, Trends der Oral History in den Vereinigten Staaten, in: Vorländer, Herwart (Hg.), Oral History - mündlich erfragte Geschichte, Göttingen 1990, S. 120-130
- Lauber**, Heinz, 63-66, in: Gerhard Widder u. Klaus E.R. Lindemann, Walter Krause zum 80. Geburtstag, Karlsruhe 1993; erschienen in der Reihe: Profile der Region, Band 12
- Lautenschlager**, Friedrich, Bibliographie der badischen Geschichte. Achter Band, Orts- und personengeschichtliche Literatur der Jahre 1960-1972, Teil 1 und 2, Stuttgart 1979
- Lehmann**, Manfred, 66-68, in: Gerhard Widder u. Klaus E.R. Lindemann, Walter Krause zum 80. Geburtstag, Karlsruhe 1993; erschienen in der Reihe: Profile der Region, Band 12
- Lexikon** des Widerstands 1933 – 1945, hg. von Peter Steinbach und Johannes Tüchel, München 1994
- Leuze**, Ruth, 69-70, in: Gerhard Widder u. Klaus E.R. Lindemann, Walter Krause zum 80. Geburtstag, Karlsruhe 1993; erschienen in der Reihe: Profile der Region, Band 12
- Lindemann**, Klaus E. R., „Die Landespolitik war mein Schicksal“ - Interview mit Prof. Walter Krause, in: Gerhard Widder u. Klaus E.R. Lindemann, Walter Krause zum 80. Geburtstag, Karlsruhe 1993; erschienen in der Reihe: Profile der Region, Band 12
- Ludwig**, Werner, 71-72, in: Gerhard Widder u. Klaus E.R. Lindemann, Walter Krause zum 80. Geburtstag, Karlsruhe 1993; erschienen in der Reihe: Profile der Region, Band 12
- Luther**, Hans, Politiker ohne Partei - Erinnerungen, Stuttgart 1960
- Luther-Gutachten** - Bundesminister des Innern (Hg.), Die Neugliederung des Bundesgebietes, Gutachten des von der Bundesregierung eingesetzten Sachverständigenausschusses, Bonn 1955
- Mann**, Hans-Joachim, Die SPD in Baden-Württemberg von 1952 bis zur Gegenwart - Politik, innere Entwicklung, Organisation, 233-299, in: Schadt, Jörg, und Wolfgang Schmierer, Die SPD in Baden-Württemberg und ihre Geschichte, hg. von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, in: Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs, Band 3, Stuttgart 1979
- Mascello**, Bruno, Elternrecht und Privatschulfreiheit, erschienen als Band 33 der vom Schweizerischen Institut für Verwaltungskurse an der Hochschule St. Gallen herausgegebenen Reihe St. Galler Beiträge zum öffentlichen Recht, St. Gallen 1994
- Matthias**, Erich, und Weber, Hermann, unter Mitwirkung von Günter Braun und Manfred Koch, Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Mannheim, hg. im Auftrag der Stadt Mannheim, Mannheim 1984
- Matz**, Klaus-Jürgen, Reinhold Maier (1889-1971) - Eine politische Biographie, Düsseldorf 1989

- Matz (1991)**, Klaus-Jürgen, Baden, in: Thierfelder, Jörg und Uwe Uffelman, Der Weg zum Südweststaat, hg. von der Landeszentrale für politische Bildung, Karlsruhe 1991, S.38-54
- Matz (1997)**, Klaus-Jürgen, in: Der Rhein-Neckar-Raum in der deutschen Neugliederungsdiskussion seit 1919, in: Kurpfalz, hg. von Alexander Schweickert, Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs, Band 25, Stuttgart 1997, S. 240-257
- Maurer**, Ulrich, 74-75, in: Gerhard Widder u. Klaus E.R. Lindemann, Walter Krause zum 80. Geburtstag, Karlsruhe 1993; erschienen in der Reihe: Profile der Region, Band 12
- May**, Fred, 72-73, in: Gerhard Widder u. Klaus E.R. Lindemann, Walter Krause zum 80. Geburtstag, Karlsruhe 1993; erschienen in der Reihe: Profile der Region, Band 12
- Meißner**, Stefan, Katholische Bekenntnisschule - Freiheit oder Zwang? - Das Bistum Rottenburg im Kampf um das „Elternrecht“ (1952-1967), Wissenschaftliche Zulassungsarbeit, Tübingen 1990
- Mentrup**, Frank, „Zu Besuch bei Professor Walter Krause“, in: Lindenhof aktuell, Mannheim 1989
- Merz**, Hans-Georg, Katholische und evangelische Parteien in Baden seit dem 19. Jahrhundert, in: Weinacht (1978), Paul-Ludwig, Die CDU in Baden-Württemberg und ihre Geschichte, Stuttgart 1978, S. 33-62
- Mette**, Heinz-Günther, 76-77, in: Gerhard Widder u. Klaus E.R. Lindemann, Walter Krause zum 80. Geburtstag, Karlsruhe 1993; erschienen in der Reihe: Profile der Region, Band 12
- Meyers** Großes Taschenlexikon, 3. Auflage, Bibliographisches Institut & F.A. Brockhaus, Mannheim 1990
- Miller**, Susanne, Die SPD vor und nach Godesberg, in: Kleine Geschichte der SPD, Bd. 2, Bonn - Bad Godesberg 1974
- Morsey**, Rudolf, Die Vorbereitung der Großen Koalition von 1966. Unionspolitiker im Zusammenspiel mit Herbert Wehner seit 1962, in: Kocka, Jürgen, Puhle, Hans-Jürgen und Tenfelde, Klaus (Hg.), Von der Arbeiterbewegung zum modernen Sozialstaat, München 1994, S.462-478
- Müller-Rommel**, Ferdinand, Innerparteiliche Gruppierungen in der SPD, Opladen 1982, in: Beiträge zur sozialwissenschaftlichen Forschung, Band 23
- Münzer**, Elmar, 77-78, in: Gerhard Widder u. Klaus E.R. Lindemann, Walter Krause zum 80. Geburtstag, Karlsruhe 1993; erschienen in der Reihe: Profile der Region, Band 12
- Munzinger**-Archiv / Internationales Biographisches Archiv, hg. von Ludwig Munzinger, Ravensburg

Mutschler, Carlfried, 79-80, in: Gerhard Widder u. Klaus E.R. Lindemann, Walter Krause zum 80. Geburtstag, Karlsruhe 1993; erschienen in der Reihe: Profile der Region, Band 12

Nagel, Helmut, Reinhard Gaßmann, hg. vom Präsidenten des Landtags von Baden-Württemberg in Verbindung mit der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Politik von Menschen für Menschen, Freudenstadt 1989⁵

Narr, Wolf-Dieter, Scheer, Hermann und Spöri, Dieter, SPD - Staatspartei oder Reformpartei, München 1976

Neckenaue (1985), Albert, Laudatio auf Professor Walter Krause anlässlich der Verleihung der Herman-Heimerich-Plakette, in: Raumordnungsverband Rhein-Neckar, Kooperation im Rhein-Neckar-Raum, Mannheim 1985, S.7-13

Neckenaue, Albert, 80-83, in: Gerhard Widder u. Klaus E.R. Lindemann, Walter Krause zum 80. Geburtstag, Karlsruhe 1993; erschienen in der Reihe: Profile der Region, Band 12

Neue Deutsche Biographie, hg. von der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, Berlin 1980

Neugliederung des Bundesgebietes - Im Vorfeld der Entscheidung, Bad Honnef 1973

Niethammer, L. (Hg.), Lebenserfahrung und kollektives Gedächtnis – Die Praxis der Oral History, Frankfurt a. M. 1985

Noller (1977), Gerhard, Die Veränderung der SPD, Reutlingen 1977

Noller (1993), Gerhard, 84-86, in: Gerhard Widder u. Klaus E.R. Lindemann, Walter Krause zum 80. Geburtstag, Karlsruhe 1993; erschienen in der Reihe: Profile der Region, Band 12

Nowka, Harry, Das Machtverhältnis zwischen Partei und Fraktion in der SPD, Stuttgart 1973

Opgenoorth, Ernst, Einführung in das Studium der neueren Geschichte, Braunschweig 1969

Ottnad, Bernd, Badische Biographien, Neue Folge, im Auftrag der Kommission für Geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg, Stuttgart 1987

Pahl, Walter, 87-88, in: Gerhard Widder u. Klaus E.R. Lindemann, Walter Krause zum 80. Geburtstag, Karlsruhe 1993; erschienen in der Reihe: Profile der Region, Band 12

Perks, Robert, and the British Library Board, Oral History, an annotated bibliography, London 1990

Piotrowski, Wolfgang, 89-90, in: Gerhard Widder u. Klaus E.R. Lindemann, Walter Krause zum 80. Geburtstag, Karlsruhe 1993; erschienen in der Reihe: Profile der Region, Band 12

Plattner, Andreas, 90-91, in: Gerhard Widder u. Klaus E.R. Lindemann, Walter Krause zum 80. Geburtstag, Karlsruhe 1993; erschienen in der Reihe: Profile der Region, Band 12

Probst, Hansjörg, Mannheim, in: Kurpfalz, hg. von Alexander Schweickert, Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs, Band 25, Stuttgart 1997, S.300-325

Rapp, Wolfgang, Glaubwürdig und unbequem - Erhard Eppler zum 70. Geburtstag, Baden-Baden 1996

Rapp (I), Heinz, Ein nicht unbedeutendes Stück Parteigeschichte - Erhard Eppler und die Grundwerte-Kommission der SPD, in: Rapp, Wolfgang, Glaubwürdig und unbequem - Erhard Eppler zum 70. Geburtstag, Baden-Baden 1996, S.69-73

Raumordnungsverband Rhein-Neckar (Hg.), Der Raumordnungsverband Rhein-Neckar, Bernd Oehler, Klaus Mandel (Redaktion), Mannheim 1995

Renger, Annemarie, 92, in: Gerhard Widder u. Klaus E.R. Lindemann, Walter Krause zum 80. Geburtstag, Karlsruhe 1993; erschienen in der Reihe: Profile der Region, Band 12

Riegl, Ingeborg, Caroli, Michael, Mannheim - ehemals, gestern und heute, Sonderveröffentlichung des Stadtarchivs Mannheim Nr. 16, hg. von Jörg Schadt, Mannheim 1992

Roewer, Helmut, Rechte und Pflichten junger Menschen zwischen Elternrecht und staatlicher Einflußnahme – Eine Entwicklung von der Reichsgründung 1871 bis 1980, Konstanz 1982

Rommel, Manfred, 93-94, in: Gerhard Widder u. Klaus E.R. Lindemann, Walter Krause zum 80. Geburtstag, Karlsruhe 1993; erschienen in der Reihe: Profile der Region, Band 12

Rothmund, Paul, und Wiehn, Erhard (Hg.), Die F.D.P./DVP in Baden-Württemberg und ihre Geschichte, Band 4 der Reihe Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs, Stuttgart 1979

Rothmund (1979/1), Paul, Kampf um die Macht - Die Blockpolitik in Baden, in: Rothmund, Paul, und Wiehn, Erhard (Hg.), Die F.D.P./DVP in Baden-Württemberg und ihre Geschichte, Band 4 der Reihe Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs, Stuttgart 1979, S.116-130

Rüdrich, Wolf, Die Große Koalition in Baden-Württemberg 1968-1972, Diplomarbeit Berlin 1972

Salm, Fritz, Im Schatten des Henkers, Widerstand in Mannheim gegen Faschismus und Krieg, Frankfurt a.M. 1979

Sauer (1977), Paul, 41. Baden-Württembergische Gedenktage, Zusammengestellt von den Staatlichen Archiven des Landes Baden-Württemberg und für den Druck bearbeitet von Paul Sauer, Stuttgart 1977²

Sauer (1977/1), Paul, Die Entstehung des Bundeslandes Baden-Württemberg, Ulm 1977

- Sauer (1978)**, Demokratischer Neubeginn in Not und Elend - Das Land Württemberg-Baden von 1945 bis 1952, Ulm 1978
- Sauer (1982)**, Paul, hg. vom Landtag von Baden-Württemberg aus Anlaß des 30jährigen Bestehens des Landes, Baden-Württemberg - Bundesland mit parlamentarischer Tradition - Dokumentation, Stuttgart 1982
- Schaab**, Meinrad, (im Auftrag der Kommission für geschichtliche Landeskunde) 40 Jahre Baden-Württemberg, Aufbau und Gestaltung 1952 - 1992, Stuttgart 1992
- Schaab (1993)**, Meinrad (Hg.), 40 Jahre Baden-Württemberg - Versuch einer historischen Bilanz (1952-1992) - Colloquium am 2. Juli 1992 in Freiburg i.Br., Veröffentlichungen der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg, Reihe B - Forschungen, 134. Band, Stuttgart 1993
- Schadt (1978)**, Jörg, Sozialdemokratische Kommunalpolitik im Zeichen des Dreiklassenwahlrechts, in: Weber, Hermann, und Schadt, Jörg, Politik für Mannheim - 100 Jahre SPD-Gemeinderatsfraktion, Mannheim 1978, S. 19-46
- Schadt (1979)**, Jörg, und Schmierer, Wolfgang, Die SPD in Baden-Württemberg und ihre Geschichte, hg. von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, in: Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs, Band 3, Stuttgart 1979
- Schadt (1993)**, Jörg, und **Caroli**, Michael, Mannheim im Zweiten Weltkrieg, Bildband mit Textbeiträgen, Mannheim 1993
- Schadt (1997)**, Jörg, und **Caroli**, Michael, Mannheim unter der Diktatur, Mannheim 1997
- Schäfer**, Harald B., 95-96, in: Gerhard Widder u. Klaus E.R. Lindemann, Walter Krause zum 80. Geburtstag, Karlsruhe 1993; erschienen in der Reihe: Profile der Region, Band 12
- Scharpf**, Fritz W., Wirft eine Neugliederung neue Fragen auf?, in: Neugliederung des Bundesgebietes - Im Vorfeld der Entscheidung, Bad Honnef 1973, S.71-76
- Schieler**, Rudolf, 97-98, in: Gerhard Widder u. Klaus E.R. Lindemann, Walter Krause zum 80. Geburtstag, Karlsruhe 1993; erschienen in der Reihe: Profile der Region, Band 12
- Schiess**, Karl, 99, in: Gerhard Widder u. Klaus E.R. Lindemann, Walter Krause zum 80. Geburtstag, Karlsruhe 1993; erschienen in der Reihe: Profile der Region, Band 12
- Schindler (1984)**, Peter, Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages 1949 bis 1982, 3. Auflage, Baden-Baden 1984
- Schindler (1994)**, Peter, Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages 1983 bis 1991, Baden-Baden 1994
- Schmidt**, Helmut, Weggefährten - Erinnerungen und Reflexionen, Berlin 1996
- Schmitz**, Gottfried, 100-101, in: Gerhard Widder u. Klaus E.R. Lindemann, Walter Krause zum 80. Geburtstag, Karlsruhe 1993; erschienen in der Reihe: Profile der Region, Band 12

Schmitz (1995), Gottfried, Der Raumordnungsverband Rhein-Neckar, Mannheim 1995

Schnabel, Thomas, (Hg.), Die Machtergreifung in Südwestdeutschland. Das Ende der Weimarer Republik in Baden und Württemberg 1928-1933, hg. von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg. In: Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs, Bd. 6, Stuttgart 1982

Schnabel (1986), Thomas, Württemberg zwischen Weimar und Bonn 1928-1945/46, hg. von der Landeszentrale für politische Bildung, erschienen in der Schriftenreihe zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs, Bd. 13, Stuttgart 1986

Schnabel (1991), Thomas, Schneider, Harald, Die Vertriebenen in Südwestdeutschland, in: Thierfelder, Jörg und Uwe Uffelmann, Der Weg zum Südweststaat, hg. von der Landeszentrale für politische Bildung, Karlsruhe 1991; S. 112-131

Schnabel (1994), Thomas, Formen des Widerstandes im Südwesten 1933-1945 - Scheitern und Nachwirken, hg. von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg und dem Haus der Geschichte Baden-Württemberg, Ulm 1994

Schneider (1993/1), Erich, hg. vom Landtag von Baden-Württemberg, Baden-Württemberg und Europa, Politik aus christlicher Verantwortung, Stuttgart 1993

Schneider (1993/2), Erich, 102-103, in: Gerhard Widder u. Klaus E.R. Lindemann, Walter Krause zum 80. Geburtstag, Karlsruhe 1993; erschienen in der Reihe: Profile der Region, Band 12

Schneider, Franz (1968), Die Große Koalition, Zum Erfolg verurteilt?, Mainz 1968

Schneider, Franz (1969), Große Koalition, Ende oder Neubeginn?, München 1969

Schweickert, Alexander, Die Region, die Kur, die Kurpfalz, Notizen zur Ereignisgeschichte, in: Kurpfalz, hg. von Alexander Schweickert, Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs, Band 25, Stuttgart 1997, S.25 - 50

Schweickert (1997), Alexander, Einleitung, in: Kurpfalz, hg. von Alexander Schweickert, Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs, Band 25, Stuttgart 1997, S.11-24

Schulz, Reinhold, 104-105, in: Gerhard Widder u. Klaus E.R. Lindemann, Walter Krause zum 80. Geburtstag, Karlsruhe 1993; erschienen in der Reihe: Profile der Region, Band 12

Schwarz, Hans-Otto, 106-108, in: Gerhard Widder u. Klaus E.R. Lindemann, Walter Krause zum 80. Geburtstag, Karlsruhe 1993; erschienen in der Reihe: Profile der Region, Band 12

Seeliger, Rolf, SPD - Großer Kompromiß ohne Ende?, München 1969

Sepainter, Fred, Landtagswahlen und politische Grundströmungen, in: Schaab, Meinrad, (im Auftrag der Kommission für geschichtliche Landeskunde) 40 Jahre Baden-Württemberg, Aufbau und Gestaltung 1952 - 1992, Stuttgart 1992, S.15-42

Späth, Lothar, 108-109, in: Gerhard Widder u. Klaus E.R. Lindemann, Walter Krause zum 80. Geburtstag, Karlsruhe 1993; erschienen in der Reihe: Profile der Region, Band 12

SPD-Landesverband Stuttgart, SPD-Handbuch für Vertrauensleute, Stuttgart 1964

SPD-Landesverband (1980), Die Sozialdemokratie in Baden und Württemberg - Unser Land und seine Sozialdemokraten, Stuttgart/Frankfurt 1980

SPD-Landtagsfraktion, Miteinander – schon in der Schule, Schuldebatte des Landtags am 22. September 1966, Stuttgart 1966

SPD-Parteitag 1962, hg. vom Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands - Protokolle der Verhandlungen und Anträge vom Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Köln (26. bis 30. Mai 1962), Bonn 1962

SPD-Parteitag 1966, hg. vom Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands - Protokolle der Verhandlungen und Anträge vom Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Dortmund (1. bis 5. Juni 1966), Dortmund 1966

Der **Spiegel**, Titelgeschichte „Auslese der Bundestagskandidaten“ der Ausgabe vom 7. Juli 1969 (23. Jahrgang Nr. 28), S.32-45

Spöri, Dieter, 110-111, in: Gerhard Widder u. Klaus E.R. Lindemann, Walter Krause zum 80. Geburtstag, Karlsruhe 1993; erschienen in der Reihe: Profile der Region, Band 12

Staatsanzeiger für Baden-Württemberg, Sonderbeilage anlässlich des 40jährigen Bestehens des Landes Baden-Württemberg, erschienen am 15. April 1992

Staatsministerium (1972) Baden-Württemberg (Hg.), Dokumentation über die Verwaltungsreform in Baden-Württemberg, Band 1 - 2, Stuttgart 1972 - 1976

Steinbach, Peter, Tuchel, Johannes, Widerstand gegen den Nationalsozialismus, Bonn 1994

Steinbach (1994/1), Peter, Widerstand gegen den Nationalsozialismus, in: Steinbach, Peter, Tuchel, Johannes, Widerstand gegen den Nationalsozialismus, Bonn 1994, S.15-26

Steinbach (1994/2), Widerstandforschung im politischen Spannungsfeld, in: Steinbach, Peter, Tuchel, Johannes, Widerstand gegen den Nationalsozialismus, Bonn 1994, S. 597-622

Stephan, Joachim, Der Aufbau der Verwaltung seit 1945, in: Kurpfalz, hg. von Alexander Schweickert, Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs, Band 25, Stuttgart 1997, S.99 - 119

Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in Zusammenarbeit mit der Carlo-Schmid-Stiftung, Carlo Schmid und seine Politik - Wissenschaftliches Symposium am 2. Dezember 1996 aus Anlaß des 100. Geburtstages von Professor Dr. Carlo Schmid, Berlin 1997

Stöckle, Frieder, Zum praktischen Umgang mit Oral History, in: Herwart Vorländer, Oral History - mündlich erfragte Geschichte, Göttingen 1990, 131-158

Strasser, Johano, Pragmatiker und Visionär, in: Rapp, Wolfgang, Glaubwürdig und unbequem - Erhard Eppler zum 70. Geburtstag, Baden-Baden 1996, S. 74-77

Streeck, Sylvia, und Streeck, Wolfgang, Parteiensystem und Status quo - Parteiensystem und Status quo, Frankfurt a.M. 1972

Streit, Manfred E., Haasis, Hans-Arthur (Hg.), Verdichtungsregionen im Umbruch, Erfahrungen und Perspektiven stadtreionaler Politik, Baden-Baden 1990

Striffler, Helmut, 112-113, in: Gerhard Widder u. Klaus E.R. Lindemann, Walter Krause zum 80. Geburtstag, Karlsruhe 1993; erschienen in der Reihe: Profile der Region, Band 12

Stümper, Alfred, 113-114, in: Gerhard Widder u. Klaus E.R. Lindemann, Walter Krause zum 80. Geburtstag, Karlsruhe 1993; erschienen in der Reihe: Profile der Region, Band 12

Teufel, Erwin, 115-117, in: Gerhard Widder u. Klaus E.R. Lindemann, Walter Krause zum 80. Geburtstag, Karlsruhe 1993; erschienen in der Reihe: Profile der Region, Band 12

Thierfelder, Jörg und Uwe Uffelman, Der Weg zum Südweststaat, hg. von der Landeszentrale für politische Bildung, Karlsruhe 1991

Thierse, Wolfgang, Ist die Politik noch zu retten? - Standpunkte am Ende des 20. Jahrhunderts, Berlin 1996

Trautmann, Helmut, Innerparteiliche Demokratie im Parteienstaat, Stuttgart 1975

Treffz-Eichhöfer, Friedrich, Graswurzel-Demokratie - Vom Werden und Wachsen des Südweststaats Baden-Württemberg, Stuttgart 1982

Ufer, Heinz, 117-120, in: Gerhard Widder u. Klaus E.R. Lindemann, Walter Krause zum 80. Geburtstag, Karlsruhe 1993; erschienen in der Reihe: Profile der Region, Band 12

Umweltschutzbericht 1971 für Baden-Württemberg. Erstellt vom Interministeriellen Ausschuß für Umweltschutz unter der Federführung des Innenministeriums, Juli 1971, Sonderbeilage des Staatsanzeigers für Baden-Württemberg.

Unser, Margit, Gelebte Geschichte, Alltagserfahrungen von Mannheimer Arbeitersportlern der Weimarer Zeit, LTA-Forschungsreihe Nr. 17/94, Mannheim 1994

Verein für Volksbildung, Theologe, Politiker, Zeitzeuge - Gerhard Noller zum 18. Juni 1992, Reutlingen 1992

Verfolgung und Widerstand unter dem Nationalsozialismus in Baden - Die Lageberichte der Gestapo und des Generalstaatsanwalts Karlsruhe 1933-1940, bearb. von Jörg Schadt, hg. vom Stadtarchiv Mannheim, Stuttgart 1976

Vergin, Siegfried, 120-121, in: Gerhard Widder u. Klaus E.R. Lindemann, Walter Krause zum 80. Geburtstag, Karlsruhe 1993; erschienen in der Reihe: Profile der Region, Band 12

Vogel, Hans-Jochen, 122-123, in: Gerhard Widder u. Klaus E.R. Lindemann, Walter Krause zum 80. Geburtstag, Karlsruhe 1993; erschienen in der Reihe: Profile der Region, Band 12

Vorländer, Herwart (Hg.), Oral History - mündlich erfragte Geschichte, Göttingen 1990

Vorländer (1990/1), Herwart, Mündliches Erfragen von Geschichte, in: Vorländer, Herwart (Hg.), Oral History - mündlich erfragte Geschichte, Göttingen 1990, S. 7-28

Vorstand der SPD, Die Rolle des Ortsvereins heute - Protokoll der SPD-Arbeitstagung am 26. und 27. November 1966 in Bad Godesberg, Bonn 1966

Wacker, Kurt, 123-126, in: Gerhard Widder u. Klaus E.R. Lindemann, Walter Krause zum 80. Geburtstag, Karlsruhe 1993; erschienen in der Reihe: Profile der Region, Band 12

Walter (Bd. I), Friedrich, Schicksal einer deutschen Stadt, Geschichte Mannheims 1907-1945, Bd.I 1907-1924, Frankfurt a. M. 1949

Walter (Bd. II), Friedrich, Schicksal einer deutschen Stadt, Geschichte Mannheims 1907-1945, Bd.I 1925-1945, Frankfurt a. M. 1950

Weber, Hermann, und Schadt, Jörg, Politik für Mannheim - 100 Jahre SPD-Gemeinderatsfraktion, Mannheim 1978

Weik, Josef, hg. vom Landtag von Baden-Württemberg, Die Landtagsabgeordneten in Baden-Württemberg seit 1946, Stuttgart 1993⁵

Weinacht, Paul-Ludwig, Der Weg in den Südweststaat, in: Thierfelder, Jörg und Uwe Uffelmann, Der Weg zum Südweststaat, hg. von der Landeszentrale für politische Bildung, Karlsruhe 1991; S. 310-323

Weinacht (1978), Paul-Ludwig, Die CDU in Baden-Württemberg und ihre Geschichte, Stuttgart 1978

Weinacht (1978/1), Paul-Ludwig, Einführung: Die CDU im deutschen Südwesten (1945-1978), in: Weinacht (1978), Paul-Ludwig, Die CDU in Baden-Württemberg und ihre Geschichte, Stuttgart 1978, S.13-29

Weinacht (1978/2), Paul-Ludwig, BCSV und CDU in Baden, in: Weinacht (1978), Paul-Ludwig, Die CDU in Baden-Württemberg und ihre Geschichte, Stuttgart 1978, S. 83-112

- Weinacht (1978/3)**, Paul-Ludwig, Die Badische CDU in Südbaden (1952-1972), in: Weinacht (1978), Paul-Ludwig, Die CDU in Baden-Württemberg und ihre Geschichte, Stuttgart 1978, S.195-211
- Weiser**, Gerhard, 126-127, in: Gerhard Widder u. Klaus E.R. Lindemann, Walter Krause zum 80. Geburtstag, Karlsruhe 1993; erschienen in der Reihe: Profile der Region, Band 12
- Weizsäcker**, Ernst Ulrich von, Ökologisch handeln heißt politisch handeln, in: Thierse, Wolfgang, Ist die Politik noch zu retten? - Standpunkte am Ende des 20. Jahrhunderts, Berlin 1996, S. 268-275
- Wichers**, Hermann, Möglichkeiten und Grenzen des Widerstandes von Sozialdemokraten und Kommunisten in Baden und Württemberg, in: Schnabel (1994), Thomas, Formen des Widerstandes im Südwesten 1933-1945 - Scheitern und Nachwirken, hg. von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg und dem Haus der Geschichte Baden-Württemberg, Ulm 1994, S.26-52
- Widder**, Gerhard, u Klaus E.R. Lindemann, Walter Krause zum 80. Geburtstag, Karlsruhe 1993; erschienen in der Reihe: Profile der Region, Band 12
- Widder (2)**, Gerhard, Geleitwort, 5-7, in: Gerhard Widder u. Klaus E.R. Lindemann, Walter Krause zum 80. Geburtstag, Karlsruhe 1993; erschienen in der Reihe: Profile der Region, Band 12
- Wildenmann**, Rudolf, 128-129, in: Gerhard Widder u. Klaus E.R. Lindemann, Walter Krause zum 80. Geburtstag, Karlsruhe 1993; erschienen in der Reihe: Profile der Region, Band 12
- Winkler**, Rolf, Schulpolitik in Württemberg-Hohenzollern 1945-1952, Veröffentlichungen der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg, Reihe B (Forschungen) 66. Band, Stuttgart 1971
- Wulf-Mathies**, Monika, 129-130, in: Gerhard Widder u. Klaus E.R. Lindemann, Walter Krause zum 80. Geburtstag, Karlsruhe 1993; erschienen in der Reihe: Profile der Region, Band 12
- Zeuner**, Bodo, Kandidatenaufstellung zur Bundestagswahl 1965 - Untersuchungen zur innerparteilichen Willensbildung und zur politischen Führungsauslese, Den Haag 1970
- Zundel**, Reinhold, 130-133, in: Gerhard Widder u. Klaus E.R. Lindemann, Walter Krause zum 80. Geburtstag, Karlsruhe 1993; erschienen in der Reihe: Profile der Region, Band 12

8. Erklärung

Ich versichere, daß ich die Dissertation selbständig und nur mit den genannten Hilfsmitteln angefertigt habe.

Bad Liebenzell, den 25. Oktober 1999

9. Lebenslauf

22.1.1960	Geboren in Schwäbisch Gmünd als Sohn von Karl und Cilly Müller, geb. Schmolke
1966-1970	Grundschule
1970-1979	Gymnasium mit Abitur am Scheffold-Gymnasium (Schwäbisch Gmünd)
1979-1980	Wehrdienst
1980-1988	Geschichts-, Biologie- und Sportstudium an der Universität Tübingen mit Abschluß 1. Staatsexamen
1988- 1991	Tätigkeit als Volontär und Redakteur
1991	Heirat mit Ute Müller, geb. Talmon l' Armée
1991-1999	Tätigkeit bei der Stadtverwaltung Stuttgart
1992	Geburt unserer Tochter Larissa
1994	Geburt unseres Sohnes Matthias
1999	Geburt unserer Tochter Katja
Seit 1999	Selbständiger Geschäftsführer